
**Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Doktorgrades (Dr. phil.)
im Fach Erziehungswissenschaft
an der Fakultät für Verhaltens- und
Empirische Kulturwissenschaften
der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg**

Titel der Dissertation

*Das Engagement im Stadtteil als wichtiger Beitrag
zum gesellschaftlichen Zusammenhalt
und Impuls zum lebenslangen Lernen –
der Wert lebendiger Stadtteilkulturen
am Beispiel von Heidelberg-Rohrbach*

vorgelegt von
Hans-Jürgen Fuchs-Sander

Jahr der Einreichung
2024

Dekan: Prof. Dr. Guido Sprenger
Betreuerin: Prof. Dr. Monika Buhl

In allen westlichen Industriestaaten stehen einschlägigen Studien zufolge größer werdende Bevölkerungsgruppen der Demokratie ambivalent gegenüber. Die Kritik richtet sich zumeist nicht gegen die Staatsform an sich, sondern gegen deren aktuellen Zustand. Als Ursachen werden ein Vertrauensverlust in die politischen und staatlichen Institutionen sowie wirtschaftliche, individuelle und kulturelle Verlustängste genannt.

Widerstandskräfte gegen diesen Vertrauensverlust können aus dem kommunalen Umfeld kommen. Auf dessen Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verweisen zahlreiche Studien. In der Soziologie ist z. B. von *kommunaler Resilienz* die Rede. Andererseits konstatiert man aber auch eine *Krise der Stadt*, der u. a. mit städtebaulichen Programmen und kommunalen Partizipationsverfahren begegnet werden soll.

Das freiwillige Engagement, vor allem auf kommunaler Ebene, gilt als weiterer wesentlicher Faktor für den Zusammenhalt. Allerdings wird die Wirkung stadtteilkultureller Aktivitäten häufig unterschätzt bzw. in ihrer konkreten Bedeutung für das gesellschaftliche Leben noch gar nicht richtig wahrgenommen. Wissenschaftliche Studien betrachten das Feld zumeist von außen. Wenig untersucht ist bislang die Wahrnehmung der *Aktiven in den Stadtteilkulturen*. Dies ist Thema der Studie, die im Rahmen der vorliegenden Dissertation im Heidelberger Stadtteil Rohrbach durchgeführt wurde.

Mit Expert:innen-Interviews wurde die Sicht der Aktiven auf das freiwillige Engagement, die Stadtteilkulturen und kommunale Partizipationsverfahren beleuchtet. Die Stärken lokaler Strukturen zeigten sich in den Interviews deutlich, auch ihr Wert für die Engagierten selbst. Es zeigten sich aber auch Konfliktlinien, die durch den Zuzug von Menschen aus anderen kulturellen Zusammenhängen entstehen. Im Untersuchungsfeld treffen Verteidiger:innen einer an Traditionen orientierten Breitenkultur auf Neubürger:innen, die hochkulturelle Angebote präferieren und den Wert der lokalen Kultur oft zu wenig schätzen. Für die Stärkung des Zusammenhalts sind Bestrebungen wichtig, die zu wechselseitigem Verständnis und zur Akzeptanz der unterschiedlichen Kulturen beitragen und Konflikte minimieren. Die Förderung der Stadtteilstrukturen ist ein Schlüssel dafür, sie sollte zu einem kommunal-politischen Schwerpunkt erklärt werden. Denn es zeigt sich, dass die vorhandenen Strukturen für die Beteiligung der Menschen und der Ehrenamtsorganisationen im Stadtteil an kommunalen Prozessen einer Revision unterzogen werden sollten, da sie bislang nur Teile der Bevölkerung erreichen und die Perspektive vieler Betroffener zu wenig beachten.

Danke

Diese Arbeit wäre nicht ohne vielfältige Unterstützung von Menschen aus dem Heidelberger Stadtteil Rohrbach möglich gewesen! Ich danke allen, die sich Zeit für die Interviews genommen haben, die mir darin und auch danach Anregungen gegeben haben.

Ich danke vor allem den Menschen, die meine Arbeit vor Fertigstellung mit kritischen Augen gelesen haben. Ich danke Prof. Dr. Monika Buhl, Uta von dem Bussche und Fredi Dutzi für ihre Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt Dr. Raimund von dem Bussche und Anne Kloos für unglaublich viele hilfreiche Hinweise, Anmerkungen, positive wie kritische, und für das Einfügen oder Löschen von Kommata und Bindestrichen.

Heidelberg im Juni 2024 Hans-Jürgen Fuchs-Sander

Vorwort

Als ich zu Beginn der 1990er-Jahre von der Heidelberger Weststadt weg in den Stadtteil Rohrbach zog, erntete ich in meinem Umfeld meist Kopfschütteln. Die Weststadt galt als angesagter, zentrumsnaher Stadtteil mit einem linksliberalen Image. Rohrbach wurde dagegen als abgelegenes spei-ßiges Dorf wahr genommen. Aber dort waren die Mieten damals noch günstiger, die Natur war näher und ins Zentrum gelangte man in 15 Minuten ...

Warum stelle ich diese Bemerkung an den Anfang einer Dissertation? Der Grund ist, dass der Heidelberger Stadtteil Rohrbach in dieser Arbeit eine zentrale Rolle spielt. Er ist das Feld, in dem die qualitative Untersuchung durchgeführt wurde und das als Rahmen für die Beantwortung der Forschungsfrage diene.

Im Zusammenhang mit einer breiten ehrenamtlichen Arbeit im Stadtteil hatte ich bereits Einiges über die Arbeit von *Stadtteilkulturen* in deutschen Kommunen gelesen. Die Literatur betrachtete diese Kulturen jedoch meist von außen. Es war wenig dazu zu finden, wie freiwillig Engagierte selbst ihre Arbeit und deren Folgen wahrnehmen. *Ziel der Studie im Rahmen dieser Arbeit war die Beschreibung der Eigen-Wahrnehmung der Aktiven in den Stadtteilkulturen: Wie sehen sie selbst ihre Arbeit? Welche Bedeutung messen sie ihr bei? Und wie nehmen sie die Rezeption ihres Tuns durch Politik und Gesellschaft wahr?*

Mir ist bewusst, dass die Einschätzung meines Vorwissens und meiner Bezüge zum Untersuchungsfeld aus wissenschaftlicher Sicht zwiespältig sein muss. Einerseits ermöglichen sie Zugänge, die ansonsten nicht in dieser Form möglich wären. Andererseits bergen sie die Gefahr von Voreingenommenheit und sind weit entfernt vom Ideal des 'reinen' Beobachters.

Allerdings sind sich qualitativ Forschende einig, dass im Rahmen von Interviews, die auf soziale Zusammenhänge zielen, das Vorwissen nicht negiert werden kann. Forschende sind keine tabula rasa, dies zu bestreiten, wäre eine „naiv-induktivistische Position“ (Witzel 2000, S. 2).

Das Interview stellt eine soziale Kommunikationssituation dar und schon das allein schränkt die Möglichkeit dessen ein, was alles wie gesagt werden kann¹. So wenig, wie man nicht nicht kommunizieren kann, kann man nicht nicht die Äußerungsmöglichkeiten von Interviewten beeinflussen. Die Interviewenden sind immer Mit-Erzeugende des Textes und können ihren Einfluss nicht ins Nichts auflösen. (Helfferich 2014, S. 562)

Vorwissen kann für den Forschungsprozess von Vorteil sein, da es ein besseres Verständnis der Aussagen der Befragten ermöglicht und deren Einordnung in größere Zusammenhänge (Witzel 2000).

¹ Der erste Satz ist im Original kursiv gesetzt.

Die Tatsache, dass ich selbst mehr als zwei Jahrzehnte ehrenamtlich im Stadtteil gearbeitet habe und über fundierte Kenntnisse über dessen Struktur und die handelnden Personen verfüge, gestattete mir eine gezielte Entwicklung der Fragen für den Leitfaden und eine begründete Auswahl der Gesprächspartner:innen. Die Nähe zum Feld bringt Vorteile, birgt aber auch Gefahren, auf die im Rahmen der Beschreibung der Ergebnisse des qualitativen Teils eingegangen wird. Im Folgenden – und vor Beginn der Arbeit – möchte ich meine Bezüge zum Untersuchungsfeld eingehender darlegen.

Nach dem Umzug in den neuen Stadtteil hatte ich als Vater zweier kleiner Töchter das Bedürfnis, mich vor Ort zu engagieren. In Rohrbach gab es einen *Stadtteilverein*, der, wie in dieser Zeit alle Heidelberger Stadtteilvereine, sehr konservativ geprägt war. Ich war zwar Mitglied, aber es gab nur wenig Berührungspunkte und -möglichkeiten. Einmal im Jahr fand eine Hauptversammlung statt, bei der der 1. Vorsitzende einen launig-amüsanten Rückblick auf das vergangene Jahr hielt und ansonsten die (Wieder-)Kandidierenden einstimmig bestätigt wurden. Die Anwesenden waren in der übergroßen Mehrzahl Männer und Raucher. Neben dieser Versammlung gab es kaum Möglichkeiten, in der Organisation aktiv zu werden. Zudem deckte der Verein zwar viele Bedürfnisse der alteingesessenen Bevölkerung ab, erreichte aber die Neuzugezogenen – in ihrer Mehrheit eher linksliberal zu verortende, akademisch gebildete Bürger:innen – nicht.

In diesem Umfeld initiierte ich 2000 die sozio-kulturelle Initiative *der punker*. Der Name nahm Bezug auf eine historische Figur, eine Legende, über die der mittelalterliche Hexenhammer berichtet. Ich wählte bewusst *punker* als Namen für die Initiative, einerseits, weil mir die Sagengestalt durch ihre Treffsicherheit und ihr antiautoritäres Auftreten sehr passend erschien, was unterstrichen wurde durch die Assoziation zu den Punks². Andererseits handelte es sich bei dem historischen Punker um eine Gestalt aus der Stadtteilgeschichte Rohrbachs. Beschrieben fand ich die Legende in der Ortschronik, die der Vater und Vorvorgänger des damaligen 1. Vorsitzenden des Stadtteilvereins erarbeitet hatte. Die Namenswahl sollte verdeutlichen, dass die Initiative der Neubürger:innen zwar auf anderen kulturellen Zusammenhängen basierte, sich aber nicht gegen den Stadtteilverein positionieren wollte. Motto der Initiative war Mehr Leben in Rohrbach.

der punker startete mit Aktionen für mehr Verkehrssicherheit in Alt-Rohrbach. Später kamen ortsgeschichtliche Themen dazu, Veranstaltungen, die auch in Kooperation mit dem Stadtteilverein durchgeführt wurden, und kulturelle Veranstaltungen wie Ausstellungen, Kabarett- und Konzert-Aufführungen.

2 *Der Punker soll ein besonders treffsicherer Bogenschütze gewesen sein. Die Geschichte entspricht der Schweizer Tellsage und wird im Malleus maleficarum (Der Hexenhammer, 1482-1486) erzählt (Kramer 1487, Kapitel 16).*

Neben dem Stadtteilverein ist der *Bezirksbeirat* ein wichtiger Faktor im Stadtteil. Laut Geschäftsordnung (Stadt Heidelberg 1992, S. 1) muss er zu allen den Stadtteil betreffenden Vorgängen gehört werden. Mitglied in diesem Gremium konnte man aber nur werden, wenn man von einer Partei und Wählervereinigung des Gemeinderats benannt wurde. Ich engagierte mich in der Grün-Alternativen Liste (GAL), die damals die alleinige kommunalpolitische Organisation der grün-orientierten Bevölkerung Heidelbergs war und wurde von dieser in den Bezirksbeirat berufen. Sehr viele Mitglieder des *punker* arbeiteten später ebenfalls im Bezirksbeirat mit, abgesandt von unterschiedlichen Parteien (Grünen/GAL, SPD und einzelne aus CDU und FDP).

der punker führte in der Folgezeit immer häufiger Aktivitäten in Kooperation mit dem Stadtteilverein durch. So konnte u. a. das alte Zentrum des Stadtteils städtebaulich stark umgestaltet und der Tendenz einer Verödung durch viele Schließungen lokaler Geschäfte entgegengewirkt werden. Aus dem ehemaligen eher spießig-dörflichen Umfeld wurde ein für Neuhinzuziehende begehrter Stadtteil – auch mit negativen Folgen wie steigenden Immobilienpreisen.

Als der damalige 1. Vorsitzende des Rohrbacher Stadtteilvereins 2013 nicht mehr zur Wahl antrat, wurde ich zu seinem Nachfolger gewählt. 2020 kandidierte ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zum Vorsitzenden des Stadtteilvereins. Ich bin seit 2022 gemeinsam mit meinem Amtsvorgänger Ehrenvorsitzender des Vereins und engagiere mich dort ohne Leitungsfunktionen weiterhin ehrenamtlich.

Ich halte es für wichtig, diese Ausführungen über mein Vorwissen und mögliche Vorurteile an den Anfang dieser wissenschaftlichen Arbeit zu stellen, um Sie, die Sie diese Arbeit lesen, von Beginn an darüber zu informieren. Meine Bezüge zum Untersuchungsfeld sind aus wissenschaftlicher Sicht zwiespältig zu bewerten. Ich habe versucht, die mit der Innenansicht verbundenen Herausforderungen im gesamten Ablauf der Studie, im Auge zu behalten. Aber meine Vor-Kenntnisse waren auch wertvoll für diese Arbeit. Genauer noch: Ohne sie wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

Heidelberg im Mai 2024 Hans-Jürgen Fuchs-Sander

Inhalt

Abstract	3
Danke.....	4
Vorwort.....	5
Einleitung	13
1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	21
Was ist gesellschaftlicher Zusammenhalt?	22
Befunde.....	22
Erklärungsversuche	37
Gruppen, die den Zusammenhalt bedrohen	47
Gesellschaftlicher Zusammenhalt – ein Fazit	56
2. Heimatverbundenheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt	59
Heimat – was ist das?	60
Heimat und gesellschaftlicher Zusammenhalt	66
Kommunale Identität oder Heimat?	70
Heimat(en) als neue Erzählung in unübersichtlichen Zeiten – ein Fazit	71
3. Integration und Segregation im Quartier.....	73
Stadtteile, Quartiere, Places und Nachbarschaften.....	73
Segregationsprozesse	77
Nachbarschaftseffekte.....	83
Disorder, Incivilities und Wahrnehmungsfiler	84
Förderprogramme gegen die Krise der Städte.....	85
Quartiere zwischen Integration und Segregation. Ein Fazit.	90

4.	Partizipation.....	93
	Partizipative Budgetplanung	95
	Neue Formen der Partizipation	98
	Kritik an vorherrschenden Engagements- und Partizipationskonzepten	106
	Partizipation ist kein Allheilmittel. Ein Fazit.....	110
5.	Ehrenamt und Engagement vor Ort.....	113
	Engagement – Ehrenamt – Partizipation	114
	Freiwilliges Engagement.....	115
	Lernort Engagement	119
	Digitalisierung und Engagement.....	124
	Ehrenamtliches Engagement im Quartier.....	129
	Ehrenamt und Engagement vor Ort. Ein Fazit.....	136
6.	Stadtteilkulturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt	139
	Kultur	139
	Breitenkultur.....	140
	Stadtteilkulturen.....	141
	Soziokultur	142
	Stadtteilkulturen – Ein Fazit	143
7.	Die Stadt Heidelberg und der Stadtteil Rohrbach	145
	Die Universitätsstadt Heidelberg.....	145
	Der Stadtteil Rohrbach	164
	Die Studie im Stadtteil Rohrbach.....	173
8.	Studienteil: Der Blick freiwillig engagierter Menschen auf die Stadtteilkulturen	175
	Studiengrundlage: Qualitative Interviews.....	178
	Themenbezogene Auswertung der Interviews.....	180
	Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie	236
	Fazit zur Befragung und Ausblick	250

9. Fazit und Perspektiven	253
Ehrenamtliches Engagement: Zugänge und Einsichten.....	255
Lernen im und Fortbildung für das Ehrenamt.....	259
Leben im Stadtteil: Zusammenhalt, Integration und Segregation	263
Partizipation und politische Bildung	268
Die Stadtkulturen	271
Perspektiven	273
 Literatur.....	 275
 Anhang	 301
Untersuchungskonzeption und Forschungsbericht	302
Materialien.....	329
 Erklärung gemäß § 8 (1) c) und d) der Promotionsordnung der Fakultät.....	 346

Der vorliegenden Arbeit liegt die These zugrunde, dass in Zeiten von Globalisierung und Verunsicherung die Strukturen im sozialen Nahbereich, in den Quartieren und Stadtteilen, eine wachsende Bedeutung erhalten. Diese stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, sondern haben auch eine wichtige Funktion für das Wohlbefinden vieler Menschen und sind diesen ein Motor für lebenslanges Lernen. Allerdings wird die Bedeutung der *Stadtteilkulturen* häufig unterschätzt, oft auch als „Vereinsmeierei“ abgetan. In Politik und Gesellschaft werden meist nur Ausschnitte des Systems wahrgenommen, etwa der Wert ehrenamtlicher Arbeit für die Integration Geflüchteter. Das soziale System der Stadtteilkulturen ist aber viel umfassender. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, die gesellschaftliche Relevanz dieses Phänomens ausführlich zu beleuchten.

Kapitel 1 dieser Dissertation widmet sich der Frage, welche Belege für eine Gefährdung der sozialen Kohäsion sich aus wissenschaftlichen Studien ergeben. Seit Jahren sind Medien und Politik überzeugt davon, dass der Zusammenhalt in unserem Land massiv gefährdet ist, und immer weitere Untersuchungen nehmen sich des Themas an. Das Kapitel beschreibt die aktuelle Studienlage und legt dar, welche Strukturen und handelnden Personen zur Erosion des Zusammenhalts beitragen.

Die in den letzten Jahren erschienenen Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt kommen nahezu ausnahmslos zu dem Schluss, dass dieser in allen westlichen demokratischen Staaten massiv gestört ist (u. a.: More in Common Autoren- und Projektteam 2021; Görtz/Langness 2024; Roose 2021, S. 11 f.; Back et al. 2021). Größer werdende Bevölkerungsgruppen stehen der Demokratie ambivalent gegenüber. Die Kritik richtet sich dabei häufig nicht gegen die Demokratie an sich, sondern gegen deren aktuellen Zustand. Viele Menschen fühlen sich nicht gehört und schätzen ihre eigenen Einflussmöglichkeiten als gering ein (Kemmesies et al. 2022; Reiser et al. 2023; Back/Echterhoff 2021).

Die Studien weisen auch auf eine starke kulturelle Komponente hin: Rechten Kräften gelingt es zusehends, soziale Konflikte in kulturelle umzudeuten und dadurch breite Wählerschichten zu erreichen (Rippl/Seipel 2018, S. 251). Am stärksten polarisiert in diesem Zusammenhang die Migrationsfrage (Best et al. 2023, S. 16, 42–44).

Als Gründe für die Beeinträchtigung des sozialen Zusammenhalts werden u. a. wachsende Ungerechtigkeiten und soziale Ungleichheiten genannt (Consiglio et al. 2021; Schneider/Schröder/Stilling 2022; Spannagel/Zucco 2022; Riddell et al. 2024; Baarck et al. 2022). Der Glaube daran, dass staatliche Interventionen eine friedliche Koexistenz von Demokratie und Wirtschaft sichern können, schwindet angesichts der Krisen (Habermas 1985, S. 3 f.). In der Folge verlieren die „großen Narrative“ ihre gesellschaftliche Basis (Föhl/Pröstle (2020, S. 113 f.).

Ein weiterer Faktor sind individuelle, autoritäre psychische Komponenten (Decker et al. 2022a; Dilling et al. 2022). Verunsicherungen, Marginalisierungen und psychische Dispositionen sind Triebkräfte dafür, dass manche Bevölkerungsgruppen bedrohlichere Haltungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entwickeln als andere.

In der Summe führen diese Entwicklungen zu einem Vertrauensverlust in die Politik, die klassischen Medien, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbände und die Kirchen. In der Folge wachsen Verschwörungsmythen und Populismus und auch die Billigung politischer Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen (Küpper/SandalÖnal/Zick 2023; Decker et al. 2022a; Frei/Nachtwey 2021; Spöri/Eichhorn 2021).

Die Problematik ist nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt, sondern reicht bis in ihre Mitte (Zick/Küpper 2021; Zick/Küpper/Mokros 2023). Niedrigschwellige Prozesse in Gruppen, wie die „Montagsspaziergänge“, können als „Brückennarrative“ den Weg in eine Radikalisierung ebnen (Meiering et al. 2018).

Kapitel 2 dieser Arbeit geht auf die Bedeutung ein, die den Strukturen im sozialen Nahbereich, in den Quartieren und Stadtteilen, in Zeiten globaler Krisen und individueller Verunsicherungen zukommen kann. Die Studienlage belegt, dass lokale Strukturen nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern auch eine wichtige Funktion für das Wohlbefinden Einzelner haben können.

Roland Robertson (1998, S. 196) brachte den Begriff *Glokalisierung* in den Diskurs ein. Er betonte, dass Globalisierung und Regionalität keine Gegensätze sein müssen, sondern dass die globale Entwicklung das Bedürfnis nach Nähe und Heimat sogar verstärkt. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder auf die Möglichkeiten verwiesen, die ein zeitgemäßes Konzept von *Heimat* bieten könnte (Dragolov/Arant/Boehnke 2020; Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, Knobloch 2020; Allmendinger/Müller/Wirth/Smid 2019; Hüppauf 2007), wenn es gelänge, dessen negative Anteile zu überwinden. Dass dies möglich ist, wird jedoch bezweifelt. Selbst wenn man künftig von *Heimaten* (Knobloch 2020, S. 45 f.) spräche, würde das der Realität der Menschen in einer durch Migration geprägten Gesellschaft nicht gerecht. Stattdessen wird eine *Deheimatisierung* gefordert (Aydemir/Yaghoobifarah 2020; Ayata 2020). Das Konzept einer kommunalen Identität könnte diese Probleme u. U. vermeiden (Thum/Förtsch/Rösel 2019) und durch eine Dezentralisierung von Entscheidungen auf kommunaler Ebene die Partizipation im Wohnort und den Stolz auf dessen Eigenheiten ohne exkludierende Momente ermöglichen.

Ungeachtet des Interpretationsrahmens lässt die Studienlage den Schluss zu, dass auf lokale Strukturen fokussierte Aktivitäten ein wichtiger Faktor zur Förderung des Zusammenhalts sein können.

Die gesellschaftlichen Umbrüche u. a. im Gefolge der Veränderungen der Arbeitswelt, der Globalisierung und der großen Migrationsbewegungen haben die Struktur unserer Städte verändert und ebenso die Beziehungen zwischen Stadt und Land (Vadepohl 2014; Schnur 2014c; Schnur 2016; Hofmeister/Kühne 2016). **Kapitel 3** der Dissertation widmet sich diesem Wandel und beschreibt seine Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen.

Einerseits belegen Untersuchungen die integrative Wirkung des nahen Lebensumfelds, andererseits steigt seit den 1980er Jahren die soziale Segregation in den Städten stetig an (Helbig/Jähnen 2018; Bosch-Lewandowski et al. 2020). Von der *Krise der Stadt* (Heitmeyer et al. 2012) sind Kinder und Familien mit Kindern am stärksten betroffen, vor allem Alleinerziehende (Helbig/Jähnen 2018, S. 45). Durch die wachsende Segregation entsteht die Gefahr, dass eine Abwärtsspirale in Gang kommt: Die Außenwahrnehmung eines Quartiers verschlechtert sich, Mittelschichthaushalte ziehen nicht mehr dorthin (Helbig/Jähnen 2018, S. 116). Im Extremfall führt das zu Quartieren, die das Image eines Problemgebiets oder Ghettos zugeschrieben bekommen, mit stigmatisierenden Folgen für die Bewohner:innen (Dangschat/Alisch 2012). Allerdings weisen einige Studien darauf hin, dass segregierte Quartiere für ihre Bewohner:innen auch Vorteile bieten können (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 30 f.; ähnlich: Schnur/Zakrzewski/Drilling 2013).

Als Reaktion auf diese Entwicklungen legte die Städtebauförderung seit den 1990er Jahren ihren Fokus auf die soziale Durchmischung von Quartieren. Im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* wurden in vielen Kommunen Quartiersmanagements eingerichtet, die u. a. Mittler zwischen der kommunalen Verwaltung und den Menschen im Quartier sein und die Menschen vor Ort aktivieren und vernetzen und zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Beteiligung anregen sollen (Quaestio Forschung & Beratung 2016). Die Programme laufen allerdings Gefahr, sich Ziele zu setzen, die sie nicht erfüllen können. So wecken sie nicht selten die Hoffnung, mithelfen zu können, Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltbelastungen, Mietenexplosion etc. zu mindern – und müssen diese enttäuschen. Denn die Ursachen dieser Probleme liegen in ökonomischen Mechanismen und sind im Quartierskontext nicht zu lösen (Guhl 2016; Kersting 2017).

Neben lokalen Strukturen wird häufig den Verfahren der *Bürgerschaftsbeteiligung* eine wichtige Funktion zur Stärkung des Zusammenhalts attestiert. Es handelt sich dabei meist um kommunal organisierte Prozesse, die Möglichkeiten zum Engagement in der Gemeinde bieten. **Kapitel 4** dieser Arbeit beschreibt die wichtigsten Verfahren, ihre Zielsetzungen und Ergebnisse (Alcántara et al. 2014). Es zeigt sich, dass Beteiligungsverfahren gegen das verbreitete Gefühl, nicht gehört zu werden, wirken können, dass aber Projekte, denen es nicht gelingt, eine wenigstens akzeptable repräsentative Zusammensetzung der Beteiligten zu erreichen, kontraproduktiv sein können und sogar Marginalisierungsgefühle verstärken (Roth 2022; Alcántara et al. 2014, Vorwerk/Gonçalves 2016). An den verbreitetsten Partizipationsverfahren wird vor allem die Dominanz der engagierten

urbanen Mittelschicht bei den Teilnehmenden kritisiert (Rinn 2017), denn diese könne gesellschaftliche Polarisierungen verstärken (Böhnke 2010; ähnlich: Jörke 2010; Klatt 2012). Unkonventionelle Beteiligungsformen werden noch kritischer bewertet als traditionelle, denn sie setzen Selbstvertrauen voraus, bessere sprachliche Fähigkeiten, Verhandlungsgeschick etc. (Paust 2016, S. 26).

Digitale Verfahren eröffnen neue Möglichkeiten und senken die Zugangsschwelle für Menschen, die bisher bei Beteiligungsverfahren außen vor blieben. Allerdings haben Ältere, weniger Gebildete, Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte nach wie vor signifikant schlechtere digitale Kenntnisse (Bachmann et al. 2021, S. 20-28). So erreichen digitale Verfahren zwar eine große Zahl Menschen, schließen aber andere aus. Die aus der Präsenzbeteiligung bekannte soziale Schieflage findet sich als *Digital Divide* auch in der E-Partizipation (Friecke 2017, S. 135; Schüle/Güles/Pollok 2022).

Kapitel 5 dieser Dissertation wendet sich den wichtigsten *Akteuren in den Stadtteilen und Quartieren* zu: den Ehrenamtlichen und ihren Organisationen. Es beschreibt den Umfang und die Strukturen ehrenamtlicher Arbeit und die Wege, die Menschen nehmen, um in das Ehrenamt einzusteigen (Simonson et al. 2021b; Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023; Pinl 2015).

Das freiwillige Engagement erweist sich als wichtiger Ort informellen Lernens (Schenkel 2007; Düx et al. 2009; Priemer/Mohr 2018). Hier sind Handlung und Lernprozess eng verknüpft und Lernprozesse erfolgen in Ernstsituationen. Das Lernen im Ehrenamt wirkt sich positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung aus, auf berufliche Qualifikationen und die Fähigkeit, seine Interessen zu vertreten und sich in Gremien zu behaupten (Düx et al. 2009, S. 265). Allerdings weisen Untersuchungen auch auf Barrieren im Zugang zum Ehrenamt und im Kompetenzerwerb hin, vor allem für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund oder mit niedriger Schulbildung (Kausmann et al. 2021).

Wichtigste Träger des freiwilligen Engagements vor Ort sind Vereine und sozio-kulturelle Initiativen (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023; Simonson/Vogel 2017; Faller/Hettich/Ritter 2019). Weitere Akteure sind die Bezirksbeiräte, die in vielen Bundesländern die unterste Ebene der formellen kommunalen Bürgerschaftsbeteiligung im Quartier bilden (Kownatzki 2021) und über mehr oder minder direkte Einflussmöglichkeiten auf kommunale Entwicklungen verfügen.

Derzeit haben traditionelle Vereine und Verbände Schwierigkeiten, Menschen für kontinuierliches Engagement zu gewinnen, insbesondere für Führungspositionen (Kuhn/Schubert/Tahmaz 2024, S. 14 f.). Stattdessen steigt die Bereitschaft zu informellem Engagement, das mehr Flexibilität in der Entscheidung ermöglicht, wo und wie man sich engagiert (Huth 2023, S. 27).

Die digitale Transformation stellt klassische Engagements-Organisationen ebenfalls vor Herausforderungen. Sie antworten darauf sehr unterschiedlich: Überwiegend hauptamtlich geleitete Organisationen zeigen sich als gestaltend und vordenkend, ehrenamtlich getragene nutzen digitale Medien dagegen meist nur pragmatisch und stehen ihnen eher skeptisch gegenüber (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 106–112).

Digitale Technologien verändern und beschleunigen das Engagement: Fakten lassen sich schneller recherchieren, Missstände leichter skandalisieren. Aber auch Gegenreaktionen wie Shitstorms können schnell und heftig erfolgen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 133). Die Digitalisierung ermöglicht zudem neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Beispiele sind das *Liken*, *Teilen* und *Kommentieren* von Inhalten, die Teilnahme an *online-Petitionen* oder *Spendenaufrufe*. Über *Hashtags* können Themen schnell gesetzt und veröffentlicht werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 75–78).

Die ungleiche Verteilung digitaler Kompetenzen in Deutschland hat allerdings ein *Digital Engagement Divide* zur Folge (Initiative D21 e. V. 2022; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 68). In Zukunft dürfte die Nutzung digitaler Instrumente aber auch im Engagement zum Alltag gehören (Croll 2021, S. 5). Die junge Generation ist bereits heute quasi permanent online (die medienanstalten – ALM GbR 2022, S. 42). Allerdings ändern sich die Präferenzen für digitale Plattformen vor allem bei jungen Menschen schnell. Facebook ist längst nicht mehr führend; aktuell dominieren YouTube, TikTok, Instagram und Snapchat auch als Informationsmedien (Heise online 2022a; die medienanstalten – ALM GbR 2022; Behre/Hölig/Möller 2023, S. 23; Krempel 2023).

Das freiwillige Engagement von Menschen spielt für den Zusammenhalt in der Gesellschaft eine zentrale Rolle, ebenso wie kommunale Beteiligungsprozesse, das Engagement von Lehrkräften in Schulen oder die Arbeit von Quartiersmanagements. **Kapitel 6** dieser Arbeit beschäftigt sich mit dem lokalen freiwilligen Engagement in den *Stadtteilkulturen*. Kultur, so wie sie die UNESCO definiert (1982, S. 1), ist die Summe aller geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte, die eine Gesellschaft oder Gruppe kennzeichnen. Dies schließt, neben Kunst und Literatur, auch Lebensformen und Wertsysteme ein und verbietet eine Beschränkung auf die Hochkultur (Mandel 2022). Die Breitenkultur basiert zumeist auf bürgerschaftlichem Engagement (Schneider 2014) und setzt sich u. a. zum Ziel, dem Verlust regionaler Identität entgegenzuwirken (Ismaili-Rohleder et al. 2015, S. 41) und Kultur und kulturelle Bildung vor Ort zu realisieren (Kegler 2014, S. 67; Seidelsohn 2018, S. 137).

Die Stadtteilkulturen bilden die Obermenge der kulturellen Aktivitäten im Stadtteil. Der Plural ist bewusst gewählt, denn es gibt eine Vielfalt unterschiedlicher kultureller Ausprägungen im Stadtteil. Stadtteilkulturen spielen eine wichtige Rolle für die Integration von Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie werden durch eine Vielzahl von Akteuren getragen, durch Vereine, soziokulturelle Initiativen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Bezirksbeiräte etc.

Stadtteilkulturen fördern bürgerschaftliches Engagement, schaffen Lebensqualität, überwinden Grenzen und ermöglichen Begegnungen. Sie stärken die Identifikation mit dem Wohnumfeld und verbessern das Image des Stadtteils (Brosda 2022; Landeshauptstadt München, Kulturreferat 2007).

Im **Studienteil** dieser Arbeit werden die theoretisch gewonnenen Erkenntnisse in einer nicht-repräsentativen Umfrage unter Aktiven eines Stadtteils der Stadt Heidelberg überprüft. Die Kenntnis der Struktur der Universitätsstadt und ihres Stadtteils Rohrbach ist wichtig zum Verständnis der Antworten der Befragten. Deshalb wird in **Kapitel 7** dieser Arbeit zunächst in groben Zügen das Umfeld der Studie beschrieben: Die kleine Großstadt Heidelberg, die aufgrund ihrer Überschaubarkeit und vieler renommierter wissenschaftsorientierter Einrichtungen eine spezifische Bevölkerungsstruktur vorzuweisen hat, und der Stadtteil Rohrbach, ein ehemaliges Weindorf mit einer eigenen, von Heidelberg unabhängigen Geschichte.

Die meisten wissenschaftlichen Studien betrachten das lokale Geschehen auf der Grundlage quantitativer Studien. Wenig untersucht ist bislang die *Eigen-Wahrnehmung der Aktiven in den Stadtteilkulturen*. Hierzu einen Beitrag zu leisten ist das Ziel des **empirischen Teils in Kapitel 8**. Der Fokus liegt dabei auf der Sichtweise von Engagierten in den Stadtteilkulturen, von ehrenamtlich Tätigen, aber auch Festangestellten. Dies ermöglicht Perspektiven auf das Feld, die einer Außensicht nicht in gleicher Weise zugänglich sind. Hierbei sind v. a. die folgenden Fragen führend:

- Welche Relevanz für sich selbst und die Gesellschaft messen Engagierte ihrer eigenen freiwilligen Arbeit bei?
- Wie beurteilen sie die Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Arbeit vonseiten der Politik und der Gesellschaft?
- Beteiligen sich freiwillig Engagierte an organisierten Formen der Partizipation?
Und wenn ja: welche Erfahrungen machen sie damit?
- Wie beurteilen Engagierte die Bedeutung der Kultur im Stadtteil und der Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Kapitel 8 schildert zunächst in groben Zügen das Studiendesign: die Wahl der Qualitativen Inhaltsanalyse als Grundlage, das Kategoriensystem für die Auswertung der Interviews, die Reflexion über Vorwissen und Vorannahmen und die Informationen zum Verlauf der Befragung. Anschließend werden die Ergebnisse der Studie, bezogen auf die Auswertungskategorien, ausführlich dargestellt.

Kapitel 9 formuliert ein Resümee dieser Arbeit, bezogen vor allem auf zwei Schwerpunkte:

- die Relevanz der Stadtteilkulturen und
- die Bedeutung der Bürgerschaftsbeteiligung

im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie werden anhand relevanter Auswertungs-Kategorien zusammengeführt und mit denen aus dem theoretischen Vorwissen verknüpft. Kapitel 9 reflektiert auch den Forschungsprozess und diskutiert das Gesamtergebnis der Arbeit in Hinblick auf die Forschungsfrage und seine Relevanz für die Praxis.

Im Anschluss an die **Literaturliste** beschreibt der **Anhang** dieser Arbeit das Design der Studie ausführlich. Dargelegt werden die Untersuchungskonzeption, der Forschungsbericht und die theoretischen Vorüberlegungen. Ausführlich geschildert wird der Rahmen für die Interviews zur Forschungsfrage:

- das methodische Vorgehen,
- die Gewinnung geeigneter Interview-Partner:innen,
- der Ablauf der Befragungen,
- die Datenerfassung und Transkription
- und die theoriegeleitete Analyse und Interpretation der Interviews.

Im **Materialien**-Teil zum Abschluss der Arbeit finden sich, neben einer Übersicht über Akteure in den Stadtteilkulturen in Heidelberg-Rohrbach, u. a. Muster einer Interviewanfrage mit Informationen zum Forschungsvorhaben, der Interviewleitfaden und die Liste der Codes für die Auswertung der Befragung.

1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet – jedenfalls vernimmt man das allenthalben. Und in der Tat zeigt eine große Zahl aktueller Untersuchungen, dass die Polarisierung wächst, populistische Einstellungen in nahezu allen demokratischen Industrienationen an Zustimmung gewinnen und sich gesellschaftliche Gruppen immer unversöhnlicher gegenüberstehen.

Als Ursache für diese Entwicklung beschreiben die Studien eine ambivalente Haltung gegenüber der Demokratie: die grundsätzliche Bejahung der Staatsform ist häufig verbunden mit einer sehr kritischen Einstellung zu ihrer konkreten Ausgestaltung. Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen, dass in Justiz und im Handeln von Regierungen und Verwaltungen demokratische Spielregeln eingehalten werden. Die Gründe für diese Tendenzen liegen nicht nur in wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, in Krisen und der Globalisierung, sondern auch im Zusammenwirken gesellschaftlicher Faktoren und individual-psychologischer Strukturen, die u. a. im Zusammenhang mit den Studien zum Autoritarismus untersucht wurden. Nicht zuletzt die zunehmende soziale Spaltung und der Umgang von Politik und Gesellschaft mit der Corona-Pandemie haben zu einer gravierenden Beeinträchtigung des Gerechtigkeitsempfindens und des gegenseitigen Vertrauens der Menschen geführt.

Rechtspopulistische Einstellungen reichen inzwischen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus werden zunehmend unscharf. Rechtsradikale und Rechtspopulisten nutzen die Erosion der verbindenden Grundüberzeugungen, die bislang die Gesellschaft zusammenhielten. Identitäre und AfD deuten soziale Konflikte zu kulturellen um und schüren Ängste, die ihnen einen Zugang zu breiteren Wähler:innen-Schichten verschaffen. Bei den Anti-Corona-Protesten liefen Menschen aus dem links-ökologisch-anthroposophischen Milieu neben Populisten und Rechtsradikalen, flatterten Regenbogenfahnen neben Reichskriegsflaggen. Die Gefahr, dass sich Querfronten bilden, ist nicht zuletzt im Südwesten der Republik virulent.

Im Folgenden soll zunächst die Studienlage geprüft und Erklärungsversuche für das Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts dargestellt werden. Schließlich werden Gruppen beschrieben, die nach Auffassung der Autor:innen der aktuellen Studien für den Rückgang des Zusammenhalts verantwortlich sind.

Was ist gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Der Begriff *gesellschaftlicher Zusammenhalt* ist allgegenwärtig, doch häufig ist das, was darunter verstanden wird, ideologisch gefiltert. Für den multikulturell orientierten Teil der Bevölkerung benötigt gesellschaftlicher Zusammenhalt Diversität, die Populisten verbinden damit die Vorstellung eines ethnisch homogenen Volkes. In den unterschiedlichen Annäherungen an den Begriff besitzt *Vertrauen* einen zentralen Stellenwert. Jürgen Habermas setzt einen theoretischen Bezugsrahmen zum Thema: Es ist wichtig, dass die Bürgerschaft darauf vertrauen kann, dass demokratische Grundprinzipien im Großen und Ganzen eingehalten werden und es in Justiz und im Handeln von Regierungen und Verwaltungen „grosso modo mit rechten Dingen“ zugeht (Habermas 2022, S. 17). Fehlt dieses Vertrauen, sind auf Dauer die Grundlagen der Demokratie ernsthaft bedroht.

In den Beziehungen zwischen Menschen bilden jene Dimensionen, die Arant/Dragolov/Boehnke (2017, S. 24–26) dem „Bertelsmann Radar“ zugrunde legen, eine gute Charakterisierung. Danach umfasst gesellschaftlicher Zusammenhalt die Bereiche

- **Soziale Beziehungen**

Soziale Netze, Vertrauen in die Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität

- **Gemeinwohlorientierung**

Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln, gesellschaftliche Teilhabe

- **Verbundenheit**

Identifikation mit dem Gemeinwesen, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden

Lukas et al. (2021, S. 42 f.) fügen dem noch eine **generalisierte Reziprozität** hinzu. Sie verstehen darunter ein Geben ohne die Erwartung einer unmittelbaren Gegengabe, aber im Vertrauen darauf, dass sich die Gabe in der Zukunft auszahlen wird.

Auch die Leistungen der *Kultur* können als gesellschaftlicher Kitt dienen. Nach Meinung von Johannes Crückeberg verschafft Kultur häufig nur einen Zusammenhalt innerhalb einer sozial abgegrenzten Gruppe, der aber zugleich auch als Abgrenzung gegen andere fungiert (Crückeberg 2023, S. 165). Einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt kann Kultur nur leisten, wenn es ihr gelingt, einen Austausch zwischen Menschen zu ermöglichen, die sich sonst nicht begegnen würden (Crückeberg 2023, S. 166).

Befunde

Der Versuch, eine Bilanz der Untersuchungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland in den letzten Jahren zu ziehen, muss mit einer grundlegenden Einschränkung beginnen: Nachdem die Befunde über viele Jahre hinweg nur leichte Abweichungen aufzeigten, kam es im

Gefolge der Pandemie zu gravierenden Veränderungen. So konstatieren Boehnke et al. im Rahmen einer Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg, die Coronapandemie habe massive Spuren hinterlassen. „Dieser Befund ist umso bedeutsamer, weil bisherige Messungen ... immer dafür gesprochen haben, dass sich der Zusammenhalt nur sehr langsam und auch über Krisenzeiten hinweg nicht dramatisch verändert“ (Boehnke et al. 2022, S. 105). Dessen ungeachtet ergibt es Sinn, sich bei der Analyse der Untersuchungsbefunde nicht auf die Nach-Corona-Zeit zu beschränken. Denn die vorhandenen Untersuchungen beleuchten das Problem aus unterschiedlichen Perspektiven und in unterschiedlicher Detailliertheit.

Wir erleben seit Jahren eine Veränderung politischer Diskurse, in deren Zusammenhang nicht nur Menschen zwischen die Fronten geraten, sondern auch Begrifflichkeiten. Neuere Untersuchungen belegen eine wachsende Polarisierung in modernen Gesellschaften, nicht nur in Westeuropa, und einen Rückgang des Zusammengehörigkeitsgefühls in unserem Land (Ipsos Global Advisor 2021; Zick/Küpper 2021). Uneinig sind sich die Studien über die Ursachen und über den Grad der Bedrohung.

Verlust von Vertrauen in die Einhaltung demokratischer Grundprinzipien

Wenn Umfragen ergeben, dass fast die Hälfte der Menschen in Deutschland glaubt, die Demokratie funktioniere nicht gut, Politiker:innen würden Gesetze zu ihrem Vorteil umgehen und sich mehr Rechte zubilligen als normalen Menschen (Spannagel/Zucco 2022, S. 16–17) und man selbst habe keinen Einfluss auf das Regierungsgeschehen (Decker et al. 2022b, S. 65), so spiegelt das eine Entwicklung wider, die die Demokratie insgesamt bedrohen könnte. Denn diese Herrschaftsform ist darauf angewiesen, dass die Bevölkerung darauf vertraut, dass eine demokratischen Willensbildung im Großen und Ganzen funktioniert: „Daher ist deliberative Politik für mich auch kein weit hergeholtes Ideal, an dem wir die schnöde Realität messen müssten, sondern in pluralistischen Gesellschaften eine Existenzvoraussetzung jeder Demokratie, die diesen Namen noch verdient“ meint Jürgen Habermas (2022, S. 18 f.). Von zentraler Bedeutung ist für ihn die Erfahrbarkeit demokratischer Abläufe. Es genügt nicht, dass ein politisches System befriedigend funktioniert. Für Bürgerinnen und Bürger muss es einen erkennbaren Bezug geben zwischen ihrem z. B. durch Wahlverhalten ausgedrückten Willen und dem Tun der Politik. „Sobald die politische Öffentlichkeit funktionslos verrottet, verliert der Staat selbst dann seine demokratische Substanz, wenn die Herrschaft der Gesetze unangetastet bleibt und die Regierung ihre Wähler mehr oder weniger zufriedenstellt“ (Habermas 2022, S. 102 f.). *E Erfahrbarkeit* setzt aber auch *Verstehbarkeit* voraus. Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab allerdings, dass sich mehr als drei Viertel der Befragten kaum mehr in der Lage sahen, politische Probleme zu durchschauen oder politische Entscheidungen den agierenden Parteien oder Personen zuzuordnen (Best et al. 2023, S. 19).

Diese Entwicklungen untergraben die Legitimation der Demokratie und könnten eine Ursache dafür sein, dass Autochthone immer stärker Aussagen zustimmen, die Vorrechte für Etablierte in Deutschland fordern. Laut Zick/Krott (2021, S. 22) meinen mehr als 40 % der Befragten, Neuankömmlinge in Deutschland sollten die Vorrechte der Alteingesessenen akzeptieren. Integrationsfeindliche Einstellungen nehmen zu und die Fremdenfeindlichkeit erreicht bisher nicht gekannte Werte (Zick/Krott 2021, S. 27).

Kritik am aktuellen Zustand der Demokratie

Die beschriebene Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Eine 2021 erschienene Studie von More in Common und der Robert-Bosch-Stiftung (More in Common Autoren- und Projektteam 2021) wurde in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA durchgeführt. Die Studie legte ihren Fokus auf demokratie-ambivalente Gruppen und stellt fest, dass zwar länderübergreifend eine große Mehrheit der Befragten grundsätzlich das *Prinzip Demokratie* befürwortet. Allerdings haben die Menschen unterschiedliche Vorstellungen davon, was Demokratie ausmacht und welche Zwecke sie erfüllen muss. Mehr noch: *Demokratie an sich* reicht vielen Menschen nicht, sie koppeln Demokratie-Zufriedenheit an die Ergebnisse der Politik in ihrem Land. In allen fünf Ländern fanden sich Gruppen, deren Verhältnis zur Demokratie nicht gefestigt ist, obwohl sie dieser nicht direkt ablehnend gegenüberstehen. Je nach Land handelte es sich dabei um ein Viertel bis zur Hälfte der Bevölkerung. Kennzeichnend ist eine „normative Vagheit beziehungsweise lebensweltliche Ferne gegenüber der Demokratie“ (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 133). Häufig äußert sich das in Teilnahmslosigkeit, viele Befragten entwickeln aber auch eine Sympathie für autoritäre Alternativen. Die ambivalente Haltung wendet sich in den europäischen Staaten aber nur selten gegen die Demokratie insgesamt. In den USA hingegen ist die Kritik grundsätzlicher, und auch in Polen steigt der Anteil ambivalenter Haltungen der Demokratie gegenüber.

In den untersuchten Ländern besteht eine verbreitete Skepsis gegenüber den Entscheidungstragenden in Politik und Medien. In den USA und in Polen kommt ein Misstrauen der Bürger:innen untereinander hinzu. Das übergreifende Motiv ist das einer Diskurskrise: in den Augen Vieler schwindet zurzeit die Fähigkeit, miteinander zu reden. Für Deutschland zieht die Studie zwar ein positiveres Fazit, allerdings besteht auch hier latent eine Krise des Vertrauens zwischen Bürger:innen und Politik; „das System liefert in den Augen vieler Menschen nicht ausreichend und hört ebenso nicht aufmerksam genug zu. Eliten- und Medienkritik ist breit anschlussfähig“ (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 129). Viele Menschen in Deutschland bekennen sich zwar zur Demokratie, knüpfen ihr Engagement aber an Bedingungen, die mit ihrer Wahrnehmung der Umsetzung demokratischer Prozesse zusammenhängen (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 19–24):

- 70 % der Befragten haben den Eindruck, die Politik interessiere sich nicht wirklich für ihre Meinung.
- 60 % glauben, die Probleme im Land würden nicht entschieden genug angegangen.
- Nur etwa die Hälfte schätzt ihre eigenen Einflussmöglichkeiten als gut ein.
- 42 % sehen die Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr.
- Auch das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und Organisationen ist sehr unterschiedlich: 93 % der Befragten vertrauen der Feuerwehr und Rettungskräften. Der Bundesregierung vertrauen nur 60 %, den Medien knapp die Hälfte. Das geringste Vertrauen genießen politische Parteien (48 %), Wirtschaftsverbände (45 %) und die Kirchen (30 %).

Diese Einschätzungen bilden die Basis, auf der Verschwörungsmythen gedeihen können: Etwa die Hälfte der Befragten sehen Politiker als „Marionetten der dahinterstehenden Mächte“, 44 % gehen davon aus, dass die Politik bestimmte Themen verschweigt und recherchieren dazu selbst, zumeist im Internet (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 24).

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Demokratievertrauen offenbart in diesem Zusammenhang deutliche – und wachsende – Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (Christensen et al. 2023; Riddell et al. 2024; Best et al. 2023, S. 17, 43). „Ein besorgniserregender Befund ergibt sich für Ostdeutschland, wo sich nicht einmal ein Siebtel der Befragten – gerade halb so viele wie im Westen – für die repräsentative Demokratie ausspricht“. Fast die Hälfte der Ostdeutschen favorisieren dagegen die direkte Demokratie (Best et al. 2023, S. 21 f.).

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt eine aktuelle Studie aus dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut, die sich mit autoritären Dynamiken und der Unzufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland beschäftigt (Botsch et al. 2023). Zwar stimmen mehr als 90 % der Befragten der Idee der Demokratie zu – nahezu drei Viertel auch in der Form, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist – aber in allen ostdeutschen Ländern sind mehr als die Hälfte der Befragten unzufrieden mit dem aktuellen Funktionieren der deutschen Demokratie (Botsch et al. 2023, S. 19). Die Folge sind nicht nur hohe Werte für die AfD bei Umfragen und Wahlen, sondern auch eine hohe Zustimmung zu Forderungen nach einer „starken Partei“, oder einer „rechtsautoritären Diktatur“ in der Befragung. Ein Drittel der Ostdeutschen hätte gerne einen „starken Führer“ (Botsch et al. 2023, S. 6, 19), 7 % haben nach dieser Studie ein geschlossen rechtsextremes Weltbild“ (Botsch et al. 2023, S. 2).

Auch wenn die Raten in den östlichen Bundesländern höher sind, ist der Verlust des Vertrauens in die Demokratie ein bundesweites Phänomen. Eine Studie der Universität Hohenheim (Brettschneider 2023) konstatiert ebenfalls eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Dies betrifft Institutionen auf Bundesebene stärker als jene auf Landes- und kommunaler Ebene. Mehr als die Hälfte der Befragten zweifelt an den Parteien und das Misstrauen gegenüber

Regierung und Parlamenten in Deutschland und der EU ist kaum geringer. Das höchste Vertrauen genießen noch Wissenschaft, Polizei, Gerichte und politische Institutionen vor Ort: Gemeinderäte und (Ober)Bürgermeister:innen (Brettschneider 2023, S. 34). Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Populismus: Während fast drei Viertel derjenigen, die mit der Demokratie auf Bundesebene zufrieden sind, nur sehr schwach zum Populismus neigen (5 %), beträgt der Wert bei Unzufriedenen 85 % (Brettschneider 2023, S. 32).

Eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung bei 18- bis 30-Jährigen in Deutschland und neun weiteren europäischen Ländern (Görtz/Langness 2024) kommt ebenfalls zu ähnlichen Ergebnissen. Zwar vertraut eine Mehrheit der Befragten der Demokratie im Allgemeinen (59 %), aber 52 % misstrauen der Regierung, 60 % den Medien und 58 % der Religion (Görtz/Langness 2024, S. 6). Dass Demokratie-Distanz auch bei Menschen mit Migrationserfahrungen verbreitet ist, zeigt der MOTRA-Monitor (Kemmesies et al. 2022, S. 98).

Als Folge des schwindenden Vertrauens in die Politik, in Institutionen und Handelnde sowie eines schwindenden Gefühls der Selbstwirksamkeit wachsen nach Ansicht der Autor:innen der Mitte-Studie 2022/23 Verschwörungsmythen und Populismus und letztlich sogar die Billigung politischer Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023, S. 94–124).

Das Schwinden der Mitte

Die Einschätzung, Politikern seien die Bedürfnisse 'normaler' Menschen gleichgültig, teilen Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Interessant sind deshalb Studien, die den Fokus auf die gesellschaftliche Mitte legen (Zick/Küpper 2021; Zick/Küpper/Mokros 2023) um „die Sollbruchstellen der Demokratie zu ermitteln“ (Zick 2023, S. 24).

Die Mitte-Studie von 2020/21 stellte fest, dass einerseits rechtspopulistische und rechtsextremistische Haltungen in der deutschen Bevölkerung gegenüber der Vorläufer-Studie zurückgegangen sind und insgesamt die große Mehrheit der Befragten (72,8 %) die Demokratie befürwortet (Zick/Küpper 2021, S. 48). Andererseits stimmte ein großer Teil der Befragten rechtspopulistischen oder rechtsextremen Einstellungen zumindest teilweise zu. Ein knappes Viertel der Proband:innen wurde als klar populistisch kategorisiert und über 40 % sind das zumindest der Tendenz nach (Zick/Küpper 2021, S. 57). Bedenklich erscheint den Autor:innen, dass die Grauzone bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Es ist keineswegs so, dass nur Menschen offen sind für rechtspopulistische oder rechtsextreme Ansichten, die sich selbst dem rechten Rand des politischen Spektrums zuordnen oder die durch Globalisierung oder Pandemie zu Verlierern wurden (Zick/Küpper 2021, S. 61). Die Ergebnisse dieser Mitte-Studie entstanden noch unmittelbar unter dem Eindruck der Coronapandemie. Trotz aller bedenklichen Schlussfolgerungen konnte man „eine deutliche

»Pandemiedelle« feststellen – einen Rückgang in fast allen Formen der Abwertung von gesellschaftlichen Gruppen“ (Zick/Küpper/Mokros 2023, S. 16). In der Folgestudie von 2022/23 lagen die Werte dann allerdings wieder auf dem Niveau von vor der Pandemie oder darüber. Die 2022/23er Studie konstatiert eine weitere Annäherung von Rechtsextremen und der Mitte der Gesellschaft und eine enorme Wandlung des Rechtsextremismus in den letzten Jahren (Zick/Mokros 2023, S. 55).

Alle Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung seit Beginn des 21. Jahrhunderts ergaben, dass lediglich eine kleine Minderheit der Befragten (zwischen 1,5 % und 3 %) ein geschlossen rechtsextremes Weltbild zeigt. Doch in der Mitte-Studie von 2022/23 stieg dieser Anteil auf 8 %. Auch der Graubereich wuchs deutlich auf 20 Prozent an (Zick/Mokros 2023, S. 70 f.). Die Befunde zeigen eine Gemengelage, die bislang nur selten bedacht wurde: Der aktuelle Populismus vereint Gegensätze, zeigt sowohl Autoritarismus wie antiautoritäre Züge, fordert eine Führungsfigur und ruft zugleich nach Freiheit und richtet sich gegen die Eliten (Zick/Küpper 2021, S. 45). Diese Ambivalenz erklärt auch die ungewöhnlichen Bilder von den Aktionen der Querdenkenden: Althippies Seite an Seite mit Neonazis.

(Rechts-)Populistisch Orientierte sind nicht nur jene, die übersehen und an den Rand gedrängt werden, in prekären Verhältnissen verhaftet sind, in der schnelllebigen Welt nicht mithalten können ... Es sind auch nicht (nur) jene, die eine autoritäre Staatsvorstellung teilen. ... Es sind Personen mit politischen Vorstellungen und Machtinteressen, die – so hat es den Anschein – weniger kollektiv als individualistisch ausgerichtet sind ... Sie scheinen offenkundig durchaus beweglich und fähig, ihre individuellen Freiheiten lautstark einzufordern, auch gegen ein solidarisches Rücksichtnehmen, wie sich aktuell an den Coronaprotesten ablesen lässt. (Zick/Küpper 2021, S. 73)

Polarisierung

Die Studie »Politische Polarisierung in Deutschland« der Konrad-Adenauer-Stiftung (Roose 2021) untersuchte den Grad der gesellschaftlichen Abstoßung. Sie versteht unter Polarisierung eine Situation, in der sich unterschiedliche Lager unversöhnlich gegenüberstehen und zugleich die ausgleichende Mitte schrumpft (Roose 2021, S. 11 f.). Die Mehrzahl der Befragten hält den Zusammenhalt in Deutschland für stark gefährdet. Als besonders polarisierend werden die Differenzen zwischen Links und Rechts angesehen sowie die zwischen Arm und Reich, die Auseinandersetzungen um Umwelt und Klima und Probleme in Zusammenhang mit Flucht und Zuwanderung (Roose 2021, S. 23 f.). Auch in dieser Studie verortet sich die überwiegende Mehrheit der Befragten in der gesellschaftlichen Mitte, vertritt vermittelnde Positionen, ist kompromissbereit, auch beim Thema Migration, bei dem die Meinungen am stärksten auseinandergehen. Eine Ausnahme bilden lediglich Anhänger der AfD (Roose 2021, S. 48 f.), die stark polarisierende Positionen einnehmen und sich dadurch häufig in einer Außenseiter:innen-Situation finden (Roose 2021, S. 89–98).

Von einer übergroßen Mehrheit werden nicht nur diese politischen Positionen abgelehnt, sondern auch die AfD als Partei und ihre Wählerinnen und Wähler. Gleichzeitig sind es die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die vielfach andere Parteien ablehnen und zu höheren Anteilen, wenn auch deutlich nicht mehrheitlich, mit anderen Personengruppen den Kontakt meiden. (Roose 2021, S. 135)

Ethnische Diversität und Fremdenfeindlichkeit

Die wachsende Immigration nach Deutschland hat Befürchtungen genährt, dass die ethnisch-kulturelle Diversität negative Folgen für das Zusammenleben haben könnte. Birte Gundelachs (2017) überprüfte vorliegende Studien zum Einfluss ethnisch-kultureller Diversität für das Zusammenleben und kommt zu keinem eindeutigen Ergebnis. Einerseits zeigen sich Anzeichen dafür, dass mit der ethnischen Diversität das soziale Vertrauen in der Nachbarschaft sinkt, andererseits scheinen persönliche Kontakte mittelfristig eher vertrauensstärkend zu wirken. Eine generelle Beeinträchtigung des Vertrauens durch ethnische Diversität ist allenfalls in Quartieren mit hoher ethnischer Diversität empirisch überzeugend belegt. Zudem ist der Zusammenhang nicht sehr stark und es ist unklar, ob der Zusammenhang überhaupt ein ursächlicher ist oder Folge von Drittvariablen (Gundelach 2017, S. 216 ff.).

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die seit 2012 in etwa zweijährigem Rhythmus durchgeführt wird, zeigt einen Rückgang der Migrationsskepsis und eine gestiegene Aufnahmebereitschaft (Kösemen/Wieland 2022). Nach einer stärker immigrationskritischen Einschätzung seit 2017, im Gefolge der ab 2015 stark steigenden Einwanderungszahlen, herrschte 2022 ein „chancenorientierter Blick“ vor. Die Sensibilität für Probleme innerhalb der Gesellschaft war gewachsen und man suchte die Ursache für Integrationsprobleme weniger bei den Migranten als in strukturellen Problemen der Einwanderungsgesellschaft. Dessen ungeachtet fanden sich aber nach wie vor Ängste und Vorbehalte, vor allem im Osten der Republik, bei älteren und weniger gut gebildeten Menschen (Kösemen/Wieland 2022, S. 36 f.). Diese Vorbehalte verstärken sich aktuell offenbar von neuem: „... die für Zuwanderung grundsätzlich offene Gesellschaft reagiert auf punktuell stark steigende Fluchtmigration mit Schließungstendenzen. Die ambivalente Grundhaltung neigt sich in Krisenzeiten hin zu einer vermehrten Skepsis“ (Wieland 2024, S. 35).

Allerdings erwartet ein nicht unbedeutender Teil der nicht-migrantischen Bevölkerung in Deutschland stärkere Anpassungsleistungen der Zuwandernden. Nach einer Studie von Zick/Krott nimmt der Anteil derjenigen, die die Integration der Zuwandernden befürworten, seit 2014 stetig ab. 2020 lag er erstmals unter 50 %. Über 60 % der Befragten forderten die einseitige Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft (Zick/Krott 2021, S. 10, 29). Bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zeigte sich ein ähnlicher Trend: Je länger sie sich in Deutschland aufhalten, desto stärker fordern sie von neu Zuwandernden die Assimilation (Zick/Krott 2021, S. 14).

Populismus und Rechtsextremismus

In Deutschland ist der Populismus, so die Autor:innen der Mitte-Studie 2020/21 der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf ideologischer Ebene kaum vom Rechtspopulismus zu unterscheiden (Zick/Küpper 2021, S. 73). Bedenklich stimmen vor allem die fließenden Übergänge und der enge Zusammenhang zwischen (rechts-)populistischen Einstellungen und der Befürwortung von Gewalt: „... auch der allgemeine Populismus hat ein gewisses Gewaltpotenzial, das sich nicht zuletzt gegen Politiker_innen richten kann ...“ (Zick/Küpper 2021, S. 67). Die Studie ergab für lediglich ca. 1,7 % der Befragten ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Zugleich fand sich aber ein großer Graubereich: jede:r Siebte zeigte eine gewisse Offenheit für rechtsextreme Ideologien. Zwar lehnten nahezu alle Befragten rechtsgerichtete Diktaturen ab, aber

- knapp 30% misstrauten öffentlich-rechtlichen Medien (Zick/Küpper 2021, S. 129),
- fast ein Drittel hätte eine Diktatur akzeptiert, läge sie im nationalen Interesse (Zick/Küpper 2021, S. 85),
- jede:r Fünfte vertrat klassisch antisemitische Verschwörungsmythen (Zick/Küpper 2021, S. 88),
- jede:r Siebte hielt Gewalt zur Erreichung politischer Ziele zumindest teilweise für moralisch gerechtfertigt (Zick/Küpper 2021, S. 85)
- fast genauso viele befürworteten Gewalt gegen Politiker:innen. (Zick/Küpper 2021, S. 90).

Autoritarismus und Rechtsextremismus

Auf der Basis einer Analyse rechtsextremistischer Literatur und aus Einzelfallstudien zog eine im Jahr 1980 im Auftrag des Bundeskanzleramts erstellte Untersuchung des Sinus-Instituts, die erste dieser Art in der Bundesrepublik, Schlussfolgerungen, die für die damalige Zeit aber erschreckend waren, heute wohl niemanden mehr verwundern würden: 13 % aller Wähler:innen der damaligen Bundesrepublik verfügten über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, und nicht weniger als 6 % der Wahl-Bevölkerung willigten in Gewalttaten rechtsextremer Gruppen ein (SINUS STUDIE 1982, S. 78 ff.). Die Autor:innen befürchteten, Rechtsextremismus könne zu einem „Fixpunkt im Meer der Orientierungslosigkeit“ werden (SINUS STUDIE 1982, S. 104). Die aktuelle, 40 Jahre später in Zusammenarbeit der Heinrich-Böll- und der Otto-Brenner-Stiftung erstellte Leipziger Autoritarismus Studie »Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität« (Decker/Brähler 2020a), weist auf die Gefahr hin, dass rechtsextreme Haltungen in die Mitte der Gesellschaft vordringen, und dass dabei nicht zuletzt die Proteste im Rahmen der Covid-Pandemie eine Katalysatorwirkung entfalten könnten.

Die Autoritarismus-Untersuchung unterscheidet sich in ihrem Konzept stark von anderen Erhebungen, denn die Autor:innen stellen ihre Untersuchung explizit in die Tradition der psychoanalytisch orientierten *Studien zur Autorität*: „Für eine gesellschaftskritisch-psychoanalytische Erklärung des Autoritarismus ist entscheidend, dass sie ihn als eine Dynamik versteht, die zeigt, wie bestimmte gesellschaftliche Strukturen die psychische Struktur von Individuen prägen – und vice versa“ (Decker et al. 2020b, S. 184). Insofern stellt die Leipziger Autoritarismus Studie einen Sonderfall dar, der allerdings zum Verständnis aktueller Phänomene, wie der Verschwörungsmentalität, beizutragen vermag.

Andere Leipziger Autoritarismus-Studien (Decker/Brähler 2020a; Decker et al. 2022b) belegen ebenfalls, dass autoritäre und extremistische Einstellungen die deutsche Demokratie bedrohen. Die Autor:innen sind der Meinung, dass sich die Polarisierung in der Gesellschaft verfestigt (Decker/Brähler 2020a, S. 9). Als neues Phänomen beschreiben sie Verschwörungsmythen, die häufig nur notdürftig antisemitische Haltungen kaschieren und zunehmend neben der Ausländerfeindlichkeit zur ‘Einstiegsdroge’ in den Rechtsextremismus werden (Decker/Brähler 2020b, S. 17). Auch die 2020er Studie warnt davor, die Bedrohungen durch rechtsextremistische Vorstellungen nur als von den politischen Rändern ausgehend zu betrachten: „Die mit dem Rechtsextremismus verbundenen völkisch-nationalen Ideologien und Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind nicht auf einen Rand zu begrenzen, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert.“ (Decker et al. 2020a, S. 31). In der Studie von 2022 werden zudem die engen Verbindungen von autoritären Bewegungen, Antifeminismus und Antisemitismus thematisiert (Kalkstein et al. 2022).

Die Autoritarismus-Studien unterscheiden verschiedene Einstellungsmuster, bei denen Ungleichwertigkeitsvorstellungen im Zentrum stehen. Diese sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur

Über 17 % der 2020 Befragten wünschten sich „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ (Ostdeutschland 29 %, Westdeutschland 14 %) (Decker et al. 2020a, S. 38). In der Studie von 2022 stimmten dieser Aussage 14,5% manifest zu und 23,9% latent (Decker et al. 2022b, S. 40).

Antisemitismus

Die manifeste Zustimmung zu antisemitischen Ressentiments lag 2020 zwischen 6 % und 10 %. Auch hier waren die latenten Zustimmungswerte deutlich höher: Fast jede:r Fünfte lehnte 2020 diese Einstellungen nicht ab (Decker et al. 2020a, S. 38). 2022 waren fast 30% der Befragten zumindest latent der Meinung, „der Einfluss der Juden sei insgesamt groß“, rund ein Viertel stimmte teilweise der Ansicht zu, „Juden würden nicht wirklich zu uns passen“ (Decker et al. 2022b, S. 42).

Sozialdarwinismus

Circa 9 % der befragten Westdeutschen und 18 % der Ostdeutschen sahen eine Überlegenheit der Deutschen gegenüber anderen Nationen (Decker et al. 2020a, S. 49).

Verharmlosung des Nationalsozialismus

Zwischen 5 % und 8 % der Befragten konnten dem Nationalsozialismus Positives abgewinnen. Sie meinten, ohne den Holocaust würde Hitler heute als großer Staatsmann gelten und hielten die Darstellung nationalsozialistischer Verbrechen für weit übertrieben in der Geschichtsschreibung. Die höchsten Werte erzielten die ostdeutschen Befragten, die mit fast 30 % der Aussage zustimmten, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt (Decker et al. 2020a, S. 41).

Chauvinismus

Mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl wünschte sich etwa jede:r dritte Befragte, und mehr als 17 % gingen von einem deutschen Anspruch auf „Macht und Geltung“ aus (Decker et al. 2020a, S. 42).

Ausländerfeindlichkeit

Etwa ein Viertel der Befragten sind der Auffassung, dass die Bundesrepublik „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist (Decker et al. 2020a, S. 43).

Ost-/West-Unterschiede

Bemerkenswert sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die die Autoritarismus-Studie von 2020 feststellt: die Werte der rechtsextremen Einstellungen sind bei Befragten aus dem Osten signifikant höher. Die deutlichste Diskrepanz (62,6 % zu 40,7 %) fand sich in der Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie: Die Westdeutschen waren weit zufriedener mit deren Funktionen (Decker et al. 2020a, S. 98 f.). In der Studie von 2022 führen die Autor:innen die Ost-West-Unterschiede vor allem auf die Lebensbedingungen in Ostdeutschland zurück: „So gehen hohe Autoritarismuswerte beispielsweise mit einer hohen Arbeitslosenquote, einem niedrigen Frauenanteil, einem geringeren Anteil an Schutzsuchenden einher. All diese Strukturmerkmale sind in ostdeutschen Kreisen eher anzutreffen als im Westen (Decker et al. 2022a, S. 14).

Antifeminismus

Die Autoritarismus-Studie von 2022 beschreibt einen engen Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Antifeminismus (Kalkstein et al. 2022). Mittlerweile muss man davon ausgehen, dass antifeministische Überzeugungen ein wesentlicher Faktor bei der Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen sind (Kalkstein et al. 2022, S. 263 f.).

Geschlossene rechtsextreme Weltbilder

Insgesamt kommt die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 zu dem Schluss, dass 2,1 % der bundesdeutschen Bevölkerung über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild verfügen (Decker et al. 2022b, S. 53). Zwischen 2010 und 2020 sind die demokratischen Milieus größer geworden, zugleich aber auch die antidemokratisch-autoritären radikaler und gewaltbereiter (Decker et al. 2020a, S. 72).

Die Gefahren für die Demokratie liegen erstens in der ernst zu nehmenden großen Verbreitung extrem-rechter Einstellungen und Abwertungsmuster, zweitens im Verlust von politisch-institutionellem Vertrauen sowie demokratischer Legitimation, drittens in der gesellschaftlichen Polarisierung, die mit einer Radikalisierung und Enthemmung am rechten Rand einhergeht, und viertens in der Diffusion und Modernisierung extremrechter Narrative (Ethnozentismus).

(Decker et al. 2020a, S. 82 f.)

Antisemitismus und Antimuslimismus

Nicht nur angesichts der deutschen Geschichte erhalten antisemitische Ressentiments ein besonderes Gewicht im politischen Diskurs. In vielen der bisher dargestellten Studien werden sie beschrieben – jedoch oft nur am Rande. Dabei stellt Antisemitismus nach wie vor ein bedeutendes Problem dar. So stimmte mehr als ein Drittel der Befragten einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung der Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ (Hestermann/Nathanson/Stetter 2022, S. 50).

Ein differenziertes Bild entwirft die Studie »Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall?« (Friedrichs/Storz 2022) des Sachverständigenrats für Integration und Migration. Die Untersuchung erforschte antimuslimische und antisemitische Einstellungen nicht nur bei der bundesdeutschen Bevölkerung insgesamt, sondern differenziert auch zwischen unterschiedlichen Einwohner:innengruppen, sodass sich auch Aussagen über das antisemitische und antimuslimische Potenzial bei Menschen mit Migrationsgeschichte machen lassen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass antimuslimische und antiislamische Einstellungen in Deutschland weit verbreitet sind, bei Personen mit Migrationshintergrund noch häufiger als bei solchen ohne. Je nach Bevölkerungsgruppe liegt der Grad des Antisemitismus zwischen 10 % und 50 % (Friedrichs/Storz 2022, S. 30–34). Die Untersuchung belegt einen positiven Einfluss von Bildung: Je höher die formale Bildung ist, desto weniger neigen Menschen ohne Migrationshintergrund zu Antisemitismus und Antiislamismus (Friedrichs/Storz 2022, S. 18 und 36 f.). Bei Menschen mit Migrationshintergrund sind die Zusammenhänge komplexer. Hier spielen Herkunftsland, Geschlecht, Religionszugehörigkeit etc. eine Rolle. Es zeigt sich aber, dass Menschen, die eine Schulbildung in Deutschland erfahren haben, in der Regel weniger stark zu Antisemitismus neigen. Auch

antimuslimische Einstellungen, zu denen verstärkt Spätaussiedler:innen neigen, verringern sich in diesem Fall (Friedrichs/Storz 2022, S. 18–22, 42).

Die Untersuchung zeigt auch, dass Antisemitismus bei Musliminnen und Muslimen stärker verbreitet ist als bei Menschen mit christlichem Hintergrund oder ohne Religionszugehörigkeit. Hier scheinen neben religiösen Aspekten auch Narrative in den Herkunftsländern eine Rolle zu spielen, besonders bei Formen des israelbezogenen Antisemitismus (Friedrichs/Storz 2022, S. 33 f., 38 f.). Nicht zuletzt durch die pro-palästinensischen Demonstrationen im Gefolge des Hamas-Massakers an Israelis im Oktober 2023 und dem darauffolgenden Angriff israelischer Truppen auf Gaza ist dieser spezielle, auch in der deutschen Linken verbreitete israelbezogene Antisemitismus in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Nicht selten treffen dort antisemitische Verschwörungsmythen und Israelfeindlichkeit zusammen. Israelbezogene Antisemiten projizieren ihre Vorurteile auf den Staat Israel – Juden werden so scheinbar nicht als Juden angegriffen. Trotzdem finden sich auch hier die Merkmale des klassischen Antisemitismus wieder: Die `Zionisten´ werden als Bedrohung für den Frieden, als Kriegstreiber beschrieben, als Kindermörder in Gaza, als Rassisten und Kolonialisten, die in einem Apartheitsstaat leben – eine neuerliche Täter-Opfer-Umkehr (Rensmann 2021a).

Hass im Netz

Eine weitere Form der Gefährdung des Zusammenhalts und der Demokratie rückt erst nach und nach in den Blick von Öffentlichkeit und Wissenschaft: Hass und Fakes im Internet. Dabei richtet sich der Fokus bisher vor allem auf die Auswirkungen persönlicher Angriffe, vom Trolling, über Shitstorms, bis hin zum *Cybermobbing* und *Cybergrooming*. Untersuchungen, die sich auf die Folgen für Kinder und Jugendliche konzentrieren, zeigen, dass in diesem Personenkreis bis zu 30 % von *Cybermobbing/Cybergrooming* betroffen sind (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 87; Beitzinger/Leest/Schneider 2020; Landesanstalt für Medien NRW 2021; NETTZ 2024). Etwa die Hälfte der 14-24-Jährigen berichten, häufig oder sehr häufig HateSpeech-Kommentare im Internet anzutreffen (Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) 2022, S. 46; NETTZ 2024, S. 28), über 30% haben sich bereits mit Erwachsenen getroffen, die sie über das Internet kennenlernten (Landesanstalt für Medien NRW 2021). 14 % der befragten Jugendlichen wurden aufgefordert, Nacktbilder von sich zu schicken, genauso viele empfangen solche Bilder bereits. Die Gefährdungen sind ungleich verteilt: Bei allen erfragten Gefährdungsszenarien machen Hauptschüler:innen doppelt bis vierfach so häufig negative Erfahrungen. Wahrgenommen wird Hass am stärksten auf *TikTok* (Landesanstalt für Medien NRW 2021) und seit der Übernahme durch Elon Musk im Oktober 2022 auch auf X (ehemals Twitter) (NETTZ 2024, S. 31). Nach dem Eindruck der Befragten sind am häufigsten Politiker:innen Opfer von Hass im Internet, gefolgt von Geflüchteten und Aktivist:innen. Angegriffen werden außerdem Menschen mit Migrationshintergrund, nicht-weiße, jüdische, muslimische oder queere Menschen sowie Sinti

und Roma (NETTZ 2024, S. 33–37). Jüngere sind häufiger betroffen, Frauen stärker als Männer. „Hass im Netz hat damit eindeutig eine geschlechtsspezifische Dimension, die Frauen zum Hauptziel macht und geschlechtsspezifische Gewalt auch in der digitalen Welt zementiert“ (Das NETTZ 2024, S. 41). Der Hass richtet sich dabei am häufigsten auf politische Ansichten oder das Aussehen der Opfer (NETTZ 2024, S. 39). Die Betroffenen reagieren häufig mit dem Blockieren von Hatern oder gar dem Verlassen von Plattformen. Zwar melden viele User Hass-Beiträge bei den Plattformen, manche antworten auch auf die Kommentare. Insgesamt ist die Grundtendenz aber der Rückzug: „Der Hass ist laut, der Rückzug hingegen ist leise“. Und das betrifft vor allem Frauen und diskriminierte Gruppen (NETTZ 2024, S. 45). Nach Meinung der Autor:innen „muss man von einem offenen und unverhohlenen Versuch sprechen, die Grundwerte und Prinzipien unserer Demokratie durch Hass im Netz systematisch zu untergraben“ (NETTZ 2024, S. 63). Die Grenzen zwischen Digitalem und Analogem verschwimmen zunehmend, die Angriffe machen bisher Verpöntes zur Normalität und verschieben den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter nach rechts (NETTZ 2024, S. 64).

In den letzten Monaten hat die Diskussion über Desinformation im Internet in Öffentlichkeit und Politik an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt nach russischen Beeinflussungsversuchen auf die politische Stimmung in den USA und Europa, verstärkt seit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Auch die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz wirft die Frage auf, ob diese die Demokratie im Allgemeinen und die politische Partizipation im Besonderen beeinflussen könnte.

Die aktuelle Bertelsmann-Studie „Verunsicherte Öffentlichkeit“ (Bernhard et al. 2024), die im Oktober 2023 mit Befragten ab 16 Jahren in Deutschland und in den USA durchgeführt wurde, zeigt, dass über 80 % der Deutschen Desinformation im Internet als eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachten (Bernhard et al. 2024, S. 44 f.). Mehr als ein Drittel befürchtet, dass Menschen durch Desinformation aufgehetzt und radikalisiert werden und die Spaltung der Gesellschaft verschärft wird (Bernhard et al. 2024, S. 47). Die Verbreitung von Falschinformationen wird vor allem in sozialen Medien, Blogs und Messenger-Diensten wahrgenommen (Bernhard et al. 2024, S. 22–26). Die Befragten sind sich einig, dass es Versuche gibt, politische Meinungen und Wahlausgänge durch Falschinformationen zu beeinflussen, insbesondere bei kontroversen Themen wie Einwanderung, Gesundheit, Krieg und Klimakrise (Bernhard et al. 2024, S. 21 f.). Für die Verbreitung von Fake News werden hauptsächlich Akteure aus dem politischen Raum verantwortlich gemacht. Als besonders problematisch erscheint die Tatsache, dass in Deutschland zwar 70 % der Befragten Desinformation als Problem sehen, sich aber nur 16 % selbst als Betroffene sehen (Bernhard et al. 2024, S. 43). Im Vergleich dazu sind in den USA mehr Bürger besorgt darüber, selbst getäuscht zu werden (Bernhard et al. 2024, S. 58).

Die Untersuchung verdeutlicht die Herausforderung, Desinformation zu bekämpfen, um die liberale Demokratie zu schützen. Der rasante Fortschritt bei der Entwicklung und Verbreitung KI-gestützter

Tools, die wie *Midjourney* oder *Sora* die Produktion von Deepfakes stark vereinfachen, hat allerdings bisher in wissenschaftlichen Studien nur einen geringen Widerhall finden können. Künftige Studien werden diese Entwicklungen stärker berücksichtigen müssen. Und auch für Gesellschaft und Politik wirft die Entwicklung Fragen auf und fordert klare Regulierungen und Strategien für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Technologie.

Anfeindungen und Übergriffe auf Rettungskräfte und in der Kommunalpolitik

Die Medien berichten immer häufiger von Übergriffen auf Personen des öffentlichen Dienstes, auf Polizei- und Rettungskräfte oder Feuerwehrleute. Nach den Anschlägen auf die Kölner Oberbürgermeisterin Reker, der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübke und dem Angriff auf den Dresdener SPD-Europa-Politiker Matthias Ecke rücken auch Anfeindungen gegen Politiker:innen oder Verwaltungskräfte vor allem in der Kommunalpolitik in den Blick der Öffentlichkeit. Denn in den Kommunen treffen Politik und Öffentlichkeit am unmittelbarsten aufeinander und Gewalt gegen die häufig ehrenamtlich arbeitenden Menschen hat hier potenziell die stärksten Auswirkungen.

Verfolgt man die veröffentlichte Meinung und aktuelle Untersuchungen, so gewinnt man den Eindruck, dass *Workplace Violence* ein internationales Phänomen ist (Frevel et al. 2019, S. 29–37), das verstärkt in der Corona-Pandemie massiv zugenommen hat, (Kemmesies 2022, S. 10; Erhardt 2020). In Untersuchungen berichten mehr als die Hälfte der Befragten, in der großstädtischen Kommunalpolitik bereits Anfeindungen oder Aggressionen ausgesetzt gewesen zu sein (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 21; Rölle 2020, S. 293, forsa Gesellschaft für/Sozialforschung und/statistische Analysen mbH 2024, S. 59-63). Bezogen auf Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte werden ähnliche Zahlen genannt (Ruhruniversität 2018, S. 14). Wobei hier der Grad der Bedrohung bei denjenigen, die in engerem Kontakt zu Menschen kommen, wie Polizei und medizinische Kräfte, höher ist als bei Feuerwehrleuten (Ruhruniversität 2018, S. 20).

Die häufigste Form von Anfeindungen sind Beleidigungen. In einer Untersuchung in Thüringen gaben alle befragten kommunalpolitischen Amtsträger:innen und Verwaltungskräfte an, mindestens einmal beleidigt worden zu sein (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 10), drei Viertel berichten, Bedrohungen erlebt zu haben (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 11; ähnlich: Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 27–29). Beleidigungen finden am häufigsten in den sozialen Netzwerken statt (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 27; Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 11; Eberspach/Bitschnau/Kemmesies 2022, S. 143–144, Imbusch/Steg 2022, S. 42). Zwischen 10 % und 15 % der von Anfeindungen Betroffenen berichten von körperlichen Angriffen bis hin zu solchen mit Waffen oder Gegenständen (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 12; Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 31).

Beschimpfungen sind inzwischen alltäglich, unabhängig von der Größe der Kommune (Erhardt 2020). Allerdings steigt das Risiko, Opfer von Anfeindungen zu werden, mit der Gemeindegröße (Rölle 2020, S. 293; Ruhruniversität 2018, S. 28; Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 9; Kemmesies 2022, S. 12). Die Gefahr, Opfer von Anfeindungen zu werden, besteht unabhängig von Geschlechts- und Schichtzugehörigkeit oder Migrationshintergrund (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 23), hauptberuflich Tätige und Amtsträger:innen mit Parteizugehörigkeit scheinen aber stärker betroffen zu sein (Kemmesies 2022, S. 12).

Für die Betroffenen haben Anfeindungen und Angriffe oft schwere psychische Folgen (Kemmesies 2022, S. 11; Kohl 2019, S. 28). Auch wenn die Zahl der Amtsträger:innen, die erwägen, zurückzutreten oder nicht erneut zu kandidieren, nicht sehr hoch ist (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 34; Kemmesies 2022, S. 11; Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 14), kommt es nicht selten zu einschneidenden Verhaltensänderungen, auch bei vielen, die selbst noch gar keine negativen Erfahrungen gemacht haben (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 35). Befragte, vor allem Frauen und Personen mit Migrationshintergrund oder niedrigerem sozioökonomischem Status, berichten von einem gesteigerten allgemeinen Misstrauen, einer Zurückhaltung bei Äußerungen zu bestimmten Themen, einem Verzicht auf die Nutzung sozialer Medien und dem Meiden von Orten oder Veranstaltungen (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 35 f.).

Betrachtet man die Ursachen der Gewalt, so nennen Befragte neben individuellen Faktoren, wie fehlender Frustrationstoleranz, falschen Erwartungen oder psychischen Notlagen, die Auswirkungen eines aggressiven Diskussionsklimas in den sozialen Medien und die Tatsache, dass die Täter:innen kaum Angst vor Konsequenzen haben müssen (Rölle 2020, S. 296 f.; Kemmesies 2022, S. 7). Als Täter werden oft Männer zwischen 20 und 39 Jahren genannt, Menschen, die in der Regel zum Umfeld von Hilfesuchenden gehören (Patienten, Freunde, Angehörige) (Ruhruniversität 2018, S. 1 f.). Auch Menschen aus dem Umfeld der Querdenkenden werden angegeben, Rechtsextreme, Reichsbürger:innen oder allgemein parteipolitische Gegner (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 20–22; Kemmesies 2022, S. 10).

Hingewiesen werden muss auf die Begrenzungen in der Aussagekraft der Studien. Manche Untersuchungen basieren auf Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die nur den Ausschnitt der Realität beschreiben kann, der in den Blick der Polizei gerät. Die Untersuchungen schildern aber ein unterschiedliches Anzeigeverhalten und ein teilweise extrem großes Dunkelfeld: zwischen 80 % und fast 90 % der Übergriffe werden nicht zur Anzeige gebracht und damit auch nicht in der PKS geführt (Kemmesies 2022, S. 9). Als Gründe für das Nicht-Anzeigen werden angeführt, dass manche Betroffene die Übergriffe als Bagatelle einschätzen, als Teil des Jobs: „der übliche online Hass“ (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 29), oder glauben, dass eine Meldung nichts an der Situation ändern würde (Kemmesies 2022, S. 9; Ruhruniversität 2018, S. 48–51; Bühren et al. 2022,

S. 157 f.). Beschrieben werden auch Erfahrungen mit einer als frustrierend empfundenen strafrechtlichen Behandlung von Vorfällen: Betroffene geben an, nicht angehört worden zu sein und dass Verfahren häufig ergebnislos eingestellt würden (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023, S. 14).

Neben den Einschränkungen, die aufgrund der Datenbasis gemacht werden müssen, sollten weitere begrenzende Faktoren bedacht werden. Es ist keineswegs sicher, dass alle Untersuchungen die Ausprägung von Anfeindungen und Gewalt gleich definieren und auch nicht, dass die Befragten die verwendeten Definitionen teilen. Deshalb ist es schwierig festzustellen, ob die Intensität der Übergriffe in den letzten Jahren tatsächlich so stark zugenommen hat wie beschrieben (Ruhr-universität 2018, S. 28). Doch ungeachtet dessen bleibt der Befund, dass die beschriebenen Studien Anfeindungen als Regelfall beschreiben, nicht als Randphänomen.

Erklärungsversuche

Alle in den letzten Jahren erschienenen Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland beschreiben Entwicklungen, die die demokratischen Strukturen bedrohen können. Was sind die Gründe für die wachsende Polarisierung im Land? Welche gesellschaftlichen und individuellen Strukturen begünstigen Entwicklungen, die den Zusammenhalt bedrohen? Im Folgenden werden Erklärungsversuche für Populismus und Rechtsextremismus beschrieben.

‘Entdecker’ vs. ‘Verteidiger’ und die nationale Zugehörigkeit

Eine Studie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Back et al. 2021), die in Deutschland, Frankreich, Polen und Schweden durchgeführt wurde, konstatiert „die Herausbildung einer neuen übergreifenden gesellschaftlichen Konfliktlinie“ (Back et al. 2021, S. 4). Die Autor:innen kennzeichnen die Lager, die jeweils substantielle Teile der Bevölkerung verkörpern, als „Entdecker und Verteidiger“. Die wichtigste Trennlinie zwischen den Lagern zeigt sich in der Interpretation dessen, was unter „nationaler Zugehörigkeit“ verstanden wird. Olaf Müller und Detlef Pollack beschreiben das als Konflikt zwischen einer ethnisch-religiösen Sicht, die u. a. fordert, im Land geboren zu sein, der vorherrschenden Religion anzugehören und einer zivilrechtlich-kulturellen Sicht, die die Beherrschung der Sprache, die Beachtung von Gesetzen und Zugehörigkeitsgefühle ins Zentrum stellt (Müller/Pollack 2021, S. 19). Die Befragten stimmen zivilrechtlich-kulturellen Prinzipien stärker zu als ethnisch-religiösen. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. In Schweden, dicht gefolgt von Deutschland, erhält das ethnisch-religiöse Prinzip die geringste Zustimmung, in Polen mit Abstand die größte (Back et al. 2021, S. 19–22).

Die nationale Zugehörigkeit korreliert mit weiteren Variablen:

- **Bedrohungswahrnehmungen:** Verteidiger:innen empfinden Fremde eher als Bedrohung für die eigene Kultur und die eigenen Werte sowie für die Sicherheit im Land, aber auch als Konkurrenz für Arbeitsplätze und Sozialleistungen. Entdecker:innen stehen Fremden meist offen gegenüber (Back/Echterhoff 2021 S. 30 f.).
- **Gefühle gesellschaftlicher Marginalisierung:** Verteidiger:innen fühlen sich eher marginalisiert als Entdecker:innen (Back/Echterhoff 2021 S. 23).
- **Demokratievertrauen:** Verteidiger:innen sind unzufriedener mit der Demokratie und misstrauen politischen Institutionen (Back et al. 2021, S. 3).
- **Bevorzugte Modelle politischer Steuerung:** Verteidiger:innen wünschen sich häufiger einen starken Führer, der keine Rücksicht auf Parlament und Wähler:innen nehmen muss. Sie stehen populistischen Parteien auch signifikant stärker näher als Entdecker:innen (Schlipphak 2021, S. 41).

Nach Meinung der Autor:innen der Studie der WWU Münster hat die Polarisierung der gesellschaftlichen Gruppen durch den Identitätskonflikt ihren Grund in der wechselseitigen Abgrenzung und Abwertung der Lager.

Als Ergebnis stehen sich dann in der gegenseitigen Wahrnehmung nicht mehr sicherheitsorientierte Menschen, die dazu beitragen existierende Strukturen der Gemeinschaft zu verteidigen, und veränderungsorientierte Menschen, die dazu beitragen neue Möglichkeiten der Gemeinschaft zu entdecken, gegenüber. An Stelle dieses für eine Gesellschaft grundsätzlich gewinnbringenden Unterschieds tritt der unverhandelbare Konflikt zwischen den von den Entdeckern als aggressiv-rückständige Fremdenfeinde perzipierten Verteidigern und den aus Sicht der Verteidiger überheblich-lebensfremden Missionaren der Entdecker. (Back et al. 2021, S. 50)

Die Antworten seitens der Politik fördern bisher nach Meinung der Autor:innen die Polarisierung eher, als dass sie ihr abhelfen. Veränderungen würden häufig als alternativlos dargestellt, andere Ansichten als bildungs- und erziehungsbedürftig abgewertet. Dadurch verstärkte sich auf Seiten der Verteidiger:innen das Gefühl der politischen Machtlosigkeit. Stattdessen sollten Unterschiede in den Bedürfnissen der Menschen ernstgenommen und unterschiedliche Bedürfnisse als Ressourcen gesehen werden, welche die Gesellschaft stärken (Back et al. 2021, S. 51).

Identitärer cultural backlash

Neuere Untersuchungen zeigen, dass der Ethnozentrismus in den letzten Jahren einen Wandel durchgemacht hat. Im Mittelpunkt steht nicht mehr das Konstrukt der *Rasse*, nicht mehr die biologische *Vererbung*. Balibar/Wallerstein beschreiben den aktuellen Rassismus als einen, der „nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich

darauf 'beschränkt', ... die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten" (Balibar/Wallerstein 2019, S. 28).

Die Autoren beschreiben einen *differentialistischen Rassismus*, in dessen Mittelpunkt kulturelle Argumentationslinien stehen. Rippl/Seipel sehen in dieser Haltung auch einen wesentlichen Faktor für Wahlpräferenzen: „Die Variablen, die kulturelle Faktoren thematisieren (kulturelle Bedrohung, Wunsch nach Homogenität), erweisen sich als die stärksten Prädiktoren für die Absicht, die AfD zu wählen" (Rippl/Seipel 2018, S. 247). Vor allem die europaweit agierenden *Identitären* erwecken den Anschein, die Pluralität der Menschheit zu akzeptieren: jeder Mensch soll nach seinen eigenen Vorstellungen leben ... aber dort, wo er 'hingehört'. Das neue Bedrohungsszenario ist die Mischung der Kulturen, der *große Austausch*. Die Beseitigung kultureller Distanzen führt nach dieser Vorstellung zum geistigen, vielleicht sogar zum biologischen Tod der Menschheit (Balibar/Wallerstein 2019, S. 29). Das Konzept des differentialistischen Rassismus ist eines des *cultural backlash*, des kulturellen Gegenschlags gegen die Zunahme post-materialistischer Werte in einer Gesellschaft, die schnellen kulturellen Veränderungen unterworfen ist (Herzinger 2017). Bezogen auf ähnliche Entwicklungen in den USA spricht Lars Rensman (2021b, S. 7) von einer „breiten autoritär-nationalistischen 'lauten Gegenrevolution' bzw. konformistischen Revolte". Die neue kulturelle Konfliktlinie löst die bisherige sozio-ökonomische ab (Lengfeld 2017, S. 226).

Der AfD ist es gelungen, soziale Konflikte als kulturelle Konflikte darzustellen und Verteilungskämpfe ... zu kulturellen Kämpfen umzudefinieren, wobei Zuwanderung und Flüchtlinge für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, die tatsächlich die langfristigen Folgen einer neo-liberalen Politik darstellen. Durch diese „Kulturalisierung“ von Ängsten gelingt es der AfD, breite Wählerschichten aus unterschiedlichen sozialen Milieus zu erreichen ... (Rippl/Seipel 2018, S. 251)

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung betont ebenfalls die Bedeutung langfristiger kultureller Konfliktlinien für den Rückgang des gesellschaftlichen Zusammenhalts und das Anwachsen rechtspopulistischer Strömungen (Best et al. 2023, S. 14). Am stärksten polarisiere dabei die Migrationsfrage (Best et al. 2023, S. 16, 42–44). Auch Mullis/Zschocke beobachten bei politischen Entscheidungen einen engen Zusammenhang von sozialen Ängsten und kulturellen Fragen. Sie konstatieren eine regressive Kollektivität, für die „differenzbetonte Empfindungen sowie Konkurrenz, Vorurteile, Machtlosigkeit, Statusängste oder Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus" konstitutiv seien (Mullis/Zschocke 2020, S. 118).

Autoritarismus

Im Mittelpunkt des Autoritarismus-Konzepts steht ein Charakterbild, das *Autoritäre Syndrom*, bei dem autoritäre Orientierungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Verschwörungsmentalität zusammentreffen. Dieses bildet die Basis für Vorurteile und rechtsextreme Einstellun-

gen. Die Abwertung anderer, die Aggressionen auf sie, sind Ergebnis gesellschaftlicher Dynamiken, haben aber zugleich individuelle Funktionen (Decker et al. 2022a, S. 12). Das Autoritarismus-Konzept basiert auf umfangreichen Studien, die im Rahmen des »Frankfurter Institut für Sozialforschung« seit Beginn der 1930er Jahre durchgeführt wurden.

Bereits in der Weimarer Republik entstand eine *Untersuchung über das Bewusstsein von Arbeiter und Angestellten* unter der Leitung von Erich Fromm. Nach Meinung der Autor:innen zeigte sich eine starke Diskrepanz zwischen den geäußerten Meinungen der Befragten und deren tieferliegenden Charakterstrukturen. Fromm et al. folgerten, die deutsche Arbeiterschaft würde sich nicht so konsequent einer Machtübernahme durch die Nationalsozialisten entgegenstellen, wie das ihre Oberflächenmeinung erwarten ließ (Jay 1981, S. 147).

Die bekanntesten Arbeiten in diesem Zusammenhang sind die 1936 veröffentlichten *Studien zur Autorität und Familie*, die in der sich wandelnden Funktion der Familie und in den Wechselwirkungen zwischen Kultur, gesellschaftlichen Entwicklungen und Individuum Schlüsselfaktoren zur Erklärung der Entstehung des Autoritären Charakters sahen (Horkheimer/Fromm/Marcuse 1987). Allerdings stellte Erich Fromm im sozialpsychologischen Teil der »Studien« sozioökonomische Begriffe in den Vordergrund seiner Überlegungen (Jay 1981, S. 159), die er für seine 1941 in den USA entstandene Arbeit »*Furcht vor der Freiheit*« detaillierter ausarbeitete (Fromm 2000). Fromm sah in der Flucht ins Autoritäre oder ins Konformistische gefährliche Schein-Auswege aus der Überforderung des Individuums durch die schnelle Entwicklung der Menschheit. Verunsicherung und Zweifel erzeugen Gefühle von Ohnmacht als Individuum (Fromm 2000, 40). Diese Entwicklung ist ein „fruchtbarer Boden für die politischen Ziele des Faschismus“ (Fromm 2000, S. 248).

Die 1949/50 veröffentlichten »*Studien zum Vorurteil*« zielten darauf ab, eine Skala zu erstellen, die Vorurteile messen konnte, ohne den Befragten diesen Zweck zu offenbaren. Diese F-Skala (Faschismus-Skala) sollte Variablen erfassen, die nach bisherigen Studien in engem Zusammenhang mit Vorurteilen standen. Auf Grundlage der Studienergebnisse entwickelten die Autor:innen eine Typologie von Individuen, u. a. der *Autoritären Persönlichkeit* (Adorno 1980, S. 322). Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre wurde unter Leitung von Adorno an der Frankfurter Universität eine auf die Bundesrepublik zugeschnittene F-Skala entwickelt (Freyhold 1971, S. 149).

Angesichts sich weltweit ausbreitender rechtspopulistischer Strömungen stellen sich die Grundlagen der Autoritarismus-Forschung mit neuer Dringlichkeit. Allerdings gab es von Anfang an auch Auseinandersetzungen über die wissenschaftliche Tragweite der Studien, die bis heute nicht abgeschlossen sind (Mayring 2016a). Eine Zusammenfassung der Diskussion findet sich bei Rippl/Seipel/Kindvater (2000a). Kritisiert werden u. a. eine strikt an der Psychoanalyse orientierte Perspektive. Oesterreich (2000, S. 73 ff.) plädiert stattdessen dafür, den Autoritarismus als natür-

liche Reaktion auf Situationen zu interpretieren, die unklar, verunsichernd oder gefährlich erscheinen. Autoritäre Reaktionen schützen Kinder vor den Risiken und Bedrohungen einer Welt. Im Laufe ihrer Entwicklung lernen sie, autoritäre Reaktionen zu überwinden. Gelingt das nicht, verharren Menschen in Unselbstständigkeit und werden zu autoritären Persönlichkeiten. Für das Verständnis des Autoritarismus stellt Oesterreich damit die (gesellschaftliche) Situation neben die Sozialisation – ein Ansatz, den Fromm bereits in den 1930er Jahren vertreten hatte (Fromm 2000, S. 104–134).

Die Mitte-Studie 2022/23 beschreibt Differenzen im Vorherrschen rechtsextremer Einstellungen zwischen Berufsgruppen und Angehörigen unterschiedlicher Einkommensklassen und interpretiert diese als Klassenproblematik: Umverteilungsforderungen würden „in einen völkisch-nationalistischen Konflikt“ gestellt, in eine Konkurrenz mit Migrant:innen um Arbeitsplätze, sozialen Status und Wohlstand (Zick/Mokros 2023, S. 80). Diese Tendenz des Ansatzes, Autoritarismus als Phänomen der unteren sozialen Schichten zu sehen, ist nicht unumstritten (Rippl/Seipel/Kindvater 2000b, S. 24 f.).

Ebenfalls strittig ist die Kulturunabhängigkeit des Konzepts des Autoritarismus, nicht nur in Hinsicht auf die Übertragbarkeit auf unterschiedliche Länder, sondern auch auf die Anwendbarkeit auf unterschiedliche Gruppen in multikulturellen Gesellschaften (Rippl/Seipel/Kindvater 2000a, S. 8).

Anomie, Deprivation, Verunsicherung und Marginalisierung

Wenn Erich Fromm (Furcht vor der Freiheit, 2000) meinte, eine Verunsicherung durch den schnellen technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel begünstige die Verstärkung von Vorurteilen und das Entstehen rechtsextremer Einstellungen, dann verstand er das nicht als direkte Abhängigkeit. Nach einer Studie von Rippl/Baier sind Beziehungen im Sinne von `arbeitslos = rechtsextrem´ nicht nachweisbar (2005, S. 662). Allerdings bedeutet das nicht, dass Arbeitslosigkeit gar keinen Einfluss ausübt. Auch bei Menschen, die akut gar nicht selbst von ihr betroffen sind, wirkt sich bezogen auf die Eigengruppe die *Angst vor Arbeitslosigkeit* aus (Rippl/Baier 2005, S. 663). In problematischen sozialen oder regionalen Kontexten, wie z. B. in vielen Gebieten Ostdeutschlands, können Ängste deshalb Vorurteile verstärken. „Fremde werden nicht nur als Gefahr für den Status der Eigengruppe, sondern auch als Konkurrenten um den individuellen Status wahrgenommen“ (Rippl/Baier 2005, S. 663).

Wachsende soziale Ungleichheit

Aktuelle Untersuchungen, z. B. die Studie „Bröckelt die Mittelschicht?“ von OECD und Bertelsmann Stiftung (Consiglio et al. 2021), legen nahe, dass der Anteil der Mittelschicht an der deutschen Bevölkerung vor allem in der Zeit zwischen 1995 und 2005 (Deutschland als `kranker Mann Europas´) stark zurückgegangen ist. Eine zentrale Zusicherung unserer Wirtschaft wird immer weniger

eingehalten: „Der demografische Wandel birgt die Gefahr, dass einer wohl-situierten älteren Generation Jüngere nachfolgen, die erstmals in der Nachkriegszeit mit Wohlstandseinbußen rechnen müssen“ (Consiglio et al. 2021, S. 4). Das Abstiegsrisiko in den unteren Einkommensgruppen ist groß und könnte in Zukunft weiter wachsen. Schätzungen zufolge sind in Deutschland etwa 17 % der Beschäftigten der Mittelschicht und 22 % der Menschen in unteren Einkommensgruppen dem Risiko ausgesetzt, durch Automaten oder Algorithmen ersetzt zu werden (Consiglio et al. 2021, S. 27). Die Coronakrise hat diese Entwicklung noch verstärkt. Der Paritätische Armutsbericht 2022 (Schneider/Schröder/Stilling 2022) zeigt, dass das Armutsniveau in Deutschland seit 2006 besorgniserregend angestiegen ist. Betroffen sind vor allem Haushalte mit drei und mehr Kindern, Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, ältere Frauen und Eingewanderte. Opfer der Pandemie sind aber auch Selbstständige, von denen viele unter die Armutsgrenze rutschten. So vergrößerte sich der Anteil von Armut betroffener Selbstständiger in dieser Zeit von 5 auf 11 % und bei den Solo-Selbstständigen von 17 auf 23 % (Schneider/Schröder/Stilling 2022, S. 10).

Der WSI Report 2022 »Armut grenzt aus« stellt fest, dass die Einkommen in Deutschland noch niemals so ungleich verteilt waren (Spannagel/Zucco 2022, S. 7–9). Die Anteile der Armen (ca. 17 %) und der sehr Armen (mehr als 11 %) erreichten 2019 Höchststände. Der Report bezieht sich auf die Armutsdefinition der Europäischen Union, die eine relative Armut in den Fokus stellt: arm ist ein Mensch, der aufgrund seiner materiellen, kulturellen oder sozialen Ressourcen von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die in dem Land, in dem er lebt, als Minimum angesehen wird (Spannagel/Zucco 2022, S. 4).

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt die Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie zeigte, dass Krisen vor allem in strukturschwachen Regionen wahrgenommen werden. Die Autor:innen befürchten, dass sich individuelle Unsicherheiten und Krisen-Betroffenheiten in Folge der Polykrise auf die Gesamtgesellschaft ausdehnen und dort zu gesellschaftlichen Abschottungen gegen vermeintlich bedrohliche Gruppen führen (Zick/Sandal-Önal 2023, S. 239 f.).

Die Oxfam-Studien »Survival of the richest« von 2023 (Christensen et al. 2023) und 2024 (Riddell et al. 2024) belegen, dass die Krisen der letzten Jahre soziale Ungleichheiten weltweit haben explodieren lassen. Wir leben in einer *decade of division*. Der winzige Teil der Reichen an der Weltbevölkerung wurde deutlich reicher, zugleich haben Armut und Hunger zugenommen (Riddell et al. 2024, S. 8). Auf Deutschland trifft dies in besonderem Maße zu. Bereits vor den Krisen lag die soziale Ungleichheit hier höher als in anderen Ländern der EU und OECD. Die Krisen verschärften das weiter: Während die Anzahl der Millionär:innen um über 6 % anstieg, waren 2022 etwa zwei Millionen Menschen auf Unterstützung durch die Tafeln angewiesen, 50 % mehr als 2021 (Oxfam Deutschland e.V. 2023, S. 8–9).

Die wachsende Ungleichheit hat Folgen für den sozialen Zusammenhalt. Laut WSI Report hat etwa jede:r vierte Arme kein Vertrauen in die Politik, jede:r Dritte misstraut Parteien, fast die Hälfte glaubt, die Demokratie in Deutschland funktioniere nicht gut und Politiker:innen würden zu ihrem Vorteil Gesetze umgehen und sich mehr Rechte zubilligen als normalen Menschen (Spannagel/Zucco 2022, S. 16–17). 81,3 % der Ost- und 72,7 % der Westdeutschen äußerten 2022 die Meinung, keinen Einfluss auf das Regierungsgeschehen zu haben (Decker et al. 2022b, S. 65).

Abgehängt-Sein

Der MOTRA-Monitor von 2022 bezieht sich explizit auf das Anomie-theoretische Modell (Kemmesies et al. 2022, S. 91–96). Mehr als 20 % der Befragten ordneten sich danach einer marginalisierten Gruppe zu, deren Mitglieder von der Gesellschaft geringgeschätzt, von der Politik nicht ernst genommen und von staatlichen Institutionen respektlos behandelt werden. MOTRA konstatiert vor allem kulturelle Verlustängste (Kemmesies et al. 2022, S. 23): Wahrgenommene Marginalisierung der Eigengruppe kann mit Angst vor der Bedrohung eigener Traditionen, der Wahrnehmung der Geringschätzung eigener Werte und Sichtweisen verbunden sein und so rechtsextreme Einstellungen befördern (Kemmesies et al. 2022, S. 23).

Ähnliche Ergebnisse erbrachte der Thüringen-Monitor von 2023, der im *Gefühl des Abgehängtseins* einen wesentlichen Faktor zum Verständnis u. a. des Wahlverhaltens im Bundesland sieht (Reiser et al. 2023). Die Untersuchungen sprechen dafür, dass das Gefühl nicht in erster Linie in der konkreten Situation vor Ort begründet ist. Ursachen sind vielmehr die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten, auch im Ost-West-Vergleich, soziale Benachteiligungen und Statusverlustängste (Reiser et al. 2023, S. 50).

Der Thüringen-Monitor 2022 hatte bei der Betrachtung von Entwicklungen, die der Stabilität der Demokratie zuwiderlaufen, deutliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlich geprägten Gebieten festgestellt. Die zentrale Determinante der Probleme für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bildete das „Gefühl des Abgehängtseins“, das zwar überall nachweisbar war, in ländlichen Regionen aber stärker ausgeprägt war als in Städten (Reiser et al. 2023, S. 55 f., 114). Ein bedeutender Teil der Befragten sah sich weder von der Bundes- noch von der Landespolitik ausreichend beachtet und vertreten (Reiser et al. 2023, S. 114). Die Ursache für diese Einschätzung fand sich jedoch nicht in erster Linie in mangelhaften Lebensbedingungen vor Ort, sondern „in einer generellen Wahrnehmung, sozial benachteiligt zu sein (Deprivation), als Ostdeutsche benachteiligt zu sein (Ostdeprivation) und besorgt zu sein, ‚auf die Verliererseite des Lebens zu geraten‘ (Statusverlustangst)“ (Reiser et al. 2023, S. 116).

Eine Befragung aus dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut aus dem Jahr 2023 ergab, dass in Ostdeutschland weniger als ein Viertel der Befragten den Eindruck hat, Einfluss auf die Politik zu haben.

Eigenes politisches Engagement halten diese Menschen für sinnlos (Botsch et al. 2023, S. 20 f.) – mit Folgen für politische Einstellungen insgesamt: „Es fällt auf, dass in den Bundesländern mit den höchsten Zustimmungswerten zu antidemokratischen Ressentiments in der Tendenz auch die Erfahrung verweigerter Anerkennung häufiger genannt wird“ (Botsch et al. 2023, S. 23).

Die Folgen der Einschätzung, nicht gehört zu werden, sind laut Thüringen-Monitor 2022 beträchtlich: Zwar identifiziert sich auch in Thüringen eine große Mehrheit der Menschen nach wie vor mit der Demokratie als Staatsform (84 %) doch die Zufriedenheit mit der konkreten Ausgestaltung der Demokratie ist bedeutend geringer. Sie stürzte im Jahresvergleich um 17 % auf 48 % ab, so stark wie noch nie (Reiser et al. 2023, S. 61). Über die Hälfte der Befragten zeigte sich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, fast zwei Drittel stimmten der Aussage zu, „dass die Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung handeln“, und drei Viertel glaubten, die Parteien interessierten sich nicht für die Meinung der Wähler:innen (Reiser et al. 2023, S. 82 f.). Fast 60 % der Befragten mussten als populistisch bezeichnet werden, 3 % als Rechtsextreme, die die Demokratie grundsätzlich ablehnen (Reiser et al. 2023, S. 88 f.).

Ungerechtigkeit, Statusverlustangst, Armut

Der »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt 2022« sieht ebenfalls das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland in der Krise. Die Corona-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten verschärft und sichtbarer gemacht. Die Schwächsten in der Gesellschaft leiden am meisten unter der Krise und waren zugleich am stärksten gefährdet, da sie häufig in Bereichen arbeiten, die systemrelevant sind und nicht im Homeoffice erledigt werden können (Baarck et al. 2022, S. 12). Laut »Radar« empfindet nur eine kleine Minderheit (9 %) die Verteilung wirtschaftlicher Gewinne als gerecht (Baarck et al. 2022, S. 20). Unterschiede zwischen Ost- und West-Deutschland und zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund spielten dabei keine Rolle, wohl aber das verfügbare Einkommen, das Bildungsniveau und das Alter der Befragten. Menschen mit höherem Einkommen und besserer Bildung zeigten sich in der Studie als zufriedener mit der Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft (Baarck et al. 2022, S. 23).

Etwas zugespitzt lässt sich sagen: Gerechtigkeit ist eine Erfahrung der Starken. Sie erleben diese Gerechtigkeit zugleich als Ergebnis ihres eigenen Handelns und sie haben eher ein Interesse daran, dass die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind. (Baarck et al. 2022, S. 50)

Der 2022er Radar konstatiert eine enge Verbindung zwischen Gerechtigkeitsempfinden und Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen (Baarck et al. 2022, S. 27–30). Befragte, die die Gesellschaft als gerechter empfinden, hatten auch mehr Vertrauen in Demokratie, Wissenschaft, Polizei, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Politiker:innen.

Der Verlust der großen Narrative

Bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahren kam es aufgrund einer Wirtschaftskrise zu großen Brüchen in Deutschland und Fremdenfeindlichkeit keimte auf (Fuchs 1986). Jürgen Habermas schrieb damals einen vielbeachteten Aufsatz »Die neue Unübersichtlichkeit«, in dem er sein Hauptaugenmerk auf die Folgen der ökonomischen Krisen für die ideologischen Grundlagen der Gesellschaft legte. Habermas war der Meinung, dass angesichts des Wettrüstens, der Verarmung in den Entwicklungsländern, der Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Ungleichheit sowie der Umweltprobleme die vorherrschenden Utopien an Bindungskraft verlieren. Sein Eindruck war, dass Intellektuelle und Politiker dem ratlos gegenüberstehen: „Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus“ (Habermas 1985, S. 14). Ein wesentliches Moment des bisherigen Grundverständnisses war die Annahme, dass staatliche Interventionen eine friedliche Koexistenz von Demokratie und Kapitalismus sichern und somit Klassengegensätze befrieden können. Diese Sicherheit ging in den wirtschaftlichen Krisen verloren, der Staat verlor an Legitimation und den Utopien schwand die gesellschaftliche Basis (Habermas 1985, S. 3 f.).

Angesichts der aktuellen Krisen beklagen Föhl/Pröbstle (2020, S. 113 f.) wiederum eine Erosion der großen Narrative und eine Zersplitterung des Diskurses. Es gäbe nur noch „Geschichtchen statt Geschichte“. Sie glauben, in dieser Situation könne u. U. die Wiederbelebung des Heimatkonzepts ein Ansatz für ein nachhaltiges neues (kultur-)politisches Narrativ sein (Föhl/Pröbstle 2020, S. 113 f.).

Covid und die Folgen

Im »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« untersucht die Bertelsmann Stiftung seit 2012 die soziale Kohäsion in Deutschland. Daneben ist auch die 2022 erschienene Studie zum Zusammenhalt in Baden-Württemberg von Interesse, denn sie basiert auf Daten, die zwischen Dezember 2021 und Januar 2022 erhoben wurden – auf einem der Höhepunkte der Corona-Pandemie. Die Untersuchung zeigte gravierende Veränderungen zu den Vorjahren. „Die Coronapandemie hat – so kann man ohne jede Übertreibung sagen – massive Spuren im gesellschaftlichen Zusammenhalt von Baden-Württemberg hinterlassen“ (Boehnke et al. 2022, S. 105). Die Untersuchung stellt einen erheblichen Rückgang des Zusammengehörigkeitsgefühls seit 2019 fest, es kam zum Teil zu drastischen Einbrüchen in allen betrachteten Dimensionen und in allen untersuchten Regionen.

Die Pandemie hinterließ auch Spuren im Zwischenmenschlichen. Im Vergleich zu 2019 reduzierte sich das Vertrauen in die Mitmenschen im Durchschnitt um etwa 10 % (Boehnke et al. 2022, S. 34). Die Autor:innen sehen die teilweise harten Auseinandersetzungen um die Corona-Maßnahmen als Ursache (Boehnke et al. 2022, S. 36). Ähnlich wie das *Vertrauen in die Mitmenschen* verhielt es sich auch bei der *Akzeptanz von Diversität*. Trotz der Proteste um *Black Lives Matter* und der Diskussionen um *LGBTQIA+* konstatieren die Autor:innen einen starken Rückgang der Akzeptanz: Die Befragten

zeigten sich deutlich weniger offen für ein nachbarschaftliches Leben mit Menschen anderer Religionen (minus 16 %), mit Homosexuellen (minus 12 %) und mit Menschen aus dem Ausland bzw. mit Migrationshintergrund (minus 24 %). Insgesamt ein besorgniserregender Befund, der nur etwas gemindert wird durch die Feststellung, dass Jüngere und besser Gebildete offener für Diversität sind (Boehnke et al. 2022, S. 36 f.).

Während 2017 noch 38 % der Befragten der Meinung waren, der Zusammenhalt in Deutschland sei grundsätzlich gefährdet, lag dieser Prozentsatz 2022 bei 48 % (Boehnke et al. 2022, S. 21, 40). Bei den früheren Untersuchungen wurde auch das persönliche Wohnumfeld deutlich positiver bewertet, auch positiver als der Zusammenhalt in der Bundesrepublik insgesamt. In der 2022er Studie zeigte sich erstmals nur noch eine Minderheit von etwa 47 % mit dem Zusammenhalt im eigenen Quartier zufrieden. 2019 hatte dieser Wert noch bei 80 % gelegen (Boehnke et al. 2022, S. 22).

Die Ergebnisse der Baden-Württemberg-Studie dokumentieren auch einen starken Rückgang des Vertrauens der Menschen in die Demokratie und die politischen Akteur:innen. Der Anteil der Unzufriedenen stieg von 9 % (2019) auf 20 % (Boehnke et al. 2022, S. 36 f.). Dabei ist das Institutionenvertrauen bei Jüngeren und bei Menschen, die auf dem Land oder in Großstädten leben größer, bei Ärmern, Alleinerziehenden und politisch Deprivierten am niedrigsten (Boehnke et al. 2022, S. 46).

In den Jahren der Pandemie hat offenbar auch die Solidarität und Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander gelitten. Hier verzeichnet die Baden-Württemberg-Studie mit die stärksten Rückgänge. Die Spendenbereitschaft nahm ab und ebenso die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren (von 40 % auf nur noch 29 %). Die Autor:innen sehen eine „Solidaritätsmüdigkeit“, eine „Erschöpfung nach zwei Jahren Ausnahmesituation“ (Boehnke et al. 2022, S. 49–52).

Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis, dass ca. 60 % der Befragten den Eindruck haben, die Politik habe sich in der Pandemie zu wenig um sie gekümmert. Diese Empfindung ist hoch signifikant verbunden mit dem Eindruck eines Schwindens des Zusammenhalts. Sie ist für die Gesellschaft gefährlich, weil sie zur Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft führen kann, zu Protest und Wut (Boehnke et al. 2022, S. 58–61).

Wie die ebenfalls auf Baden-Württemberg bezogene Querdenkenden-Studie¹, so konstatiert auch die Bertelsmann Untersuchung von 2022 eine verbreitete Neigung zu Verschwörungsmythen (Boehnke et al. 2022, S. 24, 75 f.).

Bei der Beurteilung der Ergebnisse der Baden-Württemberg-Studie von 2022 sollte beachtet werden, dass diese im Gegensatz zu früheren Erhebungen nicht telefonisch erfolgte, sondern online. Bei telefonischen besteht stärker als bei Online-Befragungen die Gefahr, dass Befragte zu sozial erwünschten Antworten tendieren. Zudem wurden die 2022er Daten zu einem besonders

1 Siehe: 1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt > Erklärungsversuche > Querdenkende und Verschwörungserzählungen

kritischen Zeitraum der Pandemie erhoben. Effekte des Erhebungszeitraums und der Erhebungsmethode lassen sich nicht völlig ausschließen. In Anbetracht des erheblichen Ausmaßes der Veränderungen und ähnlicher Ergebnisse in anderen Studien scheinen diese nach Ansicht der Autor:innen aber nicht ausschlaggebend zu sein (Boehnke et al. 2022, S. 24).

Gruppen, die den Zusammenhalt bedrohen

Wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erscheint in den Untersuchungen die Haltung der Befragten zur Demokratie im Allgemeinen und zu deren aktueller Verfasstheit im Besonderen. Es zeigt sich, dass bei einem nicht unbeträchtlichen Anteil der Menschen eine ambivalente bis kritische Einstellung vorherrscht. Die Studie von More in Common/Robert-Bosch-Stiftung (More in Common Autoren- und Projektteam 2021) identifiziert vor allem drei Bevölkerungsteile, die eine problematische Ambivalenz gegenüber der Demokratie in Deutschland aufweisen: die *Passiv-indifferenten*, die nur ein schwaches Verhältnis zur Demokratie haben, die *enttäuschten Output-orientierten*, die ein schlechtes Verhältnis zu dieser Demokratie haben und die *kritischen Aktivbürger:innen* (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 29 ff.). Bei den ersten beiden Gruppen basiert die Ambivalenz auf Politikferne und einem großen Misstrauen gegenüber Politiker:innen. Im Hintergrund zeigen sich Gefühle von Benachteiligung, Entwurzelung und Desorientierung. Dies eröffnet u. U. radikalen Akteur:innen einen Zugang (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 34).

Dass sich Systemkritik im Ernstfall verselbstständigen kann, zeigt ein Blick auf die potenzielle Militanz auch in der Gesamtbevölkerung: Derzeit sind 29 Prozent der Meinung, dass manchmal die Bürger die Dinge selbst in die Hand nehmen (müssen), auch wenn es dabei zu Gewalt kommen kann. (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 38)

Passiv-Indifferente

Als *Passiv-indifferente* wurden in der Studie etwa 16 % der Befragten kategorisiert. Diese Menschen sind nicht radikalisiert, eher unbeteiligt, desinteressiert. Sie wollen, dass die Politik Probleme angeht und schnell entscheidet, haben selbst aber kaum ein Interesse an Mitwirkung. Mitglieder dieser Gruppe, zu der auch viele Menschen mit Migrationshintergrund zählen, fühlen sich häufig „fremd im eigenen Land“ und seltener zu Hause.

Enttäuschte Output-Orientierte

Die *enttäuschten Output-Orientierten* (etwa 8 % der Befragten) erwarten, dass der Staat sich um sie kümmert und gute Ergebnisse für sie erzielt, aber sehen diese Erwartungen derzeit enttäuscht und haben das Vertrauen in die Politik verloren. Sie haben das Gefühl, von Politiker:innen nicht gehört

und nicht vertreten zu werden. Zwei Drittel sehen Politiker:innen als Marionetten anderer Mächte und unterstellen den Medien eine geheime Agenda (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 32–34).

Kritische Aktivbürger:innen

Kritische Aktivbürger:innen (etwa 10 % der Befragten) zeichnen sich durch eine Anfälligkeit für Verschwörungsmysmen und Militanz aus. Sie fordern energisch Partizipation ein und zeigen eine misstrauische Grundhaltung. Auch diese Menschen werfen der Politik vor, zu wenig zuzuhören, die wirklichen Probleme zu ignorieren und die Interessen der Menschen zu wenig zu vertreten. Auch sie sehen in Politiker:innen Marionetten und unterstellen den Medien eine geheime Agenda (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 36 f.). Kritische Aktivbürger:innen können wichtige Funktionen im demokratischen Prozess erfüllen, kommt es allerdings zu einer weiteren Entfremdung, besteht die Gefahr einer Radikalisierung.

Unzufriedene, verunsicherte und benachteiligte Jugendliche

Unzufrieden mit der aktuellen Form der Demokratie zeigten sich auch viel Jugendliche in der 18. Shell-Jugendstudie (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 18 f.). Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Befragten mit der Demokratie in Deutschland grundsätzlich zufrieden ist (77 %), verzeichnet die Studie zugleich eine große Politikverdrossenheit, nicht nur bei eindeutig Populismus-affinen Jugendlichen. Auch bei den eher Indifferenten herrscht die Meinung vor, es gäbe in der Gesellschaft ein „diffuses »Meinungsdiktat«“ (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 16 f.).

Das Vertrauen von Jugendlichen in die Parteien ist gering. Je niedriger die formale Bildung, desto höher ist die Verdrossenheit (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 18 f.). Eine wichtige Ursache dafür ist das Gefühl, die Politik nähme die Anliegen der Jugendlichen nicht ernst (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 19). Die aktuelle Jugendstudie der Bertelsmann-Stiftung kommt zu einer ähnlichen Einschätzung (Liz Mohn Center gGmbH, Bertelsmann Stiftung, S. 5). Die hohen Werte für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft, Chauvinismus, Ausländer-(insbesondere Muslim-)Feindlichkeit und Antisemitismus, die die befragten AfD-Wählenden in der Leipziger-Autoritarismus-Studie 2020 gezeigt hatten (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 170), finden sich bei den jugendlichen *Nationalpopulisten* in der Shell-Jugendstudie wieder (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 17f.).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Shell-Jugendstudie zugleich eine grundsätzliche Toleranz von Jugendlichen feststellt. Ausländerfeindlichkeit wird als größeres Problem gesehen als die Einwanderung, und die Mehrheit findet die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland

richtig. Zugleich stimmen aber auch 68 % der Befragten der Aussage zu: „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“ (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 16). Mehr als die Hälfte der Befragten bejaht die Aussage, der Staat kümmere sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 16).

Vor allem bei Jugendlichen der unteren sozialen Schichten besteht der Eindruck, benachteiligt zu werden. Die Studie verweist darauf, dass bezogen auf die schulische Bildung, Jugendliche aus niedrigeren sozialen Schichten in der Tat nach wie vor stark benachteiligt sind: Nur eine Minderheit von ihnen besucht das Gymnasium (13 %), bei Jugendlichen aus der oberen Schicht ist das die große Mehrheit (71 %) (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 27).

Hinzu kommt eine große Verunsicherung der Jugendlichen. Die Sinus-Jugendstudien sprechen seit 2020 von einer „ernsten Generation“ (Calmbach et al. 2024, S. 8), die unter dem Eindruck der Polykrise steht mit Sorgen um Umwelt und Klima, Besorgnisse wegen der Migrationsdynamik und der Zunahme von Rassismus und Diskriminierung und einem angstmachenden Übergang ins Berufs- und Erwachsenenleben (Calmbach et al. 2024, S. 9).

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Studie konnte das Ergebnis der Europawahlen 2024 noch nicht erschöpfend ausgewertet werden. Allerdings zeigte sich bereits, dass im Gegensatz zu vorherigen Wahlen die AfD auch bei Jugendlichen sehr hohe Zustimmungswerte vorweisen konnte. Mit 16 % wurde sie in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen nach der CDU zweistärkste Kraft – deutlich vor den bislang in dieser Altersklasse dominierenden Grünen²

Das Gefühl der Benachteiligung ist kein rein deutsches Phänomen. In einer Studie der TUI-Stiftung bejahte zwar ein Großteil der Befragten aus ganz Europa Wahlen als Mittel der Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse, aber mehr als ein Drittel meinte auch, auf ihre Stimme käme es bei Wahlen nicht an. Jugendliche, die ihren eigenen Lebensstandard als unterdurchschnittlich einstufen, bejahten das sogar zu 40 % (TUI Stiftung 2023, S. 76 ff.).

Eine Untersuchung der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bielefeld beschreibt vergleichbare Entwicklungen bei Jugendlichen in Bezug auf Verschwörungserzählungen (Ziegler/Siggelkow 2022). Im Rahmen dieser Studie wurden Jugendliche und Eltern zum Thema *Vertrauen* befragt. Dabei zeigte sich, dass Jugendliche einzig der Polizei, Gerichten und der Wissenschaft in hohem Maße vertrauen. Das wenigste Vertrauen genießen Journalist:innen und Zeitungen sowie Nachrichtensendungen, denen unterstellt wird, absichtlich Mitteilungen zu verschweigen und vor allem ihre eigene Meinung zu verbreiten (Ziegler/Siggelkow 2022, S. 25 f.).

² <https://www.deutschlandfunk.de/europawahl-2024-junge-waehler-afd-100.html> (abgerufen am 21.06.2024).

Ein Schwerpunkt der »Vertrauensstudie« lag in der Analyse der Ursachen von Verschwörungseinstellungen (Ziegler/Siggelkow 2022, S. 27 ff., 44 ff.). Dabei zeigte sich, dass Jugendliche, die zu Verschwörungserzählungen neigen

- wenig Vertrauen in öffentliche Einrichtungen haben,
- ihre Informationen häufig aus den sozialen Medien beziehen,
- eher aus Familien mit niedrigem sozial-ökonomischem Status stammen,
- Eltern haben, die selbst öffentlichen Einrichtungen misstrauen und zudem nur wenig an der Meinung ihrer Kinder interessiert sind.

Entsichert Marktförmige

Die Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab, dass nicht nur Menschen, die sich selbst als 'eher rechts' oder 'rechts' sehen zu Autoritarismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus tendieren, sondern in nicht geringem Maße auch Wähler:innen der FDP (Mokros/Zick 2023, S. 172). In Bezug auf den Antisemitismus lagen deren Werte mit 20 % sogar über denen der AfD-Anhänger:innen (Mokros/Zick 2023, S. 172 f.). Die Ursache sehen die Autor:innen in der Verunsicherung von Menschen, die sich stark mit liberalen Leitbildern identifizieren, aber durch die Häufung von Krisen „entsichert“ werden (Groß et al. 2023, S. 254–257). Diese *entsichert Marktförmigen* zeichneten sich häufig durch autoritäre Einstellungen aus und durch ein starkes Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und öffentlich-rechtlichen Medien. Jede:r Fünfte von ihnen wies ein manifest rechtsextremes Weltbild auf. Nach den Ergebnissen der Mitte-Studie 2022/23 zählen rund 20 % der Deutschen zu dieser „rabiāt marktförmig-libertäre[n] Gruppe“ (Groß et al. 2023, S. 256 f.).

Einsame

Auch die Einsamkeit von Menschen kann eine Gefahr für die Demokratie darstellen (Neu/Küpper 2023). Soziale und infrastrukturelle Ursachen für Einsamkeit sind nach Meinung der Autor:innen der Mitte-Studie 2022/23 nicht der Siedlungstyp (Stadt – Land), sondern fehlende Freizeit- und Erholungsangebote, größere Entfernungen zu Zentren, aber auch der soziale Wandel im Wohnumfeld, Abwanderungen etc. (Neu/Küpper 2023, S. 339). In der Folge schwindet das Vertrauen der Einsamen in ihre Mitmenschen, in Institutionen sowie die öffentlich-rechtlichen Medien und die Demokratie insgesamt. Einsame empfinden sich häufig als Angehörige einer Minderheit. Sie neigen zu Populismus und Verschwörungsmäthen und tendieren deutlich häufiger zu rechtsextremen Einstellungen als Nichteinsame (18 % vs. 4 %). Signifikant erhöht zeigte sich auch die Neigung Einsamer, Gewalt zu billigen (25 % vs. 6 %) (Neu/Küpper 2023, S. 349 f.). „Einsamkeit, die für den einzelnen Menschen großes Leid bedeuteten kann, entfaltet auch demokratiegefährdende Kraft“, bilanzieren Neu/Küpper (2023, S. 351).

AfD-Wählende

Es ist umstritten, in welchem Umfang die sozio-ökonomische Lage und eine daraus resultierende subjektive Deprivation für die Entwicklung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Einstellungen ursächlich ist. So zeigte es sich einerseits, dass die AfD verstärkt in Stadtteilen gewählt wird, in denen früher die Wahlbeteiligung niedrig war. In diesen Gebieten „gehören fast zehnmal so viele Menschen einem prekären Milieu an wie in Stadtteilen mit der höchsten Beteiligungsrate“ (Holtmann/Rademacher/Reiser 2017, S. 69). Andererseits widersprechen Studien einer direkten Abhängigkeit (Fuchs 2003; Lengfeld 2017). „Weder die sozio-ökonomische Lage noch die Anwesenheit von Migrant*innen weisen durchweg einen Zusammenhang mit dem Zweitstimmenanteil der AfD auf“ (Geilen/Mullis 2021, S. 130; ähnlich: Botsch et al. 2023, S. 23). Geilen/Mullis fordern, Untersuchungen kleinteiliger anzugehen. Eine Polarisierung, die sich durch die Wahl der AfD ausdrückt, gäbe es auch in den vermeintlich progressiven großen Städten, allerdings mit deutlichen Differenzen zwischen den Stadtteilen:

*Grob können ... zwei prototypische Stadtteile benannt werden, in denen die AfD stark abscheidet: Erstens ... Stadtteile, die sozio-ökonomisch marginalisiert, von einem hohen Anteil an Migrant*innen sowie von einem hohen Jugendquotienten und einer niedrigen Wahlbeteiligung geprägt sind. ... Beim zweiten Typ Stadtteile handelt es sich um sozio-ökonomisch eher gehobene Viertel, die historisch konservativ geprägt sind, wo die Wahlbeteiligung hoch ist, kaum Arbeitslosigkeit herrscht und auch kaum Migrant*innen leben.“ (Geilen/Mullis 2021, S. 139)*

Eine Beschreibung des Profils von AfD-Wähler:innen ist nicht einfach, denn die politische Ausrichtung der Partei hat sich seit ihrer Gründung stark verändert und ebenso ihre Wählerschaft. In der Leipziger-Autoritarismus-Studie 2020 schildern Celik et al (2020) AfD-Wähler:innen als eher männlich und mittleren Alters, angestellt oder höher qualifiziert und häufig über ein höheres monatliches Haushaltseinkommen verfügend. „Die Wählerschaft gehört also nicht vorrangig zur Arbeiterschaft – in diesem Milieu hat die AfD deutlich an Attraktivität verloren –, sondern weit häufiger zur Mittelschicht“ (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 169 f.). Auch in der Gründungsphase der Partei kamen ihre Wähler:innen überproportional häufig aus der gehobenen Mittelschicht. Allerdings stellen die Autoren eine wachsende Radikalisierung fest. So gelänge es der AfD, „rechtsextreme Ideologien nicht an die Ränder, sondern in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und ein breites Publikum anzusprechen“ (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 172 f.). Die Landtagswahlen von 2023 zeigten dann wieder ein anderes Bild: Nach einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen³ sind die Wähler:innen der AfD

³ Quellen:

<https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Baye231009.pdf>, <https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Hess231009.pdf>
<https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2023-10-08-LT-DE-BY.html?i=1>

- eher Männer als Frauen,
- in der Altersgruppe ab 60 Jahren unterdurchschnittlich vertreten,
- überdurchschnittlich vertreten nur bei den Arbeiter:innen.

Eine wichtige Rolle spielen bei den AfD-Wählenden Gefühle der Benachteiligung und Verlustängste. Sie empfinden sich häufig als nicht wahrgenommen, sind mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden und haben Angst vor Statusverlust, die sich nicht nur auf ökonomische Faktoren bezieht, sondern auch auf Bereiche wie die »deutsche Kultur« (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 170). Vordergründig bejaht eine Mehrheit der AfD-Wählenden nach wie vor die Demokratie, allerdings sind sie meist sehr unzufrieden mit deren Umsetzung (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 170). Das trifft vor allem auf Menschen in den ostdeutschen Bundesländern zu (Botsch et al. 2023, S. 19).

Querdenkende und Verschwörungserzählungen

Die Leipziger Autoritarismus-Studie von 2022 sieht in den Verschwörungserzählungen die Grundlage einer breiten Mobilisierung (Decker et al. 2022a, S. 13). Der MOTRA-Monitor 2021 kommt in einer bundesweiten Studie zu einem ähnlichen Ergebnis. Er bezeichnet die Coronaproteste als dynamischsten Bereich der Radikalisierung. Organisierte Rechtsextreme versuchten, auf Veranstaltungen und Demonstrationen und nicht zuletzt im virtuellen Raum optisch zu dominieren. Ziel sei es, Narrative zu platzieren, um Gruppen im realen Raum zu erreichen, die stark heterogen zusammengesetzt sind, was ihre Motivationen, politischen Zielsetzungen und Herkunftsmilieus betrifft (Kemmesies et al. 2022, S. 196–198). Denn, die „Anti-Corona-Proteste werden nicht nur von radikalen rechten Randgruppen unterstützt, sondern auch von Personen, die sich selbst einer nicht-repräsentierten politischen Mitte zugehörig fühlen und der staatlichen Politik insgesamt misstrauisch gegenüberstehen“ (Kemmesies et al. 2022, S. 26).

Eine 2021 erschienene nicht repräsentative Studie der Heinrich-Böll-Stiftung befasst sich eingehend mit den Strukturen der Querdenken-Bewegung in Baden-Württemberg (Frei/Nachtwey 2021). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Coronapandemie eine wesentliche Rolle beim aktuellen Radikalisierungsgeschehen spielt. Dabei nahmen Verschwörungserzählungen eine wichtige Funktion ein und es gerieten Bevölkerungsgruppen in den Fokus, die man bisher bei Radikalisierungsstudien nicht im Blick hatte.

Die Querdenkenden-Studie beschreibt eine Sonderentwicklung in Baden-Württemberg: wichtige Quellen des Phänomens sind dort ursprünglich eher links-orientierte Mittelschichtsangehörige – alternative und anthroposophische Kreise. Zwischen diesen Ursprungsmilieus bestehen strukturelle und ideelle Gemeinsamkeiten: die Betonung von Ganzheitlichkeit, von Individualität, Selbstbestimmung und Naturverbundenheit. Einen direkten Weg vom linksalternativen Milieu

<https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2023-10-08-LT-DE-HE.html?i=1>

gibt es zum Querdenkenum. Entscheidend sind vor allem esoterische und anthroposophische Strömungen innerhalb des Milieus. Die Studien-Autor:innen konstatieren, dass bei der Transformation des Milieus zentrale linke Werte wie Solidarität und Gleichheit auf der Strecke bleiben. Erhalten bleiben die spirituellen, vor allem anthroposophischen Bezugspunkte und ein libertäres Freiheitsverständnis (Frei/Nachtwey 2021, S. 30 ff.). Die Mehrzahl der Befragten betont die Wichtigkeit von Praktiken wie Yoga, Meditation oder der Alternativmedizin (Frei/Nachtwey 2021, S. 25). Diese Menschen halten sich für Eingeweihte, die sich die *wirkliche Wahrheit* erarbeitet haben – im Widerstand gegen das Establishment. Eigentlich sind sie diejenigen, die die Demokratie verteidigen (Frei/Nachtwey 2021, S. 18–20).

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 beschreibt sehr unterschiedliche Aspekte der Verschwörungsmentalität mit teilweise signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschieden. Sie konnte für Gesamtdeutschland jedoch „keinen dezidiert linken Cluster von Verschwörungsgläubigen aufdecken“ (Dilling et al. 2022, S. 239). In Baden-Württemberg werden die Corona-Proteste dagegen überwiegend von Menschen aus der Mittelschicht mit höherem Bildungsniveau getragen (Frei/Nachtwey 2021, S. 22). Von diesen geben Viele an, bei der letzten Bundestagswahl Bündnis 90/Die Grünen gewählt zu haben. Heute präferieren sie Alternativen aus dem Umfeld der Querdenkenden wie »Die Basis« (Frei/Nachtwey 2021, S. 25). Die Querdenken-Proteste in Baden-Württemberg weisen damit grundlegende Unterschiede zu jenen in Ostdeutschland auf. Dort ist der Anteil von AfD-Wähler:innen unter den Protestierenden deutlich höher (Frei/Nachtwey 2021, S. 25). Nachdem es zu einer Verschränkung der Querdenken-Bewegung mit dem Rechtsextremismus kam, beobachtet der Baden-Württembergische Verfassungsschutz die Organisation. Nach seiner Einschätzung ging der Kontakt zum Rechtsextremismus vor allem von den Organisationsteam der Proteste aus. Einer der Köpfe der Bewegung, Michael Ballweg, knüpfte Verbindungen zu *Reichsbürger:innen* und zum *QAnon-Milieu* (Frei/Nachtwey 2021, S. 15).

Auch ein libertäres Freiheitsverständnis kann Quelle der Radikalisierung sein. So beobachtet der Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, Michael Blume, eine verbreitete Verbindung von libertärer Haltung und Antisemitismus: der Mythos einer jüdischen Weltherrschaft speist sich aus einer verkürzten Kapitalismuskritik (Frei/Nachtwey 2021, S. 15).

Ein zentrales Moment der Querdenken-Bewegung sind Corona-Verschwörungsmythen. Zwar haben diese nach einer Studie der VolkswagenStiftung (Spöri/Eichhorn 2021) insgesamt in Deutschland im Laufe der Pandemie abgenommen, allerdings gibt es einen harten Kern der Befragten, der durch Argumente kaum zu erreichen ist. Anhänger:innen von Corona-Verschwörungsmythen sind nach dieser gesamtdeutschen Untersuchung eher jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt, haben ein niedrigeres Bildungsniveau und ein geringeres Einkommen. Ihr Anteil variiert regional. Besonders hoch ist er in Sachsen.

Die Studie zum Demokratievertrauen der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab, dass einerseits die verbreitetsten Verschwörungsnarrative zu Klimawandel, Coronapandemie, Einwanderung und zum Ukrainekrieg jeweils von einer Mehrheit der Befragten abgelehnt werden, andererseits aber mehr als die Hälfte der Deutschen mindestens einer dieser Erzählungen zustimmt und mehr als ein Drittel sogar mindestens zweien (Best et al. 2023, S. 53). So glaubt ein Viertel der Befragten „an einen geheimen Plan zum Austausch der autochthonen Bevölkerung durch Migrant_innen...“ (Best et al. 2023, S. 62).

Die Befragten, die Corona-Verschwörungsmythen vertreten, sind stark individualistisch, wenig solidarisch und nicht bereit, sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Freiheit zählt für sie mehr als der Schutz der Gesundheit. Ihr Anteil ist bei rechtsorientierten Menschen besonders hoch: im manifest rechten politischen Lager liegt er bei rund 20 % (Spöri/Eichhorn 2021, S. 17-22).

Diese Menschen sind durch die öffentlichen Medien nur noch schwer zu erreichen. Sie leben „medial in gewisser Weise in einer Art Parallelwelt“ (Spöri/Eichhorn 2021) und bringen gesellschaftlichen Institutionen nur ein geringes Vertrauen entgegen. Sie misstrauen nicht nur den Medien, auch Institutionen wie die Bundesregierung oder die Wissenschaft genießen bei Ihnen kein Ansehen. Strukturell zeigen sich hier Parallelen zum Antisemitismus. Auch Antisemiten wähnen sich als Teil der Mehrheit, glauben aber, ihre Meinung nur hinter vorgehaltener Hand äußern zu dürfen, ansonsten würden Sanktionen durch Politik und Medien drohen (Beyer 2015, S. 585). Die Folgen dieser Einstellungsmuster für das Individuum sind massiv – Einsamkeit und Selbstimmunisierung:

Die kleine Gruppe der Vollverschwörer hat ein übersichtliches soziales Umfeld. Es gibt vielleicht noch Partner, aber im Freundeskreis erleben sie Ausgrenzung, Isolation und Distanzierung. Obwohl sie anscheinend auf wenig Gegenliebe mit ihren Positionen stoßen, scheint das soziale Umfeld keinen entscheidenden Einfluss auf das verschwörungstheoretische Weltbild zu haben. Sie selbst gehen davon aus, über exklusives oder auch mehr Wissen zu verfügen und sich wesentlich intensiver als andere mit den Inhalten beschäftigt zu haben. (Neu 2023, S. 25)

Baier/Manzoni (2020) weisen in einer Untersuchung für die Schweiz darauf hin, dass der stärkste Einflussfaktor für die Verschwörungsmentalität die Wahrnehmung von Anomie ist. Bei Jugendlichen wie Erwachsenen sei die Verschwörungsmentalität vor allem eine Reaktion auf ein Unsicherheitserleben (Baier/Manzoni 2020, S. 93). Auch Baier/Manzoni halten fest, dass Verschwörungsmentalität mit einer erhöhten Zustimmung zu extremistischen Einstellungen und Bejahung von Gewalt einhergeht (Baier/Manzoni 2020, S. 94).

Querfronten und Brückennarrative

Als auf Baden-Württemberg bezogenen Sonderfall beschrieb die Querdenkenden-Studie die Verbindungen zwischen dem linksalternativen, spirituell und anthroposophisch geprägten Milieu zum Querdenken. Neigungen zu Aberglauben oder zu esoterischem Denken zeigen aber sehr

viele Menschen in ganz Deutschland (Schließler/Hellweg/Decker 2020). Im Gegensatz zur Verschwörungsmentalität ist der Aberglaube zunächst aber nicht mit einer politischen Orientierung verbunden. Die Autor:innen der Leipziger Autoritarismusstudie 2020 sehen jedoch die Gefahr von „Querfronten“. Nicht zuletzt bei Aktionen von Gegner:innen der Anti-Corona-Maßnahmen kamen Menschen zusammen, die man politisch bisher als Antipoden gesehen hatte: Linksliberale und Alt-68er Seite an Seite mit offen rechtsradikal auftretenden Gruppen. Andreas Zick (2022) spricht in diesem Zusammenhang von „bürgerlich populistischen Parallelgesellschaften“, die die Distanz zu dem eint, was sie *das System* nennen. Unter den Befragten der Mitte-Studie 2022/23 fanden sich ebenfalls *Querfront*-Menschen, die früher grün gewählt hatten und heute AfD. Auch bei diesen zeigte sich ein starkes Misstrauen gegen Staat und Demokratie und eine hohe Neigung zu Verschwörungsmythen und Populismus, verbunden mit Aversionen gegen die Eliten (Küpper 2023, S. 138). „Rechts“ sahen sich selbst nur 4 % (eher rechts: 24 %). Die Betroffenen verorteten sich politisch überwiegend in der Mitte (48 %) oder eher links (20 %). (Küpper 2023, S. 143). In ihren Haltungen unterscheiden sich die *Querfront*-Menschen aber nicht von solchen mit rechter Ideologie. Stärker noch als alle anderen Gruppen billigen sie Gewalt als Mittel der Politik (Küpper 2023, S. 144 f.).

Ein möglicher Erklärungsansatz für das Phänomen der Querfronten sind Brückennarrative. Meiering et al. beschreiben Prozesse in Gruppen, die bei niedrigschwelligem Engagement (Montags-spaziergänge) den Weg in eine Radikalisierung ebnen können (Meiering et al. 2018, S. 5). Einen wesentlichen Faktor bilden dabei Erzählungen, die subjektive Unrechtserfahrungen und Bedrohungsgefühle stützen. Diese können zwischen unterschiedlichen Gruppen stark differieren, erfüllen aber ähnliche Funktionen. „Sie strukturieren Wahrnehmungsmuster, Zugehörigkeitsattributionen und Handlungsoptionen und wirken dadurch als Transmissionsriemen für Radikalisierungsprozesse“ (Meiering et al. 2018, S. 10). Die Autor:innen beschreiben drei Hauptnarrative, die Brücken zwischen scheinbar unvereinbaren Positionen bilden können (Meiering et al. 2018, S. 11):

- Anti-Imperialismus, Anti-Modernismus und Anti-Universalismus verbunden mit Antisemitismus können Neue Rechte, Islamisten und antiimperialistische Linke zusammenbringen,
- Anti-Feminismus kann völkische Nationalisten und religiöse Fundamentalisten einen,
- und schließlich kann die Vorstellung, legitimen Widerstand bis hin zu Gewaltanwendung leisten zu müssen, Schnittmengen zwischen Bürgerwehren und der Scharia-Polizei schaffen.

Im MOTRA-Monitor beschreiben Expert:innen einen *Patchwork-Rechtsextremismus*⁴, der sich Passendes aus den jeweiligen Ideologien herausgreift. Dadurch kommt der Rechtsextremismus den Menschen emotional näher, spricht sie gezielter an und unterläuft mögliche Abwehrmechanismen gegen andere Teile der Ideologie (Kemmesies et al. 2022, S. 195).

4 Viola Neu (2023, S. 18) greift den Terminus in ein er aktuellen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung auf und beschreibt ähnliche Phänomene.

Als zentrales emotionales Motiv, das die Narrative nicht zuletzt über die Social-Media-Kanäle antreibt, beschreiben Groß/Neckel die *Scham*. Die Autor:innen sprechen von digitalen Affektkulturen, die „identitätsstiftend wirken, ein Gefühl von Anerkennung und Zugehörigkeit vermitteln und durch gemeinsame Emotionen, Rituale und Symbole getragen sind“ (Groß/Neckel 2021, S. 2). Generell komme Emotionen in Radikalisierungsprozessen eine wesentliche Bedeutung zu. Bisher habe sich die Forschung überwiegend auf Gefühle wie Hass, Wut oder Ekel konzentriert. Aber auch Scham kann zu Radikalisierung und Extremismus führen. Für Radikalisierungsprozesse ist besonders die Scham-Wut-Spirale von Bedeutung, deren emotionale Dynamik sich aus der Verschiebung von Scham in Aggression speist. Man wertet nicht sich selbst ab, sondern den Feind und stärkt so auch die emotionale Bindung an die Eigengruppe. „Narrative kollektiver Scham sind daher besonders geeignet, wütende Aggressionen zu stiften, die von politischen Führern/-innen instrumentalisiert werden können, die Befreiung von der Last der Scham versprechen“ (Groß/Neckel 2021, S. 4).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt – ein Fazit

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein komplexes Konzept, das auf sozialen Beziehungen, Gemeinwohlorientierung und Verbundenheit basiert. Eine zentrale Rolle in den Studien zum Thema spielt das *Vertrauen* zwischen den Menschen und in die politischen sowie gesellschaftlich Agierenden und Institutionen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass es im Handeln von Justiz, Regierungen und Verwaltungen „mit rechten Dingen“ zugeht (Habermas 2022, S. 17). Alle im Rahmen dieser Arbeit betrachteten Studien gehen davon aus, dass aktuell der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland, wie in allen westlichen demokratischen Staaten, massiv belastet ist.

Die Studienlage zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

Überall stehen größer werdende Gruppen der Demokratie ambivalent gegenüber. Die Kritik richtet sich zumeist nicht gegen die Demokratie an sich, sondern gegen deren aktuellen Zustand (More in Common Autoren- und Projektteam 2021, S. 19–24; Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 18 f.). Viele Menschen fühlen sich nicht gehört und schätzen ihre eigenen Einflussmöglichkeiten als gering ein. Nicht wenige haben den Eindruck, sie dürften ihre Meinung nicht frei äußern. Diese Einschätzungen führen zu einem Vertrauensverlust, nicht nur in die Politik, sondern auch in die klassischen Medien, Wirtschaftsverbände oder die Kirchen. In dessen Folge wachsen Verschwörungsmythen und Populismus und auch die Billigung politischer Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023, S. 94–124).

Die Problematik ist nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt, eine breite Grauzone reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass die Übergänge vom Populismus zum Rechtsextremismus in Deutschland fließend sind, u. a. findet sich im populistischen

Spektrum ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial (Zick/Küpper 2021, S. 67). Die Mitte-Studie 2021 der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, wie groß das Problem ist: fast ein Drittel der Befragten würde eine Diktatur akzeptieren, wenn sie im nationalen Interesse liegt. 20 % vertraten klassisch antisemitische Verschwörungsmythen und jede:r Siebte hielt Gewalt zum Erreichen politischer Ziele oder gegen Politiker:innen zumindest teilweise für moralisch gerechtfertigt (Zick/Küpper 2021, S. 85–90). Die meisten Befragten nennen die Einwanderung als eines der zentralen Probleme unserer Gesellschaft. Etwa ein Viertel der Befragten in der Leipziger Autoritarismusstudie ist der Auffassung, die Bundesrepublik sei „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (Decker et al. 2020a, S. 43). Hass und Fakes im Internet sind zu einem weiteren Faktor für die Gefährdung des Zusammenhalts und der Demokratie geworden. Dabei geht es nicht nur um persönliche Angriffe (NETTZ 2024). Zunehmend gefährlich werden Desinformationskampagnen auch durch die schnelle Verbreitung KI-gestützter Tools (Bernhard et al. 2024).

Gefährdungsursachen

Fragt man nach den Ursachen der Gefährdungen, so finden sich in den zuletzt erschienenen Studien mehrere Ansätze.

Eine Studie der Universität Münster beschreibt eine Konfliktlinie zwischen ethnisch-religiösen und zivilrechtlich-kulturellen Sichtweisen in der Gesellschaft um die Interpretation dessen, was unter *nationaler Zugehörigkeit* zu verstehen ist (Back et al. 2021). Andere Untersuchungen zeigen einen Wandel ethno-zentristischer Einstellungen, weg von einem Überlegenheitsdenken, bis hin zu einem Szenario, das eine Mischung von Kulturen als Bedrohung (großer Austausch) versteht (Balibar/Wallerstein 2019, S. 29).

Kulturelle Verlustängste sind eng mit Marginalisierungsängsten verbunden, z. B. mit der Angst vor der Bedrohung eigener Traditionen (Kemmesies et al. 2022, S. 23). Rechte Gruppen deuten soziale Konflikte in kulturelle um und machen für wirtschaftliche oder politische Verteilungskämpfe geflüchtete Menschen verantwortlich (Rippl/Seipel 2018, S. 251).

Für das Autoritarismus-Konzept stehen *individual-psychologische Faktoren* und ihre Verschränkung mit gesellschaftlichen Entwicklungen im Mittelpunkt. Das Autoritäre Syndrom ist die Basis für Vorurteile und rechtsextreme Einstellungen (Decker et al. 2022a, S. 12). Auch dieser Ansatz sieht die größten Gefahren im Verlust politisch-institutionellen Vertrauens und dem Einsickern rechter Narrative in die gesellschaftliche Mitte (Decker et al. 2020a, S. 82 f.)

Studien zu den Themen *Armut und Verteilungsgerechtigkeit* stellen fest, dass weltweit im Gefolge der Krisen die sozialen Ungleichheiten zugenommen haben. Auf Deutschland trifft dies in besonderem Maße zu (Christensen et al. 2023; Riddell et al. 2024; Spannagel/Zucco 2022), mit der Folge, dass

das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland nur schlecht ausgeprägt ist (Baarck et al. 2022, S. 20). Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte führten zu einem *Austrocknen „utopischer Oasen“* (Habermas 1985, S. 14). Es ist zu befürchten, dass sich Unsicherheiten und Krisen-Betroffenheiten auf die Gesamtgesellschaft ausdehnen und zu gesellschaftlichen Abschottungen gegen vermeintlich bedrohliche Gruppen führen (Zick/Sandal-Önal 2023, S. 239 f.). Demokratiedistanz, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Verschwörungsdenken stehen in engem Zusammenhang mit einem Gefühl des Abgehängtseins (Reiser et al. 2023, S. 117).

Die *Corona-Pandemie* hatte ebenfalls gravierende Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ging genauso zurück wie das Vertrauen in Mitmenschen, die Solidarität und Hilfsbereitschaft und die Akzeptanz von Diversität (Boehnke et al. 2022, S. 34–52). Angestiegen ist dagegen die Neigung zu Verschwörungsmythen (Boehnke et al. 2022, S. 24, 75 f.).

Gefährdungsgruppen

Menschen, die die AfD wählen, bejahen mehrheitlich vordergründig die Demokratie, sind allerdings meist sehr unzufrieden mit deren Umsetzung (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 170). Eine wichtige Rolle spielen bei ihnen Verlustängste und Benachteiligungsgefühle, die sich nicht nur auf ökonomische Faktoren beziehen, sondern auch auf die deutsche Kultur (Celik/Decker/Brähler 2020, S. 170).

Einsame neigen eher als Nicht-Einsame zu Populismus, Verschwörungsmythen und rechtsextremen Einstellungen (Neu/Küpper 2023, S. 349 f.). Fehlende Freizeit- und Erholungsangebote, große Entfernungen zu Zentren und sozialer Wandel im Wohnumfeld können die Ursache für Einsamkeit sein (Neu/Küpper 2023, S. 339).

Verschwörungserzählungen spielten bei den Coronaprotesten eine große Rolle. Organisierten Rechtsextremen gelang es, ihre Narrative bis weit in die gesellschaftliche Mitte hineinzutragen (Kemmesies et al. 2022, S. 196–198; Decker et al. 2022a, S. 13). Ein Viertel der Befragten einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung glauben „an einen geheimen Plan zum Austausch der autochthonen Bevölkerung durch Migrant_innen“ (Best et al. 2023, S. 62). Sie leben medial „in einer Art Parallelwelt“ und sind durch die traditionellen Medien kaum mehr zu erreichen (Spöri/Eichhorn 2021).

Bei den *Coronaprotesten*, vor allem in Baden-Württemberg, kamen Menschen zusammen, die man politisch bisher als Antipoden gesehen hatte. Sie eint ein Selbstverständnis als Verteidiger:innen der Demokratie gegen das Establishment, als Eingeweihte, die sich die `echte` Wahrheit erarbeitet haben (Frei/Nachtwey 2021, S. 30 ff.). Ein sich entwickelnder *Patchwork-Rechtsextremismus* sucht sich Passendes aus unterschiedlichen Ideologien heraus, kommt so den Menschen emotional näher und unterläuft Abwehrmechanismen gegen andere Teile der Ideologie (Kemmesies et al. 2022, S. 195).

2. Heimatverbundenheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Im Mittelpunkt des ersten Kapitels stand die Frage, ob es Belege für eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland gibt. Dies muss angesichts der Ergebnisse einer Vielzahl aktueller Studien bejaht werden. Betrachtet wurden zudem gesellschaftliche Entwicklungen, Persönlichkeitsstrukturen und Personengruppen, die ursächlich für das Schwinden des Zusammenhalts sind. Eine Grundproblematik, die sich in vielen Untersuchungen zeigte, ist, dass der gesellschaftliche Wandel einerseits zu einer starken Betonung von Leistung, Effizienz, Pragmatismus etc. führt, andererseits aber auch zu einer Suche nach Halt und Geborgenheit. In diesem Zusammenhang ist häufig von Regionalität die Rede und in der Diskussion taucht immer wieder der Begriff *Heimat* auf. Im Folgenden werden die unterschiedlichen *Heimatkonzepte* beleuchtet und die Frage gestellt, ob *Heimatverbundenheit* ein Mittel zur Stützung des Zusammenhalts sein kann.

Heimat ist ein schillernder Ausdruck, der nur schwer zu fassen ist. Einerseits assoziieren viele damit eine Nähe zu rechtem Gedankengut. Gruppierungen wie die Identitären („Heimatliebe ist kein Verbrechen“) oder die NPD, die sich in »Die Heimat« umbenannt hat⁵, versuchen den Begriff zu vereinnahmen. Andere wollen *Heimat* nicht den Rechtsradikalen überlassen und fordern eine Entdämonisierung des Begriffs (Belschner et al. 1995, S. 17). Was wiederum manchen als „links-nostalgische Variante frohgemuten Biedersinnes“ erscheint (Schmieder 1995, S. 143) oder als „wohliges Seelenschmerz der Regression“ (Schmieder 1995, S. 145).

Neuere Untersuchungen (Dragolov/Arant/Boehnke 2020; Allmendinger/Müller/Wirth/Smid 2019) belegen, dass viele dieser Vorbehalte unberechtigt sind: Auch wenn Heimatverbundenheit einen eher bewahrenden Charakter hat, so kann sie doch ein wichtiger Faktor für Integration, für das Ankommen von Menschen sein.

Entgegen einem verbreiteten Vorbehalt ist es notwendig zu betonen, dass Heimat durch ihre Konkretheit und Nähe einen Schutz vor Ausgrenzungen durch Stereotype und Etikettierungen bietet. Heimat kann davor schützen, weil sie die Abstraktionen und Generalisierungen der politischen Diskurse, die für Nation und Politik unverzichtbar sind, nicht benötigt. In dem Maß, wie Heimat sich der Nation annähert, geht dieser Schutz verloren. (Hüppauf 2007, S. 114)

Dass *Heimat* auch der digitalen Transformation trotzen kann, beschreibt Klaus Selle (2018) anhand einer Studie von Infratest-Dimap (2015). In dieser wurde ein etwa zehnjähriger Schüler gefragt wurde, was für ihn *Heimat* bedeutet. Er kreuzte einige vorgegebene Antworten an und fügte hinzu: „da, wo ich WLAN habe“ (Selle 2018, S. 12).

⁵ <https://www.deutschlandfunk.de/npd-benennt-sich-in-die-heimat-um-100.html>

Heimat – was ist das?

In der Regel glaubt man zu wissen, was *Heimat* ist. Nähert man sich dem Thema, verschwimmt jedoch der Inhalt. Wenn also im Folgenden an vielen Stellen von *Heimat* die Rede ist, sollte etwas klarer werden, was in dieser Arbeit darunter verstanden wird.

Ein guter Teil der Literatur beginnt mit der Feststellung, dass es in vielen Sprachen auf der Welt kein Äquivalent für den Begriff *Heimat* gibt. Die Schwierigkeit, *Heimat* zu übersetzen, liegt vielleicht darin begründet, dass der Terminus selbst sich gegen eine allzu konkrete Erfassung sperrt. In vielen romanischen Sprachen übersetzt man *Heimat* mit *patrie* oder *patria*, also mit *Vaterland*, was in Deutschland, eine gänzlich andere Konnotation hat und eher als Bezeichnung für die *Nation* gesehen wird. „Für eine solche Nation wäre die deutsche „Heimat“ ein viel zu kleiner, zu heimeliger Begriff. Man kann zwar auch Deutschland als seine „Heimat“ bezeichnen, aber dann fast immer gegenüber Fremden.“ (Seibt 2018). Manchmal wird *Heimat* auch mit *Zuhause* übersetzt, als *Heim: casa, maison, home*. Gustav Seibt sieht vor allem im englischen *home/homeland* eine Nähe zur *Heimat*: „Heimat“, sagt er, „liegt in der Mitte ... zwischen dem Heim und der Nation. Nur das Englische hat mit dem emotional viel weniger aufgeladenen „homeland“ eine ähnliche Skalierung.“ (Seibt 2018).

Heimat ein deutscher Sonderweg?

Vielleicht liegt die Schwierigkeit, *Heimat* zu übersetzen, auch darin begründet, dass die Konjunkturen des Begriffs gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Land folgten, Veränderungen, die nicht immer parallel zu den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern verliefen. So beschreibt Hans-Ulrich Wehler (Wehler 1973) die Entwicklung der Industrialisierung in Deutschland als in weiten Teilen abweichend von der in Frankreich oder in England. Die wichtigsten Schritte zur Industrialisierung fanden in den zerstückelten deutschen Kleinstaaten statt, im noch weitgehend agrarisch strukturierten Preußen und später im Deutschen Reich. Industrialisierung und politische Innovation waren in Deutschland keine zusammenhängenden Prozesse. Wehler stellt dar, wie der Griff der Bürgerschaft nach der Macht in Deutschland fehlschlägt, es nicht zu einer Ablösung der Aristokratie kommt, sondern letztlich zu einer „Aristokratisierung“ der Bourgeoisie (Wehler 1973, S. 40). Mit fatalen Folgen: das Kaiserreich brachte einen Untertanengeist hervor, der eine Grundlage des Nationalsozialismus bildete (Adorno 1980).

Die Wahrnehmung von *Heimat* folgte den massiven gesellschaftlichen Veränderungen. Gustav Seibt (2018) untersuchte, wie häufig das »Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache«⁶ die Ver-

⁶ <https://www.dwds.de>

wendung des Begriffs misst. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts wird *Heimat* in der repräsentativ ausgewählten Literatur nur äußerst selten genutzt: weniger als 10 Nennungen je einer Million Wörter wurden gezählt. Aber zu Beginn der Romantik und im Gefolge der Kriege gegen Napoleon vervielfacht sich diese Zahl. Und noch stärker steigt die Kurve Ende des 19. Jahrhunderts an – die höchsten Werte werden um 1890 erreicht. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts bleiben die Zahlen hoch und sinken danach bis ca. 1990 wieder ab. Seit 2010 beobachtet das Digitale Wörterbuch wieder einen Anstieg der Nennungen von *Heimat*. Seibt beschreibt die Nennungen als Fieberkurve:

Sie folgt unübersehbar den Rhythmen der neuzeitlichen deutschen Sozialgeschichte mit der beginnenden Industrialisierung und den Auswanderungswellen im frühen 19. Jahrhundert ... Der jüngste Anstieg verrät etwas von Globalisierungserfahrungen und Migrationsschüben. (Seibt 2018)

Google-Trends zeigt von 2009 bis 2015 einen deutlichen Anstieg der Anfragen zum Stichwort *Heimat*. Seither stagniert der Wert auf hohem Niveau. Instagram listet über 3,9 Millionen Einträge unter #heimat, 2,7 Millionen unter #heimatliebe und immerhin noch fast 57.000 unter #heimatgefühl(e) auf. Und selbst TikTok kennt „84,5 K“ Beiträge unter #heimat ⁷.

Heimat – ein Assoziationsgenerator?

Seit jeher ist *Heimat* an Orte gebunden und an Zeit. Der Begriff changiert zwischen Nähe und Ferne, Abgrenzung und Offenheit. So hat *Heimat* immer etwas mit der Kindheit zu tun und mit den Orten, die sie prägten. Doch erst, „... affektiv besetzte Bilder im Kopf machen aus einer geographischen Region eine Heimat“, sagt Bernd Hüppauf (2007, S. 112). *Heimat* wird von Gebhard/Geisler/Schröder (2007, S. 45) als „Assoziationsgenerator“ beschrieben. Zu ihrem Wesen gehört eine fundamentale Ambivalenz, die unterschiedliche Präzisierungen und politisierte Abwandlungen zulässt (Gebhard/Geisler/Schröder 2007, S. 45). Inmitten dieses Spannungsfelds steht das Individuum: „Heimat erscheint immer als eine Bewegung der Rezentrierung.“ (Gebhard/Geisler/Schröder 2007, S. 45). Das erklärt auch die aktuelle Konjunktur des Begriffs, die Wolfgang Thierse zusammenfasst: „Die radikalen Veränderungsprozesse ... das Erleben einer „Welt in Unordnung“ ... verstärkt auf offensichtlich dramatische Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und alten) Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, eben nach Beheimatung“ (Thierse 2018, S. 2 f.).

Heimat und Fremde

Die emotionalsten Ausprägungen von Heimatverbundenheit findet man häufig bei Menschen, die in der Fremde leben – an einem Ort, der definiert ist durch den Verlust der *Heimat*. Eindringlich beschrieb dies Hannah Arendt, „Die Heimat verlieren heißt, die Umwelt verlieren, in die man hinein-

⁷ Die Zahlen stammen vom 07.03.2024.

geboren ist und in der man sich einen Platz in der Welt geschaffen hat, der einem sowohl Stand wie Raum gibt" (Arendt 2011, S. 746).

Eric Piltz weist darauf hin, dass es für diesen Zustand früher die Bezeichnung *Elend* gab (Piltz 2007, S. 61).⁸ Zugleich hatte aber „das althochdeutsche heimóte/heimóti ... eine theologische Bedeutung und diente der Bezeichnung des Jenseits und des Himmelreichs ... " (Piltz 2007, S. 61). Auch das ein Bild, das bis in aktuelle Diskurse reicht: *Heimat* als Sehnsuchtsort, als Utopie, als Ort, an dem noch niemand war, der jedoch „allen in die Kindheit scheint" (Bloch 1969, S. 1628).

Nahe Ferne

Bis Ende des 19. Jahrhunderts war das Gebiet Deutschlands in eine Unzahl von Kleinstaaten, Herzogtümern und freien Städten zerstückelt und von Grenzen durchzogen. Die Fremde lag sehr nahe, schon in der Nachbarschaft konnten andere Bedingungen herrschen, schon durch eine andere Konfession konnte man zum Fremden werden. *Heimat* wurde in diesem Umfeld häufig als etwas Verlorenes, Zurückliegendes empfunden und in der Romantik verklärt: „Sie büßt Konkretheit ein, wird von der Last der Lebenswirklichkeit gereinigt und gewinnt eine neue Weite der Imagination" (Hüppauf 2007, S. 116).

Heimat zwischen romantischer Verklärung und Verteufelung

Die Einigung Deutschlands hob politische Grenzen auf. Zugleich führte die sich rasant entwickelnde Industrialisierung dazu, dass für viele Menschen *Elend* eine sehr konkrete Bedeutung erhielt. Die Fremde, in der sie sich wiederfanden, war der Dschungel der Großstädte, waren die Slums an den Rändern der industriellen Zentren. Bekannt sind die Zustände in Elberfeld und im Gängeviertel Hamburgs.

*Die Wohnungen waren feucht, hatten Ungeziefer und waren viel zu klein. Bis zu fünf Personen wohnten auf 20 bis 25 Quadratmetern Fläche. Eine Kanalisation war nur ansatzweise vorhanden und konnte wegen der Baufälligkeit vieler Häuser auch nicht nachträglich angelegt werden. So gab es für einen gesamten Häuserblock oft nur ein Plumpsklo in den Hinterhöfen. Aufgrund der sehr hohen Nachfrage waren die Unterkünfte sehr teuer, die Eigentümer kümmerten sich meist jedoch nicht um die Instandhaltung.*⁹

8 Näheres dazu im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache: *elend* Adj. 'bedrückt durch Not, Armut, Unglück, ärmlich, leidend'. Das zusammengesetzte Adjektiv ahd. *elilenti* (8. Jh.), mhd. *ellende* 'aus der Fremde kommend, nicht einheimisch'; substantiviert 'Fremdling', ferner 'in der Fremde lebend, (aus der angeborenen Rechtsgemeinschaft) ausgewiesen, verbannt'; substantiviert 'Vertriebener, Verbannter', <https://www.dwds.de/wb/Elend>, zuletzt aufgerufen am 27.09.2021, 18:00 Uhr.

9 Website der Stadt Hamburg, <https://www.hamburg.de/geschichte/4643766/gaengeviertel-hamburg/>. Zuletzt aufgerufen am 28.09.2021, 15:30 Uhr.

Mitten in Deutschland entstanden Elendsviertel, in denen Prostitution, Alkoholismus und Kriminalität an der Tagesordnung waren, Bereiche „sittlicher Verwahrlosung“, in denen Staat und Kirche die Kontrolle verloren hatten. Während der Staat mit einer Mischung aus Repression und Sozialversicherung reagierte, begann die Kirche im Inneren zu missionieren. Die Entwicklungen in den großen Städten wurden, je nach Standpunkt, als moralische Verrohung oder als Krankheit angesehen. Dem stellte man ein pathologisierendes *Heimat-Konzept* entgegen: Der Stadtmensch wird als *heimatlos* wahrgenommen, als krank und degeneriert. Gesundung erhofft man sich vom heimatverwurzelten Landleben (Gebhard/Geisler/Schröder 2007, S. 27).

Dieser Sicht immanent ist die Ablehnung des Fremden, und hier interferiert Heimat mit Antisemitismus. Kennzeichnend für diesen ist nicht, dass Jüdinnen und Juden als Fremde im Sinne von *Ausländer:innen* wahrgenommen werden, sondern als „Nichtvolk unter den Völkern“, das den Nationalstaat an sich in Frage stellt und damit zum Feind aller Völker wird (Beyer 2015, S. 582 f.). *Heimat* wurde zu einem der am heftigsten politisch aufgeladenen und umkämpften Schlagworte. Die Kriege des 20. Jahrhunderts hinterlassen tiefe Spuren. Niemand kann mehr behaupten, die *Heimat* schütze uns vor den Brutalitäten der Welt. *Heimat* ist fortan auch mit Nationalismus, mit Gewalt und Ausgrenzung verbunden. Auschwitz wird zum „paradigmatischen Ort der Zerstörung von Heimat“ (Hüppauf 2007, S. 126).

Die Suche nach einem neuen Heimatbegriff

Die 68er-Bewegung legte ihre Finger in offene Wunden und zeigte, wie stark auch aktive Politiker und Wirtschaftsführer in die Machenschaften der Nazidiktatur verstrickt gewesen waren. Die Liebe zur *Heimat* erschien in diesem Zusammenhang als konservativ, wenn nicht gar reaktionär. War das positive Bild von *Heimat* in den Vernichtungslagern der Nazis gestorben? Weshalb beginnt dann in den 70er Jahren eine Suche nach einem neuen Heimatbegriff? Wieso spricht Bloch wieder von *Heimat*, warum fordert Mitscherlich eine gestaltete Stadt, die *Heimat* werden kann (Mitscherlich 1996, S. 17) und verknüpft damit *Heimat* wieder mit einem konkreten Ort?

Mitscherlich löst *Heimat* von den Orten der Kindheit, macht sie zu einem aktiven Prozess und verbindet sie eng mit der Entwicklung von Identität. Er spricht von *Beheimatung*, der „Fähigkeit, uns beheimaten zu können“ (1996, S. 164). Auch Ina-Maria Greverus (1995, S. 24) sieht *Heimat* als ein „Territorium, das sich die Menschen aktiv aneignen und gestalten, das sie zur Heimat machen und in dem sie sich einrichten können“. Und für Hans-Joachim Busch (1995, S. 82) ist *Heimat* „gewissermaßen lokale Identität“.

Starken Einfluss auf das Verständnis des Heimatbegriffs übte auch die ab den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts aufkommende ökologische Bewegung aus. Regionale Wirtschaftskreisläufe und Produkte, Nachhaltigkeit und alternative Lebensformen flossen in die Interpretation ein.

Heimat als Chance in Zeiten der Globalisierung

Eine weitere Zäsur in der Interpretationsgeschichte von *Heimat* stellt die Jahrtausendwende dar. Das Ablösen von *Heimat* von den Orten und der Zeit der Kindheit hat sich verfestigt. Die Unterordnung des Lebens unter Effizienzkriterien, seine stete Beschleunigung und nicht zuletzt die Globalisierung greifen in alle Lebensbereiche ein. Zudem wird Migration zur Normalität. In diesem Umfeld geht die Besinnung auf die schutzbietenden Anteile von Heimatverbundenheit überwiegend von jüngeren Menschen aus. Älteren, zumal den in den späten 60er Jahren sozialisierten, ist *Heimat* oft nach wie vor nicht geheuer. Bei ihnen bleibt die Skepsis mit Blick auf die spießigen und gefährlichen Anteile von *Heimat* erhalten. In der Tat versuchen nicht zuletzt die Identitären den Heimatbegriff für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren: „Der Begriff Heimat wird im Sinne einer Nationalisierung und Ethnisierung von Kultur aufgegriffen und als ein Gegenbild zu kollektiven Entwurzelungsgefühlen und einem subjektiven Verlustempfinden kultureller und regionaler Identitäten heraufbeschworen“ (Schroeder et al. 2020, S. 94).

Aber das Bedürfnis nach Heimat ist geblieben und wurde möglicherweise sogar zu einem Korrektiv für die Urbanisierung und Beschleunigung (Hüppauf 2007, S. 132).

Um Heimat zu denken, darf es nicht nötig werden, die Erfahrungen von Auschwitz oder der Kriege der Kindersoldaten ... zu verdrängen. ... Heimat, die nicht verlangt, die Augen vor den Ungeheuern in Geschichte und Gegenwart zu schließen, und einen Raum öffnet, in dem Streit unverborgен ausgetragen werden kann, hat eine Zukunft. Und nur sie. (Hüppauf 2007, S. 138)

Auch von konservativer Seite wird auf die stabilisierende Kraft der Heimatverbundenheit verwiesen. „Heimat ist Tiefe, nicht Enge“, sagt der österreichische Kulturpolitiker, Landtagspräsident und Volkskundler Hanns Koren (Koren o.J.).

Glokalisierung nicht Homogenisierung

Das Globale und das Lokale, die Heimat, müssen keine Gegensätze sein. Und es ist keineswegs klar, dass Globalisierung tatsächlich alles mit Ähnlichkeit schlägt, wie es Horkheimer und Adorno beschrieben (1986, S. 128): Möglicherweise ist doch nicht überall McDonald's (Krätke 1995, S. 209). Roland Robertson nennt die Vorstellung, die Globalisierung führe „zu einem triumphalen Sieg der Kräfte kultureller Homogenisierung“ einen Mythos (Robertson 1998, S. 192). Die Gegenüberstellung von Homogenisierung und Heterogenisierung hält er (Robertson 1998, S. 196) für überholt. Er schlägt vor, von *Glokalisierung* zu sprechen und damit die Wechselwirkung von Globalem und Lokalem hervorzuheben. Der Begriff selbst entstand in Japan in den frühen 1990er Jahren als Modewort im Mikro-Marketing: Glokalisierung als Konstruktion von differenzierten Verbrauchern: „Vielfalt verkauft sich gut“ (Robertson 1998, S. 198). Aber Glokalisierung ist mehr als Marketing und

Kommerz. Robertson vertritt die These, dass Globalisierung das Lokale nicht nur wiederbelebt, sondern in mancher Hinsicht sogar hergestellt hat (Robertson 1998, S. 200). „Man kann die Idee einer globalen Kultur so verstehen, daß sie ihre Entstehung einem zunehmenden Miteinander-Verbundensein verbreiteter und weniger verbreiteter lokaler Kulturen verdankt ...“ (Robertson 1998, S. 202).

Globalisierung und Regionalität müssen kein Widerspruch sein, ja die zunehmende Globalisierung verstärkt sogar das Bedürfnis nach Nähe. Daniel Dettling sieht die Zukunft in den Klein- und Mittelstädten und bei deren Bürgermeister:innen: „Globalität und Lokalität verbinden sich zu einem neuen Dritten. ... Die Corona-Pandemie wird diesen Trend beschleunigen und den ländlichen Raum aufwerten“ (Dettling 2019, S. 18). So wie *Resilienz* in den letzten Jahren für das Individuum als Schutzfaktor wahrgenommen wird, so zeigt sich auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene die Notwendigkeit, die Fähigkeiten zu stärken, schwierige Situationen ohne nachhaltige Beeinträchtigungen zu meistern. Damit verschiebt sich der Fokus vom bedrohlichen Ereignis hin zu einem Blick auf die Stärken und Bewältigungskapazitäten einer Gesellschaft (Lukas/Tackenberg/Kretschmer 2021, S. 37). Das Bundesinnenministerium misst in seinem Memorandum »Urbane Resilienz. Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt« dem Quartier eine besondere Rolle zu, besonders in Krisensituationen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021, S. 6). Dieser Blickwinkel bietet große Chancen. „Das Quartier der kurzen Wege kann als eine Synthese der Bedürfnisse nach Urbanität ... und einer entschleunigten und unabhängigeren, naturverbundenen Lebensweise gesehen werden ...“ (Cardinali 2019, S. 37).

Doch auch ein positiv gewendetes Verständnis von Glokalisierung ist nicht ohne Tücken. Es kann sich als „Inszenierung des Lokalen“ herausstellen, „als Begleitmusik zur sog. Gentrifizierung“ (Krätke 1995, S. 212). Diesen Mechanismus beschreiben u. a. Anne Vogelpohl (2012) und Kristina Seidelsohn (2018) eingehend ¹⁰.

Beheimatung, die man suchen muss

Heimat ist nicht mehr `einfach da`, der Ort, in den man hinein geboren wird. Aber auch, wenn man Heimat heute suchen (Schreiber 2016), sich regelrecht erarbeiten muss, so trägt sie noch dieselben Merkmale in sich, die ihre Etymologie auch früher bestimmten: Landschaft, Erinnerung, Geborgenheit, Unmittelbarkeit. „Es hat alles einen bekannten Klang, und das ist eigentlich, was ich immer als Heimat empfinde, sobald das, was man sieht und erlebt, einem bekannt und vertraut vorkommt, selbst wenn es böse, schlimm und bedrückend ist“ (Reitz 2016). Die Punk-Band »Feine Sahne Fischfilet« zitiert eine Mutter, die in vier Jahren fünfmal unfreiwillig umziehen musste: „Zuhause ist vielleicht dort, wo man endlich mal zur Ruhe kommt ... Zuhause heißt / wenn dein Herz nicht mehr so schreit.“ (Hahn 2018)

¹⁰ mehr dazu: > 3. Integration und Segregation im Quartier > Segregation durch Vielfalt

WorldWideHeimat?

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie beflügelte die Diskussion über das Verhältnis von analogem und digitalem Leben. Häufig ist die erste Frage von Besucher:innen: „Wie ist denn euer WLAN-Kennwort?“. Menschen finden Heimat da, wo sich das WLAN automatisch verbindet, meint Dirk von Gehlen. Gemeint ist damit nicht ein konkretes Gebäude, sondern ein virtueller Ort, das Internet als „Realität gewordene Idee eines Völker verbindenden Netzwerks ...“ (Gehlen 2018). Dirk von Gehlen sieht kulturelle Praktiken, die im Web entstanden sind und Menschen verbinden. Sie sind für ihn erhaltenswert wie ein immaterielles Kulturerbe, wie die „sächsischen Knabenchöre oder der hessische Kratzputz“. Seiner Meinung nach sollte das Chatten oder die Meme-Kultur genauso gefördert und wertgeschätzt werden wie beispielsweise Mundart-Theater. Gehlen möchte diese Diskussionen dorthin tragen, wo es um die Pflege von Brauchtum geht. Er glaubt, das sei „ein notwendiger Schritt, um den Blick auf die Heimat, aber auch auf das Internet zu verändern“ (Gehlen 2018).

Jungen Menschen steht die Welt offen, schreibt Olivia Kortas (2017) auf *jetzt.de*, sie besuchen Länder in der ganzen Welt. Doch auf Instagram laden sie Fotos ihrer Heimat hoch: „Nicht alle Woidler, Hausbergwanderer, Weißwurstesser, Trachtenträger, Pilzesammler und Ostereierfärber knallen also alle offenen Türen zu und schotten sich ab von der Welt“. Viele erkennen den Wert ihrer Heimat durch Reisen und Bekanntschaften und teilen dann Impressionen ihrer Heimat mit der ganzen Welt.

Heimat und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Studie »Heimatverbundenheit: ein neuer Sozialindikator für gelungene Integration?« der Jacobs University (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020) ist eine breit angelegte Untersuchung zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Sie musste sich zunächst den Schwierigkeiten stellen, die sich daraus ergeben, dass die Begriffe *Heimat* und *Heimatverbundenheit* nur schwer zu definieren sind. Es mussten Kriterien gefunden werden, die eine empirische Untersuchung des Zusammenhangs von Heimatverbundenheit und sozialem Zusammenhalt ermöglichen. Boehnke et al. (2020) erarbeiteten acht Dimensionen, die eine vergleichende Beschreibung und Messung von Heimatverbundenheit ermöglichen: Geborgenheit, Identifikation, Ort und Landschaft, Zeit, soziale Verwurzelung, Geistige Heimat, Heimatpflege, Abgrenzung (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 103).

Die Studie stellt fest, dass der Grad der Heimatverbundenheit in Deutschland insgesamt sehr hoch ist. Lediglich 4 % der Befragten gaben an, keine Heimat zu haben. Doch selbst diese fühlen sich ihrem aktuellen Lebensmittelpunkt emotional verbunden (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 98). Die Untersuchung zeigte auch, dass Heimatverbundenheit ein wichtiger Faktor für das subjektive Wohlbefinden der Menschen ist. Das trifft in noch stärkerem Maße auch auf Befragte mit Migrationshintergrund zu (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 100).

Interessant ist, dass nahezu alle untersuchten Dimensionen deutschlandweit hohe Zustimmung erreichten. Auch waren die Unterschiede zwischen den Bundesländern in der Regel gering (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 34, 61). Die Redaktion des Themenhefts „Was ist Heimat?“ des Journals für Politische Bildung vermutet zwar, dass beim Othering, einer Ausgrenzung, die oft als *Veränderung* übersetzt wird, Heimat eine große Rolle spielt (Münch 2019, S. 1), doch in der Heimatstudie von Boehnke et al. erreichen die Dimensionen *Heimatspflege* und *Abgrenzung* nur geringe Werte, *Abgrenzung* sogar die geringsten Werte überhaupt. Zudem betonen die Autor:innen, dass die dort gemessenen Werte kein Anzeichen für *Abwertung* sind. Abgrenzung und Ausgrenzung sind voneinander unabhängige Konstrukte bzw. Prozesse (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 41). Die empirischen Befunde zeigen, „dass Heimatverbundenheit nicht mit abwertenden, exkludierenden oder ausländerfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen einhergeht“ (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 41). Die »Vermächtnisstudie« von ZEIT, Infas und WZB (DIE ZEIT, Infas & WZB 2019) kam zu ähnlichen Ergebnissen. Auch hier war Heimatverbundenheit ein bedeutender Faktor, aber rechte und nationalistische Gedanken spielten kaum eine Rolle (Allmendinger/Müller-Wirth/Smid 2019, S. 15 f.).

Von Interesse sind die Ergebnisse der Studie der Jacobs University vor allem dort, wo sie auf die Regionen heruntergebrochen werden. Während die Werte für die Bundesländer in vielen Dimensionen sehr nah beieinander liegen, zeigen sich auf regionaler Ebene zum Teil deutliche Unterschiede, was es nötig macht, Heimatverbundenheit kleinräumiger zu untersuchen (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 69). Auf Ebene der Bundesländer fand die Studie keinen signifikanten Zusammenhang von Heimatverbundenheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt, auf regionaler Ebene korrelierten diese jedoch deutlich: „Heimatverbundenheit findet am stärksten auf lokaler Ebene statt“ (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 92). Interessant auch die Auswirkung von Heimatverbundenheit auf das „Subjektive Wohlbefinden“: Hier zeigt sich auf der Ebene der Bundesländer ebenfalls kein signifikanter Zusammenhang. Auf der Ebene der Regionen differenziert sich das Bild aber: Je stärker die Heimatverbundenheit, umso glücklicher sind die Menschen (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 93 f.). Im „Bertelsmann Radar“ sahen 2017 drei Viertel der Befragten den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gefährdet, zugleich schätzten im lokalen Umfeld fast 70% den Zusammenhalt als sehr gut oder gut ein (Arant/Dragolov/Boehnke 2017, S. 12).

Heimatverbundenheit als Haltefaktor in den neuen Bundesländern?

Die Stärkung von Heimatverbundenheit scheint auch Chancen zu eröffnen, negativen Entwicklungen in den neuen Bundesländern entgegenzuwirken. Dort werden Abwanderung und Geburtenrückgang zur Bedrohung für den wirtschaftlichen und sozialen Prozess der Angleichung an den Westen (Dienel et al. 2006, S. 1), und rechtsextremistische Einstellungen gefährden den

gesellschaftlichen Zusammenhalt (ezra et al. 2020). Heimatverbundenheit, so die These, kann hier als Gegenmittel und Haltefaktor für junge Menschen wirken. Die Stiftung Demokratische Jugend in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen förderte 2005/2006 insgesamt 135 „Zeitensprünge“-Projekte zur Regional- und Heimatgeschichte. Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass die Auseinandersetzung mit der Heimatgeschichte den Horizont von Kindern und Jugendlichen deutlich erweitert. Regionalkenntnisse und das Vertrauen in regionale Stärken nahmen zu, das Urteilsvermögen der Kinder und Jugendlichen wurde differenzierter, ihre Einschätzungen weniger extrem und selbstbewusster. Die Auseinandersetzung mit der Herkunftsregion stärkte auch das Vertrauen in die Gestaltbarkeit der Zukunft vor Ort (Dienel et al. 2006, S. 84). Die Evaluation der „Zeitensprünge“ zeigte, dass die arbeitsplatzbedingte Abwanderungsneigung im Projektverlauf deutlich abnahm und sich die Chance auf zirkuläre Wanderungen, auf ein Weggehen und Wiederkommen, erhöhte. „Nur dies ist mittelfristig für ostdeutsche Regionen wünschenswert, denn gerade junge Menschen mit Erfahrungen an anderen Wohnorten können nach der Rückwanderung entscheidende Innovationsimpulse geben“ (Dienel et al. 2006, S. 84). Die Chancen dafür stehen gut. Sixtus et al. konstatieren durch die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt eine Trendumkehr auch in Ostdeutschland: „Immer mehr Menschen entscheiden sich für ein Leben abseits der urbanen Zentren“ (Sixtus et al. 2022, S. 22).

Heimatverbundenheit als integratives Konzept?

Die aktuellen Untersuchungen zeigen, dass Heimat und Heimatverbundenheit nicht politisch dominiert sind, sondern das subjektive Wohlbefinden bessern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken vermögen. Das gilt nicht zuletzt auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Bernd Hüppauf verweist auf einen Bericht über das Leben türkischstämmiger Kinder in einem Problembezirk in Berlin-Kreuzberg und attestiert den Jugendlichen Probleme bei der Identitätsbildung: „Der Entzug von Heimatgefühlen sorgt für Defekte der Seelen, die als ein Problem der Politik interpretiert werden müssen. Um das politische Ziel zu erreichen, die Jugendgewalt zu verhindern, wäre es nötig, ihnen die Erfahrung von Heimat zu ermöglichen“ (Hüppauf 2007, S. 135 f.).

Die Autoren der Studie zur Heimatverbundenheit der Jacobs University stellen fest, dass sich Heimatverbundenheit auf das subjektive Wohlbefinden von Menschen mit Migrationshintergrund sogar deutlich positiver auswirkt als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 100). Wichtigster Bezugspunkt ist die Kommune: laut Kronenberger (2018, S. 58) zeigen zwei Drittel der Muslime eine sehr starke Verbundenheit zu ihrer Stadt und Gemeinde – eine Chance für gezielte Integrationsmaßnahmen im Stadtteil und Quartier.

Es lohnt sich, in (kleinere) Städte, Dörfer, Regionen und Gemeinden zu investieren, denn lebendige Orte mit einer stabilen Wirtschaftsstruktur erlauben es den Menschen, diese zu ihrer Heimat werden zu lassen, ganz egal, ob sie schon immer dort waren oder gerade aus einem anderen Teil Deutschlands oder der Welt zugezogen sind. Und davon dürften letztlich alle profitieren, denn heimatverbundene Menschen sind glücklicher, zufriedener und blicken der Zukunft optimistischer entgegen. (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, S. 105)

Heimat im Plural? Heimat als Albtraum?

2020 stellte die Kulturpolitische Gesellschaft *Heimat* in den Mittelpunkt ihres 10. Bundeskongresses. Unter dem Thema »Kultur.Macht.Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung« wurden die Facetten des Konzepts beleuchtet, auch die politisch aufgeheizte Debatte. Letztlich ging es um die Frage, ob der Heimatbegriff für eine fortschrittliche Bildungs- und Kulturpolitik nutzbar zu machen wäre. Man fragte, ob es nicht sinnvoll, ja nötig sein könne, von *Heimat* nur noch im Plural zu sprechen. Der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Tobias J. Knobloch, wies darauf hin, dass es Begriffe gäbe, die im Deutschen nur als Plural existieren: *Geld, Masern, Eingeweide* ... Und er vertrat die These, auch *Heimat* entwickle sich in Richtung eines Pluraletantum. „Dann wäre sein Singular bald ein sprachlicher Atavismus ... Wir suchen das Gespräch über Heimat als kulturelles Konstrukt, als Aneignungsprozess und gelingende gesellschaftliche Klammer, die Vielfalt, Diversität und Multiperspektivität respektiert und fruchtbar zu machen versteht“ (Knobloch 2020, S. 45 f.).

Der Gedanke, *Heimat* nur noch im Plural zu verwenden, ist grundsätzlich nachvollziehbar, in Zeiten, in denen Wanderungen innerhalb von Grenzen und über Grenzen hinweg zum Normalfall geworden sind. Aber nach wie vor gibt es Menschen, die von sich selbst sagen, nur eine Heimat zu haben. Deshalb kann es richtig sein, künftig von *Heimaten* zu sprechen – ohne gänzlich auf *Heimat* im Singular zu verzichten. Zumal Knoblochs Überlegungen nicht ohne Widerspruch blieben. Bilgin Ayata (2020) konnte ihnen nichts abgewinnen. Sie hält die häufig geforderte Verwendung von Heimat im Plural für „verlorene Liebesmüh“ und glaubt, der Begriff Heimat sei nicht zu retten. Bilgin Ayata fordert deshalb „Deheimatize It!“ (Ayata 2020, S. 39).

Überhaupt wird die positive Einschätzung von Heimatverbundenheit keineswegs von allen geteilt. Vor allem Menschen mit internationaler Geschichte betonen die bedrohlichen Aspekte des Konzepts. So legten kürzlich 14 Autor:innen (Aydemir/Yaghoobifarah 2020) ein „Manifest gegen Heimat“ vor: Eure Heimat ist unser Albtraum. *Heimat* ist für sie immer schon die Sehnsucht nach einer „homogenen, christlichen weißen Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben, Frauen sich vor allem ums Kinderkriegen kümmern und andere Lebensrealitäten schlicht nicht vorkommen“ (Aydemir/Yaghoobifarah 2020, S. 9). Ausgegrenzt würden nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch dicke, arme, queere oder trans Menschen und Menschen mit Behinderung (Yaghoobifarah, S. 79 f.). Für diese ist das Unmittelbare, das Unhinterfragte, das Heimat mit aus-

macht, oft unerreichbar. Mithu Sandaal zitiert die US-amerikanische Dichterin Maya Angelou, die in der Heimat einen sicheren Ort sah, wo wir sein können und nicht in Frage gestellt werden. Sandaal meint: „In diesem Sinne habe ich – haben viele, viele Menschen in diesem Land – keine Heimat. Weil wir stets Fragen ausgesetzt sind. Fragen, woher wir kommen und wann wir wieder dorthin zurückgehen. Warum wir hier sind und ob wir genug integriert sind. Und so weiter.“ (Sandaal, S. 118).

Letztlich geht es hier um Gleichberechtigung und Teilhabe. Dialekt, Ortsansässigkeit der Familie, Religion sowie lokale Traditionen können dem Erhalt der Macht der Alteingesessenen dienen und zu Triebkräften von Ausgrenzungen werden, indem sie eine Grenze zwischen In- und Outgroup ziehen (Kühne/Schönwald 2015, S. 105). Denn Integration bedeutet auch, dass Menschen aus Einwanderungsfamilien gleiche Chancen und Rechte einfordern. Und so steigert gelungene Integration zunächst sogar Konflikte um soziale Positionen und Ressourcen und Privilegien, kulturelle Dominanz und Deutungshoheiten.

Der German Dream meiner Eltern war, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen und ein großes deutsches Auto zu fahren. Und was ist meiner? Ganz einfach: ich will den Deutschen ihre Arbeit wegnehmen. Ich will nicht die Jobs, die für mich vorgesehen sind, sondern die, die sie für sich reservieren wollen – mit der gleichen Bezahlung, den gleichen Konditionen und den gleichen Aufstiegschancen. (Aydemir, S. 36 f.)

Diese Konflikte sind unumgänglich, findet Aladin El-Mafaalani (2019), aber wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft. Denn der Kitt der offenen Gesellschaft bilde sich aus Konflikten und dem konstruktiven Umgang mit ihnen (El-Mafaalani 2019, S. 26). Dass Konflikte nicht nur unumgänglich, sondern geradezu notwendig sind für gelingende Integration, meint auch Kristina Seidelsohn (2018, S. 85 f.).

Kommunale Identität oder Heimat?

Um die vielfältigen möglichen Belastungen des Heimatkonzepts zu umgehen und zugleich dessen positive Anteile zu bewahren, stellten Thum et al. (2019) in einem Gutachten des ifo Instituts Dresden das Konzept einer *kommunalen Identität* an die Seite des Heimatgedankens: „Kommunale Identität kann sich mit dem Gefühl von Heimat überschneiden, muss es jedoch nicht zwangsläufig. Menschen können sich durchaus mit ihrer Wohngemeinde identifizieren bzw. verbunden fühlen, zugleich aber andere Orte (wenn überhaupt Orte) als ihre Heimat betrachten“ (Thum/Förtsch/Rösel 2019, S. 6 f.).

Auch das Konzept der kommunalen Identität verweist auf die zentrale Bedeutung des Lokalen für das Leben der Menschen (Thum/Förtsch/Rösel 2019, S. 6). Nach Meinung der Autor:innen verengt

sich die politische Debatte in Deutschland überwiegend auf Fragen der nationalen Identität. Dagegen zeigt ihre für die Friedrich-Naumann-Stiftung durchgeführte Studie, dass kommunale Identität ein entscheidender Faktor für die politische Stabilität vor Ort ist. Zudem kann sie soziales Engagement fördern und populistischen Parteien den Nährboden entziehen. Der Stolz auf die Eigenheiten des eigenen Wohnorts wird nach Ansicht von Thum et al. der Diversität besser gerecht als ein „One-fits-all“-Regelungskorsett (Thum/Förtsch/Rösel 2019, S. 3). Ihre Studie ergab, dass sich Bürger:innen, die sich mit ihrer Gemeinde verbunden fühlen, häufiger ehrenamtlich engagieren, sich mehr für Politik interessieren, häufiger zu Kommunalwahlen gehen und seltener populistische Parteien wählen (Thum/Förtsch/Rösel 2019, S. 27).

Die Studie zeigt, dass für die Stärkung kommunale Identität eine Kommunalstruktur hilfreich ist, die es möglich macht, Entscheidungen zu dezentralisieren. Sinnvoll sei es, Handlungsmöglichkeiten in den Orts- oder Stadtteilen zu schaffen, zum Beispiel durch lokale Vertretungen, größere Budgets oder zusätzliche Kompetenzen (Thum/Förtsch/Rösel 2019, S. 25). Unterstützt werden könnte das durch digitale Informationskanäle und Abstimmungstools, die z. B. im Vorfeld von Gemeinderatsitzungen ein repräsentativeres Bild der Meinungen in der Bevölkerung ermöglichen als durch „Profibürger“ geprägte Beteiligungskonzepte (Thum/Förtsch/Rösel 2019, S. 26).

Heimat(en) als neue Erzählung in unübersichtlichen Zeiten – ein Fazit

In der wissenschaftlichen wie der belletristischen Literatur und in vielen Untersuchungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wird auf die integrierende Funktion von Heimatverbundenheit verwiesen. Dabei bleibt häufig unscharf, was unter *Heimat* verstanden wird. Die Bandbreite geht von einer *Heimat im Internet* über ein progressives, Vielfalt begrüßendes Pluraletantum *Heimaten*, zu den vielfältigen romantisierenden Verklärungen und einem gegen die Globalisierung gewandten Heimatbegriff bis hin zu einer ideologischen Instrumentalisierung durch Populisten und Rechtsradikale. Je nach Sichtweise erscheint Heimat als utopisches Himmelreich oder als Albtraum für Menschen mit Migrationshintergrund.

Heimat gibt es als Wort nur in der deutschen Sprache. In der Folge einer Industrialisierung ohne politische Reformen entstand hier ein Heimatbegriff, der eine heile Pseudo-Land-Welt gegen die brutale Realität der Großstädte mit ihren Slums stellte. Daneben findet sich aber eine Deutung, die sich über ihr Gegenteil definiert, über die *Fremde*. Damit erhält Heimat etwas Abgrenzendes. Zu Beginn des 20. Jahrhundert wird der Begriff zu einem politisch extrem aufgeladenen Schlagwort. Nach den Weltkriegen ist die Idee verbunden mit Nationalismus, Gewalt und Ausgrenzung: Auschwitz wird zum „paradigmatischen Ort der Zerstörung von Heimat“ (Hüppauf 2007, S. 126).

In den 70er Jahren beginnt die Suche nach einem neuen Heimatbegriff. Ernst Bloch und Alexander Mitscherlich sprechen wieder von Heimat. Mitscherlich (1996, S. 164) betont die Notwendigkeit, sich Heimat aktiv zu erarbeiten. Die ökologische Bewegung beeinflusst ebenfalls das Verständnis von Heimat, indem sie regionale Wirtschaftskreisläufe, Nachhaltigkeit und alternative Lebensformen einbezieht.

Die Jahrtausendwende markiert eine weitere Zäsur im Verständnis von Heimat. Effizienzdruck, Beschleunigung des Lebens und Globalisierung beeinflussen alle Lebensbereiche und Migration wird zur Normalität. Es sind vor allem jüngere Menschen, die vermehrt über die schützenden Aspekte von Heimat reflektieren, während Ältere meist skeptisch bleiben. Es gibt auch wieder Versuche, den Heimatbegriff für nationalistische Zwecke zu instrumentalisieren. Dennoch bleibt das Bedürfnis nach Heimat bestehen und wird sogar als Korrektiv für Urbanisierung und Beschleunigung betrachtet.

Der von Roland Robertson in den Diskurs eingebrachte Gedanke der *Glokalisierung* (Robertson 1998, S. 196) betont, dass Globalisierung und Regionalität keine Gegensätze sein müssen. Die globale Entwicklung verstärkt sogar das Bedürfnis nach Nähe und Heimat. Die Zukunft wird insbesondere in Klein- und Mittelstädten gesehen, sowie in resilienten Gemeinschaften, die schwierige Situationen besser bewältigen können.

Dass *Heimatverbundenheit* viel zum sozialen Zusammenhalt und einer gelingenden Integration beitragen kann, beschreibt u. a. eine Studie von Boehnke et al. (2020). Sie zeigt, dass Heimatverbundenheit auf lokaler Ebene am stärksten wirkt und dort auch deutlich mit subjektivem Wohlbefinden korreliert.

In der aktuellen Diskussion wird u. a. vorgeschlagen, Heimat künftig im Plural zu verwenden, um die Vielfalt der Gesellschaft besser zu beschreiben (Knobloch 2020, S. 45 f.). *Heimaten* spiegelt die Realität vieler Menschen wider, die durch Migration und globale Bewegungen mehrere Orte als Heimat betrachten. Zugleich bleibt eine fundamentale Kritik bestehen. *Heimat* sei auch nicht durch die Pluralisierung des Begriffs zu retten, meint Bilgin Ayata und fordert deshalb eine *Deheimatisierung* (Ayata 2020, S. 39).

Thum et al. schlagen anstelle von des Konstrukts *Heimat* das einer *kommunalen Identität* vor, um die positiven Aspekte von Heimat ohne dessen mögliche negative Konnotationen zu bewahren (Thum/Förtsch/Rösel 2019). Auch sie betonen die Bedeutung des Lokalen für politische Stabilität und soziales Engagement.

3. *Integration und Segregation* im Quartier

In den Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt fanden sich immer wieder Hinweise darauf, dass *Regionalität*, *Nachbarschaft* und *persönliche Beziehungen* den Zusammenhalt fördern können. Als ein vielversprechender Ansatz wurde das *Heimatkonzept* näher beleuchtet. Im Folgenden soll nun der Fokus auf kommunale Strukturen gelegt und die unterschiedlichen und z. T. widersprüchlichen Befunde der Quartiersforschung beleuchtet werden.

Wie steht es um unsere Städte und Stadtteile? Stimmt die verbreitete Einschätzung, die soziale Architektur unserer Städte sei brüchig geworden? Gibt es eine *Krise der Stadt*? Tatsächlich lässt sich in den Städten eine wachsende Segregation beobachten, die nicht ohne Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bleibt. Mitverantwortlich für Fehlentwicklungen in den letzten Jahrzehnten ist die Politik: Vorhandene Strukturen in der Wohnungsbauförderung wurden abgeschafft und sozialstaatliche Leistungen zurückgefahren. Nun bemüht man sich, den negativen Folgen dieser Entscheidungen entgegenzuwirken. Die deutsche Politik reagierte mit einer Folge von Maßnahmen, die den Fokus auf Stadtteile und Quartiere legten. Die Prämissen dieser Programme werden allerdings kaum hinterfragt, obwohl sie manchmal an der Realität vorbeigehen. Dadurch kommt es zu Nebenwirkungen, die Segregation, Verdrängungseffekte und Gentrifizierung u. U. sogar begünstigen können. Es entsteht zudem der Eindruck, dass die aktuellen Förderprogramme in ihren Zielsetzungen überfordert sind, nicht zuletzt in Bezug auf das mit den Programmen einhergehende Partizipationsversprechen.

Stadtteile, Quartiere, Places und Nachbarschaften

Bundesweite Entscheidungen, auch globale Entwicklungen, greifen mitunter stark in das tägliche Leben ein. Die Pandemie oder der Krieg in der Ukraine, die Havarie eines Containerschiffs im Suezkanal: die Auswirkungen sind auch im unmittelbaren Lebensumfeld zu spüren. Mindestens genauso wichtig aber, für das alltägliche Leben unter Umständen sogar entscheidender, sind die Strukturen vor Ort. In den Stadtteilen und Quartieren wird das Leben konkret:

- Gibt es eine funktionierende Gesundheitsversorgung in erreichbarer Nähe?
- Wie sind die Einkaufsmöglichkeiten, wie naturnah ist das Umfeld?
- Gibt es Betreuungsangebote für die Kleinsten und gute Schulen für die Kinder?
- Welche Angebote gibt es für Jugendliche, für Erwachsene, für Senior:innen?
- Reicht der Platz auf dem Gehweg für den Kinderwagen oder den Rollator?
- Sind städtische Ämter präsent oder bedarf es langer Wege, sie zu erreichen?

Diese Fragen betreffen die Menschen unmittelbar. Sie prägen soziale Erfahrungen und sind mitentscheidende Faktoren für die persönliche Zufriedenheit. Nicht zuletzt beeinflussen sie das Erlebnis von Selbstwirksamkeit sowie die Wahrnehmung und Einschätzung von Partizipationsmöglichkeiten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Arant/Dragolov/Boehnke 2017, S. 14).

Im Bisherigen war viel von *Regionalität* die Rede, von *Stadtteilen* und *Quartieren*. In der Literatur werden diese Termini häufig kaum oder gar nicht voneinander abgegrenzt. Was genau soll in dieser Arbeit darunter verstanden werden? Historisch gewachsene Gebiete? Die lokalen administrativen Ebenen? Die Nachbarschaften?

Stadtteil und Quartier

Vor allem *Stadtteil* und *Quartier* werden in der Literatur meist synonym verwendet. Und das ist auch nicht falsch:

Quartier n. 'Schlafstelle, (zeitweilige) Wohnung, Unterkunft', mhd. quartier 'Viertel' ist eine Entlehnung von afrz. cartier, quartier 'vierter Teil von etw.' (z. B. von geschlachtetem Vieh, von einer Fläche, einer Elle, einem Panzer, Helm, Schild), frz. Quartier 'vierter Teil, Viertel, Stadtviertel, (vorübergehende) Wohnung ... (DWDS 2022)

Quartier oder *Kiez* wirken offener, moderner als der eher in administrativen Kontexten verwendete Begriff des *Stadtteils*. Allerdings trifft das nur im deutschsprachigen Raum zu. In Frankreich, woher der Begriff stammt, ist *Quartier* negativ konnotiert, sogar noch stärker als *banlieue*, das im Deutschen häufig mit *Ghetto*, *Problemgebiet* gleichgesetzt wird – ein Bereich „außerhalb des Rechts“ (Kirszbaum 2016, S. 121).

Als wissenschaftliche Disziplin beschäftigt sich die Quartiersforschung mit Städten und deren Teilen. In ihren Ursprüngen, im Rahmen der Theorie der Chicago School in den 1920er Jahren, wurden explizit segregierte, klar umrissene Quartiere untersucht. Später, vor allem seit den 1990er Jahren, verschob sich der Fokus von der Betrachtung klar umrissener geographischer Strukturen und definierter Eigenschaften hin zu zwischenmenschlichen Interaktionen, Diskursen und Deutungsmustern. Ursache war zum einen die wissenschaftsinterne Kritik am bisherigen Konzept und dessen Implikationen: Der Blick auf Quartiere als *Container* führte zu einer Unterteilung der Stadt in Bereiche, in denen sich bestimmte Gruppen konzentrieren. So entstanden konzeptionelle Zusammenhänge „zwischen Wohnen (residentielle Segregation), Herkunft (ethnische Segregation) und Status (soziale Segregation)“ (Drilling 2014, S. 77). In Frankreich war diese *Container-Logik* noch stärker als in Deutschland zu beobachten. Dort wurden Stadtgebiete mittels Geoinformationssystemen (GIS) in Rechtecke von 200 Metern Länge zergliedert, um Quartiere zu bestimmen, die besonderen Entwicklungsbedarf aufwiesen. „Bis auf die kleinräumige Ebene sind digitale GIS-Karten verfügbar, die

bis auf Straßenzugebene genau Benachteiligung sichtbar machen sollen – und damit auch stigmatisieren. Benachteiligung aufgrund der `Adresse' wird kartografisch einfach möglich, negativ formuliert" (Weber 2016a, S. 48).

Eine weitere Ursache für die Neuorientierung auf soziale Prozesse sieht Olaf Schnur in gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik. Waren früher durchschnittliche Mittelschichtquartiere der Normalfall gewesen, so führte die wachsende sozioökonomische Polarisierung, verbunden mit der Pluralisierung von Lebensstilen und der ethnischen Heterogenisierung durch die Zuwanderung, nach Schnurs Meinung zu Exklusions- und Segregationstendenzen auf Quartiersebene und insgesamt zu einer „Krise der Stadt" (Heitmeyer et al. 2012, S. 168). „Die resultierende städtische Fragmentierung hat inzwischen ein großes Spektrum an Quartiers-Phänomenen hervorgebracht, das von Gated Communities bis hin zu Marginalvierteln reicht und durch oft widersprüchliche Stadtpolitiken flankiert wird ..." (Schnur 2014a, S. 32 f.). In der Folge initiierten mehrere Bundesländer Programme mit dem Ziel, *Problemviertel* vor „Abwärtsspiralen" zu bewahren (Franke/Schnur 2016, S. 297).

Im Rahmen dieser Veränderungen wurde deutlich, dass die Definition des *Quartiers* ausschließlich über den geographischen Raum – z. B. parallel zu administrativ abgegrenzten Stadtteilen – mit dem Leben der Menschen nur wenig zu tun hat. Schnur kritisiert (2014b, S. 42), dass ungeachtet dessen in der Literatur kaum ein schlüssiges Konzept der Quartiersabgrenzung zu finden sei und schlägt ein „raum-zeitliches `Fuzzy Concept'" vor:

Ein Quartier ist ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierter, jedoch unscharf konturierter Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden. (Schnur 2014b, S. 43)

Place, urbanes Dorf und Landschaft

Auch Anne Vadepohl misst der Quartiersebene eine zentrale Relevanz für die Stadtentwicklung und -forschung zu (Vadepohl 2014, S. 60). Wichtig sei es, diese Orte, *Places*, nicht als räumliche Container zu betrachten, sondern sowohl als Produkt als auch als Ursache sozialer Prozesse und politischer Auseinandersetzungen, als Orte, in denen das Alltagsleben stattfindet, die durch Arbeitsteilung und Kommunikation gekennzeichnet sind, durch ökonomische Strukturen und Ungleichheiten, durch ihre Geschichte und die lokale Politik (Vadepohl 2014, S. 62).

Vadepohl weist darauf hin, dass enge soziale Beziehungen immer auch exkludierende Momente aufweisen, dass es sich aber lohne, eine positive Konzeption zu verfolgen, die sie als *Place Ballet* oder *Urbanes Dorf* beschreibt (Vadepohl 2014, S. 70).

Olaf Schnur steuert dem Diskurs einen weiteren bildhaften Begriff bei, den der *Landschaft*. Für ihn verbindet sich mit der Vorstellung von Quartier als einer Landschaft einerseits ein Verweis auf den gesellschaftlichen Wissensbestand, der in den Institutionen vor Ort genauso aufbewahrt wird wie in den Individuen. Andererseits verweist *Landschaft* auf den emotionalen Aspekt des Konstrukts. Die subjektiv wie sozial erzeugten Bedeutungszuschreibungen verbinden sich mit materiellen Aspekten, mit Gebäuden, Räumen zu einer komplexen *Hybridkonstruktion* (Schnur 2014c, S. 93). Das Bild des *Urbanen Dorfs* spiegelt auch die Wechselwirkung von Städtischem und Ländlichem wider, eine Entwicklung, die zu *Stadt-Land-Hybriden* (Hofmeister/Kühne 2016, S. 2) führt: „Lassen sich heute Hybridisierungen urbaner, suburbaner und ruraler Elemente in innerstädtischen Lagen beobachten, so ergeben sich auch gerade Hybridisierungen in ursprünglich ländlich geprägten Räumen ... (Weber/Kühne 2016, S. 11). Diese *StadtLandschaften* sind, so Schnur, nicht nur wichtig für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit von Städten, sie fördern auch Quartiersidentitäten, die wiederum den Kern regionaler Identitäten bilden (Schnur 2016, S. 80). „„Postsuburbane‘ Quartiere im weiteren Sinne haben dementsprechend aber auch Potenziale, wie z. B. zu Heimat und Identitätsorten in der Stadtlandschaft zu werden (oder entwickelt zu werden)“ (Schnur 2016, S. 81).

Definitionen

Wie sich gezeigt hat, besteht auch im wissenschaftlichen Diskurs keine einheitliche Definition für Stadtteil und Quartier. In dieser Arbeit soll unter *Stadtteil* die jeweilige Verwaltungseinheit verstanden werden und unter *Quartier* ein überschaubares Wohnumfeld, einen sozial konstruierten Ort mit unscharfen Grenzen in Anlehnung an die Überlegungen von Schnur und Vadepohl. Es wird immer wieder nötig sein, sich dieser Differenzierung zu versichern, denn nicht zuletzt die Fördermaßnahmen für Städte führen zwar das *Quartier* im Namen, meinen jedoch zumeist klar umrissene Stadt-Teile, die wiederum nicht notwendigerweise mit Stadtteilen identisch sein müssen.

Der Terminus *Nachbarschaft* ist noch schwerer zu fassen als der des Quartiers: was für den einen noch Nachbarschaft ist, ist für andere, zum Beispiel für Menschen mit Lebensphasen-bedingten Mobilitätsproblemen, bereits *außerhalb*. Nachbarschaft kann auf den Wohnblock beschränkt sein oder über die Quartiersgrenzen hinaus reichen.

Die Bedeutung von Nachbarschaft ist dabei grundsätzlich abhängig von Lebensphase, Lebenslage und Lebensstil der Menschen: Menschen mit höheren Einkommen und höherer Bildung stehen meistens Zugänge zu vielfältigen Bezugsgruppen offen, die über die engere Nachbarschaft hinausgehen. Nachbarschaft wird umso wichtiger, je mehr andere Bezugssysteme fehlen oder bestimmte lebensweltliche Konstellationen vorherrschen. (Schnur 2021, S. 236)

Nachbarschaft wird im Folgenden verstanden als ein Zusammenleben, eine soziale Zusammengehörigkeit, die primär auf räumlicher Nähe basiert, aber darüber hinaus geprägt wird durch Interaktion und kulturelle Vielfalt oder Segregation (Schnur 2014b, S. 28 ff.). Allgemein wird davon ausgegangen, dass *Nachbarschaft* in einer immer schwerer durchschaubaren, entgrenzten Welt an Bedeutung gewinnt. Andererseits verlieren traditionelle Nachbarschaften, z. B. die in ehemaligen Arbeitervierteln, an Bedeutung. Heute existiert eine Vielfalt individueller Wirklichkeiten, die nebeneinanderstehen, aber häufig nicht in der Lage sind, eine lokale Kultur zu bilden (Schnur 2021, S. 239). Nichtsdestotrotz spielen Nachbarschaften auch heute eine wichtige Rolle. Olaf Schnur (2021, S. 243–246) benennt vier wesentliche Funktionen der Nachbarschaft in der Gegenwart:

- *Nothilfe* als wesentliche Dimension des Wohnens.
- *Sozialisation und Integration*: Kinder treten hier erstmals in Kontakt zur Außenwelt, neu Hinzuziehende kommen mit den Normen und Konventionen im Quartier in Kontakt.
- *Alltagskommunikation als Informationsquelle*, die Bindung und Vertrauen schafft und sich dem Kontrollverlust in der Gegenwart entgegenstellt.
- Eine zeitgemäße Form *sozialer Kontrolle*, informell, formalisiert oder über soziale Medien wie Facebook oder Instagram.

Segregationsprozesse

Wenn es um die Analyse von Prozessen geht, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, sind *Integration* und *Segregation* zentrale Stichworte. Dabei geht es um die Frage, wie gut es gelingt, Entwicklungen entgegenzuwirken, die gesellschaftliche Gruppen und soziale Schichten auseinandertreiben. In der Literatur wird zwischen drei oder besser vier Formen der Segregation unterschieden (Helbig/Jähnen 2018, S. 1 f.):

- Die *soziale Segregation* beschreibt die räumliche Ungleichverteilung auf der Grundlage Einkommen, Bildungsniveau, beruflicher Qualifikation etc.
- Die *ethnische Segregation* nimmt nach aktuellen Studien tendenziell eher ab und ist seit 2007 geringer als die soziale Segregation (Helbig/Jähnen 2018, S. 113; Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 28). Trotzdem wird immer die Existenz von *Ghettos* oder *Problemvierteln* beklagt.
- Erst langsam in den Blick gerät die *demographische Segregation*, die ungleichmäßige Verteilung nach Alter und Haushaltstyp. Studien belegen, dass vor allem für Menschen zwischen 15 und 29 Jahren und für solche ab 65 Jahren eine verstärkte Konzentration auf bestimmte Wohngebiete festzustellen ist.
- Die *soziale Segregation von Kindern* ist eine besondere schwerwiegende Form räumlicher Ungleichverteilung, denn die soziale Spaltung in den deutschen Städten betrifft vor allem Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende.

Segregation, vor allem *soziale Segregation*, ist kein neues Phänomen: Seit es Städte gibt, leben Menschen ungleich verteilt in Quartieren. Vor der Industrialisierung lebten etwa Kaufleute und Handwerker in eigenen Bezirken. Die Industrialisierung verstärkte diese Trennung noch. Im Umfeld der großen Städte, zum Beispiel rund um Hamburg, entstanden riesige Armenviertel mit elenden Wohnbedingungen, während sich das Bürgertum im Umland niederließ. Die Armut und das Elend in den Slums, die vom Bürgertum auch als Gefahr für die Moral wahrgenommen wurden, führte zu Widerstand auf Seiten der Armen und zu einer janusköpfigen Politik auf Seiten der Herrschenden: Sozialgesetze als Kehrseite der Sozialistengesetze (Wehler 1973, S. 112).

Schon nach dem Ersten Weltkrieg, verstärkt aber nach dem Zweiten, wurden viele öffentlich geförderte Neubauten geschaffen, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Das hohe Wirtschaftswachstum in Westdeutschland in den 1950er und 1960er Jahren verhalf vielen Menschen zu einem gewissen Wohlstand. In der Folge verringerte sich die soziale Segregation merklich. Auch in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik förderte man den Bau von Sozialwohnungen. Im Gegensatz zu Westdeutschland gab es in den Städten hier nur eine sehr geringe soziale Segregation. Allenfalls eine demographische Ungleichverteilung fand statt, denn Neubauwohnungen wurden vielfach an junge Familien mit Kindern vergeben. Diese konnten häufig auch eine höhere berufliche Qualifikation vorweisen, so dass indirekt auch eine Segregation nach Bildung stattfand (Helbig/Jähnen 2018, S. 95 ff.). Die wirtschaftliche Krise der 1970er Jahre führte dann in Westdeutschland nicht nur zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, sondern auch dazu, dass staatliche Investitionen in den Wohnungsbau zurückgefahren wurden.

Nach der Wiedervereinigung lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Entwicklungen in Westdeutschland und in den Neuen Bundesländern feststellen. Seit den 1980er Jahren steigt die soziale Segregation in den westdeutschen Städten stetig an, während die ethnische eher zurückgeht. In den ostdeutschen Städten blieb die soziale Segregation noch bis 1995 deutlich niedriger als in den westdeutschen. Doch bereits 2005 stellten Untersuchungen fest, dass die Ungleichverteilung massiv zugenommen hatte und in den meisten Fällen sogar die der westdeutschen Städte übertraf (Helbig/Jähnen 2018, S. 29).

Auch wenn man mit derartigen Bewertungen vorsichtig sein sollte, so ist die Entwicklung in Ostdeutschland doch als historisch beispiellos zu bezeichnen. In gerade einmal 25 Jahren kam es zu einer umfassenden sozialen Neustrukturierung der Wohnstandorte innerhalb der ostdeutschen Städte. (Helbig/Jähnen 2018, S. 58)

Derzeit hat die soziale Ungleichverteilung in vielen ostdeutschen Städten das Niveau US-amerikanischer Großstädte erreicht, mit großen Unterschieden zwischen den Städten. Ein wesentlicher Faktor für den massiven Anstieg der Segregation scheint die wachsende Spreizung der Mieten

zu sein. Als Ursache für diese dramatische Entwicklung nennen Helbig/Jähnen (2018, S. 111) die mangelnde Attraktivität der Plattenbauten im Vergleich zu den ab 1995 errichteten Eigenheimen und den gut sanierten Innenstädten.

Besonders brisant an den Ergebnissen der Untersuchungen zur sozialen Segregation in Deutschland ist, dass von dieser Entwicklung am stärksten *Kinder und Familien mit Kindern betroffen sind, vor allem Alleinerziehende*. Eine aktuelle Studie stellt fest, dass fast drei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren armutsgefährdet sind (Funcke/Menne 2023, S. 3). Zurzeit gibt es in Deutschland ca. 1,3 Millionen Familien mit drei oder mehr Kindern. Davon gelten nahezu ein Drittel als einkommensarm, 17,7 % beziehen SGB II-Leistungen. Bei alleinerziehenden Familien liegt der SGB II-Anteil sogar bei 86,2 % (Andresen/Dietz/Çinar 2022, S. 15–18).

Zwischen 2005 und 2014 hat die ungleiche örtliche Verteilung von Kindern in den meisten deutschen Städten zugenommen, am deutlichsten in Ostdeutschland. In manchen Quartieren ist dort der Anteil armer Kinder bereits über 50 % gestiegen, eine Quote, die von vielen Autor:innen als Schwelle angesehen wird (Helbig/Jähnen 2018, S. 45), ab der die Konzentration sich negativ auf die Individuen auswirkt. Helbig/Jähnen (2018, S. 116) weisen darauf hin, dass bereits bei einer Schwelle von 27,5 % eine Abwärtsspirale in Gang kommen kann: die Außenwahrnehmung des Quartiers verschlechtert sich, die Spanne der Mieten wird größer, Ärmere können sich nur noch Wohnungen im Quartier leisten, Mittelschichthaushalte ziehen nicht mehr dorthin.

Vor- und Nachteile von segregierten Quartieren

Betrachtet man die Wirkungen von Segregation und sozialer Mischung, findet man allerdings zwei unterschiedliche Sichtweisen. Für Vertreter:innen der Konflikthypothese führt ein zu enges Nebeneinander von Menschen unterschiedlicher Milieus zu Spannungen. Deshalb bevorzugen viele Menschen ein Leben in einem Umfeld von Haushalten mit ähnlicher Lebensweise. Im Gegensatz dazu meint die Kontakthypothese, Zusammenwohnen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen begünstige Kontakte, fördere soziale Netze und gemeinsame Interessen und den sozialen Zusammenhalt (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 34). Vertreter:innen dieser These sehen Vor- und Nachteile in segregierten Quartieren (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 30 f.; ähnlich: Schnur/Zakrzewski/Drilling 2013).

Als *Nachteile sozialer Segregation* benennen sie u. a.:

- Niedrige Kaufkraft in den Quartieren führt zu weniger Angeboten beim Einkauf und bei Dienstleistungen und kann die Attraktivität des Quartiers senken.
- Niedrigere Mieten können die Investitionsbereitschaft der Eigentümer senken und führen zu schlechter Bausubstanz.

- Die Fokussierung auf städtebauliche Konzepte lenkt davon ab, die eigentlichen Ursachen von Ungleichheiten zu hinterfragen und politisch anzugehen.
- Negative Etikettierungen können zu Diskriminierung des Gebiets und der Menschen führen.
- Wohlhabendere, bildungsnähere Familien und gut integrierte Menschen mit Migrationshintergrund fürchten ungünstige Einflüsse für ihre Kinder und ziehen in 'bessere' Wohngegenden. Das mindert die soziale Stabilität im Quartier.
- Die Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen sind schwieriger, die Arbeitsplätze weniger attraktiv.
- Sozial stärkere Segregation im Quartier erleichtert den Rückzug in die eigene Gruppe. Es gibt weniger Kontakte mit Institutionen und Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft, weniger Anlass zum Spracherwerb. Die Herausbildung von 'Parallelgesellschaften' wird begünstigt.
- Menschen mit unterschiedlichem Lebensstil haben weniger Gelegenheit, sich zu treffen und kennenzulernen.
- Die Konzentration ethnischer Minderheiten macht diese sichtbarer und kann die Ablehnung und Diskriminierung durch die Mehrheitskultur verstärken.

Diesen Nachteilen der Segregation stehen allerdings auch *Vorteile* gegenüber (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 30 f.):

- Handel und Dienstleistungen richten sich mit preiswerten Produkten auf ihr Umfeld ein.
- Bei einem ausreichend großen Umfeld entwickelt sich eine Ökonomie von Migrant:innen, die auch für die übrige Stadt attraktiv sein kann.
- Mieten und Immobilienpreise bleiben günstig und das Quartier ist dadurch auch für andere Gruppen attraktiv, zum Beispiel für Studierende.
- Schwierige Lebenslagen und Zurücksetzungen werden u.U. besser sichtbar, was die Artikulation eigener Interessen erleichtert.
- Für ethnische Minderheiten ist das engere Zusammenleben unter Umständen hilfreich, da sie sich weniger fremd fühlen und nicht abrupt an die Mehrheitsgesellschaft angleichen müssen. Dieser Schonraum bietet Schutz gegen Isolation und Hilfe durch die Nachbarschaft.
- Manche Konflikte werden vermieden, wenn Menschen mit andersgeartetem kulturellem Hintergrund weniger eng zusammenwohnen: Unterschiedliche Erziehungsstile, Geschlechterrollen, Ess- und Freizeitkulturen, religiöse Rituale etc. können sonst schnell zu Konflikten führen.
- Bildungseinrichtungen können sich besser auf die Bedürfnisse von Minderheiten einstellen und besondere pädagogische Angebote bereitstellen.

Auch Carol/Schaeffer/Wiedner (2022) verweisen auf den „Wert der Nachbarschaft“ für ethnische und kulturelle Minderheiten. Im Rahmen des Projekts WELLMOB des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) untersuchten sie, was für das Wohlbefinden von Menschen mit Migrations-

hintergrund wichtig ist. Sie stellen fest, räumliche Segregation sei nicht pauschal gut oder schlecht für das subjektive Wohlbefinden von Einwandernden und ihren Nachkommen. Nicht die quantitative Konzentration von Menschen ist wichtig, sondern die ethnisch-religiösen Infrastrukturen, insbesondere eigene Vereine (Carol/Schaeffer/Wiedner 2022, S. 19 f.). Allerdings betrifft dies nicht alle Migrantengruppen gleichermaßen. Dänen oder Franzosen würden nur selten eigene Vereine oder religiöse Gemeinschaften bilden, im Gegensatz zu Migrant:innen aus dem Mittleren Osten oder Subsahara-Afrika. Ausschlaggebend ist wohl die große kulturelle Distanz zur deutschen Mehrheitsgesellschaft (Carol/Schaeffer/Wiedner 2022, S. 19). Besonders für diese Bevölkerungsgruppe bietet die Nachbarschaft von Menschen mit ähnlichem ethnischen und kulturellem Hintergrund Vorteile, die auch für die sogenannte Zweite Generation wichtig sind.

*Wenn Segregation nur als Problem wahrgenommen wird, verkennen wir, dass De-Segregation für viele auch eine Entwurzelung bedeuten würde ... Der reine Anteil von Immigrant*innen in Nachbarschaften ist eine relativ unpräzise und ambivalente Messung, die das reichhaltige zivilgesellschaftliche Leben übersieht, das Immigrant*innen und deren Nachkommen in deutschen Städten aufgebaut haben. (Carol/Schaeffer/Wiedner 2022, S. 20)*

Segregation durch Vielfalt

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahrzehnten zu einer Erosion der Normalarbeitsverhältnisse geführt. Gleichzeitig entstanden neue Arbeitszeitmodelle und früher klar getrennte Lebensbereiche gehen nun mehr oder minder fließend ineinander über (Vogelpohl 2012, S. 55–61). Das hat positive Aspekte, denn es ermöglicht Vielen eine flexiblere Zeitorganisation, mehr Selbstverantwortung und damit mehr Freiheit. Allerdings sind die Betroffenen nun wirtschaftlichen Veränderungen und dem Marktgeschehen unmittelbar ausgesetzt. Aus Flexibilisierung kann schnell ein „Flexibilitätsdiktat“ werden. Das gesamte Leben wird nach ökonomischen Prinzipien reorganisiert. „Flexibilisierung der Produktion [bedeutet] heute ... freie Verfügbarkeit des Unternehmens über die Zeit der Arbeitenden, nicht aber freie Verfügbarkeit über Arbeitszeiten von Seiten der Arbeitenden“ (Vogelpohl 2012, S. 61).

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt erzeugt neue Unternehmensstrukturen, begünstigt bestimmte Dienstleistungsbereiche und fördert nicht zuletzt neue Standortbedürfnisse. Vor allem die Kreativen suchen Quartiere mit vielfältigen Angeboten, (Industrie-)Brachen, lokalen Händlern, Bäckern und einer Post etc. Die *Stadt der kurzen Wege* soll den Zeitdruck mindern, Kontakte ermöglichen, Inspirationen geben (Vogelpohl 2012, S. 127–158). Quartiere, in die die Kreativen ziehen, verändern sich z. T. massiv. Anne Vogelpohl (2012, S. 159) beschreibt das am Beispiel des Hamburger Schanzenviertel und des New Yorker Stadtteils Williamsburg: das flexibilisierte Arbeitsleben wirkt nicht nur auf den Alltag der direkt Betroffenen, sondern verändert die Struktur des Zu-

sammenlebens im Quartier insgesamt. Die Nachfrage nach Wohnraum steigt, Gentrifizierung setzt ein. Vogelpohls These ist, dass zunächst Studierende und Kreative in ein „innenstadtnahes, architektonisch reizvolles, aber heruntergekommenes Quartier“ mit günstigen Mieten ziehen. Durch Renovierungen und kulturelle Angebote steigern sich Attraktivität und Image des Quartiers. Dann folgen die wohlhabenderen *Gentrifizierer*. In der Folge steigen die Mieten, sodass sich Teile der eingewachsenen Bevölkerung die Wohnungen nicht mehr leisten können (Vogelpohl 2012, S. 199). In dieser Entwicklung haben Städtebau und Architektur die Aufgabe, Kulissen zu gestalten, die es ermöglichen, individuelle Lebensstile zu inszenieren (Vogelpohl 2012, S. 64). Krätke (1995, S. 212) nennt das eine „Inszenierung des Lokalen“, eine „Begleitmusik zur sog. Gentrifizierung“. Auch in Zeiten der Flexibilisierung und Individualisierung braucht es eine lokale Verankerung, *urbane Dörfer* in einer polyzentrischen Stadt, um ein funktionierendes Image zu erzeugen (Vogelpohl 2012, S. 65). Doch die aktuelle Architektur, das gestylte Ambiente öffentlicher Räume, spiegelt häufig nur den Habitus der Zuwanderer wider und fördert so die Exklusion (Seidelsohn 2018, S. 140).

Programme wie *Soziale Stadt* oder *Biwaq* könnten diese Entwicklung sogar noch verstärken. Einerseits legen sie den Fokus auf die Erneuerung von Gebäuden und Orten, andererseits fördern sie lokale Wirtschaftsstrukturen häufig zielgerichtet: Fast alle Städte entwickelten in den letzten Jahren Konzepte zur Stärkung der *Kreativwirtschaft*. Gärtner/Brandt stellen fest, dass sich die Hoffnungen in die Kreativen nur bedingt erfüllten und sich die geschaffenen Arbeitsplätze wegen ihres Anforderungsprofils nur begrenzt für die Bevölkerung vor Ort eignen. Nichtsdestotrotz trug die Kreativwirtschaft mancherorts zu einer Stabilisierung von Quartieren bei (Gärtner/Brandt 2019, S. 34).

Diese zurückhaltende Beurteilung wird von Einschätzungen ergänzt, dass die einseitige Unterstützung der Kreativwirtschaft eine doppelte Exklusion erzeuge: „einerseits werden all jene in Visionen der Stadtentwicklung vernachlässigt, die aufgrund ihres Berufes, ihrer Bildung oder ihres Wohnortes nicht zu den ‘Kreativen’ zählen; andererseits werden die ‘Kreativen’ in prekären, ökonomisch nicht verwertbaren Verhältnissen ausgeblendet“ (Vogelpohl 2012, S. 69).

Im Quartier führt dies häufig zu Konflikten, bei denen nicht nur steigende Mieten, sondern auch die unterschiedlichen zeitlichen Rhythmen, Lärm, enge öffentliche Räume etc. eine Rolle spielen. Vogelpohl (2012, S. 205) zitiert Menschen aus dem Schanzenviertel, die Aufwertung mit Verdrängung gleichsetzen und meinen, die letzten echten gesellschaftlichen Durchmischungen würden ausgetrocknet, die offene, tolerante Gesellschaft sei nur eine Konstruktion.

Statt einer Reproduktion der sozialen und kulturellen Vielfalt, die ein zentraler Einflussfaktor auf die Attraktivitätssteigerung der Quartiere in den 1990er Jahren war, hat sich inzwischen eine Dominanz von zu- gegenüber wegziehenden Gruppen und Unternehmen entwickelt, die im Spannungsfeld von Vielfalt und Homogenisierung problematisiert werden muss.

(Vogelpohl 2012, S. 204)

Nachbarschaftseffekte

Segregierte Quartiere können zu Stigmatisierungen führen und negative Auswirkungen auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen haben (Nieszery 2014, S. 151 f.). Die Ballung sozial Benachteiligter, so die These, wirkt sich negativ auf die Verhaltensweisen von Menschen aus. Nicht nur individuelle Problemlagen wie Armut können diskriminierend wirken, das Quartier selbst, die Schule im Quartier, können zu Orten zusätzlicher Benachteiligungen werden (Helbig/Jähnen 2018, S. 45 ff.).

Träfe das zu, hätte das eine enorme sozialpolitische Bedeutung (Helbig/Jähnen 2018, S. 59). Doch was zunächst äußerst plausibel klingt, lässt sich bei näherem Hinschauen nur schwer überprüfen. Empirische Untersuchungen stehen vor dem Problem, *Nachbarschaftseffekte* von anderen Einflüssen zu trennen (Horr 2016, S. 398). Zahlreiche internationale Untersuchungen weisen zwar auf solche Effekte hin, diese scheinen sich aber in der Regel deutlich schwächer auszuwirken als individuelle Prädispositionen oder die Einflüsse von Familie und Schule. Die wenigen deutschen Studien zeigen vor allem einen engen Zusammenhang zwischen Nachbarschafts-, Schul- und Kindergarten-Effekten (Horr 2016, S. 419 ff.). So wählen deutsche Familien häufig Kindergärten mit einem niedrigen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund – je höher der Anteil von Einwanderungsfamilien im Quartier ist, desto stärker. Andererseits besuchen Kinder mit Migrationshintergrund häufiger Kindertageseinrichtungen in Wohnortnähe, die eine stärkere Segregation aufweisen. Oeltjen/Windzio (2019, S. 653) sprechen von „intergenerationale[r] Reproduktion des Bildungsstatus“:

Ein hoher Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund wird häufig mit einem schwachen, problembelasteten Lernumfeld assoziiert und gilt damit als ein Risiko für den gewünschten Bildungserfolg des Kindes ... Entsprechend versuchen viele bildungsnahe Eltern, Schulen mit stark heterogener Schülerschaft zu umgehen. ... Das Resultat derartiger Schulzugangsbemühungen ist eine Verstärkung der ohnehin bereits durch residenzielle Segregation bedingten ethnischen und sozialen Segregation in den Bildungseinrichtungen. (Oeltjen/Windzio 2019, S. 654)

Auch in Frankreich gehen Segregations- und Marginalisierungstendenzen nicht selten von den Vermögenderen aus. Florian Weber (2016a, ebenso: 2016 b) beschreibt diesen Prozess für die Banlieues der französischen Metropolen: Wer es sich leisten kann, Eigentum zu erwerben oder einen Platz in einer besseren Schule zu erhalten, kehrt den Hochhaussiedlungen den Rücken. „Es wird auf die geringe Mobilität der schlechter Gestellten gesetzt und damit die eigene Sicherheit und Abgeschlossenheit gewährleistet“ (Weber 2016a, S. 29 f.). Auf diese Weise entstehen zunehmend exklusive Quartiere für die Reichen und Gebildeten – bis hin zu *Gated Communities* – und auf der anderen Seite die *Problemquartiere*, in denen die leben, die sich das Wohnen in besseren Vierteln nicht mehr leisten können.

Disorder, Incivilities und Wahrnehmungsfilter

Nicht nur objektive Faktoren bestimmen das Image eines Quartiers und das Leben seiner Menschen, sondern auch Wahrnehmungsprozesse, das belegt u. a. eine Studie von Oberwittler, Janssen und Gerstner (2017). Sie stellt die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen Unordnung, Schmutz und Verfall im Quartier und Devianz/Delinquenz nachweisbar ist, ob *disorder* und *incivilities* die Grundlage für Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung sind. Der *Broken Windows* Ansatz sei zwar sehr populär, so die Autor:innen, seine empirische Untermauerung aber nur schwach. Eine Befragung von 6.500 Bewohner:innen aus 140 Wohngebieten in Köln und Essen ergab, dass es Diskrepanzen zwischen objektiv beobachtbarer Unordnung und deren subjektiver Wahrnehmung gibt. Befragungen auf Stadtteil- oder Quartiersebene deuten darauf hin, dass subjektive Verunsicherung und objektive Gefährdungen nicht deckungsgleich sind. Laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik sinkt bundesweit die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden seit Jahren, (Rau/Kromberg 2021, S. 15 f.)¹¹. Das mindert aber nicht die Furcht vor Kriminalität: „Rückläufige Zahlen in der offiziellen Kriminalstatistik und objektive Aufklärungsquoten der Polizei sind gegen solche subjektiven Mechanismen machtlos“ (Groß 2021, S. 240). Bei einer Befragung von 10.000 Mannheimer:innen im Jahr 2017 gaben doppelt so viele Menschen wie 2012 an, ihre Freizeitaktivitäten aus Angst vor Kriminalität einzuschränken. Als großes Problem nennen die Befragten Müll und Schmutz im öffentlichen Raum¹². Die umfangreiche Studie zur Viktimisierung »Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)« (Birkel et al. 2022), stellt fest, dass nachts mehr als 40 % der Menschen bestimmte Orte meiden und 37 % auch den öffentlichen Nahverkehr. Frauen, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion sind hier noch stärker betroffen und meiden Angsträume nachts noch häufiger (Birkel et al. 2022, S. 134–157).

Oberwittler, Janssen und Gerstner (2017) glauben, dass die Abweichung zwischen objektiv beobachtbarer Unordnung und subjektiver Wahrnehmung auch Folge des Anteils sichtbarer Minderheiten im Quartier ist (ähnlich: Groß 2021, S. 235 f.) und zudem stark von den individuellen Einstellungen der Befragten zur Migration abhängt. Die Autor:innen beschreiben einen „Wahrnehmungsfilter“, der bewirkt, dass Unsicherheit nicht unmittelbar Folge objektiv messbarer Problemlagen oder sichtbarer Unordnung ist, sondern nur vermittelt über individuelle Wahrnehmungsprozesse (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 184 f.) entsteht. Von zentraler Bedeutung ist eine *erkennbare* ethnische Diversität:

11 Die Polizeiliche Kriminalstatistik beschreibt allerdings lediglich die Struktur und die Quantität der angezeigten Delikte. Sie kann keine Aussage machen über Verurteilungen und erfasst nicht das Dunkelfeld der Kriminalität. Dieses kann je nach Deliktart hoch sein. Eine erste bundesweite Studie geht davon aus, dass das Dunkelfeld insbesondere bei Internetkriminalität, Betrugs- und Sexualdelikten extrem ist. So werden wahrscheinlich über 90% aller Vergewaltigungen nicht angezeigt und damit in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht erfasst (Birkel et al. 2022, S. 190)

12 <https://www.mannheim.de/de/nachrichten/ergebnis-der-sicherheitsbefragung>. Zuletzt aufgerufen am 26.20.2022.

Über die soziale Reputation – und damit auch über die zukünftige Entwicklung – von Stadtvierteln entscheidet nicht das objektive Ausmaß von Unordnung und Kriminalität, sondern kollektive, subjektiv gefärbte Wahrnehmungen der Menschen ...“ (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 187)

Der „Wahrnehmungsfilter“ wirkt umso stärker, je niedriger der Bildungsstatus der Menschen ist und je schlechter die materielle Situation. Und er wirkt bei Menschen mit Migrationsgeschichte nicht anders als bei autochthonen Befragten (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 190–193). Einen weiteren wesentlichen Einflussfaktor bildeten individuelle Einstellungen zur Migration: Positive Einstellungen mindern die Ängste-steigernden Effekte ethnischer Diversität deutlich, negative und xenophobe Einstellungen verstärken sie (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 198–200; Groß 2021, S. 245).

Förderprogramme gegen die Krise der Städte

Angesichts dieser Entwicklungen verwundert es nicht, dass die Städtebauförderung einen Fokus auf die soziale Durchmischung von Quartieren legt. Seit den 1990er Jahren wurden europaweit Programme aufgelegt, die sich gegen die *Krise der Stadt* stellen sollten. In Deutschland ist hier vor allem das Programm *Soziale Stadt* zu nennen, mit dem der Bund zwischen 1999 und 2019 in 544 Kommunen Maßnahmen in die städtische Infrastruktur förderte, z. B. Stadtteilzentren, Bürgertreffs, Bildungseinrichtungen, Bibliotheken und Mehrgenerationenhäuser. Dabei priorisierten die Kommunen bei der Auswahl der Fördergebiete die Stadtteile mit dem höchsten Problemdruck (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020, S. 44). Ziele waren „Ankerpunkte und Begegnungsorte im Quartier“ zu bilden, Räume zu bieten z. B. für „sozialintegrative Projekte und Maßnahmen zur Förderung der Integration und des gesellschaftlichen Miteinanders“, lokale Netzwerke zu unterstützen und eine „bessere Integration und Teilhabe der Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte vor Ort“ zu ermöglichen (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020, S. 43 f.) Dem Programm *Soziale Stadt* wurde das ESF-Programm *Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ* zur Seite gestellt (Schultheis/Güleş 2019; Niermann/Schnur/Drilling 2019), das die Stärkung der lokalen Ökonomie in den Quartieren der *Sozialen Stadt* intendiert. BIWAQ-Projekte werden überwiegend in Groß- und Mittelstädten durchgeführt.

2020 wurde *Soziale Stadt* in das neue Programm *Sozialer Zusammenhalt* überführt. Dabei wurden die bisherigen Förderinhalte beibehalten, aber der Fokus auf drei neue Programme gerichtet (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020, S. 32):

- *Lebendige Zentren* – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne
- *Sozialer Zusammenhalt* – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten
- *Wachstum und nachhaltige Erneuerung* – Lebenswerte Quartiere gestalten

Neu aufgenommen wurde, dass *Maßnahmen zum Klimaschutz* zwingende Fördervoraussetzung sind (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020, S. 33)

Hintergrund der Anpassungen waren u. a. Veränderungen in der urbanen Struktur Deutschlands. So konstatiert das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Helbig/Jähnen 2018, S. 6 ff.) weiterhin international einen Trend zur Urbanisierung. Viele Großstädte erfuhren bedeutende Zuwächse – mit allen, auch negativen Folgen, wie Kauf- und Mietpreisexplosionen in den prosperierenden Regionen. Aber auch Mittel- und Kleinstädte werden attraktiver. Das Bundesbauministerium sieht einen Trend zur Suburbanisierung: „Diese Städte haben einen spezifischen kulturellen und historischen Hintergrund, den sie für die eigene Entwicklung in Wert setzen. Sie sind oftmals Standorte erfolgreicher mittlerer und kleinerer Unternehmen (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020, S. 10).

Sixtus et al. (2022; ebenso: Kordel/Weidinger 2020) sehen für die Wanderungsbewegungen in Deutschland mittlerweile eine Trendumkehr in Richtung ländliche Regionen. Alle Gemeinden und Städte in Deutschland weisen aktuell positive Wanderungssalden auf, selbst abgelegene Landgemeinden, nur der Zustrom in die großen Städte sei versiegt. Einzig Geflüchtete, Berufs- und Bildungswander:innen zögen weiter dorthin (Sixtus et al. 2022, S. 11–13). Auch in Ostdeutschland sei die Abwanderung in den Westen gestoppt. Da in den neuen Bundesländern das Durchschnittsalter der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch ist, schrumpften die Gemeinden allerdings meist weiter (Sixtus et al. 2022, S. 9 f.). Als Ursache für die Trendumkehr im Wanderungsgeschehen sehen die Autor:innen die explodierenden Wohnungspreise in den Großstädten. Auch die Covid-Pandemie spielt eine Rolle als Beschleuniger: Fast die Hälfte der Befragten nennen sie als einen Grund für ihren Wegzug aus der Großstadt (Sixtus et al. 2022, S. 18). Zudem erleichtern der Wandel in der Arbeitswelt, die Digitalisierung und die zunehmende Verbreitung von Homeoffice-Arbeitsplätzen ein Leben und Arbeiten abseits der Zentren (Sixtus et al. 2022, S. 6). Diese Entwicklung bietet Chancen nicht nur für den ländlichen Raum. Auch die Städte können profitieren, wenn sie von Verkehr entlastet und u. U. Mietsteigerungen gedämpft werden (Assmann 2023).

Städtebauförderung und Quartiersmanagements

Quartiersmanagements sind ein wesentlicher Bestandteil der Städtebauförderprogramme. 2015 wurden sie in 81 % der Programmgebiete eingesetzt (Quaestio Forschung & Beratung 2016, S. 14 f.). Rechtlich abgesichert sind die Quartiersmanagements durch die Förderrichtlinien der Städtebaumaßnahmen. Den Kommunen bleibt bei der konkreten Ausgestaltung der Aufgaben des Quartiersmanagements jedoch ein großer Spielraum (Quaestio Forschung & Beratung 2016, S. 20–22). Eine der wichtigsten Aufgaben der Quartiersmanagements ist ihre Rolle als Mittler zwischen

der kommunalen Verwaltung und den Menschen im Quartier (Quaestio Forschung & Beratung 2016, S. 24–26).

Ziel ist es, dadurch die Akzeptanz für die Maßnahmen der Sozialen Stadt im Quartier zu erhöhen. Die Rolle des Quartiersmanagements ähnelt in dem Fall einer Außenstelle der Verwaltung im Quartier, die den Bewohnern eine niedrighschwellige Kontaktaufnahme ermöglicht.” (Quaestio Forschung & Beratung 2016, S. 24)

Die Menschen vor Ort sollen nicht nur informiert werden, Ziel ist auch ihre Aktivierung und Beteiligung am Prozess der Städtebauförderung. Neue Bevölkerungsgruppen sollen erreicht, bereits aktive Gruppen und Personen besser vernetzt und bürgerschaftliches Engagement gefördert werden (Quaestio Forschung & Beratung 2016, S. 29–31).

In Berlin wurden im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* als zentrales Instrument der Partizipation *Quartiersräte* eingeführt, seit 2005 verbindlich in allen Programmgebieten. Quartiersbewohner:innen stellen darin die Mehrheit, auch andere lokale Akteur:innen sind vertreten. Für die Mitwirkung gelten allerdings Voraussetzungen, die für viele eine Hürde darstellen. So verpflichten sich die Quartiersrät:innen z.B., für zwei Jahre mitzuarbeiten, die Sitzungen regelmäßig zu besuchen, Texte durchzuarbeiten und Fristen einzuhalten. Auch die Abläufe der Sitzungen, die unterschiedlichen Bildungshintergründe der Teilnehmenden, die dominierende Sprache und Diskussionskultur können Hindernisse darstellen (Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. 2019a).

Kritik an den Förderprogrammen

In der öffentlichen und veröffentlichten Meinung zu Quartieren und Stadtteilen finden sich eine Menge scheinbarer Gewissheiten, die einer näheren Betrachtung bedürfen. Wenn z. B. ein Mislingen von Integration konstatiert wird, werden häufig Begriffe wie *Problemgebiet*, *Ghetto*, *no-go-area*, *Parallelgesellschaft* benutzt. Sind diese Zuweisungen berechtigt? Oder stigmatisieren sie möglicherweise und werden damit sogar zu einer Mitursache von Benachteiligungen? Und wie sieht es mit den Schlussfolgerungen für Politik und Stadtplanung aus? Lassen sich diese wissenschaftlich untermauern? Dangschat/Alisch (2012, S. 43) beklagen, die Verlässlichkeit wissenschaftlicher Aussagen zu Segregationsprozessen sei überraschend gering. Wohingegen „die aus dem Phänomen abgeleiteten Handlungen der Verwaltung und Politik überraschend eindeutig“ seien.

Der Containerblick

Auffällig ist zum Beispiel, dass die Container-Konzeption in der wissenschaftstheoretischen Diskussion kaum noch vertreten wird, aber nach wie vor in quantitativen Studien und in der Politik dominiert. Nahezu alle Förderprogramme auf Stadtebene, auch die aktuellen wie *Sozialer Zusammenhalt*,

setzen klar umrissene Bereiche voraus (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020), was in der Praxis zumeist zur Übernahme administrativer Einteilungen führt (Franke 2014, S. 158 ff.). Doch diese Grenzziehung hat mit den Lebenswelten der Bewohner:innen häufig wenig zu tun und wirkt sich zudem stark auf die Messung von Quartierseffekten aus (Nieszery 2014, S. 137).

Nichtthematisieren von Machtfragen

In den Städtebauförderprogrammen ist häufig von *Partizipation* und *Empowerment* die Rede. Gemeint ist dabei zumeist eine auf das Individuum bezogene Förderung etwa in Hinblick auf den Arbeitsmarkt, nicht eine Ertüchtigung in Richtung Organisation und Vertretung eigener Interessen. Jutta Guhl (2016, S. 117) greift einen Begriff von Maria Bitzan auf und spricht von einem *affirmativen Bürgergesellschaftskonzept*, das glaube, man könne allein durch Verschönerungen und Kommunikation Integration erreichen. Es bestehe die Gefahr, dass die Partizipation eher der Legitimation geplanter Maßnahmen dient als den Ideen und Wünschen der Adressaten (Guhl 2016, S. 117).

Zudem können städtebauliche Projekte in der Regel nur realisiert werden, wenn sie einen strikten Bewilligungsprozess durchlaufen haben, in dem Problembereiche, Ziele und zielführende Maßnahmen möglichst klar beschrieben werden müssen und später nicht über den Haufen geworfen werden können. „Dies führt allerdings die gewünschte Bürgerbeteiligung zu einem gewissen Mass [sic!] ad absurdum“ (Guhl 2016, S. 117).

Der Fokus auf Vielfalt im Quartier

Die seit den 1990er Jahren aufgelegten Förderprogramme gehen von der Prämisse aus, Integration und Zusammenhalt gelinge am besten in Wohnquartieren mit einer vielfältigen, gemischten Struktur, wohingegen die räumliche Konzentration ethnischer oder sozialer Gruppen Exklusion fördere. Auch in Politik und Öffentlichkeit wird diese These kaum hinterfragt. In der *Neuen Leipzig-Charta*, der aktuellen Richtschnur für die Entwicklung der Städte in Europa, findet sich ebenfalls die Grundannahme, eine gute soziale Durchmischung sei Voraussetzung für eine Verbesserung des Lebens im Quartier (Informelles Ministertreffen Stadtentwicklung 2020, S. 3–5)

Das Konzept ist nicht neu (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 25 ff.): bereits Ende des 19. Jahrhunderts, im Zuge der Industrialisierung, gab es vergleichbare Forderungen, um einen sozialen Ausgleich und eine moralische Festigung vor allem der ärmeren Klassen zu erreichen. In der Weimarer Republik und den 1960er Jahren stand die Lösung der Wohnungsnot im Vordergrund. Eine gute Durchmischung der neuen Wohngebiete spielte dabei keine zentrale Rolle. Erst in den 1970er Jahren, als die Sanierung der Altstädte im Zentrum stand, wandte sich die Wohnungsbaupolitik stärker dem Konzept einer sozialen Mischung zu. Das Ziel war, der Entstehung von Problemgebieten entgegenzuwirken. Außerdem wurde verstärkt die Bedeutung gewachsener Milieus für die Menschen erkannt:

Zunehmend wurde eine 'gemischte und kompakte Stadt', eine 'Stadt der kurzen Wege' als ideal angesehen und das in vielerlei Hinsicht: für eine urbane Lebensqualität sowie wegen der ökologischen und stadtwirtschaftlichen Vorteile, auch für das demokratische Zusammenleben. (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 26)

Um die Jahrtausendwende wurde der soziale Wohnungsbau immer mehr zurückgenommen. Neue Wohnungen entstanden fast nur noch im Eigentum. Damit setzte eine Entwicklung ein, die zu einer neuen Wohnungsnot führte (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 26).

Interessant ist es, in diesem Zusammenhang die Erfahrungen zu betrachten, die Frankreich mit seiner Städtebaupolitik machte. Thomas Kirszbaum (2016) beschreibt eine Entwicklung, die viele Parallelen zur deutschen aufweist. Auch in Frankreich wollte man eine Durchmischung der Quartiere erreichen, z. T. geradezu erzwingen. So beschnitt man in den 1960er und 1970er Jahren Menschen mit maghrebinischem Hintergrund systematisch den Zugang zu Sozialwohnungen. Zu Beginn der 1980er Jahre endete diese Politik offiziell, trotzdem gab es im Rahmen von *Anti-Ghettoisierungs-Gesetzen* weiter Zugangshindernisse für benachteiligte Gruppen. Zudem forderte man von den Gemeinden, mindestens zwanzig Prozent Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen. Um die Jahrtausendwende begann man sogar, Teile von Großwohnsiedlungen abzureißen mit dem Ziel, „der urbanen Anpassung als 'Normalisierung' der Stadtviertel und der Mischung ihrer Bevölkerung durch die Anziehung von Bevölkerungsgruppen von außen (Kirszbaum 2016, S. 124)“. Trotz des Einsatzes hoher finanzieller Mittel scheiterte das Vorhaben.

Die Annahme, soziale Mischung sei vorteilhaft ist in der Wissenschaft nicht unumstritten. So stellt z. B. Andrea Nieszery fest: „Angesichts des zwiespältigen Forschungsstands, liegt die Einschätzung nahe, dass der hohe politische Stellenwert des Ideals sozialer Mischung ... eher ideologisch als empirisch gestützt ist ...“ (Nieszery 2014, S. 139). Monika Alisch (2018, S. 514) betont ebenfalls, räumliche Nähe allein führe „nicht automatisch und überall zu gegenseitigem Verständnis und Toleranz, sondern erzeugt auch Verunsicherung und Ängste auf Seiten der Einheimischen gegenüber dem – im Zusammenhang ethnisch residenzieller Segregation – 'Fremden'“.

Überfordernde Zielsetzungen

Programme wie *Soziale Stadt* oder *Wachstum und nachhaltige Erneuerung* laufen Gefahr, sich Ziele zu setzen, die in ihrem Rahmen gar nicht erfüllt werden können. Thomas Kirszbaum beschreibt solche Überforderungen am Beispiel ähnlicher französischer Programme. 1989 präsentierte François Mitterrand zum 200. Jahrestag der französischen Revolution die *politique de la ville* für die banlieues „als ein Werk der „urbanen Zivilisation“, deren Ziel darin bestehe, „dass es keine armen und keine reichen Städte mehr gäbe“ (zitiert nach: Kirszbaum 2016, S. 118). Man hoffte, man könne die Probleme der Vorstädte lösen, wenn man bereit sei, die nötigen Finanzmittel bereitzustellen. Aus den banlieues sollten 'normale' Quartiere werden (Kirszbaum 2016, S. 117).

Auch wenn die Ziele der Programme in Deutschland zurückhaltender formuliert werden, wird auch hier häufig die Hoffnung geweckt, Städtebauförderungsmaßnahmen könnten mithelfen, Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltbelastungen, Mietenexplosion etc. zu bekämpfen. In der Realität zeigt sich aber, dass dies die Programme überfordert, denn die Ursachen von Arbeitslosigkeit liegen in ökonomischen Mechanismen, die im Quartierskontext nicht zu lösen sind (Guhl 2016, S. 119 f.).

In Berlin werden aktuell 34 Gebiete mit mehr als 420.000 Einwohner:innen gefördert (Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. 2019b, S. 6). Die Bundeshauptstadt hatte 1998 erste Quartiersmanagements auf den Weg gebracht. Hintergrund war auch hier die Einschätzung, Teile der Stadt seien in einer Krise und man dürfe nicht zulassen, dass Gebiete entstünden, in denen rechtliche, kulturelle und soziale Standards der Gesellschaft nicht mehr gelten (empirica 2003, S. 31). In einer Bilanz nach 20 Jahren Quartiersmanagement beschreibt die Berliner Senatsverwaltung, dass zu Beginn des Programms versucht worden war, bessergestellte Haushalte im Quartier zu halten und so einer schulischen Segregation entgegenzuwirken. Das sei nicht gelungen, sodass man heute den Fokus auf die Integration von Kindern aus benachteiligten Familien richte um „die geringere familiäre Förderung durch öffentliche Bildungsangebote auszugleichen“ (Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. 2019b, S. 20). Als Ergebnis hielt man fest: „An der positiven Wirksamkeit des Programms auf Netzwerke, Engagement und sozialen Zusammenhalt im Quartier bestehen kaum Zweifel. Diese sind jedoch empirisch schwer nachweisbar [sic!]“ (Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. 2019b, S. 20).

Anfangs waren in Berlin große Erwartungen in den Themenfeldern Wirtschafts- und Arbeitspolitik mit dem Programm *Soziale Stadt* verbunden. Doch diese erfüllten sich nicht: „Auf Quartiersebene lässt sich hier keine ausreichende Wirkung erzielen“, stellt die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen fest (2019b, S. 22). Volker Kerstin meint, es sei eine Illusion, Quartiersprojekte als Instrument der Armutsbekämpfung zu verstehen. Die Erfahrung zeigt, dass trotz erfolgreicher Quartiersarbeit „der Armutsdruck auf die Quartiere zunimmt“ (Kersting 2017, S. 44).

Quartiere zwischen Integration und Segregation. Ein Fazit.

Im Mittelpunkt aktueller stadt-soziologischer Analysen steht die *Krise der Stadt* (Heitmeyer et al. 2012, S. 168), stehen soziale, ethnische und demographische Segregationsprozesse. Seit den 1980er Jahren steigt die *soziale Segregation* stetig, zunächst in west-, später auch in den ostdeutschen Städten. Besonders brisant ist, dass am stärksten Kinder und Familien mit Kindern betroffen sind, vor allem Alleinerziehende. Es besteht die Gefahr, dass eine Abwärtsspirale in Gang kommt: die Außenwahrnehmung des Quartiers verschlechtert sich, die Spanne der Mieten in der Stadt wird größer, Ärmere können sich nur noch Wohnungen im Quartier leisten, Mittelschichthaushalte

ziehen nicht mehr dorthin (Helbig/Jähnen 2018, S. 116). Im Extremfall führt das zu einem Versagen der Integration und in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung werden dann häufig Begriffe wie *Problemgebiet*, *Ghetto* oder *Parallelgesellschaft* benutzt. Allerdings zeigen Untersuchungen, dass die Tragfähigkeit dieser Beschreibungen bei der Erforschung der Ursachen von Segregationsprozessen gering ist – ganz im Gegensatz zu den daraus abgeleiteten Handlungen der Verwaltung und Politik (Dangschat/Alisch 2012, S. 43).

Ein Blick auf den Forschungsstand ergibt jedoch wenig Aussagen, die für die Politik verlässlich handlungsorientierend sein können. Unzweifelhaft scheint, dass segregierte Quartiere zu Stigmatisierungen führen und negative Auswirkungen auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen haben können (Nieszery 2014, S. 151 f.). Aber Untersuchungen zeigen auch, dass der Fokus allein auf Problemgebiete zu einseitig ist. Kinder in sozial benachteiligten Nachbarschaften zeigten keine schlechtere Kompetenzentwicklung als solche in durchschnittlichen Nachbarschaften, aber in den Wohnvierteln der Reichen profitieren Kinder zusätzlich zu den bereits bestehenden Vorteilen aufgrund ihres sozialen Hintergrunds (Helbig 2010, S. 676). Da die soziale Segregation in den deutschen Städten wächst, polarisieren sich derart auch die Zukunftsaussichten der Kinder.

Kriminologische Studien beschreiben zudem subjektive Komponenten, die das Image von Quartieren beeinflussen. So zeigen sich Abweichungen zwischen objektiv Beobachtbarem und der subjektiven Wahrnehmung. Laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik sinkt z. B. bundesweit seit Jahren die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden (Rau/Kromberg 2021, S. 15 f.). Das verändert aber nicht die Furcht vor Kriminalität (Groß 2021, S. 240). Ursache könnte ein „Wahrnehmungsfilter“ sein, der bewirkt, dass Unsicherheit nicht unmittelbare Folge messbarer Problemlagen ist, sondern nur vermittelt über individuelle Wahrnehmungsprozesse entsteht. Von zentraler Bedeutung scheint dabei eine *erkennbare* ethnische Diversität zu sein (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 184-187).

Ungeachtet dieser Unsicherheiten in der Erfassung der komplexen Zusammenhänge in den Quartieren gehen die seit den 1990er Jahren aufgelegten Städtebau-Förderprogramme von der Prämisse aus, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelinge am besten in Wohnquartieren mit einer vielfältigen Struktur, wohingegen die räumliche Konzentration ethnischer oder sozialer Gruppen Exklusion fördere. Die Realität ist jedoch komplexer. Manche Studien weisen darauf hin, dass segregierte Quartiere für ihre Bewohner:innen nicht nur Nachteile bieten (Bosch-Lewandowski et al. 2020, S. 30 f.; ähnlich: Schnur/Zakrzewski/Drilling 2013). Andere Untersuchungen lassen befürchten, dass Bemühungen, Quartiere durch mehr Diversität aufzuwerten, auch gegenteilige Folgen haben können, dass es z. B. durch den Zuzug von Kreativen zu Verdrängungs- und Gentrifizierungseffekten kommen kann (Vogelpohl 2012).

Betrachtet man die Erfahrungen aus mehr als zwei Jahrzehnten Städtebauförderung, vor allem die mit den für die Programme wesentlichen Quartiersmanagements, so zeigt sich, dass die Zielsetzungen der städtebaupolitischen Programme insgesamt zu ambitioniert sind. Eine Evaluation der Berliner Quartiersmanagements kommt zu dem Schluss, positive Auswirkungen seien trotz 20-jähriger Bemühungen nur schwer empirisch nachweisbar (Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. 2019b, S. 9).

4. *Partizipation*

Aus Furcht vor Abwärtsspiralen in benachteiligten Quartieren versuchen Förderprogramme, die soziale Durchmischung von Quartieren zu fördern und Segregation entgegenzuwirken. Evaluationen zeigen jedoch Probleme nicht zuletzt bei einem zentralen Anliegen der Programme: der Initiierung partizipativer Prozesse. Das wiegt umso schwerer, wenn Bürgerschaftsbeteiligung, neben dem Fokus auf das Lokale, als wichtigste Möglichkeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalt gilt. Im Folgenden sollen deshalb Konzepte der Partizipation näher beleuchtet werden.

In der Literatur werden *Partizipation* und *Bürger(:innen)beteiligung* häufig synonym verwendet und als Beteiligung von Menschen ohne Mandat an politischen Diskursen verstanden. Partizipation wird heute häufig als Folge gesellschaftlicher Entwicklungen hin zu mehr Pluralität und Individualisierung gesehen (Jörke 2010) und als notwendige Reaktion auf „Performanz“-Probleme der Demokratie (Ritzi/Wagner 2018, S. 553). Nicht selten wird auf die Veränderungen im Zusammenhang mit den politischen Umbrüchen in den späten 1960er-Jahren hingewiesen. Sebastian Haumann betont, dass die Forderung nach mehr Partizipation weit über linke Gruppen hinaus Konsens war, nicht nur in Deutschland. Vor allem Entwicklungen in den USA standen bei der Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland Pate (Haumann 2018, S. 189–191).

Öffentlichkeitsbeteiligung hat allerdings eine deutlich längere Vorgeschichte. Roland Roth verweist auf historische Vorläufer im 18. und 19. Jahrhundert und auch darauf, dass Öffentlichkeitsbeteiligung sogar in autoritären Regimen praktiziert wurde und wird. Und sie ist nicht notwendigerweise ein egalitäres Projekt. Es gibt durchaus auch „Klassen- und Elitenprojekte“ (Roth 2017, S. 57–61).

Bei der Betrachtung von Beteiligungsmöglichkeiten lassen sich zunächst formelle und informelle Verfahren unterscheiden (Alcántara et al. 2014, S. 19; Paust 2016, S. 5). *Formelle Verfahren* sind rechtlich geregelt, z. B. in Bauleitgesetzen. Sie sind zumeist strikt organisiert und lassen den Betroffenen nur geringe Spielräume zur Mitwirkung (Bauer/Büchner/Hajasch 2017, S. 36–42). Es geht in erster Linie darum, gesetzlichen Bestimmungen Genüge zu tun. Angesichts der häufig anspruchsvollen Sachverhalte wird eine Beteiligung einzelner Betroffener seitens der Politik häufig skeptisch gesehen: diese Form der Partizipation sollte Verbänden und Fachleuten vorbehalten sein (Vorwerk/Gonçalves 2016, S. 5 f.). Zu den formellen Beteiligungsarten zählen auch Bürgerschaftsbegehren und -entscheide, die seit Ende der 1990er Jahre in Kommunen gesetzlich geregelt sind. Die Anzahl dieser Verfahren wächst ständig: zwischen 1953 und 2013 gab es bundesweit nahezu 6.500 (Sippel 2017, S. 86).

Informelle Verfahren dagegen sind für Verwaltung und Politik nicht zwingend und haben deshalb häufig einen konsultativen Charakter. Dafür sind die Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten für die Bevölkerung breiter, vor allem bei den diskurs- und konsensorientierten *deliberativen Verfahren*. Es gibt sehr vielfältige Ansätze für informelle Öffentlichkeitsbeteiligungen, von Open-Space-Konferenzen über Bürgerpanels bis zu Zukunftskonferenzen (Bauer/Büchner/Hajasch 2017, S. 23–29).¹³

Eine gelingende Umsetzung von Beteiligungsprojekten ist allerdings nicht trivial. Jörg Sommer (2015, S. 13 f.) glaubt, die Ursache für misslingende Verfahren sei, dass diese nur einen Teil der notwendigen Beteiligungsdimensionen beachten. Seiner Meinung nach stehen häufig zwei Dimensionen im Mittelpunkt von Öffentlichkeitsbeteiligungen:

- *Legitimisierung*: Beteiligung als Mittel, Entscheidungen zu legitimieren, die bereits vorab in repräsentativen Gremien getroffen wurden.
- *Akzeptanz*: Partizipation als Medium, die Einwilligung in notwendige, aber möglicherweise nicht populäre Maßnahmen zu erreichen.

Sommer nennt Verfahren, die ausschließlich diese beiden Dimensionen beachten, „zweidimensional“, „Bürgerberuhigung“ und in „elitären Politikkonzepten verhaftet“ und fordert, zwei weitere Dimensionen hinzuzufügen: *Qualifizierung* und *Emanzipation*. „Diese beiden Dimensionen sind gerade für Entscheidende in Politik und Wirtschaft nicht immer leicht zu akzeptieren, doch sie sind essentielle Voraussetzungen für gelingende Bürgerbeteiligung“ (Sommer 2015, S. 14). *Qualifizierung* fordert, dass Beteiligungsverfahren Lösungen erarbeiten, die gesellschaftlich akzeptiert werden und zugleich fachlich besser sind, da sie auf der Expertise der Vielen vor Ort basieren. Dazu müssen die Verfahren ergebnisoffen und größtmöglich transparent sein (Sommer 2015, S. 19). *Emanzipation* bedeutet, dass Partizipation das Wissen und die Handlungsfähigkeiten der Beteiligten stärken sollte und sie so befähigt, vom Zuschauen zum Gestalten politischer Prozesse zu kommen – auch für spätere Projekte (Sommer 2015, S. 19 f.).

Betrachtet man die `große` Politik, so sind die Einwirkungsmöglichkeiten Einzelner auf wenige Gelegenheiten beschränkt: Vor-Ort-Termine der Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Podiumsdiskussionen im Vorfeld von Wahlen, digitale Angebote zu aktuellen Themen etc. Ansonsten kann Politik auf dieser Ebene im Wesentlichen nur rezipiert und im informellen Rahmen kommentiert werden. Das Lokale bietet dagegen Möglichkeiten zu unmittelbarer Partizipation. Damit ist es eine wichtige Ressource für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – oder auch, wenn Mitwirkungsanstrengungen ins Leere laufen, eine Quelle für Politikverdrossenheit und die Abkehr von etablierten Politikstrukturen. So können Partizipationsangebote kontra-

¹³ Eine Übersicht über Partizipationskonzepte bietet die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg (<https://www.lpb-bw.de/informelle-buergerbeteiligung>). Eine umfangreiche Auflistung mit Clusterung der dahinterstehenden Demokratiekonzepte findet sich bei Alcantara et.al. (2014, S. 24–47 und 157–160).

produktiv sein, wenn die ohnehin Benachteiligten, Menschen mit niedriger Bildung, mit Migrationsgeschichte etc., feststellen, dass Angehörige der Mittelschicht nicht nur in den Gremien der repräsentativen Demokratie dominieren, sondern auch in den neuen Beteiligungsangeboten (Seidelsohn 2018, S. 135).

Im Spannungsfeld zwischen Chancen und Risiken bewegt sich die Vielzahl der Versuche zur Entwicklung neuer, niedrigschwelliger Angebote für Partizipation und Empowerment. Im Folgenden werden zunächst die etablierten Angebote zur Öffentlichkeitsbeteiligung, z. B. im Rahmen der Städtebauförderung, beschrieben. Im Anschluss folgt eine Darstellung innovativer Formen der Partizipation.

Partizipative Budgetplanung

Nahezu alle Partizipationskonzeptionen in Deutschland sehen eine mehr oder minder verbindliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am städtischen Haushalt insgesamt oder an Einzelposten vor. Dabei gibt es große Unterschiede in der Art der Beteiligung, im Umfang der Mittel, die in den Prozess einbezogen werden, und in der Verbindlichkeit der Empfehlungen oder Beschlüsse.

Ursprünglich entstand die Idee der Partizipation an städtischen Haushalten Ende des 20. Jahrhunderts in Südamerika. In der brasilianischen Stadt Porto Alegre zielte sie auf die Abwendung des drohenden Bankrotts der Stadt und den Kampf gegen Korruption. Bürger:innen bestimmen in Porto Alegre und in vielen anderen südamerikanischen Städten direkt über die Verwendung der Haushaltsmittel (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b). Auch in Deutschland gibt es inzwischen eine breite Palette an Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen städtischer Haushalte. Allerdings existieren große Unterschiede zwischen den Beteiligungskonzepten.

Das formelle Finanzreferendum

Diese weitgehende Form der partizipativen Budgetplanung findet sich vor allem in der Schweiz und in den USA. Sie wird seit Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt und ist laut Volker Vorwerk (Vorwerk 2018, S. 2) das einzige Beteiligungsverfahren, bei dem alle Stimmberechtigten über einzelne Haushaltsfragen direkt entscheiden. Finanzreferenden sind die erfolgreichsten partizipativen Verfahren kommunaler Budgetplanung. „Die Beteiligungsquoten bei den bis zu 9 Finanzreferenden pro Jahr im Kanton Zürich liegen seit 1869 bei 22 bis 83 Prozent und damit um den Faktor 10 höher als bei den informellen deutschen Bürgerhaushalten (Strothmann 2022, S. 5). Auch für die Kommunen rechnen sich die Referenden offenbar: sie nutzen die „Weisheit der Vielen“, geben weniger Geld aus und die Steuermoral verbessert sich (Strothmann 2022, S. 9 f.).

Bürgerschaftshaushalte

Bei den Bürgerschaftshaushalten¹⁴ sind die Menschen aufgefordert, Vorschläge und Anregungen für die Haushaltsplanung zu machen. Manchmal geht es dabei um innovative Vorschläge, häufig aber auch darum, bei Krisenhaushalten mitzuentcheiden, an welchen Stellen gespart werden soll. Die Einwohner:innen haben lediglich eine beratende Funktion, die letzte Entscheidung liegt beim Gemeinderat. Bürgerschaftshaushalte beziehen sich in der Regel auf den Gesamthaushalt der Kommune. Infolgedessen stehen hier zumeist große Themen im Zentrum (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 8; Strothmann 2022, S. 1).

An Bürgerschaftshaushalten wird vielfach kritisiert, sie würden ihren Ansprüchen nicht gerecht. Als Ursache werden häufig die Präferenzen der politischen Mandatsträger:innen gesehen. Diese seien nicht selten der Ansicht, die Interessen und Meinungen der Bevölkerung zu kennen und deshalb keine weiteren Impulse zu benötigen. Da die Mandatsträger:innen ihr Amt ehrenamtlich ausüben, können durch Komplexität kommunaler Gesamthaushalte sachliche oder zeitliche Überforderungen auftreten. Wenn sich zudem nur wenige Menschen an der partizipativen Budgetplanung beteiligen, kann das dazu führen, dass den ausgewählten Vorschlägen nicht die angemessene Achtung geschenkt wird (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 12). Eine Evaluation der Bürgerschaftsbudgets in Sachsen ergab, dass mehr als die Hälfte der befragten Mandatsträger:innen meint, die Bürgerschaft habe gar kein Interesse an der Kommunalpolitik und fast die Hälfte glaubt, Bürgerschaftsbeteiligung bedeute mehr Aufwand als Nutzen (Patzke Diordiyshuk/Jaekel 2021, S. 14).

Die Beteiligung an Haushaltsprozessen ist in der Tat häufig gering – mit Ausnahmen. So meldet die Stadt Stuttgart eine Rekordbeteiligung an ihrem 6. Bürgerhaushalt. Nahezu 20.000 Bürger:innen nahmen 2020 teil, wegen der Corona-Pandemie vor allem online. Es wurden 2.853 Vorschläge eingereicht und 100 ausgewählt, die in den Bezirksbeiräten diskutiert wurden, bevor schließlich der Gemeinderat über die Umsetzung entschied (Landeshauptstadt Stuttgart 2021). Das ist nicht zu vergleichen mit der Resonanz auf die gängige Praxis, Haushaltspläne öffentlich auszulegen, bei der häufig nur eine Handvoll Menschen teilnehmen (Vorwerk/Goncalves 2016, S. 10).

Nicht selten müssen Bürgerschaftshaushalte aber mangels Beteiligung eingestellt werden. Die Gründe dafür sieht Volker Vorwerk in mangelnden Umsetzungsperspektiven für die Vorschläge und in den hohen *Informationskosten*, also im Aufwand, der nötig ist, um sich erfolgreich zu beteiligen. Dieser ist naturgemäß ungleich höher als ein Voting im Rahmen von Bürgerschaftsbudgets: „Vorschläge formulieren ist aufwendiger als Vorschläge zu kommentieren oder zu bewerten. Wird nur das aufwendige »Vorschläge formulieren« angeboten, machen weniger Menschen mit, als wenn Vorschläge bewertet werden sollen“ (Strothmann 2022, S. 3).

¹⁴ In der Literatur ist zumeist von „Bürgerhaushalten“ die Rede. In dieser Arbeit wird der geschlechtsneutrale Ausdruck „Bürgerschaftshaushalt“ bevorzugt.

Bürgerschafts- und Stadtteilbudgets

Bürgerschafts- und Stadtteil-Budgets sind meist eingebunden in Konzeptionen zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie bieten der Bevölkerung die Möglichkeit, über die Verwendung einer Förderung im Rahmen einer vorab fixierten Summe unmittelbar mitzubestimmen (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 19 ff.). Gefördert werden Projekte mit stadtweitem Kontext (*Bürgerschaftsbudget*) oder Quartiers-/Stadtteil-bezogene Vorhaben (*Stadtteilbudgets*). Die Höhe der Etats variiert von Stadt zu Stadt. In Berlin wurden z. B. jeweils 1 Million Euro in jedem Sanierungsgebiet eingesetzt, 35 Euro je Einwohner:in. Zumeist verfügen die Budgets zwischen 1 und 10 Euro je Einwohner:in. Im Fokus stehen in der Regel konkrete (kleinere) Projekte. Vereine und Initiativen, aber auch Einzelpersonen können Projekte einreichen (Stadt Essen, der Oberbürgermeister, Städtenetz Soziale Stadt NRW 2017, S. 26). Die Entscheidung über die Mittelverwendung wird auf unterschiedlichen Wegen getroffen:

- *Bürger:innen* stimmen schriftlich oder online über Vorschläge ab.
- Eine *Bürgerschaftsversammlung/Stadtteilkonferenz* wählt Projekte aus.
- Die Entscheidung fällt in einem *Vergabebeirat* mit unterschiedlichen Akteur:innen: Menschen mit politischen Mandaten, aus lokalen Vereinen, zufällig ausgewählte Bürger:innen etc.

Bei den Entscheidungen zum Einsatz der Mittel, spielt der Abstimmungsmechanismus eine große Rolle. Häufig sehen die Satzungen ein Quorum vor, z. B. eine 2/3-Mehrheit. Ein interessanter Ansatz wurde in Hannover entwickelt: Quadratic Voting, bei dem man mehrere Stimmen abgeben und dabei Prioritäten setzen kann (Willinger/Schopp/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2021, S. 116).

Unterschiedlich gehandhabt wird die Verbindlichkeit der Voten. In einigen Kommunen sind diese bindend, in anderen entscheidet ein Ausschuss des Gemeinderats oder der Gemeinderat selbst. Die Abstimmungen über die Verteilung der Budgets finden häufig jährlich statt, zum Teil nur alle zwei Jahre. Teilnehmen dürfen Bürger:innen mit Wohnsitz in der Kommune in der Regel ab 16 Jahren. In Elberswalde, einer Stadt mit einem häufig als Modell beschriebenen Konzept, senkte man die Altersgrenze nach dem ersten Durchlauf von 16 auf 14 Jahre, um eine bessere Integration junger Menschen zu erreichen (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 15).

Oftmals werden Höchstbeträge für die Förderung eines Einzelprojekts vorgesehen. Die Spannweite reicht von 5.000 bis 15.000 Euro bzw. maximal 20 % des Gesamtvolumens (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 20). Personen oder Gruppierungen, die ausgewählt wurden, dürfen in der Regel für eine Karenzzeit von zwei bis drei Jahren keine neuen Anträge stellen.

Vorteile von Bürgerbudgets

Die partizipative Budgetplanung ist „hinsichtlich der Fallzahlen die erfolgreichste informelle Beteiligungsform der letzten Jahrzehnte.“ (Vorwerk 2018, S. 1). Die Studie des bipar (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 13 f.) nennt vor allem folgende Vorteile:

- Bürgerschaftsbudgets vermitteln *politische Wirksamkeit*.
- Sie schaffen *Motivation für eine Mitgestaltung* des individuellen Lebensumfelds, dort wo der Bezug zum Alltag am stärksten ist: im Quartier oder Stadtteil.
- Sie *stärken Legitimität und Akzeptanz*.
- Partizipative Budgets *fördern die Kompetenzen von Menschen zu finanziellen Fragen der Stadt* und unterstützen die Entwicklung einer *Kultur der Beteiligung*.
- Sie helfen Gemeinderät:innen und Verwaltung durch die *Expertise der Vielen*.

Die Evaluation der Bürgerschaftsbudgets in Sachsen ergab, dass fast 70% der befragten Mandatsträger:innen überzeugt sind, dass diese den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Gemeinde und das Vertrauen in die Kommunalpolitik stärken und Möglichkeiten eröffnen, auch jüngere Menschen zu erreichen (Patze Diordiychuk/Jaek 2021, S. 20).

Neue Formen der Partizipation

Bürger:innenräte

Bürger:innen-Räte (Beer 2022; Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 109–111) sind möglichst heterogen zusammengesetzte Gruppen, die zumeist von politischen Gremien eingesetzt werden, um Empfehlungen zu bestimmten Fragestellungen zu erarbeiten. Die Größe dieser Gruppen kann sehr unterschiedlich sein. So gibt es lokale Räte mit nur 15-20 Teilnehmenden ebenso wie Räte zu landes- oder bundesweiten Prozessen, in denen oft mehr als 100 Menschen zum Teil über Monate hinweg an Empfehlungen arbeiten. Viele dieser Gremien arbeiten in Präsenz, manche online oder hybrid.

Damit die Räte gut arbeiten können, benötigen Sie einen sicheren und transparenten Rahmen: Die Zielsetzungen und ihre Adressaten müssen klar definiert werden und das Thema sollte für die Teilnehmenden relevant sein. Die Gruppe benötigt genügend Zeit, sie muss alle relevanten Informationen erhalten und gut mit den jeweiligen politischen Gremien rückgekoppelt sein. Gelingt dies, können Bürger:innen-Räte eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Politik sein, eine Hilfe, um Entscheidungen fundierter zu treffen und Betroffene besser einzubeziehen. Von zentraler Bedeutung ist die Auswahl der Teilnehmenden. Im Idealfall sollten sie in etwa dem Querschnitt der Bevölkerung entsprechen und es sollte z. B. mithilfe einer professionellen Moderation versucht werden, einen überproportionalen Einfluss Bessergebildeter auf den Prozess zu verhindern.

Deliberative Partizipationskonzepte

„Eine »deliberative wave« fegt über den Globus“, stellt Saskia Goldberg fest und sieht Deutschland als Speerspitze der Bewegung (Goldberg 2022, S. 1). Und in der Tat sind *deliberative Verfahren* in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zur Partizipation stark präsent (Frieß 2021). Roland Roth (2022, S. 1) meint, es gäbe kaum ein „demokratiepolitisches Thema, das so viele Texte erzeugt“, die Methode sei zu einer „wahren Industrie“ geworden.

Der Begriff *Deliberation* leitet sich vom Lateinischen *deliberatio* her: Erwägung, Überlegung, Beratung¹⁵. Deliberative Konzepte setzen auf Transparenz, Diskurs und Konsens „in einer Atmosphäre des Zuhörens und gegenseitigen Anerkennens“ (Alcántara et al. 2014, S. 40). Ziel ist es, ohne reglementierende Vorgaben die beste Lösung für ein Problem zu finden. Die Expertise in diesem Prozess haben Bürgerinnen und Bürger. Dabei enthalten deliberative Verfahren immer auch eine allgemein-politische Komponente:

Aus emanzipatorischer Perspektive ist die Aufdeckung und Beseitigung von verdeckten Machtstrukturen in einer Gesellschaft eines der vorrangigen Ziele von Partizipation. Der Fokus liegt auf der 'Ermächtigung' (Empowerment) der Minderheiten einer Gesellschaft, speziell Gruppen, die bezüglich der Ausstattung mit Ressourcen benachteiligt sind. (Alcántara et al. 2014, S. 41)

Alcántara et al. (2014, S. 88) sehen in der Bildung einen Schlüssel für gelingende deliberative Verfahren und regelmäßige Beteiligungen als ein wichtiges Mittel, Partizipation zu vermitteln und zu lernen. Bei deliberativen Prozessen müssen einige Anforderungen und Qualitätskriterien eingehalten werden (2014, S. 109, 131 f.):

- *Rechtzeitiger Einbezug der Öffentlichkeit*
- *Offenheit* der Teilnahme und Gleichberechtigung im Diskurs
- *Inklusion* aller Betroffenen und *aktiver Ausgleich von Ungleichheiten*, z. B. durch leicht verständliche Zusammenfassungen komplexer Texte
- *Transparenz* über Ziele, Voraussetzungen, Rahmenbedingungen, Interessen und individuelle wie gruppenspezifische Einstellungen im Prozess selbst und nach außen
- *Informationsbereitstellung* als Grundlage für faktenbasierte Erörterungen
- *Wechselseitiger Respekt* und ernsthafte Erörterung von Argumenten
- *Authentizität und Offenheit*: keine strategischen oder irreführenden Begründungen
- *Qualität der Begründungen*: Gültigkeit und logische Stimmigkeit der Argumentation
- *Konsens- und Gemeinwohlorientierung*: Ausgleich von individuellen und übergeordneten Interessen
- *Beachtung von Störungen* im Prozess

¹⁵ <https://de.pons.com/%C3%BCbersetzung/latein-deutsch/deliberatio>; <https://de.wikipedia.org/wiki/Deliberation>

- *Flexibilität*, Raum auch für Ungeplantes
- *Sicherer Rahmen*: Klare Regeln zu Rechten und Kompetenzen des Prozesses und zu Umsetzungsperspektiven

Denis Frieß weist zudem darauf hin, dass Verbindlichkeit notwendig ist, um Enttäuschungen bei den Teilnehmenden zu vermeiden. Außerdem sollten die Organisator:innen der Verfahren in der Lage sein, sich selbst kritisch zu hinterfragen, das Verfahren als Lernprozess zu begreifen und auch Fehler zuzulassen (Frieß 2021, S. 125 f.).

Öffentlichkeitsbeteiligung durch Zufallsauswahl

Ein mögliches deliberatives Konzept – so alt wie die Demokratie selbst – ist die Zufallsauswahl. Bereits im 5. Jahrhundert v. Chr. wurden in Athen die 500 Räte, die Vorschläge vorbereiteten, über die dann die Bürgerversammlung entschied, per Los bestimmt. 50 dieser Räte bildeten dann für je ein Zehntel Jahr die eigentliche Regierung und einer davon wurde jeweils für einen Tag zum Vorsitzenden bestimmt. In den 1960er Jahren kamen Zufallsverfahren in Deutschland und den USA im Umfeld deliberativer Theorien wieder in den Blick. Auch in anderen europäischen Ländern spielt das Verfahren z. B. in Verfassungsfragen oder bei der Stadtentwicklung eine Rolle (Vergne 2017, S. 8–10).

Grundsätzlich sind drei Varianten der Zufallsauswahl erprobt:

- Auswahl ausschließlich über *Losverfahren oder Zufallsgenerator* (Willinger/Schopp/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2021, S. 146 f.).
- Auswahl über *Los, aber mit Gewichtung eines weiteren Kriteriums*. So könnte z. B. nur jedes zweite gezogene Los einer/eines über 25-Jährigen berücksichtigt werden, aber jedes einzelne von jüngeren Menschen.
- *Quotierung*: Um z. B. Geschlechterparität zu erreichen, wird vorab festgelegt, dass jeweils die Hälfte der Plätze nach Los an Männer und Frauen geht.

Die Zufallsauswahl hat einige Vorteile gegenüber anderen Verfahren (Vergne 2017, S. 6):

- Die Gruppe der Entscheidenden ist möglicherweise nicht inklusiv, aber heterogener und vielfältiger. Beteiligungsferne werden u. U. besser erreicht.
- Unparteiische haben dieselben Chancen, ausgewählt zu werden, wie Lobbygruppen oder 'Beteiligungsprofis'. Dadurch ist die Gefahr einer Beeinflussung durch Einzel- oder Gruppeninteressen geringer.

Diese Vorteile sind aber zugleich Nachteile: Menschen und Gruppen, die seit langem ehrenamtlich am Thema sind und sich bei Verfahren mit freiem Zugang intensiv beteiligen würden, werden möglicherweise nicht berücksichtigt. Deshalb bietet es sich an, organisierte Gruppen und Interessen über weitere Beteiligungsverfahren wie Anhörungen, Multiplikatoren-Treffen etc. mit

einzu beziehen. Außerdem ist es notwendig, die ausgewählte Gruppe durch eine Moderation zu begleiten, die die Zurverfügungstellung von Informationen sichert und für Diskurse mit möglichst geringem Machtgefälle sowie für die Sicherung der Ergebnisse sorgt (Vergne 2017, S. 7).

Auch nach Zufallsauswahlen engagiert sich nur ein Teil der Ausgewählten. Laut Vergne beteiligen sich bei telefonischer Akquise z. T. nur 3 % der Angerufenen, sodass von vorneherein eine sehr viel größere Anzahl ausgelost werden muss.

Wie unter diesen Umständen eine auch nur annähernd repräsentative Gruppe gebildet werden kann, bleibt unklar. Frank Friesecke (2017, S. 122) schlägt vor, die Zufallsauswahl durch eine gezielte Nachrekrutierung zu ergänzen. Sie könnte z. B. anhand demographischer Merkmale durchgeführt werden. Strothmann verweist auf positive Erfahrungen mit *aufsuchenden Losverfahren*: „Vielleicht muss man einige Menschen tatsächlich an der Tür abholen, um sie wieder in den politischen Diskurs zu integrieren“ (Strothmann 2022, S. 8). Antoine Verne (2017, S. 20) rät, durch unterstützende Maßnahmen und Anreize die Akquise zu erleichtern. Er kann sich z. B. Aufwandsentschädigungen vorstellen und die Erstattung entstehender Kosten, Anerkennung über Zertifikate, Kinderbetreuung etc. Auch Vorwerk/Goncalves (2016, S. 13) kritisieren, dass Bürger:innen sich ohne Entschädigung an aufwändigen Verfahren beteiligen, während Ehrenamtliche in gewählten Gremien einen Ausgleich erhalten. Dies zeige eine unterschiedliche Wertschätzung – mit Folgen für die Beteiligung.

Kritik an deliberativen Konzepten

Kritiker:innen verweisen zum einen darauf, dass deliberative Verfahren zwar in Politik und Wissenschaft breit diskutiert würden, aber im Vergleich zu traditionellen nach wie vor selten seien. Roland Roth meint, dass „der enorme intellektuelle Einsatz für mehr Deliberation in keinem angemessenen Verhältnis zur bescheidenen Umsetzungspraxis steht ...“ (Roth 2022, S. 3). Er konstatiert zudem eine Legitimationslücke bei deliberativen Konzepten. Auch Verfahren, die in erster Linie auf Diskurse setzen, bilden nur einen sehr begrenzten Teil der Bevölkerung ab. Zudem besteht die Gefahr eines „elitären Bias“: Auch diese Gremien könnten ähnlich exkludierend wirken wie andere Partizipationsformen, denn auch bei deliberative Verfahren setzten sich häufig die Bessergebildeten durch, Menschen, die über ausgereifere kognitive und sprachliche Fähigkeiten verfügen. „Deliberative Angebote sprechen in der Regel vor allem Mittelschichtsangehörige an“, kritisiert Roth (2022, S. 5). Trotz großer Anstrengungen im Auswahlprozess seien die Verzerrungen erheblich: z. T. mehr als 80 % der Beteiligten hätten Abitur oder Fachhochschulreife und ebenso groß sei der Anteil derjenigen, die sich stark für Politik interessierten ... jeweils mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt der Bevölkerung (Roth 2022, S. 4 f.).

Zudem wird die Gefahr gesehen, Quasi-Parlamente neben den Gremien der repräsentativen Demokratie zu etablieren (Strothmann 2022, S. 10). Schließlich sei es keineswegs sicher, dass die

Teilnehmenden tatsächlich bereit sind, individuelle oder partikuläre Interessen zugunsten des Allgemeinwohls zurückzustellen.

Deliberative Prozesse leiden unter einem Grundproblem: sie setzen machtfreie Kommunikation voraus – in einem politischen Rahmen, der von Machtverhältnissen geprägt ist (Alcántara et al. 2014, S. 110–112). Sie können wichtig sein für die Demokratie, sind aber nicht in der Lage, soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen auszugleichen. „Es geht bei politischen Entscheidungen nicht nur um die Kraft des besseren Arguments, sondern auch um einen fairen Interessenausgleich“ (Roth 2022, S. 6).

Möglicherweise erheben auch deliberative Verfahren Ansprüche, die in der Realität gar nicht einlösbar sind. So mahnen Vorwerk/Goncalves (2016, S. 3–5), die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht zu überfordern. Denn bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass es keine „all-inklusive[n] Verfahren“ gibt, dass selbst Wahlen immer nur einen Teil der Bevölkerung erreichen. Auch „repräsentative Teilnehmende“ gibt es nicht, nicht einmal bei Zufallsauswahlen. Trotzdem machen die Verfahren Sinn, denn sie ermöglichen es, zusätzliche Aspekte in Entscheidungsprozesse einzubringen und Entscheidende und Betroffene zusammenzubringen. Dazu sei, so Vorwerk/Goncalves (2016), keine Repräsentativität nötig, wohl aber *Vielfalt, breite Beteiligung, die Weisheit der Vielen*. Aber man darf sich keine Illusionen machen: Auch die erfolgreichsten Projekte erreichen nur einstellige Prozentzahlen der Stadtbewohner:innen (Friesecke 2017, S. 118).

Dass deliberative Verfahren begrenzte Möglichkeiten haben, ist auch Jürgen Habermas, einem wesentlichen Impulsgeber des Konzepts, bewusst. Nichtsdestotrotz hält er sie für unentbehrlich für moderne Demokratien. Für Habermas ist deliberative Politik „kein weit hergeholtes Ideal, an dem wir die schnöde Realität messen müssten, sondern in pluralistischen Gesellschaften eine Existenzvoraussetzung jeder Demokratie, die diesen Namen noch verdient“ (Habermas 2022, S. 18 f.). Habermas betont, dass es sich bei dem Konzept um eine Idealisierung handelt, dass diese aber die wesentliche Grundlage demokratischer Gesellschaften bilde. Denn im Gegensatz zu religiös geprägten Gesellschaften kann sich die Staatsgewalt in der Demokratie nicht auf die Religion berufen: Die Säkularisierung erfordert eine neue Legitimationsgrundlage. Das demokratische System muss sich nun „gewissermaßen aus sich selber legitimieren, und zwar durch die Legitimität erzeugende Kraft des rechtlich institutionalisierten Verfahrens der demokratischen Willensbildung“ (Habermas 2022, S. 20 f.). Das funktioniert aber nur, wenn Bürger:innen darauf vertrauen können, dass diese Grundprinzipien im Großen und Ganzen eingehalten werden. Es ist wichtig, dass die Stimmen bei demokratischen Wahlen gleichmäßig zählen und dass es in der Rechtsprechung und im Handeln von Regierungen und Verwaltungen „grosso modo mit rechten Dingen“ zugeht (Habermas 2022, S. 17). Auf Dauer, so Habermas (2022, S. 17), könne es sich keine demokratische Gesellschaft leisten, dass diese Legitimationsbasis infrage gestellt wird.

Es sei auch ein Missverständnis, deliberative Prozesse als „friedliche Seminarveranstaltung“ zu sehen (Habermas 2022, S. 25). Zwar ist es das Ziel, über Argumentationen ein Einverständnis zu erreichen, aber Argumentieren bedeute immer auch Nein-Sagen. Diskurse dürften nicht mit Kompromissen verwechselt werden. Aber deliberative *Diskurse* haben den Vorteil, dass sie Argumenten Raum geben und damit Änderungen von Einstellungen ermöglichen. Demgegenüber stellen *Kompromisse* Vereinbarungen dar, die zwischen unterschiedlichen Partnern mit unterschiedlichen Interessen erzielt werden, wobei alle Beteiligten Zugeständnisse machen und zugleich Vorteile erzielen, jedoch bestehende Voreinstellungen zumeist beibehalten (Habermas 2022, S. 73).

Digitale Medien und lokale Demokratie

Digitale Medien mit lokalem Bezug sind zu einem wesentlichen Faktor für die lokale Kommunikation geworden, auch wenn sie längst nicht alle Menschen vor Ort erreichen. Auch ersetzen sie keineswegs die analoge Kommunikation. Es kommt vielmehr zu hybriden Netzwerken aus Digitalem und Analogem. „Online initiierte nachbarschaftliche Beziehungen benötigen analoge Begegnungen, um sich zu verstetigen, während analoge lokale Gruppen zugleich für Kommunikations- und Organisationszwecke zunehmend auf digitale Medien zurückgreifen“ (Schreiber/Göppert 2018, S. 35). Bislang ist die Nutzung von Nachbarschaftsplattformen noch ein überwiegend großstädtisches Phänomen. Nach der Studie von Schreiber/Göppert (2018, S. 31 f.) sind die Nutzenden selten Jugendliche oder Menschen über 65, sondern vorwiegend

- Etablierte mit mittlerem oder hohem sozialem Status,
- aufstrebende, junge Menschen in den Innenstädten,
- Alleinstehende sowie Zugezogene, speziell aus kleineren Städten,
- Personen, die aufgrund ihrer Lebensphase oder wegen eingeschränkter Mobilität stärker an das nahe Wohnumfeld gebunden sind,
- Engagierte und Ehrenamtliche, die sich besser vernetzen oder neue Mitwirkende finden wollen.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl sozialer Medien, die (auch) lokalen Interessen eine Plattform bieten: *nebenan.de*, *Nachbarschaft.net*, *Facebook*, *WhatsApp* etc. In dezidierten Nachbarschaftsplattformen bildet die *Sharing Economy*, das Teilen und kleine Verkäufe, einen wesentlichen Bestandteil. Auch der Austausch lokaler Informationen, das Senken von Hemmschwellen, das Sich-Kennenlernen und Knüpfen auch Milieu-übergreifender Kontakte sowie gegenseitige Hilfeleistungen sind wichtige Inhalte. Soziale Nachbarschaftsmedien bieten den Nutzenden die Vorteile der Nachbarschaft ohne deren verpflichtenden Charakter. Lokale digitale Medien können zudem Angebote vor Ort und lokale Engagementmöglichkeiten besser sichtbar machen. Vereine und Institutionen können sie nutzen, um neue Zielgruppen zu erreichen (Schreiber/Göppert 2018, S. V).

Politische Diskussionen und Kontroversen sollen bei *nebenan.de* etc. möglichst außen vor bleiben (Schreiber/Göppert 2018, S. 13; 27 f.; 35). Ein Grund dürfte sein, dass die Nutzung nur mit *offenem Visier* möglich ist: auf *nebenan.de* ist man in der Regel mit Namen, Straße und Profilbild vertreten. Infolgedessen ist die Kommunikation überwiegend freundlich und respektvoll. Nicht selten wird bewusst politische Zurückhaltung geübt.

Mehr Anonymität bieten Medien wie *Facebook*. Hier finden häufig politische Auseinandersetzungen statt. Sie spiegeln lokale Bedürfnisse und Entwicklungen wider und eröffnen Möglichkeiten für Diskurse und bürgerschaftliche Beteiligung. Diese Diskussionen können auch mit Vehemenz geführt werden und es besteht die Gefahr, dass sie rechtspopulistischen und rechtsextremen Einlassungen Raum bieten. Nicht zuletzt seit der Corona-Zeit sind Posts aus diesem Milieu sehr dominant. Jockerst (2023, S. 5) vermutet, dass u. U. eine „eher kleine aber sehr aktive Anzahl an Nutzer/innen die in der Öffentlichkeit wahrgenommene Masse an antidemokratischen Beiträgen“ erzeugt. Einer aktuellen Statista-Erhebung¹⁶ zufolge hat die AfD z. Z. auf den verschiedenen Social Media Plattformen 2,66 Millionen Follower. Mit weitem Abstand folgen die Grünen (1,43 Millionen Follower) und die anderen Parteien. Insbesondere auf YouTube und TikTok dominiert die AfD: sie hat dort mehr Follower als alle demokratischen Parteien zusammen.

Digitale Partizipation

In Bezug auf Jugendliche stellten Buhl/Kuhn (2003, S. 103; 2005, S. 224–227) fest, dass sowohl gesellschaftliche Veränderungen wie auch entwicklungspsychologische Grundlagen es notwendig machen, den Begriff des Politischen zu erweitern. Es müsse neu analysiert werden, was Jugendliche darunter verstehen und welche Formen der Partizipation ihre Bindung an die Gesellschaft fördern. Das gilt umso mehr, als durch die Digitalisierung Beteiligungsformen entstanden sind, die Anfang der 2000er Jahre noch nicht vorstellbar waren. *E-Partizipation* oder *Online-Beteiligung* und *Blended Participation*¹⁷ bieten niedrigschwellige Möglichkeiten, Menschen zu erreichen, wenn sie Mitentscheidungen ohne großen Aufwand ermöglichen:

Etwa zehnmal mehr Menschen besuchen eine Seite lesend als sich zu registrieren. Etwa zehnmal mehr Menschen geben Bewertungen ab als Vorschläge. Bewerten kann so organisiert werden, dass es quasi im „Vorbeigehen“ möglich ist. (Vorwerk/Goncalves 2016, S. 7).

Durch Online-Verfahren werden am ehesten Menschen erreicht, die wenig freie Zeit haben, ungern in Gruppen sprechen oder anonym bleiben wollen, vorausgesetzt, sie verfügen über die notwendige Hardware sowie Erfahrungen mit digitalen Medien.

¹⁶ <https://de.statista.com/infografik/7616/fans-der-parteien-in-den-sozialen-netzwerken/>. Zuletzt gesehen am 27.03.2024.

¹⁷ Eine bewusst eingesetzte flexible Mischung von offline- und Online-Verfahren (Paust 2016, S. 8).

Kommentare in sozialen Medien erzeugen zwar häufig eine große Aufmerksamkeit, der Digital News Report von 2023 zeigt allerdings, dass nur ein kleiner Teil der Internet-Nutzenden aktiv im Netz agiert. In Deutschland lesen 18 % häufig Kommentare anderer, aber nur 14 % bewerten oder liken diese regelmäßig und nur jeweils 8 % teilen oder kommentieren sie. Auffällig ist, dass Menschen, die sich selbst eher rechts- oder links-außen verorten, häufiger Beiträge teilen, kommentieren und liken, als Befragte, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen (Behre/Hölig/Möller 2023, S. 57 f.). Deutschland steht damit weltweit ziemlich am Ende der Skala der aktiven Nachrichten-Nutzenden (Newman et al. 2023, S. 37).

Online-Verfahren erreichen offenbar mehr *Critical Citizens*, also Bürger:innen mit hohem politischem Interesse und Selbstbewusstsein, die die Demokratie als Regierungsform befürworten, aber mit ihrem aktuellen Zustand unzufrieden sind (Ritzi/Wagner 2018, S. 556–558). Diese Menschen, vor allem wenn sie jünger als 55 Jahre sind, beteiligen sich an Wahlen und konventionellen Partizipationsverfahren in ähnlichem Maße wie der Bevölkerungsdurchschnitt, nutzen aber unkonventionelle Online-Verfahren signifikant häufiger (Ritzi/Wagner 2018, S. 563–571).

Online-Verfahren zielen auch auf *Digital Citizens*, auf junge, gebildete Menschen, die traditionelle politische Aktivitäten wie Versammlungen oder Infostände meiden, Ihre Informationen in erster Linie über das Internet beziehen und sich dort auch an Diskussionen und Abstimmungen beteiligen (Vowe 2017, S. 166–168). Ein Beispiel sind Online-Petitionen, die eine schnelle Meinungsäußerung ermöglichen: Eine Petition für die „Endgültige Gleichstellung der Homo-Ehe“ wurde innerhalb einer Woche ca. 40.000-mal unterschrieben (Vowe 2017, S. 159), und eine Initiative gegen die *EU-Urheberrechtsreform*, wurde europaweit von über 4,7 Millionen Menschen unterstützt (Engler 2019, S. 244).

Digitale Partizipation kann also äußerst wirksam sein. Sascha Lobo nennt den *arabischen Frühling* als Beispiel. Er vermutet, die erste digital gesteuerte Revolte habe 2009 im Iran stattgefunden (Lobo 2022). Auch *#blacklivesmatter* ist eine durch und durch digitale Bewegung: „Fast alle kennen diese Bewegung, sie ist politisch relevant und hat viel erreicht – aber selbst aufmerksamen Beobachtern fällt kein führender Name, kein einzelner Aktivistenkopf ein“ (Lobo 2022).

Die Gruppe der *Digital Citizens* ist groß und wächst weiter: „... hier bildet sich ein neues Elitensegment heraus ... Die Digital Citizens werden sich mit dem Älterwerden nicht mehr in traditionelle Formen der Kommunikation eingewöhnen“ (Vowe 2017, S. 167). Mit Folgen für die Politik: Etablierte Strukturen verlieren an Macht und die Politik beschleunigt sich mit dem Takt der sozialen Medien (Vowe 2017, S. 171). Influencer:innen gewinnen auch Einfluss auf die Politik. Man denke nur an die Wirkung, die Rezos Video *Die Zerstörung der CDU* hatte (Rezo ja lol ey, 2019; wikipedia, 2022), das

bisher rund 20 Millionen Mal aufgerufen wurde (Stand 20.03.2024). Am Beispiel der Revolte im Iran im Gefolge des Todes der iranischen Kurdin Mahsa Amini schreibt Sascha Lobo:

*Während Abiturientendeutschland wie selbstverständlich pauschal auf Influencer*innen herabschaut, zeichnet sich in Iran das ab, was auch schon in der Ukraine sichtbar war: Influencer*innen haben über Jahre auf der Grundlage ihrer persönlichen Interessen mithilfe sozialer Medien eine Infrastruktur der Aufmerksamkeit aufgebaut, die – wenn es drauf ankommt – auch für politische Kommunikation und Organisation genutzt werden kann. Und genau jetzt wird. (Lobo 2022)*

Einen tieferen Einblick in das Feld des digitalen Engagements bietet der *Dritte Engagementbericht – Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter* (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020). Er beschreibt die Folgen der digitalen Vernetzung vor allem der Jugend (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 92 f.):

- Themenfelder werden artikuliert, die es vor der Digitalisierung noch nicht gab. Beispiele sind die Diskussionen um die Auswirkungen von Algorithmen oder das Leistungsschutzrecht.
- Vorher nur privat besprochene Themen werden in die Öffentlichkeit getragen. Ein Beispiel ist die Debatte um geschlechtliche Orientierungen und die LGBTQI*-Bewegung.
- Bekannte Themen werden aufgegriffen und in neuer, schärferer Form besetzt und kommuniziert. Dies hat in besonders wirkungsvoller Weise Fridays for Future gezeigt.

Die thematische Neuorientierung wirkt auch identitätsstiftend und abgrenzend. Die Autor:innen zitieren Silvan Wagenknecht, einen Initiator von Pulse of Europe:

Digitalisierung ist die Waffe der Jugend! Dass wir damit aufgewachsen sind, ist unser Vorteil, unser Tool. Wir sind die freieste und am besten vernetzte Generation jemals. Das müssen wir nur nutzen. Ohne die Digitalisierung wäre [...] Fridays for Future nicht möglich gewesen.
(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 94)

Kritik an vorherrschenden Engagements- und Partizipationskonzepten

Mittelschichtdominanz in der Öffentlichkeitsbeteiligung

Aktuelle Studien zeigen neben einem Vertrauensverlust für die aktuelle Ausprägung der (repräsentativen) Demokratie eine wachsende Zustimmung zu alternativen Demokratiemodellen. Diese Zustimmung ist vor allem bei weniger gebildeten Menschen und solchen aus den unteren sozialen Schichten verbreitet. In Ostdeutschland favorisiert fast die Hälfte der Menschen die direkte Demokratie. „Unter denjenigen, die Probleme bekunden, ihre laufenden Ausgaben zu decken, sind sogar

fast zwei Drittel für die direkte Demokratie und nicht einmal ein Zehntel für die repräsentative“ (Best et al. 2023, S. 22). Ähnlich hoch sind die Zustimmungswerte zu direkt-demokratischen Modellen bei Befragten, die sich politisch eher rechts- oder linksaußen verorten. Doch inzwischen gewinnen diese Vorstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft an Zustimmung (Best et al. 2023, S. 22–25). Direkt-demokratische Elemente werden immer häufiger als Mittel gesehen, Probleme bei der Akzeptanz des aktuellen Zustands der Demokratie anzugehen.

Allerdings zeigen Studien, dass sich gesellschaftliche Ungleichheiten meist auch im Engagement und in den Beteiligungsverfahren reproduzieren: Sozial benachteiligte Menschen sind auch hier unterrepräsentiert. Sind diese Befunde tatsächlich ein Einwand gegen die vorherrschenden Engagements- und Partizipationskonzepte? Oder sind benachteiligte Menschen möglicherweise schlicht Engagement-ferner als andere? Chantal Munsch kritisiert, teilnehmende Beobachtungen würden ihren Blick auf die Mittelschicht-geprägten Teile des Engagements fokussieren und das Engagement marginalisierter Menschen tendenziell ausgrenzen. Das würde aber nicht thematisiert:

Wenn sich marginalisierte Menschen in der Runde zu Wort melden, hören die anderen Teilnehmer/innen vielmehr freundlich lächelnd und interessiert wirkend zu. Die Rekonstruktion des Forschungsprozesses macht deutlich, dass auch die Forscherin diese erlebten Störungen lange nicht wahrnehmen kann – obwohl sie im Forschungstagebuch an vielen Stellen deutlich beschrieben sind. Zu wichtig ist ihr ihre Selbstwahrnehmung als tolerant und offen. ... Die Bedeutung des Selbstbildes bürgerschaftlich engagierter Gruppen als integrativ und solidarisch verhindert, dass Ausgrenzungsprozesse wahrgenommen werden können. (Munsch 2013, S. 191)

Moritz Rinn und Thomas Kuder (Kuder 2019, S. 32–35) befürchten ebenfalls, dass Partizipationsformen, die von engagierten urbanen Mittelschichten (Rinn 2017) dominiert werden, zusätzliche Ausgrenzungseffekte haben. Das berge die Gefahr, gesellschaftliche Polarisierungen zu verstärken, statt zu mindern und betreffe, so Petra Böhnke (2010; ähnlich: Jörke 2010), unkonventionelle Beteiligungsformen noch stärker als traditionelle. Unkonventionelle Beteiligungsformen setzten mehr Kompetenzen voraus, besseres Verhandlungsgeschick, strategisches Denken und Verbalisierungsfähigkeiten und nicht zuletzt: Selbstvertrauen. Auf diese Weise werden Menschen, die ohnehin marginalisiert sind, ein weiteres Mal benachteiligt (Paust 2016, S. 26).

Auch die Darstellung der Beteiligungsinhalte, nicht zuletzt die u. a. von der Verwaltung verwendete (Fach-)Sprache, trägt dazu bei, die Mittelschichtsdominanz zu zementieren. Ein Satz aus einer Verwaltungsvorlage der Stadt Heidelberg im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung für ein Verkehrskonzept im Stadtteil Rohrbach mag das illustrieren. Dort heißt es: „Neuordnung der Parkierung vor dem Hintergrund der notwendigen Querschnittsbreiten der Radstraße für Begegnungsfall Kfz/ Rad mit der Zielsetzung, die Reduktion der Parkierung möglichst zu minimieren“ (Stadt Heidelberg 2013, S. 17).

Es ist nicht einfach, komplexe Sachverhalte wie z. B. Bebauungsplanverfahren so darzustellen, dass sie auch ohne Fachkenntnisse verständlich sind. Aber wenn sich Bürger:innen möglichst repräsentativ beteiligen können sollen, dann müssen diese verstehen, um was es geht. Jürgen Habermas hält das für eine Frage professioneller Übersetzungen:

Aber abgesehen davon, dass sich die Politiker selbst von ihren Fachleuten informieren lassen müssen, trifft es einfach nicht zu, dass sich komplexe politische Überlegungen nicht in die Sprache des Alltagsverständes interessierter Bürger (also von uns allen) übersetzen ließen – sonst wären es keine politischen Überlegungen. (Habermas 2022, S. 108)

Ursula Stein sieht das ähnlich: Partizipation ist auch eine Frage der Verwaltungskultur. Es ist wichtig, komplexe Sachverhalte strukturiert und verständlich zu präsentieren. Wird dies missachtet, kommt es zu Gegenreaktionen: „... Bürgerinnen und Bürger reagieren allergisch auf Verschleierungsversuche verbaler und grafischer Art“ (Stein 2017, S. 52).

Johanna Klatt (2012) spricht von „Partizipationslobbyismus“: Ressourcenstarke Individuen üben einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die Politik aus. Dirk Jörke (2010) fürchtet, politische Beteiligung drohe „zu einer Spielwiese der Modernisierungsgewinner zu verkommen“. Er sieht darin sogar „tendenziell oligarchische Züge“:

Insofern ist vor allzu viel Optimismus mit Blick auf die gegenwärtigen Veränderungen demokratischer Beteiligungsformen zu warnen. Sie können gerade nicht zu einer höheren Demokratiezufriedenheit in der Gesamtbevölkerung beitragen, sondern laufen Gefahr, die breit dokumentierten Phänomene wie Politik- und zunehmend auch Demokratieverdruss auf Seiten der `neuen Unterschichten` zu intensivieren. Kurzum: Die Forderung nach mehr direkter demokratischer Beteiligung stellt keinen Ausweg aus der Postdemokratie dar. (Jörke 2010)

Rolf Keim fürchtet außerdem, Öffentlichkeitsbeteiligung könnte zu einem Hemmschuh für andere Formen der politischen Einflussnahme werden: „Die Situation ist scheinbar paradox: mit der breiten gesellschaftlichen Zustimmung gegenüber Beteiligungsprozessen verringern sich die Möglichkeiten sozialer Bewegungen, öffentliche Beachtung zu erlangen“ (Keim 2014, S. 185).

Machtungleichheiten

Den genannten Kritikpunkten liegt die These zugrunde, Partizipationsverfahren seien nicht in der Lage, bestehende Ungleichheiten zu überbrücken. Das Machtgefälle zwischen Politik, Verwaltung und Immobilienwirtschaft auf der einen Seite und den Betroffenen auf der anderen, würde nicht ausgeglichen, den Bürger:innen würden keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung gestellt, um eine befriedigende Beteiligung zu ermöglichen. Es entsteht der Eindruck, so Rinn (2017),

Bürger:innen sollen in ihrer Freizeit *hobbymäßig* mit gut bezahlten professionellen Expert:innen diskutieren. Sie stünden damit immer in einer schwächeren Position.

Partizipation als Strategie

Noch grundsätzlicher als die bisher beschriebenen Kritikpunkte sind Einwände, die sich prinzipiell gegen Partizipationsverfahren richten und in diesen reine Alibi-Veranstaltungen sehen: Die wesentlichen politischen und planerischen Ziele stünden vorab fest und die Verfahren dienten nur dazu, mögliche Widerstände zu kanalisieren (Rinn 2017).

Thomas Wagner sieht ebenfalls die reibungslose Durchführung von Vorhaben als häufiges Ziel von Beteiligungsverfahren. Er spricht von „Etikettenschwindel“, „Beteiligungsshow“ und einem „Märchen“ der Beteiligung: „Die Erfahrung zeigt: Politikverdruss ist bei den derzeit gängigen Verfahren politischer Mediation praktisch vorprogrammiert“. Wenn es nicht möglich ist, Verfahren und Regeln mitzuentwickeln und die Ergebnisse keine Bindewirkung haben, sei es besser, zu *protestieren* statt zu *partizipieren* (Wagner 2019).

Partizipation ohne Gesamtkonzept

Stephanie Bock (2017) weist auf weitere Schwächen der aktuellen Beteiligungskonzepte hin. Häufig fehlen finanzielle und personelle Ressourcen in der Verwaltung sowie ein echter politischer Wille zur Umsetzung der Ergebnisse. Die Mitglieder in den Gemeinderäten befürchten nicht selten, durch Beteiligungsverfahren an Macht zu verlieren. Zu oft weist man die Teilnehmenden auch nicht von Anfang an auf die realistischen Umsetzungsmöglichkeiten hin (Bock 2017, S. 111). Meist stünden Beteiligungskonzepte unverbunden nebeneinander, ohne dass die einzelnen Verwaltungsressorts ihr Vorgehen koordinieren. Bock spricht von „Inseln der Beteiligungen“. Letztendlich kommt der Kommunalverwaltung eine Schlüsselfunktion zu. Ziel muss eine *Kultur der Beteiligung* sein, die mehr ist als bloße *Verfahren*. Dazu ist Offenheit nötig und Experimentierfreudigkeit.

Kritisch gesehen wird ebenfalls, wenn ungenügend durchdachte Konzepte Erwartungen wecken, die notwendigerweise im Verlauf des Prozesses enttäuscht werden müssen.

Häufig fanden wir in den untersuchten Prozessen offen formulierte Fragestellungen nach den Wünschen und Zielen der Stadtöffentlichkeit, z. B.: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ ... Das Wünschenspektrum ist breit und reicht vom Zoo auf einer ehemaligen Kasernenfläche bis hin zur Eingemeindung von Nachbarkommunen. Dieses realitätsferne, von Aufgabe und Kontext losgelöste „Ideen- und Wünschensammeln“ ist keine Ausnahme, sondern weit verbreitete Praxis.

(Fugmann/Ginski/Thissen 2019, S. 146)

In der Literatur wird zudem kritisiert, das Ende von Öffentlichkeitsbeteiligungsprozessen und das Realisieren, beziehungsweise Nicht-Realisieren von Ergebnissen aus den Prozessen werde häufig nur ungenügend kommuniziert. Die Dritte Evaluation der Bürgerbeteiligung in Heidelberg fordert zum Beispiel ein *Do or explain*: die Folgen getroffener Entscheidungen müssen nachvollziehbar kommuniziert werden (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 28). Fugmann/Ginski/Thissen (2019, S. 146) monieren, das Ende von Prozessen bleibe häufig unscharf und die Planung würde abseits der Öffentlichkeit in Verhandlungen mit Investoren oder in der Verwaltung weiterentwickelt.

Digital Divide

Digitale Verfahren eröffnen neue Möglichkeiten und senken die Zugangsschwelle auch für Menschen, die bisher bei Beteiligungsverfahren außen vor blieben. Allerdings darf man sich nicht der Illusion hingeben, Online-Verfahren seien deshalb repräsentativ. Aktuelle Untersuchungen zeigen auch bei der Digitalisierung und bei digitalen Kompetenzen eine Spaltung in Deutschland: Einerseits ist der Zugang zum Internet nicht überall in befriedigender Geschwindigkeit möglich, andererseits haben nach einer Bestandsaufnahme zu digitalen Kompetenzen (Bachmann et al. 2021) Ältere, weniger Gebildete, Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte signifikant schlechtere fachliche Kenntnisse (Bachmann et al. 2021, S. 20-28). Digitale Verfahren erreichen so zwar eine große Zahl Menschen, schließen aber andere aus: Menschen ohne die erforderlichen technischen Voraussetzungen oder Erfahrungen mit sozialen Medien bleiben ebenso außen vor wie Menschen, die nicht über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügen. „Partizipationsprozesse im Internet werden ähnlich wie `reale` Beteiligungsformate immer nur von bestimmten Gruppen wahrgenommen: Die bereits aus der Präsenzbeteiligung bekannte soziale Schieflage setzt sich in dem Feld der E-Partizipation fort“ (Friesecke 2017, S. 135; Schüle/Güles/Pollok 2022). Online-Partizipation allein kann strukturelle Ungleichheiten nicht auflösen, auch wenn hier der soziale Status weniger stark wirkt als bei traditionellen Beteiligungsformen (Jokerst 2023, S. 4). Es ist wichtig, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen, aber es ergibt keinen Sinn, Partizipation vollständig ins Netz zu verlagern. Analoges und Digitales müssen zusammengedacht werden (Engler 2019, S. 245).

Partizipation ist kein Allheilmittel. Ein Fazit

Neben dem Fokus auf das Lokale wird häufig eine stärkere Beteiligung der Bürgerschaft als Mittel gegen Politikverdrossenheit und zur Stärkung des Zusammenhalts propagiert. Dabei lassen formelle, hochstandardisierte Prozeduren, wie zum Beispiel solche in Bauleitgesetzen, den Betroffenen nur geringe Mitwirkungsspielräume. *Informelle Prozesse*, die überwiegend auf lokaler Ebene stattfinden, bieten dagegen besondere Möglichkeiten, breite Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Als erfolgreichste Partizipationsvariante haben sich Bürgerschafts- und Stadtteilbudgets erwiesen (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2021b, S. 19 ff.).

In Wissenschaft und Politik spielen *deliberative, diskursive Verfahren* eine wichtige Rolle. Vertreter dieser Konzepte argumentieren, möglichst herrschaftsfreie Diskurse hätten den Vorteil, nicht nur Kompromisse, sondern im Idealfall auch eine Änderung von Einstellungen auf der Basis von Argumenten zu ermöglichen (Habermas 2022, S. 73).

Digitale Medien gewinnen auch in der Bürgerschaftsbeteiligung an Bedeutung. Während sich Nachbarschafts-Plattformen meist auf das Teilen, den Austausch lokaler Informationen und das Knüpfen von Kontakten fokussieren (Schreiber/Göppert 2018), werden in den Foren der großen Plattformen auch politische Diskussionen geführt – häufig vehement. Dort gewinnen spezielle Formen digitaler Partizipation an Bedeutung: z. B. das Liken und Kommentieren von Inhalten. Durch Hash-tags, Online-Petitionen etc. können Themen sehr schnell gesetzt und veröffentlicht werden. Die Digitalisierung hat zudem neue Formen der *E-Partizipation* oder *Online-Beteiligung* hervorgebracht, die insbesondere *Digital Citizens* erreichen. Etablierte Strukturen des Politischen verlieren an Macht und die Politik beschleunigt sich mit dem Takt der sozialen Medien.

Es zeigt sich jedoch, dass sich in der Praxis der Beteiligungsverfahren gesellschaftliche Ungleichheiten reproduzieren: unkonventionelle Beteiligungsformen und eine schwer verständliche Verwaltungssprache setzen Kompetenzen voraus und können Menschen, die bereits marginalisiert sind, ein weiteres Mal benachteiligen (Paust 2016, S. 26). Das trifft vor allem auf deliberative Prozesse zu, die meist nur in kleinen Gruppen stattfinden können. Demokratisch legitimiert wären diese dann, wenn es gelänge, eine weitestgehend repräsentative Auswahl Beteiligter zu erreichen und in den Verfahren eine möglichst gleichberechtigte, machtfreie Kommunikation zu garantieren. Beides ist allerdings in der Realität kaum erreichbar (Alcántara et al. 2014, S. 110–112). Auch mit sehr aufwändigen Verfahren dominieren in den Diskursen meist ältere, gut gebildete Menschen ohne Migrationshintergrund. Im Gegensatz zu Abstimmungen oder Wahlen sind deliberative Verfahren deshalb häufig höchst selektiv (Kuder 2019, S. 32–35).

Die Teilnehmenden an Partizipationsprozessen werden oft nicht über realistische Umsetzungsmöglichkeiten informiert. Dadurch weckt man unrealistische Erwartungen, die im Prozess enttäuscht werden und zu Frustrationen führen können. Dazu trägt auch bei, dass viele Partizipationsprozesse 'unscharf' enden und abseits der Öffentlichkeit weiterentwickelt werden. Hier fehlt oft eine transparentere Kommunikation über die Folgen getroffener Entscheidungen. Häufig entsteht der Eindruck, Partizipationsverfahren seien Alibi-Veranstaltungen, die dazu dienen, vorab festgelegte politische und planerische Ziele durchzusetzen und mögliche Widerstände zu kanalisieren (Wagner 2019).

Digitale Beteiligungsverfahren sind ebenfalls kein Ausweg. Zwar eröffnen sie neue Möglichkeiten und erleichtern den Zugang für bisher ausgegrenzte Gruppen. Andererseits schließen sie Menschen aus, die keine technischen Voraussetzungen, Erfahrungen mit sozialen Medien oder die dafür notwendigen Sprachkenntnisse haben. Auch E-Partizipation reproduziert so Ungleichheiten (Friesecke 2017, S. 135; Schüle/Güles/Pollok 2022). Eine vollständige Verlagerung der Partizipation ins Netz ist nicht sinnvoll, analoge und digitale Verfahren müssen als einander ergänzend betrachtet werden.

5. Ehrenamt und Engagement vor Ort

Neben den Strukturen in den Städten stellen die meisten Studien funktionierende Nachbarschaften und breite Ehrenamtsstrukturen ins Zentrum ihrer Vorschläge zur Stärkung des Zusammenhalts. Fast die Hälfte der Menschen in Deutschland engagiert sich freiwillig. Das Engagement kann den Zusammenhalt im Wohnumfeld und das soziale Vertrauen stützen. Zugleich wirkt sich der soziale Zusammenhalt im Quartier auf die Engagements-Quote aus: je besser dieser ist, desto höher die Quote.

Das folgende Kapitel beschreibt die Zugangswege ins freiwillige Engagement und die Motive, die Engagierten antreiben. Ein weiteres Thema ist das freiwillige Engagement als Ort informellen Lernens mit positiven Effekten auf die Persönlichkeitsentwicklung, die berufliche Qualifikation und die Bereitschaft zur Teilnahme an Partizipationsprozessen. Dem politischen Engagement, das sich nach verbreiteter Meinung in einer Krise befindet, gilt ein besonderes Augenmerk. Dieses nimmt zwar insgesamt nicht ab, es löst sich aber zunehmend von tradierten sozio-kulturellen Milieus und verlagert sich u. a. hin zu informellen Organisationsformen wie Bürgerschaftsinitiativen.

Freiwilliges Engagement findet zumeist im unmittelbaren Lebensumfeld statt, nach wie vor in Vereinen und Verbänden. Diese Organisationen stehen vor der Herausforderung, mit dem Trend zu unverbindlicherem Engagement umzugehen. Im Gefolge dieser Entwicklung entstand in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl sozio-kultureller Initiativen, die ebenfalls wichtige Funktionen in den Kommunen erfüllen. Das folgende Kapitel skizziert diese Entwicklungen ebenso wie die weniger sichtbaren Formen des Mikro-Engagements, deren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt nicht unterschätzt werden darf.

Ausführlicher geht das Kapitel auf die Rolle der Bezirksbeiräte ein, da sie als unterste Ebene der formellen Bürgerschaftsbeteiligung über mehr oder minder direkte Einflussmöglichkeiten auf kommunale Entwicklungen verfügen.

Die technische Entwicklung stellt Engagements-Organisationen vor die Aufgabe, sich zu digitalisieren. Einerseits müssen sie digitale Hard- und Software einsetzen, um ihre Abläufe zu optimieren. Andererseits ergeben sich neue Tätigkeitsfelder und Zugangswege zu Informationen, zur Öffentlichkeit und auch zu Finanzmitteln. Auch dieser Themenbereich wird im Folgenden beleuchtet.

Engagement – Ehrenamt – Partizipation

In einem Vortrag im Rahmen eines Workshops des Berlin Instituts für Partizipation vor Vertreter:innen von Vereinen im ländlichen Raum beschäftigte sich Jörg Sommer, Direktor des Instituts, mit der Unterscheidung der Begriffe Engagement, Ehrenamt und Beteiligung (Sommer 2021). Sommer beobachtet, dass diese Ausdrücke synonym verwendet oder verwechselt werden. Nahezu immer würden Engagement und Ehrenamt in einem Atemzug genannt. Sommer legt Wert auf eine differenziertere Betrachtung. Nur in Deutschland seien Ehrenamt und Engagement bisher miteinander eng verbunden, nur hier finde Engagement überwiegend in organisierten Strukturen, zum Beispiel in Vereinen, statt. In anderen Ländern sei dies anders. In den Vereinigten Staaten arbeitet die überwiegende Zahl der Engagierten in Communities, ohne Amt und ohne langfristige Verbindlichkeit. Sommer (2021) greift die in den USA vorherrschende Unterscheidung zwischen Ehrenamt und Engagement auf und definiert *Beteiligung* folgendermaßen:

- Das *Ehrenamt* zeichnet sich durch einen klaren Rahmen, Titel, Rechte und langfristige Verpflichtungen aus.
- *Engagement* meint den Einsatz für andere, für das Gemeinwohl. Es kann spontan erfolgen oder mit mehr Verbindlichkeit, nebenbei oder nahezu in Vollzeit.
- *Partizipation* meint die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen. Das können formelle Prozesse wie Wahlen sein, aber auch Diskussionen und Abstimmungen auf Mitgliederversammlungen. Unter Partizipation fallen auch die verschiedenen Formen der Bürgerchaftsbeteiligung. Partizipation kann auch im Eigeninteresse erfolgen. Es ist weniger verbindlich und zeitaufwändig als ein Ehrenamt.

Die Differenzierung, die Jörg Sommer vorschlägt, mag auf den ersten Blick nicht notwendig erscheinen – zumindest auf Deutschland bezogen. Angesichts der Veränderungen in der Engagements-Landschaft kommt ihr jedoch Bedeutung zu. Denn das Engagement insgesamt wächst zwar weiter, doch viele Aktive suchen flexiblere, unverbindlichere Wege, um es zu leben. Die Anzahl individuell organisierter Initiativen hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen (Simonson/Karnick/Hagen 2021, S. 164). Zugleich kämpfen viele Vereine mit einem Nachwuchsmangel und Problemen, Ämter zu besetzen (Simonson/Karnick/Hagen 2021, S. 168 f.).

Sommer geht in seiner Argumentation noch einen Schritt weiter. Er kritisiert, es werde häufig davon ausgegangen, Engagement sei grundsätzlich gemeinwohlorientiert: „Wir setzen Ehrenamt mit Engagement gleich – und beides mit Gemeinwohlorientierung. Doch das ist Unsinn“ (Sommer 2021). Es gibt Engagement, das nichts zum Gemeinwohl beiträgt. Sommer nennt als Beispiele den Vorsitzenden eines elitären Golfclubs, der zwar ein Ehrenamt ausübt, das mit Gemeinwohl nichts zu tun hat, sowie das Ehrenamt im Nationalsozialismus, als Millionen Menschen als Blockwarte oder Gruppenführer Ehrenämter ausübten, die alles andere als gemeinwohlorientiert waren.

Auch heute sind Ehrenamt und Engagement häufig gemeinwohlorientiert, aber bei vielen Initiativen steht das Eigeninteresse im Vordergrund, z. B. wenn es in einer NIMBY-Haltung darum geht, Windkraftwerke in der Nachbarschaft zu verhindern, obwohl man grundsätzlich für die Energiewende ist. Die Frage stellt sich, ob die Gegenüberstellung von schlechten, weil eigennutzorientierten, und guten, weil gemeinwohlorientierten Initiativen noch sinnvoll ist (Menzl 2014, S. 67).

Auch innerhalb ihres Engagements erzielen Menschen unter Umständen persönliche Vorteile, sie knüpfen zum Beispiel hilfreiche Kontakte oder verbessern die Voraussetzungen für einen Arbeitsplatz oder ein Stipendium. Die Grenze zwischen Eigeninteressen und Gemeinnützigkeit ist nicht immer klar zu bestimmen, da sich Motive und Interessen auch überlagern können.

(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 45)

Der seit 1999 alle fünf Jahre als repräsentative Studie durchgeführte Freiwilligensurvey (Simonson et al. 2021b; Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023) beschreibt das Ausmaß und die Struktur des freiwilligen Engagements in Deutschland. Er definiert *freiwilliges Engagement* als Tätigkeit, die freiwillig, gemeinschaftsbezogen und im öffentlichen Raum ausgeübt wird und nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ist (Simonson et al. 2021b, S. 9). Die vorliegende Arbeit orientiert sich an dieser Definition.

Freiwilliges Engagement

Wege ins Engagement

Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen, müssen zunächst eine Schwelle überwinden, um Zugang zu Gruppen oder Organisationen für ihr Engagement zu finden. Die Untersuchungen zum Freiwilligensurvey 2014 zeigen, dass etwas weniger als die Hälfte der Engagierten ihren Weg aufgrund eigener Initiative fanden und etwas mehr als die Hälfte über eine Anfrage, ob sie eine freiwillige Tätigkeit übernehmen möchten, zumeist aus der Leitungsebene der Organisationen. Ebenfalls fast die Hälfte der Befragten nennen Mitglieder der Familie, Freundinnen und Freunde und Bekannte als Impulsgebende. Informations- und Kontaktstellen gewinnen als auslösende Faktoren für Engagement erst seit wenigen Jahren an Bedeutung. 2019 nannten etwas weniger als 10 % der Befragten diesen Weg als Grund für ihr Aktivwerden (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 418 f.).

Motive für das Engagement

Nahezu alle im Rahmen des Freiwilligensurvey 2014 Befragten nannten das eigene Wohlbefinden oder soziale Aspekte als Hauptmotiv für ihr Engagement. 80 % stimmten der Aussage zu, Engagement solle vor allem Spaß machen. Mit anderen Menschen zusammenzukommen, Gesellschaft mitgestalten, Kontakte zu Menschen anderer Generationen knüpfen nannten jeweils etwa 80 %

der Befragten als Motiv. Weniger Bedeutung hatte der Erwerb von Qualifikationen (circa 50 %) oder der Wunsch, Ansehen und Einfluss zu gewinnen (circa 30 %). Ein Viertel der Befragten hoffte, durch das Engagement berufliche Vorteile zu erhalten (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 426 f.). In diesem Zusammenhang wünschen vor allem Jüngere eine stärkere Anerkennung ihrer Arbeit in Form von Zertifikaten, Ausweisen etc. (Simonson/Vogel 2017, S. 539).

Soziale Einbettung und freiwilliges Engagement

Der Survey 2014 untersuchte auch den Zusammenhang zwischen sozialer Integration und freiwilligem Engagement (Huxhold/Hameister 2017, S. 506–520). Dabei zeigte sich, dass eine gute Einbindung, ein hohes Vertrauen in Mitmenschen und der soziale Zusammenhalt im Quartier die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement erhöhen. Eine Ausnahme bildet nur die jüngste Altersgruppe, für die der Zusammenhalt im Wohnviertel keinen Einfluss auf die Engagement-Bereitschaft hat (Huxhold/Hameister 2017, S. 512).

Die Untersuchungen im Rahmen des Freiwilligensurvey 2014 zeigten auch, dass freiwilliges Engagement die Wahrscheinlichkeit erhöht, mit der eigenen sozialen Einbettung zufrieden zu sein. Die Autor:innen messen dem Engagement zudem eine Wirkung gegen die schädlichen Effekte von Einsamkeit zu (Huxhold/Hameister 2017, S. 516).

Ausmaß und Struktur des freiwilligen Engagements

Laut ZiviZ-Studie existierten 2022 in Deutschland 656.888 zivilgesellschaftliche Organisationen, 94 Prozent davon waren Vereine (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 2). Nach wie vor wächst deren Anzahl, wenn auch langsamer als in früheren Jahren. (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 9–15). Im Zehnjahresvergleich ergaben sich in den ZiviZ-Studien signifikante Rückgänge vor allen im Bereich des Sports und der sozialen Dienste. Zuwächse verzeichneten die Bereiche Bildung und Umwelt (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 16).

Etwa zwei Drittel aller Organisationen haben weniger als 100 Mitglieder. Über mehr als 300 Mitglieder verfügen überwiegend Sportvereine. Bei etwa der Hälfte der Organisationen haben sich die Mitgliederzahlen seit der letzten Erhebung nicht verändert, 30 % berichten von steigenden Zahlen, 21 % von sinkenden. Mitgliederzuwächse verzeichnen vor allen Dingen Organisationen im Bevölkerungs-/Katastrophenschutz und Umwelt-/Naturschutz. Im Gegensatz dazu sinken die Mitgliederzahlen in den Bereichen Kultur/Soziale Dienste (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 30).

Die wichtigste Finanzquelle der Vereine sind mit weitem Abstand die Mitgliedsbeiträge, gefolgt von Spenden und selbst erwirtschafteten Mitteln (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 41). Nur etwa

ein Viertel der Organisationen hat bezahlte Beschäftigte. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren zwar gestiegen (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 2 f.), allerdings überwiegend in großen Organisationen mit vielen Beschäftigten (Schubert et al. 2023a). Im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen verstärken sich offenbar die Unterschiede zwischen professionell arbeitenden Organisationen und rein auf Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit basierenden immer weiter (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 39).

Claudia Pinl verweist auf die große Leistung, die in Deutschland ehrenamtlich erbracht wird: „Rechnet man alle kleinen und großen Beiträge zum freiwilligen Engagement in Deutschland zusammen, wie es die Prognos AG für 2009 getan hat, kommt eine eindrucksvolle Zahl von 4,6 Milliarden Jahresarbeitsstunden zusammen, das entspricht der Arbeitsleistung von 3,4 Millionen Vollzeitbeschäftigten“ (Pinl 2015). Trotzdem vergeht kein Tag, ohne dass weiteres Engagement eingefordert wird. Ursache dafür ist u. a. ein Paradigmenwechsel, der nach der Ölkrise in den 1970er Jahren begonnen hat: die Abkehr von der bisherigen Form des Sozialstaats und eine neo-liberale Hinwendung zu Marktmechanismen. Eingeleitet unter den Regierungen von Helmut Kohl, intensiviert unter Gerhard Schröder, zog sich der (Sozial-)Staat immer weiter zurück und forderte mehr Eigenverantwortung und Engagement. „Das entspricht einem Staats- und Verwaltungsverständnis, das unter dem Begriff *governance* bekannt ist, wonach regulierende und lenkende Funktionen des Staates zurückgenommen werden zugunsten einer größeren Aktionsfreiheit von Bürgerinnen und Bürgern und von gesellschaftlichen Gruppen“ (Pinl 2015). Der Rückzug aus den sozialen Sicherungssystemen, das finanzielle Austrocknen der Kommunen wird in eine demokratische Tugend umgedeutet: Partizipation, Integration, Empowerment. Vor allem vier zentrale gesellschaftliche Bereiche sind inzwischen stark auf freiwilliges Engagement angewiesen: Die *Kommunen*, deren Kassen leer sind, die *Bildung*, bei der Freiwillige jahrelange Versäumnisse ausgleichen sollen, die *Pflege*, die ohne unentgeltliche Arbeit gar nicht mehr zu leisten wäre und schließlich weite Bereiche des *Sozialen*: Wohlfahrtsverbände, Tafeln, Hilfen für Geflüchtete, Kinderschutzinitiativen etc. Auf Dauer kann das nicht tragfähig sein. „Die wichtige Ressource Engagement wird jedoch missbraucht, wenn sie – institutionalisiert und auf Dauer berechnet – dazu dient, die Lücken in den Etats der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stopfen und Mängel lediglich zu verwalten, statt sie zu beheben“ (Pinl 2015).

Freiwilliges Engagement junger Menschen

Die Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement zeigen, dass sich auch junge Menschen stark engagieren. Die Studie zum Dritten Engagementbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 52) nennt eine Quote von nahezu zwei Drittel der Befragten. Der Freiwilligensurvey 2019 geht – bei einer stärker fokussierten Fragestellung – von einem Drittel Engagierter aus (Simonson et al. 2021a, S. 71–73).

Fast die Hälfte der von Dux et al. befragten Jugendlichen fanden ihren Einstieg in das freiwillige Engagement bereits vor ihrem 15. Lebensjahr. Auslöser waren überwiegend die Familie, Freunde und Bekannte, zum Teil auch eigene Interessen. Interessanterweise berichtete niemand, infolge einer zielgerichteten Werbestrategie Kontakt zu einer Engagements-Organisation bekommen zu haben (Dux et al. 2009, S. 79). Als Motiv für das Engagement nannte die Mehrheit der Jugendlichen den Wunsch, mit anderen gemeinsam etwas Sinnvolles für sich selbst und für andere zu tun und dabei auch Spaß zu haben (Dux et al. 2009, S. 38–46).

Bei jungen Leuten besonders beliebt ist das Engagement im Bereich Sport und Bewegung, es folgen der soziale Bereich und Freizeitaktivitäten. Immerhin 27,5 % geben an, sich für den Umwelt- und Naturschutz zu engagieren. Verhältnismäßig gering ist das Engagement junger Menschen in der Politik und bei der Vertretung beruflicher Interessen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 54).

Auch für Jugendliche sind Vereine, Verbände oder andere Organisationen das wichtigste Umfeld, in dem ihr Engagement stattfindet. Nahezu zwei Drittel der Befragten nennen diesen Rahmen. Allerdings geben auch mehr als 20 % an, sich auch in rein online organisierten Zusammenhängen zu engagieren. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 55)

Der Dritte Engagementbericht zeigt, dass Jugendliche grundsätzlich in hohem Maße die Grundwerte unserer Demokratie teilen. Hier zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede zwischen digital engagierten und weniger engagierten jungen Menschen. Digital Engagierte sind in der Regel noch positiver eingestellt. Insbesondere das Engagement in politischen Parteien wird von ihnen für wichtiger gehalten (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 64).

Obwohl Jugendliche quasi permanent online sind – nahezu alle besitzen ein Smartphone, über die Hälfte gibt „mehr als 120 Minuten“ als tägliche Nutzungszeit an (Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) 2022, S. 49) – dienen ihnen neben dem Internet persönliche Gespräche als Hauptinformationsquelle zu politischen Fragen. Bei Online-Nachrichtenangeboten vertrauen sie am ehesten den klassischen Kanälen: den Fernsehnachrichten von ARD und ZDF, den Tageszeitungen oder den Online-Portalen der großen Nachrichtenmagazine (Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) 2022, S. 13 ff.).

Aktuell wird diskutiert, ob Engagement ein Haltefaktor für den ländlichen Bereich sein kann. Dafür zeigen sich im Dritten Engagementbericht deutliche Anhaltspunkte, auch was digitales Engagement betrifft. „Das Internet hat für die Jugendlichen aus den kleinen Gemeinden und den Kleinstädten auch in ihrer eigenen Wahrnehmung eine Kompensationsfunktion für den Mangel an Möglichkeiten zum Engagement in der eigenen Wohngegend“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 72). Auch Hanna Kribbel sieht in digitalen Anwendungen Potenziale für das Ehrenamt im ländlichen Raum. Ihrer Meinung nach kann hier nicht generalisiert

von einer digitalen Kluft zwischen Stadt und Land gesprochen werden. Kribbel sieht eher einen „Graben um Großstädte und Metropolen, in Abgrenzung zu allen anderen Raumtypen“ (Kribbel 2023, S. 3).

Lernort Engagement

Das freiwillige Engagement hat nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Aktiven positive Folgen, denn es ermöglicht intensive Lernprozesse. Martin Schenkel zählt die positiven Folgen für die Bildung des Individuums auf: Bürgerschaftliches Engagement erzeugt personale, sozial-kommunikative, aktivitäts- und umsetzungsorientierte, fachlich-methodische, interkulturelle und demokratische Kompetenzen (Schenkel 2007, S. 111). Vor allem erfolgt diese Form informellen Lernens als Aneignen im Ernstfall – im Gegensatz zum (Übungs-)Lernen in der Schule. Bürgerschaftliches Engagement ist „ein informeller Lernort sui generis ...“ (Schenkel 2007, S. 113), ein wesentlicher Faktor lebenslangen Lernens (Blum 2021, S. 50).

Eine Studie von Dux et al. (2009) zum Kompetenzerwerb im Rahmen des jugendlichen freiwilligen Engagements bestätigt Schenkels Aussagen. Gesellschaftliches Engagement zeichnet sich durch Freiwilligkeit aus, durch Offenheit und Diskursivität. Es passt damit gut in die Lebenswelt junger Menschen und ermöglicht nachhaltige Lernprozesse (Dux et al. 2009, S. 110; Buhl/Kuhn 2005, S. 222). Im Gegensatz zum schulischen Lernen, das vor allem in Als-ob-Situationen erfolgt, geschieht Lernen im freiwilligen Engagement als Handeln in Ernstsituationen. Wie generell in informellen Lernprozessen sind hier Handlung und Lernprozess eng verknüpft und fallen zeitlich eng zusammen (Dux et al. 2009, S. 124–131; Blum 2021, S. 54). Dabei sind die organisatorischen Strukturen wenig formalisiert und zeichnen sich geradezu durch eine gewisse Diffusität aus. Das erweist sich als besonders förderlich für Diskurse und eigenständiges Lernen. Auch Buhl/Kuhn (2005, S. 232) stellen fest, dass Lernen im Engagement die besten Voraussetzungen bietet, wenn es in pädagogisch weniger dominierten sowie hierarchisch minder strukturierten Räumen stattfindet und Autonomie, Freiwilligkeit und Spaß an Peer-Beziehungen ermöglicht. In Verbänden, Vereinen, Initiativen oder Interessenvertretungen treffen Jugendliche auf Zusammenhänge, die wesentlich unstrukturierter sind als die Orte formalen Lernens. Die Grenzen zum Privaten sind meist fließend (Dux et al. 2009, S. 110 f.). Die Studie von Dux et al. zeigt, dass junge Menschen im freiwilligen Engagement wichtige Kompetenzen erwerben, die sich in formalen Lernzusammenhängen nicht oder nicht in gleicher Weise erwerben lassen. Im freiwilligen Engagement können personale, soziale und instrumentelle Kompetenzen erworben werden, die zum Beispiel für Leitungs- und Management-Aufgaben wichtig sind (Dux et al. 2009, S. 107 f.). Lernen im Ehrenamt erfolgt häufig „en passant“ (Dux et al. 2009, S. 229–231): „Manchmal wurde den Befragten erst während der Befragung bewusst, dass sie im Engagement auch etwas gelernt haben“ (Dux et al. 2009, S. 121).

Dass Engagements-Organisationen wichtige Lernorte sind, unterschätzen häufig nicht nur die Lernenden, auch die öffentliche Wahrnehmung ignoriert das zumeist. So beschreibt der *Bericht Schule und Bildung* der Stadt Heidelberg auf ca. 50 Seiten non-formales und informelles Lernen in der Kommune, ohne auf die Aktivitäten z. B. in den Hilfsorganisationen, den Kultur- oder Gesangsvereinen etc. einzugehen (Stadt Heidelberg 2022, S. 248–297). Im ZiviZSurvey 2017 ordnen 33 % der befragten Organisationen wenigstens einen Teil ihrer Aktivitäten der Bildung zu. Die Autorinnen sind allerdings der Auffassung, dass die Quote tatsächlich deutlich höher liegt. Als Beispiel nennen sie Organisationen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, in denen alle Engagierten vor Einsätzen Qualifikationsprozesse durchlaufen müssen (Priemer/Mohr 2018, S. 6–8).

Vergleicht man Menschen, die in ihrer Jugend engagiert waren, mit solchen, die sich nicht engagierten, zeigt sich ein deutlicher Vorsprung an Erfahrungen und Kompetenzen bei ehemals Engagierten (Düx et al. 2009, S. 137–147). Sie lernten zum Beispiel, Veranstaltungen zu organisieren und Leitungsaufgaben zu übernehmen. Sie arbeiteten in Gremien und in Teams und häufig auch im pädagogischen Feld mit Kindern und anderen Jugendlichen. Ihre Kompetenzen können kaum an anderen Lernorten erworben werden. Informelle Lernprozesse in Engagements-Organisationen sind deshalb eine wesentliche Ergänzung zu Schule, Familie und Peer Group (Düx et al. 2009, S. 264). „Nach den Befunden der qualitativen Erhebung scheint es keinen anderen Bereich in der jugendlichen Lebenswelt zu geben, der ein derart weites vielfältiges Spektrum an Lerngelegenheiten und Anregungen bereithält“ (Düx et al. 2009, S. 110 f.).

Freiwilliges Engagement leistet außerdem wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung. Indem Jugendliche Verantwortung übernehmen, gewinnen sie Kompetenzen, die helfen, sich im Leben zu orientieren und mit Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit erwachsen zu werden. Freiwilliges Engagement macht Selbstwirksamkeit erlebbar und ermöglicht die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Normen und Werten sowie mit der eigenen Rolle in der Gesellschaft. Während Jugendliche im schulischen Kontext nur selten Gelegenheit haben, Verantwortung zu übernehmen, bietet das freiwillige Engagement dafür viele Möglichkeiten. So erfahren sie den Nutzen ihres Tuns und dessen gesellschaftliche Relevanz unmittelbar (Düx et al. 2009, S. 263 ff.).

Zwar gibt es keine Hinweise, dass die beschriebenen Kompetenzen ausschließlich im ehrenamtlichen Umfeld erworben werden können (Düx et al. 2009, S. 158), allerdings zeigt die Studie, dass die Einübung demokratischer Fähigkeiten und das Erlernen der Übernahme von Verantwortung hier besonders gut gelingt. Zudem scheint es so, dass das Ehrenamt für die Fähigkeit, Interessen zu vertreten und sich in Gremien zu behaupten, also für formal-demokratische Kompetenzen, ein nahezu exklusiver Lernort ist (Düx et al. 2009, S. 265). In den meisten Organisationen des Ehrenamts werden Entscheidungen in einem demokratischen Prozess getroffen. Auch wenn die Möglichkeiten der Einflussnahme unterschiedlich sind, gaben die meisten befragten Jugendlichen

an, sich in befriedigendem Maße in Entscheidungen einbringen zu können. Und es zeigte sich, dass Menschen, die als Jugendliche freiwillig engagiert waren, sich als Erwachsene gesellschaftlich besser integriert fühlen und Partizipationsmöglichkeiten intensiver annehmen. Diese Beobachtung gilt für alle Formen des freiwilligen Engagements und nicht nur für den Einsatz in dezidiert politischen Vereinigungen.

Lernen in Engagements-Organisationen findet in einem Rahmen statt, der wesentlichen anthropologischen Grundbedürfnissen des Menschen entgegenkommt: Bedürfnissen nach Wirksamkeit, Kompetenz, sozialer Integration, Autonomie und Selbstbestimmung (Schäfer 2021, S. 22). Die im Rahmen der Studie befragten Erwachsenen betonen zu über 80 %, ihr Engagement in der Jugend habe einen hohen oder sehr hohen und nachhaltigen Einfluss auf ihr Leben gehabt. Die erworbenen Kompetenzen werden von den jungen Menschen auch in der Schule, in Familie und Freizeit und insbesondere im Beruf genutzt. Menschen, die in ihrer Jugend freiwillig engagiert waren, zeigten sich in der Untersuchung als zufriedener mit ihrem Leben und empfanden sich selbst insgesamt auch als erfolgreicher als nicht Engagierte. Auch erreichten sie häufig höhere Berufsabschlüsse. Die Erfahrungen aus dem Engagement wirken vor allem auf die Berufswahl und die ersten Schritte hin zum Beruf. Ein unmittelbarer Einfluss auf spätere berufliche Karrieren ließ sich jedoch nur sehr begrenzt nachweisen (Düx et al. 2009, S. 262–269).

Allerdings ergeben sich nicht für alle engagierten Jugendlichen dieselben Lernchancen. Insbesondere die Schulbildung spielt eine große Rolle, wie auch die familiäre Herkunft und das Geschlecht: Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder mit niedriger Schulbildung und Jugendliche aus der ehemaligen DDR sind benachteiligt und erwerben weniger Kompetenzen (Düx et al. 2009, S. 266). Mehr noch: die Studie stellte fest, dass bereits der Zugang zum Engagement nicht allen Jugendlichen gleichermaßen offensteht. Am einfachsten hatten es deutsche Jugendliche, die sozial gut integriert und mit einer guten Schulbildung ausgestattet waren (Düx et al. 2009, S. 45). Die Autor:innen konstatieren, dass soziales und kulturelles Kapital eine wesentliche Voraussetzung für freiwilliges Engagement sind und zugleich auch dessen Ergebnis. Dementsprechend sind Jugendliche aus unterprivilegierten und bildungsfernen Schichten im freiwilligen Engagement unterrepräsentiert. „Somit stellen Lernprozesse im freiwilligen Engagement keine Kompensation sozialer Ungleichheit dar, sondern verstärken diese tendenziell noch“ (Düx et al. 2009, S. 270).

Barrieren im freiwilligen Engagement

Der Freiwilligensurvey evaluiert regelmäßig die Unterschiede und Ungleichheiten im Engagement (Kausmann et al. 2021). So zeigte sich 2019, dass sich Frauen häufiger in sozialen oder familienbezogenen Bereichen engagieren, wohingegen Männer politische Zusammenhänge bevorzugen oder ein Engagement bei Rettungsdiensten. Auch nehmen sie eher Leitungsaufgaben wahr als Frauen.

Es zeigte sich auch, dass sich Menschen mit höherer Bildung signifikant häufiger engagieren als solche mit niedriger Bildung (Olk 2010, S. 645 f.), wobei letztere besonders zeitintensive Aufgaben erledigten. Deutliche Differenzen ergaben sich vor allem beim politischen Engagement: Menschen mit hoher Bildung geben etwa doppelt so häufig an (64,9 %), sich an politischen Prozessen beteiligt zu haben, wie Menschen mit niedriger Bildung (Arriagada/Tesch-Römer 2021, S. 242).

Bei der Wahrnehmung von Leitungsfunktionen wurden keine auf das Bildungsniveau zurückzuführenden Unterschiede festgestellt. Kausmann et al. (2021, S. 277) vermuten, dass für Leitungsfunktionen in Engagements-Organisationen Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Rahmen der freiwilligen Tätigkeit erworben wurden, wichtiger sind als die schulische Bildung einer Person.

Eine wesentliche Hürde für das freiwillige Engagement, auch in Bezug auf die Übernahme von Leitungsfunktionen, bildet jedoch ein Migrationshintergrund. Der Freiwilligensurvey vermutet, dass neben sprachlichen Barrieren ein unterschiedliches Verständnis von freiwilligem Engagement der Grund sein könnte, möglicherweise aber auch Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus (Kausmann et al. 2021, S. 277). Im zeitlichen Vergleich stellt die Studie keine Angleichung der Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in den letzten 20 Jahren fest, die Differenzen zwischen Menschen mit höherer und niedrigerer Bildung wuchsen sogar, die Beteiligungsquoten von Männern und Frauen glichen sich dagegen an (Kausmann et al. 2021, S. 277 f.). Allerdings engagieren sich Männer stärker in Vereinen und Verbänden, Frauen häufiger in Kirchen, religiösen Vereinigungen und in individuell organisierten Gruppen (Simonson/Karnick/Hagen 2021, S. 166 f.).

In der aktuellen Diskussion wird auf die Bedeutung biografischer Momente für das freiwillige Engagement hingewiesen. Jede Lebensphase – Jugend, Erwerbstätigkeit, Alter – stellt spezifische Anforderungen, die sich unmittelbar auch auf die Engagementsmöglichkeiten auswirken. Dabei beeinflussen Erfahrungen aus Arbeit, Familie und Freizeit die Ausgestaltung des freiwilligen Engagements, und genauso wirkt dieses zurück auf andere Bereiche des Lebens (Olk 2010). Jugend und Alter bieten günstige Bedingungen, im mittleren Lebensalter stehen Familie und berufliche Karriere im Fokus und schränken die Möglichkeiten freiwilligen Engagements ein.

Die beschriebenen Rahmenbedingungen und Folgen bürgerschaftlichen Engagements bleiben auch nicht ohne Konsequenzen für die Akzeptanz der Demokratie:

Vergleicht man freiwillig Engagierte und Nicht-Engagierte, so zeigt sich, dass freiwilliges Engagement mit einer positiveren Einstellung zur Demokratie, einer höheren Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sowie einem stärkeren Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen einhergeht.” (Kausmann et al. 2021, S. 278.)

Zudem zeigt sich, dass Menschen, die sich bereits in jungen Jahren freiwillig engagieren, auch als Erwachsene häufiger gemeinwohlorientiertes Engagement zeigen und sich auch stärker politisch

betätigen (Olk 2010, S. 647). Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass Hürden zum freiwilligen Engagement negative Auswirkungen auch für die Gesamtgesellschaft haben.

Politisches Engagement

In der veröffentlichten Meinung wird häufig beklagt, dass sich das klassische politische Engagement in den Kommunen und Quartieren in einer Krise befindet. Empirische Untersuchungen bestätigen diesen Eindruck. Kennzeichen dafür sind, dass die Mitgliedschaft der traditionellen Volksparteien überaltert ist, dass sich immer weniger Menschen bereitfinden, vor Ort für eine Partei politisch zu arbeiten, und noch weniger, die bereit sind, ehrenamtliche Mandate, zum Beispiel im Gemeinderat, zu übernehmen. Dies ist in ganz Deutschland zu beobachten – im Osten noch stärker als im Westen. Verstärkt werden diese Tendenzen durch die Abwesenheit von Politik in benachteiligten Stadtteilen. Jürgen Habermas beschreibt das als *vitiösen Zirkel*: die Frustration bei den Wählenden führt zu Wahlabstinenz und diese wiederum dazu, dass die Interessen Benachteiligter und Nichtwählender von den Parteien noch mehr vernachlässigt werden, was wiederum zu noch stärkerer Wahlenthaltung führt (Habermas 2022, S. 33).

In der Literatur werden für die Abkehr von der Politik vor allem drei Gründe genannt (Alcántara et al. 2014, S. 16). Menschen wenden sich ab,

- *weil sie nicht können*, weil ihnen die notwendigen Ressourcen fehlen,
- *weil sie nicht wollen*, kein politisches Interesse haben oder nicht glauben, etwas bewirken zu können,
- *weil sie nicht gefragt werden*: es fehlen ihnen Möglichkeiten oder Zugänge zu politisch aktiven Menschen.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass das Interesse an Politik insgesamt und insbesondere an konkreten Projekten vor Ort oder in der Friedens-, Frauen- oder Ökologiebewegung zugenommen hat (Zimmer/Backhaus-Maul/Reinhardt 2012, S. 12). Im politischen Engagement ist es zu starken Verschiebungen gekommen, haben sich neue Akteure herausgebildet und alte verändert. So war soziales Engagement bis vor wenigen Jahrzehnten in der Regel an statische sozio-kulturelle Milieus gebunden. Große Organisationen wie die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt waren im jeweils eigenen sozialen Umfeld fest verankert. Seit Ende der sechziger Jahre erodieren diese Milieus jedoch, und heute haben sich die Verbände der freien Wohlfahrtspflege weitgehend professionalisiert und von der Einbindung in ihre angestammten Milieus gelöst (Zimmer/Backhaus-Maul/Reinhardt 2012, S. 17). Gleichzeitig entstand im Gefolge der sozialen Bewegungen ein neuer Typ zivilgesellschaftlicher Organisation. Diese Gruppierungen sind nicht mehr primär Mitgliederorganisationen, sondern häufig professionell geleitete Non-Governmental-Organisationen (Zimmer/Backhaus-Maul/Reinhardt 2012, S. 18).

Digitalisierung und Engagement

Die Digitalisierung, vor allem die Allgegenwart von Plattformen wie *TikTok*, *Instagram* und *Facebook*, stellt eine Zäsur dar, die für Jürgen Habermas nur mit der Einführung des Buchdrucks vergleichbar ist. Habermas (2022, S. 41–44) attestiert der Entwicklung einen revolutionären Charakter. Die Digitalisierung durchdringe nicht nur alle Bereiche der Gesellschaft, sie verschiebe auch die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Der öffentliche Raum wird quasi grenzenlos, zugleich beschleunigt und verbreitert sich Kommunikation ungemein und die Zahl der erreichbaren Menschen ist potenziell unbegrenzt. Die neuen Medien verändern Öffentlichkeit radikal, indem sie alle Nutzenden potenziell zu gleichberechtigten Autor:innen machen. Habermas beschreibt diese Entwicklung als „globale Entgrenzung in Raum und Zeit“, die eine „ambivalente Sprengkraft“ für die Gesellschaft entwickelt (Habermas 2022, S. 42 f.). Durch die stete Präsenz digitaler Geräte wie Smartphones verblasst die Trennlinie zwischen privatem und öffentlichem Raum.

Räume scheinen eine eigentümlich anonyme Intimität zu gewinnen: Nach bisherigen Maßstäben können sie weder als öffentlich noch als privat, sondern am ehesten als eine zur Öffentlichkeit aufgeblähte Sphäre einer bis dahin dem brieflichen Privatverkehr vorbehaltenen Kommunikation begriffen werden. (Habermas 2022, S. 62)

Plattformen und Nutzungsverhalten

Das Nutzungsverhalten von Menschen, speziell das von jungen, ändert sich allerdings schnell. Studien in den USA zeigen, dass noch Mitte der 2010er Jahre *Facebook* die vorherrschende Plattform bei Jugendlichen war. Inzwischen ist ihr Anteil von 71 % auf 32 % gefallen. Mit Abstand die beliebteste Plattform in den USA ist aktuell *YouTube*: 95 % der Jugendlichen nutzen es. Auf *YouTube* folgen *TikTok*, *Instagram* und *Snapchat* und dann erst *Facebook* (Heise online 2022a). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie, die vom Reuters Institute for the Study of Journalism koordiniert und im Januar und Februar 2024 auf fünf Kontinenten in 47 Nationen durchgeführt wurde (Newman et al. 2024). Auch hier zeigte sich, dass die Nutzung von *Facebook* durch Menschen zwischen 18 und 24 Jahren in den letzten 10 Jahren stark zurückging und parallel dazu die Nutzung von *YouTube*, *Instagram* und *TikTok* kräftig anstieg (Newman et al. 2023, S. 12; Newman et al. 2024, S. 11 f.).

Die aktuelle Shell-Jugendstudie sieht auch in Deutschland *YouTube* auf dem Vormarsch: Zwar sei *WhatsApp* eindeutig die Nr. 1 der genutzten Kommunikationsmittel, aber *YouTube* folge auf Platz 2 (Albert/Hurrelmann/Quenzel 2022, S. 32). Das bestätigen auch weitere Untersuchungen, wie die des Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (2022), die Jugendstudie 2021 der Postbank (Postbank 2022), die Studie zu Cypermobbing (Beitzinger/Leest/Schneider 2020) oder die der Landesanstalt für Medien in NRW zum Cybergrooming (Landesanstalt für Medien NRW

2021). Nicht nur letztere sieht *TikTok* auf dem Vormarsch: 58 % der Jugendlichen hätten 2021 dort einen Account, 31 % mehr als 2020. Großer Verlierer ist auch hierzulande *Facebook*. 2021 lag es in der Postbank-Studie nur noch auf dem 10. Platz. Auch der Vielfaltsbericht der Medienanstalten sieht eine „katapultartige“ Tendenz weg von *Facebook*, hin zu *TikTok*, *Instagram* und *YouTube* (die medienanstalten – ALM GbR 2022, S. 17–19, 39).

Für Kinder und Jugendliche ist das Digitale längst zum Alltag geworden. Laut der Cybergrooming-Studie (Landesanstalt für Medien NRW 2021) nutzen nahezu die Hälfte der 8- bis 9-Jährigen täglich *WhatsApp*, *TikTok* und *Facebook*. Bei den 10- bis 12-Jährigen steigt der Anteil auf 51,1 % (*Instagram*), 66,1 % (*TikTok*) und 78 % (*WhatsApp*). Die 16- bis 17-Jährigen sind zu über 90 % täglich auf *WhatsApp* (*Instagram*: 70,5%, *TikTok*: 72,2%).

Digitale Medien als Nachrichtenquelle

Digitale Medien dienen dabei nicht mehr nur zur Kommunikation und zum Entertainment. Für junge Menschen ist das Internet zum wichtigsten Informationsmedium geworden: rund zwei Drittel der *Generation Z*¹⁸ informieren sich täglich über mindestens einen Social-Media-Kanal. Aber auch Ältere nutzen zunehmend soziale Medien, auch in Bezug auf lokale Informationen (die medienanstalten – ALM GbR 2022, S. 25, 39 f.). Zwar bleibt hier die Tageszeitung für Menschen ab 14 Jahren das wichtigste Medium, aber der Trend ist eindeutig: in naher Zukunft wird das Internet auch im Lokalen das Medium mit der größten Reichweite sein (die medienanstalten – ALM GbR 2022, S. 26).

Während die Nachrichtensendungen des Fernsehens für mehr als die Hälfte der über 45-Jährigen in Deutschland die wichtigste Informationsquelle darstellen, trifft das nur für 15 % der 18- bis 24-Jährigen zu. Diese Altersgruppe informiert sich in erster Linie über das Internet (72 %) (Behre/Hölig/Möller 2023, S. 23; Krempf 2023).

Insgesamt lässt das Interesse an Nachrichten und die Nutzungshäufigkeit stark nach, besonders bei jüngeren Menschen (Behre/Hölig/Möller 2023, S. 11 f.; Krempf 2023). Immer häufiger werden Nachrichten sogar aktiv vermieden. Menschen werden zu Avoidern oder Minimalists (Wunderlich/Hölig 2023, S. 10; Newman et al. 2024, S. 26 f.). Als Gründe werden u. a. der Krieg in der Ukraine genannt, aber auch 'Unterhaltung und Prominente' (Behre/Hölig/Möller 2023, S. 14–16).

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Gefühl, durch die Vielfalt der Informationen überfordert zu sein. Zudem bringen viele den Auswahlverfahren in den Sozialen Medien ein deutliches Misstrauen entgegen. Der Digital News Report 2023 spricht von „Generalised Scepticism“. Mehr als ein Drittel der erwachsenen Internetnutzenden in Deutschland befürchten, dass durch Algorithmen

¹⁸ Es gibt keine eindeutige Definition der Anfangs- und Endjahre der Generation Z gibt es nicht. Überwiegend rechnet man dazu Menschen, die zwischen 1997 und 2012 geboren sind (https://de.wikipedia.org/wiki/Generation_Z).

personalisierte Nachrichten zu Filterblasen oder Echokammern führen, oder dass auf diese Art konträre Meinungen nicht zu ihnen gelangen (Behre/Hölig/Möller 2023, S. 54; ähnlich Newman et al. 2023, S. 35).

Nutzer:innen suchen nicht nach *mehr* Nachrichten, sondern nach besser verständlichen, kurzweiligen und schneller konsumierbaren (Wunderlich/Hölig 2023, S. 28–30; Newman et al. 2024, S. 16, 44–48), aber auch nach solchen mit mehr Relevanz und besserer Unterstützung zum Verständnis komplexer Probleme. Es ist nicht zu erwarten, dass KI grundsätzlich bessere Ergebnisse bringt: „... Artificial Intelligence (AI) is just around the corner, threatening to release a further wave of personalised, but potentially unreliable content“ (Newman et al. 2023, S. 29).

Neue Formen des Engagements im digitalen Zeitalter

Die Digitalisierung bringt auch neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements hervor. Diese zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie unverbindlicher sind, kurzfristiger, aber auch schneller als die traditionellen Aktivitäten. „Engagement wird digitaler, vernetzter und damit auch unberechenbarer“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 95). Beispiele sind *Liken*, *Teilen* und *Kommentieren* von Inhalten, die Teilnahme an *online-Petitionen* oder *Spendenaufrufe*. Über *Hashtags* können Themen schnell gesetzt und veröffentlicht werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 75–78).

Digitale Medien ermöglichen auch neue Formen der Bearbeitung von Problemen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 79–82). So bieten *Crowdsourcing*, *Peer Production* oder *Participatory Mapping* die Möglichkeit, Fragen arbeitsteilig zu bearbeiten – Beispiele sind *Wikipedia* oder *Open Streetmap*. Auch kleinteiligere Problemstellungen können mittels *Citizen Sourcing* bearbeitet werden. *Crowdfunding*, *Crowdinvesting*, *Crowddonating* etc. unterstützen Bemühungen, Geld für gemeinnützige Projekte einzuwerben. *Citizen Science* schließlich bietet die Möglichkeit, an Forschungsprojekten mitzuarbeiten, indem Rechenzeit zur Verfügung gestellt wird oder Fragestellungen arbeitsteilig bewältigt werden. Auch die Digitalisierung selbst ist Gegenstand digitalen Engagements. Dabei kann es um die Förderung digitaler Kompetenzen gehen, aber auch um die aktive Mitgestaltung der Ausrichtung der Digitalisierung, wie das der *ChaosComputerClub* oder *WikiLeaks* tun.

Die allgemeine Verbreitung von Smartphones ermöglicht das „Durchbrechen von Routinen im öffentlichen Raum“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 85) von *Flashmobs* bis hin zu digitalen Öffentlichkeiten, die Machtverhältnisse zu verschieben vermögen: *Sousveillance* kehrt die Überwachung von Bürger:innen um in eine Überwachung von Autoritäten durch potenziell Jede:n.

Digitalisiertes und digitales Engagement

Die neuen Techniken verändern auch das traditionelle Engagement. Plattformen wie *Facebook*, *Instagram*, *YouTube* etc. bieten Chancen für Engagements-Organisationen. Es ergeben sich neue Tätigkeitsfelder und Zugangswege nicht nur zu Informationen und zur Öffentlichkeit, sondern auch zu Finanzmitteln. Fakten lassen sich deutlich schneller recherchieren als früher, Missstände leichter skandalisieren. Aber auch Gegenreaktionen wie Shitstorms können schnell und mit großer Heftigkeit erfolgen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 133). Engagements-Organisationen stehen deshalb vor großen Herausforderungen und reagieren sehr unterschiedlich. Der Dritte Engagementbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 106–112) unterscheidet vier Reaktions-Typen:

- *Aktiv Vordenkende*: überwiegend hauptamtlich gesteuerte Organisationen, die als Ideengeber für die Digitalisierung wirken können.
- *Tatkräftig Vermittelnde*: überwiegend ehrenamtlich getragene Organisationen, in deren Fokus die Vermittlung der Digitalisierung steht.
- *Ressourcenstark Gestaltende*: mitgliederstarke Verbände mit hauptamtlicher Leitung, die die Digitalisierung ihrer Organisation professionell angehen.
- *Pragmatisch Nutzende*: fast ausschließlich ehrenamtlich getragene Organisationen, die die Digitalisierung als Mittel zum Zweck nutzen, um z. B. die Effizienz ihrer Arbeit zu steigern. Die Digitalisierung erfolgt, soweit sie als notwendig und hilfreich erachtet wird.
- *Zurückhaltend Skeptische*: nahezu ausschließlich ehrenamtlich arbeitende, regionale Vereine, die der Digitalisierung sehr reserviert gegenüberstehen und sie bestenfalls als lästige Notwendigkeit sehen, zumeist mit der Begründung, dass ihre eigentliche Arbeit *analog* ist und die Digitalisierung zum Verlust des Persönlichen führen würde. Viele dieser Organisationen drohen durch die Digitalisierung abgehängt zu werden.

Die Corona-Pandemie erzwang teilweise große Entwicklungssprünge in Bezug auf die Digitalisierung von Ehrenamtsorganisationen, allerdings vor allem bei den hauptamtlich geleiteten im Bereich der sozialen Dienste (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 53).

Der Digital Index 2021/2022 (Initiative D21 e.V. 2022) zeigt, dass digitale Kompetenzen in Deutschland nach wie vor sehr ungleich verteilt sind. Zwar nutzen inzwischen 86 % der Bevölkerung das Internet, aber Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss haben deutlich weniger Kompetenzen. Insgesamt reproduziert sich die soziale Spaltung der Gesellschaft auch im Digitalen. Die Studie zum Dritten Engagementbericht bestätigt dies auch für junge Menschen. Jugendliche mit einem gymnasialen Hintergrund engagieren sich signifikant häufiger, in digitalen Medien noch stärker als in analogen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 67). Der Engagementbericht sieht das Risiko einer „Digital Engagement Divide“: Jugendliche mit niedrigerer

Bildung würden teilweise ausgeschlossen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 68).

Pointiert ausgedrückt: Hashtag-Bewegungen und Initiativen wie Fridays for Future, Online-Petitionen und Partizipationskampagnen im Internet sind akademische Engagements, geführt von jenen, für die (Bildungs-)Sprache ein alltägliches Medium darstellt. Es handelt sich damit um bildungsexklusive Strömungen.

(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 135)

In Zukunft dürfte die Nutzung digitaler Instrumente auch im Engagement zum Alltag gehören (Croll 2021, S. 5). Die junge Generation ist bereits heute quasi permanent online (die medienanstalten – ALM GbR 2022, S. 42). Es wäre für Engagements-Organisationen fatal, die Chancen zu vergeben, die die jungen Pionier:innen im Digitalen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 133) ihnen bieten.

Die Digitalisierung kann traditionelles Engagement nicht nur unterstützen, es entstehen auch völlig neue Formen des Engagements. Trotzdem sind die bisherigen Engagements-Strukturen nicht überholt, nicht zuletzt, wenn es darum geht, „Engagement zeitlich zu stabilisieren, ihm also Dauer, Verlässlichkeit und erwartbare Wiederholbarkeit zu verleihen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 133).

Die Abwägung der Folgen der Digitalisierung, das Nutzen ihrer positiven Seiten und die Begrenzung negativer Auswirkungen ist nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sondern auch ein wichtiges Feld bürgerschaftlichen Engagements. Engagierte können mithelfen, digitale Kompetenzen zu fördern, Spaltungen in der Gesellschaft zu verringern, negative Folgen der Digitalisierung zu bekämpfen. Aktuell erklären vor allem Ältere, den Nutzen des Internets nicht zu erkennen, sie lehnen deshalb häufig auch digitale Qualifizierungen ab. Allerdings sind formelle Qualifizierungsangebote zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für digitales gesellschaftliches Engagement, denn digitale Kompetenzen werden überwiegend durch informelles Lernen erworben (Croll 2021, S. 4). Informelles Lernen im digitalen Bereich wird von ca. 82 % der Bevölkerung genutzt, formales Lernen nur von ca. 28 % (Initiative D21 e. V. 2022, S. 37).

Der Digitalisierung des Engagements und dem digitalen Engagement sollte die Wissenschaft künftig mehr Aufmerksamkeit widmen. Ein besonderes Augenmerk sollte sich auf das Verhalten von Jugendlichen richten – als Nutzende digitaler Medien und Plattformen und als Aktive im Engagement.

Plattformisierung des Engagements

Ein wesentlicher Motor der Digitalisierung sind Plattformen wie *Whatsapp*, *Instagram* oder *X*. Nach einer repräsentativen Befragung der Bundesnetzagentur 2019 (Heise online 2022b) nutzen 88 % der Deutschen diese Online-Kommunikationsdienste regelmäßig. *WhatsApp* ist für 93 % der Nutzende

ab 16 Jahren das wichtigste Medium, gefolgt vom *Facebook-Messenger*. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Vielfaltsbericht der Medienanstalten (die medienanstalten – ALM GbR 2022).

Auch freiwillig Engagierte nutzen die Plattformen. Dabei kommt es zu Zielkonflikten mit den Vorgaben der Europäischen Datenschutzgrundverordnung, denn diese verbietet den Einsatz von *WhatsApp* und Co. im Umfeld von Vereinen, weil diese Daten in die USA transferieren und z. B. an *Facebook* weitergeben (Heise online 2020). Deshalb untersagen manche Vereine, wie z. B. der DFB (Heise online 2021), die Verwendung von *WhatsApp* grundsätzlich. Zwar gibt es Alternativen, die in Bezug auf Datensicherheit besser aufgestellt sind, diese haben jedoch zumeist einen deutlich geringeren Nutzerkreis oder erfordern bessere Vorkenntnisse und finden deshalb in den meisten Engagement-Organisationen keine Verwendung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 122). Dies führt z. T. zu rechtlich problematischen Umgehungsstrategien, denn aus Sicht vieler Menschen kommt man um *WhatsApp* nicht herum (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 128). Das ist allerdings nicht verwunderlich, denn die Nutzung kommerzieller Plattformen zur Kommunikation ist zwar deutlich altersabhängig, aber *WhatsApp* schafft es als einzige Plattform in Deutschland, nahezu alle Altersgruppen gleichermaßen zu erreichen (Initiative D21 e. V. 2022, S. 25).

Ehrenamtliches Engagement im Quartier

Durch die Erosion des traditionellen politischen und sozialen Engagements und die Wirkkraft der neuen sozialen Bewegungen bildet der Anspruch, Partizipation zu ermöglichen, inzwischen einen Schwerpunkt im politischen Diskurs. Als wichtigste Felder für Beteiligung werden dabei die Kommunen oder die Quartiere angesehen. Damit ist es aber unabdingbar, die Beziehungen der Akteure vor Ort in den Blick zu nehmen und ebenso Mechanismen der In- und Exklusion.

Denn beide Aspekte bestimmen die lokalen Kontaktmöglichkeiten und darin anschließend Anerkennungspotenziale derart, dass zum einen etwa Schließungstendenzen der Vereine als Träger von Zivilgesellschaft gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen erhebliche Desintegrationspotenziale in sich bergen, die eine demokratische Aushandlungskultur unterminieren können. Zum anderen ist eine stark ausgeprägte Kommunikationskultur zwischen Vereinen und Lokalpolitik geeignet, politische Bürgerbeteiligung zu befördern und damit zur Vertiefung der demokratischen Kultur beizutragen. (Heitmeyer et al. 2012, S. 131)

Vereine und Verbände

Nach wie vor findet freiwilliges Engagement in Deutschland überwiegend in Vereinen und Verbänden statt. Bei der Befragung im Rahmen des Freiwilligensurveys 2019 zeigte sich, dass mehr als 20 % der über 14-Jährigen in Deutschland hier aktiv ist, insgesamt etwa 14,6 Millionen Menschen.

Entgegen früheren Befürchtungen (Stiftung für Zukunftsfragen 2014) ist diese Zahl in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen. Auch die Anzahl der Vereine hat sich insgesamt erhöht. Allerdings zeigt die Tendenz der Neugründungen seit Jahren nach unten, sodass ihre Gesamtzahl in Zukunft sinken dürfte (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023, S. 8 f.). Vereine und Verbände organisieren nicht nur freiwilliges Engagement, sie stellen auch viele Arbeitsplätze zur Verfügung: 2016 arbeiteten hier ca. 3,6 Millionen Menschen hauptamtlich (Schroeder et al. 2020, S. 16).

Etwa 6,7 % der Menschen in Deutschland engagieren sich in individuell organisierten Gruppen. Dieser Bereich, in dem die Themen Soziales und Kulturelles, Freizeit und Geselligkeit dominieren (Simonson/Vogel 2017, S. 531), hat seinen Anteil in den letzten Jahren verdoppelt. Zum Zeitpunkt der Untersuchung waren hier fast 5 Millionen Menschen aktiv (Simonson/Karnick/Hagen 2021, S. 164).

Zwar wächst das Engagement insgesamt, doch die Zahl der Menschen, die in ihrer Engagements-Organisation Mitglied sind, sank von 2004 bis 2019 von 91,4 % auf 79,5 % (Simonson/Karnick/Hagen 2021, S. 167). In den letzten Jahren hat auch der Anteil derjenigen stark abgenommen, die sich für Leitungsaufgaben gewinnen lassen. 1999 waren das noch knapp 36,8 %, 2019 sind es nur noch 26,3 % der Engagierten.

Für Vereine besonders schwerwiegend ist der Trend weg von verbindlichem, langfristigem, hin zu lockererem, spontanem, eher unverbindlichem Engagement: die Beteiligung nimmt an Umfang und Bedeutung zu, aber das Ehrenamt wird unattraktiver und das Engagement spontaner (Sommer 2021). Angesichts dieser Veränderungen sollten die Organisationen Trends nicht ignorieren, sondern ihre Arbeitsweise und ihre Strukturen an die Veränderungen in der Gesellschaft anpassen. Vereine könnten profitieren, wenn es ihnen gelingt, spontanes und unverbindliches Engagement in ihre Arbeit zu integrieren und langfristig in mehr Verbindlichkeit zu überführen.

Bemerkenswert ist auch der Befund, dass die Rolle als Impulsgebende für soziale Veränderungen in der Eigenwahrnehmung der Organisationen des freiwilligen Engagements zunimmt, und ebenso die als Akteur:in in der politischen Willensbildung. „Zivilgesellschaftliche Organisationen möchten demnach häufiger als in der Vergangenheit über Innovationen und Impulse in die Gesellschaft wirken und diese auch an die Politik herantragen“ (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023, S. 13). Allerdings befürchten manche Organisationen, ein stärkeres politisches Engagement sei eine Gefahr für ihren Status der Gemeinnützigkeit. Im Hintergrund stehen hier Auseinandersetzungen um den Status der globalisierungskritischen Organisation Attac (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023, S. 25).

Nicht nur Veränderungen in der Engagements-Kultur stellen für Vereine und Verbände eine Herausforderung dar, viele haben auch mit antidemokratischen Tendenzen zu kämpfen. Engagement schützt nicht grundsätzlich vor antidemokratischen Einstellungen, stellen Schroeder et al. fest: „Auch in Teilen der organisierten Zivilgesellschaft sind rechtspopulistische Aktivitäten

wahrnehmbar – und die AfD erklärt den ‘Marsch durch die Organisationen’ als strategisches Ziel; Beobachter sprechen von der ‘schmutzigen Seite’ der Zivilgesellschaft” (Schroeder et al. 2020, S. 1).

Bisher gibt es noch keine systematische Erhebung, die sich mit dieser Bedrohung befasst. Saara Inkinen und Wolfgang Schroeder (Inkinen/Schroeder 2022; Schroeder et al. 2020) berichten über erste Erkenntnisse aus einer Befragung von 24 Bundes- und 187 Landesverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrts-, Kultur- und Naturschutzorganisationen, Fußball- und Schützenvereinen und freiwilligen Feuerwehren. Nahezu alle Befragten schätzten rechte Aktivitäten als gefährlich für die Demokratie und den Zusammenhalt in Deutschland ein. Für die eigene Organisation wird die Gefahr etwas geringer angesehen, trotzdem sind auch hier drei Viertel der Befragten der Meinung, rechte Aktivitäten seien eine reale Gefahr. Die Mehrheit der Verbände gibt zudem an, in den letzten Jahren tatsächlich Ziel rechter Aktivitäten und Angriffe, zumeist in den sozialen Medien, geworden zu sein (Inkinen/Schroeder 2022, S. 38).

Rechtspopulistische und rechtsradikale Aktivitäten zeigten sich zum einen in Versuchen, Vereine und Verbände zu unterwandern, bis hin zur Gründung von Gegenorganisationen, wie rechten Betriebsratslisten (Schroeder et al. 2020, S. 35). Zum anderen wurde versucht, den Ruf von Organisationen anzugreifen: man behauptete, Funktionär:innen würden sich bereichern und staatliche Fördermittel zweckentfremden. Hauptangriffsziele waren Wohlfahrtsverbände und kulturelle Einrichtungen (Schroeder et al. 2020, S. 58–74, 93–108). Nicht zuletzt im Sport-Bereich kam es zu Aktivitäten Rechtsgerichteter: neben Versuchen, die Funktionärebene zu unterwandern, ist hier die Gründung von Fitnessstudios und rechten Sportvereinen wie Kampfsportgruppen zu nennen und die Organisation eigener Sportveranstaltungen, die zur Rekrutierung dienen und Einnahmen generieren sollen (Schroeder et al. 2020, S. 75–92). Eine ähnliche Zielrichtung haben (RechtsRock-) Konzerte und Musikveranstaltungen. Inkinen/Schroeder bilanzieren, man könne zwar aktuell noch nicht von einer „rechten Landnahme“ sprechen, aber eine Bedrohung sei vorhanden, auch deshalb, weil die Organisationen noch nicht gelernt hätten, proaktiv und handlungswillig zu reagieren (Inkinen/Schroeder 2022, S. 40).

Die rechtspopulistischen Akteure wissen um die Bedeutung der organisierten Zivilgesellschaft und versuchen infolgedessen, Anschlussmöglichkeiten zu finden, die einer Politisierung vorhandener Konflikte in diesen Subsystemen Vorschub leisten. Damit machen sie Konflikte sichtbarer, intensivieren sie und weiten sie in ihrem Sinne aus. Auf dieser Basis bedienen sie vorhandene Sorgen und Ressentiments. (Inkinen/Schroeder 2022, S. 118)

Gemeinwohlorientierte Initiativen

Neben den Vereinen hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl an mehr oder minder losen Verbänden entwickelt. Gemeinwohlorientierte Initiativen nehmen inzwischen neben den Vereinen eine wichtige Funktion in Kommunen und Quartieren ein. Ursache für ihre Gründung sind

häufig konkrete Bedarfe oder Missstände, „Kristallisationspunkte“ im Quartier (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 53 f.), ein Leidensdruck, der zum Handeln drängt. Häufig entwickelt sich das Engagement in Zusammenhang mit einer Immobilie, die zu verfallen droht und deren Erhalt einen Bedarf im Quartier erfüllen würde (z. B. Stadtteil-/Kulturzentrum). Faller et al. (2019, S. 61–64) berichten über Investitionsvolumina für Ankauf und Sanierung von bis zu mehr als 5 Millionen Euro, die über Eigenleistungen, Fördermittel, Kredite, Spenden oder Schwarmfinanzierungen ermöglicht werden.

Manchmal richten sich Initiativen auch gegen Vorhaben der Kommunalpolitik oder sie entstehen im Umfeld neuer Lebens- und Arbeitsentwürfe (Vogelpohl 2012). Dabei engagieren sich die Initiativen häufig in Nischen, die für andere nicht interessant sind, z. B. für Gebäude, die jahrelang niemanden interessierten. Sie schaffen Nutzungen und Angebote, die wirtschaftlich nicht kostendeckend zu realisieren wären, akzeptieren geringere Standards und arbeiten mit einfachen Mitteln und vor allem in hohem Maße ehrenamtlich und nachhaltig (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 67). Die Aktiven sind zumeist beruflich und biografisch etabliert (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 55), Menschen, die nicht selten über große persönliche und fachliche Qualifikationen verfügen und sich im Zuge des Engagements weiterqualifizieren.

Entlang der vielfältigen Anforderungen (juristisch, wirtschaftlich, bautechnisch, sozial, kulturell etc.) qualifizieren sich alle Engagierten selbst und durchlaufen dabei oftmals eine steile Lernkurve. Sie werden in ihrem Arbeitsfeld und oftmals auch in der Immobilienbewirtschaftung und Quartiersentwicklung zu Experten. Dabei demonstrieren sie mit ihrem Engagement, dass man auch in einem schwierigen Umfeld etwas erreichen kann und sind somit auch Vorbild und Mutmacher für Andere. (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 70)

Initiativen starten oft mit einer kleinen Gruppe, als loser Zusammenschluss im Bekannten- und Freundeskreis. Im Gegensatz zu den Vereinen sind sie häufig basisdemokratisch organisiert und nach außen hin offener. Nichtsdestotrotz nehmen vielfach auch hier Einzelpersonen eine herausragende Stellung ein, die auf speziellen Kompetenzen oder einem überdurchschnittlichen Engagement basiert. Entwickelt sich die Initiative weiter, kommt es in der Regel zu einer Professionalisierung und zum Aufbau einer Organisationsstruktur, in der sich (neue) Rollen ausbilden und häufig ein Übergang in die Rechtsform eines eingetragenen Vereins erfolgt, auch wenn das nur wenig Einfluss auf den Alltag in der Initiative hat (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 54–60).

Die lockere, basisdemokratische Struktur hat Vorteile, denn sie bietet niedrighschwellige Zugänge zum Engagement, eine gewisse Verbindlichkeit ohne zu starke Bindung. Aber sie erschwert häufig auch die Zusammenarbeit mit kommunalen Verwaltungen, denn hier treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander. Die Akteur:innen der Initiativen verstehen oft nicht die formalen Zwänge, denen die Verwaltung unterliegt, andererseits fällt es den Menschen aus der Verwaltung schwer, sich auf wechselnde Ansprechpartner:innen und Zuständigkeiten in der Initiative einzustellen.

Auch wenn eine gute Zusammenarbeit als notwendig angesehen wird, fürchten viele Initiativen einen Verlust von Autonomie und versuchen, Vereinnahmungen durch die Verwaltung oder die Politik zu vermeiden (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 66 f.; 72). Nicht nur deshalb stehen Initiativen häufig Fördermöglichkeiten skeptisch gegenüber oder lehnen sie sogar ab. Ihnen erscheint der Aufwand zur Beantragung zu hoch oder die Förderkriterien, wie z. B. bei der Städtebauförderung, nicht kompatibel (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 71 f.; 79). Hier zeigt sich ein grundsätzlicher Zwiespalt:

Öffentliche Fördergeber müssen ... in relativ hohem Maße risikoscheu sein. ... Die Initiativen können und wollen diese Sicherheiten vielfach nicht im erforderlichen Umfang bieten. ... Besonders wichtig ist, dass sie sich vielfach mit innovativen (d. h. risikoreichen) Projekten in instabilen oder nur rudimentär abschätzbaren Märkten bzw. Handlungsfeldern bewegen.

(Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 80)

Faller et al. fordern deshalb die Einrichtung spezieller Förderfonds, die die Strukturen, Arbeitsweisen und -felder gemeinwohlorientierter Initiativen berücksichtigen. Diese könnten sich an den Konzepten der Gründungsförderung orientieren, denen ein Anfangsvertrauen in die Fähigkeiten der Geförderten zugrunde liegt (Faller/Hettich/Ritter 2019, S. 80–83).

Bezirksbeiräte

Bezirksbeiräte existieren in einigen deutschen Bundesländern als kommunalpolitische Gremien auf Bezirksebene. Sie haben meist eine ausschließlich beratende Funktion und können Empfehlungen an den Gemeinderat oder die Bezirksregierung aussprechen. Leider gibt es nur wenige Studien, die sich mit der Arbeit von ehrenamtlichen Bezirksvertretungen oder Bezirksbeiräten befassen. Paul Kownatzki (2021) vermutet, der Grund dafür sei, dass diese eine eher untergeordnete Rolle in kommunalen Entscheidungsprozessen einnehmen und zudem keine gemeindeübergreifende einheitliche Struktur und Entscheidungsbefugnis haben (Kownatzki 2021, S. 5). Noch am besten untersucht sind die Räte in Nordrhein-Westfalen, allerdings wurden die meisten Studien kurz nach deren Einführung durchgeführt. Die aussagekräftigste in der Recherche für diese Arbeit gefundene neuere Arbeit ist die von Kownatzki (2021).

In Nordrhein-Westfalen wurden die Bezirksvertretungen 1975 im Zuge einer Gebietsreform eingerichtet. Man verpflichtete die kreisfreien Städte, ihr Gebiet in Bezirke einzuteilen und in jedem Bezirk eine eigene Vertretung einzurichten. Deren Aufgaben wurden zwar grundsätzlich gesetzlich geregelt, die konkrete Ausgestaltung erfolgt aber in den jeweiligen Gemeinden. Im Ergebnis können die zugeordneten Tätigkeitsbereiche sehr unterschiedlich ausfallen. In der Regel erstrecken sie sich auf die Bereiche Schulen und öffentliche Gebäude im Bezirk, die Pflege von Grünanlagen und des Ortsbildes, die Unterstützung von Vereinen sowie auf Märkte, Volksfeste etc. (Kownatzki 2021, S. 9). Bezirksvertretungen verfügen über ein eigenes, durch den Stadtrat festgelegtes Budget, dessen Höhe ebenfalls sehr unterschiedlich bemessen sein kann (Kownatzki 2021, S. 11). Auch die

Größe der Bezirke variiert zwischen den Städten. Der kleinste Bezirk hat weniger als 9.000 Einwohner:innen, der größte die Dimension einer Großstadt: fast 165.000. Da die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens die mögliche Zahl der Bezirksvertreter:innen auf 11-19 begrenzt, kann eine einzelne Person für weniger als 700 Einwohner:innen zuständig sein, aber auch für mehr als 8.500 (Kownatzki 2021, S. 18 f.).

Im Gegensatz zu den Vertretungen zum Beispiel in Baden-Württemberg, werden jene in Nordrhein-Westfalen direkt gewählt. Zunächst war diese Wahl an die der Gemeinderäte gekoppelt, auch die Stimmenvergabe: Vorschläge konnten nur Parteien und Wählergruppen einreichen, diese standen dann in einem einzigen Verfahren zur Wahl. Die Vertreter:innen der Bezirke konnten also nicht gesondert gewählt werden. Die Sitzverteilung in den Bezirksvertretungen wurde vielmehr analog zu der in den Stadträten vorgenommen. Gegen diese Regelung gab es eine Klage beim Bundesverfassungsgericht, was eine Änderung des Wahlverfahrens erzwang. Beibehalten wurde, dass die Wahlen zu Stadträten und Bezirksräten am selben Termin stattfinden. Allerdings dürfen seit 1979 die Bezirksvertretungen mit einer eigenen Stimme gewählt werden, unabhängig von der Abgabe der Stimmen für die Stadträte (Kownatzki 2021, S. 8 f.). In der Folge kommt es durchaus vor, dass die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Gesamtstadträten und den Vertretungen in Bezirken deutlich variieren (Kownatzki 2021, S. 20).

Die Untersuchung von Kownatzki bestätigt, was sich in fast allen Untersuchungen zum bürgerschaftlichem Engagement gezeigt hat: die Sozialstruktur der Engagierten weicht stark von der der Gesamtbevölkerung ab. So zeigte sich, dass das Durchschnittsalter der Rät:innen höher liegt als das der Gesamtbevölkerung (Kownatzki 2021, S. 24f.). Der Frauenanteil wuchs in den letzten Jahren zwar an, lag aber bei unter einem Drittel (Kownatzki 2021, S. 26). Lediglich ca. 3 % der Menschen in den Bezirksvertretungen verfügen über keinen beruflichen Bildungsabschluss, dagegen kann mehr als 75 % eine Hochschulreife vorweisen und mehr als die Hälfte sogar einen Hochschulabschluss. Auch Bezirksvertreter:innen in NRW sind in der Regel Mittelklasse-Männer mittleren Alters (Kownatzki 2021, S. 29–32). Die aktuelle Untersuchung in den Bezirksvertretungen erbrachte damit ähnliche Ergebnisse wie eine Umfrage von 2017 in den Gemeinde- und Stadträten in NRW (Bogumil/Garske/Gehne 2017, S. 35–42).

Im Gegensatz zur Arbeit in den Stadträten, scheint die in den Bezirksvertretungen kollegialer und weniger parteienzentriert zu verlaufen. Die Angst vor wechselnden Mehrheiten ist geringer, die Konsensbereitschaft größer (Kownatzki 2021, S. 47 f.). Dazu passt auch, dass sich die Vertreter:innen in den Bezirksräten in erster Linie als Repräsentant:innen ihres Bezirks und als Lobby für breite Gruppen verstehen, weniger als Parteipolitiker:innen oder Anwält:innen von Einzelinteressen (Kownatzki 2021, S. 53 f.).

Informelles Engagement

Untersuchungen zum freiwilligen Engagement belegen eine Tendenz weg vom traditionellen Engagement, hin zu freiwilligen Tätigkeiten, ohne formale Bindung an eine Organisation oder Institution. Das informelle Engagement umfasst Aktivitäten wie individuelle Hilfeleistungen, Nachbarschaftshilfen oder Unterstützung im sozialen Nahraum. Zum informellen Engagement werden häufig auch Protestbewegungen, Nachbarschaftsnetzwerke, Selbsthilfegruppen oder digitale Netzwerke gezählt. Informelles freiwilliges Engagement ist meist flexibler als traditionelles. Man will freier entscheiden, wo, zu welchem Zweck und in welchem Umfang man sich engagiert (Huth 2023, S. 27).

Die Tendenz hin zu informellem freiwilligem Engagement stellt die traditionellen Organisationen vor Probleme, denn sie finden nicht mehr genügend Menschen, die sich kontinuierlich beteiligen wollen, insbesondere, was die Ausübung von Leitungsfunktionen betrifft (Kuhn/Schubert/Tahmaz 2024, S. 14 f.). Ehrenamtsorganisationen müssen deshalb Strukturen schaffen, in denen anlass- oder projektbezogenes Engagement möglich ist, auch Engagement mit klarer zeitlicher Befristung (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 62). Nach Ansicht des ZiviZ-Berichts 2023 ist der traditionelle Weg der Ehrenamt-Karriere nicht mehr zeitgemäß. Gefordert seien mehr niederschwellige Konzepte, die auch dazu beitragen könnten, Menschen perspektivisch an die Organisation zu binden (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 62). Die Erhebungen des ZiviZ zeigen, dass Organisationen, denen es gelang, informelles Engagement zu integrieren, erfolgreicher waren bei der Gewinnung neuer Aktiver.

Mikro-Engagement

Neben diesen im Blick der Öffentlichkeit stehenden Engagements-Formen, gibt es weniger sichtbare, kleinere Arten des Engagements, Mikro-Engagement, etwa in Form wechselseitiger Unterstützung in der Nachbarschaft oder in Jugendcliquen. „Sein Beitrag für den lokalen sozialen Zusammenhalt dürfte erheblich sein“, meint Roland Roth (2018, S. 4). Mikro-Engagement wird in Wissenschaft und Politik bisher kaum beachtet. Es findet auch in Quartieren statt, in denen ärmere Menschen leben. Gerät es dennoch in den Blick, konterkariert es die Ergebnisse von Studien, die bürgerliches Engagement überwiegend als Domäne der Bessergestellten sehen. So stellt Roth (2018, S. 4) fest, dass sich auch etwa ein Drittel der Menschen in prekären Lagen engagiert. Doch bleibt dieses Engagement meist unterhalb des wissenschaftlichen Radars. Mikro-Engagement findet unter erschwerten Rahmenbedingungen statt und bedarf einer spezifischen Ansprache. Ansgar Klein (2018a, S. 3) fordert niedrigschwellige Infrastrukturen zur Förderung des Mikro-Engagements. Denn dessen Akteur:innen finden meist keinen Zugang zu den klassischen Vereinen und Verbänden. Er schlägt vor, in den Quartieren „Kümmerer“ zu engagieren, die in der Lage sind, Mikro-Engagement zu erkennen und

zu unterstützen. Wichtig seien auch Infrastruktureinrichtungen für das Engagement vor Ort. Damit erreicht man auch Menschen, die sich nicht an der organisierten Zivilgesellschaft beteiligen möchten (Klein 2018b, S. 101).

Ehrenamt und Engagement vor Ort. Ein Fazit.

Bei der Betrachtung des freiwilligen Engagements sollte zwischen dessen Spielarten unterschieden werden (Sommer 2021). Während das *Ehrenamt* meist einen klaren Rahmen und langfristige Verpflichtungen hat, beschreibt *Engagement* allgemein den Einsatz für das Gemeinwohl. *Partizipation* meint schließlich die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen. Engagement und Partizipation müssen nicht gemeinwohlorientiert sein. Es können eigene Interessen verfolgt werden, wie dies bei NIMBY-Initiativen der Fall ist (Menzl 2014, S. 67).

2022 gab in Deutschland mehr als 650.000 zivilgesellschaftliche Organisationen, 94 % davon waren Vereine (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023, S. 7). Mehr als ein Fünftel der über 14-Jährigen ist dort aktiv. Die meisten Freiwilligen finden über ihre Familie ins Engagement oder durch eine direkte Ansprache von Leitenden aus Ehrenamtsorganisationen. Etwas weniger als die Hälfte der Engagierten bemüht sich auch selbstständig um einen Zugang (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 418 f.).

Nahezu alle Engagierten nennen als Hauptmotivation *Spaß*, danach folgen die Möglichkeit, eigene Fähigkeiten einzubringen, und die Hoffnung, mit dem Engagement in der Gesellschaft etwas bewegen zu können (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 426 f.). Engagement macht es wahrscheinlicher, mit der eigenen sozialen Einbettung zufrieden zu sein, und beugt vor gegen Einsamkeit (Huxhold/Hameister 2017, S. 506–520).

Das freiwillige Engagement ist ein wichtiger Ort informellen Lernens (Düx et al. 2009). Hier sind Handlung und Lernprozess eng verknüpft, Lernprozesse erfolgen in Ernstsituationen und quasi im Vorübergehen. Lernen im Ehrenamt wirkt sich positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung aus, auf berufliche Qualifikationen und die Bereitschaft zur Teilnahme an Partizipationsprozessen. Das Ehrenamt scheint ein nahezu exklusiver Lernort für die Fähigkeit zu sein, Interessen zu vertreten und sich in Gremien zu behaupten (Düx et al. 2009, S. 265).

Allerdings zeigen Untersuchungen, dass es für Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder mit niedriger Schulbildung Barrieren im Zugang zum Ehrenamt und zum Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement gibt (Kausmann et al. 2021).

Das freiwillige Engagement vor Ort wird überwiegend von Vereinen und Verbänden getragen. Neben diesen traditionellen Verbindungen entstand in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl mehr oder minder loser gemeinwohlorientierter *sozio-kultureller Initiativen*, die ebenfalls wichtige Funktionen in den Kommunen erfüllen. Sie starten oft als loser Zusammenschluss und behalten

viele ihrer informellen Strukturen auch dann bei, wenn sie sich professionalisieren und institutionalisieren.

Spezielle Akteure bürgerschaftlichen Engagements im Quartier sind die Bezirksbeiräte, die in vielen Bundesländern die unterste Ebene der formellen kommunalen Bürgerschaftsbeteiligung bilden. Sie verfügen über mehr oder minder direkte Einflussmöglichkeiten auf kommunale Entwicklungen, manchmal auch über eigene Budgets.

Nicht unterschätzt werden darf der Beitrag des Mikro-Engagements zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, z. B. durch gegenseitige Unterstützung im Alltag. Er ist deutlich höher als in der Forschung bislang wahrgenommen (Roth 2018).

Vereine und Verbände müssen mit einem Trend weg von verbindlichem, langfristigem Engagement klarkommen. Informelles Engagement, das auch Protestbewegungen, Nachbarschafts- und digitale Netzwerke umfasst, betont die persönliche Flexibilität in der Entscheidung, wo und wie man sich engagiert (Huth 2023, S. 27). Traditionelle Organisationen haben deshalb Schwierigkeiten, Menschen für kontinuierliches Engagement zu gewinnen, insbesondere für Führungspositionen (Kuhn/Schubert/Tahmaz 2024, S. 14 f.)

Auch die digitale Transformation ist eine Herausforderung für die klassischen Engagementsorganisationen. Sie stehen vor der Aufgabe, digitale Hard- und Software zur Optimierung ihrer Abläufe einzusetzen. Zudem ergeben sich neue Tätigkeitsfelder und Zugangswege zu Informationen, zur Öffentlichkeit und Finanzmitteln. Die Ehrenamtsorganisationen reagieren auf diese Herausforderungen sehr unterschiedlich. Einige, überwiegend hauptamtlich geleitete Institutionen, zeigen sich als gestaltend und vordenkend. Ehrenamtlich getragene nutzen die Möglichkeiten dagegen bestenfalls pragmatisch, viele stehen den Veränderungen skeptisch gegenüber. Für sie besteht die Gefahr, von zentralen Entwicklungen abgehängt zu werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 106–112).

Digitale Technologien verändern und beschleunigen auch das Engagement: Fakten lassen sich schneller recherchieren, Missstände leichter skandalisieren. Aber auch Gegenreaktionen wie Shitstorms können schnell und heftig erfolgen. Digitale Kompetenzen sind in Deutschland jedoch sehr ungleich verteilt. Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss sind auch hier benachteiligt, mit der Folge eines Digital Engagement Divide (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 68).

Fast 90 % Deutschen nutzen regelmäßig Online-Kommunikationsdienste, wobei WhatsApp das wichtigste Medium ist (die medienanstalten – ALM GbR 2022). Auch freiwillig Engagierte nutzen die Plattformen zur Kommunikation. Dies führt zu Zielkonflikten mit dem Datenschutz und zu teilweise rechtlich problematischen Umgehungsstrategien (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 128).

6. Stadtteilkulturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Für die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist die unmittelbare Lebenswelt von Menschen von entscheidender Bedeutung. Dabei spielen Vereine eine wichtige Rolle, aber auch sozio-kulturelle Initiativen, Parteien und Interessengruppen, nachbarschaftliches Mikro-Engagement sowie kommunale Beteiligungsprozesse und vieles mehr. Diese Akteur:innen werden im Folgenden unter dem Begriff *Stadtteilkulturen* zusammengefasst.¹⁹ *Stadtteilkulturen* sind überwiegend ehrenamtlich organisiert und aktivieren Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Alters und Bildungsniveaus.

Bevor auf die Rolle der *Stadtteilkulturen* in einem konkreten Wirkungskreis und die im Rahmen einer Studie durchgeführten qualitativen Interviews eingegangen wird, beschreibt das folgende Kapitel das freiwillige Engagement in den Stadtteilkulturen im Kontext des Diskurses um das Wesen und die Inhalte von Kultur in der Gesellschaft allgemein. Dazu soll zunächst eine Eingrenzung des Begriffe *Kultur*, *Breitenkultur* und *Soziokultur* versucht werden.

Kultur

In der Literatur lassen sich eine Vielzahl von Definitionen des Begriffs *Kultur* finden. Einigkeit herrscht in der Auffassung, dass *Kulturen* menschengemacht sind, dass sie Vorstellungen, Denkrichtungen, Empfindungsweisen, Werte und Bedeutungen umfassen und sich dauernd durch Handlungen und Interaktionen wandeln. Im weitesten Sinne kann *Kultur* als Summe dessen angesehen werden, was Menschen hervorgebracht haben und hervorbringen. Die UNESCO-Kulturkonferenz 1982 definierte, dass Kultur

... in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden kann, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen ...
(UNESCO 1982, S. 1)

Ansgar Nünning (2009) strukturiert die Vielfalt der Ansätze, Kultur zu definieren. Für den Rahmen dieser Arbeit sind vor allem der *normative* Kulturbegriff von Bedeutung, der Kultur im Konzept der *Hochkultur* interpretiert. Und als Gegenpol ein *totalitätsorientierter* Ansatz, der Alltagskulturen, Feste, Rituale und Traditionen mit einbezieht und sich deshalb als begrifflicher Rahmen für ein Verständnis von *Stadtteilkulturen* anbietet.

¹⁹ Der folgende Abschnitt basiert auf dem Aufsatz „Ist das überhaupt Kultur? Die Stadtteilkulturen“ (Fuchs-Sander 2023).

Breitenkultur

Ähnlich unscharf wie die Bestimmung des Begriffs *Kultur* ist die Definition von *Breitenkultur*. Deren Träger sind zumeist Vereine, das Kulturelle und Künstlerische entsteht im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements, ist nicht-kommerziell und überwiegend durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert und sparten- und politikfeldübergreifend (Schneider 2014, S. 27).

Während *Breitensport* als Freizeitgestaltung und Gesundheitsvorsorge mit integrierender Kraft überwiegend positiv beurteilt wird, hängt dem Begriff der *Breitenkultur* und noch stärker dem der *Laienkultur* eine Assoziation mit Nicht-Professionalität bis hin zum Dilettantismus an. Zudem wird die häufig enge Verbindung zwischen breitenkulturellen Aktivitäten und Brauchtum und Traditionspflege nicht selten als konservativ, wenn nicht reaktionär konnotiert (Kegler 2014, S. 58). Diese Einschätzung wird aber der Realität nicht gerecht. Sie ist vielmehr Ergebnis einer jahrhundertealten polarisierten Außensicht kulturell dominanter Gruppen, das Resultat einer „kolonialen Perspektive“ (Ruby 2014, S. 32). Studien zur Breitenkultur zeigen deren Wert nicht nur für kleinere (Dorf-)Gemeinschaften, sondern auch für Quartiere. Grundlegend für die Breitenkultur ist das Bestreben, dem Verlust regionaler Identität entgegenzuwirken (Ismaili-Rohleder et al. 2015, S. 41) und im Rahmen eines ehrenamtlich getragenen, selbst organisierten Prozesses Kultur und kulturelle Bildung vor Ort sowie für alle zu realisieren (Kegler 2014, S. 67).

Damit steht die *Breitenkultur* in einem ähnlichen Verhältnis zur *Hochkultur* wie der *Breitensport* zum *Leistungssport*. Oder besser: sie sollte dort stehen. Doch gesamtgesellschaftlich dominiert nach wie vor eine Vorstellung, die Kultur ausschließlich in den hochkulturellen Stätten ansiedelt, in Theatern, Museen und Musikfestivals. Interessanterweise hält sich diese Auffassung nicht nur in urbanen kulturell-dominanten Bevölkerungskreisen, sondern auch in ländlichen Gebieten: „Kultur ist Hochkultur und nix fürs Dorf“ (Ismaili-Rohleder et al. 2015, S. 28). Eine solche Einschätzung negiert nicht nur den breiten kulturellen Anspruch, den die UNESCO setzt, sondern übersieht auch, dass Standards der sogenannten *Hochkultur* nicht als Maßstab für die *Breitenkultur* taugen. In deren Mittelpunkt steht nicht die Herstellung und Rezeption von Kunst, sondern ein aktives, Menschenverbindendes, integrierendes Tun, das eine wichtige soziale und auch politische Funktion erfüllt, indem es in lokalen Gemeinschaften Öffentlichkeit und Austausch schafft (Götzky 2014, S. 43).

Die vorherrschende Geringschätzung der *Breitenkultur* spiegelt sich auch in der Kulturpolitik. Hier wird bisher überwiegend die *Hochkultur* gefördert und damit eine elitäre Perspektive verfestigt, die die Nutzer:innen vor allem auf den Konsum von Kultur beschränkt. Öffentliche Mittel erhalten meist Institutionen in den Städten: Obwohl mehr als zwei Drittel der Deutschen im ländlichen Raum wohnen, fließen weniger als zehn Prozent der öffentlichen Kulturförderung dorthin (Schneider 2014a, S. 19).

Stadtteilkulturen

Die *Stadtteilkulturen* bilden die Obermenge der kulturellen Aktivitäten im Stadtteil. Der Plural ist bewusst gewählt, denn es gibt nicht *die Kultur* im Stadtteil, sondern eine Vielfalt sehr unterschiedlicher kultureller Ausprägungen. Die Stadtteilkulturen spielen in den Sonntagsreden in der Politik eine wichtige Rolle, in der Realität finden sie allerdings weniger Beachtung. Dabei verfügen die Kulturen in den Stadtteilen über ein enormes Potenzial für Integration und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie haben einen hohen Nutzen für die Gesellschaft, auch wenn sich dieser nicht direkt messen lässt. Carsten Brosda, Hamburger Senator für Kultur und Medien, stellt in Bezug auf die *Stadtteilkulturen* fest, man könne zwar Kennzahlen abfragen, wie Einnahmen, Besucher:innen oder Kooperationen, aber die eigentliche Wirkmacht liege woanders: „Wir können nicht messen, wen ein Kulturangebot tatsächlich verändert und wer wieder andere zu Debatten anstiftet. Aber genau das ist die eigentliche Superkraft von Kunst und Kultur. Wir wissen nicht genau, was passiert, aber wir wissen, dass etwas passiert“ (Brosda 2022, S. 9).

Betrachtet man die staatlich hoch geförderten urbanen Kulturen, so sind die Nutznießenden im Prinzip immer dieselben: gut gebildete und wohlsituierte Menschen (Blaich et al. 2023, S. 16–19). Das heißt aber auch, dass ein Großteil der geförderten Kultur nur einen Teil unserer Gesellschaft erreicht²⁰ und einen relativ großen, anderen Teil außen vor lässt.

Doch dass Nichtbeachten der Stadtteilkulturen gefährdet Pluralität: eine Kultur, die Vielfalt propagiert, separiert sich in immer stärker gegeneinander abgeschottete Blasen. So konstatiert Rainald Manthe, dass man heute „vor allem Menschen begegnet, die einem ähnlich sind. SoziologInnen nennen das *Homophilie*. Homophilie ist ein Problem für die Demokratie. Wir setzen uns im Alltag nicht mit den Sichtweisen und Lebensrealitäten der anderen BürgerInnen auseinander, weil wir ihnen kaum begegnen“ (Manthe 2019).

Im Gegensatz zur *Demokratisierung der Kultur*, also dem Versuch, die öffentlich geförderte (Hoch-) Kultur für breitere Bevölkerungsschichten zu öffnen, fordert deshalb u. a. die Kulturpolitische Gesellschaft eine *Kulturelle Demokratie*. Birgit Mandel, Vizepräsidentin der Gesellschaft, definiert diese als Bekenntnis zur Vielfalt der kulturellen Aktivitäten unserer Gesellschaft. Kulturelle Demokratie impliziere, „dass das öffentliche kulturelle Leben einer Gesellschaft von und mit allen entwickelt wird und anerkennt, dass es dabei unterschiedliche Formen von Kunst und Kultur gibt, die verschieden aber gleichwertig sind“ (Mandel 2022). Im Vordergrund steht dabei aktives Gestalten, Begegnung, Kommunikation, auch gemeinsames Essen und Trinken, Dinge also, die in der Hochkultur verloren gegangen sind (Mandel 2022, S. 10). Dieser Verlust bedroht auch eine wichtige Basis

²⁰ Derzeit verfügen fast 90 % der Theaterbesucher:innen über einen hohen Bildungsabschluss (mindestens Abitur), mehr als die Hälfte sind verbeamtet, leitend angestellt oder selbstständig und 2/3 über 50 Jahre alt (Blaich et al. 2023, S. 16)

für das urbane Leben, denn dieses benötigt Orte der Kommunikation. Dagegen boomen in der Gegenwart Orte des Konsums:

... Konzertsäle, Museen, Ferienorte, Sportanlagen, Einkaufszentren, Cafés usw. In diesen Orten fehlen die sozialen Kontakte, der Konsum wird zur individuellen Angelegenheit und partizipieren kann nur, wer über ausreichende ökonomische Mittel und entsprechende kulturelle Kapitalien verfügt. Diese öffentlichen Orte ermöglichen eine gemeinsame Aktion ohne gemeinsame Interaktion und entlasten somit von der Kommunikation und der Aushandlung von Kompromissen mit Fremden. (Seidelsohn 2018, S. 137)

Diese Entwicklung wird von den hoch-subventionierten Kultureinrichtungen selbst als Manko wahrgenommen. Sie versuchen sich seit Jahren an einer „Soziokulturalisierung“ ihrer Angebote, allerdings ohne großen Erfolg, das Ziel, die soziale Zusammensetzung des Publikums zu verbreitern, wird nicht erreicht (Mandel 2022). Notwendig ist es, Lösungen zu finden, die Menschen über soziale, politische und kulturelle Grenzen hinweg verbinden und unterschiedliche Kulturen als anders, aber gleichwertig anerkennen (Mandel 2022). Denn auf die Dauer kann die extreme Selektivität der Hochkultur nicht akzeptiert werden.

Bis heute können breite Teile der Bevölkerung nicht ausreichend am öffentlich geförderten Kulturleben partizipieren. Es mangelt an Zugänglichkeit, Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Während die Gesellschaft immer vielfältiger wird, bleibt das Publikum im Feld von Kunst und Kultur oftmals seltsam homogen. (Blaich et al. 2023, S. 18)

Soziokultur

Obwohl *Soziokultur* ein vergleichsweise junges Phänomen ist, hat sie eine relativ breite, auch politische Anerkennung erreicht. *Soziokultur* entstand in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, auch als gesellschaftskritischer Gegenentwurf zur als erstarrt empfundenen klassischen Kultur²¹. Anfangs zeichnete sie sich durch eine große Distanz zu den traditionellen Formen der *Breitenkultur* aus. Dort, wo diese sich eher auf die nahe Gemeinschaft bezogen, manchmal auch in Abgrenzung nach außen, agierte *Soziokultur* von Anfang an übergreifender und auf Netzwerke und Kooperationen angelegt. Die gegenseitige Abgrenzung hat sich allerdings in den letzten Jahrzehnten stark vermindert, und heute arbeiten die Akteure der *Soziokultur* meist eng mit jenen der *Breitenkultur* zusammen. In der Literatur wird deshalb zwar keine Deckungsgleichheit, aber eine große Schnittmenge zwischen den beiden Kultursparten konstatiert (Kegler 2014, S. 68–71).

21 <https://soziokultur.de/bundesverband-soziokultur-definiert-was-ist-soziokultur/>. Zuletzt aufgerufen am 21.04.2024.

Stadtteilkulturen – Ein Fazit

Nach der Definition der UNESCO (1982, S. 1) umfasst *Kultur* die Summe geistiger, materieller, intellektueller und emotionaler Aspekte, die eine Gesellschaft oder Gruppe kennzeichnen, einschließlich Kunst, Literatur, Lebensformen und Wertsysteme. Dies schließt einen normativen Ansatz aus, der Kultur auf Hochkultur beschränkt, denn ein Großteil der hoch geförderten Kultur erreicht nur einen kleinen Teil unserer Gesellschaft und lässt viele außen vor.

Wichtige Teile einer weit verstandenen Kultur sind die Breitenkultur und die Kulturen in den Stadtteilen. Die *Breitenkultur* wird in der Regel durch bürgerschaftliches Engagement getragen. Sie stärkt lokale Gemeinschaften durch aktives Tun und fördert die regionale Identität. Dass sie oft mit Nicht-Professionalität assoziiert wird, wird ihrer Bedeutung nicht gerecht.

Die *Stadtteilkulturen* bilden die Obermenge der kulturellen Aktivitäten im Stadtteil. Der Plural ist bewusst gewählt, denn es gibt nicht *die* Kultur im Stadtteil, sondern eine Vielfalt sehr unterschiedlicher kultureller Ausprägungen. Stadtteilkulturen spielen eine wichtige Rolle für die Integration von Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie werden durch eine große Zahl von Akteuren getragen, durch Vereine, soziokulturelle Initiativen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Bezirksbeiräten etc. Stadtteilkulturen fördern bürgerschaftliches Engagement, schaffen Lebensqualität, überwinden Grenzen und ermöglichen Begegnungen. Sie stärken die Identifikation mit dem Wohnumfeld und verbessern das Image eines Stadtteils.

Auch sozio-kulturelle Initiativen spielen eine wichtige Rolle in den Stadtteilkulturen. Entstanden auch als gesellschaftskritischer Gegenentwurf zur klassischen Hoch- und Breitenkultur, arbeiten sie heute meist eng mit der Breitenkultur zusammen.

Die Kulturen in den Stadtteilen erfahren nach wie vor nicht die Beachtung, die angemessen wäre. Das gefährdet Pluralität: eine Kultur, die Vielfalt propagiert, separiert sich in immer stärker gegeneinander abgeschottete Blasen. Diese Entwicklung erscheint inzwischen auch den hochsubventionierten Kultureinrichtungen als Manko. Sie versuchen, ihrer Angebote zu „sozio-kulturalisieren“, um neue Bevölkerungsschichten zu gewinnen, allerdings ohne großen Erfolg (Mandel 2022). Notwendig wäre eine *Demokratisierung der Kultur*, die Menschen über soziale, politische und kulturelle Grenzen hinweg verbinden und unterschiedliche Kulturen als anders, aber gleichwertig anerkennen sollte (Mandel 2022). Die vorwiegend konsumtive Hochkultur könnte von den Stadtteilkulturen lernen – aktives Gestalten, Begegnung, Kommunikation, auch gemeinsames Essen und Trinken sind ihr verloren gegangen (Mandel 2022, S. 10) – und dieser Verlust bedroht auch eine wichtige Basis für das urbane Leben, denn dieses benötigt Orte der Kommunikation.

7. Die Stadt Heidelberg und der Stadtteil Rohrbach

Um nachzuvollziehen, wie die Arbeit in den *Stadtteilkulturen* zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen kann und wie sich dies in der Wahrnehmung der Aktiven widerspiegelt, wurden für diese Arbeit qualitative Interviews in einem Feld geführt, das dem Verfasser aus langjähriger ehrenamtlicher Arbeit vertraut ist. Das ermöglichte Zugänge zu lokalen Expert:innen, die anderen Forschenden nicht im gleichen Maße zur Verfügung gestanden hätten. Diese Art des Zugangs hat aber auch Nachteile, auf die an anderer Stelle näher eingegangen wird²².

In den Antworten der Befragten spiegelt sich vor allen Dingen die konkrete Situation vor Ort in Heidelberg und im Stadtteil Rohrbach wider. Deshalb soll an dieser Stelle zunächst das urbane Umfeld der Untersuchung näher beleuchtet werden: die Universitätsstadt Heidelberg und einer ihrer 16 Stadtteile, Rohrbach, im Süden der Stadt. Heidelberg selbst ist eine kleine Großstadt, die aber aufgrund einer hohen Dichte an wissenschaftsorientierten Einrichtungen und Unternehmen und deren Renommées weltweit bekannt ist. Die Überschaubarkeit der Stadt und die besondere Struktur der wissenschaftsorientierten Einrichtungen bedingen auch eine spezifische Bevölkerungsstruktur. Dies betrifft nicht nur den Arbeitsmarkt, es beeinflusst auch in hohem Maße die sozialen Rahmenbedingungen, das Bildungsniveau und das ehrenamtliche und politische Engagement. Diese Faktoren sollen im Folgenden komprimiert dargestellt werden, da sie als Hintergrundinformationen beachtet werden sollten.

Die Universitätsstadt Heidelberg

Lage und Geschichte

Besiedlungen auf dem Gebiet der heutigen Stadt sind bereits aus keltischer und römischer Zeit bekannt. Erstmals erwähnt wird der Heidelberg 1196 (Kohnle 2011, S. 21). Heidelberg ist neben Mannheim und Ludwigshafen ein Zentrum im Dreiländereck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Die Region beherbergt ca. 2,4 Millionen Menschen und ist seit 2005 europäische *Metropolregion* (wikipedia, 2023). Hier arbeiten viele große Unternehmen (u. a. ABB, BASF, Daimler Benz, Heidelberg Materials, Heidelberger Druckmaschinen, Freudenberg, Roche und SAP).

Das Gebiet der Metropolregion Rhein-Neckar ist größtenteils identisch mit dem Gebiet der *Kurpfalz*, die bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts bestand und deren kulturelles Erbe auch heute noch die regionale Identität stark beeinflusst (Kohnle 2011, S. 10–22).

²² Siehe: > Anhang > Untersuchungskonzeption und Forschungsbericht

Heidelberg ist Standort einer der ersten und bekanntesten europäischen *Universitäten* (gegründet 1386). Die Stadt war das wichtigste Zentrum des Calvinismus in Deutschland, was viele ausländische Studierende anzog, aber Heidelberg auch mehrfach zum Schauplatz blutiger Kriege machte (Kohnle 2011, S. 29, 78, 82). Auf den Emporen der Heiliggeistkirche befand sich die bedeutende Büchersammlung der Pfälzer Kurfürsten, die *Bibliotheca Palatina*, deren Kernbestand bis ins frühe 15. Jahrhundert zurückreicht. Die Truppen der Katholischen Liga verschleppten die Bibliothek im Dreißigjährigen Krieg nach Rom, wo sie heute noch ist (Kohnle 2011, S. 126). Die Region war nicht nur für ausländische Studierende attraktiv, sie übte auch eine Anziehungskraft auf Glaubensflüchtlinge aus, nicht zuletzt auf Hugenotten aus Frankreich, die hier ganze Ortschaften gründeten. Diese Offenheit wurde der Kurpfalz aber immer wieder zum Verhängnis. Kriege mit religiösen Hintergründen verheerten die Region mehrmals (Kohnle 2011, S. 137, 153, 189–191).

Migration ist in doppelter Hinsicht ein prägender Faktor in der Region. Es kamen nicht nur Verfolgte in die Gegend, das materielle Elend im Gefolge der Kriege und religiöse Faktoren führten auch zu *Auswanderungswellen* (Kohnle 2011, S. 177). So kambierten zu Beginn des 18. Jahrhunderts mehr als 10.000 Menschen aus der Pfalz vor den Toren Londons, die meisten von Ihnen aus dem Rhein-Neckar-Raum (Defoe/Moore 2017, S. 47). *Poor Palatines* nannte man sie, arme Pfälzer, die um Aufnahme baten oder nach Amerika weiterwollten (Moore 2017). Das Elend dieser Migranten und die Reaktion der englischen Gesellschaft beschrieb der Journalist Daniel Defoe, Autor von Robinson Crusoe, in eindringlichen Worten in einem 1709 erschienenen Text. Defoe forderte darin, die Geflüchteten gut aufzunehmen und wies darauf hin, dass u. a. die Kurpfalz viele Menschen aus England aufgenommen hatte, die vor den „Verfolgungen zur Zeit Königin Marias jenseits des Meeres Schutz suchen mussten ...“ (Defoe/Moore 2017, S. 39).

Bevölkerungsstruktur

Heidelberg ist eine der am stärksten wachsenden Städte Deutschlands. 2021 lebten hier 159.246 Menschen, darunter 30.436 Ausländer:innen (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2023). Die Stadt hat die jüngste Bevölkerung der Bundesrepublik auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte (Statistisches Bundesamt 2021). Der aktuelle Altersdurchschnitt liegt bei 39,8 Jahren (Rhein-Neckar-Zeitung, 05.06.2023).

Im Jahr 2021 lebten in Heidelberg Menschen aus 162 Nationen (Stadt Heidelberg 2021a, S. 40). Eine Studie des SINUS-Instituts ergab 2008, dass etwa zwei Drittel der Bewohner:innen mit Migrationshintergrund über das Abitur oder eine vergleichbare Qualifikation verfügten. Integrationsprobleme konnte die Studie bei diesen Menschen keine feststellen (Stadt Heidelberg 2018a, S. 40). Der *Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2018* sieht den Grund dafür in der hohen Zahl an Hochschulen und wissensintensiven Unternehmen (Stadt Heidelberg 2018a, S. 171).

Beschäftigung

Die meisten Beschäftigungsmöglichkeiten in der Stadt bieten die Universität und andere wissenschaftsintensive Dienstleistungen. Im Jahr 2019 verzeichnete die Stadtverwaltung mehr als 22.000 Mitarbeitende aus Heidelberg in Wissenschaftseinrichtungen – etwa ein Fünftel der Heidelberger Erwerbstätigen (Stadt Heidelberg 2021b, S. 13 f.). 18 % davon hatten keinen deutschen Pass, im unmittelbar wissenschaftlichen Bereich sogar mehr als 27 %, darunter viele Akademiker:innen. (Stadt Heidelberg 2021b, S. 14). Die Akademiker:innenquote unter den Beschäftigten betrug in Heidelberg insgesamt ca. 34 %, der Anteil derjenigen ohne Berufsabschluss lediglich ca. 13 % (Stadt Heidelberg 2021b, S. 20).

Ein zweiter wichtiger Beschäftigungsfaktor in Heidelberg ist der Tourismus. Die Stadt zählt zu den Top 50 Destinationen im Städtetourismus und verzeichnete vor Corona mehr als 1,65 Millionen Übernachtungen mit ca. 840.000 Gästen, fast ein Drittel davon aus dem Ausland (Statistisches Bundesamt 2020).

Die medizinischen Einrichtungen sind ebenfalls ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das Universitätsklinikum nimmt europaweit eine Spitzenposition in Medizin und Forschung ein. Menschen aus aller Welt lassen sich hier behandeln. 2020 wurden mehr als 180.000 Patienten registriert, über 123.000 davon am Universitätsklinikum (Stadt Heidelberg 2020a, Tabelle 901). In der Stadt sind auch bedeutende medizinische Forschungsinstitutionen angesiedelt, u.a. das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen (NCT). Insgesamt bietet das Gesundheits- und Sozialwesen Arbeitsplätze für fast 25.000 Menschen (Stadt Heidelberg 2020a, Tabelle 512).

Heidelberg belegte 2022 den 1. Platz im Landeswettbewerb *Start-up BW Local – gründungsfreundliche Kommune* (Kros 2023). Mit 8,6 neuen Startups je 100.000 Einwohner:innen liegt die Stadt auf Platz 5 unter den 10 gründungsfreudigsten Städte Deutschlands (Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg 2024)

Bildung

Der Bildungsstand der Heidelberger Bevölkerung ist typisch für eine Universitätsstadt: etwa 57 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben eine Fachhochschul- oder Hochschulreife, fast 30 % ein Diplom, Master oder einen vergleichbaren Abschluss. Ganz ohne Schulabschluss sind nur etwa 1 % (Stadt Heidelberg 2022, S. 22). Die Stadt hat bundesweit die niedrigste Schulabschneiderquote (Stadt Heidelberg 2018a, S. 169).

Die Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren in Heidelberg ist die höchste in den alten Bundesländern (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2019, S. 9, 16) und liegt auf der Höhe der

Quote in Ostdeutschland. Allerdings sind Stadtteile mit höherem Anteil an Kindern mit Förderbedarf vergleichsweise unterversorgt. Die Befragten in der *Heidelberg-Studie 2021* beurteilen die Familienfreundlichkeit insgesamt sehr hoch, allerdings fällt das Urteil in den südlichen Stadtteilen – Boxberg, Emmertsgrund, Kirchheim und Rohrbach – deutlich schlechter aus (FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH 2022, S. 53).

In Heidelberg gibt es aktuell 18 öffentliche, 8 private Grundschulen und eine Ergänzungsschule (IGH) mit Primarstufe (Stadt Heidelberg 2022, S. 58). Mehr als ein Viertel der Grundschul Kinder besuchen private Grundschulen²³ (Stadt Heidelberg 2024, S. 10–12). Die Betreuungsquote am ergänzenden Betreuungsangebot an den Grundschulen betrug im Schuljahr 2020/21 durchschnittlich 85 % (Stadt Heidelberg 2022, S. 80).

Die dominierende weiterführende Schulart ist das Gymnasium, in das annähernd zwei Drittel der Heidelberger Schüler:innen wechseln (Stadt Heidelberg 2024, S. 24). Nahezu die Hälfte der Gymnasiast:innen besucht private Gymnasien (Stadt Heidelberg 2024, S. 17)²⁴.

Eine besondere Rolle spielt in Heidelberg die *Internationale Gesamtschule Hasenleiser* (IGH) im Stadtteil Rohrbach. Sie ist eine *Schule besonderer Art* mit einer Grundschule als Primarstufe und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium, die alle im selben Gebäudekomplex untergebracht sind (Stadt Heidelberg 2022, S. 130).

Die Universität ist seit 2019 eine von zehn deutschen Exzellenzuniversitäten. Aktuell sind hier über 32.000 Studierende in mehr als 250 Studiengängen eingeschrieben, darunter ca. 4.500 aus dem Ausland (Schulte 2024).

Kultur

Obwohl Heidelberg über ein breites Kulturangebot verfügt, beklagten die Befragten der *Heidelberg Studie von 2022* einen Mangel an kulturellen Angeboten in den Stadtteilen: 42% der Befragten vermissen Kulturangebote in fußläufiger Nähe (Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 22–25).

Soziale Situation

Ende 2016 gab es in Heidelberg ca. 84.000 private Haushalte, bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von knapp 1,8 Personen. Vier und mehr Personen finden sich in weniger als 10 % der

²³ Insgesamt besuchen 4,278 Kinder öffentliche Heidelberger Grundschulen und 1.099 private Grundschulen, von denen 492 aus dem Umland stammen (Stadt Heidelberg 2024, S. 10–12).

²⁴ 3.387 Schüler:innen besuchen öffentliche Gymnasien in Heidelberg. Die privaten Gymnasien zählen 3.364 Schüler:innen, 1.257 davon kommen aus Umlandgemeinden (Stadt Heidelberg 2024, S. 16 f.). Heidelberger Schüler:innen besuchen ebenfalls Gymnasien im Umland, über deren Zahl gibt die Schulstatistik der Stadt Heidelberg keine Auskunft.

Wohnungen (Stadt Heidelberg 2018a, S. 33). Nur in ca. 15 % der Haushalte leben Kinder, in fast einem Viertel davon mit einem alleinerziehenden Elternteil, zumeist mit der Mutter (Stadt Heidelberg 2018a, S. 35).

Heidelberg war 2013 eine der drei baden-württembergischen Kreisstädte mit der stärksten Ungleichverteilung steuerpflichtiger Einkommen. Das unterste Viertel der Steuerpflichtigen kam nur auf 1,6 % des Gesamteinkommens aller, die 5 % Bestverdienenden dagegen auf über 45 %. Fast ein Viertel des Gesamteinkommens wurde von nur 90 Einkommensmillionären erzielt (Stadt Heidelberg 2018a, S. 92). Der *Bericht zur Sozialen Lage 2018* nennt für 2013 einen Gini-Koeffizienten²⁵ für Heidelberg von 0,713 – deutlich über dem von Baden-Württemberg und Gesamtdeutschland (Stadt Heidelberg 2018a, S. 94).

Die letzten aktuell verfügbaren Zahlen von Ende 2016 verzeichneten eine Quote von 7,6 % der in Heidelberg Lebenden, die auf Transferleistungen (SGB II, SGB XII, Wohngeld, Asylbewerber-Leistungsgesetz) angewiesen sind. Das ist niedriger als die Quote vergleichbarer Großstädte (Stadt Heidelberg 2018a, S. 55). Trotzdem ist auch hier nahezu jedes zehnte Kind unter 18 Jahren, nicht zuletzt aus Alleinerziehenden-Familien, auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen (Funcke/Menne 2023, S. 21), (Stadt Heidelberg 2018a, S. 186). Zwischen den Stadtteilen gibt es große Unterschiede: in Handschuhsheim und Neuenheim betrug der Durchschnitt der SGB II-Leistungen beziehenden Haushalte nur 2,4 bzw. 1,1 %, im neuen Stadtteil Bahnstadt nur 0,4 %. Dagegen lag die Quote in den südlichen Berg-Stadtteilen Boxberg bei 13,2 % und im Emmertsgrund sogar bei 16,2 % (Stadt Heidelberg 2018a, S. 68).

Auch in Heidelberg ist das Armutsrisiko für Menschen mit Migrationshintergrund erhöht, wobei die Aufenthaltsdauer eine wichtige Rolle spielt. Während Deutsche ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt eine Armutsrisikoquote von 12,1 % aufweisen, liegt diese bei Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 20,3 % (Aufenthaltsdauer: 25-30 Jahre) und nahezu 42 % (Aufenthaltsdauer: weniger als 5 Jahre) (Stadt Heidelberg 2018a, S. 46).

Wie in vielen Universitätsstädten, so sind auch in Heidelberg die Wohnungsmieten hoch. Deshalb verwundert es nicht, dass nahezu ein Viertel der Befragten der Heidelberg Studie 2022 den *Mangel an bezahlbarem Wohnraum* und *Armut in der eigentlich reichen Stadt* als größtes soziales Problem nennen (Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 36).

²⁵ Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei 0 für völlige Gleichverteilung steht (alle Menschen verfügen über dieselben Einkommen), der Wert 1 dagegen steht für extreme Ungleichverteilung: ein Mensch besitzt alles (Spannagel/Zucco 2022, S. 21).

Vergleicht man die Kennzahlen für die unterschiedlichen Arten der Segregation, ergibt sich für Heidelberg folgendes Bild:

- In Bezug auf die *Armutssegregation* liegt die Stadt leicht über dem Bundesdurchschnitt (Helbig/Jähnen 2018, S. 144 f.).
- Die *Alterssegregation* scheint in Heidelberg kein Thema zu sein (Helbig/Jähnen 2018, S. 38, 149–163).
- Auch bei der *ethnischen Segregation* erreichte die Stadt 2014 einen niedrigen Wert (Helbig/Jähnen 2018, S. 147), der für Städte mit hohem Ausländer:innen-Anteil nicht ungewöhnlich ist: „... je höher der Ausländeranteil in einer Stadt, desto geringer ist die ethnische Segregation“ (Helbig/Jähnen 2018, S. 33).
- Der Zusammenhang zwischen dem Anteil an SGB-II-Empfänger:innen und der Anzahl von Menschen ohne deutschen Pass war in den Heidelberger Stadtteilen ebenfalls vergleichsweise niedrig, was typisch ist für Städte mit einer hohen Attraktivität für gut ausgebildete Ausländer:innen (Helbig/Jähnen 2018, S. 42).

Kriminalität und Sicherheit

Zur Beurteilung der Sicherheit in Heidelberg, der beobachtbaren wie der gefühlten, liegt zum einen die *Polizeiliche Kriminal- und Verkehrsstatistik 2023* (Polizeipräsidium Mannheim 2023) vor. Zum anderen erstellte das Institut für Kriminologie der Universität im Auftrag der Stadt Heidelberg ein *Sicherheitsaudit Heidelberg 2023* (Hermann 2023), das sich vor allem mit der subjektiven Seite der Kriminalität beschäftigt, mit *Incivilities*²⁶, Kriminalitätsfurcht und Viktimisierung und deren Ursachen, sowie mit den Möglichkeiten kommunaler Kriminalprävention.

Die *Polizeiliche Kriminal- und Verkehrsstatistik* (PKS) beschreibt Delikte, die der Polizei in Mannheim und Heidelberg und dem sie umgebenden Rhein-Neckar-Kreis bekannt werden. Für den Stadtkreis Heidelberg stellt die PKS einen deutlichen Anstieg der Straftaten zwischen 2022 und 2023 von fast 10 % fest. Im Vergleich zur Statistik von 2022 stiegen die Zahlen um 18,9 % an und lagen damit 3 % höher als zehn Jahre vorher. Auch bei der Gewaltkriminalität war ein starker Anstieg von 11,4 % zu verzeichnen (Polizeipräsidium Mannheim 2023, S. 31–33).

In den meisten Deliktbereichen werden nicht-deutsche Tatverdächtige überproportional häufig erfasst: u. a. bei Raub/Räuberischer Erpressung und bei Gewaltkriminalität (Polizeipräsidium Mannheim 2023, S. 44). Auch bei der Gesamtzahl der Tatverdächtigen wurde ein deutlicher Anstieg

²⁶ *Incivilities* sind soziale oder bauliche Verhältnisse, die den Eindruck von Desorganisiertheit oder Verwahrlosung erwecken, wie etwa Jugendliche, die 'herumlungern' oder öffentlicher Alkohol- oder Drogenkonsum, heruntergekommene Gebäude, Unrat im öffentlichen Raum etc. (Kock/Thöle 2012, S. 134).

dieser Gruppe um 18,6 % auf 46,8 % registriert (Polizeipräsidium Mannheim 2023, S. 44). Der Anteil von Asylbewerber:innen stieg ebenfalls stark und lag 2023 bei 16,8 % (Polizeipräsidium Mannheim 2023, S. 44). Eine Aussage, ob darunter auch ausländerrechtliche Verstöße erfasst wurden, lässt die PKS 2023 nicht zu.²⁷ Eine Beurteilung, welche Rolle bei diesen Befunden unterschiedliche Alters- und Geschlechtsstrukturen oder ein anderes Anzeigeverhalten spielen, lassen die veröffentlichten Zahlen der PKS ebenfalls nicht zu.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ermöglicht keine Aussagen über Verurteilungen und auch keinen Einblick in die subjektive Wahrnehmung, die Kriminalitätsfurcht und Viktimisierung von Menschen. Nähere Einblicke dazu ermöglicht das *Sicherheitsaudit Heidelberg 2023* (Hermann 2023) auf der Grundlage regelmäßiger Befragungen und der Analyse der Statistiken der Polizei. Die Erhebung Anfang 2023 erfolgte überwiegend online und war nach Ansicht der Autor:innen „weitgehend repräsentativ“. Eine Schieflage ergibt sich u. U. dadurch, dass der Stadtteil Emmertsgrund unter- und die Stadtteile Bahnstadt und Neuenheim „signifikant, aber geringfügig“ überrepräsentiert waren (Hermann 2023, S. 19–22). Nach dieser Untersuchung liegen sowohl die Kriminalitätsbelastung (Hermann 2023, S. 36 f.) als auch die Kriminalitätsfurcht (Hermann 2023, S. 31) in Heidelberg unter dem Niveau vergleichbarer baden-württembergischer Städte. Die Lebensqualität in der Stadt wird über alle Stadtteile hinweg insgesamt positiv bewertet (Hermann 2023, S. 34).

Das Audit stellte signifikante Unterschiede in Bezug auf die Kriminalitätsfurcht zwischen den Stadtteilen fest. Interessant ist, dass die für den eigenen Stadtteil genannte Kriminalitätsfurcht stark von derjenigen abweicht, die Befragte in Blick auf andere Stadtteile äußerten. So fanden fast viermal so viele Interviewte die Situation auf dem Boxberg bedrohlich, als es die Bewohner:innen selbst verspürten (Hermann 2023, S. 42 f.). Tatsächlich ist die registrierte Kriminalität in der Altstadt und in Bergheim am höchsten und auf dem Emmertsgrund und Boxberg vergleichsweise niedrig (Hermann 2023, S. 45).

Einen wesentlichen Faktor für die Kriminalitätsfurcht in allen Altersgruppen stellen sexuelle Belästigungen dar (Hermann 2023, S. 41). U. a. deshalb sind Frauen in Heidelberg von Kriminalitätsfurcht stärker betroffen als Männer und junge Menschen stärker als ältere. „Die Gruppe mit der höchsten Kriminalitätsfurcht sind junge Frauen mit oder ohne Migrationshintergrund“ (Hermann 2023, S. 67). Auch die Akzeptanz von Normen beeinflusst die Kriminalitätsangst signifikant. Menschen mit hoher Kriminalitätsfurcht sind häufig stark normorientiert. Ihnen sind die persönliche Sicherheit und Traditionen sehr wichtig (Hermann 2023, S. 67). Hauptfaktor für die Steigerung von Kriminalitätsfurcht nennt die Studie *Incivilities* (Hermann 2023, S. 13–17). Sie bestätigt damit Ergebnisse aus anderen Städten (Heitmeyer et al. 2012). „Bemerkenswert ist, dass Opferwerdungen und Kriminalität nicht

²⁷ In der Vorjahresversion war noch darauf hingewiesen worden, dass diese nicht miterfasst wurden (Polizeipräsidium Mannheim 2022, S. 44).

als Furchtursachen gesehen werden. Als Gründe für Kriminalitätsfurcht wurden von den Befragten in erster Linie *Incivilities* genannt“ (Hermann 2023, S. 61). Als wichtigste Problemfelder nannten die Befragten Gruppen alkoholisierter Personen, Schmutz und Müll in Straßen oder Grünanlagen, Konsum und Handel von Drogen sowie respektloses/rücksichtsloses Verhalten in der Öffentlichkeit oder im Straßenverkehr (Hermann 2023, S. 56 f.). Insgesamt zeigte das Audit, dass die Höhe der Kriminalitätsfurcht starken subjektiven Einflüssen ausgesetzt ist. So fühlen sich etwa 17 % der Menschen, die häufig in der Altstadt unterwegs sind, dort unsicher, aber nahezu jede:r zweite derjenigen, die fast nie dort sind. „Dies zeigt, dass bei fehlender eigener Erfahrung Alltagstheorien und Stereotype relevant werden. Die Vorstellung, dass Heidelberg bei Nacht unsicher sei, basiert demnach zum Teil auf Vorurteilen“ (Hermann 2023, S. 56). *Incivilities* wurden am häufigsten von Bewohner:innen des Emmertsgrunds als Problem benannt (Hermann 2023, S. 48). Dort ist auch der Anteil derjenigen, die misstrauisch gegenüber Polizei, Politik und der Nachbarschaft sind, überdurchschnittlich hoch (Hermann 2023, S. 52).

Die Autor:innen glauben, dass ein Abbau von *Incivilities* die Kriminalitätsfurcht in Heidelberg erheblich vermindern würde (Hermann 2023, S. 63). Auch die Stärkung des Sozialkapitals ist ein zentraler Ansatzpunkt zur Senkung der Kriminalitätsfurcht: „Je größer das Vertrauen ist, desto geringer ist die Kriminalitätsfurcht“ (Hermann 2023, S. 63). Ein besonderes Augenmerk müsse dabei auf das Vertrauen in der Nachbarschaft, im Stadtteil und auf das in die Kommunalpolitik gelegt werden (Hermann 2023, S. 64).

Wahlverhalten

In Heidelberg dominieren aktuell bei den Wahlen grüne Parteien – nicht untypisch für eine Universitätsstadt. Bei der Gemeinderatswahl im Jahr 2024 erhielten die Grünen trotz Verlusten mehr Stimmen als CDU und SPD zusammen (Stadt Heidelberg 2020a, Tabelle 1405). Bei den Oberbürgermeisterwahlen 2022 setzte sich allerdings der von konservativer Seite unterstützte Amtsinhaber deutlich durch.

Der *Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2018* des Amts für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt beschreibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Armut in der Bevölkerung und der Wahlbeteiligung:

Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Personen nutzen ihr Wahlrecht. ... Wer also von zwei Stadtteilen die integrierte SGB-Quote kennt, kann mit hoher Trefferquote vorhersagen, in welchem die Wahlbeteiligung höher liegt. (Stadt Heidelberg 2018a, S. 132)

Bei allen Wahlen der letzten Jahre war die Wahlbeteiligung im wohlhabenden Stadtteil Neuenheim am höchsten. Auf dem Emmertsgrund und dem Boxberg, Stadtteilen mit überproportional hoher SGB-Quote, lag sie jeweils um ca. 25 % niedriger (Stadt Heidelberg 2018a, S. 133).

Nichtwählende in Heidelberg

Wie erwähnt, untersuchen die Heidelberg-Studien nicht alle Themenbereiche kontinuierlich gleich tief, weshalb nicht immer auf aktuelle Daten zugegriffen werden kann. Die Ergebnisse, die das Verhalten von Nichtwählenden erforschen, basieren auf der Studie 2009. An den vorangegangenen Kommunal- und Europawahlen beteiligten sich nach eigenen Angaben etwa 71 % der Befragten, 20 % mehr als die tatsächliche Wahlbeteiligung feststellte. Die Studienautor:innen vermuten als Grund ein Over-Reporting: die Abweichung könnte der Tatsache geschuldet sein, dass Befragte zu entsprechenden Antworten tendieren, weil sie die Wahlbeteiligung als sozial erwünscht empfinden. Dieser Einschätzung entspricht auch, dass 86 % der Aussage zustimmten: „In der Demokratie [ist] es die Pflicht jedes Bürgers, sich an Wahlen zu beteiligen“ (Stadt Heidelberg 2010, S. 38).

Die meisten bekennenden Nichtwählenden waren zwischen 18 und 35 Jahren alt (43 %). Bei den über 60-Jährigen lag der Wert bei 21 % (Stadt Heidelberg 2010, S. 40). Bei den Befragten mit Hochschulabschluss lag die Quote der Nichtwählenden bei 19 %, bei Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss oder Abitur bei 30 %. Leider wurden die Werte nicht weiter differenziert (Stadt Heidelberg 2010, S. 41). Bei den politischen Präferenzen zeigte sich, dass am häufigsten Sympathisanten der CDU der Wahl fernblieben, gefolgt von denen von Bündnis 90/Die Grünen. Nichtwählende, die sich regelmäßig über Kommunalpolitik informieren, nennen zumeist *Protest* oder *Unzufriedenheit* als Grund, nicht zur Wahl gegangen zu sein, Uninformierte erklären ihr Fernbleiben mit *Desinteresse* (Stadt Heidelberg 2010, S. 42). Etwa 60 % der Nichtwählenden engagieren sich nicht in Vereinen. „Hier zeigen sich die sozialen Komponenten eines Vereins, der als Forum des Austauschs über politische Themen fungiert und somit integrativ wirkt und dabei die Wahrscheinlichkeit für eine Wahlbeteiligung erhöht“ (Stadt Heidelberg 2010, S. 43).

Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg

Die Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg wird in der Literatur in der Regel als vorbildlich beschrieben. Franziska Paula Ritter sieht die Stadt an der Spitze der Best-Practice-Beispiele (Ritter 2021, S. 236). Bereits im Herbst 2010 hatte der Heidelberger Gemeinderat der Verwaltung den Auftrag erteilt, einen Arbeitskreis zu bilden mit der Aufgabe, Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung zu entwickeln. In diesem Arbeitskreis waren Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung vertreten. Die Leitung und die Moderation übernahm ein Wissenschaftsteam. Der Arbeitskreis entwickelte in öffentlichen Sitzungen erste Entwürfe für *Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg*, eine Satzung sowie Verwaltungsvorschriften für Verfahrensregeln. Nachdem diese im Frühjahr 2012 in öffentlichen Veranstaltungen diskutiert worden waren, beschloss sie der Gemeinderat einstimmig (Bernhard/Zimmermann 2016, S. 2).

Leitlinien der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg

Die Leitlinien nennen als zentrale Ziele eine „frühzeitige und umfassende Information, verlässliche Verfahren mit verbindlichen Regeln und breite Initiativrechte“. Damit soll den unterschiedlichen Interessen und Partizipationswünschen der Bevölkerung Rechnung getragen werden und zugleich sollen die Menschen in Mitverantwortung genommen werden. Die Kompetenzen und Ressourcen von Bevölkerung, politischen Vertretungen und Verwaltung sollen zusammengeführt werden und zum Gelingen von Projekten beitragen. Die Bürgerschaftsbeteiligung soll zudem die demokratischen Strukturen der Kommune ergänzen und stärken und nicht zuletzt die Akzeptanz für Entscheidungen der politischen Gremien verbessern (Stadt Heidelberg 2015b, S. 5).

Vetter/Bollow beschreiben Aspekte, die für eine nachhaltige Öffentlichkeitsbeteiligung unabdingbar sind und die auch in den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg als zentrale Elemente benannt werden (Stadt Heidelberg 2015b, S. 6 f.):

■ **Verlässlichkeit bei Durchführung und Ablauf**

Partizipation muss dauerhaft und fest in Planungs- und Entscheidungsprozesse der Stadt eingebunden werden. Anregungen für Beteiligungsprojekte dürfen nicht nur vonseiten der Verwaltung, des Gemeinderats, der Bezirksbeiräte oder von Interessensgruppen²⁸ gemacht werden, sondern von allen Bürger:innen. Zudem sind verlässliche Regeln für die Verfahren und deren Abläufe notwendig. Diese Regeln müssen der Bevölkerung bekannt sein und es muss möglich sein, ihre Einhaltung zu prüfen (Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 114 f.)

■ **Frühzeitige Information der Bevölkerung**

Ein wichtiges Instrument für die Information der Bürger:innen in Heidelberg ist die *Vorhabenliste*. Sie soll erstellt werden, bevor sich Verwaltung und Gemeinderat mit Projekten beschäftigen und zählt Projekte auf, bei denen davon auszugehen ist, dass sie das Interesse einer großen Anzahl Menschen wecken. Die Liste enthält auch Angaben darüber, ob bereits eine Beteiligung vorgesehen ist und wie diese stattfinden soll. Die Vorhabenliste wird vom Gemeinderat beschlossen und soll laufend aktualisiert werden (Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 116).

28 „Bürgerbeteiligung an Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats kann in formalisierter Form wie folgt angeregt werden: ...

(4) Vereine, die sich für öffentliche Belange ihres Stadtteils einsetzen.

Gemeinnützige Vereine, die seit mindestens 5 Jahren im Vereinsregister eingetragen und nach ihrer Satzung verpflichtet sind, sich für die öffentlichen Belange ihres Stadtteils einzusetzen, können durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung Bürgerbeteiligung an einem Vorhaben in dem jeweiligen Stadtteil anregen“ (Stadt Heidelberg 2015b, S. 11)

■ **Verbindlichkeit von Beteiligungsergebnissen**

Nicht nur Grundsätze und Regeln sollen eingehalten werden, es soll auch gewährleistet sein, dass sich die Bevölkerung äußern kann und ernstgenommen wird. Die Leitlinien fordern außerdem, dass die Ergebnisse der Partizipation in die Beratungen der Gremien einfließen, und dass deren Ergebnisse nachvollziehbar kommuniziert werden, vor allem dann, wenn Beschlüsse aus Beteiligungsverfahren nicht umgesetzt wurden (Stadt Heidelberg 2015b, S. 18).

■ **Zuletzt entscheiden die gewählten Gremien**

Die letzte Entscheidung treffen die gewählten Gemeinderät:innen²⁹. Das muss der Bürgerschaft klar vermittelt werden (Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 119 f.).

Zur Umsetzung dieser Vorgaben richtete die Stadt Heidelberg eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung ein (Stadt Heidelberg 2015b, S. 6 f.), die Einwohner:innen, Verwaltung und Gemeinderät:innen auf allen Ebenen von Beteiligungsverfahren beraten und unterstützen soll (Stadt Heidelberg 2015b, S. 18 f.). Die Stadt Heidelberg beschloss außerdem eine regelmäßige Evaluierung und Weiterentwicklung des Konzepts.

Zustimmung zur Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg

In allen bisherigen Untersuchungen sind ca. 90 % der Befragten der Meinung, die Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg sei sehr wichtig bzw. wichtig. Es finden sich kaum Unterschiede zwischen Altersklassen oder Geschlechtern. Auch Menschen, die sich nicht oder kaum für das kommunale Geschehen zu interessieren, stimmen dem zu (Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 49–52).

Die hohe positive Einschätzung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg ist eine allgemeine Beurteilung, die näher analysiert werden muss. Dabei gilt es erneut zu beachten, dass die Heidelberg-Studien nicht jährlich in derselben Tiefe Daten zum Thema erheben. In den meisten Studien wird die Einschätzung der Beteiligungsverfahren nur allgemein abgefragt. Deshalb ist es notwendig, auch auf ältere Daten zurückzugreifen.

Grundsätzlich muss hinterfragt werden, ob Studien:autorinnen und Befragte das Gleiche meinen, wenn sie von Bürgerschaftsbeteiligung sprechen. Die Heidelberg-Studie von 2020 stellte z. B.

²⁹ Z. B. votierten zwei Drittel der Abstimmenden eines Heidelberger Bürgerentscheids im Jahr 2010 gegen eine Erweiterung der Stadthalle. Die Wahlbeteiligung betrug zwar nur 26 Prozent, aber das nötige Quorum von 25 % war erreicht und die Stadthallenerweiterung verhindert (Vetter/Remer-Bollow 2017, S. 258). Bei einem anderen Bürgerentscheid im Sommer 2019 ging es um die Verlegung des Betriebshofs des regionalen Verkehrsverbunds rnv. Hier erreichten die Gegner der Verlagerung zwar eine Mehrheit von 57,1 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 30,4 Prozent, verfehlten aber das erforderliche Quorum. Trotzdem fühlte sich die Mehrheit des Gemeinderats an das Votum der Abstimmenden gebunden und beschloss, den Betriebshof nicht zu verlegen.

einen deutlichen Anstieg der *Beteiligung an Partizipationsverfahren* im Untersuchungszeitraum fest. Allerdings wirft sie selbst die Frage auf, ob ein Grund dafür der Bürgerschaftsentscheid zur Verlegung des Betriebshofs war, der in dieser Zeit große Aufmerksamkeit erregt hatte und u. U. von den Befragten unter die von der Stadt initiierten Beteiligungsprozesse subsumiert wurde. Auch *Fri-days for Future* könnte so interpretiert worden sein, denn bei unter 30-Jährigen war ein besonders starker Zuwachs der Teilnahme zu beobachten (2018: 29 %; 2019: 54 %) (Stadt Heidelberg 2020b, S. 35).

Die Studie 2014 ergab, dass nur eine kleine Minderheit die *Beteiligungsmöglichkeiten* weniger oder überhaupt nicht wichtig fanden (7 %). Aber befragt, ob sie eine Beteiligung persönlich für wichtig halten, antworteten mehr als ein Viertel der Befragten mit „weniger oder überhaupt nicht wichtig“ (Stadt Heidelberg 2014a, S. 14). Die Anzahl der Beteiligungsmöglichkeiten wird ebenfalls deutlich negativer beurteilt als die Partizipation im Allgemeinen. In der 2023er Befragung gaben 28 % an, es gebe zu wenig Beteiligungsmöglichkeiten (Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 50).

Die grundsätzliche Wertschätzung kontrastiert mit einer verbreiteten Unzufriedenheit auch von Menschen, die Erfahrungen mit Partizipationsprojekten gemacht haben: 45 % dieser Personengruppe sind unzufrieden (Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 51). Heidelberg liegt damit im Trend seines Bundeslands: Eine Baden-Württemberg-weite Studie ergab, dass knapp die Hälfte der Menschen mit Beteiligungserfahrung mit dem Ablauf der Verfahren zufrieden waren und nur 39 % mit deren inhaltlichen Ergebnissen (Brettschneider 2022, S. 9). 16 % der Teilnehmer:innen hielten das Verfahren für eine „reine Showveranstaltung“ und 12 % für „Zeitverschwendung“ (Brettschneider 2022, S. 102). Am häufigsten kritisierten Anhänger:innen von AFD und der Linken Partizipationsprojekte, an denen sie teilgenommen hatten (Brettschneider 2022, S. 100).

Noch deutlicher fällt die Einschätzung der Einflussmöglichkeiten der Bürgerschaft auf die Gestaltung der Stadt aus. Die Heidelberger Untersuchung von 2013 ergab, dass knapp die Hälfte der Befragten ihren Einfluss für gering hält, bei den 50-59-Jährigen waren es sogar zwei Drittel (Stadt Heidelberg 2014a, S. 15). In der Untersuchung zeigte sich ein deutlicher Einfluss der Bildung: Befragte mit Hauptschulabschluss fanden die Einflussmöglichkeiten nur zu 7 % ausreichend, solche mit Hochschulabschluss zu 20 % (Stadt Heidelberg 2002, S. 20). Die aktuelle Heidelberg-Studie beschreibt den Einfluss der formalen Bildung ebenfalls: Befragte mit Hauptschulabschluss nahmen deutlich seltener an Partizipationsveranstaltungen teil (37 %) als andere Gruppen (53 % bzw. 54 %). Die Untersuchung vermutet als Grund u. a. einen „Alterseffekt“: besonders viele Ältere hätten nur einen Hauptschulabschluss. Einen Beleg für diese These bleibt die Studie schuldig (Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 52).

Evaluationen der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg

Die Bedeutung der Bürgerschaftsbeteiligung für die Heidelberger Bürger:innen wird regelmäßig in der jährlich durchgeführten *Heidelberg-Studie* eruiert. Daneben gab es drei Evaluationen:

- 2013/2014 unter der Leitung von Helmut Klages (Klages 2013),
- 2017/2018 unter Leitung von Angelika Vetter (Stadt Heidelberg 2018b),
- 2023/2024 unter der Leitung von Jörg Sommer (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023).

Keine ausgewogene Zusammensetzung der Teilnehmenden

In den ersten beiden Evaluationen wurde u. a. die *nicht-repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmenden der Prozesse* beklagt. Helmut Klages, der Leiter der ersten Evaluation, wies darauf hin, dass die Mehrzahl der befragten Schlüsselpersonen eine nicht ausgewogene Zusammensetzung der Teilnehmenden in den Beteiligungsverfahren schilderte (Klages 2013, S. 51). Dies betraf vor allem die größeren öffentlichen Veranstaltungen, bei denen eine Steuerung der Teilnahme schwierig ist. Die Frage, wie auch hier eine repräsentativere Zusammensetzung erreicht werden kann, ist für Klages (2013, S. 51) eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Bürgerschaftsbeteiligung. Bisher sei darauf aber nur in Einzelfällen geachtet worden und in den von ihm besuchten Veranstaltungen habe auch keine Repräsentativitäts-Kontrolle stattgefunden (Klages 2013, S. 52).

Die Frage, in wieweit (sic!) angesichts dieser überraschend sorglosen Praxis das Ziel der Beteiligung der jeweils objektiv infrage kommenden Grundgesamtheit `der Bürger´ erreicht werden konnte, muss nach der dezidierten Auffassung nahezu aller derjenigen zahlreichen Teilnehmer der Schlüsselpersonenbefragung, die sich hierüber äußerten, verneint werden“. (Klages 2013, S. 52 f.)

Ein interner Bericht im Rahmen der ersten Evaluations (Stadt Heidelberg 2014b) beschreibt das Einbinden aller betroffenen Bevölkerungsteile ebenfalls als schwierig. Die Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung schlug deshalb einen stärkeren Einbezug von Schlüsselpersonen aus dem Themenbereich oder dem betroffenen Stadtteil vor.

Die in der zweiten Evaluation befragten Gemeinderät:innen beschäftigte ebenfalls die Frage, wie die Struktur der Teilnehmenden repräsentativer gestaltet werden kann (Stadt Heidelberg 2018b, S. 17). Während ca. 57 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Heidelberg eine Hochschul- oder Fachhochschulreife aufweisen können – wobei der Anteil bei Einbezug nicht-sozialversicherungspflichtig beschäftigter Personen noch niedriger liegen dürfte – gaben durchschnittlich fast 80 % der Teilnehmenden an Beteiligungsverfahren das Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss als Bildungsstand an. Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss und solche, die nicht in Deutschland geboren sind, waren dagegen unterrepräsentiert (Ritter 2021, S. 241; Vetter 2018, S. 21).

Die zweite Evaluation schlug vor, stärker mit zielgruppenspezifischen Formaten zu arbeiten. Man habe gute Erfahrungen damit gemacht, im Vorfeld von Prozessen die zu erwartenden Interessen, Zielgruppen und Akteur:innen zu analysieren und repräsentative Multiplikator:innen für diese zu finden. Diese konnten dann weitere Interessierte mobilisieren (Bernhard/Zimmermann 2016, S. 4). Außerdem wurde angeregt, über Zufallsauswahlen Menschen einzubeziehen, die normalerweise nicht erreicht werden (Stadt Heidelberg 2018b, S. 15).

Fehlende Klarheit über Gegenstände, Rollen und Handlungsspielräume

Als weitere Verbesserungsnotwendigkeit wurde im internen Bericht der ersten Evaluation (Stadt Heidelberg 2014b, S. 5–7) gefordert, zu einer klareren Definition der Gegenstände von Beteiligungsprojekten, der Rollen und Handlungsspielräume der Akteur:innen und der Grenzen, die die Satzung der Bürgerschaftsbeteiligung setzt, zu kommen. Damit sollte u. a. das Enttäuschungsrisiko gemindert werden. Die Verwaltung beklagte außerdem die zeitlichen, personellen und finanziellen Mehraufwendungen für Kommunikation und Management der Projekte.

Ernüchternd waren die Heidelberger Erfahrungen mit *Online-Partizipationsverfahren*. Mit diesen ist meist die Erwartung verbunden, die Teilnehmenden-Struktur heterogener gestalten zu können und bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch hofft man, günstiger und schneller zu Ergebnissen zu kommen. Die Untersuchungen im Rahmen der zweiten Evaluation der Heidelberger Partizipationsprozesse bestätigen das jedoch nicht. Es zeigte sich einerseits, dass auch digitale Partizipation mit hohen finanziellen Kosten verbunden ist. Andererseits fiel die Reaktionsgeschwindigkeit auf Teilnehmenden-Fragen sogar ab: Online gestellte Anfragen werden häufig erst nach einigen Tagen beantwortet oder gebündelt nach Ende des Verfahrens.

*Die Unmittelbarkeit von Kommunikation, sowohl zwischen Bürger*innen – auch unterschiedlicher Interessen – als auch zwischen Bürger*innen und Fachverwaltung oder Fachplaner*innen, ist in der Online-Beteiligung nicht gewährleistet, jedenfalls nicht so, wie sie aktuell abgebildet wird.* (Ritter 2021, S. 251)

Zudem war zu beobachten, dass Teilnehmende bei Themen mit großem Konfliktpotenzial online zu schärferen Formulierungen tendierten. Menschen mit konträren Meinungen oder Interessen haben bei Veranstaltungen vor Ort 'ein Gesicht', was viel Härte aus der Kommunikation nimmt (Ritter 2021, S. 251). Auch die Hoffnung, mit digitalen Formaten eine breitere Basis an Teilnehmenden zu schaffen, bestätigte sich nicht. Zwar konnten Menschen erreicht werden, die nicht regelmäßig an Beteiligungsverfahren teilnehmen, aber andere Personengruppen waren mit Online-Veranstaltungen nur schwer oder gar nicht zu erreichen. Eine zielgruppenspezifische Ansprache ist eher in entsprechend vorbereiteten Präsenzveranstaltungen möglich. Deshalb ist es sinnvoll, digitale und in Präsenz stattfindende Veranstaltungen in Beteiligungsprozessen zu kombinieren (Stadt Heidelberg 2018b, S. 15; Ritter 2021, S. 252).

Die dritte Evaluation (2022/2023)

Die aktuelle dritte Evaluation besteht aus

- einer *Bestandsanalyse* der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg 2022 (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023),
- einer unter Leitung von Jörg Sommer erstellten *externen Analyse* (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023),
- den *Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Bürgerschaftsbeteiligung* durch den Arbeitskreis Bürgerbeteiligung (Arbeitskreis Bürgerbeteiligung 2023).

Grundsätzliche Beurteilung der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg

Auch in der aktuellen Evaluation erklären mehr als 90 % der Befragten, dass sie die Bürgerschaftsbeteiligung für wichtig oder sehr wichtig halten. Fast zwei Drittel sind der Meinung, dass es genügend Beteiligungsmöglichkeiten in Heidelberg gibt. Mit der Bürgerschaftsbeteiligung insgesamt zufrieden ist etwas mehr als die Hälfte der Befragten (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 6–8).

Das wissenschaftlich federführende Berlin Institut für Partizipation (bipar) untersuchte institutionelle Strukturen sowie die Prozessqualität von Vorhaben (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023, S. 5). Dieser stark formalisierte Ansatz sollte einen Vergleich mit Projekten anderer Städte ermöglichen. Das bipar bilanziert:

Insgesamt realisiert die leitlinienbasierte Bürgerbeteiligung in Heidelberg die aktuellen Standards Guter (sic!) Beteiligung und ist damit im bundesweiten Vergleich von überdurchschnittlicher Qualität. (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023, S. 13)

Diese Vorgehensweise lässt allerdings kaum Einblicke in konkrete Problemlagen zu. Das gestattet eher die *Bestandsanalyse der Bürgerbeteiligung*. Allerdings nutzt diese in Teilen veraltetes Zahlenmaterial: Die Angaben zur generellen Zufriedenheit mit der Bürgerschaftsbeteiligung basieren auf der aktuellen Heidelberg Studie mit Zahlen bis 2021. Dagegen fußen die Angaben zum Umfang der Beteiligungsmöglichkeiten und zur konkreten Zufriedenheit mit den Maßnahmen nicht auf aktuellen Zahlen, sondern greifen auf die Vorgängerstudie zurück und umfassen nur Zahlen bis 2019, obwohl die Heidelberg Studie 2022 neuere Zahlen enthält. Dies hat u. a. Auswirkungen auf die Bewertung der Beteiligung jüngerer Menschen.

Beteiligung jüngerer Menschen an Partizipationsprojekten

In früheren Evaluationen war beklagt worden, dass an Partizipationsprojekten überproportional viele ältere Menschen teilnahmen. Deshalb wurde bei der *Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung* Anfang 2020 eine halbe Personalstelle speziell zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung

eingerrichtet (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 25). Die Wirkungen dieser Maßnahme lassen sich in der *Bestandsanalyse der Bürgerbeteiligung* nicht valide belegen. Die Untersuchung konstatiert zwar einen Anstieg der Beteiligungserfahrung bei jüngeren Befragten, bezieht sich dabei aber auf Daten von 2018 und 2019. Eine Begründung für den Rückgriff auf veraltete Zahlen gibt sie nicht, weist aber einschränkend darauf hin, „dass es große Auswirkungen auf die Interpretation der Daten habe, was die Befragten in der Heidelberg Studie unter *Bürgerbeteiligung* verstehen“ (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 2). Die Heidelberg Studie 2020, auf der die Zahlen und diese Einschätzung basieren, war deutlicher in der Beschreibung möglicher Folgen: sie wies auf einen 2019 stark diskutierten Bürgerentscheid zur Verlegung des Betriebshofs hin, der u. U. von den Befragten als Bürgerschaftsbeteiligungsprozess interpretiert wurde. Auch *Fridays-for-Future* könnte als Öffentlichkeitsbeteiligung verstanden worden sein (Stadt Heidelberg 2020b, S. 35). Damit ist ein Anstieg der Beteiligungserfahrung bei jüngeren Befragten nicht belegbar.

Dafür sprechen auch die aktuellen Zahlen. Die 2023 veröffentlichte *Heidelberg Studie 2022* stellt fest, dass der Anstieg der Beteiligung junger Menschen im Jahr 2019 wahrscheinlich zumindest teilweise auf die Auseinandersetzungen im Umfeld des Bürgerentscheids zum Betriebshof zurückzuführen ist. Die Jugendbeteiligung stieg zwar zwischen 2018 und 2019 von 29 % auf 54 %³⁰ (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 8), fiel 2022 aber wieder auf 41 %. Gründe dafür lassen sich leider aus der 2022er Studie nicht erschließen. Der Forderung der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung, künftig mehr Fragen zum Thema Bürgerbeteiligung in die Heidelberg Studien aufzunehmen oder eigenständige Umfragen zum Thema durchzuführen (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 8), kann auf jeden Fall zugestimmt werden.

Ungeachtet dessen hätte allerdings auch Teil I der dritten Evaluation die vorhandenen aktuellen Zahlen verwenden müssen. Die Aussage: „**Besonders stark ist dieser Anstieg bei den unter 29-jährigen, die einen Anstieg von 25 Prozentpunkten verzeichnen**“³¹ (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 8) widerspricht den Ergebnissen der Heidelberg Studie von 2022, die zwischen 2019 und 2022 sogar einen deutlichen Rückgang der Beteiligung Jugendlicher beobachtet.

Überrepräsentation von Personen mit hoher formaler Bildung

Die *Bestandsanalyse der Bürgerbeteiligung* wies nicht nur auf die geringe Repräsentanz junger Menschen in Beteiligungsprojekten hin, sie machte erneut deutlich, dass Menschen ohne Migrationshintergrund und solche mit hoher formaler Bildung in den Projekten stark überrepräsentiert sind. Mehr als 85 % der nach Beteiligungsveranstaltungen Befragten verfügen mindestens über das Abitur, ca. 70 % haben ein Studium absolviert (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 19).

³⁰ Die Frage war: „Haben Sie selbst schon mal an einer Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung in Heidelberg teilgenommen, beziehungsweise im Internet bei einem Bürgerbeteiligungsprojekt mitgemacht?“

³¹ Fettdruck im Original.

Auch für eine Universitätsstadt ist diese Quote weit davon entfernt, repräsentativ zu sein. Leider wird das in der Evaluation nicht weiter thematisiert. In den Empfehlungen im wissenschaftlichen Teil II haben Maßnahmen zur besseren Einbindung von Menschen mit niedrigerer Bildungsstufe oder von sozial schwächeren Menschen keine Priorität. Lediglich unter dem Stichwort „OPTIONALE MASSNAHMEN“³² heißt es: „Es könnte über gezielte Beteiligungs-Projekte und Maßnahmen nachgedacht werden, die spezifisch darauf hinwirken, dass klassische Nicht-Wähler*innen ihre Interessen einbringen können und Selbstwirksamkeit erleben“ (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023, S. 17). Diese Nichtwählenden sind aber mit hoher Wahrscheinlichkeit zugleich die sozial schwächeren Einwohner:innen (Stadt Heidelberg 2018a, S. 132). Implizit zeigen die Ergebnisse aller bisherigen Evaluationen, dass die Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg im Ergebnis hoch selektiv ist.

Do or explain

Ein weiteres wichtiges Problemfeld bei Partizipationsprozessen ist der Umgang mit den Ergebnissen: die Rückkopplung, welche Maßnahmen umgesetzt wurden bzw. warum Anregungen nicht aufgenommen werden konnten. Die dritte Evaluation der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg erfasst diesen Bereich unter dem Stichwort „Do or explain“. Sie fordert, dass vor allem bei Entscheidungen, die nicht den Ergebnissen von Beteiligungsprozessen entsprechen, die Gründe dafür klar und nachvollziehbar kommuniziert werden, z. B. im *Stadtblatt* oder auf der Homepage der Stadt. Möglich wäre auch ein *Wirkungsbericht* (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 28).

Gemeinwohlorientierung

Ein anderer Gesichtspunkt, der nach Meinung von bipar und Koordinierungsrat einer Nachbesserung bedarf, ist die *Gemeinwohlorientierung*. bipar kritisiert, die Kommune habe bisher keine Maßnahmen ergriffen, um Gemeinwohlinteressen einen Vorrang einzuräumen und sicherzustellen, dass „konträr wirkende Beteiligungsergebnisse grundsätzlich abgelehnt werden“. bipar empfiehlt zudem, im Rahmen der Stakeholder-Analyse zu prüfen, „welche Akteure die Gemeinwohlinteressen vertreten können“ und durch die Prozessmoderation die Priorität von gemeinwohlorientierten Lösungen zu verdeutlichen. Auch die Ergebnisse von Beteiligungen würden bisher nicht in dieser Hinsicht bewertet, moniert das Institut (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023, S. 12).

Allerdings ist in keinem der drei Teile der Evaluation näher beschrieben, was unter *Gemeinwohl* verstanden werden soll. Dies zu definieren, wäre nicht zuletzt deshalb wichtig, wenn ein vermuteter Verstoß gegen das Gemeinwohl ein Ablehnungsgrund für Beteiligungsergebnisse werden sollte. Dadurch entstünde die Gefahr politischer Einflussnahme. Es wäre sinnvoll, eine *Gemeinwohl*-Definition in einem bürgerschaftlichen Prozess zu erarbeiten, so wie dies z. B. in einem Projekt in Münster versucht wurde, wo ein dynamischer Quartier-Gemeinwohl-Index die Richtschnur für Förderentscheidungen ist (Willinger/Schopp/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2021, S. 148).

32 Großschreibung im Original.

Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg

Die jährlich erhobene *Heidelberg-Studie* beschäftigt sich in unterschiedlicher Ausführlichkeit auch mit dem bürgerschaftlichen Engagement in der Stadt. In der 2021er Studie gab die Hälfte aller Befragten ab 16 Jahre an, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Dabei fanden sich kaum Unterschiede zwischen Altersgruppen und Geschlechtern. Es zeigte sich jedoch eine enge Korrelation zwischen bürgerschaftlichem Engagement und einem grundsätzlichen Interesse für das Geschehen in der Stadt. Auch in Heidelberg sind die meisten Engagierten (ca. 50 %) Mitglied eines Sportvereins – aktiv oder passiv. 17 % nannten den Bereich Kultur oder Musik als Schwerpunkt, 9 % eine Partei bzw. den politischen Bereich (FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH 2022, S. 65–68).

Die gründlichste Analyse des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt nahm die von der Forschungsgruppe Wahlen erstellte 2002er *Heidelberg-Studie* vor (Stadt Heidelberg 2002). Neben den Vereinen spielten hier selbstorganisierte Gruppen und Initiativen eine wichtige Rolle. Dies betraf die Engagements-Bereiche in unterschiedlichem Maße. Während im Sport nahezu alle Engagierten in Vereinen tätig waren, überwog im Politischen und bei den Bereichen Soziales, Gesundheit und Kinder/Jugend der Anteil derjenigen in selbstorganisierten Gruppen und Initiativen. Insgesamt aber war dieses Engagement 2002 noch weniger verbreitet als heute: ein Viertel der Befragten hatte davon noch nie gehört und nur 8 % engagierten sich (Stadt Heidelberg 2002, S. 27).

Als fördernd für freiwilliges Engagement zeigte sich zum einen die formale Bildung: je höher der Bildungsgrad, desto größer die Bereitschaft zum Engagement. Auch die Kirchgangs-Häufigkeit förderte die Engagements-Bereitschaft und ebenso die Wohndauer: je länger Menschen in Heidelberg lebten, desto häufiger waren sie ehrenamtlich tätig. (Stadt Heidelberg 2002, S. 25 f.)

Auf die Frage nach dem Motiv für ehrenamtliches Engagement antworteten fast 90 % der Befragten, dass es Spaß mache, anderen zu helfen. Drei Viertel nannten den Wunsch, eigene Fähigkeiten einzubringen, als Grund, und fast genauso viele die Einschätzung, dass Vieles besser funktioniere, wenn Bürger:innen sich selbst darum kümmern und sich für die Gemeinschaft engagieren. Häufig genannt wurde auch die Chance, andere Menschen kennenzulernen. Am seltensten genannt wurden Pflichtbewusstsein, der Wunsch nach Anerkennung und der, sich beruflich weiter zu qualifizieren (Stadt Heidelberg 2002, S. 30 f.). Zeitmangel und Umzüge waren die häufigsten Gründe für eine Beendigung des freiwilligen Engagements (Stadt Heidelberg 2002, S. 36).

Auf die Frage, wie die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verbessert werden könnten, wünschten sich die Hälfte der Befragten finanzielle Unterstützung und nahezu 20 % Hilfe bei der Suche und Nutzung von Räumlichkeiten. Nur wenige vermissten persönliche Vorteile, etwa bei der Steuer oder in Form von Freistellungen von der Arbeit. Auch die Anerkennung der Arbeit spielte 2002 eine untergeordnete Rolle. Hauptadressat der Wünsche der Befragten war die Stadt Heidelberg (Stadt Heidelberg 2002, S. 37).

Bezirksbeiräte

Laut § 64 und §65 der Gemeindeordnung Baden-Württembergs (Landesrecht BW Bürgerservice 1999) können Kommunen Teile ihres Gebiets in Bezirke teilen und dort Bezirksbeiräte bilden. Im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen, wo diese Räte direkt gewählt werden, werden in Baden-Württemberg die Bezirksbeirät:innen nach einer Wahl durch den neuen Gemeinderat benannt. Ernannte müssen im Bezirk wohnen und wählbar sein. Die Zahl der Beirät:innen wird in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegt und die Zusammensetzung des Rats soll das Wahlergebnis im Bezirk widerspiegeln. Außerdem kann der Gemeinderat weitere sachkundige Einwohner in die Bezirksbeiräte berufen. In der Gemeindeordnung heißt es, der Bezirksbeirat sei „zu wichtigen Angelegenheiten, die den Gemeindebezirk betreffen, zu hören“, was einen breiten Interpretationsspielraum lässt und häufig zu Diskussionen führt. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen kann der Gemeinderat festlegen, dass die Bezirksbeiräte nach den für die Wahl des Gemeinderats geltenden Vorschriften direkt gewählt werden.

Anfang 2023 engagierten sich in Heidelberg 210 Menschen in 15 Beiräten – neben den durch den Gemeinderat bestimmten politischen Vertreter:innen sind das (ohne Stimmrecht) die Vorsitzenden des jeweiligen Stadtteilvereins, Vertreter:innen von Quartiersmanagements und die Kinderbeauftragten des Stadtteils.

Die *Heidelberg-Studie* von 2002 bietet kein aktuelles Bild, aber einen Anhaltspunkt dafür, dass die Verankerung der Beiräte in der Bevölkerung nicht optimal ist. Laut Studie wusste z. B. mehr als die Hälfte der Befragten nicht, dass es Bezirksbeiräte überhaupt gibt und nur 10 % hatten selbst schon Kontakt mit ihnen. Unter bürgerschaftlich engagierten Menschen lagen diese Anteile höher. Auch gab es deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen und das Alter spielte eine Rolle: je jünger die Befragten waren, desto weniger Kenntnis hatten sie (Stadt Heidelberg 2002, S. 11 f.).

Stadtteilvereine

Stadtteilvereine gibt es in allen Heidelberger Stadtteilen, zumeist bereits seit Jahrzehnten. Nach ihrem Selbstverständnis fördern sie den sozialen Zusammenhalt und die Vernetzung, pflegen Brauchtum, Kunst, Kultur, Soziales und Sport im Stadtteil und wirken mit bei einer ökologischen und klimafreundlichen Stadtteilentwicklung. Sie betonen die integrative Funktion ihrer Arbeit für die Stadtgesellschaft. Außerdem verwalten viele von ihnen Stadtteilzentren, die Vereine und Privatpersonen nutzen können, und bieten dort auch Kulturprogramme an. Der Arbeitsgemeinschaft der Heidelberger Stadtteilvereine (ARGE) gehören derzeit 15 Vereine mit fast 6.700 Einzelmitgliedern an³³.

33 <https://www.heidelberger-stadtteilvereine.de/ueber-die-arge.html>, zuletzt aufgerufen am 27.02.2023

Auch in den neuen Stadtteilen, den Gebieten, die im Rahmen der Konversion von ehemals durch die amerikanischen Streitkräfte genutztem Gelände neu erschlossen wurden, bildeten sich Stadtteilvereine. In der Bahnstadt entstand bereits in der Pionierphase ein Verein, der mit mehr als 500 Mitgliedern inzwischen einer der größten der Stadt ist (Herrmann 2020, S. 105–109).

Im Vergleich zu anderen Einrichtungen haben die Stadtteilvereine den höchsten Bekanntheitsgrad, die Bezirksbeiräte den niedrigsten (Stadt Heidelberg 2002, S. 11). Auch bei der Beurteilung der geleisteten Arbeit gibt eine Mehrheit der Befragten den Stadtteilvereinen eine gute Note (46 % aller Befragten, 55 % der bürgerschaftlich Engagierten). Die anderen Einrichtungen erreichen nur Werte um 20 % (Stadt Heidelberg 2002, S. 15).

Der Stadtteil Rohrbach

Als Beispiel, das näher untersucht werden soll, dient in dieser Arbeit *Rohrbach*, einer der südlichen Stadtteile Heidelbergs. Auf diesen wird im Folgenden der Fokus gelegt, auf den Stadtteil selbst und die Engagements-Strukturen vor Ort: die Stadtteilkulturen, die sich in Vereinen, Initiativen und anderen Organisation zeigen.

Die Geschichte Rohrbachs

Der Stadtteil Rohrbach war ursprünglich ein selbstständiges Weindorf. Die erste nachgewiesene schriftliche Erwähnung Rohrbachs findet sich in einer Urkunde aus dem Lorscher Codex vom 31. Dezember 766. Was über die Geschichte der Stadt Heidelberg zu berichten ist, gilt auch für Rohrbach: Sowohl im 30-jährigen Krieg als auch im Pfälzischen Erbfolgekrieg wurde der Ort entvölkert und fast vollständig zerstört (Frauenfeld 1981, S. 22 f.). Die Kriege und Ereignisse wie die Badische Revolution von 1848/49 oder materielle Notlagen führten zu großen Migrationsbewegungen. Nach den Kriegen warben die Kurfürsten Menschen aus ganz Europa an, um das verwüstete Land wieder aufzubauen. Im Weinort Rohrbach tauchen nach dem 30-jährigen Krieg Namen auf, die bis heute das Dorfleben mitprägen: Clauer, Frauenfeld etc. (Frauenfeld 1981, S. 22). Andererseits mussten viele Einheimische die Heimat nach Katastrophen verlassen. Frauenfeld (1981, S. 82–88) beschreibt die Auswanderungsbewegungen, u. a. berichtet auch er vom Flüchtlingsstrom nach dem kalten Winter 1708/09 (Defoe/Moore 2017). Eine weitere Welle folgte auf die Hungersnot im *Jahr ohne Sommer* 1816, nach dem Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im April 1815³⁴.

Jüdisches Leben ist in der Kurpfalz ab dem Mittelalter nachweisbar. In Rohrbach erreichte die Gemeinde 1861 mit ca. 120 Angehörigen ihren zahlenmäßigen Höchststand (Rink 2003, S. 67–69). Im Dezember 1845 wurde in der zentralen Rathausstraße eine Synagoge eingeweiht, direkt neben

34 https://de.wikipedia.org/wiki/Jahr_ohne_Sommer. Zuletzt aufgerufen am 13.02.2023.

dem Rathaus. 1937 wurde die jüdische Gemeinde Rohrbachs mit der Heidelberger vereinigt. In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde zunächst die Synagoge in der Heidelberger Altstadt zerstört und am frühen Morgen auch das Rohrbacher Gotteshaus in Brand gesetzt. Die Juden, die nicht fliehen konnten, wurden u. a. nach Gurs und Theresienstadt verschleppt und dort bis auf Wenige ermordet. Seit 1985 erinnert ein Gedenkstein an die Synagoge. Seit 2016 bieten der Verein *der punker* und der *Stadtteilverein Rohrbach* Führungen³⁵ an und führen an der ehemaligen Synagoge eine jährliche Gedenkveranstaltung³⁶ durch.

Lage und statistische Daten

Rohrbach wurde 1927 nach Heidelberg eingemeindet. Das bis dahin eigenständige Dorf hatte damals 5.337 Einwohner:innen (Frauenfeld 1981, S. 30). Die am Berghang liegenden Gebiete wurden aus seiner Gemarkung herausgelöst und sind seit Anfang der 1960er Jahre (Boxberg) bzw. Anfang der 1970er Jahre (Emmertsgrund) eigenständige Stadtteile. Heute wohnen ca. 16.000 Menschen in Rohrbach (Stadt Heidelberg 2021a, S. 38). Die Prognose zur Bevölkerungsentwicklung sagt einen Zuwachs auf ca. 18.500 Personen im Jahr 2035 voraus (Stadt Heidelberg 2019, S. 12). Etwa 20 % der Rohrbacher:innen leben seit 30 und mehr Jahren im Stadtteil, etwa ein Drittel seit weniger als 10 Jahren (Stadt Heidelberg 2021a, S. 45). Ca. 19 % der derzeit in Rohrbach lebenden Menschen haben keinen deutschen Pass. Von diesen stammen fast 60 % aus dem europäischen Ausland (Stadt Heidelberg 2021a, S. 38). Das Durchschnittsalter im Stadtteil liegt mit 40,4 Jahren nur wenig über dem städtischen Mittel (Stadt Heidelberg 2021a, S. 17) und soll sich bis ins Jahr 2035 nur wenig erhöhen (Stadt Heidelberg 2019, S. 9). Allerdings wird in dieser Zeit der Anteil der älteren und alten Bevölkerung stark ansteigen. Das erwartete Bevölkerungswachstum ist allein Folge von Zuwanderungen u.a. durch die Entwicklung des Konversionsgebiets um das ehemalige *US-Hospital* (Stadt Heidelberg 2019, S. 18).

Das *Sicherheitsaudit Heidelberg 2023* (Hermann 2023) ermöglicht in Grenzen Einblicke in die Kriminalität und Kriminalitätsfurcht auch auf Stadtteilebene. Was für die Gesamtstadt gilt, lässt sich auch für den Stadtteil Rohrbach sagen: Insgesamt sind sowohl die Kriminalitätsbelastung auch als die Werte für die Kriminalitätsfurcht vergleichsweise niedrig. Rohrbach liegt bei den erhobenen Daten im Mittelfeld, sowohl was die Kriminalitätsfurcht in Bezug auf den eigenen Stadtteil betrifft (Hermann 2023, S. 43), als auch in Hinblick auf die Befürchtungen, die jene Menschen äußerten, die nicht im Stadtteil wohnen (Hermann 2023, S. 44). Auch bei der Frage nach Incivilities, die im Stadtteil als Problem wahrgenommen werden, bewegt sich Rohrbach im Mittelfeld, ebenso bei der Bewertung der Lebensqualität (Hermann 2023, S. 48).

35 <http://www.derpunker.de/juedisches-leben-in-rohrbach.html>. Zuletzt aufgerufen am 15.02.2023.

36 https://www.stadtteilverein-rohrbach.de/suchen-76.html?keywords=Pogromnacht&query_type=and. Zuletzt aufgerufen am 15.02.2023.

Quartiere im Stadtteil

Im wissenschaftlichen Diskurs besteht keine einheitliche Definition für *Stadtteil* und *Quartier*. Im Folgenden soll unter *Rohrbach* ein größeres Gebiet verstanden werden als die Verwaltungseinheit. Schnurs raum-zeitliches *Fuzzy Concept* (Schnur 2014a, S. 43–45) bezieht sich zwar auf das *Quartier* als räumliche Einheit, die Grundgedanken lassen sich aber auch auf die nächstgrößere Ebene beziehen: der *Stadtteil* als überschaubares Wohnumfeld, als sozial konstruierter Ort mit unscharfen, sich verändernden Grenzen. Rohrbach als Ort individueller Lebenswelten, von Arbeitsteilung und Kommunikation, ein Platz, den sozio-ökonomische Strukturen genauso prägen wie Geschichte und Geschichten und die Lokalpolitik.

Innerhalb dieses Stadtteils gibt es Unterbereiche, *Quartiere*, die teils sehr verschiedene Strukturen und Prägungen zeigen. Die Statistiken der Stadt Heidelberg (Stadt Heidelberg 2021c) differenzieren zwischen *Rohrbach-Ost* und *Bierhelder Hof*, *Rohrbach-West*, *Hasenleiser*, *Rohrbach-Süd* und *Gewann See*. Dieser Einteilung soll hier mit einer Ergänzung gefolgt werden: angesichts des eigenständigen Charakters des *Quartiers am Turm*, einer Enklave in Rohrbach-West, soll dieses als eigenes Quartier mit bedacht werden³⁷.

Rohrbach-Ost

Der älteste Bereich des Stadtteils ist Rohrbach-Ost mit Alt-Rohrbach, mit ca. 4.100 Einwohner:innen (Stadt Heidelberg 2021c, S. 1). Hier befinden sich die meisten Kulturdenkmale (Mertens 2013, S. 384–410), u. a. die ältesten Wohngebäude, die Gutsanlagen des Tannschen- und Menzinger Hofes (Ende des 16./Anfang des 17. Jahrhunderts), die Melanchthonkirche (ab Mitte des 14. Jahrhunderts) und das *Rohrbacher Schlösschen*, das im Ersten Weltkrieg Lazarett war und ab 1920 als Tuberkulose-Krankenhaus genutzt wurde. Heute dient es Verwaltungs- und Schulungszwecken der Thoraxklinik, die seit 2011 Teil des Heidelberger Universitätsklinikums ist.

Rohrbach reichte ursprünglich im Norden bis zur Straße *Markscheide* und so empfinden das viele ältere Rohrbacher:innen nach wie vor. Der Bereich zwischen Markscheide und der Sickingenstraße, und damit auch der größte Teil eines um 1900 erbauten Villenviertels in der Panoramastraße, wurde im Jahr 2000 der Südstadt zugeschlagen.

In Zentrum Rohrbachs liegt der Hauptverkehrsknoten des Stadtteils, Rohrbach Markt, mit Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen und einer Station für Leihfahrräder. Der Bereich um das Alte Rathaus (erbaut 1811-1813) ist das gefühlte Zentrum des Stadtteils. Hier befindet sich die Eichendorff-Grundschule und ein Großteil der lokalen Ökonomie: Banken, Bäckereien, Discounter, Metzger und ein breites gastronomisches Angebot.

³⁷ Grafik: eigene Darstellung. Gebietsgrenzen nach Weeber + Partner. Institut für Stadtplanung und Sozialforschung (2014, S. 5). Kartendaten: OpenStreetMap <https://www.openstreetmap.org/copyright>

Durch umfangreiche Veränderungen im Rahmen eines durch bürgerschaftliches Engagement initiierten Sanierungskonzepts wurde die Attraktivität des Rohrbacher Zentrums erheblich erhöht. Dadurch und durch den Zuzug vieler Neubürger:innen hat sich das Image des Stadtteils stark verbessert, was auch zu einem kräftigen Anstieg der Immobilienpreise und Mieten führte, mit Folgen für die Bevölkerungszusammensetzung.

Gewann See

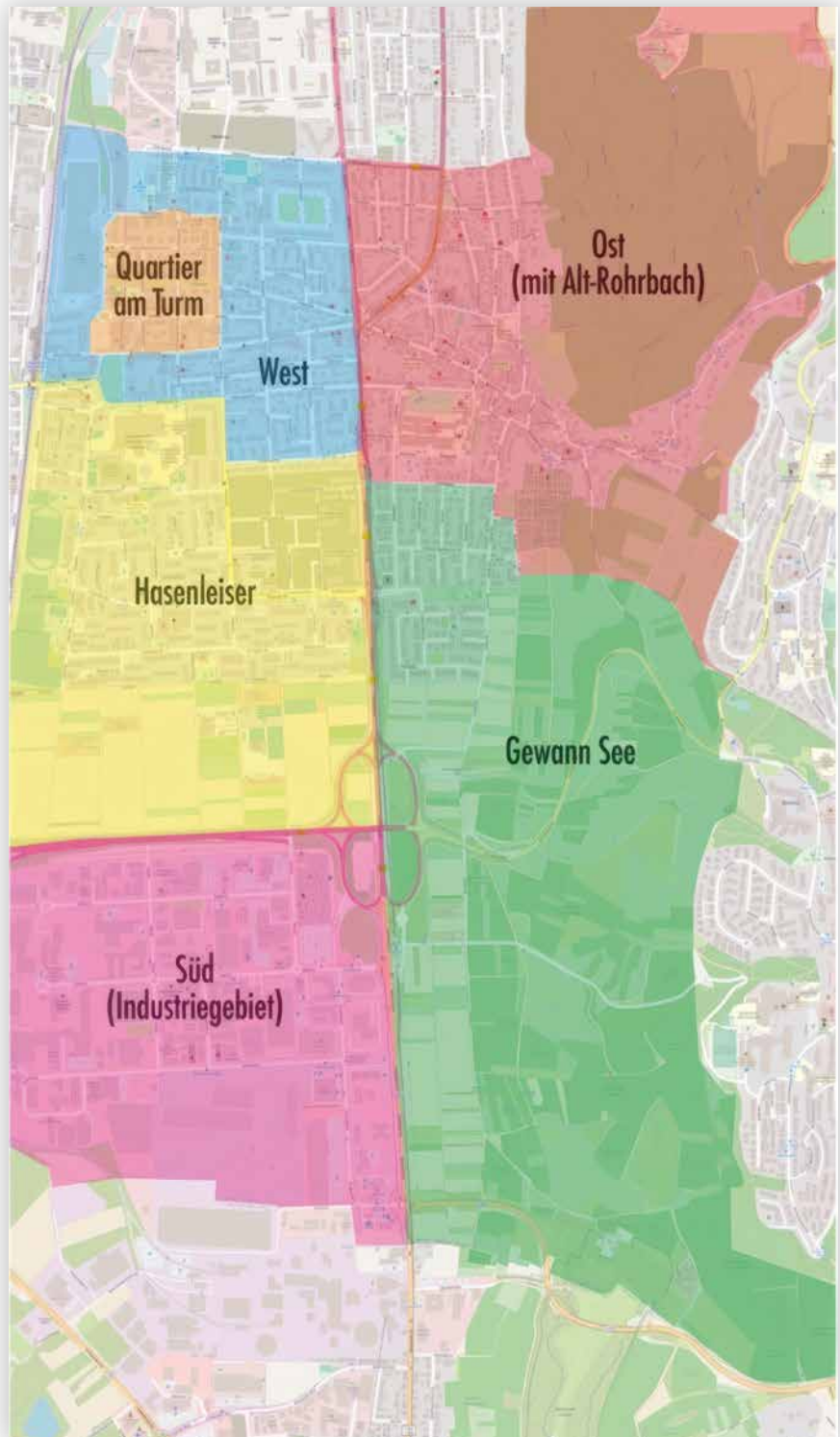
Das in den 1980er Jahren bebaute reine Wohngebiet für ca. 1.300 Menschen (Stadt Heidelberg 2021c, S. 1), besteht überwiegend aus Einzel- und Reihenhäusern.

Rohrbach-Süd

An der Grenze zur Nachbargemeinde Leimen befindet sich Rohrbach-Süd, Heidelbergs größtes Gewerbegebiet mit fast 360 Betrieben, überwiegend im Dienstleistungssektor (Stadt Heidelberg 2021c, S. 1).

Hasenleiser

Der Hasenleiser wurde zwischen 1969 und 1978 bebaut, um Wohnraum zu schaffen. 2022 lebten dort ca. 4.466 Menschen (Coultice 2023, S. 4). Im Hasenleiser existiert seit November 2015 ein Quartiersmanagement.³⁸



³⁸ Siehe: > 6. Die Stadtteilkulturen und der gesellschaftliche Zusammenhalt > Der Stadtteil Rohrbach
> Das Quartiersmanagement

Rohrbach-West

Das größte Quartier im Stadtteil ist Rohrbach-West mit ca. 6.200 Einwohner:innen (inkl. Quartier am Turm) (Stadt Heidelberg 2021c, S. 1). Es war früher Standort einer Waggonfabrik, die als Arbeitgeber große Bedeutung nicht nur für Rohrbach hatte. Heute befindet sich auf deren ehemaligem Gelände das *Quartier am Turm*. In Rohrbach-West hat sich ein großes Nahversorgungszentrum angesiedelt.

Quartier am Turm

Das *Quartier am Turm* ist ein Wohngebiet innerhalb Rohrbach-West, das zwischen 2002 und 2010 auf dem Gelände der ehemaligen Waggonfabrik Fuchs errichtet wurde. Die Fabrik stellte in Heidelberg von 1862 bis 1957 Eisenbahnwagen und Straßenbahnen her, seit 1902 in Rohrbach. Im Werk arbeiteten bedeutende Techniker, Konstrukteure und Designer. Sie und andere Pioniere der Mobilität werden im heutigen *Quartier am Turm* mit Straßennamen geehrt. In der Zeit des 2. Weltkriegs mussten in der Waggonfabrik viele Zwangsarbeiter arbeiten³⁹, von denen nicht wenige ums Leben kamen. Daran erinnert ein Denkmal⁴⁰. Im Quartier am Turm befinden sich heute u. a. über 500 Wohnungen und Häuser und Gewerberäume mit ca. 500 Arbeitsplätzen (Weeber + Partner 2014, S. 21). Bei der Umwidmung wurden viele Elemente der industriellen Geschichte des Geländes bewahrt, restauriert und teilweise in neue Gebäude integriert. So blieben u. a. Fassaden von Fabrikgebäuden erhalten. Erhalten wurde auch der namensgebende Wasserturm der alten Fabrik. Heute leben im Quartier am Turm rund 1.800 Menschen.

Ortsgeschichten

Für das Selbstbild eines Ortes ist nicht nur dessen Geschichte prägend, sondern auch seine Geschichten. Für den Ort Rohrbach sind das u. a. solche um Joseph von Eichendorff und den *Punker* (Frauenfeld 1981, S. 111–113). Eichendorff verbrachte nur eine kurze Zeit in Rohrbach, von August 1807 bis April 1808, hat aber das Image des Ortes stark geprägt (Frauenfeld 1981, S. 107–109). Grund dafür ist eine `Liebschaft` des Dichters mit der Müllers-Tochter Käthchen Förster, die ihn zu seinem Gedicht *Das zerbrochene Ringlein*⁴¹ inspirierte. Das Gedicht und vor allem das darauf basierende Volkslied von Friedrich Glück *In einem kühlen Grunde*⁴² findet sich noch überall in den Geschichten des alten Kerns des Ortes und erklingt bei den Konzerten der Gesangsvereine. Nach Eichendorff sind im Stadtteil u. a. ein Platz und eine Straße benannt.

39 Infos zur Zwangsarbeit in der Waggonfabrik finden sich hier: <http://zwangsarbeit.igmh.de/Zwangsarbeit%20Rhein-Neckar-Raum/ortederzwangsarbeit/kirchheim/index.html>, hier: <http://www.stolpersteine-heidelberg.de/sowj-zangsarbeiter.html> und hier: <https://www derpunker.de/fuchssche-waggonfabrik.html> (Letzte Aufrufe jeweils am 15.02.2023).

40 Infos zur Geschichte der Waggonfabrik finden sich u.a. hier: <https://www.rhein-neckar-industriekultur.de/objekte/ehemalige-waggonfabrik-fuchs-wohngebiet>, hier: http://u0074337514.user.hosting-agency.de/efh/fzbau/hauptteil_fzbau.htm und hier: <http://www.s197410804.online.de/Stadtgeschichte/1900-2100/FuchsWaggon.htm> (Letzte Aufrufe jeweils am 15.02.2023).

41 <https://www.projekt-gutenberg.org/eichndrf/gedichte/chap160.html>. Zuletzt aufgerufen am 13.02.2023.

42 `Im Kühlen Grund` ist nach wie vor der Name einer Straße in Rohrbach.

Der *Punker* ist eine Sagenfigur aus dem 15. Jahrhundert, ein besonders treffsicherer Bogenschütze. Die Geschichte entspricht der Schweizer Tell-Sage und wird im *Malleus maleficarum* (Der Hexenhammer, 1482-1486) erzählt (Kramer 1487, Kapitel 16). Auch der *Punker* ist im heutigen Rohrbach noch präsent. Nach ihm ist eine Straße benannt, ebenso wie *der punker e.V.*, eine sozio-kulturelle Initiative, die seit dem Jahr 2000 aktiv ist und sich zum Ziel gesetzt hat „Mehr Leben in Rohrbach“ zu initiieren (Rink 2004).

Vor allem durch bürgerschaftliches Engagement konnte in den letzten Jahrzehnten der eigenständige Charakter des ehemaligen Dorfes wiederbelebt werden: Weinfeste und Weinwanderungen sowie *Offene Kellertüren* haben mitgeholfen, das Image des Stadtteils als Winzerdorf zu erneuern. Dazu beigetragen hat auch eine große Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläumsjahrs *1250 Jahre Rohrbach* (2016).

Vereinsleben

Wie in allen alten Heidelberger Stadtteilen prägen auch in Rohrbach Vereine nach wie vor einen Großteil des öffentlichen Lebens. Der *Stadtteilverein* listet auf seiner Website⁴³ aktuell mehr als 50 Organisationen auf, die bei ihm Mitglied sind.

Nachweisen lassen sich Vereine in Rohrbach erstmals Mitte des 19. Jahrhunderts. Frauenfeld (1981, S. 115 f.) führt das darauf zurück, dass für deren Entwicklung die Emanzipation der Gesellschaft von der alten, ständisch strukturierten Ordnung unabdingbar war. Die ersten Vereine entstanden im Umfeld gesellschaftlicher Umbrüche: landwirtschaftliche Vereine, Sparkassen, Versicherungs- und Wohltätigkeitsvereine etc. Die Industrialisierung führte außerdem zur Gründung von Arbeitervereinen. Ende des 19. Jahrhunderts erreichte auch die Turnbewegung Rohrbach. 1889 wurde ein erster Turnverein gegründet, zwei weitere folgten. Um die Jahrhundertwende gründete sich ein *Gemeinnütziger Verein (GVR)*, der Vorläufer des heutigen Stadtteilvereins.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurden viele Vereine aufgelöst, so zum Beispiel der Arbeitergesangsverein. Die Turnvereine wurden zur Fusion gezwungen, der Stadtteilverein aufgelöst. Seine Aufgaben übernahm die NSDAP Ortsgruppe. Nach Kriegsende wurde 1946 der *Kultur- und Sportring* gegründet, der als Dachorganisation der Rohrbacher Vereine fungierte und ab 1950 wieder zum *Stadtteilverein* wurde (Frauenfeld 1981, S. 118 f.). Seine Aufgabe ist es, als überparteiliches und überkonfessionelles Bindeglied zwischen Einwohnerschaft und Vereinen einerseits und städtischen, staatlichen und sonstigen Stellen andererseits zu dienen, als koordinierendes Gremium und Lobby für den Stadtteil (Frauenfeld 1981, S. 119). Der Stadtteilverein ist auch koordinierendes Gremium für die Rohrbacher Vereine.⁴⁴

⁴³ https://www.stadtteilverein-rohrbach.de/Vereine_und_Initiativen.html. Zuletzt aufgerufen am 21.02.2023.

⁴⁴ Eine Übersicht über die Vereine und Organisationen im Stadtteil findet sich hier:

> Anhang > Materialien > Übersicht über Akteure in den Stadteilkulturen in Heidelberg-Rohrbach

Wahlverhalten

In Rohrbach sind, wie in der Gesamtstadt, aktuell die Bündnis 90/Grüne stärkste Kraft. Bei der Gemeinderatswahl im Jahr 2024 erhielten sie trotz Verlusten deutlich mehr Stimmen als CDU und SPD zusammen (Stadt Heidlebrerg, 2024). Stark vertreten in Rohrbach war auch die Wählervereinigung Die Heidelberger, deren Vorsitzende im Stadtteil lebt. Deutliche Unterschiede gab es zwischen den Wahlbezirken. So erzielte die stärkste Partei, der Grünen, in den Wahlräumen der Internationalen Gesamtschule Hasenleiser (IGH) zwischen 14 % und 33%. In der IGH wählen Menschen, die im Hasenleiser wohnen und ebenfalls Bewohner:innen des Quartier am Turm⁴⁵.

Bürgerschaftsbeteiligung

In Rohrbach und an Rohrbach angrenzend liegen zwei Konversionsgebiete, die nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Heidelberg 2013 frei wurden. Mit den Konversionsprozessen beschäftigten sich auch kommunale Partizipationsverfahren im Stadtteil. So wurde eine Öffentlichkeitsbeteiligung zum Gelände des ehemaligen *US-Hospital* (Stadt Heidelberg 2018c) durchgeführt und eine andere zu dem an Rohrbach angrenzenden *Campbell*-Gelände. Weitere Verfahren beschäftigten sich mit der Verkehrssituation in Rohrbach-West, dem Quartier am Turm und einem Bauvorhaben in Rohrbach-Süd.

Quartier Hasenleiser

Abgrenzung und Beschreibung des Gebiets

Der Hasenleiser ist ein Quartier, für das das *Fuzzy Concept* (Schnur 2014a, S. 43–45) in besonderem Maße zutrifft. Im Vorfeld der Einrichtung eines Quartiersmanagements wurden Bewohner:innen nach seinen Grenzen befragt. Die Antworten gingen weit auseinander. Vor allem die Abgrenzung nach Norden fiel sehr unterschiedlich aus. Hier wurden teilweise Gebiete wie Rohrbach-West oder das Quartier am Turm unter den Hasenleiser subsumiert. Auch der *Höllenstein*, der formal zum Stadtteil Kirchheim gehört, wurde häufig dem Hasenleiser zugeschlagen. Manche Befragte hatten dagegen einen engen Blick auf das Quartier und zählten nur die großen Wohnblocks im Süd-Osten des Gebiets, in der Freiburger und Konstanzer Straße, dazu (Weeber + Partner 2014, S. 38).

Der Hasenleiser ist ein relativ neues Wohngebiet. Das älteste Gebäude ist die 1937 errichtete Nachrichtenkaserne. Diese wurde Ende der 1940er Jahre zu einem Krankenhaus der US-Armee umgebaut, dem *Hospital*. Im Rahmen eines Konversionsprozesses entstehen hier zur Zeit überwiegend

⁴⁵ <https://wahlergebnisse.komm.one/lb/produktion/wahltermin-20240609/08221000/presentation/wahlraeume.html> (abgerufen am 21.06.2024)

Wohnungen. Das Quartier wurde zwischen 1969 und 1978 bebaut, um Wohnraum zu schaffen. 2021 lebten hier ca. 4.450 Menschen (Stadt Heidelberg 2021c). Aus städtebaulicher Sicht ist der Hasenleiser sehr heterogen: vier- bis neugeschossige Wohnblocks stehen neben Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern. Das Quartier verfügt über zahlreiche Grünflächen, viele davon allerdings auf privatem Gelände. Dem Hasenleiser mangelt es an Plätzen mit Aufenthaltsqualität und attraktiven Einkaufsmöglichkeiten (Ramirez Gabel 2021, S. 343–345). Der Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr ist gut, die Innenstadt ist relativ schnell erreichbar (Weeber + Partner 2014, S. 31).

Struktur der Bewohner:innen des Hasenleiser

In der *sozialen Struktur* gibt es deutliche Unterschiede zwischen dem Quartier Hasenleiser und dem Gesamt-Stadtteil Rohrbach bzw. der Stadt Heidelberg. Im Hasenleiser

- leben mehr ältere Menschen (Stadt Heidelberg 2021c, S. 1),
- gibt es mehr Alleinerziehende und kinderreiche Familien (Stadt Heidelberg 2021c, S. 2),
- leben mehr Bewohner:innen mit Migrationshintergrund (Weeber + Partner 2014, S. 17),
- gibt es mehr Menschen ohne deutschen Pass (Stadt Heidelberg 2021c, S. 1), vor allem aus Nicht-EU-Ländern wie der Türkei, aus Serbien, dem Kosovo und der Russischen Föderation (Weeber + Partner 2014, S. 16 f.),
- sind die Arbeitslosenquote, die Quote der Grundsicherungs-Beziehenden (Stadt Heidelberg 2021c, S. 6; Coultice 2023, S. 4) und der Anteil der Langzeitarbeitslosen signifikant höher (Weeber + Partner 2014, S. 16),
- aber die Mieten günstiger (Weeber + Partner 2014, S. 22) als im Gesamt-Stadtteil Rohrbach und der Gesamtstadt.

Das Gutachten zur Einrichtung des Quartiersmanagements folgert, dass diese Daten auf eine höhere Armutsgefährdung und ein größeres Kinderarmutsrisiko hinweisen (Weeber + Partner 2014, S. 16).

Wahlverhalten

Bei der Bundestagswahl 2013 lag die Wahlbeteiligung im Hasenleiser deutlich niedriger als in der Gesamtstadt (Weeber + Partner 2014, S. 36). Der *Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2018* beschreibt einen ähnlichen Befund für die Gesamtstadt: je ärmer ein Stadtteil, desto mehr Nichtwählende (Stadt Heidelberg 2018a, S. 132 f.).

Image

Die Vorarbeiten zur Einrichtung des Quartiersmanagements ergaben, dass viele Bewohner:innen des Hasenleiser der Meinung sind, dieser habe unberechtigterweise einen schlechten Ruf. Offenbar ist auch im Hasenleiser ein *Wahrnehmungsfilter* aktiv (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 187):

Über das Image eines Quartiers entscheiden weniger das tatsächliche Ausmaß an „Unordnung und Kriminalität, sondern kollektive, subjektiv gefärbte Wahrnehmungen der Menschen ...“. So ist die von der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasste Kriminalität im Hasenleiser über Jahre hinweg niedriger als im Stadtteil Rohrbach insgesamt und deutlich niedriger als in der Gesamtstadt. Nichtsdestotrotz wird das Quartier vor Ort und auch außerhalb als kriminalitätsbelastet wahrgenommen (Weeber + Partner 2014, S. 36).

Die Internationale Gesamtschule als Alleinstellungsmerkmal

Am Rande des Hasenleiser, an der Grenze zu Rohrbach-West und dem Quartier am Turm befindet sich seit den 1970er Jahren die Internationale Gesamtschule Heidelberg (IGH). Zur Bauzeit gab es bundesweit Bestrebungen, das traditionelle Schulsystem durch Gesamtschulen zu ersetzen. Umgesetzt wurde das allerdings nahezu ausschließlich in SPD-geführten Bundesländern. Baden-Württemberg richtete lediglich drei Gesamtschulen ein, eine davon in Heidelberg. An der IGH findet man eine Ganztags-Grundschule, Primarstufe genannt. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter den derzeit ca. 267 Schüler:innen lag im Schuljahr 2020/2021 bei 62 % (Stadt Heidelberg 2021c, S. 5). Die Orientierungsstufe, in der die Kinder gemeinsam unterrichtet werden, und die anschließenden Sekundarstufen I und II (ab Klasse 7) besuchen ca. 1.400 Schüler:innen (Stadt Heidelberg 2021c, S. 5), etwa ein Drittel davon aus Umlandgemeinden (Stadt Heidelberg 2022, S. 130). Etwa 40 % dieser Schüler:innen haben einen Migrationshintergrund, die Hälfte davon keinen deutschen Pass (Stadt Heidelberg 2022, S. 128).

Das Quartiersmanagement

Im Oktober 2014 beschloss der Heidelberger Gemeinderat, ein Quartiersmanagement für den Hasenleiser für zunächst fünf Jahre einzurichten. Ziel war es, die Wohn- und Lebensqualität vor Ort zu erhöhen sowie Gemeinwesen-orientierte, soziale Strukturen und Netzwerke auszubauen und zu stärken. Auch das bürgerschaftliche Engagement sollte gesteigert werden, Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen sollten besser integriert werden. Außerdem wollte man das Image des Quartiers verbessern und die lokale Wirtschaft stärken (Stadt Heidelberg 2017, S. 11). In diesem Zusammenhang ist auch die Aufnahme in das ESF-Bundesprogramm *Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ IV)* zu sehen, mit dem Projekte zur Integration in Arbeit und zur Stärkung der lokalen Ökonomie gefördert werden sollen (Stadt Heidelberg 2020c, S. 16; Coultice 2023, S. 7). Das Quartiersmanagement nahm im November 2015 seine Arbeit auf. Träger ist der Caritasverband Heidelberg (Ramirez Gabel 2021, S. 344.).

Die Studie im Stadtteil Rohrbach

Heidelberg und Rohrbach, einer der 16 Stadtteile, bilden den Rahmen, in dem die qualitativen Interviews der vorliegenden Arbeit durchgeführt wurden. Wie beschrieben, sind die Verhältnisse in der Universitätsstadt nicht vergleichbar mit denen in den meisten Kommunen ähnlicher Größe. Die Dichte an wissenschafts-orientierten Einrichtungen und Unternehmen und die große Bedeutung des Tourismus bedingen eine untypische Bevölkerungsstruktur, soziale Rahmenbedingungen sowie ein Bildungsniveau. Trotzdem sind auch hier, vor allem in den Stadtteilen, traditionelle, im Falle Rohrbachs auch dörfliche Strukturen erhalten geblieben. Dem Zusammenfinden Alt-Eingesessener und Neu-Zugezogener kommt eine große Bedeutung für den Zusammenhalt zu, obwohl auch in diesen Quartieren der Zuzug von Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen nicht immer konfliktfrei verläuft. Gelingt es aber, die kommunale Identität zu wahren und zu stärken, können diese Stadtteilkulturen ein Faktor gegen das Auseinanderdriften in der Stadt-Gesellschaft sein. Die Interviews, die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wurden, helfen nachzuvollziehen, wie sich diese Prozesse in der Wahrnehmung der Aktiven widerspiegeln. Sie ermöglichen eine Innen-Sicht in die *Stadtteilkulturen*, die die theoretisch gewonnenen Erkenntnisse erhärten, konkretisieren oder auch einschränken kann. Die Interviews, ihre Durchführung, ihre qualitative Analyse und deren Ergebnisse werden deshalb im Folgenden eingehend beschrieben.

8. *Studienteil: Der Blick freiwillig engagierter Menschen auf die Stadtteilkulturen*

Dieser Arbeit liegt die These zugrunde, dass in Zeiten von Globalisierung und Verunsicherung die Strukturen im sozialen Nahbereich, d.h. in den Quartieren und Stadtteilen, eine besondere und wachsende Bedeutung erhalten. Die lokalen Strukturen, die *Stadtteilkulturen*, stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, sie haben auch eine wichtige Funktion für das Wohlbefinden Einzelner und sind Motor für lebenslanges Lernen. Allerdings werden in Politik und Gesellschaft meist nur Ausschnitte des Systems wahrgenommen, etwa der Wert ehrenamtlicher Arbeit für die Integration Geflüchteter. Das soziale System der Stadtteilkulturen ist aber viel umfassender. Die meisten wissenschaftlichen Studien betrachten die *Stadtteilkulturen* zumeist von außen. Wenig untersucht ist bislang die Frage, wie freiwillig Engagierte selbst ihre Arbeit und deren Folgen wahrnehmen.

Ziel der Interviews im Rahmen dieser Arbeit war die Beschreibung der Wahrnehmung der Aktiven in den Stadtteilkulturen:

- Wie beurteilen die Befragten die Bedeutung der Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?
- Welche Relevanz für sich selbst und die Gesellschaft messen Engagierte ihrer eigenen freiwilligen Arbeit bei?
- Wie beurteilen freiwillig Engagierte die Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Arbeit vonseiten der Politik und der Gesellschaft?
- Beteiligen freiwillig Engagierte sich an organisierten Formen der Partizipation?
Und welche Erfahrungen machen sie damit?

Aufgrund der eigenen Zugangsmöglichkeiten wurde als Untersuchungsgebiet der Heidelberger Stadtteil Rohrbach gewählt. In das Design der Befragungen und den Leitfaden flossen Verständnisse und Überlegungen ein, die im sowohl im Rahmen des Literaturstudiums wie auch durch die ehrenamtliche Arbeit des Verfassers gewonnen wurden. Diese werden im Folgenden dargelegt.

Qualitative Inhaltsanalyse

Da zum Thema dieser Arbeit reichlich Literatur vorhanden ist, wäre es nicht zielführend, Interviews zu führen, um im Anschluss aus diesen heraus theoretische Aussagen zu entwickeln: In Themenbereichen, die bereits gesichertes Wissen vorweisen können, darf man nicht der „Fiktion der Tabula rasa“ erliegen, warnt Kuckartz (2010, S. 201). Zudem war es dem Interviewer aufgrund

seiner langjährigen ehrenamtlichen Arbeit im Untersuchungsfeld nicht möglich, ohne Vorwissen und ohne Vor-Urteile an das Thema heranzugehen. Angesichts dessen erschien es am fruchtbarsten, die eigenen praktischen Erfahrungen im Feld mit den aus Literatur und Studien vorhandenen Erkenntnissen zu verknüpfen und daraus Themen und Thesen für die Interviews zu entwickeln. Im Rahmen der Überlegungen für einen der Fragestellung angemessenen Interview-Typ fiel die Entscheidung auf das [problemzentrierte Interview](#), das sich nach Ansicht von Mayring (2016b, S. 70) „hervorragend für eine theoriegeleitete Forschung [eignet], da es keinen rein explorativen Charakter hat, sondern die Aspekte der vorrangigen Problemanalyse in das Interview Eingang finden“. Mayring fordert eine teilweise Standardisierung der Interviews durch einen Leitfaden als Voraussetzung für eine stimmige qualitative Inhaltsanalyse (Mayring 2016b, S. 70).

Allerdings gibt es nicht *die* qualitative Inhaltsanalyse: „Zu zahlreich sind die Varianten, zu groß ihre Unterschiede. Allein bei Mayring werden acht verschiedene Techniken erwähnt ...“ (Kuckartz 2018, S. 224). Trotzdem bietet die u. a. von Mayring beschriebene Grundstruktur (Mayring 2016b; Mayring/Fenzl 2014; Mayring 2019; Kuckartz 2018) einen Rahmen für das hier verfolgte konkrete Vorgehen. Die qualitative Analyse der Transkripte erfolgte in folgendem Rahmen (Kuckartz 2018, S. 34, 224):

- Verfahren: theoriegeleitet
- Kategorienbildung: a-priori und am Material
- Probecodierung: am Probeinterview
- Paraphrasierung: nein
- Codier-Einheit: Sinneinheit
- Art der Kategorien: faktische und thematische Codes

Kategoriensystem

Zentrales Moment der Inhaltsanalyse war die *Kategorien-Geleitetheit* (Mayring/Fenzl 2014, S. 544). Zunächst wurden in einem ersten Durchgang Kategorien auf Textpassagen angewendet, die entweder vorab aufgrund des Literaturstudiums und eigener praktischer Erfahrungen entwickelt worden waren oder beim ersten Textdurchgang am Textmaterial. Parallel dazu wurden Gedanken zur weiteren Arbeit am Textmaterial in Memos festgehalten. Schrittweise entwickelte sich ein Kategoriensystem, das in einem zweiten Durchgang am selben Interview getestet und dann auf die weiteren Interviews angewandt wurde. Teilweise wurden Kategorien im Laufe der Arbeit zusammengefasst, sodass das endgültige Kategoriensystem entstand (Mayring/Fenzl 2014, S. 544). Dabei ergab Mayrings Vorschlag (2016b, S. 118 ff.) die Orientierung für die Elemente des Kategoriensystems vor:

- **Kategoriendefinition:**
Welche Textbestandteile werden unter welcher Kategorie erfasst?
- **Ankerbeispiele:**
beispielhaftes Anführen konkreter Textpassagen für jede Kategorie.

Beispiele für Kategoriendefinitionen und Ankerbeispiele

Kategorie	Kategoriendefinition	Ankerbeispiel
> Persönliche Daten > Kindheit und Jugend	Beschreibung der Kindheit: Räumliches und soziales Umfeld, Kindheit etc.	„Eigentlich wollte ich auf eine weitergehende Schule gehen, aber mein Vater hat mir das verboten, damals, weil er sagte, du bist der, der Handling kann, dein Bruder ist der, der mehr mit dem Kopf arbeiten kann. hinterher war es dann umgekehrt, aber das ist egal.“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 4).
> Rohrbach > Heimat/ Wohlbefinden im Stadtteil	Stellenwert des Stadtteils für das eigene Wohlbefinden. Ist dieses an Orte oder Menschen im Stadtteil gebunden? Heimatgefühle bei den Befragten. Wo fühlen sie sich zuhause?	Ein Wort wäre halt wirklich `Heimat´ oder `Zuhause´. . . . wenn wir mal zwei Wochen in Urlaub sind und dann wieder über das Ortsschild fahren: „So Kinder, wir sind zuhause!“ ((lacht)). . . Mir reicht das auch wirklich, wenn ich zwei Wochen . . . also ich muss immer mal wieder weg. Das ist schon so“. (Aufnahme Schäfer, Pos. 39-40)
> Ehrenamt, eigenes > Wege ins Ehrenamt	Wege, die Befragte ins Ehrenamt brachten, familiäre Bezüge etc.	„Meine Eltern waren schon immer sehr aktive Eltern. . . . Mein Vater hat sehr früh die Pfadfinder bei uns im Ort gegründet. Ehrenamt hat bei uns Tradition.“ (Aufnahme Scholl, Pos. 2)
> Zusammenhalt > Integration/ Segregation	Aussagen über integrative/segregative Wirkungen der Tätigkeit der eigenen Ehrenamtsorganisation.	„Die erste Begrüßung beim Bäcker, als ich sagte: „Ich hätte gerne ein Teilchen!“ `Das sind keine Teilchen, das sind Mürs!´. Das war mein Start in Rohrbach. Das werde ich nie vergessen.“ (Aufnahme Westphal, Pos. 6)
> Lernen > Fortbildung Hemmnisse	Beschreibung von Hemmnissen für die Teilnahme an Fortbildungsangeboten, die auf das Ehrenamt bezogen sind.	„Also, wenn ich mir vorstelle, da ist jemand von der Stadt Heidelberg, der im Leben noch nie eine Veranstaltung geleitet hat, von vorne bis hinten und dann versucht, mir einen Teilbereich zu erklären, dann wirkt das für mich total aufgesetzt und wenig authentisch. Ich brauche jemanden, der sich genau die gleichen Fragen stellt, die ich mir stelle. Und ich glaube, das läuft nur über Praxis und die Tatsache, selber schon einmal so etwas gemacht zu haben“. Aufnahme Schäfer, Pos. 97)
> Bürgerschaftsbeteiligung: > Dominierende-Stille	Beschreibung der Eindrücke der Befragten in Bürgerschaftsbeteiligungsverfahren. Welche Personengruppen sind vertreten? Welche Personen(gruppen) dominieren die Diskussionen? Welche Personen(gruppen) verhalten sich zurückhaltend oder schweigen?	„Und da saßen dann der Herr Dr. XY und der Herr Rechtsanwalt Soundso. Und die haben das dann besprochen. Und dann kam einer aus dem Fußvolk, sage ich jetzt mal ((lacht)) und sagte: „Ja, ich wollte auch etwas dazu sagen“. „Ja, würden Sie noch einen Moment warten, wir wollen das zunächst diskutieren“. So hochragend dann überfahren. Und das finde ich nicht gut. So kommt man nie in Bürgergespräche hinein“. (Aufnahme Fröhlich, Pos. 278)
> Kultur im Stadtteil > Traditionelle Kultur	Aussagen der Befragten zu Inhalten und zum Stellenwert des Brauchtums in der Stadtgesellschaft.	„Oder die Brauchtumsveranstaltungen, Martinsumzug und Sommertag und wie sie alle heißen . . . es ist wichtig, dass es sie gibt und ich will auch, dass meine Kinder in einer Welt leben, die ich kannte und kenne und die die halt auch noch kennen dürfen und auch weiterhin kennen können . . . in einer doch sich verändernden Zeit und Gesellschaft, wo diese Dinge immer schwieriger werden.“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 12)

Studiengrundlage: Qualitative Interviews

Für den Studienteil dieser Arbeit wurden 15 Interviewanfragen verschickt. 13 Interviews wurden zwischen Mai und Dezember 2023 durchgeführt. Im Vorfeld der Anfragen war angenommen worden, dass es keine Schwierigkeiten machen dürfte, Interviewpartner:innen zu finden. Das bestätigte sich mit einer Einschränkung: Während die Ehrenamtlichen aus den traditionellen Vereinen und der sozio-kulturellen Initiative *der punker* unmittelbar mit einem Interview einverstanden waren, war dies bei den Festangestellten nicht der Fall. Hier musste teilweise mehrfach nachgefragt werden. In einem Fall kam das Interview gar nicht zu Stande und vonseiten der islamischen Gemeinde in der Yavuz Sultan Selim Moschee gab es keine Reaktion. Das war auch die einzige Stelle, zu der es vorab keine persönlichen Kontakte gab.

Der Einbezug von nicht-ehrenamtlich arbeitenden Menschen erwies sich als sinnvoll. Zwar musste hier der Fragenkatalog teilweise modifiziert werden, aber die Interviews gestatteten Einblicke, die sonst nicht möglich gewesen wären, zum Beispiel in die Arbeit des Quartiersmanagements. Auch das Interview mit einer ehemaligen Schulleiterin spiegelte einen Blick von außen auf das ehrenamtliche Geschehen im Stadtteil, der für die Arbeit sehr wertvoll war. Zudem zeigte sich, dass die im Stadtteil hauptamtlich Arbeitenden privat auch intensive ehrenamtliche Arbeit leisten, allerdings außerhalb des Untersuchungsgebietes.

Die einzige interviewte Person mit Migrationshintergrund war im Untersuchungsfeld nicht ehrenamtlich tätig, sondern arbeitete festangestellt. Damit kommt die Sichtweise eines Teils der Bevölkerung in dieser Arbeit zu kurz. Allerdings ist dies auch der Tatsache geschuldet, dass in den Leitungsfunktionen der traditionellen Vereine im Stadtteil nur wenige Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund vertreten sind. Was nicht ungewöhnlich ist. So moniert der ZiviZ-Survey 2023 ebenfalls eine mangelnde Diversität der Ehrenamtsorganisationen: bei lediglich 11 % gibt es Engagierte mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund, bei 21 % mit unterschiedlichen sozialen Prägungen. Allerdings meinen die Autor:innen, bei Vereinigungen von Menschen mit gleichen oder ähnlichen Zielen, Interessen und Werten lasse sich „ein bestimmter sozialstruktureller und soziokultureller Bias in der Mitgliedschaft wohl kaum vermeiden“ (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 64). Dessen ungeachtet wäre die Sichtweise von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund eine sinnvolle Frage, die in weiterführenden Arbeiten gestellt werden könnte.

Vorwissen und Vorannahmen für die Interviews

Das Vorwissen eines Forschenden zum untersuchten Feld darf im Rahmen von Interviews, die auf soziale Zusammenhänge zielen, nicht negiert werden. Forschende sind keine Tabula rasa, dies zu bestreiten ist eine „naiv-induktivistische Position“, meint Witzel (2000, S. 2). Im Gegenteil: Vorwissen

kann für den Forschungsprozess von Vorteil sein, da es ein besseres Verständnis der Aussagen der Befragten ermöglicht sowie deren Einordnung in größere Zusammenhänge etc. (Witzel 2000). Da der Autor der vorliegenden Arbeit lange ehrenamtlich im untersuchten Stadtteil gearbeitet hat und breite Kenntnisse über dessen Struktur und die darin handelnden Personen besitzt, ergaben sich Zugänge, die sich anderen Forschenden nicht in gleicher Weise geboten hätten. Das gestattete eine gezieltere Auswahl sowohl der Interviewten als auch der Fragen für den Interviewleitfaden. Andererseits ist es nicht möglich, Vorwissen, auch Vor-Urteile bei der Auswertung der Befragungen auszublenden.

Das Interview stellt eine soziale Kommunikationssituation dar und schon das allein schränkt die Möglichkeit dessen ein, was alles wie gesagt werden kann⁴⁶. So wenig, wie man nicht nicht kommunizieren kann, kann man nicht nicht die Äußerungsmöglichkeiten von Interviewten beeinflussen. Die Interviewenden sind immer Mit-Erzeugende des Textes und können ihren Einfluss nicht ins Nichts auflösen. (Helfferich 2014, S. 562)

Auf die die Befragung leitenden Vorannahmen wird im Rahmen der Beschreibung der themenbezogenen Auswertung der Interviews näher eingegangen.⁴⁷

Verlauf der Interviews

Ursprünglich war es unklar, ob der Erkenntnisgewinn der Interviews den Aufwand dafür rechtfertigt. Doch schnell wurde klar, dass die Auseinandersetzung mit den Sichtweisen der Aktiven im Stadtteil wertvolle Eindrücke ermöglicht, unabhängig davon, dass die Interviews keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben können. Interessant war bereits die Tatsache, dass viele Ehrenamtliche zum Ausdruck brachten, dass sie die Teilnahme an der Befragung als positiv, ja als Ehre sahen.

Das Verhalten der Befragten in den Interviews war sehr unterschiedlich. Einerseits kam es, wie vermutet, häufig zu einem Fachgespräch unter Expert:innen. Andererseits gab es auch Frage-Antwort-Situationen in unterschiedlicher Ausprägung. In einem Fall musste teilweise mehrfach nachgefragt werden, um Antworten zu erhalten. In anderen Fällen war es dagegen schwer, den Redefluss zu bremsen und von allzu persönlichen Beiträgen zurückzukommen auf die Themen der Befragung. Manifeste Widerstände gab es in keinem Interview. Auch Eisberg-, Paternalismus- oder Rückkopplungs-Effekte traten nicht auf. Für eine befragte Person, deren Partner:in kurz vorher verstorben war, war das Interview teilweise emotional belastend, weil es viele Erinnerungen an den Verlust wachrief.

⁴⁶ Dieser Satz ist im Original kursiv gesetzt.

⁴⁷ Siehe: > 8. Studien-Teil > Themenbezogene Auswertung der Interviews

Die Durchführung der Interviews auf der Basis eines differenzierten Leitfadens zeigte sich als sinnvoll, da viele Befragte dazu tendierten, ausführlich persönliche Dinge zu berichten, die wenig mit der Forschungsfrage zu tun hatten. Die erste Version des Leitfadens erwies sich als zu umfangreich, so dass im Folgenden einige Fragen zusammengefasst wurden. Die Antworten auf die meisten Fragenkomplexe waren ergiebig. Keinen Ertrag brachte die Aufforderung nach einer Einschätzung der eigenen sozialen Situation. Hier, wenn überhaupt, waren Widerstände zu spüren, beziehungsweise kam eine Einschätzung, die nicht dem Vorwissen des Interviewers entsprach. Deshalb wurde dieser Punkt bei späteren Befragungen nicht weiterverfolgt und nicht ausgewertet.

Themenbezogene Auswertung der Interviews

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Studie bezogen auf die Auswertungskategorien ausführlich dargestellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse findet sich am Ende dieses Kapitels.⁴⁸

Persönlicher Hintergrund der Befragten

Im Fokus des ersten Fragenkomplexes stand der persönliche Hintergrund der Befragten, Ausbildung, Beruf, Familie, Hobbys etc. Die Fragen dienten zum einen als Einstieg in das Interview, indem sie den Befragten Gelegenheit gaben, frei über ihnen wichtige Dinge zu sprechen. Zum anderen kamen hier bereits wichtige Inhalte aus den folgenden Fragenbereichen zur Sprache.

Berufliche und Bildungshintergründe der Befragten

- Beamte:r im mittleren Dienst der Stadt Heidelberg
- Betriebsrat/Betriebsrätin, freigestellt und Aufsichtsratsmitglied
- Biologe/Biologin, promoviert
- Diplom-Soziologe/Soziologin
- Energieanlagenelektroniker:in
- Ergotherapeut:in
- Industriekauffrau/-kaufmann
- Jurist:in, Gewerkschaftssekretär:in
- Kommunikationsdesigner:in
- Grafikdesigner:in, selbstständig
- Gymnasiallehrer:in
- Schulleiter:in, Lehrer:in an Grund- und Hauptschule, Erziehungswissenschaftler:in
- Student:in der Politikwissenschaft und Volkswirtschaft

⁴⁸ Siehe: (> 8. Studien-Teil > Zusammenfassung der Ergebnisse der Befragungen)

Sozialer Status

Auf die Frage nach der subjektiven Einschätzung des eigenen sozialen Status gab es teilweise ausweichende oder dem Vorwissen widersprechende Antworten. Deshalb wurde dieser Punkt bei späteren Befragungen nicht weiterverfolgt und nicht ausgewertet. Alle Befragten sind zum Mittelstand zu zählen.

Familie

Die Mehrzahl der Befragten ist verheiratet, teilweise in zweiter Ehe. Eine Person ist verwitwet. Vier Proband:innen leben in Patchwork-Familien. Mit zwei Ausnahmen haben die Befragten Kinder, mehrheitlich zwei oder drei.

Herkunftsfamilie

Wichtig für die weiteren Fragenkomplexe waren vor allem die Aussagen zur Herkunftsfamilie. So berichteten viele Befragte, dort bereits erste Erfahrungen mit ehrenamtlicher Arbeit gemacht zu haben. 7 der 13 Befragten sind in Rohrbach geboren und/oder aufgewachsen. Eine dieser Personen wuchs in anderen Heidelberger Stadtteilen auf, hatte allerdings auch als Kind bereits enge familiäre Bezüge zu Rohrbach.

Drei Befragte stammen aus anderen Teilen Baden-Württembergs. Eine interviewte Person verweist auf ihren Migrationshintergrund, auf die Zweisprachigkeit und eine doppelte Staatsbürgerschaft (Aufnahme Martinez, Pos. 12).

Die Befragten schildern ihre Kindheit überwiegend positiv, beschreiben aber auch schlechte Erinnerungen. So verbot der Vater einer befragten Person den Besuch einer weiterführenden Schule, weil er es dem Kind nicht zutraute (Aufnahme Fröhlich, Pos. 4). Eine andere befragte Person berichtet vom Ende einer behüteten Kindheit, als die Mutter schwer psychisch erkrankte (Aufnahme Scholl, Pos. 2). Einsamkeit war ein zentrales Thema in der Kindheit einer weiteren befragten Person. Wiederholte Umzüge führten zum Verlust von Freunden und zu Entwurzelung (Westphal, Pos. 26).

Politische Orientierungen

Nach der persönlichen politischen Orientierung wurde in den Interviews nicht gefragt. Jedoch äußerten sich einzelne Befragte selbst bzw. war ihre Parteipräferenz bekannt, da sie sich z.B. im Gemeinderat engagieren oder auf einer Wählerliste für die damals anstehende Gemeinderatswahl 2024 standen. Aus diesen Infos ergibt sich, dass jeweils zwei befragte Personen⁴⁹ dem Bündnis 90/Die Grünen, der SPD oder der CDU nahestehen und eine einer konservativen Wahlliste. Von 6 Personen ist die politische Orientierung nicht bekannt.

⁴⁹ Detailliertere Angabe verbieten sich, da es sich bei parteipolitischen Orientierungen um personenbezogene Daten besonderer Kategorien handelt, die einem nachdrücklichen Schutz nach Artikel 9 (1) der DSGVO unterliegen.

Übersicht über Teilnehmende und Interviewdauer

Person	Alter	weibl.	männl.	Migrations- hintergrund (1=ja)	in Rohrbach geboren/ aufgewachsen (1=ja)	Interviewdauer (Minuten)
1	66	0	1	0	1	46,6
2	25	0	1	0	0	54,6
3	68	1	0	0	0	87,0
4	44	0	1	0	1	61,0
5	72	0	1	0	1	82,5
6	53	1	0	0	0	40,9
7	45	1	0	0	0	58,8
8	64	1	0	0	1	44,8
9	42	1	0	0	1	43,9
10	42	1	0	1	0	70,6
11	72	0	1	0	1	56,5
12	61	0	1	0	0	71,6
13	41	0	1	0	1	73,3
53,46		46,15%	53,85%	7,69%	53,85%	60,93

Subjektive Sicht auf den Stadtteil Rohrbach

Auch wenn bundesweite Entscheidungen und globale Entwicklungen große Auswirkungen haben, sind die Strukturen im Wohnumfeld unter Umständen noch entscheidender für das Leben der Menschen. Denn in den Stadtteilen und Quartieren wirken Faktoren wie eine funktionierende Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Betreuungsangebote für die Kinder und Alte oder Verkehrsprobleme am unmittelbarsten. Sie betreffen Menschen ungefiltert, prägen soziale Erfahrungen und sind mitentscheidende Faktoren für die persönliche Zufriedenheit.

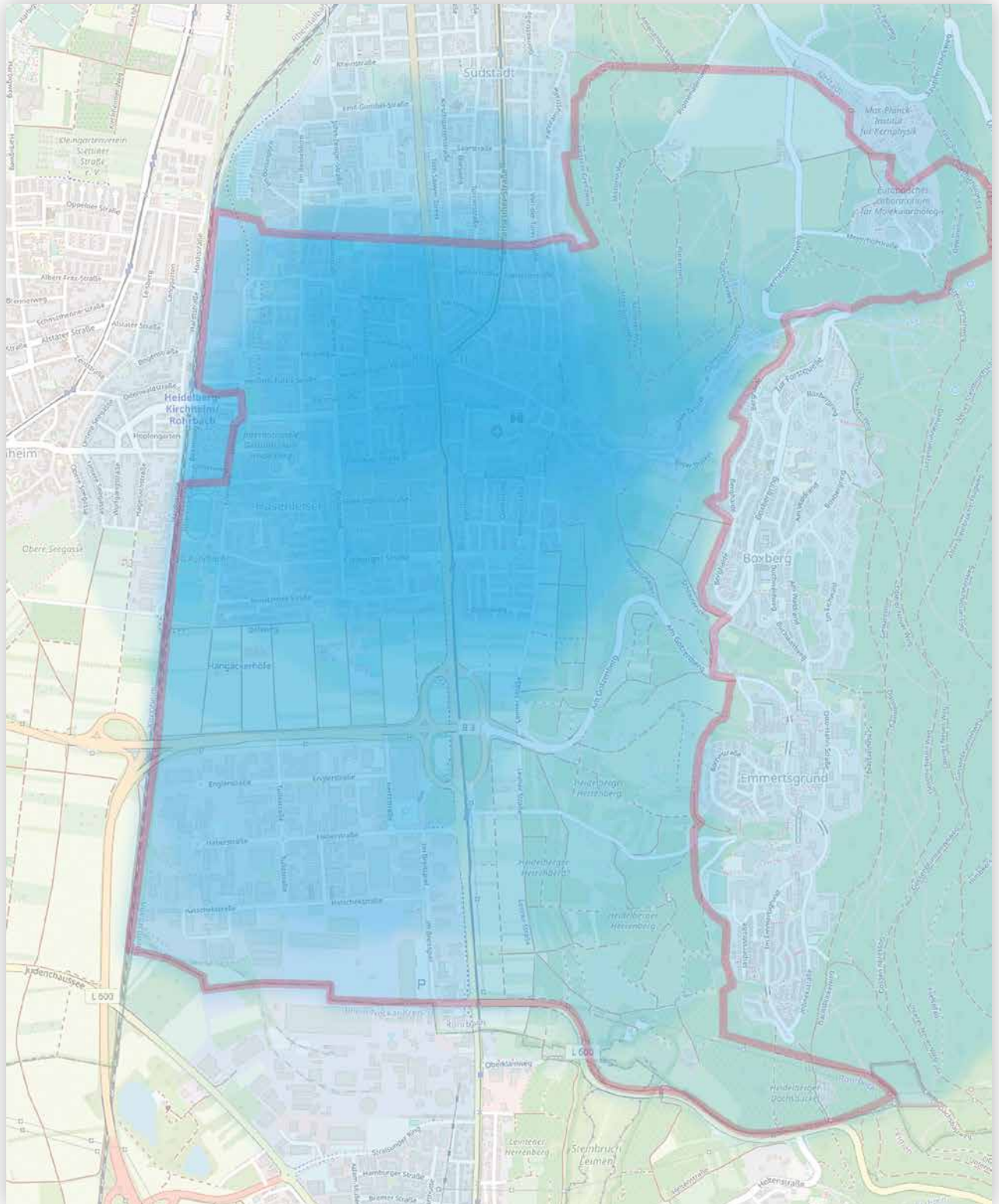
Betrachtet man die aktuelle Struktur des Heidelberger Stadtteils Rohrbach im Lichte der von Olaf Schnur vorgeschlagenen Klassifizierung von Quartierstypen (Schnur 2016, S. 75–78), so findet sich Vieles von dem, was dort unter dem Stichwort „postsuburbane Zone der Stadtlandschaft“ gefasst wird. Hier vermischen sich traditionell dörfliche mit urbanen Lebensweisen. Es haben sich neue soziale, kulturelle und ökonomische Strukturen gebildet, die Initiativen zur Verbesserung der Wohnsituation gemeinsam mit den *Alt-Eingesessenen* ergriffen und umgesetzt haben.

Die vorliegende Arbeit geht davon aus,

- dass der geografische Bereich, den die Befragten mit Rohrbach identifizieren, unscharf ist und in der Regel nicht identisch mit den administrativen Stadtteilgrenzen,
- dass *Rohrbach* eine wichtige Rolle für das Wohlbefinden der Befragten spielt, unabhängig davon, ob sie dort geboren sind oder nicht,
- dass die Befragten relativ viel (Frei-)Zeit im Stadtteil verbringen,
- dass es in Rohrbach nur wenige Gebiete gibt, in denen sich Menschen unwohl fühlen, und dass diese in engumgrenzten Bereichen liegen, zumeist im Hasenleiser.

Stadtteil ohne scharfe Grenzen

Die administrative Einteilung einer Kommune in *Stadtteile* beschreibt den sozialen Erfahrungsraum der Bewohner:innen nur ungenau. Deshalb orientiert sich die vorliegende Arbeit an Olaf Schnurs raum-zeitlichem *Fuzzy Concept* (Schnur 2014a, S. 43–45) und Anne Vadepohls *Place-Konzept* (2014, S. 62). Diese richten sich zwar am *Quartier* als räumlicher Einheit aus, ihre Grundüberlegungen



*Das Ergebnis der Markierungen in der Befragung: ein 'Fuzzy'-Stadtteil.
Die rote Linie markiert die Verwaltungsgrenze des Stadtteils.*

lassen sich aber auch auf die nächstgrößere Ebene beziehen: auf den *Stadtteil*, im konkreten Fall: Heidelberg-Rohrbach, als überschaubares Wohnumfeld, als sozial konstruierter Ort mit unscharfen Grenzen, als Summe individueller Lebenswelten. Ein Platz, den sozio-ökonomische Strukturen genauso prägen wie Geschichte und Geschichten und die Lokalpolitik.

Es war zu erwarten, dass die Interviewten sehr verschiedene Antworten auf die Frage nach dem Gebiet geben würden, das subjektiv für sie *Rohrbach* darstellt. Denn innerhalb des Stadtteils gibt es Quartiere mit unterschiedlichen Strukturen und Prägungen, u. a. der geschichtliche Kern Alt-Rohrbach und das in den 1970er-Jahren bebaute Quartier Hasenleiser. Den Befragten wurde deshalb die Aufgabe gestellt, auf einem Stadtplan den Bereich, der für sie subjektiv Rohrbach darstellt, zu markieren. Dieser Teil wurde im Anschluss in einem Bildbearbeitungsprogramm blass eingefärbt, und schließlich wurden die Markierungen aller Befragten multiplizierend übereinandergelegt. Das Ergebnis ist eine Karte, die visualisiert, dass im Leben der Menschen subjektive Erfahrungen, Kommunikationsstrukturen, individuelle Wege und Routinen wichtiger sind als administrative Grenzen vor Ort.

Die *Unschärfe* des Gebiets des Stadtteils zeigt sich auch in verbalen Äußerungen. Erwartungsgemäß gehen die Markierungen derjenigen, die in Rohrbach geboren und aufgewachsen sind, häufig über die der Zugereisten hinaus. Zum Teil umfassen sie auch die heutigen Stadtteile Boxberg und Emmertsgrund, die auf ehemals Rohrbacher Gemarkung liegen: „Denn ich sehe als *alter Rohrbacher* noch Rohrbach so wie es war“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 55).

Auf der anderen Seite beschränkt sich eine befragte Person auf einen Bereich, der die zwei Studierendenwohnheime in Rohrbach umfasst, Collegium Academicum und Holbeinring, und zusätzlich die beiden Nahversorgungszentren im Stadtteil. Der Osten Rohrbachs, Alt-Rohrbach und Gewann See bleiben außen vor: „... was ich als Rohrbach sehe und als Kontakt nutze, ist tatsächlich vor allem der Part ..., in dem man sich viel bewegt“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 45).

Wohlbefinden im Stadtteil

Unabhängig davon, wo konkret die subjektiven Grenzen des Stadtteils gesehen werden, äußern alle Befragten, dass das Leben im Stadtteil für ihr Wohlbefinden von großer Bedeutung ist. Vorliegende Studien lassen erwarten, dass es sich hier um einen wechselseitigen Prozess handelt: Menschen, die sich mit ihrem Umfeld identifizieren und sich dort wohl fühlen, sind eher bereit, sich zu engagieren. Umgekehrt nennen nahezu alle im Rahmen des Freiwilligensurvey 2014 Befragten das eigene Wohlbefinden als wesentliches Motiv für ihr Engagement (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 426).

Viele der Befragten betonen, sich als *Rohrbacher*⁵⁰ zu fühlen. Die Bitte, den Stadtteil möglichst mit einem Wort zu beschreiben, fand ein Befragter „komplex“ (Aufnahme Vogel, Pos. 29-30). Alle

⁵⁰ Auch einige weibliche Befragte benutzten die männliche Form.

anderen antworten mit positiven Begriffen: „geborgen“, „vielfältig“, „abwechslungsreich“, „bodenständig“, „Zuhause“, „Lebensqualität“. Mehrfach wird der Begriff *Heimat* genannt. Manche Befragte fassen Heimat weiter als den Stadtteil, bezeichnen sich vor allem als „Heidelberger“, „Kurpfälzerin“ oder „Deutsche“. Das bestätigt Ergebnisse der Untersuchung von Boehnke et al. (2020, S. 93, 100), die Heimatverbundenheit als wichtigen Faktor für das subjektive Wohlbefinden von Menschen sehen. Rohrbach als Heimat zu sehen, ist in der Befragung kein Alleinstellungsmerkmal der im Ort Geborenen und Aufgewachsenen. Interessant ist die Aussage einer Befragten, die im Stadtteil hauptamtlich tätig war. Obwohl sie nie in Rohrbach gewohnt hat, spricht auch sie von „Beheimatung“. Es zeichne den Stadtteil aus, dass man sich streiten und wieder versöhnen könne und dabei immer lösungsorientiert bleibe. Der Blick für das Gemeinsame charakterisiere den Ort (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 84).

Ein in Rohrbach Geborener, der einige Zeit in Köln und Frankfurt gelebt hatte, berichtet, dass er sich die Heimat erst wieder aktiv erarbeiten musste. Er hat sich den Ort seiner Kindheit „wieder als Heimat auserkoren“ und dies auch gegen seine Ehepartnerin verteidigen müssen (Aufnahme Vogel, Pos. 20). Dieser Prozess der Beheimatung (Mitscherlich 1996, S. 164; Greverus 1995, S. 24; Thierse 2018) spiegelt sich in einigen Interviews. Eine Befragte berichtet, es habe sie geprägt, dass ihre Mutter „eine Vertriebene“ ist. Sie fühlt sich dort zuhause, wo sie sich mit anderen Menschen wohl fühlt (Aufnahme Scholl, Pos. 15-16).

Ein anderer Befragter hatte zwar bereits als Kind enge Bezüge zum Stadtteil, seine Großmutter führte hier einen kleinen Gemüseladen. Er wurde aber nur dadurch selbst zum Rohrbacher, weil er als Erwachsener in das Großelternhaus zog: „ich bin wirklich nur durch den Umstand, dass dieses Haus in Rohrbach steht, Rohrbacher geworden“ (Aufnahme Peters, Pos. 37-38).

Die einzige befragte Person mit einem Migrationshintergrund beschreibt sich als Deutsche mit spanischem „Backup“ (Aufnahme Martinez, Pos. 11-12). Ihre Herkunft hat ihr Weltoffenheit gebracht, eine Neugier für andere Menschen und Denkweisen, die ihr in ihrer (festangestellten sozialen) Arbeit in Rohrbach sehr geholfen haben.

Auf Neuhinzugezogene konnte der dörfliche Charakter des Stadtteils auch eng und exkludierend wirken. Eine Probandin hat sich als junge Mutter nicht willkommen gefühlt (Aufnahme Westphal, Pos. 6). Aber auch Alteingesessene betonen nicht nur den stärkenden und schützenden Faktor der Nachbarschaft in ihrer Kindheit, sondern weisen auch auf die soziale Kontrolle hin, die damit verbunden war. „Und das war früher als Kind auch ganz schlimm. Denn, bevor ich heimgekommen bin, wusste die Mutter schon Bescheid, was ich angestellt hatte“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 61-62).

Freizeit im Stadtteil

Die Angaben auf die Frage, welchen Anteil ihrer Freizeit die Befragten in Rohrbach verbringen, reichen von „gering“ – bei einer Befragten, die nicht mehr im Stadtteil wohnt (Aufnahme Westphal, Pos. 36-37) – bis zu „80%“ (Aufnahme Scholl, Pos. 27-32). Insgesamt bedingt der enge Bezug zum Stadtteil, dass die meisten Befragten einen bedeutenden Teil ihrer Freizeit in Rohrbach verbringen. Ein wesentlicher Faktor ist das zeitlich überwiegend umfangreiche ehrenamtliche Engagement, sofern dieses in Rohrbach stattfindet: „...in Rohrbach selbst eigentlich gar nicht so viel. Weil unser Vereinsmittelpunkt der Boxberg ist“ (Aufnahme Peters, Pos. 56-60).

Viel Zeit im Stadtteil zu verbringen, hat aber besonders für Menschen in führenden Ehrenamtspositionen zur Folge, dass sie nur selten *privat* unterwegs sein können. Das gilt vor allem für die Leitenden im vereinsübergreifenden Stadtteilverein, die als Ansprechpersonen für alle lokalen Themen und Probleme gesehen werden: „So sehr ich das genieße ... ist es natürlich auch immer Im-Fokus-Stehen und auch zu unpassenden Momenten angesprochen werden“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 40).

Gemiedene Orte

Ein bedeutender Teil der wissenschaftlichen Literatur zu Städten und Quartieren befasst sich mit problematischen Elementen, mit Segregationsprozessen, der *Krise der Städte* und den Antwortversuchen der Politik. Dabei werden immer auch Faktoren diskutiert, die für eine Abwertung von Quartieren mit verantwortlich gemacht werden könnten, etwa Unordnung, Schmutz, *disorder* und *incivilities*. Allerdings ist umstritten, ob ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Faktoren und abweichendem Verhalten/Ängsten in der Bevölkerung besteht. Befragungen auf Stadtteil- oder Quartiersebene deuten darauf hin, dass subjektive Verunsicherung und objektive Gefährdungen nicht deckungsgleich sind. Laut Polizeilicher Kriminalitätsstatistik sinkt die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, bundesweit seit Jahren (Rau/Kromberg 2021, S. 15 f.). Trotzdem meiden mehr als 40 % der Menschen nachts bestimmte Orte. Bei Frauen liegt dieser Prozentsatz noch deutlich höher (Birkel et al. 2022, S. IX). Die Furcht vor Kriminalität scheint zumindest in Teilen unabhängig von tatsächlichen Bedrohungen zu sein (Groß 2021, S. 240). Ursache ist möglicherweise ein *WahrnehmungsfILTER*, der bewirkt, dass Unsicherheit nicht Folge objektiv messbarer Problemlagen ist, sondern über individuelle Wahrnehmungsprozesse (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 184 f.) entsteht. Ein auslösender Faktor kann eine erkennbare ethnische Diversität sein (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 187).

Die registrierte Kriminalitätsbelastung in Heidelberg ist vergleichsweise niedrig⁵¹, und Rohrbach bewegt sich im Mittelfeld der Stadtteile. Im Quartier Hasenleiser liegt die von der polizeilichen Kriminalstatistik erfasste Kriminalität über Jahre hinweg sogar niedriger als in Rohrbach insgesamt

⁵¹ Siehe: > 6. Die Stadtteilkulturen und der gesellschaftliche Zusammenhalt > Die Stadt Heidelberg > Kriminalität und Sicherheit.

und deutlich niedriger als in der Gesamtstadt. Nichtsdestotrotz wird das Quartier vor Ort und auch außerhalb als kriminalitätsbelastet wahrgenommen (Weeber + Partner 2014, S. 36). Aufgrund der Bewohner:innen-Struktur des Hasenleisers wurde hier bei den Voruntersuchungen zum Quartiersmanagement auch eine höhere Armutsgefährdung und ein größeres Kinderarmutsrisiko erwartet. Auch deshalb beschloss der Heidelberger Gemeinderat die Einrichtung des Quartiersmanagements im Hasenleiser. Es nahm im November 2019 seine Arbeit auf.

Mehr als die Hälfte der befragten Personen hat enge Bezüge zum Hasenleiser. Entweder wohnen Sie selbst dort, hatten hier ihren Arbeitsmittelpunkt oder den Schwerpunkt ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit. Deshalb war zu erwarten, dass die Aussagen der Befragten einen aussagekräftigen Blick auf die Wahrnehmung des Quartiers ermöglichen.

In Bezug auf *gemiedene Orte* bestätigte sich die Vermutung, dass die Interviewten nur wenige Orte aktiv meiden. Ein Befragter führt ein Bistro an, in dem geraucht werden darf und in dem nach seiner Ansicht das „Thema Ausländer“ zu häufig negativ besprochen wird (Aufnahme Fröhlich, Pos. 76-77). Eine andere Befragte fühlt sich am ehesten beim Joggen im Dunkeln im Feld unsicher, da es dort keine Beleuchtung gibt. Sie vermutet auch, dass sich der Kerweplatz in Alt-Rohrbach zu einem Drogenumschlagplatz entwickelt hat (Aufnahme Scholl, Pos. 26).

Der Hasenleiser sei zwar nicht die „hippste und schickste Gegend“, aber auch nicht angsteinflößend, meint ein Befragter (Aufnahme Merseburger, Pos. 63). Zwei Probanden äußern, ihre negative Meinung geändert zu haben, nachdem sie selbst in das Quartier gezogen sind (Aufnahme Peters, Pos. 53-54; Aufnahme Reinhardt, Pos. 63-64). Wenn überhaupt, wird das Umfeld am Anfang der Freiburger Straße als problematisch beschrieben: „wo diese Sinti- und Roma-Familien wohnen. ... Das sind Hochhäuser mit 150.000 Parteien und 48 Kulturen. Dass es da Reibereien auf engem Raum gibt und Meinungsverschiedenheiten, das ist irgendwo klar. Das kann man auch ein Stück weit nachvollziehen“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 63-64). Frau Martinez fügt hinzu, dass in dieser Gegend viele Zimmer an Studenten aus dem Ausland vermietet werden, die nur wenige Monate vor Ort sind und deshalb keine Identifikation mit einem Stadtteil aufbauen können (Aufnahme Martinez, Pos. 89).

Eine Probandin verneint zunächst, Angsträume im Stadtteil zu kennen, greift das Thema aber nach Ende des formellen Teils des Interviews noch einmal auf und nennt ebenfalls den Bereich am Anfang der Freiburger Straße. Dort kam sie früher häufig auf dem Rückweg von Ehrenamtsaufgaben vorbei. Sie habe da immer ein ungutes Gefühl gehabt und die Straßenseite gewechselt, sagt sie, sogar am hellen Tag. Denn dort hätten häufig „merkwürdige Gestalten herumgestanden“ (Aufnahme Werner, Pos. 178). Dieselbe Frau nennt auch noch einen Fußweg in Alt-Rohrbach, der ihr selbst nie unangenehm gewesen sei. Aber ihr Mann habe sie gewarnt, im Dunkeln dort durchzugehen, obwohl man nie gehört habe, dass es hier zu Übergriffen gekommen sei. (Aufnahme Werner, Pos. 178).

Erfahrungen mit und Ansichten zum Ehrenamt

Aufgrund der theoretischen Vorarbeiten ging die vorliegende Arbeit davon aus, dass

- die meisten Befragten über ihre Familie in das Ehrenamt hineingewachsen sind,
- die Befragten sehr viel Zeit ins Ehrenamt investieren,
- das Ehrenamt für die Befragten eine wichtige persönliche Funktion hat und Freude und Bestätigung bringt,
- die Befragten dem Ehrenamt eine wichtige Funktion für die Gesellschaft zumessen, aber glauben, dass diese von Verwaltung, Politik und Gesellschaft nicht angemessen gewürdigt und unterstützt wird,
- die Digitalisierung in den Vereinen nicht sehr fortgeschritten ist, auch wenn diese in der Pandemie digitale Medien für Vorstandstreffen etc. eingesetzt haben,
- in diesem Zusammenhang die Erfahrung/Befürchtung vorherrscht, Digitalisierung führe dazu, dass manche Menschen ausgeschlossen werden,
- Bürokratisierung/Reglementierungen und Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung als wichtigste Probleme im Ehrenamt wahrgenommen werden,
- es innerhalb der Rohrbacher Vereine bisher nur wenig Konflikte gab, die auf politischen Auseinandersetzungen außerhalb der Organisation basieren,
- bei bisherigen Konflikten meist der Umgang mit der Pandemie im Fokus stand.

Wege ins Ehrenamt

Der Freiwilligensurvey 2019 berichtet, dass sich in Deutschland nahezu 40 % der Bevölkerung freiwillig engagiert haben, insgesamt 28,8 Millionen Menschen (Kausmann et al. 2021, S. 276). Allerdings müssen Engagierte zunächst eine Schwelle überwinden, um Zugang zu Gruppen oder Organisationen für ihr Engagement zu finden. Die Untersuchungen zum Freiwilligensurvey 2014 zeigen,

- fast die Hälfte der Engagierten fand ihren Weg aufgrund *eigener Initiative*,
- etwas mehr als die Hälfte kam über eine *Anfrage, zumeist von Leitenden der Organisation*,
- für 44,9 % waren *Familienmitglieder, Freundinnen und Freunde und Bekannte* Impulsgebende,
- nur etwas weniger als 10 % nannten 2019 *Informations- und Kontaktstellen* als Auslöser für ihr Aktivwerden (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 418 f.).

Eine Studie zum Bürgerschaftlichen Engagement in Hessen bestätigt ebenfalls, dass der Anstoß zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit überwiegend von Familienmitgliedern, Freunden oder Bekannten und von leitenden Personen aus Ehrenamtsorganisationen kommt (Huth 2023, S. 47 f.).

Familie, Freundinnen und Freunde und Bekannte

Für mehr als die Hälfte der im Rahmen dieser Arbeit Befragten war die Herkunftsfamilie der wichtigste Zugangsweg ins Ehrenamt. Man wurde „mit fünf Jahren in den Turnverein gesteckt“

(Aufnahme Fröhlich, Pos. 34), oder war „... sofort Mitglied bei den Pfadfindern. Also mit knapp einem Jahr. Weil das nicht anders geht“ (Aufnahme Scholl, Pos. 10). Und wenn der Vater 45 Jahre Vorsitzender eines Gesangsvereins war, ist man halt „auch mit hineingewachsen“ (Aufnahme Werner, Pos. 43). Man ist „von Klein auf mit dabei“ und es hat Spaß gemacht (Weber-Kaiser, Pos. 26).

Bei einem Befragten spielte das familiäre Umfeld zwar auch eine wichtige Rolle – seine Familie war schon immer ehrenamtlich aktiv – den Weg in seinen Ehrenamtsschwerpunkt bei der Feuerwehr fand er aber über den Zivildienst (Aufnahme Reinhardt, Pos. 2).

Von leitenden Ehrenamtlern angefragt

Von leitenden Ehrenamtlern angefragt wurden ebenfalls einige Befragte. In der Regel stand das aber auch in einem familiären Umfeld: Man übernahm das Amt von einem jung verstorbenen Bruder (Aufnahme Fröhlich, Pos. 86-89), wurde von der Pfarramtssekretärin gefragt, ob man als Nachfolgerin der eigenen Mutter den Kindergottesdienst organisieren will (Aufnahme Werner, Pos. 0-13) oder übernahm das Amt bereits in jungen Jahren vom Vorgänger (Aufnahme Schäfer, Pos. 2; Aufnahme Fröhlich, Pos. 36).

Eigeninitiative

Eine Befragte, eine Frau, die erst als Erwachsene in den Stadtteil zog, berichtet, freiwilliges Engagement sei ein Thema, das in ihrer Familie überhaupt nicht vorkam (Aufnahme Westphal, Pos. 22). Sie fragt sich häufig, was der Impuls für ihr umfangreiches Engagement ist. „Das hat sicher auch etwas mit meiner eigenen Geschichte, meiner Herkunftsgeschichte zu tun, wo diese Themen immer tabu waren“ (Aufnahme Westphal, Pos. 20). Ehrenamt ist zu einem eigenen „Auftrag“ geworden, der aus ihrem Leben nicht mehr wegzudenken ist (Aufnahme Westphal, Pos. 51).

Auch andere Befragte ergriffen die Initiative und gingen zu Engagements-Organisationen, „die ums Eck rum lagen ... Das habe ich mir mal angeguckt, habe Spaß daran gefunden und so bin ich hängen geblieben“ (Aufnahme König, Pos. 36-37). Eine Befragte hatte in ihrer Heimatstadt Mainz immer die Fasnachtsumzüge bewundert und wollte auch selbst einmal Gestalten aus Pappmaschee herstellen. Deshalb ging sie auf eine Kulturinitiative zu, die Laientheater in einem Steinbruch inszeniert und begann deren Kulissen zu malen (Aufnahme Martinez, Pos. 27). Ein anderer Proband kam neu in den Stadtteil und wollte Fußball spielen. Da einer der örtlichen Vereine hochklassig spielte, ging er aufgrund der Einschätzung seiner Möglichkeiten zum anderen Verein – um eine Chance zu haben zu spielen (Aufnahme Peters, Pos. 84). Eine Befragte wollte gegen die Schließung eines Kindergartens im Stadtteil kämpfen. Da sich die langjährigen Kinderbeauftragten nach ihrer Meinung zu wenig um das Thema kümmerten, bot sie sich selbst als Nachfolgerin an (Aufnahme Scholl, Pos. 8).

Über die Kinder

Familiäre Faktoren können auch in einer anderen Hinsicht den Weg ins Ehrenamt ebnen. Befragte berichten, über das Umfeld der Kinder begonnen zu haben, sich erstmals oder verstärkt ehrenamtlich zu engagieren (Aufnahme Scholl, Pos. 8; Aufnahme Peters, Pos. 84): im Elternbeirat des Kindergartens oder in der Grundschule, zunächst als Mitglied, später als Vorsitzende des Fördervereins (Aufnahme Westphal, Pos. 1).

Zeitaufwand

Eine Studie zum Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege berichtet, dass in den befragten Organisationen insgesamt 266.338 Stunden freiwillige Arbeit pro Monat von den 22.308 Engagierten erbracht werden (Backhaus-Maul et al. 2015, S. 156 f.), also durchschnittlich etwa 12 Stunden je Monat je Person. Der Freiwilligensurvey 2019 registriert einen Trend zu weniger zeitintensiven freiwilligen Tätigkeiten. 1999 hatte noch knapp die Hälfte der Befragten angegeben, maximal 2 Stunden pro Woche zu investieren. 2019 lag der Anteil bei 60 %. Im selben Zeitraum ging der Anteil derjenigen, die 6 und mehr Stunden pro Woche aufbrachten, von 23 % auf 17,1 % zurück. Die Untersuchung stellt erhebliche Geschlechterunterschiede fest: Zumeist brachten Männer mehr Zeit für das Ehrenamt auf als Frauen (Kelle/Kausmann/Arriagada 2021, S. 152).

In der hier durchgeführten Befragung liegt der erhobene Zeitaufwand für das Ehrenamt deutlich höher als im Freiwilligensurvey. Der Grund dürfte sein, dass fast alle Befragten leitende Funktionen im Ehrenamt ausüben. Die niedrigste genannte Wochenstundenzahl lag bei 3-4 Stunden (Aufnahme Martinez, Pos. 28-29), die höchste bei 20-30 Stunden pro Woche (Aufnahme Schäfer, Pos. 10; Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 30-32; Aufnahme Merseburger, Pos. 16) bis hin zu einem *Vollzeitjob* von bis zu 40 Wochenstunden (Aufnahme Westphal, Pos. 88-89). Allerdings legten zwei Befragte Wert darauf, dass die Grenzen zwischen Ehrenamt und Hobby fließend seien (Aufnahme Schäfer, Pos. 4; Aufnahme Scholl, Pos. 10).

Funktionen im Ehrenamt

Die meisten Befragten sind an mehreren Orten ehrenamtlich tätig. Viele in ihren Augen kleinere Engagements-Felder fielen ihnen erst im Verlauf des Gesprächs wieder ein.

Engagements-Felder in Leitungsfunktionen

Die Probanden nennen folgende Bereiche, in denen sie in leitenden Funktionen tätig waren oder sind (Mehrfachnennungen möglich):

- Stellvertretender Abteilungskommandant
- Bezirksbeiratsmitglied (4 Befragte)
- Fachschaft/Studentenparlament der Universität Heidelberg
- Gemeinderatsmitglied (3 Befragte)

- Geschäftsführung des Studierendenwohnheims, ehrenamtliches Mitglied
- Jugendwart
- Kinderbeauftragte
- Kreisschützenmeister
- Schulleiterin
- Sprecher der Grünen Jugend
- Quartiersmanagerin
- Vizepräsident des badischen Sportschützenverbandes
- 1. Vereinsvorsitzende:r (6 Befragte)
- 2. Vereinsvorsitzende:r (2 Befragte)
- Vereinsvorstand: weitere Mitglieder (3 Befragte)
- 1. Vorsitzender des Ortsvereins einer Partei
- Weinkönigin

Weiteres ehrenamtliches Engagement in den Stadtteilkulturen

Alle Befragten nehmen neben ihrer Leitungstätigkeit/hauptamtlichen Tätigkeit in der Stadtteilkultur in großem Umfang weitere ehrenamtliche Aufgaben wahr:

- *Aktiv im Hasenleiser* im Quartiersmanagement
- Betreuung der Fußballjugend
- Betreuung von Abteilungen im Sportverein
- Dienstsportabteilung, ehrenamtliche Organisation
- Engagement bei Stadtteilstesten in Rohrbach, Boxberg und Emmertsgrund
- Engagement in weiteren Vereinen: Kleintierzuchtverein, Reitverein, Forum für Entwerfen, Landjugend, Geo-Naturpark
- *Familiensinn*: Vereinsgründung
- Freizeitclubs/Clubraum für Menschen mit Behinderungen
- Individualbetreuung eines Menschen mit Behinderung
- Kassenwart in einer Abteilung im Sportverein
- Kinderchor eines Gesangsvereins
- Kindermusicals: jährliche Organisation
- Kirchenmusikalisches Ehrenamt: Chorleitung, Orgel
- Kirchliches Engagement: (Kinder-)Gottesdienste und Abendgebete
- Kulturkreis im Stadtteilverein
- Mädchen für alles: Röcke umnähen, Schauspielern ins Kostüm helfen, Kartenverkauf
- Mentorin in einem Kinderhilfeprojekt
- Seniorencafé, monatlich

- Sommertagszug
- Stadtteiltreffpunkt, Verwaltung Altes Rathaus
- Stadtteiltreffpunkt, Verwaltung Rohrbacher Kulturhaus
- Theater für Laien-/Kinder: Kulissen gestalten, Kostüme nähen, soufflieren
(2 Befragte)
- Vergabebeirat des Fonds des Quartiersmanagements Hasenleiser
- Vergabebeirat des Stadtteilbudgets Heidelberg-Rohrbach
- Weihnachtsbaum auf dem Friedhof schmücken

Zwei Befragte in Leitungsfunktion betonen, dass ihr weiteres ehrenamtliches Engagement bewusst nicht in einer leitenden Funktion erfolgt. „Ich habe im Beruf so viel zu tun mit Leuten, irgendwas anweisen, irgendwas organisieren, dass ich das im Ehrenamt bewusst nicht machen will. ... ich lass dann lieber den anderen die Entscheidungen oder such mir meinen Bereich, in dem ich frei walten kann“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 35-36).

Persönliche Bedeutung

Im Mittelpunkt dieses Fragenkomplexes stand die Frage nach der Motivation, die Menschen zur Arbeit im Ehrenamt bringt. Im Rahmen des Freiwilligensurvey 2014 nannten nahezu alle Befragten das eigene Wohlbefinden oder soziale Aspekte als Hauptmotiv für ihr Engagement.

- Engagement soll vor allem Spaß machen, sagten 80 %.
- Im Ehrenamt trifft man andere Menschen, nannten 82 % als Beweggrund.
- Der Wunsch, Gesellschaft mitzugestalten, war ein Motiv für 81 %.
- Kontakte zu Menschen anderer Generationen zu erhalten, nannten circa 80 %.

Weniger Bedeutung maßen die Befragten im Freiwilligensurvey 2014 zu

- dem Erwerb von Qualifikationen (circa 50 %),
- dem Wunsch, Ansehen und Einfluss zu gewinnen (circa 30 %),
- der Hoffnung, durch das Engagement berufliche Vorteile zu erhalten (ca. 25%) (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 426 f.). Allerdings wünschten sich vor allem Jüngere eine stärkere Anerkennung in Form von Zertifikaten oder Ähnlichem (Simonson/Vogel 2017, S. 539).

Ähnliche Ergebnisse erbrachte eine Studie zum freiwilligen Engagement in Hessen (Huth 2023, S. 44–47).

Selbstwirksamkeit erleben

Die von Dux et al. (2009, S. 263 ff.) konstatierten Auswirkungen für die Persönlichkeitsentwicklung von jugendlichen Aktiven lassen sich auch auf Erwachsene beziehen: Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere vermittelt Kompetenzen, Orientierung im Leben,

Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit. Nicht zuletzt macht freiwilliges Engagement Selbstwirksamkeit erlebbar: der Nutzen des Engagements und seine gesellschaftliche Relevanz sind unmittelbar sichtbar. Ein Befragter beschreibt das mit Blick auf seine Ehrenamtssozialisation noch in seiner Schulzeit: „... dass man dort eine wesentlich höhere, ich sag mal: Selbstwirksamkeit hat als in traditionellen, schulischen Wegen. ... dieses Feedback, etwas zu bewegen, was Sinnvolles zu machen, finde ich, hat man wesentlich mehr und erfüllender als in der Schule“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 8).

Erfahrungen von Eigenständigkeit und Selbstwirksamkeit haben eine starke gesellschaftliche Bedeutung, denn sie beeinflussen entscheidend die Wahrnehmung und Einschätzung von Partizipationsmöglichkeiten im Lebensumfeld und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Arant/ Dragolov/Boehnke 2017, S. 14). Menschen, die Selbstwirksamkeit erleben, sind zudem weniger anfällig für Verschwörungsmythen und Populismus (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023, S. 94–124).

In den durchgeführten Interviews werden häufig Erfahrungen von Selbstwirksamkeit genannt: 9 der 13 Befragten beschreiben solche Elemente. Damit ist Selbstwirksamkeit eines der am häufigsten genannten Motive für das Engagement. Vermutlich ist dafür auch ausschlaggebend, dass es sich bei den Befragten überwiegend um Personen mit Leitungsfunktionen handelt, die „vorne“ mitreden, sich engagieren und etwas verändern wollen (Aufnahme König, Pos. 29).

Gemeinschaft stärken/etwas zurückgeben

Eng verbunden mit dem Thema Selbstwirksamkeit ist der Wunsch, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, die Gemeinschaft zu stärken. In den dieser Arbeit zugrunde liegenden Interviews nennen ebenfalls 9 der 13 Probanden dieses Motiv als Basis ihres Engagements. Es geht darum, Dinge zu beeinflussen mit dem Ziel: „Gute Gemeinschaft“ (Aufnahme Westphal, Pos. 53) zu entwickeln und erlebbar zu machen, Gemeinsinn und Wohlbefinden zu fördern – für andere und sich selbst (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 42). Man möchte der Gemeinschaft etwas zurückgeben. Kam man z.B. selbst in den Genuss, Sport zu treiben, möchte man mithelfen, dies auch künftigen Generationen zu ermöglichen. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre das aber nicht möglich (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 39; Aufnahme Werner, Pos. 57).

Wiederholt nehmen Befragte in diesem Zusammenhang Bezug auf den Stadtteil. Für ihr Engagement spielt nicht zuletzt der Erhalt von örtlichen Besonderheiten und Traditionen eine Rolle, der Wunsch, Menschen über den Verein „ein Stück weit Heimat zu geben“ und mitzuhelfen, „dass meine Kinder in einer Welt leben, die ich kannte und kenne“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 11-12). Der eigenen Arbeit wird dabei eine große Bedeutung für die Entwicklung des Stadtteils beigemessen (zum Beispiel: Aufnahme Westphal, Pos. 194).

Andere mitziehen/begeistern

Ebenfalls in engem Zusammenhang mit den Motiven *Selbstwirksamkeit* und *Gemeinschaft stärken/etwas zurückgeben* steht der Wunsch, andere zu motivieren, zu begeistern, mitzuziehen, das eigene Wissen weiterzugeben (Aufnahme Reinhardt, Pos. 36, 46; Aufnahme Vogel, Pos. 58). Das gelinge am besten dann, wenn man selbst Begeisterung zeigt (Aufnahme König, Pos. 47-49) und Vorbild sei (Aufnahme Werner, Pos. 67).

Spaß und Freude, Ausgleich zum Alltag

Nicht so häufig wie Selbstwirksamkeit oder der Wunsch, etwas zur Gemeinschaft beizutragen, werden *Spaß und Freude* sowie der *Ausgleich* für das Alltagsleben in den Interviews genannt. Knapp die Hälfte, 6 der Interviewten, gibt diese Motive an. Eine Befragte findet, Ehrenamt dürfe keine Pflichtaufgabe sein: es ist nur sinnvoll, wenn es Spaß macht und wenn es sich um Dinge handelt, die nicht wirklich notwendig sind (Aufnahme Martinez, Pos. 30-31, 40). Ehrenamtliches Engagement muss *Freizeit* sein, sagt eine andere Probandin. Es darf nicht in Kategorien von Work-Life-Balance gemessen werden (Aufnahme Scholl, Pos. 10). In der Gründungszeit der sozio-kulturellen Initiative *punker* standen „coole Aktionen“ im Mittelpunkt, aber auch feucht-fröhliche Sitzungen (Aufnahme Westphal, Pos. 39).

Freiwilliges Engagement ermöglicht einen Ausgleich zum Alltag (Aufnahme Reinhardt, Pos. 36), regt die Kreativität an und führt dazu, dass man nicht „den ganzen Tag aufs Handy“ guckt (Aufnahme Reinhardt, Pos. 40). Ohne das Ehrenamt würde man sich nicht ausgelastet fühlen: „Was macht jemand, der um fünf zu Hause ist? Und nichts zu tun hat?“ (Aufnahme Peters, Pos. 86).

Menschen treffen, Geselligkeit und Gemeinschaft erleben

Kontakte zu bekommen, Menschen zu treffen, Geselligkeit und Gemeinschaft zu erleben wird ebenfalls von 6 der Befragten als Motiv für ihr Engagement genannt. Über das Ehrenamt lernt man andere Menschen kennen und vergrößert seinen Bekanntenkreis. Mit der Zeit entstehen aus Ehrenamtskontakten immer mehr Freundschaften (Aufnahme Schäfer, Pos. 12).

Die Untersuchungen im Rahmen des Freiwilligensurvey 2014 zeigten, dass freiwilliges Engagement die Wahrscheinlichkeit erhöht, mit der eigenen sozialen Einbettung zufrieden zu sein. Die Autor:innen messen dem Engagement zudem einen Schutz gegen die schädlichen Effekte von *Einsamkeit* zu (Huxhold/Hameister 2017, S. 516). Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2022/23 sieht in Einsamkeit eine Gefahr für die Demokratie (Neu/Küpper 2023). Sie führt zu einem Schwinden von Vertrauen in die Mitmenschen, in Institutionen, die öffentlich-rechtlichen Medien und die Demokratie insgesamt. Auch die Selbstwirksamkeit leidet unter Einsamkeit. Einsame Menschen neigen zu Populismus und Verschwörungsmythen und tendieren in der Folge deutlich häufiger zu rechts-extremen Einstellungen und zur Billigung von Gewalt als Nichteinsame (Neu/Küpper 2023, S. 349 f.).

Eine im Rahmen dieser Arbeit Befragte berichtet, wie wiederholte Umzüge der Familie in ihrer Kindheit zu Einsamkeit und Entwurzelung führten (Aufnahme Westphal, Pos. 26). Entsprechend wichtig ist für sie heute „ein Leben in einer vernetzten Gemeinschaft“ (Aufnahme Westphal, Pos. 22). Eine andere Befragte beschreibt ihre Not in der Kindheit, als die Mutter psychisch schwer erkrankte. Damals half ihr das soziale Netz der Nachbarschaft (Aufnahme Scholl, Pos. 2). Und auch heute seien ihr gute Freunde und gute Nachbarn wichtig, „so ein bisschen Familie“ (Aufnahme Scholl, Pos. 66).

Bestätigung erhalten/Positives Feedback/Ehre

Auch wenn es Befragte gibt, die „keine Plakette“ als Lohn für ihr Engagement erwarten (Aufnahme Scholl, Pos. 40), spielt die persönliche Anerkennung im Ehrenamtsfeld für viele eine Rolle. Vier der Probanden nennen *Bestätigung* (Aufnahme Reinhardt, Pos. 36) als Motiv für ihr Engagement. Wobei damit ein auf die Person bezogenes Feedback gemeint ist, nicht die gesellschaftliche Würdigung ehrenamtlicher Arbeit, die später betrachtet werden soll.

Bestätigung kann in Form von *Ehrungen* erfolgen, z. B. durch die Würdigung des Engagements in Veranstaltungen des Vereins, bis hin zum Eingang in dessen „Annalen“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 104-106). Bestätigung erfolgt aber auch im Kleinen:

Das schönste Kompliment habe ich einmal von einem Kind bekommen. ... „Wann wirst du erwachsen?“ ... „Ich bin doch erwachsen. Ich bin doch schon eine Mama“. „Ja, aber du spielst immer noch wie ein Kind!“ ... das war das schönste Kompliment, was mir je gemacht wurde.

(Aufnahme Werner, Pos. 83-85)

Lernen/Selbstentwicklung

Freiwilliges Engagement ermöglicht Lernprozesse in großem Umfang (Schenkel 2007, S. 111). Im Gegensatz zum Lernen in der Schule geschieht es als Handeln in Ernstsituationen. Handlung und Lernprozess sind inhaltlich und zeitlich eng verknüpft (Düx et al. 2009, S. 124–131; Blum 2021, S. 54). Eine Studie zum Kompetenzerwerb junger Menschen im freiwilligen Engagement zeigt, dass dort Kompetenzen erworben werden, die sich in formalen Lernzusammenhängen nicht oder nicht in gleicher Weise erwerben lassen (Düx et al. 2009, S. 107 f.). Das Lernen im Ehrenamt erfolgt häufig beiläufig, nahezu unbemerkt (Düx et al. 2009, S. 229–231): „Manchmal wurde den Befragten erst während der Befragung bewusst, dass sie im Engagement auch etwas gelernt haben“ (Düx et al. 2009, S. 121). Dies bestätigte sich in den Interviews dieser Studie: Lernen und persönliche Weiterentwicklung wurde nur einmal als Motiv für die freiwillige Arbeit genannt. „Das Ehrenamt ist eine Megachance, sich zu entwickeln, auch als Mensch“ (Aufnahme Scholl, Pos. 118).

Sonstige Motive

Eine Befragte sagt, die meiste Freude im Ehrenamt bereite ihr die Musik (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 37-38). Sie sei für sie auch ein Stück weit Gebet (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 40): „Für mich ist halt dieser religiöse Aspekt sehr wichtig. Weil ich glaube, dass uns zur Zeit dieser Ausblick auf das Transzendente total fehlt“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 42). Auch eine andere Interviewte verweist auf ein religiöses Motiv. Sie misst dem von ihr geleiteten Kindergottesdienst eine wichtige Funktion zu. Letztlich sei er sogar wichtiger als Erwachsenengottesdienste, denn hier würden bei den Kindern die Wurzeln gelegt: „Die wissen: das ist meine Kirche“ (Aufnahme Werner, Pos. 69).

Gesellschaftliche Bedeutung des Ehrenamts

Zwei Drittel der Befragten äußern explizit, das Ehrenamt sei eine wesentliche Stütze unserer Gesellschaft, ihr Kitt. Ohne das Ehrenamt würde diese gar nicht funktionieren, oder zumindest könnten wesentliche Aufgaben nicht mehr geleistet werden (u.a. Aufnahme König, Pos. 51; Aufnahme Scholl, Pos. 34; Aufnahme Vogel, Pos. 60; Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 36; Aufnahme Westphal, Pos. 69). Ein Befragter berichtet von einem ehrenamtlich organisierten Busverkehr in seinem Heimatdorf, für den es keine öffentlichen Alternative gibt (Aufnahme Merseburger, Pos. 25). Zwei andere Befragte weisen darauf hin, dass die Rettungsdienste der Feuerwehr ohne freiwilliges Engagement kaum aufrecht zu erhalten wären. Gerade in ländlichen Gebieten gibt es meist keine Berufsfeuerwehr. Ohne den Einsatz der Freiwilligen ist es dort kaum möglich, die Sicherheit der Kommunen zu gewährleisten (Aufnahme Martinez, Pos. 40; Aufnahme Reinhardt, Pos. 42).

Vor allem Politik und Verwaltung nutzen nach dem Eindruck der Befragten nicht selten das Engagement Freiwilliger zur Erfüllung von eigentlich kommunalen Aufgaben (Aufnahme Vogel, Pos. 60) und nehmen das zudem als Erfolg für sich in Anspruch (Aufnahme Scholl, Pos. 38). Als Beispiel wird der Umgang mit Geflüchteten in den letzten Jahren genannt. Ohne Ehrenamtliche wären die Kommunen „aufgeschmissen“ gewesen. Man verließ sich darauf, dass die Freiwilligen helfen wollen, und hielt ihr Engagement für selbstverständlich (Aufnahme Merseburger, Pos. 25). Eine Probandin spricht von der „Ausbeutung des Ehrenamts“, weist aber zugleich darauf hin, dass sich zwar jede:r Ehrenamtliche ein Stück weit ausbeuten lasse, sein Engagement aber auch freiwillig und gern erbringe (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 39).

Das Ehrenamt als Lückenbüßer einer verfehlten Sozialpolitik zu sehen, geht einer anderen Interviewten hingegen zu weit (Aufnahme Westphal, Pos. 72-73). Allerdings habe die „liberalisierte Gesellschaft“ zum Teil eine falsche Richtung eingeschlagen. Statt die Bürgerschaft mit ihrem Engagement einzubinden, hat man Dienstleistungen „in monetäre Einheiten umgerechnet. Und dafür braucht man Sozialarbeiter“. Es gibt Bereiche, in denen eine Professionalisierung richtig und notwendig ist. Aber grundsätzlich sollte man der Bürgerschaft mehr Aufgaben überlassen. Dem Staat jede Verantwortung zuzuordnen, sei nicht gut für die Gesellschaft (Aufnahme Westphal,

Pos. 79). Auch eine zweite Befragte plädiert für eine Unterstützung des Ehrenamts durch hauptamtliche Kräfte – eine Forderung, die auch in der wissenschaftlichen Literatur u .a. Kegler (2014, S. 78) und Götzky (2014, S. 41) vertreten wird. Notwendig ist ein angemessenes Verhältnis von freiwilligem und beruflichem Engagement: „Hauptamt braucht Ehrenamt und Ehrenamt braucht Hauptamt“ (Aufnahme Martinez, Pos. 81-82).

Eine Befragte berichtet von der Arbeit des Rohrbacher Stadtteilvereins. Wenn sie dessen Sitzungen besucht, kommt sie sich vor „wie in einer Firmenbesprechung. Das ist ja kein Ehrenamt mehr. Das ist Gebäudeverwaltung im Großen“. Sie findet, es sei Aufgabe der Stadt, die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen, um so den Freiwilligen die Möglichkeit zu geben, mit ihren Ideen und mit Freude am Engagement ihre inhaltlichen Aufgaben zu erfüllen (Aufnahme Scholl, Pos. 40). Eine ähnliche Position vertritt eine zweite Befragte. Manche Aufgaben, die Stadtteilvereine zu erledigen haben, empfindet sie als „erniedrigend“. Sie bezieht sich auf den vonseiten der Stadtverwaltung geforderten bürokratischen Aufwand, wie zum Beispiel die immer wiederkehrende Beantragung von Straßensperrungen, die die Vereine unnötig belastet. Es wäre eine große Unterstützung, wenn die Verwaltung das übernehme (Aufnahme Westphal, Pos. 87). Auch ein anderer Befragter findet den geforderten bürokratischen Aufwand „zermürbend“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 111). „Das nächste Mal machen wir den Martinsumzug einfach als Demonstration“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 109). Das sei mit weniger Bürokratie verbunden.

Wertschätzung des freiwilligen Engagements

Allgemeine Wertschätzung

Bei der Beantwortung der Fragen zu den Motiven des eigenen Engagements spielte dessen Wertschätzung keine große Rolle: „Ich brauche keine Plakette für was, was ich tue“ (Aufnahme Scholl, Pos. 40). Doch im Rahmen des Fragenkomplexes „Wertschätzung des freiwilligen Engagements“ zeigte sich dennoch dessen subjektive Wichtigkeit. Das entspricht den Ergebnissen des Freiwilligen-survey 2023 (Schubert/Tahmaz/Kuhn 2023, S. 25).

Zwar bedankten sich auch jetzt bereits manchmal Menschen persönlich bei Aktiven für ihr Engagement (Aufnahme Reinhardt, Pos. 124; Aufnahme Schäfer, Pos. 36), aber einige Befragte wünschen sich mehr Anerkennung. So wünscht sich ein Befragter, dass die Feuerwehr im Stadtteil präsenter ist und die Menschen wissen, was hier geleistet wird. Er träumt davon, einfach jemanden anzusprechen und der kenne den Namen des Feuerwehr-Kommandanten der (Aufnahme Reinhardt, Pos. 124).

Obwohl ein Interviewter den Eindruck hat, dass das Ehrenamt in Deutschland „einen gewissen“ Stellenwert hat, einen höheren als in anderen Ländern (Aufnahme Merseburger, Pos. 25), wird in der Wahrnehmung der meisten Befragten das freiwillige Engagement seitens der Gesellschaft

nicht angemessen gewürdigt. Die Befragten beklagen u. a., dass der „Berg an Arbeit und Zeit, der dahintersteht“, nicht gesehen wird (Aufnahme Scholl, Pos. 36) oder dass Menschen, die sich stark für Geflüchtete engagieren mit warmen Worten oder einem kostenlosen Essen abgespeist werden (Aufnahme Merseburger, Pos. 25). Nach Meinung einer Befragten können Menschen, die selbst mit freiwilligem Engagement aufgewachsen sind, dessen Wert besser einschätzen und würdigen (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 41).

Mehrere Befragte monieren, dass das Ehrenamt als selbstverständlich wahrgenommen wird (Aufnahme Werner, Pos. 63). Es funktioniert in Deutschland immer noch sehr gut. Die Menschen gehen „immer noch davon aus, dass es sehr viele Ehrenamtliche gibt, dass die Leute das sehr gerne machen und dass das so weitergeht“. Aber das wird sich auf Dauer ändern (Aufnahme Peters, Pos. 93).

Die Ursache für die mangelnde Wertschätzung kann auch in einem Wahrnehmungsmangel liegen: „die Menschen sind mehr abgelenkt ... auch digital. ... Und ich habe auch den Eindruck, auch nach Covid, die Menschen sind mehr in einem Tunnel ... Das stelle ich auch in der Schule fest. Wahrnehmung wird weniger“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 46). Auch deshalb wird gar nicht mehr registriert, wie viel Arbeit im Ehrenamt steckt, wie viel Zeit Aktive investieren.

Ein Befragter glaubt, auch die Abschaffung von Wehr- und Sozialdienst habe dazu geführt, dass das Verständnis dem Sozialen gegenüber abnimmt. Es habe sich eine Mentalität breitgemacht, bei der die Menschen davon ausgehen, alles jederzeit zu bekommen: „Die Läden sind bis zwölf Uhr nachts offen. Es ist immer alles verfügbar. Und ich glaube, dass uns das mittlerweile ein wenig auf die Füße fällt“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 44). Denn immer weniger Menschen engagieren sich (Aufnahme Werner, Pos. 63). Die Nehmerhaltung in der Gesellschaft wächst im Vergleich zur Geberhaltung. Die Angebote des Ehrenamts nimmt man gerne an, ist aber nicht zu eigenem Engagement bereit, jedoch schnell zu destruktiver Kritik (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 46).

Auch kulturelle Veränderungen werden als Ursache für eine schwindende Wertschätzung des freiwilligen Engagements genannt. Ein Befragter glaubt, ein Drittel der Bevölkerung könne mit dem Ehrenamt nichts anfangen: „die sagen: macht ihr, was ihr wollt, ihr Vereinsmeier!“ (Aufnahme Peters, Pos. 89). Je traditioneller das Engagement ist, im Männergesang- oder Schützenverein, desto weniger Wertschätzung erhält man in Heidelberg, so der Eindruck einer Befragten. Man schätzt hier das „Hippe, Neue und Gedöns“ (Aufnahme Scholl, Pos. 98). Zudem fänden in der Heidelberger Öffentlichkeit Menschen, die spektakuläre Aktionen veranstalten, mehr Beachtung. Diejenigen, „die die Karren ziehen und konstant immer Arbeit reinbringen“, würdigt man dagegen nicht oder zu wenig (Aufnahme Westphal, Pos. 57).

Wertschätzung seitens der Politik und der Stadtverwaltung

In Hinblick auf die Würdigung, die die lokale Politik und Verwaltung dem freiwilligen Engagement entgegenbringen, äußern zwei Befragte, diese sei „im Prinzip“ angemessen (Aufnahme König, Pos. 52-53; Aufnahme Vogel, Pos. 61-62). Die meisten anderen kritisieren jedoch eine mangelnde Wahrnehmung und Würdigung seitens der Stadtverwaltung (Aufnahme Fröhlich, Pos. 104, 107-108).

Ein Proband beklagt, keinerlei Vorteile durch seine ehrenamtliche Arbeit zu haben (Aufnahme Reinhardt, Pos. 46). Er verweist auf Kommunen, in denen ehrenamtlich stark Engagierte u. a. freien Eintritt ins Schwimmbad haben. Er sprach das bei der Heidelberger Verwaltung an, wurde aber lediglich vertröstet (Aufnahme Reinhardt, Pos. 46). Eine andere Befragte berichtet von einer Kinderbeauftragten, die erfolglos bei der Stadtverwaltung nach einer Vergünstigung gefragt habe: Sie wünschte sich ein Frei-Abonnement der lokalen Zeitung, auch als Grundlage für ihre ehrenamtliche Arbeit (Aufnahme Scholl, Pos. 38), oder eine Ermäßigung beim Schwimmbad-Eintritt. Als sie danach fragte, habe man sie aber nur „mit großen Augen angeguckt“ (Aufnahme Scholl, Pos. 40).

Bei diesen Wünschen handelt es sich um eher symbolische Anerkennungen, Vergünstigungen, die keinen großen materiellen Vorteil bringen, die aber zeigen, dass das freiwillige Engagement wahrgenommen wird. Möglicherweise wird es hier in absehbarer Zeit eine Baden-Württemberg-weite Lösung geben, denn die Landesregierung testet die Einführung einer Ehrenamtskarte. Noch bis Ende Juni 2024 wird diese Möglichkeit an vier Modellstandorten erprobt. Die Kriterien für den Erwerb und für die Verwaltung der landesweit gültigen Karten erarbeitete das Land unter Beteiligung der Kommunalen Landesverbände und einiger Kommunen (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg 2023). Baden-Württemberg holt damit nach, was bundesweit bereits verbreitet eingeführt wurde: Im ZiviZ-Survey 2023 konnte jede zehnte Organisation ihre Aktiven auf diese Möglichkeit hinweisen. In Baden-Württemberg waren das nur zwei Prozent. Nach Meinung der ZiviZ-Autor:innen könnte die Ehrenamtskarte hier ungenutzte Potenziale erschließen (Schubert/Tahmaz/Kuhn 2023, S. 26, 35).

Digitalisierung

Die Digitalisierung stellt auch Engagements-Organisationen vor große Herausforderungen. Einerseits müssen sie digitale Hard- und Software einsetzen, andererseits sollten sie die Chancen nutzen, die digitale Plattformen als Zugangswege zu Informationen, zur Öffentlichkeit und zu Finanzmitteln bieten. Die Organisationen reagieren sehr unterschiedlich auf diese Herausforderungen.

Der Dritte Engagementbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020, S. 106–112) unterscheidet mehrere Typen von Organisationen. Bei der Klassifizierung spielt implizit der Anteil der Hauptamtlichen eine mitentscheidende Rolle. Bei *überwiegend ehrenamtlich getragenen Organisationen* beschreibt der Bericht:

- *pragmatisch Nutzende*, bei denen die Digitalisierung als Mittel zum Zweck dient, um z. B. die Effizienz ihrer Arbeit zu steigern und
- *zurückhaltend Skeptische*, die die Digitalisierung als lästige Notwendigkeit sehen, meist mit der Begründung, dass ihre Arbeit *analog* sei und man durch die Digitalisierung den Verlust des Persönlichen fürchte.

Vor allem bezogen auf die letzte Gruppe besteht die Gefahr, von zentralen gesellschaftlichen Entwicklungen abgehängt zu werden, mit tendenziell existenzgefährdenden Folgen (Croll 2021, S. 5).

Die im Folgenden gesammelten Antworten der für die aktuelle Arbeit Befragten, beziehen sich allgemein auf die Digitalisierung ihrer Organisationen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden hier nur am Rande gestreift und an anderer Stelle zusammengefasst.⁵²

Alle Befragten arbeiten nahezu ausschließlich in ehrenamtlich getragenen Vereinen, die digitale Mittel bestenfalls pragmatisch nutzen und der Digitalisierung im Ehrenamt eher skeptisch gegenüberstehen. Die Organisationen verfügen über eine Website und in der Regel auch über E-Mail-Verteiler. Wobei bereits diese Medien nicht von allen Mitgliedern uneingeschränkt genutzt werden können: „Es gibt ja viele, die vielleicht einmal eine E-Mail lesen können, aber eine schreiben können sie nicht. (...) manche sagen auch, sie kommen nicht mehr mit, je älter man wird, es ist halt leider Gottes so“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 118). Der Kontakt zu diesen, vor allem älteren, Mitgliedern läuft meist unverändert über das Telefon oder die Post (Aufnahme König, Pos. 73).

In der Mehrheit der Vereine der Befragten erfolgte die Digitalisierung bisher nur begrenzt: Mail- oder Whatsapp-/Signalverteiler wurden eingerichtet, um untereinander schneller kommunizieren und die Mitglieder günstiger erreichen zu können: „Bei uns ist Digitalisierung im Prinzip, dass du keine Briefe mehr verschicken musst. Dass du alles per E-Mail machen kannst“ (Aufnahme Peters, Pos. 111). Einige Vereine verfügen über einen Newsletter, der mehr oder minder regelmäßig an Interessierte verschickt wird. Sporadisch werden auch Plattformen genutzt, zumeist *Facebook*, vereinzelt auch *Instagram* (Aufnahme Schäfer, Pos. 28).

Die meisten Vereine versuchten in der Pandemie, Sitzungen über Videosoftware zu organisieren. Diese Bestrebungen bleiben aber offenbar Stückwerk, teilweise wurden sie nach der Pandemie sogar wieder eingestellt. Eine Befragte berichtet, dass ihre Organisation auch nach Ende der Pandemie Vorstandssitzungen noch teilweise digital abhält, um kurzfristig und zeitsparend Einzelthemen zu besprechen. Aber „ansonsten schätzen wir es auch, ungefähr einmal im Monat zusammenzukommen und etwas zu essen und zu trinken“ (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 47). Bei der Analyse der Interviewaussagen gewinnt man den Eindruck, dass ein Großteil der Befragten keinen oder nur einen begrenzten Nutzen in der Digitalisierung sieht. Man ist „mehr für die Mitglieder, beziehungs-

⁵² Siehe: > 7. Qualitativer Teil > Themenbezogene Auswertung der Interviews > Erfahrungen mit und Ansichten zum Ehrenamt > Probleme des Ehrenamts > Pandemie.

weise für die Öffentlichkeit unterwegs“ (Aufnahme Vogel, Pos. 68). Der persönliche Kontakt wird mehrfach als zentrales Element der eigenen Arbeit genannt:

Quartiersarbeit erreicht ja schon von vornherein im ersten Moment nur Personen, die sich sowieso für das Thema interessieren oder die selbst aktiv werden wollen, den Stadtteil mitzugestalten. Und deshalb war unsere Arbeit von Anfang an, immer sehr stark aufsuchend, in die Gebäude, in die Treppenhäuser reingehen, an der Tür. (Aufnahme Martinez, Pos. 57-58)

Im Rahmen der Quartiersarbeit hätte möglicherweise „eine coole Quartiers-App“ einen besseren Zugang zu Jüngeren im Quartier ermöglicht, aber dafür gab es kein Geld (Aufnahme Martinez, Pos. 59-60). Der ZiviZ-Survey 2023 hält es allerdings für unwahrscheinlich, allein mittels digitaler Medien jüngere Engagierte zu gewinnen (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 4).

Teilweise fehlt es den auch an den notwendigen Kompetenzen und Zugängen „Also ich nutze diese Dinge sehr ... Aber ich kann sie nicht initiieren oder umsetzen. ... meine Arbeitsweise ist halt doch noch die, dass ich meine To-do Listen analog führe ... Und da nicht gut bin, in Digitalisierung“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 28).

Sonderfall Collegium Academicum

Die Aussagen des Interviewten, der überwiegend über seine Arbeit im *Collegium Academicum* (CA) berichtete, stellen in vielerlei Hinsicht einen Sonderfall dar. Das Studierendenwohnheim ist zwar ebenfalls das Ergebnis umfangreichen ehrenamtlichen Engagements, aber es ist im Stadtteil erst kürzlich angekommen und in dessen Strukturen noch nicht verankert. Außerdem ist die Zusammensetzung der Aktiven im CA – Studierende und Auszubildende – nicht vergleichbar mit der in den traditionellen Vereinen (Aufnahme Merseburger, Pos. 65). Zudem liegt der Schwerpunkt der Ehrenamts-Arbeit im CA naturgemäß auf der inneren Organisation des Wohnheims. Deshalb sind die Zielrichtung und der Stand der Digitalisierung im Collegium Academicum mit der in den anderen Ehrenamtsorganisationen nicht vergleichbar: „... fast alle Leute sind im Alter zwischen 18 und 30 sind mit dieser Technik aufgewachsen. ... Deswegen gab es auch überhaupt keine Probleme, das zu implementieren“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 30-31). Während in den anderen Organisationen vor der Pandemie häufig mehr oder minder rein analoge Strukturen vorlagen, konnte das CA auf einer breiten digitalen Basis aufbauen und relativ schnell und konfliktfrei auf digitale Abläufe umstellen. Der Umstieg sei so schnell und reibungslos verlaufen, sagt der befragte CA-Vertreter, wie er selbst es nirgends anders erlebt habe.

Die Basis des Wohnprojekts ist *Mattermost*, eine digitale Plattform, auf der Informationen und Dateien getauscht werden und die auch einen Marktplatz beinhaltet, „das digitale Zentrum des ganzen Projektes. Ohne das wären wir komplett aufgeschmissen“. Dort werden die Details des Projektes diskutiert und aufbereitet (Aufnahme Merseburger, Pos. 27). Für Menschen, die neu in das Projekt

kommen, ist *Mattermost* ebenfalls von zentraler Bedeutung. Häufig finden die ersten Kontakte digital über die „Skill- und Dinge-Tauschbörse“ der Plattform statt, z. B. wenn man Geräte ausleihen möchte oder für ein Projekt Unterstützung sucht. So lernt man schnell Bewohner:innen des Wohnheims über die unmittelbaren Nachbarn hinaus kennen (Aufnahme Merseburger, Pos. 67, 69).

Auch in der Außenkommunikation bedient sich das CA im großen Umfang digitaler Medien: neben Zielgruppen-Newslettern gibt es einen *YouTube*-Account und Social-Media-Kanäle auf *Instagram* und *Facebook* (Aufnahme Merseburger, Pos. 33).

Probleme des Ehrenamts

Pandemie

Bei den Antworten auf die Frage nach den aktuell drängenden Problemen im Ehrenamt spielte erwartungsgemäß die Bewältigung der Pandemie eine große Rolle. Für die Organisationen hatte sie eine extreme Herausforderung dargestellt. Es zeigte sich aber, wie wichtig die zivilgesellschaftlichen Organisationen für bedürftige Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhang waren (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 52). Auch im Untersuchungsfeld versuchten die Organisationen nicht nur ihre üblichen Aufgaben weiter wahrzunehmen, viele engagierten sich darüber hinaus mit Aktivitäten und Angeboten z. B. für ältere Menschen, Bedürftige und das durch die Pandemie bedrohte Gewerbe. Der ZiviZ-Survey 2023 stellt fest, dass etwa ein Drittel der Vereinigungen auf die Pandemie kurzfristig mit neuen Angeboten reagierte und sich 7 % in dieser Zeit neu ausrichteten, z. B. durch die Entwicklung neuer digitaler Geschäftsmodelle (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 53).

Die Reaktionen der Ehrenamtsorganisationen im Untersuchungsfeld auf die Pandemie waren sehr unterschiedlich. Organisationen mit überwiegend älteren Mitgliedern oder Zielgruppen versuchten häufig, mit traditionellen Mitteln (per Post oder Telefon), ein Mindestmaß an Kontakten aufrechtzuerhalten. „Ich hab´ Briefe geschrieben und immer wieder etwas dazu gelegt. Und Mut zugesprochen: Bald werden wir uns vielleicht wieder treffen!“ (Aufnahme Werner, Pos. 78-79).

Die meisten Vereine wickelten zumindest ihre Sitzungen online ab (Aufnahme Schäfer, Pos. 24; Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 43-47). Zwei Befragte aus Sportvereinen berichteten von kleineren pragmatischen Anpassungen. Da wurden Trainings ins Freie verlegt (Aufnahme Peters, Pos. 109) oder Trainingszeiten über *Doodle* vergeben (Aufnahme König, Pos. 63-65). Bei der Freiwilligen Feuerwehr baute man Kameras im Gerätehaus auf und streamte den Unterricht (Aufnahme Reinhardt, Pos. 18).

Mit großen Problemen hatte das Quartiersmanagement in der Pandemie zu kämpfen. Vieles bis dahin Aufgebautes konnte nicht mehr stattfinden. Die Kooperationspartner:innen waren mit ihrer eigenen Situation beschäftigt (Aufnahme Martinez, Pos. 47). Das Quartiersmanagement wollte auch nicht auf digitale Formate umsteigen, um nicht noch zu allen vorhandenen „eines on top zu setzen“. Stattdessen versuchte man die kommunalen Ressourcen, Straßen und Plätze zu nutzen,

in denen es möglich war, Abstände einzuhalten und den menschlichen, persönlichen Kontakt zu erhalten (Aufnahme Martinez, Pos. 54). Quartiersmanagement und Stadtteilverein organisierten zudem gemeinsam einen Unterstützungsdienst für bedürftige Personen und der Stadtteilverein veröffentlichte regelmäßig Informationen über spezielle Angebote von Gastronomiebetrieben.

2020 organisierte der Stadtteilverein eine „digitale Kerwe-Eröffnung“ mit einem Live-Stream der `Eröffnung` und Filmen, die Vereine beisteuerten, die sich normalerweise bei der Veranstaltung engagieren. Im folgenden Jahr nutzte man bestehende Freiheiten und führte eine Präsenzveranstaltung *Rohrbach Verein(t)* durch, am traditionellen Kerwe-Termin. Es war schwierig, die geltenden Bestimmungen umzusetzen, erzeugte aber eine „Aufbruchstimmung ... Und wir waren, glaube ich, die einzigen, die etwas Vergleichbares in Heidelberg gemacht haben“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 26).

Besonders umfangreich waren die Reaktionen des *Popchor* auf die Einschränkungen in der Pandemie. Sobald es erlaubt war, wurden Proben ins Freie, auf Sport- und Parkplätze verlegt bzw. in eine Reithalle. Und kurz nach Beginn der Pandemie fanden auch rein digitale Proben statt.

Wir sind dann schon nach zwei Wochen umgeschwitcht auf digitale Proben ... Da haben wir dann diese ganzen YouTube-Videos gemacht. Und das ist übriggeblieben, dass wir das immer mal wieder ... also einmal im Jahr machen wir ein YouTube-Video. Früher war das undenkbar ...

(Aufnahme Schäfer, Pos. 27-28)

Um eine möglichst breite Teilnahme zu erreichen, erstellte man Anleitungen oder richtete die technischen Voraussetzungen vor Ort ein. „In der Hochphase haben wir diese digitalen Proben jede Woche zur selben Zeit gemacht. Und die wurden immer, mit 60 Leuten, im Prinzip genauso besucht, wie die Präsenzproben“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 28).

Auf die besonderen Bedingungen im *Collegium Academicum* wurde bereits hingewiesen. Weil digitale Medien bereits vor Corona breit implementiert waren, gestaltete sich der Übergang dort unproblematisch. Die Bewohner:innen stiegen auf digitale Sitzungen um: „Eine Woche ist es ausgefallen und die Woche drauf haben wir eine digitale Lösung. Haben direkt weiter gemacht“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 27). Aber auch hier verlief der Prozess nicht völlig reibungslos. Zunächst konnten die Sitzungen nur akustisch realisiert werden. Es mussten Regularien getroffen werden, wie man sich zu Wort meldet, wie Abstimmungen möglich waren etc. Das Projekt konnte auf Studierende der Informatik zurückgreifen und zusätzliche digitale Tools schnell implementieren (Aufnahme Merseburger, Pos. 30-31).

Vereinbarkeit mit Familie und Beruf

Biografische Momente haben eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für das freiwillige Engagement (Olk 2010). Jede Lebensphase stellt spezifische Handlungsanforderungen, die sich unmittelbar auch auf die Engagements-Möglichkeiten auswirken. Das durch den ZiviZ-Surve 2023

konstatierte Problem, dass in fast der Hälfte der Ehrenamtsorganisationen keine Personen unter 30 Jahren in Leitungsfunktionen sind (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 49), hat sicher auch damit zu tun, dass Menschen im Alter zwischen Mitte 20 und Mitte 40 in der *Familienphase* sind, in der die Gründung und Sicherung einer Familie Priorität besitzen. Es ist davon auszugehen, dass in dieser Lebensphase die Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren, eingeschränkt sind. Deshalb ist die Alterseinteilung im ZiviZ-Survey in dieser Hinsicht nicht optimal, denn dort überschneidet die Familienphase zwei Altersgruppen: die der *jungen Erwachsenen* (18-30 Jahre) und die der *Erwachsenen* (31-64 Jahre).

Die Einschränkungen für ehrenamtliches Engagement in der Familienphase sind Thema in vielen der für diese Studie geführten Interviews. So fühlte sich ein Befragter nicht in der Lage, das Amt des Feuerwehrkommandanten auszuüben und zugleich seinen Kindern gerecht zu werden: „Man muss auf Situationen reagieren. Da habe ich gesagt: ‚Das kann ich nicht erfüllen und deswegen möchte ich das nicht.‘“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 16). Ähnlich begründet eine andere Befragte das Ende ihres Engagements im Gemeinderat (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 25).

Familie und Ehrenamt lassen sich einfacher vereinbaren, wenn die Kinder größer sind und ein Einverständnis der Partnerin/des Partners vorhanden ist, z. B. dann, wenn sich beide in derselben Organisation engagieren (Aufnahme König, Pos. 41). Häufig verbinden sich auch Engagement, Familie und Beruf (Aufnahme Schäfer, Pos. 4), vor allem dann, wenn Kinder ganz selbstverständlich mit ins Ehrenamt der Eltern hineinwachsen.

Stark engagierte Menschen in besonders sichtbaren Leitungsrollen haben im Stadtteil wenig Rückzugsräume. Zuhause fällt es schwer abzuschalten, weil dort ehrenamtliche Aufgaben, Mails etc. warten. Und unterwegs im Stadtteil ist man stets Ansprechperson für Probleme und Fragen.

Und dann kommst du halt nicht zur Ruhe. So sehr ich das genieße und so schön es ist und so sehr ich mich heimisch fühle, ist es natürlich auch immer ... im Fokus stehen und angesprochen werden. Und auch zu den unpassenden Momenten angesprochen werden. Insofern muss ich auch immer mal wieder weg. (Aufnahme Schäfer, Pos. 40)

Andererseits kann das Ehrenamt auch Ausgleich für die anstrengenden Seiten des Familienlebens sein: „manchmal ist es für mich auch so ein bisschen Flucht ...“ (Aufnahme Scholl, Pos. 14).

Nicht nur in den traditionellen Vereinen spielt die Vereinbarkeit von Ehrenamt und biografischen Momenten eine Rolle. Auch im *Collegium Academicum* ist es wichtig, eine Balance zu finden zwischen der individuellen Lebensplanung – dem Studium/der Ausbildung – und den Anforderungen der Organisation und des Zusammenlebens im Wohnheim (Aufnahme Merseburger, Pos. 36-37).

Nachwuchs, Verlässlichkeit und Kontinuität

Die meisten im Rahmen dieser Arbeit Befragten nennen als wesentliches gegenwärtiges Problem

ihrer Organisation die Gewinnung und Bindung von Aktiven, vor allem für Leitungsaufgaben. Der ZiviZ-Survey beschreibt dies ebenfalls als zentrales Problem von Ehrenamtsorganisationen. Zwar nimmt die Zahl der Vereine weiterhin zu, allerdings mit verminderter Dynamik. Auch die Anzahl der Aktiven in den Vereinen ist nicht rückläufig. Trotzdem finden sich immer weniger Menschen, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen: 1999 waren das noch knapp 36,8 % der Engagierten, 2019 sind es nur noch 26,3 % (Simonson/Karnick/Hagen 2021, S. 168 f.).

Andererseits wird die Gruppe derjenigen, die es vorziehen, ihr Engagement informell auszuüben, ständig größer (Schubert 2023). Ein Trend, der für Vereine besonders schwerwiegend ist: die Beteiligung nimmt an Umfang und Bedeutung zu, aber das Ehrenamt wird unattraktiver und das Engagement spontaner (Sommer 2021). Angesichts dieser Veränderungen sind die Organisationen gefordert, ihre Arbeitsweise und ihre Strukturen anzupassen. Vereine können profitieren, wenn es ihnen gelingt, informelles Engagement in ihre Arbeit zu integrieren und langfristig in mehr Verbindlichkeit zu überführen. „Langfristiges Engagement sollte durch Formen des projektbasierten, aufgabenbezogenen oder virtuellen Engagements ergänzt werden“ (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 62).

Über grundlegende Probleme, Mitglieder für die eigene Ehrenamtsorganisation zu gewinnen, berichten die meisten Befragten (Fröhlich, Pos. 125-128; Aufnahme König, Pos. 148; Aufnahme Scholl, Pos. 57-60; Aufnahme Werner, Pos. 63, 98). Sie fürchten, dass ganze Organisationen wegbrechen könnten (Aufnahme Fröhlich, Pos. 124, Aufnahme König, Pos. 148; Aufnahme Peters, Pos. 117). Früher blieb man auch über die aktive (Sport)-Zeit hinaus Mitglied (Aufnahme Peters, Pos. 118-119). Das ist nicht mehr der Fall. Heute ist es einfacher, eine Bürgerinitiative zu gründen, als einen Verein am Leben zu erhalten: „... du findest Leute, die für oder gegen etwas sind, gar kein Problem. ... Wenn ich selber betroffen bin, engagiere ich mich. Wenn ich nicht selber betroffen bin, halte ich mich raus“ (Aufnahme Peters, Pos. 117).

Das von den Interviewten beschriebene geänderte Engagements-Verhalten bestätigt den im ZiviZ-Survey genannten Trend: Mehr Menschen als früher wollen sich nicht mehr langfristig binden, sondern eher spontan und informell engagieren (Aufnahme Werner, Pos. 118-119; Aufnahme Schäfer, Pos. 34; Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 46).

Die Vereine versuchen, dem Nachwuchsmangel mit unterschiedlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Als wenig ertragreich haben sich traditionelle Mittel erwiesen: „da haben wir einen Flyer entwickelt und Plakate ausgehängt und auch bei jeder Veranstaltung große Ansagen ... das hat aber nicht viel genutzt“. Der Proband sieht große Schwierigkeiten für seinen (Männer-)Gesangsverein. Die Mitgliedschaft ist überaltert und die Jugend hat „an dem Liedgut, das wir im Verein singen, kein großes Interesse ... Obwohl das eigentlich deutsche Kultur ist“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 114).

Keine Nachwuchsprobleme, sondern einen Aufnahmestopp, hat ein zweiter großer Gesangsverein im Stadtteil (Aufnahme Werner, Pos. 87). Seine Nachwuchsschwierigkeiten endeten, als ein gemischter (Pop-)Chor gegründet und eine neue Chorleitung gefunden wurde. In der Pandemie hat sich der Verein zudem als besonders innovativ und offen für digitale Medien erwiesen.⁵³

Die Anpassung an die Lebenswirklichkeit junger Menschen und an zeitgemäße Themen wird auch in der Literatur als notwendige Leistung von Vereinen gefordert, um das Überleben zu sichern (Kegler 2014, S. 71, 78). Auch die Befragten sehen sie als notwendigen Anpassungsprozess, wenn auch nicht als Allheilmittel. Vor allem sollte sich die Leitung der Vereine etwas einfallen lassen, um junge, mit einem multimedialen Angebot aufwachsende Menschen von den Bildschirmen wegzulocken, für das Ehrenamt zu begeistern und sie dort dauerhaft zu halten. „Man muss auch jemanden haben, der die Wellenlänge hat. Also, wenn ich heute in einen Verein komme, einen Schützenverein, und ich sehe, dass der Jugendleiter über 70 Jahre alt ist, dann habe ich damit Probleme. Denn der wird nie mit der Jugend zusammenkommen“ (Aufnahme König, Pos. 152-154).

Ein anderer Befragter nennt Gesangsvereine als Beispiel für notwendige Veränderungsprozesse, „... um heute Leute zu bekommen, kannst du nicht nur ((...)) alte Volkslieder singen. Vielleicht mit, aber das muss moderner sein. Es muss ein anderes Angebot her“ (Aufnahme König, Pos. 150).

Der Vereinsvorstand ist in diesem Prozess ein Schlüsselement – im positiven wie negativen Sinn: Vorstände sichern einerseits die Kontinuität der Organisation, ein rechtzeitiger Wechsel kann aber andererseits auch neue Impulse geben und u. U. eine negative Entwicklung umkehren (Aufnahme Schäfer, Pos. 12).

Besonders positiv stellt sich die Mitgliedssituation bei der Feuerwehr dar. Damit folgt die lokale Wehr einer Entwicklung, die der ZiviZ-Survey 2023 beschreibt (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 30–32). Man habe ausreichend Nachwuchs, berichtet ein Aktiver und könne es sich leisten, junge Menschen erst ab 18 Jahren in die aktive Arbeit zu integrieren, da man es für verfrüht halte, Jüngere mit Opfern z. B. eines Verkehrsunfalls zu konfrontieren (Aufnahme Reinhardt, Pos. 10).

Übernahme von Leitungsfunktionen

Die größten Probleme haben die Ehrenamtsorganisationen der Befragten mit der Besetzung von Leitungsfunktionen (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 95; Schäfer, Pos. 34; Aufnahme König, Pos. 53-57). Aktive packen zwar mit an, „aber sie möchten nicht ihren Namen daruntersetzen“ und nicht „vorne stehen und eine Rede halten“ (Aufnahme König, Pos. 57). Diese Entwicklung führt teilweise zu massiven Problemen. „Das sieht zwar nach außen relativ gut aus, aber uns fehlt tatsächlich im Großen

⁵³ Siehe: > 7. Qualitativer Teil > Themenbezogene Auswertung der Interviews > Erfahrungen mit und Ansichten zum Ehrenamt > Probleme des Ehrenamts > Pandemie.

und Ganzen die mittlere Führungsebene“ sagt ein Aktiver (Aufnahme Peters, Pos. 99). Ein anderer berichtet von mindestens einer Handvoll Partnervereinen in Heidelberg, bei denen die Vorstände mangels Interessierter mehrere Ämter wahrnehmen müssen (Aufnahme König, Pos. 53).

Sonderfall CA

Das *Collegium Academicum* bildet auch in diesem Punkt einen Sonderfall. Aufgrund der Struktur des Wohnheims ist das Hauptproblem, die Kontinuität der freiwilligen Arbeit im Gebäudekomplex zu sichern. Dabei ist keine Stundenzahl vorgegeben, sondern „ein grobes Ausgabenprofil auf regelmäßiger Basis. Jede Woche irgendwas machen“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 37). Das funktioniert zwar im Großen und Ganzen sehr gut, aber es gibt auch Ungleichheiten im Engagement, was in einem gewissen Umfang auch für alle in Ordnung ist. Reibereien entstehen, wenn sich Einzelne bewusst rausziehen, „so ein Trittbrettfahrer-Effekt“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 37).

Bürokratisierung

Als „zentrale Einstiegshürde und Motivationsbremse“ für die Gewinnung von Leitungspersonen benennt die ZiviZ-Studie die zunehmende Belastung mit bürokratischen und administrativen Aufgaben (Verfahren bei der Beantragung von Fördermitteln, Anerkennung der Gemeinnützigkeit etc.). Viele Unsicherheiten bestehen bei Aktiven auch in Bezug auf Steuer- und Haftungsfragen oder den Datenschutz. „Knapp drei Viertel der Organisationen bewerten den Verwaltungsaufwand in ehrenamtlichen Leitungsfunktionen als besonders zeitintensiv“ (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 35). Die Autor:innen fordern, niedrigschwellige Angebote auch bei Förderprogrammen zu schaffen, sodass auch kleinere Organisationen Anträge stellen können. Sinnvoll seien zudem Qualifizierungs- und Beratungsangebote vonseiten der Kommune und feste Ansprechpersonen in der Verwaltung (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 63).

Einige Befragte nennen die wachsende Bürokratisierung und immer extremere Vorschriften, zum Beispiel zur Hygiene oder zur Nutzung von Räumen, als großes Problem für ihre Organisationen. Eine komplexer werdende Bürokratie verschlingt immer mehr Zeit, die der eigentlichen Arbeit verloren geht (Aufnahme Reinhardt, Pos. 14, Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 55-58). „Wer will noch den Kassenwart machen, wenn er dafür eigentlich ausgebildeter Kaufmann sein muss?“ (Aufnahme Scholl, Pos. 41-42). Ein Befragter sieht den bürokratischen Aufwand auch als Zeichen mangelnder Wertschätzung. Immer wieder werden einem Steine in den Weg gelegt, aus Sicherheitsgründen oder weil man das so „noch nie gemacht“ hat: „... das sind halt diese Dinge, bei denen man oftmals gegen Windmühlen kämpft und nicht vorwärtskommt“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 54).

Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung

Auch in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung werden Probleme mit wachsenden büro-

kratischen Anforderungen als Konfliktthema genannt. Das ist nicht verwunderlich, denn bei vielen Regelungen (Hygienevorschriften, Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel, Versammlungsstättenverordnung etc.) ist die Stadtverwaltung für die Umsetzung zuständig, auch wenn diese nicht von ihr erlassen wurden. Aus Sicht der Betroffenen ist deshalb häufig *die Stadt* verantwortlich.

Aber auch die Stadtverwaltung mache es den ehrenamtlich Arbeitenden zusätzlich schwer, meinen einige Befragte. So müssen Straßensperrungen etc. bei jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen immer neu aufwändig beantragt werden. Die Arbeit fällt bei den Vereinen an, statt das Verfahren „an die Verwaltung zu übertragen“, sodass die Vereine nur noch die Veranstaltung melden müssen (Aufnahme Westphal, Pos. 87). Von den Befragten wird vielfach eine „Trägheit der Verwaltung“ moniert, oft verbunden mit dem Eindruck, Ansprechpersonen und Kompetenzen seien unklar, bzw. wechselten häufig oder seien nicht gewillt, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Dadurch fehlt es an Kontinuität in der Arbeit und die Umsetzung von Anliegen ist langwierig und zäh (Aufnahme Reinhardt, Pos. 95, 99; Aufnahme Scholl, Pos. 62; Aufnahme Vogel, Pos. 74,76; Aufnahme Fröhlich, Pos. 108).

Einige Befragte benennen als Ursache für diese Problematik auch organisatorische Gründe. Es gibt auch gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Stadt (Aufnahme Scholl, Pos. 62) und man hat „ein gewisses Mitleid“ (Aufnahme Vogel, Pos. 82) mit den Angestellten, in deren Ämtern Personalmangel herrscht. Häufig ist auch innerhalb der Verwaltung unklar, wer für einen Sachverhalt zuständig ist, oder es sind für ein Projekt mehrere Ämter zuständig. Sinnvoll wäre es, hier einen *Problembeauftragten* zu haben, der den Überblick über die verwaltungstechnischen Zusammenhänge hat und auch eine gewisse Durchsetzungsbefugnis (Aufnahme Vogel, Pos. 82).

Zwei Befragte kritisieren Unklarheiten bei Zuständigkeiten auf eine noch grundlegendere Weise. Eine Interviewte weist auf die besondere und Heidelberg-spezifische Rolle der Stadtteilvereine hin. In den letzten Jahrzehnten wurden in verschiedenen Stadtteilen zusätzlich Quartiersmanagements oder Quartiersbetreuungen eingerichtet. Wie die Kooperation, die Arbeits- und Kompetenzverteilung dieser Akteure ablaufen kann, ist aber unklar. Ihrer Meinung nach muss das in einem Prozess zwischen den Akteuren neu ausgehandelt werden (Aufnahme Westphal, Pos. 87).

Eine andere Befragte meint, das Ehrenamt könne nicht immer neue Aufgaben übernehmen, die eigentlich „gesellschaftliche“ sind. Sie erschrickt, wenn die Zeitung ein Foto einer Bürgermeisterin/eines Bürgermeisters zeigt, die/der „strahlend erzählt, was jetzt noch alles vom Ehrenamt getragen wird und sich damit feiern lässt“ (Aufnahme Scholl, Pos. 38).

Eine Befragte kritisiert ebenfalls die Verlagerung von Aufgaben an Ehrenamtsorganisationen. Bei dem in der Bevölkerung extrem umstrittenen beabsichtigten Verbot des (rechtswidrigen) Gehwegparkens in der Stadt sei vorgeschlagen worden, die Stadtteilvereine mit der Priorisierung

der Straßen zu beauftragen, in denen das im Stadtteil umgesetzt werden soll (Aufnahme Westphal, Pos. 87) – was diese mit Sicherheit vor Ort in Schwierigkeiten gebracht hätte.

Eine Befragte beklagt, der Stand der Digitalisierung bei der Stadtverwaltung sei eine „Katastrophe“ trotz KI auf der Website. Digitalisierung heiße zurzeit: Rundmails mit großem offenem Verteiler: „... wenn sich über 30 Leute über E-Mails organisieren, führt das zum Vollchaos. Weil dann einer an alle antwortet“ (Aufnahme Scholl, Pos. 49-50).

Interessenskonflikte, Anfeindungen und politische Auseinandersetzungen

Konflikte mit und in der Nachbarschaft

Bei der Frage nach Interessenskonflikten, Anfeindungen und politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Ehrenamtsorganisation bezogen sich die meisten Antworten auf Konflikte mit Anwohner:innen. So berichtet ein Aktiver, dass wegen der akustischen Belästigung, die von Schießständen ausgeht, häufig die Polizei benachrichtigt wird. Dabei war 1972, als die Gebäude errichtet wurden, das angrenzende Gebiet Hasenleiser noch gar nicht bebaut und die Schießanlage stand in einer ehemaligen Kiesgrube, mitten im Feld (Aufnahme König, Pos. 79).

Auch die beiden Aktiven aus dem Stadtteilverein und dem Obst, Garten und Weinbauverein berichten von Konflikten. Bei der Kerwe (Aufnahme Schäfer, Pos. 36) und dem jährlichen Weinfest auf einem Platz in Alt-Rohrbach beschwerten sich neu zugezogene Anwohner:innen bereits um 21:00 Uhr bei der Polizei, ohne dass es zu besonderen Vorkommnissen gekommen war. Allerdings sei diese dann „total entspannt“ auf dem Fest erschienen (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 59).

Im Zusammenhang mit der Realisierung eines Nachbarschaftsgartens im Quartier Hasenleiser gab es ebenfalls Schwierigkeiten mit der Nachbarschaft, die eine Lärmbelästigung durch Jugendliche befürchtete (Aufnahme Martinez, Pos. 66).

Schließlich berichtet eine Befragte von regelmäßigen Konflikten bei der Nutzung der Feldwege durch Bauern, Spaziergänger:innen und Radfahrende und bei Fragen zur Nutzung von Pflanzenschutzmitteln. Da habe es auch schon böse E-Mails gegeben (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 65).

Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Aktiven in den Stadtteilkulturen

Die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und festangestellten Aktiven gestaltet sich nicht immer ohne Reibungen, denn die Interessen sind nicht notwendigerweise deckungsgleich. Eine Befragte berichtet, die Schulen hätten ihr „nicht unbedingt die Tür aufgemacht und gesagt: ‚Ah, schön! Eine Kinderbeauftragte!‘ Die Tür musste ich mir schon ein bisschen einrammen. Und auch beim Jugendtreff muss ich echt rammen. Und heute ist es so toll“ (Aufnahme Scholl, Pos. 68).

Auch die Festangestellten müssen sich auf die unterschiedlichen Sichtweisen und Bedürfnis-

se des ehrenamtlichen Gegenübers einstellen. So gab es einen Konflikt um die Höhe der städtischen Gelder für die Renovierung des Hofes der Grundschule und die Frage der Mitnutzung des Hofes durch die Öffentlichkeit. Für die Lösung entscheidend war das gute Verhältnis zwischen Schule und Stadtteilverein (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 84). „Man ist lösungsorientiert. Und nimmt es dem anderen nicht krumm. Klar, man denkt o.k.: ‚Der hat jetzt vielleicht ein Thema ...‘. Aber es ist der Blick für das Gemeinsame. Der kennzeichnet den Ort“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 84).

Anfeindungen und Angriffe

Bei den beschriebenen Beispielen handelt es sich zumeist um Kontroversen, die zivilisiert ablaufen. Nur die wenigsten Befragten berichten über Erfahrungen, die sie als Anfeindungen im weitesten Sinne verstanden haben. So hatte sich eine Befragte gegen die Schließung eines Kindergartens und den Leerstand von Gebäuden, die den christlichen Kirchen gehören, gewandt. Die Reaktion der Angesprochenen war für sie sehr unangenehm: „Weil die Kirchen mich mit E-Mails so angegangen sind. Es hat mich gestresst“ (Aufnahme Scholl, Pos. 14).

Ein Proband berichtet, dass es immer wieder Probleme um die aktiven Fußballer gibt, von denen viele eine Migrationsgeschichte haben und „ein wenig hitzig“ sind. „... wenn du auf dem Dorf spielst, dass da halt mal ‚Scheiß Ausländer‘ oder solche Sachen kommen“ (Aufnahme Peters, Pos. 121).

Interessenskonflikte im Quartier waren die Ursache für heftige Auseinandersetzungen im *Verein Quartier am Turm*. Ein Befragter berichtet, dass dort Menschen, die die Interessen von Fußgänger:innen und Kindern priorisieren, zusammenprallten mit jenen, denen es überwiegend um die Nutzung der Straßen durch Autos und um Parkplätze gegangen ist (Aufnahme Vogel, Pos. 108). „Das gab richtig, richtig Konflikte. Aber ganz, ganz übel. Bis hin zu Beschimpfungen und fast sogar Handgreiflichkeiten.“ Das habe den Verein fast gesprengt (Aufnahme Vogel, Pos. 114).

Angriffe auf Rettungskräfte

Die Medien berichten immer wieder über eine Zunahme von Gewalt gegen Rettungskräfte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Eine Literaturstudie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer bietet einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand. Sie greift auf Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien zurück. Dabei zeigt sich, dass Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten nicht selten schwierige Situationen erleben, wobei am häufigsten verbale Gewalt vorkommt. Auf der Grundlage der PKS ist es schwierig, einen klaren Trend auszumachen, denn es bleibt unklar, ob es sich tatsächlich um eine Zunahme von Gewalt handelt oder ob sich die Sensibilität für das Thema und die Anzeigebereitschaft erhöht haben (Bühren et al. 2022, S. 153). Auch die in der Studie zusammengefassten Untersuchungen zeigen keinen eindeutigen Trend, beschreiben allerdings ein

hohes Ausmaß an Anfeindungen und Gewalt, die Mitarbeiter:innen von Rettungsdiensten häufiger betrifft als Feuerwehrleute (Bühren et al. 2022, S. 154–156). Obwohl verbale Angriffe häufiger sind als körperliche (Bühren et al. 2022, S. 155) berichtet mehr als die Hälfte der Befragten aus großstädtischen Berufsfeuerwehren, schon einmal mit Feuerwerkskörpern beschossen worden zu sein (Bühren et al. 2022, S. 156). Die Studien zeigen zudem eine hohe Dunkelziffer. Die Zahlen gehen jedoch weit auseinander und sind z. T. auch abhängig von der Datengrundlage: Bei Befragungen mit mehr oder weniger weitem zeitlichen Abstand zu Vorfällen benennen die Befragten deutlich weniger Gewalterfahrungen als bei Studien, die sich auf die Meldungen in Einsatzdokumenten beziehen. Als Gründe für die niedrige Anzeigebereitschaft nennen die Studien eine „Kosten-Nutzen-Rechnung“: Betroffene würden sehr genau überlegen, ob sich eine Meldung überhaupt lohnt (Bühren et al. 2022, S. 157 f.).

Der befragte Aktive der Freiwilligen Feuerwehr Rohrbach berichtet ebenfalls von zahlreichen Übergriffen, vor allem in Silvesternächten.

Wir hatten Brandmeldealarm ... auf dem Emmertsgrund. ... ich steige aus dem Auto aus und dann hat einer von oben mit Leuchtraketen auf uns geschossen. Und dann bin ich zurück ins Auto und habe gesagt: ‚Wir stehen unter Beschuss, ich kann nicht anfahren! ... ‘ Und danach war es dann auch so, dass immer die Polizei mit angerückt ist. (Aufnahme Reinhardt, Pos. 44)

Aggressionen habe es schon immer gegeben, er habe aber den Eindruck, dass sich das in jüngster Zeit häuft: „Und ich bin mir nicht ganz sicher, ob es das nicht schon seit 2000 immer wieder gibt und man jetzt nur mehr darüber redet, weil die Medien viel schneller sind“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 44).

Persönliche Angriffe auf kommunalpolitisch Aktive

Neben Anfeindungen und Übergriffen auf Personen des öffentlichen Dienstes, auf Polizei- und Rettungskräfte oder Feuerwehrleute, nahmen Medien und Wissenschaft in den letzten Jahren auch solche gegen Politiker:innen oder Verwaltungskräfte in den Blick.⁵⁴ Beachtung finden vor allem Bedrohungen in der Kommunalpolitik, nicht zuletzt, weil das der Bereich ist, in dem Politik und Öffentlichkeit am unmittelbarsten aufeinandertreffen. Gewalt gegen ehrenamtlich Arbeitende hat hier potenziell die stärksten Auswirkungen. Allerdings beziehen sich bisher die meisten Untersuchungen überwiegend oder ausschließlich auf kommunale Führungskräfte wie (Ober-)Bürgermeister:innen und Verwaltungskräfte. Die Vielzahl der Ehrenamtlichen in den Gemeinderäten wird in der Regel nicht separat erfasst, obwohl diese die größte Gruppe der Mandatsträger:innen in Deutschland bilden: fast 170.000 Mandaten in Gemeinderäten stehen lediglich etwa 2.700

⁵⁴ Siehe: > 1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt > Befunde > Anfeindungen und Übergriffe Rettungskräfte und in der Kommunalpolitik.

Mandate auf Landes-, Bundes- und Europaebene gegenüber (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2021, S. 2). Der Deutsche Städte- und Gemeindebund nennt die Situation „paradox“: Betroffen von Anfeindungen seien die, die laut Studien das höchste Vertrauen in der Bürgerschaft genießen (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2021, S. 2).

Eine Untersuchung der Böll-Stiftung in deutschen Großstädten bildet eine Ausnahme, denn sie befragte auch Aktive in Gemeinderäten (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 16). Sie kommt zum Schluss, dass Bedrohungen keine Ausnahme oder ein Randphänomen sind, sondern der Regelfall. 60 % der Befragten berichtet von Übergriffen. (Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022, S. 21)

Im Gegensatz zu einem Vorkommnis in einem anderen Stadtteilverein, bei dem ein inzwischen aus dem Verein ausgeschlossenes Beiratsmitglied, zugleich Mitglied der AfD, einen Gemeinderat mit Migrationsgeschichte privat aufgesucht und verbal angegriffen hatte (Hinney 2023; Rhein-Neckar-Zeitung 2023), scheinen die politischen Konfrontationen im Stadtteil Rohrbach vergleichsweise zivilisiert zu verlaufen. Die von mir Interviewten berichten kaum von Auseinandersetzungen, auch nicht von solchen in der Pandemiezeit. Ein kommunalpolitisch im Ortsverein einer Partei Tätiger meint, es gäbe zwar politische Anfeindungen, vor allem von Seiten der Anhänger extremer Parteien, nicht zuletzt, wenn man als „Regierungspartei unterwegs“ ist, doch „... selbst beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf, den wir im OB-Wahlkampf gemacht haben, ... hätten wir wesentlich mehr erwartet an Beschimpfungen oder Ablehnung. Nein, das war gar nicht so. Das hat uns positiv erstaunt“ (Aufnahme Vogel, Pos. 84).

Weniger gesittet ist der Umgang mit Gemeinderät:innen. Eine Befragte, die Gemeinderätin in einer Stadt im Umland war, berichtet, sie habe im Gemeinderat eine Frage gestellt, die andere Menschen provokativ fanden. Das erzeugte einen Shitstorm auf *Facebook* und war für sie der Grund, nicht wieder für den Gemeinderat zu kandidieren.

Das war deshalb einschneidend, weil man sich dann überlegt: welche Fragen dürfen noch gestellt werden? Und das finde ich auch eine Gefährdung für alle, die politisch aktiv sind, die wirklich auch für Dinge eintreten wollen. Und müssen. Es ist sehr wichtig, dass Menschen mutig sind und Rückgrat haben und Fragen stellen und hinterfragen. (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 44)

Auch die Heidelberger Gemeinderätin berichtet von heftigen Angriffen in Leserbriefen oder den sozialen Medien (Aufnahme Westphal, Pos. 101). Am schlimmsten fand sie Angriffe über die Kommentarfunktion auf *Facebook* und *Instagram* auf den Kanälen ihrer Partei. Die Kommentarspalten zu einem Video über Windkraft waren „von Rechts gekapert worden“. Dabei gab es zunächst allgemeine Verbalattacken („So einen Scheiß brauchen wir nicht.“). Später kam es zu persönlichen Angriffen. „Da habe ich gemerkt: das greift mich an, das ist mir zu viel, das will ich

nicht". Deshalb erwirkte sie schließlich die Löschung der Kommentare (Aufnahme Westphal, Pos. 103-105).

Lernen im und Weiterbildung für das Ehrenamt

Gesellschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Bereich für lebenslanges Lernen. Im Gegensatz zum schulischen Lernen in *Als-ob-Situationen*, erfolgt Lernen hier *im Ernstfall und nebenbei*, Handlung und Lernprozesse sind verknüpft und fallen zeitlich eng zusammen (Düx et al. 2009, S. 124–131; Blum 2021, S. 54). Lernen findet in einem Rahmen statt, der den Grundbedürfnissen des Menschen nach Wirksamkeit, Kompetenz, sozialer Integration, Autonomie und Selbstbestimmung entgegenkommt (Schäfer 2021, S. 22). Im freiwilligen Engagement können Kompetenzen erworben werden, die auch für Leitungs- und Managementfunktionen wichtig sind (Düx et al. 2009, S. 107 f.). Zudem scheint das Ehrenamt für die Fähigkeit, Interessen zu vertreten und sich in Gremien zu behaupten, ein nahezu exklusiver Lernort zu sein (Düx et al. 2009, S. 265).

Auch in Ehrenamtsorganisationen besteht ein regelmäßiger Weiterbildungsbedarf, dem u. a. städtische Angebote gerecht zu werden suchen. Allerdings zeigt die Studie *Zwischen Appstore und Vereinsregister* (Barutzki et al. 2023), dass viele Ehrenamtliche keine Bildungs- oder Informationsangebote wahrnehmen. Als Gründe werden Zeitmangel und fehlende Informationen genannt. (Barutzki et al. 2023, S. 43). Nicht selten scheint auch das Startniveau zu hoch angesetzt. Besser wären niedrighschwelligere Angebote, auch solche, die Grundinformationen z. B. zur Digitalisierung zur Verfügung stellen. Ausgangspunkt muss der Stand der Vorkenntnisse der Teilnehmenden sein (Barutzki et al. 2023, S. 44).

Aufgrund der theoretischen Vorarbeiten ging die vorliegende Arbeit davon aus, dass

- Ehrenamtsorganisationen ein wichtiges Feld für informelles Lernen sind,
- die Ehrenamtspersonen diese Funktion selbst häufig unterschätzen,
- Lernen in Ehrenamtsorganisationen in der Regel nebenbei erfolgt und als *learning by doing*,
- im Verein Gelerntes auch Vorteile außerhalb des Ehrenamts bringt,
- das Fortbildungsangebot für Vereine von Stadt und Volkshochschule in Heidelberg den meisten Aktiven zwar bekannt ist, aber nur von wenigen genutzt wird,
- als Hauptgrund dafür Zeitmangel genannt wird.

Ins Ehrenamt mitgebrachte Kompetenzen

Die Interviewten wurden gebeten zu beschreiben, auf welche vorhandenen Qualifikationen ihre Organisationen zurückgreifen können. Je nach Arbeitsfeld wurden hier allgemeinere Skills genannt oder aber sehr spezifische Kenntnisse.

Allgemeine Qualifikationen

- Arbeitskraft (Aufnahmen Martinez, Pos. 111; Peters, Pos. 161-163)
- Handwerkliche Fähigkeiten (Aufnahmen König, Pos. 90; Merseburger, Pos. 86)
- Engagement, Begeisterung, Motivation, Gestaltungswille
(Aufnahmen Schmidt-Erhard, Pos. 97; Peters, Pos. 161-163; Merseburger, Pos. 86)
- Zeit (Aufnahmen Martinez, Pos. 111, Merseburger, Pos. 84)
- Bereitschaft, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen
(Aufnahme Merseburger, Pos. 82)
- Offenheit und die Fähigkeit, zuzuhören (Aufnahme Martinez, Pos. 111)
- innovatives Denken (Aufnahme Martinez, Pos. 111)
- Bedarfe sehen und daraus Projekte zu entwickeln (Aufnahme Martinez, Pos. 111)
- Bereitschaft, sich in neue Felder (EDV, Finanzen) einzuarbeiten
(Aufnahme Merseburger, Pos. 82)
- Organisationstalent (Aufnahme König, Pos. 90)
- Erfahrungen in politischer Arbeit (u. a. Aufnahmen Merseburger, Schmidt-Erhard, Schäfer, Scholl, Vogel, Weber-Kaiser, Westphal)

Spezielle Vorkenntnisse

- Finanzverwaltung, Steuerfragen (Aufnahme Schäfer, Pos. 77)
- Ton- und Lichttechnik (Aufnahme Schäfer, Pos. 77)
- Digitale Kompetenzen (Aufnahme Schäfer, Pos. 77)
- Marketing und Social Media
(Aufnahmen Schäfer, Pos. 77, Weber-Kaiser, Pos. 112)
- Umwelt- und Verkehrsfragen (Aufnahme Vogel, Pos. 128)
- Obst-, Garten- und Weinbau (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 106)
- Projektentwicklung und -management
(Aufnahmen Weber-Kaiser, Pos. 106, 114; Martinez, Pos. 111)
- Gastronomie (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 106)
- Veranstaltungsorganisation (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 108-110)
- Mediation (Aufnahme Merseburger, Pos. 88)

In einem Fall beschrieb die Befragte, dass vorhandene Kompetenzen auch zu einem Hemmnis werden können, wenn sie den Blick auf die konkrete Praxis verstellen: „Oft ist es so, dass die sehr viel mitbringen, was gar nicht umsetzbar ist. Das ist nur Theorie und in der Praxis sieht es ganz anders aus“ (Aufnahme Werner, Pos. 103).

Lebenslanges Lernen

Lernvoraussetzungen

Die Bereitschaft, zu Lernen und sich ständig weiterzubilden, halten die Befragten für unabdingbar (Aufnahme Westphal, Pos. 128, 130, 148-149, 194). Als wichtig angesehen werden auch Neugier, der Wille, Dinge auszuprobieren und die Fähigkeit, Fehler zu akzeptieren (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 119). Das Lernen im Ehrenamt ist ein sozialer, urdemokratischer Prozess (Aufnahme Vogel, Pos. 134). Es erfordert nicht nur die Fähigkeit, sich aufeinander einzustellen und auf andere einzugehen, sondern auch die zu solidarischem Handeln (Aufnahme Westphal, Pos. 132) und zu einer gewissen Disziplin. So erfolgt z. B. das Singen im Chor nicht immer vom Blatt, es ist wichtig, „dass man das auch im Kopf hat“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 165).

Learning by doing

Nahezu alle Befragten beschreiben Lernen im Ehrenamt als ein Lernen von Erfahreneren, von Menschen, die ihr Wissen weitergeben (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 179; König, Pos. 94; Merseburger, Pos. 90; Peters, Pos. 167; Schäfer, Pos. 83, 98-99, 101, Schmidt-Erhard, Pos. 101, 115; Werner, Pos. 111; Westphal, Pos. 39, 49, 132, 134). In diesem Zusammenhang spielt *Kommunikation* eine zentrale Rolle: Lernen erfolgt in Beziehungen, in gemeinsam verbrachter Zeit, in Partnerschaften, im Team, (Aufnahmen Peters, Pos. 89; Schäfer, Pos. 99; Schmidt-Erhard, Pos. 110-111; Westphal, Pos. 39, 49).

Lernen ist ein praktischer Akt, kein *Als-ob*. Im Ehrenamt erfolgt es v. a. durch Selbermachen (Aufnahmen Peters, Pos. 171; Schäfer, Pos. 98-99; Werner, Pos. 51-53, 107, 111). Manchmal muss man

... ins kalte Wasser geworfen werden. Wo man im Rückblick sagt: das ist eigentlich eine überschaubare Aufgabe. Aber damals war es eine sehr große Aufgabe. Man lernt Selbstvertrauen, Organisation, Koordination, Integration, Umgang mit Leuten. ... und man gewinnt für sich selbst Sicherheit, Selbstbewusstsein und entwickelt die eigene Persönlichkeit.

Aufnahme Westphal, Pos. 128)

Im gesellschaftlichen Diskurs wird häufig eine mangelnde Fehlerkultur beklagt. In den Interviews im Rahmen dieser Arbeit spielt dagegen das Prinzip von *Trial and Error* eine große Rolle (Aufnahmen Reinhardt, Pos. 54, 56; Schäfer, Pos. 98-99; Schmidt-Erhard, Pos. 117). „Wir gucken, wie es wird. Und es hat funktioniert oder es hat nicht funktioniert. Wir ziehen unsere Lehren daraus: was kann man besser machen, was nicht?“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 54).

Lernen in Ehrenamtsorganisationen geschieht meist informell und eher beiläufig. Aber es gibt auch organisierte und systematische Formen des Lernens, vor allem in den Rettungsorganisationen, die ausgefeilte und standardisierte Lernprozesse organisieren (Aufnahme Reinhardt, Pos. 10, 20, 24). „Jugendflamme 1, da erklärt man ein wenig Strahlrohr und Schlauch, also Feuerwehr-Basics. Jugendflamme 2 ist dann schon ein bisschen mehr. Und bei der Jugendflamme 3 ist es sogar so, dass ein soziales Projekt mit dabeisteht. ... Da macht man etwas Feuerwehrtechnisches, aber auch noch etwas Soziales“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 24).

Neben diesen formellen, auf den Fokus des Engagements bezogenen Lernprozessen bietet die Jugendfeuerwehr auch weitere Themen an (Aufnahme Reinhardt, Pos. 26). So wurde eine Baumpflanzaktion organisiert (Aufnahme Reinhardt, Pos. 20) oder das Thema *Europa* bearbeitet. Die Kinder nahmen die Aufgabe in ihren Urlaub mit, sich vor Ort Feuerwehren anzusehen (Aufnahme Reinhardt, Pos. 74). Sie brachten Fotos mit, die besprochen und auf einer Europakarte befestigt wurden (Aufnahme Reinhardt, Pos. 20).

Interne Fortbildungen finden in vielen Organisationen der Befragten statt. Berichtet wird von Fortbildungen im Umgang mit Lautsprechern, Mischpulten und Mikrofonen (Aufnahme Schäfer, Pos. 81, 83) oder von regelmäßigen Kraft- und Ausdauertrainings in der Gruppe zum Erhalt der körperlichen Fitness, um bei Einsätzen genügend Kraft zu haben, anderen zu helfen und sich selbst nicht zu gefährden (Aufnahme Reinhardt, Pos. 4, 12).

Befragte berichten, welche Maßnahmen in der Organisation getroffen werden, um erworbenes Wissen zu erhalten und weiterzugeben. Neben regelmäßigem mündlichem Weitergeben werden Orga-, Check- und ToDo-Listen oder Skizzen erwähnt (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 171; Martinez, Pos. 115; Merseburger, Pos. 90; Schäfer, Pos. 83). Besonders ausgefeilt ist das Verfahren im *Collegium Academicum*. Dort richtete man eine Arbeitsgruppe ein, die sich ausschließlich darum kümmert, das vorhandene Wissen zu managen, zu speichern, Anleitungen zu schreiben und Workshops zu organisieren (Aufnahme Merseburger, Pos. 88, 90).

Lernen en passant

Lernen im Ehrenamt erfolgt häufig *en passant* (Düx et al. 2009, S. 229–231), nahezu unreflektiert: „Manchmal wurde den Befragten erst während der Befragung bewusst, dass sie im Engagement auch etwas gelernt haben“ (Düx et al. 2009, S. 121). So ordnen 33 % der befragten Organisationen im ZiviZ-Survey 2017 wenigstens einen Teil ihrer Aktivitäten der Bildung zu. Die Quote dürfte tatsächlich deutlich höher liegen (Priemer/Mohr 2018, S. 6–8).

Interessant ist die Antwort einer befragten Person, die selbst eine pädagogische Ausbildung hat. Erst auf Nachfrage sieht sie Lernprozesse in ihrer eigenen Organisation: „((...)) Was lernen? Was lernen? ((...)) Gut, da gibt es jetzt, ganz kleine ... ich muss selbst da langhangeln ... Dass man halt

natürlich anfängt, sich mit Dingen zu beschäftigen ... und von eben jenen genannten dann lernt ... Was weiß ich ... über ... Technik. Dass ich dann – und auch andere – dann beigebracht kriegen, wie man mit [technischen Geräten] und so weiterarbeitet und die dann nutzen kann. So Kleinigkeiten, sage ich jetzt mal ...”⁵⁵.

Transfer der erworbenen Kompetenzen

Viele Befragte berichten, dass Kenntnisse, die im Ehrenamt erworben werden, auch in der Freizeit oder im Beruf hilfreich sind. Dabei handelt es sich häufig um Alltagskompetenzen: die Organisation von Festen im Privaten und im Beruf oder musikalische Auftritte (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 189; Peters, Pos. 173; Aufnahme Schäfer, Pos. 85; Werner, Pos. 123; Aufnahme Westphal, Pos. 145-146).

Auch der Erwerb sozialer Kompetenzen wird beschrieben: Besser mit anderen Menschen und Charakteren klarkommen (Aufnahme König, Pos. 92), Situationen lockerer angehen und nicht gleich „auf 180“ sein (Aufnahme König, Pos. 100), in Familie und Beruf ein besserer „Teamspieler sein“ (Aufnahme Peters, Pos. 175).

Teilweise gibt es nachhaltige Rückkopplungen zwischen Ehrenamt, Privatem und Beruf: Man strukturiert Alltagsprobleme sinnvoller oder kommt besser mit Handwerkern klar (Aufnahme Westphal, Pos. 144). Eine Befragte berichtet, sie habe bereits als Jugendliche die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eines Vereins übernommen. Später leitete sie ehrenamtlich den gleichen Bereich in zwei anderen Vereinen. „Ich musste dazu nicht erst angeleitet werden, sondern habe damals im Ehrenamt gelernt“ (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 112). Die Befragte ist inzwischen Kommunikationsdesignerin.

Das Gelernte kann hilfreich sein, Interessen auch im nicht-organisationsbezogenen Feld zu vertreten. „Aufstehen und etwas sagen, vor breitem Publikum, kann nicht jeder und will auch nicht jeder. Das muss man lernen. Das lernt man zum Beispiel im Ehrenamt auch. Aufzustehen, vor einer Gruppe zu reden oder Diskussionen zu führen“ (Aufnahme Peters, Pos. 233).

Weiterbildungsangebote für Aktive

Neben den vereinsinternen Fortbildungsmaßnahmen gaben einige Befragte an, Fortbildungen in ihren Verbänden besuchen zu können. So berichten die Befragten von Angeboten der Chorverbände (Aufnahme Fröhlich, Pos. 191; Schäfer, Pos. 99), der Verbände von Sport- (Aufnahmen König, Pos. 104; Peters, Pos. 179, 181) und Gartenbauvereinen (Weber-Kaiser, Pos. 117-119), Kirchen (Aufnahme Werner, Pos. 130-131), Parteien (Aufnahme Vogel, Pos. 141-144; Westphal, Pos. 150-151) und dem Sportkreis, bzw. dem Heidelberger Sport- und Bäderamt (Aufnahme König, Pos. 106).

⁵⁵ Aus Datenschutzgründen ohne Quellenangabe.

Die Stadt Heidelberg und mit ihr kooperierende bzw. von ihr beauftragte Organisationen bieten ebenfalls Weiterbildungen speziell für Ehrenamtliche an. Federführend ist der Arbeitsbereich *Bürgerschaftliches Engagement* im Referat des Oberbürgermeisters. Die Kurse selbst werden von der Volkshochschule organisiert und durchgeführt. Durch die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt ist das Angebot für Aktive aus Heidelberger Vereinen preiswert. Die Inhalte reichen von Nachwuchsgewinnung bis Datenschutz⁵⁶.

Das Fortbildungsangebot für Vereine ist den meisten Befragten bekannt (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 194-199, 203-205; Schäfer, Pos. 89), zumindest grob: „`Kennen´, halte ich für übertrieben. ... Also ich habe schon davon gehört“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 114-115). Vereinzelt gibt es dazu auch positive Stellungnahmen (Aufnahmen Weber-Kaiser, Pos. 120-121; Westphal, Pos. 154-155). Allerdings kann kaum jemand etwas zu den Inhalten des Angebots sagen. Die Fortbildungsausschreibungen werden u. a. an andere Aktive weitergeleitet (Aufnahmen König, Pos. 106; Schäfer, Pos. 89; Westphal, Pos. 152-153; Vogel, Pos. 152). Teilgenommen an den städtischen Angeboten hat aber bisher keine:r der Befragten (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 194-199; Peters, Pos. 190-191; Reinhardt, Pos. 113; Schäfer, Pos. 89, 92-94; Vogel, Pos. 149-150; Weber-Kaiser, Pos. 120-121; Werner, Pos. 132-133). Das betrifft offenbar nicht nur die städtischen Fortbildungen, sondern auch viele von Verbänden angebotene. Einzig im Bereich des Sports scheint die Beteiligungsbereitschaft höher zu sein (Aufnahmen König, Pos. 106; Peters, Pos. 190-191).

Gründe für die Fortbildungsabstinenz

Auf die Frage nach den Gründen, sich nicht oder nur sehr selten an Fortbildungen zu beteiligen, ist die häufigste Antwort *Zeitmangel*. Befragte verweisen darauf, dass die ehrenamtliche Arbeit schon einen beträchtlichen Teil der Freizeit einnimmt und man entweder nicht bereit oder nicht in der Lage ist, zusätzlich Zeit für Fortbildungen aufzubringen (Aufnahmen Peters, Pos. 187, 189; Reinhardt, Pos. 119; Schäfer, Pos. 95; Scholl, Pos. 114; Weber-Kaiser, Pos. 121; Werner, Pos. 131; Westphal, Pos. 153, 156-157). Vereinzelt wird moniert, dass die Fortbildungen zu ungünstigen Zeiten angeboten werden (Aufnahme König, Pos. 106).

Eine Befragte findet, es sollte mehr Online-Veranstaltungen geben (Scholl, Pos. 114). Auch Angebote vor Ort in den großen Stadtteilen, wären u. U. attraktiver (Aufnahme Westphal, Pos. 158-159, 161).

Einige Befragte verweisen auf *fehlende Inhalte* bei den Angeboten (Aufnahmen König, Pos. 106; Weber-Kaiser, Pos. 122-123) oder darauf, dass sie lieber spezifische Fortbildungen, z. B. für politische Parteien, besuchen (Vogel, Pos. 145-146).

⁵⁶ <https://www.vhs-hd.de/vereinsfortbildungen-staedtisches-fortbildungsangebot-fuer-heidelberger-vereine>; zuletzt aufgerufen am 26.01.2024.

Nach Meinung eines Interviewteilnehmers gehen viele Fortbildungen an der Lebenswelt und den Interessen der ehrenamtlich Aktiven vorbei: „... wenn ich mir vorstelle, da ist jemand von der Stadt Heidelberg, der im Leben noch nie eine Veranstaltung geleitet hat ... und dann versucht, mir einen Teilbereich zu erklären, dann wirkt das für mich total aufgesetzt und wenig authentisch (Aufnahme Schäfer, Pos. 96-97). Solche Fortbildungen und Workshops bringen nach dieser Meinung keinen Ertrag, der den Aufwand rechtfertigt (Aufnahme Schäfer, Pos. 95). Sinnvoller wären praxisorientierte Fortbildungen, geleitet von erfahrenen Menschen aus der Praxis.

Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Für die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist – da sind sich nahezu alle Untersuchungen zur Thematik einig – das nahe Lebensumfeld, die Stadtteile und Quartiere von besonderer Bedeutung. Die Kulturen in den Stadtteilen verfügen über ein enormes Potenzial für Integration und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Allerdings finden sich in den lokalen Zusammenhängen auch exkludierende Momente. Die Ortsansässigkeit der Familie, der besondere Dialekt und die besonderen lokalen Traditionen oder auch die Religionszugehörigkeit können den Erhalt der Dominanz der Alteingesessenen fördern und zu Triebkräften von Ausgrenzungen werden, indem sie eine Grenze zwischen In- und Outgroup ziehen (Kühne/Schönwald 2015, S. 105).

Aufgrund der theoretischen Vorarbeiten ging die vorliegende Arbeit davon aus, dass

- Ehrenamtler:innen bei Unterstützungsbedarf Hilfe von Menschen aus ihrem Umfeld finden,
- das Ehrenamt Menschen zusammenbringt, die ansonsten wenig Kontakt zueinander hätten,
- das Ehrenamt die Integration von Menschen fördert, die neu in den Stadtteil kommen,
- es aber auch exkludierende Momente gibt und die integrative Kraft der Stadtteilkulturen immer neu erarbeitet werden muss.

Nachbarschaftshilfe und Unterstützung durch das Ehrenamt

Nahezu alle Befragten beschreiben, dass die Teilnahme am Leben des Stadtteils, vor allem die ehrenamtliche Arbeit, einen großen Rückhalt für das eigene Leben bildet. Man erhält Hilfe bei Festen (Aufnahme Peters, Pos. 92-93), bei aufwändigen Aufgaben wie einem Umzug, der Suche nach zuverlässigen Handwerkern (Aufnahme Vogel, Pos. 90; Weber-Kaiser, Pos. 73), Augenärzten (Aufnahme Westphal, Pos. 121) oder einem Rechtsanwalt (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 148; König, Pos. 83-84; Reinhardt, Pos. 78; Schäfer, Pos. 13-16).

Auch in extremen Lebenssituationen bietet die Verankerung im Quartier eine wichtige Unterstützung. So beschreibt ein Befragter, dass ein ihm als Alkoholiker Bekannter ohne den Verein „ganz absaufen würde ... und das auch immer wieder betont. Letztendlich ist das auch sein einziger

sozialer Kontakt. Dem bedeutet das wahnsinnig viel“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 16). Ein anderer Interviewter berichtet, dass man im Verein nach Einsätzen noch eine Zeit zusammensteht und auch über persönliche Probleme redet und sich gegenseitig unterstützt (Aufnahme Reinhardt, Pos. 78). Ein Befragter betont die Hilfe, die er nach dem Tod einer ihm nahestehenden Person von seinen Vereinsmitgliedern erfuhr (Aufnahme Fröhlich, Pos. 139-146), eine weitere Befragte über die Unterstützung bei einer schweren Erkrankung einer nahen Verwandten (Aufnahme Werner, Pos. 90-91).

Schließlich berichtet ein Befragter, dass ihm seine Verankerung im Stadtteil immer wieder geholfen habe, angemessene und bezahlbare Wohnungen für sich und seine Familie zu finden. „Ich kannte, bis auf einen, alle meine Vermieter, die entweder bei uns Mitglied waren oder die man halt so kannte. ... Und da waren Ärzte, Professoren, was auch immer, die diese Wohnung wollten. Und die [Vermieterin] sagte: ‚Ne, ne, ne! ich will den do. Mit dem kann ich Rohrbacherisch schwätzel!‘ ((lacht)).“ Allerdings bedeutet das auch, dass man sich anschließend so verhalten muss, dass man das in einen gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht (Aufnahme Schäfer, Pos. 42).

Manchmal ersetzt das nachbarschaftliche Netz auch formelle Hilfestrukturen. Eine Befragte berichtet, dass sie als Jugendliche in einer schwierigen Situation keine Unterstützung durch das Jugendamt erhalten habe, sondern ausschließlich über Freunde (Aufnahme Scholl, Pos. 2). „Großeltern oder so gab es nicht. Und so lebe ich hier auch wieder. Meine Familie ist ja nicht mehr da. Und ich habe total gute Freunde in Heidelberg. Außerdem wohne ich in der voll guten Straße. Wir kennen uns alle und wir helfen uns auch alle“. Das sei ein bisschen wie Familie (Aufnahme Scholl, Pos. 63-65).

Auch bei weniger gravierenden Dingen kann das lokale Netzwerk hilfreich sein: vom Platz, um Freunde für eine Nacht unterzubringen, bis hin zur Unterbringung eines aus der Ukraine Geflüchteten (Aufnahme Westphal, Pos. 121). Manchmal hilft es bereits, wenn Nachbarn aufmerksam sind („Dein Schlüssel steckt draußen!“) oder die Blumen gießen, wenn man im Urlaub ist (Aufnahme Reinhardt, Pos. 62). Eine Befragte berichtet, sie habe bei einer Veranstaltung eine Rede halten müssen und ihr Mann sei dort ebenfalls beschäftigt gewesen. Da habe sie den Wagen mit ihrem Kind einem Bekanntem aus der Nachbarschaft in die Hand gedrückt, „und dann wurde halt weitergeschuckelt – auch ohne darüber nachzudenken“ (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 75).

Auch Kindern bietet das persönliche Umfeld im Quartier mehr Sicherheit. Eine Befragte erzählt von einem kleinen Kind, das mit seinem Laufrad von zu Hause „stiften gegangen“ sei. Eltern und weitere Mithelfende hätten das Mädchen nicht gefunden, aber jemand habe sie auf der Straße angetroffen und in den örtlichen Kindergarten gebracht (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 77).

Menschen zusammenbringen und Integration fördern

Bei diesem Fragenkomplex besteht am ehesten die Gefahr eines Over-Reporting. *Vereine als integrative Kraft* ist ein Allgemeinplatz, der häufig verwendet wird und deshalb von den Befragten als sozial erwünscht empfunden werden dürfte. Auch wenn die Antworten der Befragten deshalb nur begrenzte Aussagekraft haben könnten, sollen sie doch dokumentiert werden.

Alle Befragten heben die integrative Arbeit der Vereine im Stadtteil hervor. Sie verwiesen auf die Integration von Personen unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlichster „Couleur“ (Aufnahme Martinez, Pos. 91; Aufnahme König, Pos. 85-86): von Vertriebenen aus Oberschlesien, Menschen aus den USA, England oder Uganda (Aufnahme Fröhlich, Pos. 77), aus China, Japan (Aufnahme König, Pos. 85-86) und Ecuador (Reinhardt, Pos. 78). Besonders die Sportvereine erfüllen hier eine wichtige Aufgabe. Ein Befragter berichtet, dass sein Verein schon seit vielen Jahrzehnten Menschen aus unterschiedlichen Kulturen integriert. „Wir haben schon Integration betrieben, da kannte man wahrscheinlich dieses Wort in Heidelberg noch gar nicht. Das ging an mit den Laoten, die mal auf dem Emmertsgrund waren“ (Aufnahme Peters, Pos. 144-147): Gemeint sind Bootsflüchtlinge, denen der Verein bei der Integration half. Später kamen Vietnamesen, Türken, Russen und Albaner. „Inzwischen ist es querverbeet“ (Aufnahme Peters, Pos. 149-151). Nicht immer geht das ohne Probleme ab, allerdings gibt es keine innerhalb der Mannschaft (Aufnahme Peters, Pos. 122-123), sondern mit Menschen aus anderen Mannschaften (Aufnahme Peters, Pos. 121).

Beim Thema Integration geht es nicht nur um die Eingliederung von Menschen aus anderen Kulturen, sondern auch um die von neu Hinzugezogenen. Für viele dieser Menschen sind Vereine die erste Anlaufstelle, um im neuen Wohnumfeld Kontakt zu finden und sich in das lokale Leben einzubringen (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 158; Martinez, Pos. 94-95; Reinhardt, Pos. 78, 81-82; Vogel, Pos. 95-98; Werner, Pos. 92-97; Westphal, Pos. 124-125). Auch hier erfüllen die Vereine eine wichtige Funktion, denn sie vermitteln lokale kulturelle Hintergründe. Die meisten Menschen, die neu in Vereine kommen, haben zunächst wenig Interesse an Informationen und Aktivitäten aus dem Umfeld des Vereins, berichtet ein Befragter. Es sei ihm aber wichtig, dass sie auch die lokalen Traditionen kennenlernen, also Dinge wie Martins- und Sommertagszug oder die Kerwe (Aufnahme Reinhardt, Pos. 82). „Jedes Mal, wenn ich die *Butze* versuche zu erklären beim Sommertagsumzug: Was sind *Butze*⁵⁷ ... was ist das und dieses und jenes? Das ist einfach spannend. Die Leute lernen dann eben ... Stadtteilkulturen und Kultur in der Region auch kennen“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 19-20).

57 (Sommertags-)butzen sind die wichtigsten Elemente des Sommertagszuges. Es sind kegelförmige Gestelle, die geschmückt werden um Sommer und Winter darstellen. Der Sommerbutze wird mit Tannengrün und bunten Bändern, der Winterbutze mit Stroh geschmückt und manchmal mit Elementen wie Holzstücken, Skiern oder Schlittschuhen. Im Heidelberger Stadtteil Rohrbach gibt es einen dritten Butze, einen mit Papier umwickelten in Form eines Schneemanns, der zum Ende des Sommertagszuges verbrannt wird und damit symbolisch den Winter vertreibt.

Nicht zuletzt bieten Vereine ein Forum, in dem sich Menschen unterschiedlichster sozialer Schichten treffen und austauschen können: „Das ist das soziale Miteinander. Und nicht irgendein Standesdünkel ... Da gibt es keinen Zoff, kann man sagen, keinen Streit“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 153-154). Weniger divers schätzt das ein (partei-) politisch aktiver Befragter ein: auch in seiner Partei sei es so, dass man kaum noch Arbeiter:innen trifft (Aufnahme Vogel, Pos. 92).

Eine Befragte beschreibt den Zusammenhalt im Stadtteil äußerst positiv, obwohl sie dort nur gearbeitet und nicht gewohnt hat. Sie hat sich schnell herzlich eingebunden gefühlt und beschreibt das als „eine Beheimatung“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 58, 64).

... dieses Bodenständige und das Intellektuelle ... ist eine supertolle Mischung. ... Und es wird stehen gelassen. Es wird nicht bewertet. Sondern es hat beides seinen Wert an sich. Es wird beides geschätzt im Dorf. ... Und man ist füreinander da. Diese Beziehungsarbeit, die hier geleistet wird. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 134)

Über spezielle Strukturen zur Integration neu Hinzukommender verfügt das selbstverwaltete Studierendenwohnheim *Collegium Academicum*. Leute, die dort Anschluss suchen, erreichen das häufig über eine interne Skill- und Dinge-Tauschbörse auf der Plattform *Mattermost*, also über einen digitalen Einstieg. „... klar, du hast deine Nachbarn. Aber das sind dann halt nur zehn Leute. Aber sobald du halt in dieser Plattform mit drin bist, hast du halt die 200 Leute, ruckzuck“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 66-67).

Die Arbeit des Quartiersmanagements in den Interviews

Neben der Arbeit der ehrenamtlich Tätigen spielt im Stadtteil Rohrbach das Quartiersmanagement für den Hasenleiser (Ramirez Gabel 2021) eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt im Stadtteil. Seine Arbeit spiegelt sich indirekt auch in vielen Antworten der Befragten wider. Interessant war u. a. die Beschreibung der Zusammenarbeit der Hauptamtlichen des Quartiersmanagements mit anderen Akteuren im Stadtteil. Hier galt es anfänglich, Vorbehalte zu überwinden. Das Quartiersmanagement wurde zunächst als on-top-Belastung wahrgenommen und es war notwendig, das „vorsichtige Abblocken“ in Gesprächen abzubauen (Aufnahme Martinez, Pos. 47, 51).

Interessant auch die Aussagen, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen (geldgebender) Stadtverwaltung und Quartiersmanagement bezogen. Hier bestätigt sich das aus der Literatur bekannte Spannungsverhältnis. Die Befragte beschreibt es als „Spagat“ (Aufnahme Martinez, Pos. 62): „wie viel Mobilisierung kann man dann tatsächlich vorantreiben? Und ist man dann auch politisch aktiv? Oder ist es nur kulturelles, soziales, nachbarschaftliches Miteinander?“ (Aufnahme Martinez, Pos. 64). Nichtsdestotrotz erlebte sie die Zusammenarbeit insgesamt als positiv. Wenn man „Argumente und gute Konzepte vorgelegt“ habe, sei die Stadt „immer offen und unterstützend unterwegs“ gewesen (Aufnahme Martinez, Pos. 66).

Das Verhältnis Quartiersmanagement/Stadtteilverein wird in den Ausführungen dieser und einer weiteren Befragten thematisiert. Häufig haben beide Akteure gleiche Aufgaben und Ziele, aber als ehrenamtlich arbeitende Organisation kann der Stadtteilverein diese aufgrund seiner begrenzten Kapazitäten nicht immer erfüllen. Das Quartiersmanagement dagegen ist zeitlich befristet angelegt und kann die Aufgaben ebenfalls nicht auf Dauer erfüllen. Sinnvoll wäre es deshalb, dem Stadtteilverein dauerhaft „ein Hauptamt an die Seite zu stellen“ (Aufnahme Martinez, Pos. 74, 81-82, 78). Nach Auffassung eines anderen Befragten sind die Quartiersmanagements heute schon „quasi die rechte Hand der Stadtteilvereine“ und hätten die personellen Kapazitäten, diesen Arbeit abzunehmen (Aufnahme Peters, Pos. 95, 97).

Eine weitere befragte Person, die über ihre Arbeit im Gemeinderat und dessen Gremien Einblick auch in die Tätigkeit anderer Quartiersmanagements in der Stadt Heidelberg hat, spricht sich für eine Neuausrichtung aus. Bisher wurden Quartiersmanagements vorwiegend als Unterstützung in Stadtteilen mit schwacher Sozialstruktur gesehen. Doch inzwischen spielen sozio-kulturelle Ansätze ebenfalls eine wichtige Rolle. In den Stadtteilen Bahnstadt und Südstadt hatten die Quartiersmanagements die Aufgabe, die neuen Stadtteilbewohner zu vernetzen (Aufnahme Westphal, Pos. 81, 85, 87). Eigentlich „muss der Prozess zwischen Stadtteilvereinen, Quartiersmanagement und Quartiersbetreuung, was auch immer das sein soll, in Zukunft, ... neu ausgehandelt werden. Das ist überhaupt nicht klar“ (Aufnahme Westphal, Pos. 87).

Exkludierende Momente

Kristina Seidelsohn beschreibt paradigmatisch, welche Dynamiken entstehen können, wenn durch gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen neue Bevölkerungsgruppen in etablierte Strukturen einwandern. Der Fokus auf das Großstadtvier Berlin-Neukölln macht die Folgen sehr scharfkantig sichtbar (Seidelsohn 2018, S. 543). In den Berliner Stadtteil, der von sozialen Problemen, Leerstand und „Parallelgesellschaften“ geprägt war (Seidelsohn 2018, 219-229), zogen Pioniere: Kreative und Studierende, zumeist Deutsche ohne Migrationshintergrund. Seidelsohn (2018, S. 301–322) beschreibt die Lebensentwürfe der Zugewanderten und die Konflikte, die durch die Zuwanderung entstehen. Insofern ist der Text, trotz einer gänzlich anderen Ausgangslage, auch für die hier dargelegten Überlegungen zum Heidelberger Stadtteil Rohrbach relevant. Denn Konflikte können auch entstehen, wenn Alteingesessene nicht in einer prekären Lage sind, sondern, wie in Rohrbach, überwiegend etabliert und wohlsituiert. Kontroversen entstehen durch die Konkurrenz um Wohnungen, um Plätze oder die Gastronomie. Auslöser können ein unterschiedliches Lärmempfinden sein, unterschiedliche Umgangsformen oder bessere Möglichkeiten von Zugezogenen im politischen Diskurs. Auch unterschiedliche Wertvorstellungen und kulturelle Deutungsmuster bergen ein Konfliktpotenzial (Seidelsohn 2018, S. 159 f.).

6 der 13 Befragten sind nicht in Rohrbach geboren oder aufgewachsen. Zwei davon waren hier nur beruflich aktiv. Ein weiterer Befragter lebt erst seit kurzem im *Collegium Academicum*. Seine persönlichen Beziehungen richteten sich bisher fast ausschließlich auf das Studierendenwohnheim und dessen Umfeld. Die beiden verbleibenden Interviewten berichten von mehr oder minder großen Schwierigkeiten, einen Zugang zum Stadtteil und dessen Menschen zu finden. Ein Befragter weist zum Beispiel darauf hin, dass der örtliche Stadtteilverein früher eine feste Gruppe gewesen sei, „die niemanden rein lässt“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 21-22). Nach seiner Beobachtung kann das bei manchem Heidelberger Stadtteilverein auch heute noch der Fall sein, nicht aber in Rohrbach. Der Befragte erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Gründung zweier Vereine in Rohrbach, die sich „nicht ganz zu Unrecht“ auch teilweise als Gegenpol zum Stadtteilverein positionierten: die sozio-kulturelle Initiative *der punker* und der *Quartiersverein* im Quartier am Turm. Möglicherweise hätten diese Vereine geglaubt, „nicht im Stadtteilverein Rohrbach integriert werden zu können. Sondern ihr eigenes Ding zu machen“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 22). Der *punker* und *Quartiersverein* haben andererseits eine Lücke für Neuhinzugezogene gefüllt und zu deren Integration auch in die traditionellen Strukturen des Stadtteils beigetragen. Diesen Prozess beschreibt eine Interviewte eingehend.

Für sie, die vor über 20 Jahren aus einer Großstadt nach Rohrbach kam, war der Umzug „in ein altes Dorf“ schwierig. „Ich fühlte mich als junge Mutter erst einmal ausgegrenzt und abgelehnt, nicht willkommen“ (Aufnahme Westphal, Pos. 4). Sie beschreibt ein Erlebnis beim Bäcker:

Die erste Begrüßung beim Bäcker, als ich sagte: „Ich hätte gerne ein Teilchen!“ „Das sind keine Teilchen, das sind Mürbs!“. Das war mein Start in Rohrbach. Das werde ich nie vergessen. Oder dass in der Heidelberger Straße die Gardinen auf gingen ... wer läuft da? ... und sofort wieder zu. Da habe ich gedacht: hier bin ich falsch. So fing es an. ((Lacht)). (Aufnahme Westphal, Pos. 6)

Das Gefühl, nicht erwünscht zu sein, ging so weit, dass die Befragte überlegte, in ihre Heimat zurückzuziehen. Wegen der Kinder, die bereits in der Schule waren, tat sie das nicht. Und hat es nicht bereut (Aufnahme Westphal, Pos. 10).

So richtig angekommen und im Stadtteil akzeptiert worden, sagt eine Interviewte, ist sie erst, als sie ein Haus gekauft und renoviert hat (Aufnahme Westphal, Pos. 14). Und ebenso wichtig für ihr Ankommen war die Mitarbeit in der Initiative *der punker*. Die Menschen in dieser Organisation hatten ein ähnliches Alter, eine ähnliche Ausbildung und ähnliche Lebenssituationen. Und sie waren fast ausnahmslos Zugezogene. „Und links alternativ angehaucht, ja, alles andere wurde miss-träulich beäugt. Und der starke Drang: wir bewegen was im Stadtteil (Aufnahme Westphal, Pos. 123). So ist die Befragte schließlich nicht nur im Stadtteil angekommen, sondern spielte eine wesentliche Rolle für dessen Entwicklung und später, nach einem Umzug, auch für einen anderen Hei-

delberger Stadtteil. Trotzdem vermisst sie nach wie vor ein Stück weit die Großstadt. Am „alten Dorf Rohrbach“ behinderte sie die soziale Kontrolle. Da spürt sie immer noch ihren städtischen Hintergrund und fühlt sich in einer Großstadt freier. Allerdings stört sie dort die Anonymität. Die Verwurzelung im *punker* war eine gute Mischung: „das waren alles Zugereiste, was bestimmte Nachteile hatte, die Verwurzelung in die althergebrachte, autochthone Gesellschaft war für uns ja schwer. Aber wir haben uns untereinander jede Menge Freiheiten gelassen. Da gab es keine Verbindlichkeiten, keinen schiefen Blick auf die Kinder ... oder kaum jedenfalls“ (Aufnahme Westphal, Pos. 26).

Auch eine weitere Befragte äußert, sie habe „unglaublich lange gebraucht zu blicken, wie Rohrbach funktioniert“. Obwohl ihre Arbeitsstelle schon lange im Stadtteil war, verstand sie erst nachdem sie dorthin zog, „wie viel dörfliche – nicht im negativen Sinne – aber wie viele dörfliche Strukturen Rohrbach eigentlich auch hat“. Inzwischen kommt sie gut zurecht, wird offen aufgenommen und kann ihre Ideen realisieren. Trotzdem fühlt sie sich nach wie vor manchmal nur in ihrer ehrenamtlichen Rolle wahrgenommen und nicht voll in die dörflichen Strukturen integriert (Aufnahme Scholl, Pos. 18).

Auf die Bedeutung einer im Stadtteil verankerten Grundschule für das Ankommen von Neubürger:innen weist eine weitere Befragte hin. Die Grundschule sei der Ort, an dem erste soziale Beziehungen entstehen. „Man wächst in die Vereine rein. Wenn man dann merkt, die anderen Kinder gehen auch in die Vereine. Wo gehen die hin? Wo ist es gut? Es werden gegenseitig Empfehlungen gemacht. Und so verknüpft sich das“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 90-91).

Politisches Engagement der Befragten

In der veröffentlichten Meinung wird häufig beklagt, das klassische politische Engagement in den Kommunen befände sich in einer Krise. Empirische Untersuchungen bestätigen diesen Eindruck: die Mitgliedschaft der traditionellen Volksparteien ist meist überaltert, immer weniger Menschen finden sich bereit, vor Ort für diese parteipolitisch zu arbeiten und noch weniger übernehmen Mandate zum Beispiel im Gemeinderat.

Andererseits hat das Interesse an Politik insgesamt und das an konkreten Projekten vor Ort eher zu- als abgenommen (Zimmer/Backhaus-Maul/Reinhardt 2012, S. 12). Das zeigt sich auch bei den Organisationen des freiwilligen Engagements, die sich heute stärker als früher als impulsgebend für soziale Veränderungen sehen und als Akteurinnen in der politischen Willensbildung (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 25, 62). Nicht nur die Organisationen, auch die Aktiven selbst, vor allem, wenn sie Verantwortung tragen, zeigen ein stärkeres Interesse an Politik als Nicht-Aktive, selbst dann, wenn die eigene Organisation keine politischen Ziele verfolgt (Düx et al. 2009, S. 269).

Aufgrund der theoretischen Vorarbeiten ging die vorliegende Arbeit davon aus, dass

- sich die meisten Befragten als politisch interessierte Menschen sehen und regelmäßig an Wahlen teilnehmen,
- aber nur wenige selbst politische Ämter anstreben.

Die Mehrzahl der in dieser Studie Befragten beschreiben sich zwar als politisch interessiert, aber nicht als persönlich z. B. in Gremien engagiert. Als Gründe werden u. a. die hohe Arbeitsbelastung im Ehrenamt genannt oder das eigene Alter (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 222, 229; König, Pos. 109-112; Aufnahme Peters, Pos. 200-203; Aufnahme Werner, Pos. 143).

Im Interesse ihres Vereins bringen sich die Interviewten allerdings in politische Prozesse ein, soweit das Ziel (z. B. Beseitigung von Mängeln an vom Verein genutzten Gebäuden) im direkten Umfeld erreichbar ist (Aufnahme Peters, Pos. 208-211; Reinhardt, Pos. 72).

Allgemeine politische Zurückhaltung kann auch inhaltlich begründet sein. Würde eine man von den Menschen primär als Parteienvertreter:in wahrgenommen werden, könnte das die ehrenamtliche Aufgabe beeinträchtigen. „... du musst ... gucken, dass du deine Rolle auch ordentlich ausfüllst. Aber diese dann auch so ausfüllst, dass du nicht ... Leute, die vielleicht politisch anders unterwegs sind, dass du halt die dann da mitnimmst“ (Aufnahme Vogel, Pos. 2).

Zwei Befragte sind aktuell Mitglieder des Heidelberger Gemeinderats. Beide fanden den Weg dorthin über ihre ehrenamtliche Arbeit.

„... da bin ich zunächst einmal als Stimmenfänger auf die Liste gesetzt worden. Und dann hab' ich – muss ich auch zugeben – am Anfang noch nicht so den Sinn dafür gehabt. Aber als ich dann gemerkt habe, dass man da auch mitgestalten kann im Bezirksbeirat, hat es mir dann auch mehr Spaß bereitet. Da wollte ich dann auch mehr machen. Und ich habe mich ... mehr engagiert und bin dann in den Gemeinderat gewählt worden ...“ (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 28)

Im Sommer 2024 standen in Heidelberg Kommunalwahlen an. Beide Gemeinderät:innen kandidierten wieder auf prominenten Listenplätzen und wurden in den neuen Gemeinderat gewählt. Auch zwei weitere Befragte kandidieren, einer davon ebenfalls erfolgreich.

Erfahrungen mit der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg

Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg

In der Literatur wird Heidelberg als „Mekka der Bürgerbeteiligung“ beschrieben (Ritter 2021, S. 236). Analysiert man jedoch die dazu erschienenen Umfragen und Evaluationen zur Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadt, so zeigen sich vier Problemfelder:

- Die Befragten verstehen unter *Bürgerbeteiligung* oft etwas anderes als die Evaluierenden. Deshalb muss hinterfragt werden, wie valide die Umfragen sind.

- Fast alle Befragten halten die Bürgerbeteiligung für wichtig. Aber nahezu die Hälfte ist mit ihrer Ausgestaltung unzufrieden. Zur Beurteilung der *Wirksamkeit* der Öffentlichkeitsbeteiligung reicht es nicht aus, nur die Antworten zur *Wichtigkeit* zu beachten.
- Formale Bildung und sozialer Status haben einen sehr starken Einfluss auf die Mitwirkung: die Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg ist hoch selektiv.
- Inwiefern Ergebnisse von Partizipationsverfahren umgesetzt werden (können), wird zu wenig in die Bevölkerung kommuniziert. Es mangelt an „Do or explain“ (Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung 2023, S. 28).

Die Sicht der Befragten auf die Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg

In den Interviews zur vorliegenden Arbeit wurde auch nach der subjektiven Sicht auf die Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg gefragt.

Aufgrund der theoretischen Vorarbeiten ging die vorliegende Arbeit davon aus, dass

- die Befragten in der Regel selbst schon an Partizipationsformaten in der Stadt teilgenommen haben,
- die Befragten den Eindruck haben, dass in den Veranstaltungen häufig „die üblichen Verdächtigen“ dominieren und breite Teile der Bevölkerung nicht vertreten sind oder zu wenig zu Wort kommen,
- die meisten Befragten meinen, die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren würden von der Politik nicht wirklich ernst genommen.

Teilnahme und grundsätzliche Beurteilung

Viele Befragte haben bereits an Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung teilgenommen (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 253-255, 260; Peters, Pos. 214-217; Schäfer, Pos. 62-63). Einige Interviewte sind sich unsicher, ob und an welchen Verfahren sie teilgenommen haben. Teilweise nennen sie auch Projekte wie Bürgerentscheide, die nicht zu den eigentlichen Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung zählen (Aufnahmen König, Pos. 131-134; Merseburger, Pos. 74-79; Schäfer, Pos. 60-63; Scholl, Pos. 69-70; Werner, Pos. 134-135).

Die Öffentlichkeitsbeteiligung wird als demokratisches Instrument grundsätzlich positiv eingeschätzt (Aufnahme Reinhardt, Pos. 86). Auch der hohe personelle und finanzielle Einsatz der Stadt wird honoriert. Für eine Stadt in der Größe Heidelbergs ist das „ganz ordentlich gemacht“ (Aufnahme Vogel, Pos. 106, 157-158). Eine Befragte zeigt sich beeindruckt vom Start des Beteiligungsverfahrens zur Konversion in der Heidelberger Südstadt, das von sehr vielen Menschen besucht worden war. Sie weist auf die Wichtigkeit der Qualifikation der leitenden Personen für den Erfolg der Veranstaltung hin (Aufnahme Westphal, Pos. 165, 167).

Vergleichsweise viele Befragte erlebten die Angebote als *reine Informationsveranstaltungen* (Aufnahmen Reinhardt, Pos. 86; Schäfer, Pos. 63, 69-71; Vogel, Pos. 106; Weber-Kaiser, Pos. 94). Manche Befragte halten dies für legitim. Viele Menschen „schätzen das, glaube ich schon, dass es Veranstaltungen gibt, wo solche Geschichten rüberkommen. Und wo man dann, wenn man eine Frage hat, diese auch mal loswerden kann“ (Aufnahme Vogel, Pos. 106). Teilweise wurden rein informative Veranstaltungen aber auch kritisch hinterfragt: „Ah, wir kommen jetzt da nicht weiter an unserem großen Rathaustisch. Dann können wir mal die Bürger fragen und dann können wir sagen: wir haben euch ja gefragt“ (Aufnahme Reinhardt, Pos. 86).

Partizipation oder Alibiveranstaltung?

In der Literatur finden sich grundlegende Einwände gegen die in Heidelberg gebräuchlichen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Diese werden als *Alibi-Veranstaltungen* gesehen: Eigentlich stünden die politischen und planerischen Ziele vorab fest, die Verfahren sollen nur potenzielle Widerstände kanalisieren (Rinn 2017). Man gibt zwar vor, einen Dialog auf Augenhöhe führen zu wollen, das sei aber ein „Etikettenschwindel“. Die Teilnehmenden spüren das und im Endeffekt trügen deshalb „Beteiligungsshows“ nur zum Politikverdruss bei (Wagner 2019).

In dieser Schärfe beschreibt aber nur ein Befragter seine Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg: „Dabei habe ich allerdings gemerkt, da kannst du dich mit einbinden und alles Drum und Dran, das zählt überhaupt nicht, das interessiert die nicht. ... Sondern das, was von der Stadt vorgesehen war oder von der GGH⁵⁸ oder wie die alle heißen, das wurde auch durchgeführt. Da verliert man dann das Interesse“ (Aufnahme Fröhlich, Pos. 260).

Die Kritik, dass es in den Veranstaltungen nicht wirklich um Mitwirkung geht, ist unter den Befragten verbreitet. So hält ein Befragter die Bürgerschaftsbeteiligung zwar für wichtig, hat aber den Eindruck, dass dadurch manche Projekte sogar verhindert werden: „... so nach dem Motto: `wir haben euch ja gefragt und es ist nichts Vernünftiges dabei herausgekommen. Jetzt seid ihr selbst schuld, wenn nicht ...´ Manchmal habe ich auch das Gefühl, dass Bürgerbeteiligung auch mal gemacht wird, um die Menschen zu beruhigen“ (Aufnahme Peters, Pos. 243).

Einige Befragte haben den Eindruck, die städtischen Mitarbeiter:innen, die die Veranstaltungen durchführen, stünden nicht immer hinter der Sache, sondern erfüllten lediglich die Vorgaben der Verwaltungsspitze (Aufnahmen Vogel, Pos. 120; Scholl, Pos. 76).

Besonders unangenehm empfinden es manche Interviewte, wenn sie den Eindruck haben, die städtischen Angestellten würden Anliegen nicht ernst nehmen. Eine Redewendung, die von zwei Befragten genannt wurde, ist *das Mitnehmen von Anregungen*, das als *Abhaken und Vergessen*

58 Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg Kommunalen Wohnungsanbieter mit rund 7.100 Wohnungen.

verstanden wird: „Das war ja immer das Schimpfwort: Wir nehmen das auf, wir nehmen das mit. Und du siehst es nie mehr“ (Aufnahme Westphal, Pos. 173; ähnlich: Fröhlich, Pos. 270).

Dominierende in den Partizipationsprozessen

Ein wesentliches, aber nicht wirklich beachtetes Ergebnis der Bestandsanalyse in der aktuellen Evaluation der Bürgerbeteiligung in Heidelberg ist die hohe Selektivität der Prozesse: Menschen ohne Migrationshintergrund und solche mit hoher formaler Bildung sind in den Projekten stark überrepräsentiert. Dieser Sachverhalt spiegelt sich breit in den Aussagen der im Rahmen dieser Arbeit befragten Personen wider. Als dominierend in den Partizipationsveranstaltungen werden genannt:

- ehrenamtlich oder politisch aktive Einzelpersonen und Betroffene (Aufnahmen Peters, Pos. 225, 231, 233; Martinez, Pos. 107),
- Gemeinderatsmitglieder (Aufnahme Reinhardt, Pos. 90-92),
- Interessensgruppen und die *üblichen Verdächtigen* (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 281; Weber-Kaiser, Pos. 94; Westphal, Pos. 57, 59-63, 165).

Es wird kritisiert, dass viele Menschen gar nicht zu Wort kommen (Aufnahmen Martinez, Pos. 103; Peters, Pos. 233; Weber-Kaiser, Pos. 95-98).

„... da saßen dann der Herr Dr. XY und der Herr Rechtsanwalt Soundso. Und die haben das besprochen. Und dann kam einer aus dem Fußvolk, sage ich jetzt mal ((lacht)) und sagte: ‚Ja, ich wollte auch etwas dazu sagen‘. ‚Ja, würden Sie noch einen Moment warten, wir wollen das zunächst ausdiskutieren‘. So hochragend dann überfahren! Und das finde ich nicht gut. So kommt man nie in Bürgergespräche hinein. (Aufnahme Fröhlich, Pos. 278)

Als eine Ursache dafür, dass sich Menschen mit geringerer Durchsetzungskraft nicht angemessen beteiligen können, wird in den Interviews die Beobachtung genannt, dass einige Gruppen präsenter, lauter und strategischer agieren als andere: In den Diskussionen um die geplante Verlegung des Betriebshofs hat „die alte Garde“ gezeigt, wie effizient sie Kampagnen fahren kann (Aufnahme Westphal, Pos. 57, 59-63). Bei den Beteiligungsverfahren im Rahmen der Konversionsprozesse in Heidelberg hatte man anfangs den Eindruck einer „Riesenoffenheit“. Aber dann blieben „die Normalen“ weg (Aufnahme Westphal, Pos. 171) und geblieben sind immer die gleichen.

„Und es fangen bestimmte Gruppen an, die man später, die XXX [ein bekannter Kommunalpolitiker] sogar ‘Profibürger’ nannte ... wo er selber einer ist. Dass die die Wortführerschaft übernehmen, offen oder versteckt, wie auch immer. ... Das hat uns gestört, im Stadtteil. Wir haben aber das gleiche gemacht. Der Stadtteilverein hat bei Bürgerforen, bei denen es darauf ankam, das Ganze strategisch vorbereitet ... Und das hatte Erfolg. Aber es ist nicht fair.“
(Aufnahme Westphal, Pos. 165)

Die Verantwortlichen der Stadt Heidelberg hätten erklärt, das Problem im Blick zu haben. Im Endeffekt habe sich bei den Zusammenfassungen und Protokollen aber doch herausgestellt, dass sich die Interessensgruppen durchsetzen (Aufnahme Westphal, Pos. 165). Inzwischen versuche die Stadt, das Problem anzugehen und künftig verstärkt mit „Zufallsbürgern“ zu arbeiten (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 94).

Do or explain

Neben dem Problem informeller Machtstrukturen und Ungleichheiten in den Partizipationsprozessen stand bei den Antworten die mangelnde Transparenz und Rückkopplung zum Umgang mit den Ergebnissen der Verfahren im Vordergrund. Auch hier weisen die Aussagen der Befragten Parallelen zu den Ergebnissen der 3. Evaluation der Bürgerschaftsbeteiligung auf. Betroffene Entscheidungen sollten nachvollziehbar kommuniziert werden, vor allem dann, wenn Empfehlungen nicht umgesetzt werden. Die *Leitlinien zur Bürgerschaftsbeteiligung* in Heidelberg halten fest, dass Entscheidungen aus Partizipationsverfahren beachtet werden müssen, dass letztlich aber der Gemeinderat über die Umsetzung entscheidet. Die Antworten der Befragten weisen allerdings darauf hin, dass dies den Teilnehmenden der Prozesse häufig nicht angemessen kommuniziert wird, sodass sich viele mit falschen bzw. überzogenen Erwartungen engagieren.

Die genannten Hauptgründe für Abweichungen von Beteiligungsergebnissen sind:⁵⁹

- Entscheidungen müssen aus der Gesamtperspektive der Stadt getroffen werden. Partikularinteressen sind nicht immer realisierbar (Aufnahmen Weber-Kaiser, Pos. 99-100; Westphal, Pos. 177).
- Planungsprozesse laufen häufig über viele Jahre, sodass manchmal zwar Ergebnisse der Beteiligungsverfahren realisiert werden, in der Öffentlichkeit aber inzwischen andere Prioritäten gesetzt worden sind: „Und jetzt sagen Sie: das ist ja viel zu wenig Grün. Dabei hatten wir damals im Masterplan, im Wettbewerb, hat ein Entwurf gewonnen, der hatte halt nicht viel Grün. ((lacht)) Und das weiß niemand mehr“ (Aufnahme Westphal, Pos. 177).
- Finanzielle Rahmenbedingungen oder (wohnungsbau-)politische Priorisierungen können wesentliche Argumente zur Ablehnung von Beteiligungsergebnissen sein: „Und das einfach argumentativ aufzubereiten und Menschen zu erklären, warum vielleicht doch fünf Stockwerke notwendig sind anstatt der besprochenen drei Stockwerke ... (Aufnahme Martinez, Pos. 109; ähnlich: Aufnahme Westphal, Pos. 173).

Die Folge überzogener oder falscher Erwartungen sind Enttäuschungen, die dazu führen können, dass auch die positiven Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht mehr wahrgenommen

⁵⁹ Die Grundlinie der hier beschriebenen Kritik findet sich in nahezu allen Interviews. Die ausführlichsten und fundiertesten Aussagen zu diesem Fragenkomplex kamen vor allem von zwei Befragten, die aus unterschiedlicher Perspektive über gründliche Einblicke in kommunale Prozesse und Entscheidungsstrukturen verfügen.

werden (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 94). Deshalb ist ein folgenloses „wir nehmen das auf, wir nehmen das mit“ (Aufnahme Westphal, Pos. 173) gefährlich. Auch reicht eine Information über das Stadtblatt und Homepage (Stadt Heidelberg 2015b, S. 18) als Information nicht aus: „Das stand dann vielleicht irgendwann einmal in der Zeitung oder es kam in den Gemeinderat in irgendeiner Zusammenfassung. Aber wir haben es hier vor Ort nicht mitbekommen“ (Aufnahme Westphal, Pos. 173). Sinnvollerweise sollte die Rückkopplung an dem Ort oder in dem Medium erfolgen, wo die Beteiligung stattfand.

Angesichts der beschriebenen Defizite fordern einige Befragte eine Nachbesserung bei den Verfahren (Aufnahme Westphal, Pos. 177). Dabei könne man den Menschen etwas zumuten: „... also denkt man, die Menschen sind alle ... so doof ((lacht)), dass sie das nicht verstehen, wenn man ihnen erklärt, warum vielleicht etwas auch nicht umgesetzt werden kann? Oder ... um Verständnis auch zu werben“ (Aufnahme Martinez, Pos. 109).

Stadtteilbudgets

Im Zeitraum, in dem die Befragungen für diese Arbeit stattfanden, führte Heidelberg Bürgerschaftsbudgets auf Stadtteilebene ein. Dabei handelt es sich um ein Instrument, das nach Meinung von Expert:innen hinsichtlich der Fallzahlen als besonders erfolgreiche informelle Beteiligungsform gelten kann (Strothmann 2022, S. 1). In Heidelberg gibt es bis dato noch wenig Erfahrungen mit der Umsetzung des Konzepts. Trotzdem wird es bereits als positives Beispiel genannt (Aufnahme Martinez, Pos. 66, 68), auch wenn noch nicht abzusehen ist, ob die Stadtteilvereine ihre Rolle konfliktfrei erfüllen können, nämlich die lokalen Vereine zu benennen, die mit ihnen gemeinsam und mit Vertreter:innen des Bezirksbeirats und per Zufall gewählten Bürger:innen diese Gremien besetzen (Aufnahme Westphal, Pos. 87).

Kultur im Stadtteil

Angesichts des Themas der vorliegenden Arbeit war es naheliegend, im Fragenkomplex *Stadtteilkulturen* zunächst zu eruieren, was die Befragten persönlich unter *Kultur* verstehen („Was ist für Sie Kultur? Wo findet Kultur vor allem statt?“). Den Befragten war das Gesamtthema der Arbeit bekannt, deshalb kann davon ausgegangen werden, dass sie bei der Frage nach dem eigenen Kulturbegriff das Thema Stadtteil/Stadtteilkulturen im Blick haben würden. Um dem ein Stück weit entgegenzuwirken, umfasste der Untersuchungsleitfaden auch allgemeine Fragen („Interessieren Sie sich für Kultur?“) und Fragen zur kulturellen Ausrichtung der Stadt Heidelberg („Heidelberg gilt als kulturelle Hochburg. Teilen Sie diese Einschätzung?“).

Aufgrund der theoretischen Vorarbeiten ging die vorliegende Arbeit davon aus, dass

- sich die Befragten für Kultur interessieren und in der Regel die Einschätzung teilen, dass Heidelberg eine kulturelle Hochburg ist,
- die meisten Befragten einen breiten Kulturbegriff haben, der auch kulturelle Aktivitäten und Angebote im Stadtteil miteinbezieht,
- die Befragten insgesamt ein stärkeres Angebot in den Stadtteilen wünschen,
- die Befragten den Eindruck haben, dass Politik und Gesellschaft im Zusammenhang mit der Kultur einen zu starken Fokus auf das Stadtzentrum und die Hochkultur haben und
- die Stadtteilkulturen und das Brauchtum zu wenig Beachtung erfahren.

Kultur ist, was den Menschen zum Menschen macht

Ein Teil der Befragten beschreibt seinen Kulturbegriff „im konventionellen Rahmen oder klassischem Sinne“ (Aufnahme Merseburger, Pos. 102): Theater, Festivals, Kunst, Literatur und Museen (Aufnahmen Merseburger, Pos. 102; Peters, Pos. 247; Schäfer, Pos. 73; Westphal, Pos. 179): „Von Pavarotti bis zum harten Beat“ (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 288).

Die meisten Befragten vertreten einen breiten Kulturbegriff: „Kreativität, Ästhetik, Beziehung ... Also das, was den Menschen zum Menschen macht. Sich selbst in der Gemeinschaft sein. Und sich und sein Wesen ausdrücken, auf unterschiedliche Art und Weise“ (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 126). Kultur ist dann nicht an einen bestimmten Ort gebunden, sondern findet überall dort statt, wo Menschen zusammenkommen und kommunizieren (Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 126-128; Weber-Kaiser, Pos. 128). Kultur hat viel mit zwischenmenschlichen Kontakten zu tun. Jede:r Einzelne bringt seine Kultur mit und in der Interaktion kann Neues entstehen (Aufnahme Martinez, Pos. 121). Kultur wird als gestaltendes, aktives und interaktives Geschehen verstanden, das breit im Leben der Menschen verankert ist und nicht auf den eher elitären und meist konsumtiven Bereich der *Hochkultur* eingeschränkt werden darf. Deshalb ist es wichtig, dass im Lebensumfeld der Menschen Gelegenheiten und Orte existieren, an denen dieser Austausch stattfinden kann. „Dass wir uns dann gegenseitig kennenlernen und vielleicht etwas Neues daraus entsteht. Vielleicht ist es deshalb für mich auch klassisch, dass Kultur einen öffentlichen Raum braucht. Wie eben einen Platz oder eine Straße oder eben auch ein Kulturhaus von mir aus“ (Aufnahme Scholl, Pos. 86, 88).

Auch Feste sind Orte des Austauschs und damit der Kultur. Viele Befragte betonen den Wert von Stadtteilstesten. Diese sind offen und niederschwellig im Zugang, „... im Gegensatz zur Hochkultur ... ganz schlimm im Theater oder in der klassischen Kultur gipfelnd. ... Dass du da irgendeine Kleiderordnung ((lacht)) oder einen hohen Eintritt als Barriere hast“ (Aufnahme Vogel, Pos. 156; ähnlich: Peters, Pos. 273; Scholl, Pos. 81-82 und Martinez, Pos. 121) – eine positive Vielfalt: „Dieses ... Multi-Kulti. ... Jung und Alt und Mittelschicht und ... alles ...“ (Aufnahme Werner, Pos. 166).

Das Integrative, das Generationen- und Schichtenübergreifende, findet noch viel zu wenig statt, kritisiert eine Befragte. In Rohrbach funktioniert es vergleichsweise gut, aber die meisten Veranstaltungen in der Stadt sind auf eine gesellschaftliche Teilgruppe ausgerichtet (Aufnahme Westphal, Pos. 188). „Wenn ich ins Ausland gehe oder in die Pfalz, nimm die Pfalz als Ausland, da sitzen beim Sommerfest alle. Alle an einem Tisch. Und das ist mir bei uns noch zu wenig. Auch in Rohrbach könnte es in dieser Richtung noch mehr geben“ (Aufnahme Westphal, Pos. 190). Diese Feste bieten Chancen zur Integration von Menschen, von Neuzugezogenen wie Geflüchteten. „Aber wenn da nur die gleichen immer zusammenhocken, dann wird das nicht funktionieren“ (Aufnahme Westphal, Pos. 192).

Heidelberg als Hochburg der Kultur?

In ihrem Selbstbild und in der lokalen Presse erscheint die Stadt Heidelberg als kulturelle Hochburg. Auch in einer aktuellen Studie fand eine Mehrheit der Befragten das kulturelle Angebot in Heidelberg gut. Allerdings gab es bei jüngeren Befragten und in Bezug auf den eigenen Stadtteil häufiger kritische Stimmen (FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH 2022, S. 63). In der Heidelberg Studie 2022 wurde ebenfalls ein Mangel an kulturellen Angeboten in den Stadtteilen beklagt, vor allem in den Gebieten, in denen verstärkt einkunftsärmere Schichten leben (Stadt Heidelberg/ Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim 2023, S. 22).

Viele der Befragten dieser Studie schätzen das kulturelle Angebot in Heidelberg ebenfalls als gut ein (Aufnahmen Martinez, Pos. 122-123; Merseburger, Pos. 102; Reinhardt, Pos. 105-107; Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 129-130; Weber-Kaiser, Pos. 131; Aufnahme Westphal, Pos. 178-179). Sie verorten die *Hochkultur* überwiegend in der Heidelberger Altstadt. Dort sehen sie auch den kulturellen Fokus der Stadtverwaltung.

Kultur, Tradition und Brauchtum

Die Mehrzahl der Antworten in den Interviews zur Kultur bezog sich auf Aktivitäten im Stadtteil: „Kultur ist für mich hier in Rohrbach ...“ (Aufnahme Werner, Pos. 150), „was im Stadtteil passiert“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 73). Viele Befragte nennen *Traditionen und Brauchtum* als wesentlichen Teil der lokalen Kultur: „Was ist für mich Kultur? Zum einen gilt es, Traditionen zu wahren. Das ist für mich schon ein großer Teil von Kultur. Also Brauchtum, Traditionen ...“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 73). Es geht darum, die Eigenheiten des Ortes zu bewahren und weiterzugeben (Aufnahme Reinhardt, Pos. 101, 103, 107). „Oder die Brauchtumsveranstaltungen, Martinsumzug und Sommertag und wie sie alle heißen ... es ist wichtig, dass es sie gibt und ich will auch, dass meine Kinder in einer Welt leben, die ich kannte und kenne und die die halt auch noch kennen dürfen ... in einer doch sich verändernden Zeit und Gesellschaft, wo diese Dinge immer schwieriger werden“ (Aufnahme Schäfer, Pos. 12).

Im Stadtteil Rohrbach finden nach wie vor viele traditionelle Veranstaltungen statt. Allerdings erreicht diese Form der Kultur immer weniger Menschen: „Aber ich denke, dass viele halt rein, ich sage mal: professionelle Kultur haben möchten, im Theater, egal ... Und dass ein Drittel der Bevölkerung kulturelle Brauchtumsveranstaltungen als Saufgelage sieht (Aufnahme Peters, Pos. 261).

Als *kulturelle Aktivitäten im Stadtteil* wurden genannt:

- Ausstellungen in der Grundschule (Aufnahme Scholl, Pos. 86)
- Bälle der Schützengesellschaft (Aufnahme König, Pos. 140)
- Brauchtumsveranstaltungen allgemein (Aufnahmen Reinhardt, Pos. 101; Schäfer, Pos. 73; Werner, Pos. 155-159)
- Graffiti (Aufnahme Merseburger, Pos. 96)
- Kerwe (Aufnahmen König, Pos. 140; Merseburger, Pos. 108; Reinhardt, Pos. 82, 111; Werner, Pos. 150, 155-159)
- Kindertheater (Aufnahme Schäfer, Pos. 75)
- Konzerte im Stadtteil (Aufnahme Martinez, Pos. 121)
- Mai-Ansingen (Aufnahme Peters, Pos. 265)
- Martinszüge (Aufnahmen Martinez, Pos. 121; Reinhardt, Pos. 109, 111; Schäfer, Pos. 12; Schmidt-Erhard, Pos. 64; Scholl, Pos. 86; Werner, Pos. 170)
- rorcultur, rorgeschichte, rorpolitik: Veranstaltungsreihen des Stadtteilvereins (Aufnahme Schäfer, Pos. 75)
- Sommertagszüge (Aufnahmen Werner, Pos. 170, Reinhardt, Pos. 82; Schäfer, Pos. 12; Schmidt-Erhard, Pos. 64)
- Stadtteilstefte allgemein (Aufnahme Werner, Pos. 150)
- Vatertags-/Himmelfahrts-Wanderung (Aufnahme Peters, Pos. 265)
- Volkstrauertag (Reinhardt, Pos. 82, 103)
- Weihnachtsmarkt am Alten Rathaus (Aufnahme König, Pos. 140)
- Weinfest, Weinwanderung (Weber-Kaiser, Pos. 128)
- Woanders-Kino⁶⁰ (Aufnahme Schäfer, Pos. 75)
- Zukunftsworkshops (Aufnahme Schäfer, Pos. 75)

Akteure im Kulturbereich, die genannt wurden:

- Cafés/Bars/Gaststätten/Sportkneipen (Aufnahme Merseburger, Pos. 102, 110)
- Collegium Academicum (Aufnahme Merseburger, Pos. 102)
- Eichendorff-Grundschule (Aufnahme Scholl, Pos. 86)
- Gesangsvereine allgemein (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 293-297; Merseburger, Pos. 108; Werner, Pos. 155-159)

⁶⁰ Ein Projekt des Karlsruhbahnhofs, eines Veranstaltungshauses in der Heidelberger Südstadt.

- Männergesangsverein (Aufnahme Scholl, Pos. 86; Werner, Pos. 155-159)
- Metropolink-Festival (stadtweit) (Aufnahme Merseburger, Pos. 102)
- der punker (Aufnahmen Fröhlich, Pos. 312, 328; Schmidt-Erhard, Pos. 132; Vogel, Pos. 156)
- Sportvereine (Aufnahme Fröhlich, Pos. 298)⁶¹
- Vereine allgemein (Aufnahme Fröhlich, Pos. 294-297, 312)

Kritik an der Ausrichtung der Kulturpolitik in Heidelberg

Ein Befragter bemängelte das *Angebot für Jugendliche*. Zwar gäbe es das Metropolink-Festival, die Hip-Hop-Szene und auch einige Clubs und Veranstaltungsstätten mit Fokus auf junge Menschen, aber insgesamt habe Heidelberg zu wenig subkulturelle Orte: „da wirken Heidelberg und Mannheim arg verschlafen (Merseburger, Pos. 102). Dem Befragten fehlen auch Angebote in seinem Wohnumfeld, im Hasenleiser, „... dass da so viele Leute leben, und es keinen Ort gibt, der, wenn man abends ... was trinken will ... als so eine Art Zentrum fungiert (Aufnahme Merseburger, Pos. 110). Alt-Rohrbach sei für junge Leute zu teuer und deshalb keine Alternative (Merseburger, Pos. 113-114).

Kritisiert wird auch die vorherrschende Ausrichtung der Kulturförderung auf die innerstädtische „*Prestigekultur*“. Die Kulturen und Traditionen in den Stadtteilen würden dabei oft übersehen. Dass (Hoch-)Kultur „unbedingt für die Heidelberger Bevölkerung gemacht wird, wie im städtischen Theater und auch selbst in der Halle 02, bestreite ich zum Teil. Da wird Kultur eher in den Stadtteilen gemacht“ (Aufnahme Peters, Pos. 275). Kultur sollte stärker in die Stadtteile getragen werden (Weber-Kaiser, Pos. 132-133; Martinez, Pos. 124-125; Aufnahme Merseburger, Pos. 110). Es habe zwar Versuche gegeben, nicht zuletzt unmittelbar nach der Corona-Pandemie. Mit großem Erfolg fand u. a. das ReStart-Festival⁶² statt. Diese Dynamik habe aber bedauerlicherweise wieder nachgelassen (Aufnahmen Aufnahme Vogel, Pos. 161-162; Weber-Kaiser, Pos. 133; Westphal, Pos. 179, 185).

Die städtische Verwaltung unterstützt Aktivitäten in den Stadtteilen durchaus (Aufnahme Vogel, Pos. 163-164). Aber die *traditionellen kulturellen* Aktivitäten in den Stadtteilen erhalten zu wenig Anerkennung (Aufnahme Weber-Kaiser, Pos. 135). Je traditioneller die Breitenkultur ist (Männergesangsverein/Schützenverein), desto weniger Wertschätzung erhält sie. Heidelberg bevorzugt „dieses Hippe, Neue und Gedöns ...“ (Aufnahme Scholl, Pos. 98). Insgesamt fehlt es in Heidelberg an einem Konzept für die Nicht-Hochkultur (Aufnahme Westphal, Pos. 179).

Eine Befragte kritisiert die Prioritäten der kommunalen Politik und Verwaltung grundsätzlich. Sie bezeichnet sich als kulturell interessiert und aktiv, fordert aber, städtebauliche („Neckarstrand in der Altstadt“) und kulturelle („Riesen-Queer-Festivals“) Fördertöpfe auf ein vernünftiges Maß

61 Dem widerspricht ein Befragter: „Also unter Kultur würde ich Theater, Kunst, Literatur verstehen. Also diese klassische Kultur. In Sportvereinen ((...)) auch ein Stadtteilverein ist für mich kein Kulturverein“ (Aufnahme Peters, Pos. 247).

62 Kultureller Neustart nach der Pandemie, bei dem Veranstaltungen bewusst in den Stadtteilen stattfanden.

zu begrenzen, solange Kinder in der Stadt unter maroden Schulgebäuden und Ausstattungen leiden: „... Kinder, bei denen es reinregnet in der Schule, die keinen Ruheraum haben, die an ihrem Schreibplatz ihr Mittagessen essen und acht Stunden im selben Raum verbringen“ (Aufnahme Scholl, Pos. 78, 80).

Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie

Bevor ein Versuch gestartet werden soll, die Aussagen aus etwa 13 Stunden Interviewmaterial zusammenfassend auszuwerten, sei hier noch einmal betont, dass die Befragung in keiner Hinsicht Anspruch auf Repräsentativität erhebt. Es handelt sich um eine begrenzte Stichprobe bei etwas mehr als einem Dutzend Menschen, in einem der 15 Stadtteile einer kleinen süddeutschen, durch ihre Universität geprägten Großstadt. Nichtsdestotrotz ergeben die Aussagen ein plastisches Bild dessen, was im theoretischen Teil zum Thema *Stadtteilkulturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt* festgehalten wurde. Darüber hinaus können sie für das etwas weitere Umfeld, die Stadt Heidelberg insgesamt, ein Feedback geben sowie Anregungen für die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und die Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Es zeigt sich in den Aussagen einerseits sehr realitätsnah das schon in vielen Studien Nachgewiesene: dass das individuelle Bürger-Engagement in den *Stadtteilkulturen* von eminenter Bedeutung für das Gemeinwesen ist. Andererseits lassen sich die Erfolge, aber auch die Probleme der Bürgerschaftsbeteiligung deutlich aufzeigen. Dies alles kann dazu beitragen einen eingeschränkten Kultur-Begriff zu vermeiden: Es lohnt sich, auf die kleineren Einheiten zu schauen, um zu sehen, wie vor Ort Gemeinschaft, Kultur und Demokratie funktionieren. Zudem erfahren viele der Befragten durch die Behandlung ihrer Aussagen in einer wissenschaftlichen Studie eine bislang von ihnen nicht wahrgenommene Repräsentation im kulturellen Raum.

Subjektive Sicht auf den Stadtteil Rohrbach

Stadtteile und Quartiere haben eine wesentliche Bedeutung für das Leben der Menschen, für deren Wohlbefinden und Zufriedenheit. Heidelberg-Rohrbach integriert dörfliche und urbane Lebensweisen, Traditionen bestehen fort, parallel dazu entstehen neue soziale, kulturelle und ökonomische Strukturen. Im Stadtteil leben Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensgeschichten und ebensolchen sozialen wie kulturellen Hintergründen. Das spiegelt sich auch in der Beschreibung des geographischen Bereichs wider, den die Befragten als *Rohrbach* definieren. Je nach persönlichem Hintergrund umreißen sie ein Gebiet, das den geschichtlichen Kern des Stadtteils umfasst oder die historischen Grenzen, die auch die Nachbarstadtteile, Boxberg und Emmertsgrund mit enthält oder auch nur Bereiche, die das spezielle Umfeld studentischen Wohnens und Lebens abbilden. Die subjektiven Grenzen des Stadtteils sind also tatsächlich unscharf, „fuzzy“

(Schnur 2014a, S. 43–45). Es bestätigt sich, dass für das Wahrnehmung eines Quartiers oder Stadtteils subjektive Erfahrungen und individuelle Routinen wichtiger sind als administrative Grenzen.

Wohlbefinden im Stadtteil

Die Befragung bestätigt auch, dass das individuelle Wohlbefinden durch eine starke Identifikation mit dem Wohnumfeld und durch positive soziale Interaktionen innerhalb der Gemeinschaft gefördert wird. Alle Befragten betonen die Wichtigkeit des Wohnumfelds für ihr eigenes Wohlbefinden. Viele identifizieren sich stark mit dem Stadtteil und beschreiben Rohrbach mit positiven Begriffen wie „geborgen“, „bodenständig“ oder „vielfältig“. *Heimatverbundenheit* wird als wichtiger Faktor für das subjektive Wohlbefinden gesehen, unabhängig davon, ob die Personen im Stadtteil geboren wurden oder nicht. Der dörfliche Anteil Rohrbachs gibt Sicherheit, kann aber auch als Enge und soziale Kontrolle wahrgenommen werden. Auf Neuzugezogene mag das sowohl einladend als auch ausschließend wirken. Einige Befragte berichten von anfänglichen Schwierigkeiten, sich im Stadtteil aufgenommen zu fühlen und der Notwendigkeit einer aktiven Beheimatung, während andere die erlebte Offenheit und die Kompromissbereitschaft hervorheben.

Gemiedene Orte

Die Befragung bestätigte die Diskrepanz zwischen der subjektiven Wahrnehmung von Sicherheit und der objektiven Sicherheitslage im Wohnumfeld. Dies betrifft insbesondere das Quartier Hasenleiser, das in Heidelberg-weiten Umfragen als kriminalitätsbelastet wahrgenommen wird, obwohl die Kriminalitätsrate dort niedriger ist als in Teilen der Stadt mit besserem Image. Die Befragten selbst schildern nur wenige Orte in Rohrbach, die sie aktiv meiden, diese liegen aber fast ausnahmslos im Hasenleiser. Konkrete Vorkommnisse kann allerdings niemand benennen. Das Unwohlsein an bestimmten Orten wird bei den Interviewten nicht durch die tatsächliche Kriminalitätsbelastung hervorgerufen, sondern durch individuelle Wahrnehmungsprozesse beeinflusst, u. a. im Blick auf ethnische Diversität. Wenn an einem Ort häufig „merkwürdige Gestalten“ registriert werden, kann das auch auf einem Unbehagen angesichts einer höheren ethnischen Diversität basieren. Die Komplexität der Beziehungen zwischen Sicherheitslage, subjektiver Wahrnehmung und der Identifikation mit dem Wohnort zeigt sich auch darin, dass zwei Befragte berichten, ihre Meinung über den Hasenleiser nach ihrem Umzug dorthin positiv geändert zu haben.

Erfahrungen mit und Ansichten zum Ehrenamt

Wege ins Ehrenamt

Die Befragten fanden ihren Weg ins Ehrenamt hauptsächlich über ihre Familie. Einzelne wurden auch direkt von Ehrenamts-Trägern in Leitungspositionen angefragt, oft ebenfalls im familiären Kontext. Eigeninitiative wurde ebenso als Weg ins Ehrenamt beschrieben, wobei Personen aus eigenem Antrieb Organisationen aufsuchten, die sie interessierten. Darüber hinaus eröffneten an-

dere familiäre Faktoren, insbesondere durch die Kinder, für einige Befragte den Weg ins Ehrenamt, z. B. über das Engagement im Elternbeirat des Kindergartens oder in der Schule. In einem Fall war der Wunsch, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, entscheidend für die Aufnahme ehrenamtlicher Arbeit, obwohl die Befragte aus einer Familie kam, in der das Thema eigentlich tabu war. Informations- und Kontaktstellen wie die Freiwilligenbörse nannte niemand als Zugangsweg.

Zeitaufwand

Die Angaben Zeitaufwand für das Ehrenamt reichen von 3-4 Stunden pro Woche bis zu einem „Vollzeitjob“ von 40 Stunden. Es kann davon ausgegangen werden, dass der hohem Umfang auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass fast alle Befragten leitende Funktionen innehaben. Die meisten Befragten verbringen auch einen großen Teil ihrer Freizeit in Rohrbach. Das hat insbesondere für Menschen in führenden Ehrenamtspositionen zur Folge, dass sie nur selten *privat* unterwegs sein können. Die Betroffenen betonen, dass es nicht immer möglich ist, zwischen Ehrenamt und Freizeit zu unterscheiden.

Funktionen im Ehrenamt

Die meisten Befragten sind in mehreren Bereichen ehrenamtlich tätig, in leitender Funktion allerdings in der Regel nur in einer Organisation. Das weitere ehrenamtliche Engagement erfolgt meist bewusst in zweiter Reihe. In den kleineren Engagements-Feldern, die manchen Befragten erst im Verlauf des Gesprächs einfielen, wollen sie nicht auch noch Verantwortung tragen.

Persönliche Bedeutung

Viele Befragte betonen die Bedeutung ihres freiwilligen Engagements für die Persönlichkeitsentwicklung und die Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten. Sie geben Selbstwirksamkeit als eines der wichtigsten Motive für ihr Engagement an, möchten der Gesellschaft etwas zurückgeben und die Gemeinschaft stärken. Viele Interviewte beziehen sich dabei dezidiert auf den Stadtteil Rohrbach und möchten mithelfen, dessen Besonderheiten und Traditionen zu erhalten.

Auch *Spaß und Freude* sowie *Ausgleich zum Alltag* werden als Motive für ehrenamtliches Engagement genannt. Die Befragten betonen, dass das Ehrenamt keine Pflichtaufgabe sein sollte, sondern eine Möglichkeit, sich kreativ zu betätigen und soziale Kontakte zu knüpfen. Zudem wird die Bedeutung von sozialer Einbettung und Gemeinschaft hervorgehoben. Einige Befragte berichten von persönlichen Erfahrungen, die zeigen, wie wichtig die durch das Ehrenamt entstandenen sozialen Kontakte für sie waren, z. B. bei Umzügen in der Kindheit oder als Unterstützung in schwierigen Zeiten.

Gesellschaftliche Bedeutung

Die Befragten sehen im Ehrenamt eine wesentliche Stütze der Gesellschaft und halten es für unverzichtbar für die Erfüllung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben, nicht zuletzt in ländlichen Gebieten. Die Aufgaben der Rettungsdienste oder bei der Aufnahme von Geflüchteten wären

ohne Ehrenamtliche nicht zu leisten. Kritisiert wird, dass Politik und Verwaltung das Engagement ausnutzen und zunehmend kommunale Aufgaben auf dieses übertragen. Einige Befragte plädieren deshalb für ein angemessenes Verhältnis und eine wechselseitige Unterstützung von freiwilligem und professionell organisiertem Engagement. Es wird zudem gefordert, die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern, damit die Freiwilligen sich auf ihre inhaltlichen Aufgaben konzentrieren können anstatt auf bürokratische Erfordernisse.

Wertschätzung des Ehrenamts

Wertschätzung stellt zwar nicht das Hauptmotiv für das Engagement der Befragten dar, hat aber dennoch eine nicht zu unterschätzende subjektive Bedeutung. Einige Befragte wünschen sich mehr individuelle Anerkennung, etwa einen persönlichen Dank aus der Bevölkerung bei Einsätzen. Sie kritisieren, das Engagement werde oft als selbstverständlich angesehen und nicht angemessen gewürdigt. Befragte bemängeln, der Aufwand und die Zeit, die hinter dem Ehrenamt stehen, würden von der Gesellschaft nicht gesehen. Als Ursachen für die mangelnde Wertschätzung werden u. a. gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen gesehen, wie die zunehmende Ablenkung durch digitale Medien, die Abschaffung von Wehr- und Sozialdiensten, eine wachsende Nehmerhaltung und eine Abwertung traditioneller Engagements-Formen zugunsten 'hipper' Aktivitäten.

Wertschätzung seitens der Politik und der Stadtverwaltung

Die Wahrnehmung des ehrenamtlichen Engagements durch die lokale Politik und die städtische Verwaltung empfinden nur wenige Befragte als angemessen. Die Mehrheit beklagt eine mangelnde Wertschätzung. Einzelne Befragte wünschen sich Anerkennungen nach dem Vorbild von Kommunen, in denen ehrenamtlich Engagierte beispielsweise freien Eintritt in Schwimmbäder erhalten. Abhilfe kann hier eine Baden-Württemberg-weit gültige Ehrenamtskarte schaffen, die derzeit erprobt wird.

Digitalisierung

Die meisten in dieser Studie Befragten stehen der Digitalisierung abwartend gegenüber und nutzen digitale Mittel überwiegend pragmatisch. Sie sehen in der Digitalisierung keinen oder nur einen begrenzten Nutzen für ihre ehrenamtliche Arbeit und betonen die Bedeutung des persönlichen Kontakts. Genannt wird auch ein Mangel an Kompetenzen und subjektiven Zugängen zu digitalen Technologien bei den Leitungspersonen. Die Digitalisierung ihrer Organisationen beschränkt sich deshalb oft auf die Einrichtung von Mail- oder Messaging-Verteilern. Vereinzelt werden Sitzungen digital abgehalten, um kurzfristig und zeitsparend zu kommunizieren. Doch persönliche Treffen werden mehr geschätzt und nicht alle Mitglieder können die Medien uneingeschränkt nutzen. Einige Vereine haben Newsletter und Social-Media-Kanäle. Aber diese Bemühungen bleiben häufig Stückwerk und wurden teilweise nach der Pandemie wieder eingestellt.

Sonderfall CA

Nicht nur in Bezug auf die Digitalisierung stellt das *Collegium Academicum* (CA) einen Sonderfall dar. Im Unterschied zu den traditionellen Vereinen besteht die Gruppe der Aktiven aus Studierenden und Auszubildenden. Die Arbeit des CA konzentriert sich vorrangig auf die interne Organisation und ist weniger nach außen gerichtet. Im Gegensatz zu anderen Organisationen verfügte das CA bereits vor der Pandemie über eine solide digitale Basis, was eine schnelle und konfliktfreie Umstellung auf digitale Prozesse ermöglichte. Das CA nutzt digitale Medien auch intensiv für die Außenkommunikation, einschließlich zielgruppenspezifischer Newsletter und Social-Media-Kanäle.

Aktuelle Probleme des Ehrenamts

Pandemie

Bei der Frage nach den drängenden Problemen im Ehrenamt spielte erwartungsgemäß die Bewältigung der Pandemie eine zentrale Rolle. Die Vereine im Untersuchungsgebiet bemühten sich, ein Mindestmaß an persönlichen Kontakten zu überwiegend älteren Mitgliedern oder Zielgruppen aufrechtzuerhalten. Die meisten Vereine wickelten zumindest ihre Sitzungen online ab. Einige passten ihre Aktivitäten an, indem sie z. B. Trainings im Freien abhielten oder digitale Proben durchführten. Manche Organisationen, z. B. das Quartiersmanagement, wollten nicht auf digitale Formate umsteigen und versuchten stattdessen, den persönlichen Kontakt unter Einhaltung von Abständen aufrechtzuerhalten. Stadtteilverein und Quartiersmanagement organisierten Unterstützungsdienste für bedürftige Personen. Popchor, freiwillige Feuerwehr und Stadtteilverein nutzten digitale Medien intensiv, um mit den Menschen im Stadtteil in Verbindung zu bleiben. Sie drehten Filme von Auftritten, veranstalteten eine virtuelle Kerwe-Eröffnung und unterstützten virtuelle musikalische Gottesdienste.

Vereinbarkeit mit Familie und Beruf

Dass biografische Momente wichtig sind für freiwilliges Engagement, bestätigte auch die Befragung für diese Arbeit. Es zeigt sich, dass vor allem in der Familienphase die Möglichkeiten des Engagements eingeschränkt sind. Befragte schildern die Herausforderungen, Familie und Ehrenamt zu vereinbaren, wobei größere Kinder und das Einverständnis des Partners/der Partnerin die Vereinbarkeit erleichtern. Personen in sichtbaren Leitungsrollen finden nur schwer Rückzugsmöglichkeiten, aber das Ehrenamt kann andererseits auch Ausgleich für die anstrengenden Seiten des Familienlebens sein.

Auch den Bewohner:innen des *Collegium Academicum* stellt sich die Aufgabe, eine Balance zu finden zwischen der individuellen Lebensplanung – dem Studium/der Ausbildung – und den Anforderungen der Organisation des Zusammenlebens im Wohnheim.

Nachwuchs, Verlässlichkeit und Kontinuität

Die meisten Befragten nennen als großes aktuelles Problem ihres Vereins die Gewinnung und Bindung von Aktiven. Sie berichten, dass man früher auch über die aktive Zeit hinaus im Verein geblieben sei. Heute sei das immer seltener der Fall. Damit bestätigen sie eine bundesweit zu beobachtende Entwicklung. Ein wachsender Anteil Menschen möchte sich nicht langfristig binden, sondern nur spontan und informell engagieren.

Das größte Problem für viele Vereine stellt die Gewinnung von Menschen dar, die bereit sind, Leitungspositionen zu übernehmen. Befragte berichten, dass Aktive zwar mit anpacken, aber selten Verantwortung übernehmen möchten. In vielen Vereinen fehlt bereits die mittlere Führungsebene oder Vorstände müssen mangels Interessierter mehrere Ämter wahrnehmen.

Bei den Bemühungen, dem Nachwuchsmangel entgegenzuwirken, zeigt sich, dass traditionelle Methoden wie Flyer und Plakate nicht ausreichen. Interviewte betonten, dass junge Menschen nur für das Ehrenamt zu begeistern sind, wenn die Organisationen sich deren Interessen anpassen und die neuen Medien zur Gewinnung mit einbeziehen. Hervorgehoben wird die Bedeutung eines Vereinsvorstands, der für Veränderungen offen ist. Positiver stellt sich die Situation in Vereinen dar, die u. a. in der Pandemie innovative Maßnahmen ergriffen haben und aktuell nicht über Nachwuchsprobleme klagen.

Sonderfall CA

Dem *Collegium Academicum* stellt sich das Problem der Nachwuchsgewinnung aufgrund seiner Struktur nicht. Stattdessen hat die Sicherung der Kontinuität der freiwilligen Arbeit im Gebäudekomplex Priorität. Dabei achtet man auf regelmäßiges Engagement in einem grob fixierten zeitlichen Umfang. Obwohl die Regelung im Großen und Ganzen funktioniert, gibt es hin und wieder Reibereien bei größeren Ungleichheiten.

Bürokratisierung

Die ZiviZ-Studie 2023 identifiziert die Zunahme bürokratischer und administrativer Aufgaben als wesentliche Hürde für die Gewinnung von Führungskräften in Ehrenamtsorganisationen. Aufgaben wie die Beantragung von Fördermitteln und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit verursachen Unsicherheiten bei den Aktiven, insbesondere in Bezug auf Steuer-, Haftungs- und Datenschutzfragen. Fast drei Viertel der Organisationen empfinden den Verwaltungsaufwand in ehrenamtlichen Leitungsfunktionen als besonders zeitintensiv (Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 35).

Auch in der vorliegenden Befragung werden die wachsende Bürokratisierung und strengere Vorschriften, z. B. bei Hygiene- und Raumnutzungsregeln, als große Probleme für Ehrenamtsorganisationen genannt. Die Komplexität der bürokratischen Anforderungen beansprucht Zeit, die für die eigentliche ehrenamtliche Arbeit genutzt werden sollte. Einige Befragte empfinden den bürokratischen Aufwand zudem als mangelnde Wertschätzung.

Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung

In der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung werden von den Interviewten ebenfalls wachsende bürokratische Anforderungen als problematisch angesehen. Als Beispiel wird genannt, dass Genehmigungen für jährlich stattfindende Veranstaltungen immer neu beantragt werden müssen. Kritisiert werden auch unklare Zuständigkeiten und mangelnde Entscheidungsbereitschaft bis hin zu einer „Trägheit“ der Verwaltung. Möglicherweise würde die Einrichtung einer/eines *Problembeauftragten* weiterhelfen, einer Person, die Überblick über die Strukturen der Verwaltung hat und Entscheidungen durchsetzen oder fördern kann. Kritisch gesehen werden auch Versuche, kommunale Aufgaben auf das Ehrenamt zu verlagern sowie der Stand der Digitalisierung in der Stadtverwaltung. Es wurde angeregt, die Zusammenarbeit und Kompetenzverteilung zwischen Akteuren wie den Stadtteilvereinen und den Quartiersmanagements zu verhandeln und zu definieren.

Interessenskonflikte, Anfeindungen und politische Auseinandersetzungen

Konflikte mit und in der Nachbarschaft

Ein wesentliches Problem für Ehrenamtsorganisationen sind Konflikte mit der Nachbarschaft. Sie entstehen häufig in Zusammenhang mit Lärmbelästigungen bei der Nutzung öffentlicher Räume. Beispiele sind Beschwerden aufgrund akustischer Belästigungen durch Schießstände des Schützenvereins oder Klagen vonseiten neu zugezogener Anwohner:innen bei der jährlichen Kerwe und dem Weinfest.

Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Aktiven in den Stadtteilkulturen

Die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und festangestellten Aktiven wird als nicht immer konfliktfrei beschrieben. Unterschiedliche Interessen können zu Reibungen führen. Festangestellte an hätten die Vorschläge von Ehrenamtlichen häufig zunächst nur als „on-top-Belastung“ wahrgenommen und sich quergestellt. Es ist zumeist gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Dass dies in beiderseitigem Interesse sein kann, zeigt ein Beispiel, bei dem das gute Verhältnis zwischen Schule und Stadtteilverein entscheidend zur Lösung von Konflikten beigetragen hat.

Anfeindungen und Angriffe

Anfeindungen und Übergriffe werden von den Befragten nur als Einzelfälle beschrieben, können aber erhebliche Auswirkungen haben. Beispiele sind Anfeindungen gegen eine Befragte, die sich gegen die Schließung eines Kindergartens und den Leerstand kirchlicher Gebäude wandte, sowie rassistische Äußerungen gegen aktive Fußballer mit Migrationshintergrund. Auch Interessenskonflikte im Quartier, z. B. zwischen Fußgänger:innen, Eltern und Autofahrern, können zu Auseinandersetzungen innerhalb der Organisationen führen.

Gewalt gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sind deutschlandweit ein ernstzunehmendes Problem, am häufigsten in Form verbaler Gewalt. Der befragte Aktive aus

der Freiwilligen Feuerwehr Rohrbach berichtet von zahlreichen Übergriffen, vor allem in Silvesternächten. Aggressionen habe es schon immer gegeben, er habe aber den Eindruck, dass diese in jüngster Zeit gehäuft auftreten, könne aber nicht ausschließen, dass dies eine Folge der verstärkten Wahrnehmung in den Medien sei.

Die Befragten beschreiben die *politischen Auseinandersetzungen* im Stadtteil Rohrbach als überwiegend zivilisiert und berichten kaum von Konflikten, auch nicht solchen während der Pandemie. Ein kommunalpolitisch Aktiver erwähnt politische Anfeindungen, besonders von Anhängern extremer Parteien. Er betont jedoch auch, dass die Situation selbst im Tür-zu-Tür-Wahlkampf vergleichsweise gesittet geblieben sei.

Von weniger positiven Erfahrungen berichten zwei Gemeinderätinnen. Eine erlebte einen Shitstorm auf *Facebook*, der mit Ursache dafür war, nicht erneut für den Gemeinderat zu kandidieren. Auch eine aktive Gemeinderätin berichtet von heftigen Angriffen in Leserbriefen und insbesondere über die Kommentarfunktionen auf Social Media, die sie sehr bedrückten und in einem Fall zur Löschung der Kommentare veranlassten.

Lernen im und Weiterbildung für das Ehrenamt

Ins Ehrenamt mitgebrachte Kompetenzen

Die Befragten wurden gebeten zu beschreiben, auf welche Qualifikationen der Aktiven die Ehrenamtsorganisationen zurückgreifen können. Je nach Arbeitsfeld wurden allgemeine Skills benannt: Engagement, Arbeitskraft, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen oder Gestaltungswille. Genannt wurden aber auch spezifische Kenntnisse, die Aktive gewinnbringend in das Ehrenamt einbringen: Erfahrungen in Finanz- und Steuerfragen, in Ton- und Lichttechnik, digitale Kompetenzen und solche in Projektentwicklung und -management oder Fachkenntnisse in Weinbau und Landwirtschaft. Als wichtige Kompetenz wurde auch die Bereitschaft genannt, sich den Blick nicht durch eigene (fachliche) Vorkenntnisse verstellen zu lassen und die praktischen Erfahrungen der Aktiven im Ehrenamt zu respektieren.

Lebenslanges Lernen

Neugier, der Wille, Dinge auszuprobieren und die Bereitschaft, sich weiterzubilden und Fehler zu akzeptieren sind nach Ansicht der Befragten Grundvoraussetzungen für das Lernen in Ehrenamtszusammenhängen. Dieses wird als sozialer, urdemokratischer Prozess beschrieben, der nicht nur die Fähigkeit voraussetzt, sich aufeinander einzustellen, sondern auch die zu solidarischem und diszipliniertem Handeln.

Das Lernen im Ehrenamt erfolgt meist auf Basis der Kenntnisse von erfahreneren Personen. Kommunikation spielt dabei eine zentrale Rolle, da das Lernen in Beziehungen, Partnerschaften

und Teams stattfindet. Die Befragten betonen, dass Lernen im Ehrenamt in der Praxis und durch direktes Ausführen von Aufgaben geschieht. Die gemachten Erfahrungen fördern Selbstvertrauen, Organisationstalent und Koordinationsfähigkeit und tragen zu einem besseren Umgang mit anderen Menschen bei. Wichtig ist, dass Fehler erlaubt sind und sogar helfen, Abläufe zu verbessern.

Lernenprozesse im Ehrenamt erfolgen oft *en passant*, unbemerkt und nebenbei. Viele Befragte wurden sich erst während der Befragung bewusst, wie viele Lernprozesse in ihren Engagements-Organisationen stattfinden. Aber es gibt auch organisierte und systematische Lernformen, insbesondere in Rettungsorganisationen. Dort werden zusätzlich Themen behandelt, die über das eigentliche Arbeitsfeld hinausgehen.

Befragte beschreiben außerdem, welche Maßnahmen ihre Organisationen treffen, um erworbenes Wissen zu erhalten und weiterzugeben. Genutzt werden systematische mündliche Übermittlungen, ToDo-Listen und Skizzen. Ein ausgefeiltes Verfahren zur Wissensverwaltung wurde im Collegium Academicum etabliert, in dem eine Arbeitsgruppe besteht, deren Aufgabe es ist, bestehendes Wissen zu managen, neues zu integrieren und Workshops zum Thema zu organisieren.

Transfer der erworbenen Kompetenzen

Die Befragung bestätigte auch, dass die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen im persönlichen und beruflichen Kontext von Nutzen sein können. Befragte berichten von der Übertragbarkeit von Alltagskompetenzen, zum Beispiel bei der Organisation von Festen und vom Erwerb sozialer Kompetenzen, die zu einem besseren Umgang mit unterschiedlichen Menschen und Situationen beitragen. Betont wird zudem das Lernen, vor einem Publikum zu sprechen und Diskussionen zu führen.

Weiterbildungsangebote für Aktive

Die Befragten haben Zugang zu verschiedenen Fortbildungsangeboten, z. B. in Chor- und Sport- und Gartenbau- und Landwirtschaftsverbänden, Kirchen und Parteien. Die Stadt Heidelberg bietet spezielle Weiterbildungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche an, die von der Volkshochschule organisiert werden. Diese Kurse sind aufgrund der finanziellen Unterstützung seitens der Stadt preiswert und decken Themen von Nachwuchsgewinnung bis Datenschutz ab. Obwohl den meisten Befragten das städtische Angebot bekannt ist, sind nur wenige in der Lage, aus eigener Erfahrung etwas über dessen Inhalte zu sagen. Keine:r der Befragten hat bisher an einer der Weiterbildungen teilgenommen. Das gilt auch für die von Verbänden angebotenen Kurse. Eine Ausnahme bilden Weiterbildungsangebote im Bereich des Sports, die offenbar stärker wahrgenommen werden.

Gründe für Fortbildungsabstinenz

Die am häufigsten genannten Gründe für Fortbildungsabstinenz sind Zeitmangel, fehlende Inhalte und die Qualität der Fortbildungen. Das Ehrenamt beansprucht bereits große Teile der Freizeit,

sodass die meisten Befragten nicht bereit oder in der Lage sind, zusätzliche Zeit in Fortbildungen zu investieren, zumal diese teilweise zu für sie ungünstigen Zeiten angeboten werden. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf das Fehlen relevanter Inhalte in den Angeboten. Es wird eine Praxisferne und mangelnde Authentizität von Fortbildungen beklagt. Diese seien nicht an den Interessen und der Lebenswelt der Ehrenamtlichen ausgerichtet. Sinnvoller wären nach Meinung einiger Befragter von erfahrenen Praktikern geleitete praxisorientierte Fortbildungen. Bessere nachgefragt wären u. U. auch Online-Veranstaltungen und Vor-Ort-Angebote in den Stadtteilen.

Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die ehrenamtliche Arbeit im Stadtteil bietet den Befragten Rückhalt und Unterstützung im Alltag bei Gelegenheiten wie Festen, Umzügen, der Suche nach Handwerkern oder anderen Fachleuten. Ehrenamtliche Netzwerke helfen auch in schwierigen Lebenssituationen, bei persönlichen Problemen, Krankheiten oder dem Verlust nahestehender Menschen. Die Verankerung im Quartier kann zudem praktische Vorteile bringen, z. B. bei der Suche von Wohnungen. Auch bei alltäglichen Dingen ist das lokale Netzwerk hilfreich.

Menschen zusammenbringen und Integration fördern

Die Befragten berichten von vielen Wegen, wie Vereine Menschen unterschiedlicher Herkunft integrieren. Insbesondere Sportvereine spielen hierbei eine wichtige Rolle. Die Vereine dienen auch als Anlaufstelle für Neuzugezogene, um im neuen Wohnumfeld Anschluss zu finden und lokale kulturelle Hintergründe kennenzulernen. Zudem bieten sie ein Forum, in dem sich Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten treffen und austauschen können.

Die Arbeit des Quartiersmanagement in den Interviews

Das Quartiersmanagement spielt in Heidelberg-Rohrbach eine eigenständige, wichtige Rolle für den Zusammenhalt. In den Interviews beschreiben die Befragten u. a. die Zusammenarbeit zwischen den Angestellten des Quartiersmanagements und anderen Aktiven im Stadtteil, bei der es anfänglich Vorbehalte zu überwinden galt. Thematisiert wird auch das Spannungsverhältnis zwischen Stadtverwaltung und Quartiersmanagement, wobei die Zusammenarbeit insgesamt als positiv erlebt wird. In den Interviews wird ebenso die Kooperation zwischen Quartiersmanagement und Stadtteilverein angesprochen. Da die Quartiersmanagements künftig stärker einer sozio-kulturellen, integrierenden Zielsetzung folgen und nicht mehr nur in Gebieten mit schwacher Sozialstruktur eine wichtige Rolle spielen dürften, sollte nach Meinung einer Befragten das Verhältnis von Stadtteilvereinen und Quartiersbetreuung neu betrachtet werden. Dabei wäre auch die Frage zu klären, ob es sinnvoll ist, den Stadtteilvereinen ein Hauptamt unterstützend zur Seite zu stellen.

Exkludierende Momente

Einige Befragte schildern ihre Schwierigkeiten, sich als Zugewanderte in die Strukturen in (Alt-) Rohrbach zu integrieren, bis hin zum Gefühl, ausgegrenzt zu werden. Die Integration in den Stadtteil wurde durch die Mitarbeit in Initiativen wie dem *punker* erleichtert, da hier ähnliche Lebenssituationen und persönliche Hintergründe aufeinandertrafen und die Gruppe bald mit Akteuren aus den traditionellen Vereinen kooperierte. Die Grundschule wird ebenfalls als wichtiger Ort für das Ankommen von Neubürger:innen beschrieben, da hier erste soziale Beziehungen entstehen.

Inzwischen scheinen die exkludierenden Momente schwächer geworden zu sein. Dennoch berichtet eine Befragte, dass sie sich manchmal nur in ihrer ehrenamtlichen Rolle wahrgenommen und nicht vollständig in die dörflichen Strukturen integriert fühlt. Dies zeigt, dass trotz der Bemühungen um Integration und der Schaffung von Anknüpfungspunkten für Neubürger weiterhin Herausforderungen bleiben, sich in den Stadtteil zu integrieren.

Politisches Engagement der Befragten

Das klassische politische Engagement steckt in einer Krise. Die Mitgliedschaft in den Volksparteien ist überaltert, und immer weniger Menschen sind bereit, sich parteipolitisch zu engagieren oder Mandate, wie im Gemeinderat, zu übernehmen. Andererseits hat das Interesse an Politik und lokalen Projekten sogar zugenommen. In den Interviews im Rahmen dieser Arbeit zeigten sich alle Befragten als politisch interessiert. Sie nehmen regelmäßig an Wahlen teil, allerdings streben nur Einzelne selbst politische Ämter an. Andererseits haben zwei Befragte ihren Weg in den Heidelberger Gemeinderat über die ehrenamtliche Arbeit gefunden. Sie kandidierten im Juni 2024 erneut auf prominenten Listenplätzen. Als Gründe, sich nicht in politischen Gremien zu engagieren, werden unter anderem die hohe Arbeitsbelastung im Ehrenamt genannt oder das eigene Lebensalter. Trotz genereller politischer Zurückhaltung bringen sich die Interviewten im Interesse ihres Vereins in politische Prozesse ein. Umgekehrt kann eine politische Zurückhaltung auch deshalb geübt werden, weil man die ehrenamtliche Aufgabe nicht durch politische Aktivitäten beeinträchtigen möchte.

Erfahrungen mit der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg

Aktuelle Problemfelder in der Heidelberger Öffentlichkeitsbeteiligung

Heidelberg gilt als *Mekka der Bürgerschaftsbeteiligung*. Analysiert man jedoch die Umfragen und Evaluationen zur Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadt, so zeigen sich auf vier Feldern Probleme:

- Dass die Befragten häufig etwas anderes unter *Bürgerschaftsbeteiligung* verstehen als die Evaluierenden stellt die Validität der Umfragen in Frage.

- Nahezu die Hälfte der Befragten ist mit der konkreten Ausgestaltung der *Bürgerschaftsbeteiligung* unzufrieden.
- Formale Bildung und sozialer Status haben einen sehr starken Einfluss auf die Mitwirkung: *die Öffentlichkeitsbeteiligung ist hoch selektiv*.
- Es mangelt an *Do or explain*: Es wird zu wenig in die Bevölkerung kommuniziert, inwiefern Ergebnisse von Partizipationsverfahren umgesetzt werden (können).

Die Sicht der Befragten auf die Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg

In den Interviews zur vorliegenden Arbeit wird die Öffentlichkeitsbeteiligung insgesamt als demokratisches Instrument positiv bewertet und der hohe Einsatz der Stadt Heidelberg in diesem Bereich anerkannt. Es bestätigte sich, dass viele Befragte bereits an Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung teilgenommen haben, wobei einige unsicher sind, um welche Verfahren genau es sich handelte. Manchmal werden in den Antworten Bürgerentscheide genannt, die zu den formellen Verfahren zählen und nicht zu den Partizipationsformaten in der Stadt.

Partizipation oder Alibiveranstaltung?

Weit verbreitet unter den Befragten ist die Kritik, dass die Veranstaltungen mehr Informationen bieten als echte Beteiligungsmöglichkeiten, auch wenn manche darin einen legitimen Ansatz sehen. Die meisten kritisieren diese Praxis jedoch und befürchten, dass die Verfahren lediglich dazu dienen, den Anschein von Beteiligung zu erwecken, ohne tatsächlich auf die Beiträge der Bürger:innen einzugehen. Besonders negative Auswirkungen befördert der Eindruck, nicht ernst genommen zu werden. Solche Erfahrungen untergraben das Vertrauen in die Öffentlichkeitsbeteiligung und tragen nach Meinung der Befragten zur Politikverdrossenheit bei.

Hervorgehoben wird die Bedeutung der Qualifikation und Motivation der leitenden Personen für den Erfolg von Beteiligungsverfahren. Problematisch ist es, wenn städtische Mitarbeiter:innen nicht hinter den Verfahren stehen und selbst äußern, lediglich Anweisungen der Verwaltungsspitze ausführen.

Dominierende in den Partizipationsprozessen

Die Evaluationen der Bürgerbeteiligung in Heidelberg beschreiben eine hohe Selektivität der Partizipationsprozesse und die mangelnde Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund und mit niedriger formaler Bildung. Das entspricht auch dem Eindruck der Befragten. Nach ihren Aussagen handelt es sich bei den Dominierenden in den Veranstaltungen um ehrenamtlich oder politisch aktive Einzelpersonen, Gemeinderatsmitglieder und Interessensgruppen. Die Interviewten kritisieren, Menschen mit geringerer Durchsetzungskraft hätten kaum Chancen, sich angemessen zu beteiligen, da organisierte Gruppen präsenter und lauter auftreten und strategischer

agieren. Einige Befragte berichten von Situationen, in denen ihre Beiträge von den Moderierenden überhört oder übergangen wurden. Trotz der Bemühungen der Stadtverwaltung, das Problem anzugehen und künftig verstärkt mit Zufallsbürgern zu arbeiten⁶³, besteht der Eindruck, dass sich Interessensgruppen zumeist durchsetzen.

Do or explain

Mangelnde Transparenz und Rückkopplung des Umgangs mit den Ergebnissen der Verfahren ist ein weiterer zentraler Kritikpunkt der Befragten. Auch dies steht im Einklang mit den Ergebnissen der 3. Evaluation der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg.

Die Befragten monieren, dass die Begrenzungen der Verfahren den Teilnehmenden nicht klar genug dargelegt werden, was häufig zu falschen oder überzogenen Erwartungen führt. Das auch in den Leitlinien für die Partizipationsverfahren in Heidelberg hervorgehobene Ziel, getroffene Entscheidungen nachvollziehbar in die Bürgerschaft zu kommunizieren, insbesondere wenn sie von den Beteiligungsergebnissen abweichen, ist offenbar noch nicht erreicht – mit teils schwerwiegenden Folgen. Denn Enttäuschungen, selbst wenn sie Folge überzogener oder falscher Erwartungen sind, können dazu führen, dass die positiven Aspekte der Verfahren nicht mehr wahrgenommen werden. Ergebnisse von Beteiligungsprozessen sollten möglichst an der Stelle, an der die Beteiligungsverfahren stattgefunden haben, an die Beteiligten rückgekoppelt werden. Eine Information über städtische Medien oder die Tageszeitung reicht nicht aus.

Stadtteilbudgets

Während der Befragungszeit für diese Arbeit etablierte die Stadt Heidelberg Bürgerschaftsbudgets auf Stadtteilebene, ein Instrument, das von Experten als eine der erfolgreichsten informellen Beteiligungsformen der letzten Jahrzehnte angesehen wird. Obwohl in Heidelberg bisher erst wenige Erfahrungen mit der Umsetzung des Konzepts bestehen, wird es von einigen Befragten bereits als positives Beispiel genannt. Es bleibt abzuwarten, ob in den Gremien die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gruppen – Stadtteil- und weitere lokale Vereine, Vertreter:innen des Bezirksbeirats und zufällig ausgewählte Bürger:innen – ohne große Konflikte möglich ist.

Kultur im Stadtteil

Da sich die vorliegende Arbeit mit der Wirkung der *Stadtteilkulturen* auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt befasst, lag es nahe, zu erfragen, was die Interviewten persönlich unter *Kultur* verstehen. Einige interpretieren Kultur im traditionellen Sinne: Theater, Festivals, Kunst, Litera-

⁶³ Zufallsbürger spielen in den neu eingerichteten Stadtteilbudgets eine wichtige Rolle und wurden auch in den Prozess zur Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzept einbezogen (Rhein-Neckar-Zeitung, 10.04.2024, Seite 5).

tur und Ausstellungen in Museen. Einige Befragte empfinden Heidelberg als *kulturelle Hochburg* und loben das kulturelle Angebot, insbesondere in der historischen Altstadt. Allerdings gibt es viele kritische Stimmen, die einen Mangel an kulturellen Angeboten in den Stadtteilen beklagen, insbesondere in den Wohngebieten der weniger Wohlhabenden.

Die Mehrheit der Befragten vertrat aber einen weit gefassten Kulturbegriff, der Kreativität und Ästhetik umfasst und Kultur als Ausdruck des Menschseins in der Gemeinschaft sieht. Kultur wird als aktives, interaktives Geschehen betrachtet, das überall dort stattfindet, wo Menschen kommunizieren, und das nicht auf den meist konsumtiven Bereich der Hochkultur beschränkt werden sollte. Als wichtige Orte für kulturellen Austausch und gegenseitiges Kennenlernen werden öffentliche Räume und Feste genannt, wobei Stadtteilstefte als besonders niederschwellig und integrativ hervorgehoben werden. Angemahnt werden mehr kulturelle Angebote in den Stadtteilen, insbesondere in den Wohngebieten der weniger Wohlhabenden. Kritisiert wird, dass viele Veranstaltungen auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen beschränkt bleiben und generationen- und schichtenübergreifende Veranstaltungen zu selten stattfinden.

Kultur, Tradition und Brauchtum

In den meisten Interviews wird Kultur mit lokalen Aktivitäten, Traditionen und Brauchtum verbunden. Die Befragten betonen die Bedeutung der Bewahrung und Weitergabe lokaler Eigenheiten und traditioneller Veranstaltungen z. B. die Martins- und Sommertagszüge. Die kulturelle Identität des Stadtteils soll für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Bei den Interviewten besteht jedoch der Eindruck, dass das Interesse der Bevölkerung an solchen Veranstaltungen abnimmt. Ein Teil der Menschen bevorzugt professionelle konsumtive Kulturangebote und spricht lokalen Veranstaltungen den Kulturstatus ab. Im Gegensatz dazu verstehen nahezu alle Befragten die Aktivitäten in den Stadtteilen als Ausprägungen einer spezifischen Kultur. Genannt wird eine Vielzahl an Veranstaltungen vom Schützenball über die Kerwe bis zu Zukunftsworkshops. Als Akteure nennen die Befragten neben den Vereinen und sozio-kulturellen Initiativen u. a. die Schulen, das *Collegium Academicum* und die gastronomischen Angebote im Stadtteil.

Kritik an der Ausrichtung der Kulturpolitik in Heidelberg

Ein Befragter kritisiert einen Mangel an jugendkulturellen Angeboten in Heidelberg. Seiner Meinung nach fehlen subkulturelle Orte und Treffpunkte insbesondere in nicht zentralen Wohngebieten.

Nach Meinung der meisten Befragten fehlt es Heidelberg an einem Konzept für die Breitenkultur. Die kommunale Kulturförderung konzentriert sich insgesamt zu stark auf die Innenstadt und vernachlässigt die Kulturen und Traditionen in den Stadtteilen. Die Befragten fordern eine Prioritätensetzung der kommunalen Politik und Verwaltung weg von den zentralen (hoch-)kulturellen Angeboten, hin zu stadtteil-kulturellen Projekten.

Fazit zur Befragung und Ausblick

Die Befragungen im Rahmen der vorliegenden Arbeit ermöglichten intensive Einblicke in die Sichtweisen der Aktiven auf die Relevanz ihres Engagements für sich selbst und für die Gesellschaft. Auch die Beurteilung der Anerkennung ihrer Arbeit durch Politik und Gesellschaft war aussagekräftig, ebenso ihre Einschätzung der organisierten Formen örtlicher Partizipationsprozesse. Der Blick auf die Bedeutung von Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt profitierte durch die Interviews enorm.

Die Entscheidung, mit problemzentrierten Interviews zu arbeiten und dabei mit Hilfe eines Leitfadens eine teilweise Standardisierung zu erreichen, erwies sich als richtig. Diese Vorgehensweise schuf eine tragfähige Grundlage für die qualitative Inhaltsanalyse.

Wichtig war es auch, sich vor Beginn der Interviews noch einmal Klarheit über Vor-Kenntnisse und mögliche Vor-Urteile zu verschaffen. Die Erfahrungen durch das freiwillige Engagement des Verfassers im untersuchten Heidelberger Stadtteil ermöglichten tatsächlich gute Zugänge zum Untersuchungsfeld und eine gezielte Auswahl sowohl der Befragten als auch der Fragen für den Interviewleitfaden. Andererseits war bereits im Probeinterview festzustellen, dass nicht nur die Gefahr bestand, dass die Befragten den Interviewer als *Mitstreiter* und *Komplizen* sehen, sondern dass es auch diesem selbst an Distanz mangeln kann.

Der Einsatz eines Leitfadens für die Interviews erwies sich als sehr sinnvoll, denn er erinnerte Befragte wie Interviewer gleichermaßen an den Zweck des Interviews. Allerdings erwies sich der Leitfaden im Probeinterview und in der ersten 'echten' Befragung als zu umfangreich, so dass einige Fragen zusammengefasst wurden.

Beides, die Straffung des Leitfadens wie die Aufmerksamkeit gegenüber einer möglichen Komplizen-Haltung, konnten Schwierigkeiten, die zu Beginn der Studie auffielen, weitgehend beheben: In den nachfolgenden Interviews gelang die Fokussierung auf die Forschungsfrage besser. Zugleich reagierte der Interviewer zurückhaltender auf die Aussagen der Interviewten, verhinderte Komplizen-Haltungen von seiner Seite weitgehend und ermöglichte dadurch ein fachliches Gespräch.

Keinen Ertrag brachte die Frage nach der Einschätzung der eigenen sozialen Situation durch die Befragten. Hier waren Widerstände zu spüren, beziehungsweise ergab sich in einem Fall eine Selbsteinschätzung, die nicht dem Vorwissen des Interviewers entsprach. Deshalb wurde die Frage bei späteren Interviews nicht mehr gestellt.

Der Fragenkomplex zum Lernen in Ehrenamts-Zusammenhängen brachte das erwartete Ergebnis: Freiwilliges Engagement ermöglicht in vielerlei Hinsicht intensive Lernprozesse. Allerdings be-

stätigte sich auch, dass die meisten Befragten diesen Ertrag ihrer Arbeit kaum wahrnahmen bzw. als selbstverständlich ansahen. Das traf auch auf eine befragte Person zu, die selbst beruflich im pädagogischen Bereich tätig ist. Die Aspekte informellen Lernens in Ehrenamtsorganisationen verdienen eine größere Beachtung in den Bildungswissenschaften und auch in der Wahrnehmung und Wertschätzung vonseiten der Politik und der Gesellschaft. Die vorliegende Arbeit konnte dieses Thema leider nicht erschöpfend behandeln. Es könnte ertragreich und spannend sein, die Thematik anhand freiwillig Engagierter ohne Leitungsfunktion zu untersuchen. Als Methode würde sich u. U. eine teilnehmende Beobachtung anbieten.

Beim Fragenkomplex zum Thema Zusammenhalt/Integration bestand am ehesten die Gefahr eines Over-Reportings. *Vereine als integrative Kraft* ist ein so häufig verwendeter Topos, dass dies wahrscheinlich auch von den Befragten als sozial erwünscht empfunden wurde und entsprechende Antworten befördert haben dürfte. Deshalb hat die Tatsache, dass alle Befragten die integrative Arbeit der Vereine im Stadtteil hervorheben, nur begrenzte Aussagekraft.

Unterschätzt wurde im Vorfeld der Befragung die Bedeutung exkludierender Momente in den Nachbarschaften und den lokalen Kulturen. Einige Befragte hatten Schwierigkeiten, sich als Zugewanderte in die Strukturen (Alt-)Rohrbachs zu integrieren, bis hin zum Gefühl, ausgegrenzt zu werden. Auch die integrierende Funktion der sozio-kulturellen Initiative *der punker* wurde anfänglich unterschätzt. Die Mitarbeit in einer Initiative, in der Menschen mit ähnlichen Lebenssituationen und persönlichen Hintergründen zusammenarbeiten, erleichterte das Ankommen im Stadtteil enorm. Dass sich *der punker* als Ergänzung, nicht als Gegenpol zum Stadtteilverein der Alteingesessenen verstand, ermöglichte ein schrittweises Aufeinander-Zugehen der unterschiedlichen Kulturen. Trotzdem zeigten die Antworten der befragten Nicht-Alt-Rohrbacher:innen, dass dieser wechselseitige Integrationsprozess immer wieder neu ausgehandelt werden muss.

In der Literatur wurde an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, dass die sozio-kulturellen Initiativen im Laufe ihrer Entwicklung immer stärker mit den traditionellen Vereinen kooperieren. Das zeigte sich auch in der Befragung für diese Arbeit. Es wäre interessant, diesen Prozess näher zu untersuchen, auch die Sichtweisen der Aktiven in den sozio-kulturellen Initiativen. Die aktuelle Arbeit legt ihren Fokus auf einen konkreten Stadtteil, in dem die traditionellen Organisationen überwiegen. Die Sicht der Menschen, die sich überwiegend in sozio-kulturellen Initiativen engagieren, sollte stadtteilübergreifend erfolgen, denn die meisten dieser Organisationen beziehen ihre Arbeit nicht explizit auf ein geografisches Umfeld, sondern auf konkrete Projekte oder Themen.

Bedauerlich war auch, dass nur eine Person mit einer Migrationsgeschichte befragt werden konnte. Das lag nicht an der Auswahl der Interviewten, sondern an der Tatsache, dass dieser Personenkreis im Untersuchungsfeld nicht in Leitungsfunktionen im freiwilligen Engagement

anzutreffen ist. Auch gibt es mit Ausnahme des Trägervereins der Moschee keinen Verein, der sich explizit auf Menschen mit Migrationshintergrund bezieht, auch keinen Sportverein. Ein lohnendes Feld für weiterführende Arbeiten wären Sportvereine, einerseits die, die Menschen mit Migrationshintergrund integrieren, andererseits Sportvereine, die in den migrantischen Communities gegründet wurden.

9. *Fazit und Perspektiven*

Der theoretische Teil dieser Dissertation beschäftigte sich zunächst mit der Frage, inwieweit die Studienlage Belege dafür liefert, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland derzeit stark beeinträchtigt ist. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass nahezu alle Studien von einer solchen Bedrohung ausgehen (u.a.: More in Common Autoren- und Projektteam 2021; Görtz/Langness 2024; Roose 2021, S. 11 f.; Back et al. 2021). Als Ursachen werden neben Auswirkungen der Globalisierung und weiteren ökonomischen Faktoren, wie der wachsenden sozialen Ungleichheit, auch individualpsychologische Faktoren genannt (Decker et al. 2022a; Dilling et al. 2022). Diese Entwicklungen führen dazu, dass Menschen ihre eigenen Einflussmöglichkeiten als gering einschätzen, sich nicht gehört und ausgegrenzt fühlen (Kemmesies et al. 2022; Reiser et al. 2023). Im Ergebnis stehen aktuell größer werdende Bevölkerungsgruppen der Demokratie ambivalent gegenüber.

Rechtspopulistische und rechtsradikale Kräfte nutzen diese Entwicklung. Sie deuten soziale Konflikte in kulturelle um und erreichen so breite Wählerschichten (Rippl/Seipel 2018, S. 251) aus sozialen Milieus bis hinein in die gesellschaftliche Mitte (Zick/Küpper 2021; Zick/Küpper/Mokros 2023).

Der vorliegenden Arbeit liegt die These zugrunde, dass in Zeiten globaler Krisen und individueller Verunsicherungen den Strukturen im sozialen Nahbereich, in den Quartieren und Stadtteilen, eine wachsende Bedeutung zukommt. Die Studienlage belegt, dass lokale Strukturen eine wesentliche Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben und ebenso eine wichtige Funktion für das Wohlbefinden Einzelner.

Allerdings gilt es, auch die negativen Entwicklungen in der Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten zu beachten: Die segregativen Tendenzen in den Quartieren haben stark zugenommen (Helbig/Jähnen 2018; Bosch-Lewandowski et al. 2020). In der Soziologie spricht man von einer *Krise der Stadt* (Heitmeyer et al. 2012). Wissenschaft und Politik fürchten das Entstehen von Abwärts spiralen und eine Verstärkung der Spaltung in den Kommunen (Helbig/Jähnen 2018, S. 116). Nichtsdestotrotz kann aufgrund der Studienlage davon ausgegangen werden, dass kleinräumige Strukturen die besten Voraussetzungen bieten, dem schwindenden Zusammenhalt entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang wird häufig auf die Chancen eines zeitgemäßen Modells von *Heimat* hingewiesen (Dragolov/Arant/Boehnke 2020; Boehnke/Deutsch/Boehnke 2020, Knobloch 2020; Allmendinger/Müller/Wirth/Smid 2019; Hüppauf 2007). Dazu müssten allerdings die exkludierenden Momente des Konzepts beachtet und vermieden werden.

In den Kommunen haben auch Bürgerschaftsbeteiligungs-Maßnahmen eine wichtige Funktion für die Stärkung der gesellschaftlichen Kohäsion. Doch auch diese können Auswirkungen haben, die ihren Zielen zuwiderlaufen und gesellschaftliche Ungleichheiten sogar reproduzieren. Dies vor allem, wenn es nicht gelingt, eine möglichst repräsentative Beteiligung zu gewährleisten und die häufig beobachtete Mittelschichtsdominanz zu begrenzen (Rinn 2017; Kuder 2019).

Das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen, die Stadtteile und Quartiere, werden wesentlich mitgeprägt durch freiwilliges Engagement, das vor allem in Vereinen und sozio-kulturellen Initiativen organisiert ist (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023; Simonson/Vogel 2017; Faller/Hettich/Ritter 2019). In den Stadtteilkulturen, der Gesamtheit der kulturellen Aktivitäten im Stadtteil, ist zudem eine Vielzahl weiterer Akteur:innen aktiv: Bezirksbeiräte, Bildungsträger, Kirchen, Quartiersmanagements etc. Den Kern der Stadtteilkulturen bilden jedoch Ehrenamtsorganisationen. Diesen und den Menschen, die sich dort engagieren, widmete sich Kapitel 5 dieser Dissertation, das den Umfang und die Strukturen ehrenamtlicher Arbeit beschreibt, die Wege, die Menschen nehmen, um in das Ehrenamt einzusteigen (Simonson et al. 2021b; Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023; Pinl 2015) und die Probleme, die die Ehrenamtsorganisationen aktuell zu bewältigen haben (Kuhn/Schubert/Tahmaz 2024; Huth 2023).

Die durch freiwilliges Engagement getragenen Organisationen sind nicht nur eine wesentliche Stütze des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern bieten ihren Aktiven neben einer sozialen Verankerung auch wichtige persönliche Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten (Schenkel 2007; Düx et al. 2009; Priemer/Mohr 2018).

Politik und Gesellschaft nehmen allerdings die überwiegend ehrenamtlich geprägten Strukturen auf kommunaler Ebene häufig nur in Ausschnitten wahr, etwa ihre Arbeit für die Integration Geflüchteter. Das soziale Gefüge vor Ort, in den Stadtteilkulturen, ist aber viel weitreichender. Seine Bedeutung umfassend in den Blick zu nehmen, war Aufgabe dieser Arbeit.

Die meisten Studien betrachten das System der Stadtteilkulturen von außen.

Wenig untersucht ist bislang die Wahrnehmung der Aktiven in den Stadtteilkulturen:

- Welche Relevanz für sich selbst und die Gesellschaft messen Engagierte ihrer eigenen freiwilligen Arbeit bei?
- Wie beurteilen freiwillig Engagierte die Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Arbeit vonseiten der Politik und der Gesellschaft?
- Beteiligen sie sich an organisierten Formen der Partizipation?
Und welche Erfahrungen machen sie damit?
- Wie beurteilen sie die Bedeutung der Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Die vorliegende Studie orientierte sich an Kategorien, die aus dem Literaturstudium und den eigenen Erfahrungen des Verfassers im Untersuchungsfeld abgeleitet wurden. Für das folgende Fazit der Dissertation werden diese Kategorien in folgende Schwerpunkte zusammengefasst:

- Ehrenamtliches Engagement: Zugänge und Einsichten,
- Lernen im und Fortbildung für das Ehrenamt,
- Zusammenhalt, Integration und Segregation im Stadtteil,
- Partizipation und politische Bildung,
- Kultur im Stadtteil, Stadtteilkulturen.

Innerhalb dieser Schwerpunkte wird jeweils der Stand der wissenschaftlichen Diskurse zusammengefasst und den Ergebnissen der Befragung gegenübergestellt.

Ehrenamtliches Engagement: Zugänge und Einsichten

2022 gab in Deutschland mehr als 650.000 zivilgesellschaftliche Organisationen, 94 % davon waren Vereine (Schubert/Tahmaz/Krimmer 2023, S. 7), mehr als 20 % der über 14-jährigen Menschen in Deutschland war dort aktiv. Freiwilliges Engagement findet überwiegend im unmittelbaren Lebensumfeld statt. Die meisten Freiwilligen finden über ihre Herkunftsfamilie ins Engagement oder aufgrund einer direkten Ansprache durch Leitende aus Ehrenamtsorganisationen. Etwas weniger als die Hälfte der Engagierten bemüht sich selbstständig um einen Zugang (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 418 f.). Nahezu alle Engagierten nennen als Hauptmotivation *Spaß*, danach folgen die Möglichkeit, eigene Fähigkeiten einzubringen, und die Hoffnung, mit dem Engagement in der Gesellschaft etwas bewegen zu können (Müller/Hameister/Lux 2017, S. 426 f.).

Neben den traditionellen Vereinen entstand in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl anfangs lose organisierter gemeinwohlorientierter *sozio-kultureller Initiativen*, die ebenfalls wichtige Funktionen in den Kommunen erfüllen. Viele davon behalten informelle Strukturen auch dann bei, wenn sie sich professionalisieren und institutionalisieren.

Das freiwillige Engagement in Deutschland steht aktuell vor mehreren Herausforderungen. Die meisten Organisationen haben *Schwierigkeiten, Menschen für kontinuierliches Engagement zu gewinnen*, insbesondere für Führungspositionen. Sie müssen mit einem Trend klarkommen, der wegführt von verbindlichem, langfristigem, hin zu einem Engagement, welches flexible Entscheidungen ermöglicht, wo und wie man sich engagiert. Dabei spielen nicht nur gesellschaftliche Veränderungen eine Rolle, auch biografische Momente wie die Familienphase haben Auswirkungen auf die Engagement-Bereitschaft.

Auch die *digitale Transformation* fordert die Engagements-Organisationen. Vor allem müssen sie auf die durch die Plattformen bewirkten Veränderungen der Öffentlichkeit reagieren. Zudem sind Nutzungsgewohnheiten vor allem junger Menschen ständigen Veränderungen unterworfen (Behre/Hölig/Möller 2023, S. 16–29). Ehrenamtlich getragene Organisationen stehen diesen Umbrüchen häufig noch skeptisch oder hilflos gegenüber. Sie nutzen digitale Möglichkeiten meist nur pragmatisch.

Nicht ohne Auswirkungen auf die ehrenamtlich Engagierten bleiben auch *Anfeindungen und Übergriffe*, denen vor allem Rettungskräfte und (kommunal)-politisch engagierte Menschen ausgesetzt sind (u. a.: Rölle 2020, S. 293, forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2024; Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena 2023; Blätte/Dinnebier/Schmitz-Vardar 2022).

Ergebnisse der Studie

Die im Rahmen dieser Arbeit Interviewten fanden ihren *Weg ins Ehrenamt* zumeist über ihre Familie. Einzelne wurden auch direkt von Ehrenamtlern in Leitungspositionen angefragt, oft ebenfalls im familiären Kontext. Die meisten Befragten sind in mehreren Bereichen engagiert, in der Regel allerdings nur in einer Organisation in leitender Funktion. Spaß und Freude sowie Ausgleich zum Alltag wurden als wichtigste *Motive für freiwilliges Engagement* genannt. Zudem wurde die Bedeutung von sozialer Einbettung und Gemeinschaft hervorgehoben. *Wertschätzung* stellt zwar nicht das Hauptmotiv für das Engagement der Befragten dar, hat aber eine nicht zu unterschätzende subjektive Bedeutung. In den Interviews wurde kritisiert, dass das Engagement oft als selbstverständlich angesehen wird, ohne den Aufwand und die Zeit, die dahintersteht, wahrzunehmen.

Die *Würdigung des Engagements durch die lokale Politik und die städtische Verwaltung* empfinden nur wenige Befragte als angemessen. Einzelne wünschen sich Anerkennungen nach dem Vorbild von Kommunen, in denen ehrenamtlich Engagierte beispielsweise freien Eintritt in Schwimmbäder erhalten.

Während der *Corona-Pandemie* bemühten sich Vereine mit überwiegend älteren Mitgliedern oder Zielgruppen, ein Mindestmaß an persönlichen Kontakten aufrechtzuerhalten. Die meisten Vereine im Untersuchungsfeld wickelten zumindest ihre Sitzungen online ab, einige passten ihre Aktivitäten an, indem sie z. B. Trainings im Freien abhielten oder digitale Chorproben durchführten und Filme von Auftritten online stellten. Stadtteilverein und Quartiersmanagement in Rohrbach organisierten Unterstützungsdienste für bedürftige Personen. Die Pandemie brachte allerdings für die Mehrzahl der Ehrenamtsorganisationen keinen Schub in der *Digitalisierung*. Die

meisten Befragten stehen dieser nach wie vor skeptisch gegenüber und bevorzugen persönliche Kontakte.

Die meisten Interviewten beschrieben Probleme bei der *Gewinnung und Bindung von Aktiven*, vor allem für Leitungsaufgaben in ihrem Verein. Es besteht der Eindruck, dass sich ein wachsender Teil der Menschen nicht mehr langfristig binden möchte, sondern nur spontan und informell engagieren. Vor allem möchten nur noch wenige Menschen Positionen mit Verantwortung übernehmen. Die Befragten meinen, die Organisationen müssten sich anpassen und auch neue Medien in ihre Arbeit mit einbeziehen. In diesem Prozess komme dem Vereinsvorstand eine besondere Bedeutung zu, denn vor allem dieser müsse für Veränderungen offen sein. Weniger Nachwuchsprobleme beklagten Vereine, die u. a. in der Pandemie innovative Maßnahmen ergriffen hatten.

Auch eine wachsende *Bürokratisierung und strengere Vorschriften* werden als große Probleme für die Ehrenamtsorganisationen genannt. Die Befragten beklagen die Bürokratisierung vor allem in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Dazu kommen Unklarheiten bei den Zuständigkeiten sowie mangelnde Entscheidungsbereitschaft oder Inflexibilität städtischer Mitarbeiter:innen.

In der *Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Festangestellten* können unterschiedliche Interessen zu Reibungen führen. Nach dem Eindruck der Befragten nehmen Festangestellte die Vorschläge von Ehrenamtlichen häufig als „on-top-Belastung“ wahr. Zudem gibt es strukturelle Unklarheiten in der Zusammenarbeit der Akteure auf Stadtteilebene. Neben den Stadtteilvereinen agieren hier die Bezirksbeiräte, in einigen Stadtteilen Quartiersmanagements und seit Kurzem zusätzlich Quartiersbetreuungen. Es gibt jedoch noch kein Konzept für die Kooperation und die Arbeits- und Kompetenzverteilung dieser Akteure.

Konflikte mit der Nachbarschaft, die häufig im Zusammenhang mit der Nutzung öffentlicher Räume entstehen, wurden in den Interviews ebenfalls als Problem genannt. Engagierte der Freiwilligen Feuerwehr Rohrbach berichteten auch von *Übergriffen*, vor allem in Silvesternächten. Andere Befragte beschrieben Anfeindungen und Übergriffe als Einzelfälle, die aber erhebliche Auswirkungen haben können, z. B. mit zu einem Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Gemeinderat beitragen. Die *politischen Auseinandersetzungen* im Stadtteil werden jedoch grundsätzlich als zivilisiert beschrieben. Auch während der Pandemie kam es nur selten zu Konflikten.

Bewertung und Ausblick

Die Befragungen bestätigten die meisten Vorannahmen der vorliegenden Arbeit. Wie in wissenschaftlichen Studien zum Ehrenamt beschrieben, fanden die meisten Befragten über ihre Familie oder über Leitungspersonen aus Vereinen ins Ehrenamt. Ihre Arbeit dort hat wichtige persönliche

Funktionen, sie bringt u. a. Freude und Bestätigung, und deshalb investieren die Befragten dafür gerne viel Zeit. Sie betonen auch die Wichtigkeit des Ehrenamts für die Gesellschaft insgesamt.

Es bestätigte sich auch, dass *Bürokratisierung und Reglementierung* große Probleme für die Ehrenamtspraxis bedeuten. Daneben sind die Gewinnung und Bindung von Aktiven und vor allem von *Menschen, die bereit sind, Leitungsfunktionen zu übernehmen*, zentrale Probleme der Vereine im Untersuchungsfeld. Interessant ist, dass Organisationen, die z. B. in der Pandemie-Zeit bereit waren, neue Wege zu gehen, in diesem Zusammenhang weniger von Problemen berichten. Für einige Vereine brachte die *Pandemie-Zeit* offenbar sogar einen kreativen Schub. Durch den Einsatz digitaler Medien und ungewöhnlicher Aktionen konnte der Kontakt innerhalb des Vereins und nach außen gehalten werden. In einer insgesamt schwierigen Situation stärkte dies das Gemeinschaftsgefühl und präsentierte den Verein nach außen als innovativ.

Die Befragten berichten im Zusammenhang mit dem Einsatz digitaler Medien auch von Problemen aufgrund mangelnder Kenntnisse von Mitgliedern oder fehlender technischer Voraussetzungen. Das betraf vor allem Organisationen mit überwiegend älterer Mitgliedschaft, bei denen ein Kontakthalten nur über das Telefon oder die Post möglich war. Digitale Medien werden auch im Ehrenamt immer wichtiger, können aber mittfristig die traditionellen nicht vollständig ersetzen.

Nach dem Ende der Pandemie kehrten viele Vereine wieder zu ihren alten, analogen Strukturen zurück. Als Grund dafür nennen die Befragten unisono die Relevanz zwischenmenschlicher Kontakte für ihre Arbeit. Möglicherweise unterschätzen vorhandene Studien zur *Digitalisierung* im Ehrenamt diesen Faktor. Qualitative Nah-Studien auf der Ebene einzelner kleinerer Vereine könnten hier u. U. Einblicke mit hoher Praxisrelevanz liefern.

Insgesamt waren die Antworten zum Fragenkomplex Digitalisierung, mit Ausnahme der vom Studierendenwohnheim Collegium Academicum, von Skepsis geprägt. Deshalb ist zu befürchten, dass der wiedereingekehrte Alltag dazu führen wird, dass in vielen Organisationen der Einsatz digitaler Medien nicht weiterverfolgt wird. Damit würden die Organisationen aber Chancen vergeben, ihre zentralen Probleme anzugehen, wie das der Gewinnung neuer Mitglieder. Digitale Medien können und sollten deshalb an vielen Stellen eingesetzt werden, denn sie eröffnen neue Informations-Kanäle und stärken durch regelmäßige Posts die Bindung an die Organisation. Sie helfen mit, Menschen zu erreichen, die nicht zu dauerhaftem Engagement bereit sind, gestatten diesen, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzubringen und tragen vielleicht auch dazu bei, dass aus *informellem Engagement* irgendwann festere Bindungen entstehen.

Die Befragten berichten nur von wenigen Konflikten, denen sie in ihrer Arbeit ausgesetzt sind. Im Gegensatz zur Vorannahme des Verfassers spielt dabei die Pandemie keine entscheidende Rolle. Sie führte zwar zu Diskussionen in den Vereinen, nicht aber zu nachhaltigen Konflikten. Viel problema-

tischer erscheinen Auseinandersetzungen z. B. mit Anwohner:innen öffentlicher Veranstaltungen oder *Anfeindungen*, denen Rettungskräfte auch im Untersuchungsfeld ausgesetzt sind.

Ein großes Problem sind *unklare Strukturen* in dem Feld, in dem die Organisationen arbeiten. Im Zusammenhang mit der Frage, ob Politik, Verwaltung und Gesellschaft das ehrenamtliche Engagement angemessen würdigen, wurden neben der Bürokratisierung sehr häufig unklare und wechselnde Zuständigkeiten in der städtischen Verwaltung beklagt sowie eine mangelnde Entscheidungsbereitschaft der Ansprechpersonen. Begrüßt wurde das Engagement von Politik und Stadtverwaltung für die Stadtteile, daas sich in der Einführung von Bezirksbeiräten, Quartiersmanagements, Quartiersbetreuungen etc. zeigt. Jedoch wurde es als problematisch empfunden, dass diese Einrichtungen mehr oder minder unkoordiniert nebeneinander agieren.

Eine Lösung dieses Problems ist den Befragten wichtiger als symbolische Würdigungen. Mit einer Einschränkung: Mehrere Befragte bezogen sich auf die Praxis anderer Gemeinden, besonders engagierten Freiwilligen Vergünstigungen, zum Beispiel beim Zugang zu Freibädern oder kulturellen Institutionen zu gewähren. Eine Ehrenamtskarte könnte eine wirkungsvolle und kostengünstige Möglichkeit sein, das Engagement von Menschen besser zu würdigen.

Trotz aller positiven Ansätze mangelt es Heidelberg vor allem an einem tragfähigen Gesamtkonzept für das Ehrenamt und die Kulturen in den Stadtteilen. Es sollte versucht werden, das Verhältnis der vorhandenen Institutionen zueinander zu klären, Verständnis für die unterschiedlichen Voraussetzungen der Agierenden zu fördern, und tragfähige Kooperationsstrukturen zu schaffen. Ein sinnvoller Ansatz könnte der Vorschlag von zwei Befragten sein, die den ehrenamtlichen Strukturen in den Stadtteilvereinen gerne eine hauptamtliche Unterstützung zur Seite gestellt sehen möchten. Die Beantwortung dieser Fragen sollte keine rein politische oder verwaltungstechnische Entscheidung sein, sondern das Ergebnis eines gemeinsam zwischen allen Beteiligten erarbeiteten Prozesses.

Lernen im und Fortbildung für das Ehrenamt

Bürgerschaftliches Engagement hat nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Aktiven positive Folgen: Das Ehrenamt ist ein wichtiger Lernort (Schenkel 2007; Buhl/Kuhn 2005; Priemer/Mohr 2018). Dabei unterscheiden sich die Lernprozesse im Ehrenamt deutlich von denen, die in organisierten Strukturen wie in der Schule anzutreffen sind. Lernen im Ehrenamt findet zumeist informell und in praktischen Kontexten, also im Ernstfall statt. Handlung und Lernprozess sind verknüpft und fallen zeitlich eng zusammen (Düx et al. 2009, S. 124–131; Blum 2021, S. 54). Lernen erfolgt durch Beobachten, Nachahmen, im Rahmen sozialer Interaktionen und im Austausch mit anderen. Die Strukturen des Lernens im Ehrenamt zeichnen sich meist durch eine gewisse Diffusi-

tät aus und die Grenzen zum Privaten sind oft fließend, genauso wie die Rollenverteilung: Jede:r kann sowohl Lernende:r als auch Lehrende:r sein, je nach Situation und Expertise.

Die Motivation zum Lernen im Ehrenamt entspringt vorwiegend einem persönlichen Interesse oder der Begeisterung für eine Sache. Die Lernenden sind intrinsisch motiviert und lernen selbstbestimmt das, was für sie relevant ist. Die Anerkennung für Lernerfolge wird selten formal zertifiziert, sondern eher durch persönliche Wertschätzung oder Erfahrungsaustausch sichtbar.

Im freiwilligen Engagement werden personale, soziale und instrumentelle Kompetenzen erworben, die dann auch für andere Leitungs- oder Management-Aufgaben wichtig sein können. Menschen, die in ihrer Jugend engagiert waren, haben einen deutlichen Vorsprung an Erfahrungen und Kompetenzen gegenüber Nicht-Engagierten (Düx et al. 2009, S. 137–147). Sie haben gelernt, in Gremien und Teams zu arbeiten, sich dort treffsicher und selbstbewusst zu artikulieren und die eigenen sowie die Interessen ihrer Gruppe zu vertreten. Sie haben zudem gelernt, Veranstaltungen zu organisieren und Leitungsaufgaben zu übernehmen – Kompetenzen, die an anderen Lernorten kaum erworben werden können.

Freiwilliges Engagement leistet damit auch wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung. Das Übernehmen von Verantwortung für sich selbst und für andere unterstützt Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und macht Selbstwirksamkeit erlebbar (Schäfer 2021). Für die Einübung demokratischer Fähigkeiten und das Erlernen der Übernahme von Verantwortung sind Ehrenamtsstrukturen daher besonders geeignet (Düx et al. 2009, S. 158).

Ergebnisse der Studie

Dass informelles Lernen meist *en passant* geschieht, mag der Grund dafür sein, dass viele Lernprozesse bei der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten gar nicht als solche wahrgenommen werden, obwohl die Aktiven wertvolle Kompetenzen erwerben. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung wird zumeist unterschätzt, wie wichtig Engagements-Organisationen als Orte lebenslangen Lernens sind. In einer Studie zum informellen Lernen im Jugendalter schreiben Düx et al.: „Manchmal wurde den Befragten erst während der Befragung bewusst, dass sie im Engagement auch etwas gelernt haben“ (Düx et al. 2009, S. 121). Ähnliche Ergebnisse erbrachten die Befragungen für die vorliegende Arbeit. Dass Lernen in den Ehrenamtsorganisationen ein nicht unwichtiger Faktor ist, wurde den meisten Befragten erst im Laufe des Interviews bewusst. Und selbst wenn, unterschätzten sie häufig die Tragweite der Lernprozesse: „So Kleinigkeiten, sage ich jetzt mal ...“.

Explizit als Mitglieder von Organisationen mit Bildungsauftrag verstanden sich die Aktiven aus der Freiwilligen Feuerwehr und des Collegium Academicum. Letzteres sowohl in seiner inneren

Organisation als auch als Anbieter z. B. eines Orientierungsjahrs für junge Menschen zwischen 17 und 23 Jahren⁶⁴.

Auf die Frage nach den Qualifikationen, die Aktive in ihre Ehrenamtsorganisationen einbringen, wurden u. a. Erfahrungen in Finanz- und Steuerfragen, digitale oder landwirtschaftliche Kompetenzen genannt. Grundvoraussetzungen für das Lernen in Ehrenamts-Zusammenhängen sind nach Ansicht der Befragten allgemeine Skills wie Neugier, der Wille, Dinge auszuprobieren, und die Bereitschaft, sich weiterzubilden und Fehler zu akzeptieren. Lernen im Ehrenamt erfolgt nach Aussage der Befragten meist auf Basis der Kenntnisse erfahrener Personen und durch direktes Ausführen von Aufgaben. Es wird als Prozess beschrieben, der die Fähigkeit voraussetzt, sich aufeinander einzustellen, Verantwortung zu übernehmen und solidarisch und diszipliniert zu handeln.

Die im Ehrenamt gemachten Erfahrungen fördern Selbstvertrauen, Organisationstalent und Koordinationsfähigkeit und tragen zu einem besseren Umgang mit anderen Menschen bei. Die Befragung bestätigte auch, dass die erworbenen Kompetenzen im persönlichen und beruflichen Kontext von Nutzen sein können, z. B. bei der Organisation von Veranstaltungen und Festen in der Familie oder im Beruf. Im Ehrenamt eingeübte soziale Kompetenzen führen zu einem besseren Umgang mit Menschen und Situationen außerhalb des Vereins. Betont wird zudem die Wichtigkeit, gelernt zu haben, vor einem Publikum zu sprechen und sich an Diskussionen zu beteiligen.

Die Befragten haben Zugang zu vielfältigen Fortbildungsangeboten in den Verbänden ihrer Ehrenamtsorganisationen und zu Weiterbildungsmöglichkeiten, die die Stadt Heidelberg speziell für Ehrenamtliche anbietet. Allerdings nutzen nur wenige diese Angebote. Als Gründe dafür werden am häufigsten Zeitmangel, fehlende Inhalte und die Qualität von Fortbildungen genannt. Diese seien nicht an den Interessen und der Lebenswelt der Ehrenamtlichen ausgerichtet.

Bewertung und Ausblick

In Bezug auf die Bedeutung freiwilligen Engagements für das lebenslange Lernen bestätigten sich die Vorannahmen. Lernen in Ehrenamtsorganisationen erfolgt überwiegend in der Praxis – angeleitet von erfahrenen Menschen, eher nebenbei und nicht im Rahmen organisierter Lernprozesse. Das im Ehrenamt Gelernte hat für die Aktiven auch im privaten Umfeld und dem Beruf Vorteile. Dabei geht es nicht nur um Kenntnisse für die Vorbereitung von Veranstaltungen und Festen, sondern auch darum, in schwierigen Situationen mit anderen Menschen besser umgehen zu können. Auch die Verbesserung der Fähigkeit, vor vielen Menschen zu sprechen, darf nicht unterschätzt werden, denn sie ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, eigene Interessen besser vertreten zu können.

64 Nähere Informationen zum Projekt »falt*r« finden sich hier: <https://faltr.de> (zuletzt aufgerufen am 20.05.2024)

Es bestätigte sich auch, dass die von der Stadt Heidelberg und der Volkshochschule angebotenen Fortbildungen für Ehrenamtler:innen den meisten Befragten zwar bekannt sind, aber nur von wenigen tatsächlich genutzt werden. Diese Fortbildungs-Abstinenz betrifft auch einen großen Teil der Angebote der Verbände, denen die Vereine angeschlossen sind. Einzig der Befragte aus dem Sportverein erklärte, die Fortbildungen der Sportverbände würden besser angenommen.

Begründet wird die Fortbildungs-Abstinenz meist mit Zeitmangel. Genannt werden aber auch fehlende Inhalte, Praxisferne und mangelnde Authentizität von Fortbildungen. Wie tragfähig diese Begründungen sind, ließ sich im Rahmen dieser Arbeit nicht feststellen. Vor allem der *Zeitmangel* dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, denn den Befragten bleibt tatsächlich neben Familie, Arbeit und Ehrenamt meist nur noch wenig 'freie' Zeit.

Die Antworten der Befragten geben aber auch Hinweise für diejenigen, die Fortbildungen veranstalten. Um Menschen aus dem Ehrenamt zu erreichen, sollten Fortbildungen

- einen bereits in der Ausschreibung erkennbaren praktischen Mehrwert für die Teilnehmenden haben,
- klar definierte, überschaubare Inhalte und Zielsetzungen haben, die sich aus der Praxis der Zielgruppe ableiten,
- einen zeitlich begrenzten Umfang haben,
- außerhalb der normalen Arbeitszeiten angeboten werden,
- verstärkt auch online oder vor Ort im Stadtteil durchgeführt werden,
- von Menschen durchgeführt werden, die die Praxis im Ehrenamt kennen.

Es wäre ein großer Gewinn, wenn sich die im Ehrenamt Tätigen auch über ihre jeweiligen Gruppen hinweg gegenseitig weiterbilden würden. Städtische Organisationen könnten hier zu einer effizienten Koordination und Vernetzung beitragen.

Das wichtigste Ergebnis der Befragungen ist allerdings, dass die meisten Ehrenamtlichen tatsächlich die Lernchancen in ihren Organisationen entweder gar nicht sehen oder unterschätzen. Auch in der Politik und der Wissenschaft werden Ehrenamtsorganisationen nicht angemessen als Lernorte wahrgenommen. Das entspricht den Erkenntnissen der ZiviZ-Studie von 2017 (Priemer/Mohr 2018, S. 11, 50 f.). Die Vereine und Initiativen sind zudem nur punktuell mit Institutionen der formellen Bildung vernetzt, und ihre Anliegen werden dort manchmal als On-Top-Belastung wahrgenommen.

Die Vereine sollten sich stärker auch als Orte lebenslangen Lernens verstehen und diese wichtige Funktion selbstbewusster nach außen tragen. Die Politik sollte dieser Stärke der Ehrenamtsorganisationen mehr Beachtung schenken – und die Wissenschaft ebenfalls. Spannend wäre es, Bildungsangebote der Vereine nicht nur zahlenmäßig zu erfassen, sondern auch in qualitativen Studien,

z. B. mit teilnehmenden Beobachtungen. Denn das lückenhafte Verständnis der Leistungen der Ehrenamtsorganisationen auf dem Feld der Bildung dürfte auch damit zu tun haben, dass in der Wissenschaft nur sehr begrenzte Einblicke in die konkrete Arbeit der Vereine und Initiativen vorliegen. Auch das Leben und Lernen im selbstverwalteten Studierenden-Wohnheim Collegium Academicum böte in dieser Hinsicht viele Themenfelder für spannende Studien.

Leben im Stadtteil: Zusammenhalt, Integration und Segregation

In vielen Studien finden sich Hinweise darauf, dass *Regionalität*, *Nachbarschaft* und *persönliche Beziehungen* den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern können. Dabei spielen Vereine eine wichtige Rolle, aber auch sozio-kulturelle Initiativen, Parteien und Interessengruppen, nachbarschaftliches Mikro-Engagement und vieles mehr. *Heimatverbundenheit* wird häufig als mögliches Gegenmittel gegen den schwindenden Zusammenhalt genannt. Mehr noch: stabile, gut funktionierende lokale Strukturen sind auch wichtig für das Wohlbefinden Einzelner.

Allerdings zeigen aktuelle Studien, dass das Umfeld, in dem Nachbarschaften und persönliche Beziehungen gelebt werden, in einem starken Wandel begriffen ist. Aufgrund der wachsenden sozio-ökonomischen Polarisierung, der Pluralisierung von Lebensstilen und der ethnischen Heterogenisierung durch die Zuwanderung steigt seit den 1980er Jahren die *soziale Segregation* in den deutschen Städten. Das hat nachhaltige Auswirkungen auf die Struktur der Städte und die soziale Zusammensetzung und das Image von Stadtteilen. Die *Krise der Stadt* (Heitmeyer et al. 2012, S. 168) steht deshalb im Mittelpunkt aktueller stadt-soziologischer Analysen. Mit dem Wachsen der sozialen Segregation in den Städten polarisieren sich u. a. auch die Zukunftsaussichten der Kinder. Denn einerseits kann es in sozial schwächeren Wohngebieten zu Stigmatisierungen kommen und zu negativen Auswirkungen auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen (Nieszery 2014, S. 151 f.). Andererseits profitieren Kinder in den Wohnvierteln der Reichen zusätzlich von ihren besseren Ausgangsbedingungen.

Neben messbaren Faktoren beschreiben kriminologische Studien auch subjektive Komponenten, die das Wohlbefinden von Menschen und das Image von Quartieren beeinflussen. So steigt die Furcht vor Kriminalität (Groß 2021, S. 240), obwohl die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik bundesweit seit Jahren sinkt (Rau/Kromberg 2021, S. 15 f.). Individuelle Wahrnehmungsprozesse scheinen für die Kriminalitätsfurcht relevanter zu sein als messbare Problemlagen. Eine wichtige Bedeutung hat dabei eine *erkennbare* ethnische Diversität (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017, S. 184-187).

Ergebnisse der Studie

Das Untersuchungsfeld Heidelberg-Rohrbach integriert dörfliche und urbane Lebensweisen, Traditionen bestehen fort, parallel dazu entstehen neue soziale, kulturelle und ökonomische Strukturen. In dieser Umgebung sind subjektive Erfahrungen und individuelle Routinen wichtiger als administrative Grenzen. Für manche Befragte umfasst der Stadtteil die historischen Grenzen des ehemaligen Dorfes und beinhaltet nach wie vor auch die beiden Bergstadtteile, Boxberg und Emmertsgrund. Für andere beschränkt sich Rohrbach subjektiv auf einen engen Bereich, zum Beispiel zwischen den beiden Studierenden-Wohnheimen und den zentralen Einkaufsgelegenheiten. Der geographische Bereich, den die Befragten der vorliegenden Studie als Rohrbach definieren, weist also in der Tat in hohem Maße unscharfe, „fuzzy“ Grenzen auf (Schnur 2014a, S. 43–45).

Der Stadtteil Rohrbach hat für fast alle Befragten eine hohe soziale und emotionale Bedeutung. Viele betonen, sich als *Rohrbacher*⁶⁵ zu fühlen. Auf die Bitte, den Stadtteil möglichst mit einem Wort zu beschreiben, antworten sie mit positiven Begriffen: Sie finden den Stadtteil bodenständig und intellektuell, abwechslungsreich und vielfältig, fühlen sich zuhause und geborgen. Mehrfach fällt der Begriff *Heimat*, den manche Befragte nicht nur auf den Stadtteil beziehen, sondern auf Heidelberg oder die Kurpfalz. Rohrbach als *Heimat* zu sehen, ist in der Befragung kein Alleinstellungsmerkmal der im Ort Geborenen und Aufgewachsenen, auch Zugezogene empfinden das so, sogar Menschen, die hier nur ihren Arbeitsplatz haben oder hatten, sprechen von *Beheimatung*.

Ein wichtiges Quartier im Stadtteil ist der *Hasenleiser*, ein zwischen 1969 und 1978 bebautes Wohngebiet. Mehr als die Hälfte der Befragten in der vorliegenden Arbeit hat enge Bezüge zum Quartier. Im Vergleich zum Gesamt-Stadtteil bzw. der Stadt Heidelberg leben im Hasenleiser u. a. mehr Alleinerziehende und kinderreiche Familien, mehr Ältere und mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Obwohl die Kriminalitätsrate im Hasenleiser niedriger ist als in anderen Teilen der Stadt, wird das Quartier in Heidelberg-weiten Umfragen als kriminalitätsbelastet wahrgenommen.

Die Interviewten schilderten nur wenige Orte, die sie aktiv meiden, diese liegen aber fast ausnahmslos im Hasenleiser. Konkrete Vorkommnisse konnte jedoch niemand nennen. Die Befragungen bestätigten damit eine Diskrepanz zwischen der subjektiven Sicherheitswahrnehmung und der objektiven Sicherheitslage im Quartier, die durch individuelle Wahrnehmungsprozesse beeinflusst wird. Wenn an einem Ort häufig „merkwürdige Gestalten“ registriert werden, kann die Ursache auch auf Unbehagen angesichts einer höheren ethnischen Diversität zurückzuführen sein. Wie komplex die Beziehungen zwischen Sicherheitslage, subjektiver Wahrnehmung und der Identifikation mit dem Wohnort sind, zeigt sich auch darin, dass zwei Befragte berichten, dass sich ihre Meinung über den Hasenleiser positiv geändert hat, seitdem sie selbst dort wohnen.

⁶⁵ Auch einige weibliche Befragte benutzten die männliche Form.

Alle Befragten beschreiben die integrative Funktion ihrer Ehrenamtsorganisation. Sie verweisen auf die Eingliederung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, beruflicher Hintergründe und sozialer Schichtzugehörigkeiten. Das Thema Integration betrifft auch die neu Zugezogenen, für die Vereine häufig die erste Anlaufstelle sind, denn diese bieten Gelegenheiten, im neuen Wohnumfeld Kontakt zu finden, und vermitteln lokale kulturelle Hintergründe.

Den Befragten selbst gewährt die ehrenamtliche Arbeit im Stadtteil einen starken Rückhalt und Unterstützung im Alltag. Ehrenamtliche Netzwerke helfen auch in schwierigen Lebenssituationen und haben praktische Vorteile, z. B. bei der Suche von Wohnungen.

Die engen sozialen Beziehungen im Stadtteil können aber auch soziale Kontrolle bedeuten und für manche Menschen exkludierende Wirkungen haben. Zwei Befragte schildern ihre Schwierigkeiten, sich als Zugezogene in die Strukturen (Alt-)Rohrbachs zu integrieren, bis hin zum Gefühl, ausgegrenzt zu werden. Die Integration in den Stadtteil wurde u. a. durch die Mitarbeit in der sozio-kulturellen Initiative *der punker* erleichtert, da hier ähnliche Lebenssituationen und persönliche Hintergründe aufeinandertrafen. Da sich die Initiative nicht als Gegenpol zu den Organisationen der Alteingesessenen verstand, wurde ein schrittweises Aufeinander-Zugehen der unterschiedlichen Kulturen möglich.

Bewertung und Ausblick

Unter dem Punkt *Leben im Stadtteil: Zusammenhalt, Integration und Segregation* wurden in diesem Fazit zwei Themenbereiche aus dem Interviewleitfaden zusammengefasst: Einerseits die Fragen zur *subjektiven Sicht auf den Stadtteil Rohrbach* und andererseits die zum Thema *Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt*. Die Vorannahmen zu beiden Komplexen bestätigten sich in den Interviews weitgehend. Der geographische Bereich, den die Befragten mit Rohrbach identifizieren, unterscheidet sich stark von den administrativen Stadtteilgrenzen, in der Summe ist er ein durch die jeweiligen Lebenswelten definierter unscharfer Bereich. Für fast alle Befragten spielt `ihr` Rohrbach eine wichtige Rolle für ihr Wohlbefinden und sie können bei Unterstützungsbedarf auf Hilfe von Menschen aus ihrem Umfeld zurückgreifen. Die Identifikation mit dem Stadtteil und die *Heimatverbundenheit* wurde in den Umfragen häufig angesprochen und erscheint nicht nur Alteingesessenen, sondern auch Zugezogenen als wichtige Stütze für den Zusammenhalt.

Bei der Einordnung der Aussagen der Befragten zum Thema Integration muss beachtet werden, dass hier am ehesten die Gefahr eines *Over Reportings* besteht, denn positive Antworten dürften als gesellschaftlich erwünscht angenommen werden, was ihre Tragfähigkeit begrenzt.

In dieser Arbeit wird Integration in einem weiten Sinn verstanden und umfasst auch die Eingliederung von neu in den Stadtteil Zugezogenen und von Menschen aus unterschiedlichen beruflichen und sozialen Kontexten in die Ehrenamtsorganisationen. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen empirischer Studien wurden in der Befragung u. a. die Leistungen von Sportvereinen bei der Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund betont. Die Interviewten bestätigten auch, dass in ihren Vereinen Menschen zusammenkommen, die ansonsten wenig Kontakt zueinander hätten.

Neuzugezogene unter den Befragten berichteten aber auch von Schwierigkeiten, im Stadtteil anzukommen, und dass sie sich die Zugehörigkeit erarbeiten mussten. Die exkludierenden Momente im sozialen Zusammenleben des Stadtteils waren in den Vorannahmen dieser Arbeit unterschätzt worden, ebenso wie die integrative Wirkung der sozio-kulturellen Initiative im Stadtteil, die für viele Neubürger:innen eine wichtige Funktion hatte.

Der Blick auf die Integrationsaufgaben im Rahmen der weltweiten Migrationsbewegungen ver- stellt manchmal den auf eine zweite Integrationsherausforderung für Quartiere, die entsteht, wenn Menschen aus anderen sozialen, beruflichen oder kulturellen Kontexten in mehr oder minder feste, bestehende Strukturen eines Quartiers ziehen. Anne Vogelpohl (2012) beschreibt dies am Beispiel des Zuzugs von Menschen in das Hamburger Schanzenviertel.⁶⁶ Aufgrund ihrer anderen familiären und beruflichen Situation gestalteten diese ihr Leben anders als die bereits seit längerer Zeit im Quartier lebende Bevölkerung. Die Neubürger:innen nahmen Plätze im Stadtteil auf andere Art im Besitz, hatten andere Tagesrhythmen, andere gastronomische Vorlieben etc. Zudem führte der Zuzug zu einer Steigerung der Wohnungspreise und der Mieten und zu Verdrängungseffekten.

Die Situation in einem Quartier einer norddeutschen Millionenstadt hat wenig mit der eines dörflich geprägten Stadtteils einer süddeutschen Universitätsstadt zu tun. Doch Konflikte, wie sie Vogelpohl aufzeigte, lassen sich in Heidelberg-Rohrbach ebenfalls beobachten. Die Neubürger:innen kaufen und renovieren Häuser, bringen `ihre` Gastronomie mit und verändern das Quartier sichtbar. Kristina Seidelsohn beschreibt einen kulturellen Konflikt zwischen einem Alteingesessenen – einem arabisch-stämmigen Einzelhändler – und Neubürger:innen in Berlin-Neukölln: den Fahnenstreit. Während der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 hatte der Einzelhändler eine „überdimensionierte“ Deutschland-Fahne an sein Haus gehängt. Dies missfiel neu ins Quartier gezogenen Deutschen, die darin ein nationalistisches Symbol sahen. In der Folge wurde die Fahne mehrfach unerlaubt von der Wand entfernt (Seidelsohn 2018, S. 518).

⁶⁶ Siehe: > *Integration und Segregation* > *Segregationsprozesse* > *Segregation durch Vielfalt*

Einen ähnlichen Konflikt gab es vor einigen Jahren im Heidelberger Stadtteil Rohrbach. In der Kurpfalz findet sich die Tradition, zum Ende der „höchsten Feiertage“, der jährlichen Kerwe/Kirchweih, Stroh puppen zu verbrennen. Zumeist handelt es sich dabei um eine Puppe mit weiblichen Attributen, eine sogenannte *Schlumpel*. Es gibt aber auch Bräuche, bei denen ein *Strohmann Zachäus*⁶⁷ im Mittelpunkt steht. Zum Ende der Kerwe wird die Stroh puppe verbrannt, als Sündenbock für alles, was bei dem Fest nicht `ordentlich´ gelaufen ist.

In Heidelberg-Rohrbach hatte jahrelang die Freiwillige Feuerwehr diesen Brauch mit einer immer gleichen Inszenierung durchgeführt. Als deren Aktive nicht mehr zur Verfügung standen, kam es mit jungen Akteuren zu einer Neuinszenierung, die von vielen Zuschauer:innen als düster empfunden wurde und zu heftiger Kritik führte. Der für die Veranstaltung verantwortliche Vorstand des Stadtteilvereins, dessen Vorsitzender der Verfasser zu dieser Zeit war, beschloss deshalb einstimmig, im folgenden Jahr auf die Verbrennung zu verzichten. Die Folge waren heftige Diskussionen und ein Sturm der Entrüstung in den sozialen Medien und der lokalen Presse. In den überwiegend negativen Reaktionen spielte der kulturelle Aspekt eine zentrale Rolle:

*... indem man die einzig noch verbliebene Symbolik durch historische Assoziationen abschafft*⁶⁸.

*Die „Kerweschlumpel“ durfte nicht verbrannt werden. Es könnten „Neue Mitbürger“ ein traumatisches Erlebnis erleiden ... Dann ist auch diese Tradition beendet!*⁶⁹.

In der Folge der Auseinandersetzungen wurde im Stadtteilverein und zwischen den örtlichen Vereinen die kulturelle Dimension der Auseinandersetzung thematisiert und schließlich die *Schlumpel*-Verbrennung mit einer weniger gegenständlichen Inszenierung wieder eingeführt.

Das Beispiel zeigt, dass kulturelle Konflikte keinesfalls nur zwischen autochthonen Deutschen und Menschen mit Migrationsgeschichte entstehen können, sondern auch innerhalb einer Gruppe, wenn unterschiedliche kulturelle oder politische Werthaltungen, Lebenskonzepte oder Zeitstrukturen aufeinandertreffen. Die möglichen Folgen dieser Entwicklungen für den Zusammenhalt im Quartier können gravierend sein. In Anbetracht bestehender Konflikte in der Gesellschaft, vor allem angesichts der Versuche rechter Gruppierungen, ökonomische und soziale Konflikte in kulturelle umzudefinieren, käme eingehenderen Untersuchungen dieses Themas große Bedeutung zu.

67 Den Ursprung dieser Tradition bildet möglicherweise die Geschichte der Begegnung von Jesus und Zachäus (Lukas 19,1–10) (Rupp 2014, S. 3).

68 Rhein-Neckar-Zeitung, 09.09.2016, Leserbrief 2.

69 `Tiger Stone´ auf Facebook, 06.09.2016.

Die integrativen und exkludierenden Prozesse in den Stadtteilkulturen sind ein Feld, das sich für viele weiterführende Arbeiten anbietet. Um zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen, sollten weiterführende Studien mit einem engeren inhaltlichen Fokus und zugleich einem breiteren Sample angelegt werden. Dabei könnten folgende Fragestellungen im Zentrum stehen:

- Welche integrativen und exkludierenden Momente im Stadtteil stellen Neuzugezogene fest? Wie gehen sie damit um?
- Welche Konflikte entstehen nach Meinung von Alteingesessenen durch den Zuzug von Menschen aus anderen kulturellen Zusammenhängen?
- In welchem Umfang und in welcher Qualität erfolgt in Vereinen die Kommunikation und Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher beruflicher und sozialer Hintergründe? Bleibt sie auf Vereinszusammenhänge beschränkt oder entstehen auch Freundschaften?
- Welche Bedeutung haben soziokulturelle Initiativen für das Ankommen von Neubürger:innen im Stadtteil?
- Wie sehen Alteingesessene die Initiativen von Neubürger:innen?
Und wie sehen Neubürger:innen das (Vereins-)Leben der Alteingesessenen?
- Wie gestaltet sich die Kooperation von alteingesessenen Vereinen und neuen sozio-kulturellen Initiativen?
- Wie steht es um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Führungsebene von Ehrenamtsorganisationen?

Partizipation und politische Bildung

Neben einem Fokus auf das Lokale wird häufig eine stärkere kommunale Bürgerschaftsbeteiligung als Mittel gegen Politikverdrossenheit und zur Stärkung des Zusammenhalts propagiert. Dabei bieten *informelle Prozesse*, die überwiegend auf lokaler Ebene stattfinden, besondere Möglichkeiten, breite Bevölkerungsgruppen zu erreichen. In Wissenschaft und Politik spielen *deliberative Verfahren* eine wichtige Rolle, in denen in möglichst herrschaftsfreien Diskursen Ergebnisse erarbeitet werden sollen, die mehr sind als Kompromisse, sondern im Idealfall auch eine Änderung von Einstellungen bewirken.

In der Praxis reproduzieren die Beteiligungsverfahren allerdings häufig gesellschaftliche Ungleichheiten, deliberative noch stärker als 'konventionelle'. Auch in aufwändig begleiteten Verfahren dominieren meist ältere, gut gebildete Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Abläufe von Partizipationsveranstaltungen und eine schwer verständliche Verwaltungssprache können Menschen, die bereits marginalisiert sind, ein weiteres Mal benachteiligen (Paust 2016, S. 26).

In Partizipationsverfahren mangelt es häufig an realistischen Informationen über die Umsetzungsmöglichkeiten der Ergebnisse. Das kann unrealistische Erwartungen wecken und zu Enttäuschungen

und Frustrationen führen. Auch die Tatsache, dass viele Prozesse ohne klares Ende auslaufen und abseits der Öffentlichkeit weiterentwickelt werden, kann dazu führen, dass Bürgerschaftsbeteiligungen als Alibi-Veranstaltungen verstanden werden, die nur dazu dienen, bereits feststehende politische und planerische Ziele durchzusetzen und mögliche Widerstände zu kanalisieren.

Ergebnisse der Studie

Alle Befragten im Rahmen der vorliegenden Arbeit sehen sich als politisch interessierte Menschen und nehmen u. a. regelmäßig an Wahlen teil. Sie bringen sich im Interesse ihrer Organisation auch in politische Prozesse ein, üben aber ansonsten politische Zurückhaltung und streben zumeist keine politischen Ämter an. Zwei Befragte fanden allerdings über ihre ehrenamtliche Arbeit den Weg in den Heidelberger Gemeinderat.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung in Heidelberg wird in den Interviews insgesamt positiv bewertet und der hohe Einsatz der Stadt Heidelberg in diesem Bereich anerkannt. Viele Befragte nahmen bereits an solchen Verfahren teil. Allerdings zeigte sich auch hier, dass es nicht immer klar ist, welche Veranstaltungen unter den Begriff der Bürgerschaftsbeteiligung zu subsumieren sind. Wie in der Evaluation zur Bürgerschaftsbeteiligung, wird auch in den Antworten der Interviewten das Bürgerbegehren zum Betriebshof als Bürgerschaftsbeteiligung verstanden. Deshalb war in den Befragungen darauf geachtet worden, bei der Beurteilung der Partizipationsverfahren die korrekten Veranstaltungen im Blick zu behalten.

Manche Befragte erlebten die Veranstaltungen weniger als Beteiligungs-, denn als Informations-Gelegenheit und hielten das auch für legitim. Die meisten kritisierten diese Praxis jedoch. Sie fürchteten, die Prozesse dienten nur dazu, den Anschein von Beteiligung zu erwecken, ohne tatsächlich die Beiträge der Bürger:innen zu berücksichtigen. Besonders unangenehm empfunden wurde die Aussage, die in den Veranstaltungen häufig zu hören war und noch ist: Die Anregungen der Bevölkerung würden „mitgenommen“. Dies interpretierten Befragte als Ignorieren ihrer Anliegen, was nach ihrer Meinung die Ziele der Beteiligung konterkariert und zur Politikverdrossenheit beiträgt.

Die Befragten äußerten den Eindruck, dass in den Partizipations-Prozessen ehrenamtlich oder politisch aktive Einzelpersonen, Gemeinderatsmitglieder und Interessensgruppen dominieren. Sie glauben, Menschen mit geringerer Durchsetzungskraft hätten kaum Chancen, sich angemessen zu beteiligen, denn organisierte Gruppen wären präsenter und lauter, agierten strategischer und setzten sich deshalb meist durch.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt der befragten Personen ist die mangelnde Transparenz und Rückkopplung des Umgangs mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligungsverfahren. Sie monierten,

dass finanzielle oder rechtliche Grenzen für eine Umsetzung nicht angemessen dargelegt wurden, was zu falschen oder überzogenen Erwartungen führe. Die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen sollten besser an die Beteiligten rückgekoppelt werden – möglichst an der Stelle, an der die Beteiligungsverfahren stattgefunden haben.

Bewertung und Ausblick

Die Befragung zur vorliegenden Arbeit hat bestätigt, was implizit in den Evaluationen zur Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg festgestellt wurde: Die Beteiligungsverfahren erreichen nur einen Ausschnitt der Bevölkerung. Menschen, die an sich schon benachteiligt sind, sind auch in den Verfahren kaum zu finden. Und wenn doch, scheitern sie häufig daran, dass organisierte Gruppen und rhetorisch besser geschulte Einzelpersonen dominieren. Zugleich entstand bei einigen Befragten der Eindruck, dass die Moderator:innen der Prozesse mit zu der Ungleichheit der Beteiligungschancen beitragen, indem sie eloquentere Redner:innen bevorzugen. Entsteht aber die Empfindung, nicht beachtet oder nicht gehört zu werden, schadet das den Zielen der Beteiligungsprozesse fundamental: Aus einer Mitwirkung an Entscheidungsprozessen wird in der Wahrnehmung der Betroffenen der Besuch einer Alibi-Veranstaltung. Viele Befragte beklagten zudem fehlende Rückmeldungen zum Umsetzen der Ergebnisse von Beteiligungsverfahren.

Die in der aktuellen dritten Evaluation der Bürgerschaftsbeteiligung in Heidelberg festgehaltenen Kritikpunkte finden sich also im Wesentlichen auch in den Antworten der Befragten für diese Arbeit wieder. Heidelberg mag als Mekka der Bürgerschaftsbeteiligung gelten, ein Nachjustieren der Verfahren erscheint nichtsdestotrotz dringend notwendig. Wenn alle bisherigen Evaluationen monieren, dass von der Beteiligung an den Verfahren große Teile der Bevölkerung objektiv ausgeschlossen sind, dann sollten Maßnahmen gegen diese Schieflage oberste Priorität erhalten und nicht unter dem Stichwort „OPTIONALE MASSNAHMEN“⁷⁰ und im Konjunktiv behandelt werden (Berlin Institut für Partizipation (bipar) 2023, S. 17).

Können Forderungen aus Verfahren nicht umgesetzt werden, sollte dies begründet und die Bevölkerung informiert werden. Wichtig ist dabei der Ort, an dem das stattfindet: Die Information sollte dort erfolgen, wo die Verfahren stattgefunden hatten.

Nicht zuletzt sollten künftige Evaluationen beachten, dass die Befragten manchmal Veranstaltungen zur Bürgerschaftsbeteiligung zählen, die von der Wissenschaft nicht darunter subsumiert werden. Um valide Ergebnisse der Studie zu gewährleisten, sollte man sich dieser Gefahr bei der Formulierung der Fragen bewusst sein.

⁷⁰ Großschreibung im Original.

Die Stadtteilkulturen

Die UNESCO (1982, S. 1) definiert Kultur als Summe geistiger, materieller, intellektueller und emotionaler Aspekte, die eine Gesellschaft oder Gruppe kennzeichnen, einschließlich Kunst, Literatur, Wertsystemen und Lebensformen. Dieser breite Kulturbegriff erkennt auch das kulturelle und künstlerische Tun auf lokaler Ebene an, die Breitenkultur.

Betrachtet man das konkrete Lebensumfeld von Menschen, dann findet man in den Quartieren und Stadtteilen eine große Zahl kultureller Aktivitäten, die von vielen, überwiegend ehrenamtlichen Organisationen getragen werden. Die *Stadtteilkulturen* gestalten das Lebensumfeld der Menschen in hohem Maße mit. Sie fördern die Lebensqualität, überwinden Grenzen und ermöglichen Begegnungen.

Die Befragungen im Rahmen der vorliegenden Arbeit hatten zum Ziel, die Sicht von engagierten Menschen auf die Kulturen ihres Stadtteils zu ermitteln. Das urbane Umfeld bildeten die Stadt Heidelberg und ihr Stadtteil Rohrbach. Die Stadt selbst hat aufgrund einer hohen Dichte wissenschaftsorientierter Einrichtungen und Unternehmen eine spezifische Bevölkerungszusammensetzung: Heidelberg ist eine sehr junge Stadt und der durchschnittliche Bildungsstand der Heidelberger:innen ist hoch, auch der vieler Menschen mit Migrationsgeschichte. Die Hälfte der Befragten einer Heidelberg-weiten Studie engagieren sich bürgerschaftlich, überwiegend in Vereinen. Daneben gibt es ein breites Feld selbstorganisierter Gruppen und Initiativen. Den Rahmen für die Interviews dieser Arbeit bildet der Stadtteil Rohrbach, besondere Bedeutung hat zudem das Quartier Hasenleiser, u. a. weil hier Ende 2015 ein Quartiersmanagement eingerichtet wurde.

Ergebnisse der Studie

Die Mehrheit der Befragten vertrat einen weit gefassten Kulturbegriff, der Kultur als aktives und kommunikatives Geschehen und als Ausdruck des Menschseins in der Gemeinschaft sieht und nicht auf die Hochkultur beschränkt sein soll. Die Äußerungen zum Thema Kultur bezogen sich überwiegend auf Aktivitäten im Stadtteil. Viele Befragte betonen die Bedeutung lokaler Eigenheiten und Veranstaltungen, wie z. B. der Martins- oder der Sommertagszüge. Sie beschrieben *Traditionen und Brauchtum* als wichtigste Teile dieser lokalen Kultur und öffentliche Räume und Feste als bedeutendste Orte für kulturellen Austausch. Besonders Stadtteilstefte werden als niederschwellig und integrativ hervorgehoben, ein *Multi-Kulti ohne Kleiderordnung*. Die meisten Befragten möchten, dass die kulturelle Identität des Stadtteils auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt, fürchten jedoch, dass viele Menschen professionelle konsumtive Kulturangebote bevorzugen und lokalen Veranstaltungen den Kulturstatus absprechen.

Die meisten Interviewten beklagen, die kommunale Kulturförderung konzentriere sich zu sehr auf die Innenstadt und vernachlässige die Kulturen und Traditionen in den Stadtteilen. Sie forderten eine geänderte Prioritätensetzung hin zu Stadtteil-kulturellen Projekten und Konzepte für die Breitenkultur.

Bewertung und Ausblick

Was in den Vorannahmen nicht erwartet worden war, in den Interviews aber sehr deutlich hervortrat, ist der enge Zusammenhang, den die meisten Befragten zwischen Kultur und Traditionen und Brauchtum sehen. Für einige im Stadtteil Aufgewachsene sind diese sogar identisch. Damit kommt dem Erhalt von Traditionen und Bräuchen eine wichtige Funktion für die Identität des Stadtteils zu, aber auch für das kulturelle Selbstverständnis der Befragten.

Was in Bezug auf das Zusammenleben im Quartier gesagt wurde, gilt in ähnlichem Maße auch für die Stadtteilkulturen: Durch den Zuzug von Menschen aus anderen kulturellen Zusammenhängen kommt es im Stadtteil auch zu kulturellen Brüchen und Konflikten. Rohrbach ist davon in doppelter Hinsicht betroffen. Im Quartier *Hasenleiser* leben z. B. sehr viele Menschen mit Migrationsgeschichten und Menschen ohne deutschen Pass, vor allem aus Nicht-EU-Ländern wie der Türkei, aus Serbien, dem Kosovo und der Russischen Föderation (Weeber + Partner 2014, S. 16 f.). Im Stadtteil insgesamt und vor allem in Alt-Rohrbach und im *Quartier am Turm* sind viele Neuhinzugezogene eher typische Mittelschichtsangehörige, die sich kulturell überwiegend an den Angeboten der Gesamtstadt, an denen des Theaters oder der diversen Festivals orientieren. Zugespielt formuliert treffen im Stadtteil also konservative *Verteidiger:innen* einer an Traditionen orientierten Breitenkultur auf *Entdecker:innen* hochkultureller Angebote (Back et al. 2021). Es verwundert deshalb nicht, dass es im kulturellen Kontext in der autochthonen Bevölkerung zu Verdrängungsängsten und Abwehrreaktionen kommt. Diese spiegeln sich auch in den Interviews wider, wenn z. B. ein Befragter befürchtet, ein Drittel der Bevölkerung setze ehrenamtliche Arbeit mit *Vereinsmeierei* gleich und Stadtteilstefte mit *Saufgelagen* (Aufnahme Peters, Pos. 89, 261).

Perspektiven

Die meisten Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sind sich einig: Das aktuell größte Problem für die westlichen Demokratien ist der Verlust des Vertrauens in die Politik und die gesellschaftlichen Institutionen. Auf der kommunalen Ebene ist die Situation noch positiver, dort findet sich noch ein vergleichsweise hohes Vertrauen, und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist noch relativ stark. Das zeigen die meisten wissenschaftlichen Studien, und die Befragungen zur vorliegenden Arbeit stützen diese Aussage.

Aber die lokalen Stärken sind nicht selbstverständlich. In den Stadtteilen und Quartieren finden sich auch Tendenzen zu Segregation und Exklusion, gibt es soziale und kulturelle Konflikte. Auch wenn Verdrängungsängste und Abwehrreaktionen in einem gewissen Umfang unumgänglich sein dürften, so ist es doch wichtig, zu verhindern, dass diese sich verfestigen. Wird aus den Ängsten ein Gefühl des Abgehängt-Seins, besteht die Gefahr einer Abschottung gegen die als bedrohlich empfundene Gruppe. Verbinden sich kulturelle und soziale Verlustängste, kann das den Zusammenhalt gefährden. Deshalb sind Bestrebungen wichtig, die zu einem wechselseitigen Verständnis und zur Akzeptanz der unterschiedlichen Kulturen beitragen. Dabei geht es nicht darum, eigene kulturelle Präferenzen über den Haufen zu werfen, sondern darum, die Kulturen anderer Menschen als solche wahrzunehmen und wertzuschätzen. Gelingt dies nicht und schotten sich unterschiedliche kulturelle Ausprägungen gegeneinander ab, dann verlieren Stadtteilkulturen ihren integrativen und stärkenden Charakter.

Um dies zu verhindern, sollte die Förderung der Stadtteilstrukturen und der jeweiligen lokalen Identität, zum kommunalen Schwerpunkt erklärt werden. Die Quartiersmanagements können dabei eine wichtige Rolle spielen, allerdings sollten sie von unrealistischen Zielen und ihrer Orientierung auf 'benachteiligte Quartiere' befreit und zu echten Quartiersentwicklungen an der Seite der lokalen Ehrenamtsorganisationen weiterentwickelt werden.

Bezogen auf die Stadt Heidelberg hieße das zum einen, den Wirrwarr der Institutionen zu beenden und neue, klare Aufgaben- und Kooperationsstrukturen zu erarbeiten. Dies sollte in einem kooperativen Prozess zwischen Stadtverwaltung, Quartiersmanagement, Stadtteilentwicklung, Schulen, Kirchen und den Akteuren der ehrenamtlichen Stadtteilkulturen geschehen.

Außerdem sollten die Stadtteilkulturen planmäßig und dauerhaft kommunal unterstützt werden:

- Bestehende Stadtteil-kulturelle Einrichtungen sollten stabilisiert und ihre Qualität verbessert werden. Dazu benötigen sie eine angemessene Ausstattung.
- Ehrenamtliche sollten bei organisatorischen Aufgaben (Raumvergabe, Gebäudemanagement, Versammlungsstättenverordnung, Bürokratie) entlastet werden, um mehr Freiräume für Programm- und Konzeptarbeit zu erhalten.

- Ebenso sollten Stadtteilzentren bei der Veranstaltungstechnik, der Einrichtung der Bühne etc. durch Fachkräfte kommunal unterstützt werden.
- Die Koordination und Vernetzung im Stadtteil und zwischen den Quartieren sollten gestärkt werden, z. B. durch Unterstützung von Arbeitstreffen, durch Fortbildungen und Öffentlichkeitsarbeit etc..
- In bislang weniger gut ausgestatteten Stadtteilen sollten in Kooperation zwischen Stadtteilvereinen und Quartiersmanagements grundlegende Strukturen aufgebaut werden.
- Die verschiedenen vom Ehrenamt getragenen Organisationen sollten bei der Vernetzung untereinander, beim Austausch von Ideen und Interessen, von der Stadt noch stärker unterstützt werden.

Die dritte wichtige Säule zur Stärkung des Zusammenhalts auf kommunaler Ebene ist die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung. Hier liegt entgegen allem Anschein in Heidelberg manches im Argen. Wichtigstes Ziel müsste sein, mehr Diversität zu erreichen. Hier ist es nach allem, was diese und andere Studien belegen, nicht zielführend, deliberative Verfahren auszubauen. Stattdessen sollte es mehr Verfahren mit niedrigeren Schwellen geben, z. B. Abstimmungen zu Themen, die als Anregung oder Willensbekundung angekündigt werden, wobei klar kommuniziert wird, dass letztlich der Gemeinderat entscheiden muss. Grundsätzlich müssen die Grenzen der Einflussmöglichkeiten in Partizipationsverfahren viel stärker als bisher von Beginn an klargemacht werden. Und auch die Rückspiegelung der Umsetzung der Ergebnisse von Verfahren in die Bevölkerung müsste deutlich verbessert werden. Die Perspektive muss sich ändern: Es geht nicht darum, den Bürger:innen in kurzen Momenten gönnerhaft einen Einblick zu geben und auch mal zuzuhören, was man denn „draußen“ so von dem Ganzen hält, sondern darum, die Bürger:innen als Mitwirkende auf Augenhöhe in den Prozess mitzunehmen. Falls dies nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist, muss dies von vornherein so kommuniziert werden.

- Adorno, Theodor W. (1980): Studien zum autoritären Charakter. 3. Aufl., 23.-26. Tsd. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2022): Jugend 2019. 18. Shell Jugendstudie (Zusammenfassung). https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call_to_action/links/item0.stream/1642665739154/4a002dff-58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf (zuletzt aufgerufen am 21.08.2022). Hamburg.
- Alcántara, Sophia et al. (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. Umweltbundesamt.
- Alisch, Monika (2018): Sozialräumliche Segregation: Ursachen und Folgen. In: Huster/Boeckh/Mogge-Grotjahn 2018. Wiesbaden. S. 503–522.
- Allmendinger, Jutta/Müller-Wirth, Ph. D., Moritz/Smid, Menno (Hg.) (2019): Das Vermächtnis. Wie wir leben wollen und was wir dafür tun müssen. Ergebnisse 2019. DIE ZEIT, Infas & WZB. (2019). https://live0.zeit.de/infografik/2019/Vermaechtnis-Studie_Broschuere_2019.pdf (letzter Zugriff 28.01.2022).
- Andresen, Sabine/Dietz, Tatjana/Çinar, Dilan (2022): Bedarfe im Alltag von Familien mit drei und mehr Kindern Mehrkindfamilien gerecht werden. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2022128> (letzter Zugriff 22.11.2022).
- Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus (2017): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Radar_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt.pdf (letzter Zugriff 26.01.2022).
- Arbeitskreis Bürgerbeteiligung (2023): 3. Evaluation Bürgerbeteiligung 2022, Teil III. Handlungsempfehlungen des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung für die weitere Umsetzung der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung. Heidelberg.
- Arendt, Hannah (2011): Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft (Original: 1955). Frankfurt/Main.
- Arriagada, Céline/Tesch-Römer, Clemens (2021): Politische Partizipation. In Simonson et al. (2021). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. S. 230–251.
- Assmann, Dirk (2023): Stadt, Land, ... Spaltung? Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. <https://www.freiheit.org/de/deutschland/stadt-land-spaltung> (letzter Zugriff 20.02.2024).
- Ayata, Bilgin (2020): »Deheimatize It!« In: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) 2020. S. 39–44.
- Aydemir, Fatma: Arbeit, Seite 27–37 In: Aydemir/Yaghoobifarah 2020. S. 27–37.
- Aydemir, Fatma/Yaghoobifarah, Hengameh (Hg.) (2020): Eure Heimat ist unser Albtraum. Berlin: Ullstein.
- Baarck, Julia/Dolls, Mathias/Unzicker, Kai/Windsteiger, Lisa (2022): Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Bachmann, Ronald/Hertweck, Friederike/Kamb, Rebecca/Lehnert, Judith/Niederstadt, Malte/Rulff, Christian (2021): Digitale Kompetenzen in Deutschland - eine Bestandsaufnahme. Essen, Germany: RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
- Back, Mitja/Echterhoff, Gerald (2021): Der Identitätskonflikt als Ausdruck von Bedrohung: Wer fühlt sich von wem bedroht? In: Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Schlipphak, Bernd/Müller, Olaf/Pollack, Detlef (Hg.): Working Report „Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung“. S. 30–39.

- Back, Mitja/Echterhoff, Gerald/Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Schlipphak, Bernd (2021): Working Report „Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung“.
- Backhaus-Maul, Holger/Speck, Karsten/Hörnlein, Miriam/Krohn, Maud (2015): Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege: Empirische Befunde aus der Terra incognita eines Spitzenverbandes. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Baier, Dirk/Manzoni, Patrik (2020): Verschwörungsmentalität und Extremismus – Befunde aus Befragungsstudien in der Schweiz. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 103 (2), S. 83–96. <https://doi.org/10.1515/mks-2020-2044>.
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel Maurice (2019): Rasse, Klasse, Nation: ambivalente Identitäten (= Argument classics). Siebte Auflage, Neuausgabe mit leicht geändertem Satzbild. Hamburg: Argument Verlag.
- Barutzki, Berit/Kribbel, Hanna/Magin, Anna/Henning, Silvia/Thewes, Christoph (2023): Zwischen Appstore und Vereinsregister. Ländliches Ehrenamt auf dem Weg ins digitale Zeitalter. Forschungsprojekt von neuland21 e.V. und Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner (IRS). S. 56. <https://neuland21.de/wp-content/uploads/2023/03/20230306-laendliches-ehrenamt-layout-interaktiv-1.pdf> (letzter Zugriff 12.10.2023).
- Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hg.) (2017): Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam.
- Beck, Ulrich (Hg.) (1998): Perspektiven der Weltgesellschaft. Erste Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beer, David Löw (2022): Bürgerräte. IASS FACT SHEET 1/2022, Potsdam. https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6002277_4/component/file_6002283/content (letzter Zugriff 07.09.2022).
- Behre, Julia/Hölig, Sascha/Möller, Judith (2023): Reuters Institute Digital News Report 2023: Ergebnisse für Deutschland. In: Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, <https://doi.org/10.21241/SSOAR.86851>.
- Beitzinger, Franz/Leest, Uwe/Schneider, Christoph (2020): Cyberlife III. Spannungsfeld zwischen Faszination und Gefahr. Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern. Dritte empirische Bestandsaufnahme bei Eltern, Lehrkräften und Schüler/-innen in Deutschland. Bündnis gegen Cybermobbing e.V. Karlsruhe.
- Belschner, Wilfried/Grubitzsch, Siegfried/Leszczynski, Christian/Stefan, Müller-Doohrni (Hg.) (1995): Wem gehört die Heimat? Beiträge der politischen Psychologie zu einem umstrittenen Phänomen. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Berlin Institut für Partizipation (bipar), bipar (Hg.) (2021a): Das verlorene Jahr? Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bürgerbeteiligung in Deutschland.
- Berlin Institut für Partizipation (bipar) (Hg.) (2021b): Bürgerbudgets in Deutschland.
- Berlin Institut für Partizipation (bipar) (2023): 3. Evaluation Bürgerbeteiligung 2022, Teil II. Evaluation der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg. Bestandsanalyse der Bürgerbeteiligung in Heidelberg 2022. Berlin, Heidelberg.
- Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. (Hg.) (2019a): Rahmengeschäftsordnung für Quartiersräte in Gebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt Berlin. https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Aenderungen_2021/RGO_2019_Stand_07.01.19.pdf. Zuletzt aufgerufen am 20.05.2022.
- Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. (2019b): 20 Jahre Berliner Quartiersmanagement. Bilanz und Perspektiven für die Soziale Stadt. Berlin.
- Bernhard, Lukas/Schulz, Leonie/Berger, Cathleen/Unzicker, Kai (2024): Verunsicherte Öffentlichkeit. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/verunsicherte-oeffentlichkeit> (letzter Zugriff 29.02.2024).

- Bernhard, Michèle/Zimmermann, Frank (2016): Heidelberger Modell der mitgestaltenden Bürgerbeteiligung. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_bernhard_zimmermann_161019.pdf (letzter Zugriff 07.09.2022).
- Best, Volker/Decker, Frank/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten: wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Beyer, Heiko (2015): Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67 (3), S. 573–589. <https://doi.org/10.1007/s11577-015-0332-7>.
- Birkel, Christoph/Church, Daniel/Erdmann, Anke/Hager, Alisa/Leitgöb-Guzy, Nathalie (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland - SKiD 2020: bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Stand: August 2022, Version V 1.0. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Blaich, Anna/Grädler, Felix/Mohr, Henning/Seibold, Hannes (Hg.) (2023): Kultur:Wandel - Impulse für eine zukunftsweisende Kulturpraxis (= Schriften zum Kultur- und Museumsmanagement). 1. Aufl. Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Blatt, Steffen (2022): 'Heidelberger Weg' war eine Pionierleistung. Eckart Würzner sprach mit Helmut Klages über das Konzept der Bürgerbeteiligung in der Stadt – Rund 20 Gäste, auch Kritiker. In: Rhein-Neckar Zeitung, S. 6.
- Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura/Schmitz-Vardar, Merve (2022): Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Bloch, Ernst (1969): Das Prinzip Hoffnung. Bd. 3. Frankfurt/Main.
- Blum, Urs (2021): Leben heißt lernen: Nutzen von informellen Lernprozessen. In: Weiterbildungsmanagement in der Praxis: Psychologie des Lernens. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg. S. 47–64. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-62631-3>.
- Bock, Stephanie (2017): Erfolgsbedingungen kommunaler Bürgerbeteiligung: Perspektiven, Chancen und Fallstricke in der Praxis. In: Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam. S. 103–116.
- Boehnke, Mandy/Deutsch, Franziska/Boehnke, Klaus (2020): Heimatverbundenheit: Ein neuer Sozialindikator für gelungene Integration? In: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/04/studie-heimatverbundenheit.html?sessionid=57B7C4AA6431EBBFF60E06E41C448103.1_cid295?nn=10001204 (letzter Zugriff 27.01.2022).
- Boehnke, Klaus/Dragolov, Georgi/Arant, Regina/Unzicker, Kai (2022): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2002): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2002): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, Alexander (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. S. 33–70.
- Bogumil, Jörg/Garske, Benjamin/Gehne, David H. (2017): Das kommunale Ehrenamt in NRW. Eine repräsentative Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Nachteilsausgleichs kommunaler Mandatsträger bei flexiblen Arbeitszeiten. Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum. Bochum. (= ZEFIR-Materialien Band 5).
- Böhnke, Petra (2010): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/33571/ungleiche-verteilung-politischer-und-zivilgesellschaftlicher-partizipation> (zuletzt aufgerufen am 26.07.2022).

- Bosch-Lewandowski, Simone/Küchel, Lisa/Graf, Sebastian/Abele, Lisa/Ulrich, Alexandra/Weeber, Rotraut (2020): Soziale Mischung und gute Nachbarschaft in Neubauquartieren: Planung, Bau und Bewirtschaftung von inklusiven Wohnanlagen (= Schriftenreihe Zukunft Bauen: Forschung für die Praxis Band 23). Stand: Juli 2020. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).
- Botsch, Gideon et al. (2023): EFBI Policy Paper 2023-2: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie - Else-Frenkel-Brunswik-Institut. https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2023_2_Policy%20Paper.pdf (letzter Zugriff 20.07.2023).
- Brettschneider, Frank (2022): Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie aus Sicht der Bürger:innen in Baden-Württemberg, 2022. Eine selbst initiierte Studie der Universität Hohenheim. Stuttgart. https://www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/sites/default/files/2023-02/2021_Brettschneider_Uni%20Hohenheim_Bürgerbeteiligung_Baden-Württemberg.pdf (letzter Zugriff 14.06.2023).
- Brettschneider, Frank (2023): Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, 2023. Stuttgart. S. 39. https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf (letzter Zugriff 12.10.2023).
- Brosda, Carsten (2022): Distanz braucht Nähe: Umschlagpunkt Stadtteilkulturzentrum. In: Superkraft Soziokultur. stadtkultur MAGAZIN 57. Hamburg. S. 8–9.
- Buhl, Monika/Kuhn, Hans-Peter (2003): Jugendspezifische Formen politischen und sozialen Engagements. In: Reinders, Heinz (Hg.): Jugendzeit - Time Out? zur Ausgestaltung des Jugendalters als Moratorium (= Lehrtexte Soziologie). Opladen: Leske + Budrich. S. 85–109.
- Buhl, Monika/Kuhn, Hans-Peter (2005): Erweiterte Handlungsräume im Jugendalter: Identitätsentwicklung im Bereich gesellschaftlichen Engagements. In: Entwicklung in sozialen Beziehungen: Heranwachsende in ihrer Auseinandersetzung mit Familie, Freunden und Gesellschaft (= Der Mensch als soziales und personales Wesen ARRAY(0x5633f0b80c90)). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Bühren, Katharina/Engewald, Bettina/Piesker, Axel/Steffens, Benedikt/Steffens, Carolin/Uhlig, Fabienne/Ziekow, Jan (2022): Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Ein Literatur- und Praxisüberblick. Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hg.) (2020): Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2020.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Memorandum Urbane Resilienz. Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt. https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Publikationen/DE/Publikationen/memorandum_urbane_resilienz.pdf;jsessionid=F3C67F943990C7C4B6947B2F0684AA84.live11314?__blob=publicationFile&v=4. (letzter Abruf 27.01.2022). Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2020): Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Berlin.
- Busch, Hans-Joachim (1995): Heimat als ein Resultat von Sozialisation - Versuch einer nicht-ideologischen Bestimmung In: Belschner, Wilfried (1995), S. 81–86. In: Belschner et al (1995). S. 81–86.
- Calmbach, Marc/Flaig, Bodo/Gaber, Rusanna/Gensheimer, Tim/Möller-Slawinski, Heide/Schleer, Christoph/Wisniewski, Naima (2024): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Heidelberg und Berlin.
- Cardinali, Marcel (2019): Quartier der kurzen Wege. Die Stadt von vorgestern als Quartier von übermorgen. In: Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Forschungsschwerpunkt urbanLab. urbanLabMAGAZIN 05-2019: STADT LAND QUARTIER. Zwischen Realität und Zukunftsvision (Detmold), S. 26–37.
- Carol, Sarah/Schaeffer, Merlin/Wiedner, Jonas (2022): Der Wert der Nachbarschaft. Wie Vereine das Wohlbefinden von Migrant*innen steigern. In: WZB Mitteilungen. Quartalsheft für Sozialforschung. 1–22, S. 17–20.

- Celik, Kazim/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020): Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker/Brähler 2020, S. 149-178.
- Christensen, Martin-Brehm/Hallum, Christian/Maitland, Alex/Parrinello, Quentin/Putaturo, Chiara (2023): Survival of the richest. How we must tax the super-rich now to fight inequality. Oxfam international. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_davos-2023_umsteuern.pdf (letzter Zugriff 17.01.2023).
- Consiglio, Valentina/Geppert, Christian/Königs, Sebastian/Levy, Horacio/Vindics, Anna (2021): Bröckelt die Mittelschicht? Risiken und Chancen für mittlere Einkommensgruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. OECD und Bertelsmann Stiftung. S. 34 p. <https://doi.org/10.11586/2021124>.
- Coults, Cedric (2023): Integriertes Handlungskonzept Rohrbach-Hasenleiser. Umsetzungsbericht 2020-2022. Bericht in der Sitzung des Bezirksbeirats Rohrbach, 25. Juli 2023. Heidelberg: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Anlage 02 zur Drucksache 0102/2023/IV. <https://www1.heidelberg.de/buergerinfo/getfile.asp?id=351950&type=do&search=%22sicherheitsaudit%22> (letzter Zugriff 21.08.2023).
- Croll, Jutta (2021): Thesenpapier zum Themenfeld Digitale Kompetenz im bürgerschaftlichen Engagement. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2021/02/Newsletter-4-croll.pdf (zuletzt aufgerufen am 05.08.2022).
- Crükeberg, Johannes (2023): Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Legitimation für eine Kulturpolitik der Zukunft? In: Blaich, Anna/Grädler, Felix/Mohr, Henning/Seibold, Hannes (Hg.): Schriften zum Kultur- und Museumsmanagement. 1. Aufl. Bielefeld, Germany: transcript Verlag. S. 161–167.
- Dangschat, Jens S./Alisch, Monika (2012): Perspektiven der soziologischen Segregationsforschung. In: Alisch/May (Hrsg): Formen sozialräumlicher Segregation. S. 22–50.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020a): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung. Leipzig.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020b): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments, neue Radikalität. In: Decker/Brähler 2020, S. 15-26.
- Decker, Oliver/Kies, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar (2020a): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker/Brähler 2020, S. 27-88.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.) (2022a): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (= Forschung psychosozial). Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (Hg.) (2022b): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (= Forschung psychosozial). Gießen. S. 31–90.
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Yendell, Alexander/Schließler, Clara/Brähler, Elmar (2020b): Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Decker/Brähler 2020, S. 179-210.
- Defoe, Daniel/Moore, John Robert (2017): Kurze Geschichte der pfälzischen Flüchtlinge (= dtv 14591). Deutsche Erstausgabe. München: dtv.
- Dettling, Daniel (2019): Das Comeback der Provinz. Die Zukunft gehört Klein- und Mittelstädten und ihren Bürgermeistern. In: Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Forschungsschwerpunkt urbanLab. urbanLabMA-GAZIN 05-2019: STADT LAND QUARTIER. Zwischen Realität und Zukunftsvision (Detmold), S. 18–21.

- Deutscher Städte- und Gemeindebund (2021): Hass, Bedrohung & Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen. Berlin-Lichterfelde. <https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/extremismus/neues-dstgb-papier-hass-bedrohungen-und-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-innen/update-hassbedrohungengewalt-140521.pdf?cid=fka> (letzter Zugriff 22.01.2024).
- die medienanstalten – ALM GbR (2022): Vielfaltsbericht der Medienanstalten. Berlin.
- Dienel, Hans-Liudger/Dienel, Christiane/Marotz, Sören/Albrecht, Benjamin/Keppler, Dorothee (2006): Lokales Engagement als Haltefaktor – Evaluation der Wirkungen des Jugendprogramms „Zeitensprünge“, insbesondere im Hinblick auf die Abwanderungsneigung von Jugendlichen. Abschlussbericht. nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH. Berlin.
- Dilling, Marius/Schließer, Clara/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2022): Wer sind die Verschwörungsgläubigen? In: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (= Forschung psychosozial). Gießen. S. 209–244.
- Dragolov, Georgi/Arant, Regina/Boehnke, Klaus (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg> (letzter Zugriff 28.01.2022).
- Drilling, Matthias (2014): Die Metapher vom Raum als soziale Landschaft: Perspektiven zur Überwindung der Dichotomie von Quartierkonzeptionen. In: Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 77–89.
- Düx, Wiebken/Prein, Gerald/Sass, Erich/Tully, Claus J. (2009): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement: Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- DWDS, Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache. (2022): Quartier – Schreibung, Definition, Bedeutung, Etymologie, Synonyme, Beispiele | DWDS. <https://www.dwds.de/wb/Quartier>. Zuletzt aufgerufen am 02.05.2022.
- Eberspach, Kirsten/Bitschnau, Sarah/Kemmesies, Uwe (2022): Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA. Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung. In: MOTRA-Monitor 2021. DE: Hochschule Fresenius. S. 134–153.
- El-Mafaalani, Aladin (2019): Der Heimatdiskurs und die paradoxen Verhältnisse zwischen Teilhabe und Diskriminierung. In: Münch, Felix (2019). S. 22–26.
- empirica, Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH (Hg.) (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Band 1: Zusammenfassung und Empfehlungen Ergebnisse für das Verfahren insgesamt. Berlin.
- Engler, Ulrika (2019): Politische Bildung in einer digitalen Welt – aus der Perspektive der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen. In: Demokratiebildung II (= Hessische Blätter für Volksbildung. Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland.). Frankfurt/Main. S. 226–233.
- Erhardt, Christian (KOMMUNAL) (2020): Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung. Berlin. <https://www.kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020> (letzter Zugriff 22.01.2024).
- ezra/MOBIT e.V./KomRex/IDZ Jena (Hg.) (2020): Thüringer Zustände 2020 - Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Thueringer_Zustaende_2020_web.pdf (letzter Zugriff 28.01.2022).
- Faller, Bernhard/Hettich, Franziska/Ritter, Jennifer (2019): Gemeinwohlorientierte Initiativen in der Quartiersentwicklung. Bochum.

- FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH (2022): Heidelberg-Studie 2021. Leben im Wandel. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage November 2021. Mannheim. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1418190350/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Heidelberg-Studie/12_pdf_Heidelberg-Studie%202021.pdf (letzter Zugriff 09.01.2023).
- Föhl, Patrick S./Pröbstle, Yvonne (2020): Die Suche nach dem großen Narrativ. In: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) 2020. S. 109–117.
- forsa Gesellschaft für/Sozialforschung und/statistische Analysen mbH (2024): Die Situation ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung. Berlin. https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/38220/ergebnisbericht_die_situation_ehrenamtlicher_buergermeister.pdf (letzter Zugriff 28.05.2024).
- Franke, Thomas (2014): „Soziale Stadt“ und raumorientiertes Handeln. In: Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 157–173.
- Franke, Thomas/Schnur, Olaf (2016): ‚Problemgebiete‘ und Stadtpolitik in Deutschland am Beispiel des Programms ‚Soziale Stadt‘. In: Weber/Kühne (Hg.) 2016. S. 295–313.
- Frauenfeld, Karl Heinz (1981): Rohrbach im Wandel der Zeit: eine Ortsgeschichte aus der Kurpfalz. 1. Aufl. Heidelberg: Eigenverlag.
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021): Quellen des «Querdenkertums». Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Herausgegeben vom Fachbereich Soziologie, Universität Basel im Rahmen eines Forschungsauftrags der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg. SocArXiv. <https://osf.io/8f4pb> (letzter Zugriff 28.01.2022).
- Frevel, Bernhard/Görisch, Christoph/Kaup, Claudia/Kohl, Andreas/Maldinger, Lucia/Bühler, Moritz/Potthoff, Jan (2019): Übergriffe gegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen. Analyse und Handlungsempfehlungen. Köln.
- Freyhold, Michaela von (1971): Autoritarismus und politische Apathie: Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen (= Frankfurter Beiträge zur Soziologie). Frankfurt am Main.
- Friedrichs, Nils/Storz, Nora (2022): Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall? SVR-Studie 2022-2. Berlin.
- Friesecke, Frank (2017): Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam. S. 117–137.
- Frieß, Dennis (2021): Deliberation als anspruchsvolle Form von Öffentlichkeitsbeteiligung. In: Bädge, Frank/Effing, Klaus/Mötgen-Sicking, Katrin/Winter, Torben (Hg.): Politische Partizipation (= Kommunale Politik und Verwaltung). Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. S. 113–137.
- Fromm, Erich (2000): Die Furcht vor der Freiheit. Frankfurt am Main: Dt. Taschenbuch-Verl.
- Fuchs, Hans-Jürgen (1986): Das glückliche Bewusstsein und die Krise: Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Frankfurt (Main): Brandes & Apsel.
- Fuchs, Marek (2003): Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55 (4), S. 654–678. <https://doi.org/10.1007/s11577-003-0116-3>.
- Fuchs-Sander, Hans-Jürgen (2023): Ist das überhaupt Kultur? Die Stadtteilkulturen. In: Blaich, Anna/Grädler, Felix/Mohr, Henning/Seibold, Hannes (Hg.): Schriften zum Kultur- und Museumsmanagement. 1. Aufl. Bielefeld, Germany: transcript Verlag. S. 69–76. <https://doi.org/10.14361/9783839464922-008>.
- Fugmann, Friederike/Ginski, Sarah/Thissen, Fee (2019): Vorhang auf! Über die Akteurs- und Kommunikationsvielfalt in quartiersbezogenen Stadtentwicklungsprozessen. In: Schnur/Drilling, 2019. S. 141–152.

- Funcke, Antje/Menne, Sarah (2023): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Factsheet. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland> (letzter Zugriff 13.06.2023).
- Gärtner, Stefan/Martina, Brandt (2019): Lokale Ökonomie – Was, wer, wie auf welchen Ebenen? In: Niemann/Schnur/Drilling 2019. Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 9–28.
- Gebhard, Gunther/Geisler, Oliver/Schröder, Steffen (Hg.) (2007): Heimat: Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts. Bielefeld: transcript-Verl.
- Gehlen, Dirk von (2018): Heimat ist, wenn sich das WLAN automatisch verbindet. In: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/was-ist-heimat-heimat-ist-wenn-sich-das-wlan-automatisch-verbindet-1.3836110> (letzter Zugriff 31.01.2022).
- Geilen, Jan Lucas/Mullis, Daniel (2021): Polarisierende Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten. In: *Geographica Helvetica* 76 (2), S. 129–141. <https://doi.org/10.5194/gh-76-129-2021>.
- Goldberg, Saskia (2022): Unterstützung ja, aber kein »magical tool«: Was Bürger/innen in Deutschland von deliberativen Bürgerforen halten. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_goldberg_220713.pdf (letzter Zugriff 07.09.2022).
- Görtz, Regina von/Langness, Anja (2024): Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Götzky, Doreen (2014): Breitenkultur – ein Thema in der Kulturpolitik? Empirische Erkenntnisse aus Niedersachsen. In: Schneider, Wolfgang (Hg.): *Weißbuch Breitenkultur: kulturpolitische Kartografie eines gesellschaftlichen Phänomens am Beispiel des Landes Niedersachsen*. (= Hildesheimer Universitätsschriften 29). Hildesheimer: Universitätsverlag Hildesheim. S. 35–41.
- Greverus, Ina-Maria (1995): Wem gehört die Heimat? In: Belschner, Wilfried (1995), S. 23–40. In: Belschner et al (1995). S. 23–40.
- Groß, Eva (Hg.) (2021): Furcht vor Kriminalität im Einfluss von sichtbarer ethnischer Vielfalt und allgemeinen sozialen Ängsten. In: *Urbane Sicherheit: Migration und der Wandel kommunaler Sicherheitspolitik* (= Forum für Verwaltungs- und Polizeiwissenschaft). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 225–252. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34398-9>.
- Groß, Eva/Hövermann, Andreas/Mokros, Nico/Nickel, Amelie (2023): Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): *Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn. S. 243–257.
- Groß, Eva/Neckel, Sigward (2021): Social Media und die Bedeutung von Emotionen in autoritär-nationalistischen Radikalisierungsnarrativen. In: *Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020* 40,.
- Guhl, Jutta (2016): Die Programme der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung in Deutschland und der Schweiz und die Rolle der Gemeinwesenarbeit Programme der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung. In: Drilling, Matthias 2016.
- Gundelach, Birte (2017): Soziales Vertrauen in ethnisch heterogenen Nachbarschaften. In: *Soziale Probleme* 28 (2), S. 207–222. <https://doi.org/10.1007/s41059-017-0034-7>.
- Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit. In: *Merkur* 431, Januarheft 1985. https://www.merkur-zeitschrift.de/autoren/archiv/mr_1985_01_0001-0014_0001_01.pdf. (zuletzt aufgerufen 03.04.2022).
- Habermas, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.

- Hahn, Thomas (2018): Was ist Heimat? „Gleichgültigkeit schmerzt am meisten“. In: Was ist Heimat? Reihe der Süddeutschen Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/was-ist-heimat-gleichgueltigkeit-schmerzt-am-meisten-1.3811045-0#seite-2>. (letzter Zugriff 30.09.2021).
- Haumann, Sebastian (2018): Partizipation als Konsens. Die ‚68er‘-Bewegung und der Paradigmenwechsel in der Stadtplanung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6 (Heft 2/3), S. 189–196.
- Heise online (2020): WhatsApp & Co.: Forscher warnen vor massenhaftem Auslesen von Kontakten. <https://www.heise.de/news/WhatsApp-Co-Forscher-warnen-vor-massenhaftem-Auslesen-von-Kontakten-4904618.html> (letzter Zugriff 17.08.2022).
- Heise online, heise (2021): Datenschutzbedenken: DFB untersagt WhatsApp auf Diensthandys. <https://www.heise.de/news/Datenschutzbedenken-DFB-untersagt-WhatsApp-auf-Diensthandys-6211422.html> (letzter Zugriff 17.08.2022).
- Heise online (2022a): US-Studie: Teenager nutzen Youtube oft, Facebook verliert an Bedeutung. <https://www.heise.de/news/US-Studie-Teenager-nutzen-Youtube-oft-Facebook-verliert-an-Bedeutung-7218771.html> (letzter Zugriff 20.08.2022).
- Heise online (2022b): Messenger in Deutschland: 93 Prozent nutzen Whatsapp. <https://www.heise.de/news/Messenger-in-Deutschland-93-Prozent-nutzen-Whatsapp-6340213.html> (letzter Zugriff 14.08.2022).
- Heitmeyer, Wilhelm/Kock, Sonja/Marth, Julia/Thöle, Ulf/Thome, Helmut/Schroth, Andreas/Wetering, Denis van de (2012): Gewalt in öffentlichen Räumen: zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Helbig, Marcel (2010): Neighborhood does matter!: Soziostrukturelle Nachbarschaftscharakteristika und Bildungserfolg. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (4), S. 655–679. <https://doi.org/10.1007/s11577-010-0117-y>.
- Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Discussion Paper P 2018–001. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Helfferrich, Cornelia (2014): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 559–574. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.
- Hering, Linda/Schmidt, Robert J. (2014): Einzelfallanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 529–541. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.
- Hermann, Dieter (2023): Sicherheitsaudit Heidelberg 2023. Institut für Kriminologie Universität Heidelberg. Heidelberg. <https://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/getfile.asp?id=349892&type=do> (letzter Zugriff 29.07.2023).
- Herrmann, Christina (2020): Urbanität und Egonetzwerke in der Stadt: eine relationale Perspektive auf die Heidelberger Bahnstadt. Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Herzinger, Richard (2017): Die Macht des Unerklärlichen. https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/ip_01-2017_herzinger.pdf (zuletzt aufgerufen 14.02.2022). S. 8.
- Hestermann, Jenny/Nathanson, Roby/Stetter, Stephan (2022): Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung. <https://doi.org/10.11586/2022125>.
- Hinney, Sarah (2023): Jetzt stimmen die Mitglieder über Vereinsausschluss ab. AfD-Mann legte fristgerecht Berufung ein - Stadtrat Waseem Butt will dem Stadtteilverein Neuenheim beitreten. In: *Rhein-Neckar-Zeitung*, Heidelberg, 01.12.2023, S. 5.

- Hofmeister, Sabine/Kühne, Olaf (Hg.) (2016): StadtLandschaften: die neue Hybridität von Stadt und Land (= Hybride Metropolen). Wiesbaden: Springer VS.
- Holtmann, Everhard/Rademacher, Christian/Reiser, Marion (2017): Kommunalpolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1986): Dialektik der Aufklärung: philosophische Fragmente. 16. Auflage. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Horkheimer, Max/Fromm, Erich/Marcuse, Herbert (1987): Studien über Autorität und Familie: Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. 2. Aufl.; Reprint der Ausg. Paris, 1936. Lüneburg: zu Klampen.
- Horr, Andreas (2016): Nachbarschaftseffekte. In: Diehl/Hunkler/Kristen 2016. Wiesbaden: Springer VS. S. 397–432.
- Hüppauf, Bernd (2007): Heimat – Die Wiederkehr eines verpönten Wortes. Ein Populärmythos im Zeitalter der Globalisierung. In: Gebhard/Geisler/Schröder (2007).
- Huth, Susanne (2023): Bürgerschaftliches Engagement in Hessen als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Studie im Auftrag der Hessischen Staatskanzlei. Offenbach: involas Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH.
- Huxhold, Oliver/Hameister, Nicole (2017): Soziale Einbettung und freiwilliges Engagement. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2014 (= Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement). Wiesbaden: Springer VS. S. 499–520.
- Imbusch, Peter/Steg, Joris (2022): Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger*innen – eine Gefahr für die Demokratie. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 12. Jena, S. 34–49. Jena.
- Informelles Ministertreffen Stadtentwicklung (Hg.) (2020): Neue Leipzig Charta. Die innovative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Leipzig.
- Initiative D21 e. V., gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hg.) (2022): D21-Digital-Index 2021/2022 – Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft.
- Inkinen, Saara/Schroeder, Wolfgang (2022): Der bedrohte Grundkonsens. Vereine und Verbände haben mit antidemokratischen Tendenzen zu kämpfen. In: WZB-Mitteilungen 176. Gewalt. Terrorismus, Ukraine-krieg, Machtverhältnisse., S. 37–40.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena (Hg.) (2023): Demokratie unter Druck – Anfeindungen auf Amtsträger*innen in der Kommunalpolitik und Beschäftigte der Kommunalverwaltung Thüringens. Forschungsbericht. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ_Forschungsbericht_Angriffe_Kommunalpol_verw_2023.pdf (letzter Zugriff 18.01.2024).
- Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) (2022): Grunddaten Jugend und Medien 2022. Aktuelle Ergebnisse zur Mediennutzung von Jugendlichen in Deutschland. Zusammenge-stellt aus verschiedenen deutschen Erhebungen und Studien von Heike vom Orde (IZI) und Dr. Alexandra Durner. München. https://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/Grundddaten_Jugend_Medien.pdf (letzter Zugriff 30.08.2022).
- Ipsos Global Advisor (2021): Broken-System Sentiment in 2021. Populism, Anti-Elitism and Nativism in 2021. Ipsos Global Advisor – 25-Country Survey. <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2021-07/GA%20-%20Broken%20System%20Sentiment%20-%20Populist%20Anti-Elitism%20and%20Nativism%20in%202021%20-%20Graphic%20Report.pdf> (letzter Zugriff 29.01.2022).

- Ismaili-Rohleder, Stefanie/Kegler, Beate/Kröger, Franz/Kucher, Katharina/Mahnken, Gerhard/Sievers, Norbert/Wingert, Christine (2015): Förderpotenziale für die kulturelle Infrastruktur sowie für kulturelle Aktivitäten in ländlichen Räumen. Eine Bestandsaufnahme. Erstellt vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft. Bonn.
- Jay, Martin (1981): *Dialektische Phantasie: die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923 - 1950*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Jokerst, Sofie (2023): Politische Partizipation in Deutschland: Digitalisierung, Ungleichheiten und antidemokratische Beteiligung. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 08/2023 vom 24.08.2023. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_jokerst_230824.pdf (letzter Zugriff 12.10.2023).
- Jörke, Dirk (2010): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/33569/buergerbeteiligung-in-der-postdemokratie/> (letzter Zugriff 26.07.2022).
- Kaiser, Robert (2021): *Qualitative Experteninterviews: konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (= Forschung psychosozial)*. Gießen. S. 245–270.
- Kausmann, Corinna/Hagen, Christine (2021): Gesellschaftliche Bereiche des freiwilligen Engagements. In: Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Tesch-Römer, Clemens/Vogel, Claudia (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf (zuletzt aufgerufen 15.04.2022). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. S. 85–111.
- Kausmann, Corinna/Kelle, Nadiya/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (2021): *Freiwilliges Engagement – Bedeutung für Gesellschaft und Politik*. In Simonson et al. (2021). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. S. 276–280.
- Kegler, Beate (2014): *Ganz nah dran Der ländliche Raum zwischen Breitenkultur und Soziokultur*. In: Schneider, Wolfgang (Hg.): *Weißbuch Breitenkultur: kulturpolitische Kartografie eines gesellschaftlichen Phänomens am Beispiel des Landes Niedersachsen. (= Hildesheimer Universitätsschriften 29)*. Hildesheimer: Universitätsverlag Hildesheim. S. 57–79.
- Keim, Rolf (2014): *Das Paradigma der Beteiligung: Chance oder Vereinnahmung sozialer Bewegungen?* In: *Stadt und soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer VS. S. 179–197. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01398-1>.
- Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Arriagada, Céline (2021): Zeitlicher Umfang und Häufigkeit der Ausübung der freiwilligen Tätigkeit. In: Simonson et al. (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019 (2021)*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. S. 147–159.
- Kemmesies, Uwe (2022): *MOTRA. Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)*. Wiesbaden.
- Kemmesies, Uwe/Wetzels, Peter/Austin, Beatrix/Büscher, Christian/Dessecker, Axel/Grande, Edgar/Rieger, Diana (Hg.) (2022): *MOTRA-Monitor 2021*. DE: Hochschule Fresenius.
- Kersting, Volker (2017): *Soziale Stadt: Über Armut und die begrenzte Reichweite von Quartierspolitik*. In: Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Forschungsschwerpunkt urbanLab. *urbanLabMAGAZIN 02-2017: Die Stadt der Zukunft. Digital. Gesund. Sozial*, S. 44–47.
- Kirszbaum, Thomas (2016): *Die Stadtpolitik politique de la ville oder: Widersprüchlichkeiten des republikanischen Gleichheitsideals*. In: Weber/Kühne (Hg.) 2016. S. 117–130.

- Klages, Helmut (2013): Evaluationsbericht auf der Grundlage einer Schlüsselpersonen-/Expertenbefragung zu den Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg. Stadt Heidelberg, Anlage 02 zur Drucksache: 0294/2014/BV. Stuttgart. https://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=22054 (letzter Zugriff 15.01.2023).
- Klatt, Johanna (2012): Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung? <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/148210/partizipation-ein-erstrebenswertes-ziel-politischer-bildung/> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2022).
- Klein, Ansgar (2018a): Unterm Radar – Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2018/newsletter-07-klein.pdf (zuletzt aufgerufen am 04.08.2022).
- Klein, Ansgar (2018b): Mikro-Engagement, sozialer Zusammenhalt und soziale Bürgerrechte: Eine Einführung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1–2), S. 101–109. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2018-0012>.
- Knobloch, Tobias J. (2020): Zur Evolution der Heimat. Heimaten als kulturpolitische Herausforderung. In: *Kulturpolitische Gesellschaft* (Hg.) 2020. S. 45–47.
- Kock, Sonja/Thöle, Ulf (2012): Vertiefte Analysen zu spezifischen Problemkonstellationen. Vermeidungsverhalten, Legitimation von Gewalt und die Verschärfung von Kontrolle. In: *Gewalt in öffentlichen Räumen: zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren*. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden. S. 133–152.
- Kohl, Andreas (2019): Gewalt am Arbeitsplatz – begriffliche Annäherung und transnationale Betrachtung Andreas Kohl. In: *komba gewerkschaft nrw* (Hg.): *Übergriffe gegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen. Analyse und Handlungsempfehlungen*. Köln.
- Kohnle, Armin (2011): *Kleine Geschichte der Kurpfalz*. 4. Aufl. Karlsruhe: Braun.
- Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung (2023): 3. Evaluation Bürgerbeteiligung 2022, Teil I. Bestandsanalyse der Bürgerbeteiligung in Heidelberg 2022. Heidelberg.
- Kordel, Stefan/Weidinger, Tobias (2020): Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume. Kurz-Expertise. Robert Bosch Stiftung GmbH. Stuttgart.
- Koren, Hanns (o.J.): *Heimat ist Tiefe, nicht Enge. Reden*. Kulturreferat der Steiermärkischen Landesregierung. Graz.
- Kortas, Olivia (2017): Hashtag Heimat. In: <https://www.jetzt.de/Instagram/Instagram-und-heimat> (letzter Zugriff 17.03.2022).
- Kösemen, Orkan/Wieland, Ulrike (2022): Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch. Aktuelle Perspektiven der Bevölkerung auf Migration und Integration in Deutschland. <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-zwischen-stabilitaet-und-aufbruch-all> (letzter Zugriff 18.02.2022).
- Kownatzki, Paul (2021): Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter in den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens. Repräsentation im Schatten der Räte. Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum. Bochum. (= ZEFIR-Materialien Band 15).
- Kramer, Heinrich (1487): *Der Hexenhammer*. Zweiter Teil. <https://www.projekt-gutenberg.org/kramer/hexenha2/chap017.html> (letzter Zugriff 10.02.2023).
- Krätke, Stefan (1995): Globalisierung und Regionalisierung. In: *Geographische Zeitschrift : GZ.* - Stuttgart : Steiner, ISSN 0016-7479, ZDB-ID 5829-4. - Vol. 83.1995, 3 83 (3), S. 207–221.

- Krempl, Stefan (2023): TikTok statt Tagesschau: Journalismus erreicht immer weniger junge Menschen. heise online. <https://www.heise.de/news/Mediennutzung-Ein-Drittel-der-Heranzwachsenden-guckt-lieber-TikTok-Co-9347565.html> (letzter Zugriff 20.02.2024).
- Kribbel, Hanna (2023): Potenziale digitaler Anwendungen für das ländliche Ehrenamt. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 08/2023 vom 24.08.2023. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_kribbel_230824.pdf (letzter Zugriff 12.10.2023).
- Kronenberg, Volker (2018): Heimat bilden: Herausforderungen, Erfahrungen, Perspektiven (= Handreichung zur Politischen Bildung Band 25). Berlin: Konrad Adenauer Stiftung e.V.
- Kros, Matthias (2023): Gründerszene schwächelt auch in der Region. In: Rhein-Neckar Zeitung vom 14.01.2023, S. 20.
- Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Kuder, Thomas (2019): Lokale Demokratie. In: Schnur/Drilling, 2019. S. 27–38.
- Kuhlmann, Carola (2018): Bildungsarmut und die soziale ‚Vererbung‘ von Ungleichheiten. In: Huster/Boeckh/Mogge-Grotjahn 2018. Wiesbaden. S. 431–456.
- Kuhn, David/Schubert, Peter/Tahmaz, Birthe (2024): Vielfältig. Lokal. Vernetzt. Unternehmerisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland. ZiviZ im Stifterverband. Berlin.
- Kühne, Olaf/Schönwald, Antje (2015): Identität, Heimat sowie In- und Exklusion: Aspekte der sozialen Konstruktion von Eigenem und Fremdem als Herausforderung des Migrationszeitalters. In: Nienaber (Hg.) 2015.
- Küpper, Beate (2023): Mittendrin in der »Querfront«. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 137–147.
- Küpper, Beate/Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 91–135.
- Landesanstalt für Medien NRW (2021): Kinder und Jugendliche als Opfer von Cybergrooming. Zentrale Ergebnisse der 1. Befragungswelle 2021. https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/NeueWebsite_0120/Medienorientierung/Cybergrooming/211216_Cybergrooming-Zahlen_Praesentation_LFMNRW.PDF (letzter Zugriff 19.11.2022).
- Landeshauptstadt München, Kulturreferat (2007): Ziele und Kriterien für die Förderung der Stadtteilkultur. Auszug aus dem Beschluss der Vollversammlung des Münchner Stadtrats vom 4. Oktober 2007. „Kultur im Stadtquartier“. https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:ecde8e3d-5e63-42d7-aac2-f765cf75c2a1/Ziele_Kriterien_Flyer2021_01_14_ct.pdf (letzter Zugriff 28.10.2021).
- Landeshauptstadt Stuttgart (2021): Sechster Stuttgarter Bürgerhaushalt abgeschlossen – höhere Online-Beteiligung als in den Vorjahren. <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/seite/62949> (zuletzt aufgerufen am 20.07.2022).
- Landesrecht BW Bürgerservice (1999): Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (Gemeindeordnung - GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000. <https://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true#jlr-GemOBWV16P64> (letzter Zugriff 02.02.2023).

- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69 (2), S. 209–232. <https://doi.org/10.1007/s11577-017-0446-1>.
- Liz Mohn Center gGmbH, Bertelsmann Stiftung (Hg.): Was bewegt die Jugend in Deutschland? Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/was-bewegt-die-jugend-in-deutschland> (letzter Zugriff 21.08.2022).
- Lobo, Sascha (2022): Iran: Liefert der iranischen Bevölkerung Internet-Technologie - Kolumne. <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/iran-liefert-der-iranischen-bevoelkerung-internet-technologie-kolumne-a-ddf5713f-5773-40c3-b4c9-be47c7566378> (letzter Zugriff 21.11.2022).
- Lukas, Tim/Tackenberg, Bo/Kretschmer, Saskia (2021): Resilienz im Stadtquartier. In: Lange, Hans-Jürgen (Hg.): Urbane Sicherheit: Migration und der Wandel kommunaler Sicherheitspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 35–58. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34398-9>.
- Mandel, Birgit (2022): Soziokulturelle Einrichtungen als guter Nachbar, Community Builder und Trainingsfeld für globale Herausforderungen? Keynote zum 22. Hamburger Ratschlag Stadtteilkultur (4.-11.11.2021). Auszüge in: Superkraft Soziokultur. stadtkultur MAGAZIN 57, S. 10-12. Hamburg. Vollständig unter: <https://www.stadtkulturmagazin.de/2021/12/soziokulturelle-einrichtungen-als-guter-nachbar-community-builder-und-trainingsfeld-fuer-globale-herausforderungen>. Zuletzt aufgerufen am 25.05.2022.
- Manthe, Rainald (2019): Demokratie braucht Begegnungsräume im Alltag. <https://libmod.de/demokratie-begegnungsraeume-alltag/>. Zuletzt aufgerufen am 13.10.2021.
- Mayring, Philipp (2016a): Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken. 6., überarbeitete Auflage. Weinheim ; Basel: Beltz.
- Mayring, Philipp (2016b): Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken (= Pädagogik). 6., überarbeitete Auflage. Weinheim Basel: Beltz.
- Mayring, Philipp (2019): Qualitative Inhaltsanalyse - Abgrenzungen, Spielarten, Weiterentwicklungen. In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research 20 (3), S. 15. <https://doi.org/10.17169/fqs-20.3.3343> (letzter Zugriff 30.01.2022).
- Mayring, Philipp/Fenzl, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 543–574. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.
- Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika/Teune, Simon/Abou Taam, Marwan (2018): Brückennarrative: verbindende Elemente in der Radikalisierung von Gruppen (= PRIF report 7/2018). Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Menzl, Marcus (2014): Nimby-Proteste - Ausdruck neu erwachten Partizipationsinteresses oder eines zerfallenden Gemeinwesens? In: Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (Hg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 65–82. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01398-1>.
- Mertens, Melanie (Hg.) (2013): Stadtkreis Heidelberg. Teilband 2. (= Kulturdenkmale in Baden-Württemberg Regierungsbezirk Karlsruhe 5). Ostfildern: Thorbecke.
- Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (2023): Ehrenamtskarte Baden-Württemberg. Vergünstigungen für Engagierte im Land. Modellversuch in ausgewählten Kommunen.
- Mitscherlich, Alexander (1996): Die Unwirtlichkeit unserer Städte: Anstiftung zum Unfrieden. Einmalige Sonderausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 149–184.

- Moore, John Robert (2017): Vorwort. In: Kurze Geschichte der pfälzischen Flüchtlinge (= 14591). Deutsche Erstausgabe. München: dtv. S. 5–18.
- More in Common Autoren- und Projektteam, Robert Bosch Stiftung GmbH (2021): Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA. <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/beziehungskrise-buerger-und-ihre-demokratie-deutschland-frankreich-grossbritannien> (zuletzt aufgerufen 30.01.2022). Stuttgart/Berlin.
- Müller, Doreen/Hameister, Nicole/Lux, Katherina (2017): Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2014 (= Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement). Wiesbaden: Springer VS. S. 413–436.
- Müller, Olaf/Pollack, Detlef (2021): Der Identitätskonflikt als Ausdruck von Zugehörigkeit: Wer betrachtet wen als zugehörig? In: Back, Mitja/Echterhoff, Gerald/Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Schlipphak, Bernd (Hg.): Working Report „Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung“. S. 19–29.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2020): Ursachen der Regression: Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage! Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig. S. 15.
- Münch, Felix (Hg.) (2019): Was ist Heimat? (= Politische Bildung 9. Jahrgang, 3 (Herbst 2019)). Frankfurt/M: Wochenschau Verlag.
- Munsch, Chantal (2013): Bürgerschaftliches Engagement zwischen Integration und Ausgrenzung - Eine kritische Analyse aus der Perspektive von Diversity-Theorien. In: Geisen, Thomas/Kessl, Fabian/Olk, Thomas/Schnurr, Stefan (Hg.) (2013). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 189–204. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94184-4>.
- NETTZ, Das (Hg.) (2024): Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz. https://kompetenznetzwerk-hass-imnetz.de/download_lauterhass.php (letzter Zugriff 27.02.2024).
- Neu, Viola (2023): „Das ist alles bewiesen“ – Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin.
- Neu, Claudia/Küpper, Beate (2023): Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus (Claudia Neu · Beate Küpper). In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 335–353.
- Newman, Nic/Fletcher, Richard/Robertson, Craig T/Arguedas, Amy Ross/Nielsen, Rasmus Kleis (2024): Reuters Institute Digital News Report 2024. <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2024-06/DNR%202024%20Final%20lo-res-compressed.pdf> (letzter Zugriff 19.06.2023).
- Newman, Nic/Fletcher, Richard/Eddy, Kirsten/Robertson, Craig T/Nielsen, Rasmus Kleis (2023): Reuters Institute Digital News Report 2023. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2023-06/Digital_News_Report_2023.pdf (letzter Zugriff 05.07.2023).
- Niermann, Oliver/Schnur, Olaf/Drilling, Matthias (Hg.) (2019): Ökonomie im Quartier. Von der sozialräumlichen Intervention zur Postwachstumsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Nieszery, Andrea (2014): Class, race, gender... neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartiereffekten in der europäischen Stadtfor-schung. In: Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 134–155.

- Nünning, Ansgar (2009): Vielfalt der Kulturbegriffe. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Oberwittler, Dietrich/Janssen, Heleen/Gerstner, Dominik (2017): Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – Die überschätzte Rolle von „Broken Windows“ und die Herausforderungen ethnischer Diversität. In: Soziale Probleme 28 (2), S. 181–205. <https://doi.org/10.1007/s41059-017-0040-9>.
- Oeltjen, Mareike/Windzio, Michael (2019): Räumliche Segregation durch ungleiche Bildungskontexte?: Wahrgenommene Nachbarschaftsmerkmale und Umzüge von Familien. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 71 (4), S. 651–675.
- Oesterreich, Detlef (2000): Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In: Rippl/Seipel/Kindvater 2000a. S. 69–90.
- Olk, Thomas (2010): Bürgerschaftliches Engagement im Lebenslauf. In: Naegele (2010). Wiesbaden. S. 637–672.
- Oxfam Deutschland e.V. (2023): Umsteuern für soziale Gerechtigkeit! Deutsche Zusammenfassung. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_davos-2023_umsteuern.pdf (letzter Zugriff 17.01.2023).
- Patze Diordiychuk, Peter/Jaeck, Tobias (2021): Ergebnisbericht zur landesweiten Befragung „Bürgerbudgets in Sachsen“. S. 43.
- Paust, Andreas (2016): Grundlagen der Bürgerbeteiligung. Materialsammlung für die Allianz Vielfältige Demokratie. Gütersloh (Bertelsmann Stiftung).
- Piltz, Eric (2007): Verortung der Erinnerung. Heimat und Raumerfahrung in Selbstzeugnissen der frühen Neuzeit. In: Gebhard/Geisler/Schröder 2007. In: Gebhard/Geisler/Schröder (2007).
- Pinl, Claudia (2015): Ehrenamt statt Sozialstaat? In: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/203553/ehrenamt-statt-sozialstaat/> (letzter Zugriff 02.08.2022).
- Polizeipräsidium Mannheim (2022): Polizeiliche Kriminal- und Verkehrsstatistik 2022. Mannheim. https://ppmannheim.polizei-bw.de/wp-content/uploads/sites/8/2023/03/Polizeiliche_Kriminal-und_Unfallstatistik_2022_PP_MA.pdf (letzter Zugriff 30.07.2023).
- Polizeipräsidium Mannheim (2023): Polizeiliche Kriminal- und Verkehrsstatistik 2023. Mannheim. https://ppmannheim.polizei-bw.de/wp-content/uploads/sites/8/2024/04/PKS_20231.pdf (letzter Zugriff 13.04.2024).
- Postbank (2022): Postbank Jugend-Digitalstudie 2021. Social Media: WhatsApp, YouTube und Instagram sind am wichtigsten. In: <https://www.presseportal.de/pm/6586/5006189> (letzter Zugriff 25.08.2022).
- Priemer, Jana/Mohr, Veronika (2018): Vereine, Stiftungen und Co: Die neuen Bildungspartner? ZiviZ-Survey 2017. <https://www.ziviz.de/vereine-stiftungen-und-co> (letzter Zugriff 30.01.2022).
- Quaestio Forschung & Beratung, Bonn (Hg.) (2016): Quartiersmanagement Soziale Stadt – Ein Ansatz für integriertes Handeln. Endbericht. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/staedtebaufoerderung/Forschungsprogramme/SozialeStadt/Projekte/Quartiersmanagement/endbericht-quartiersmanagement.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Zuletzt aufgerufen am 20.05.2022. Bonn.
- Ramirez Gabel, Rebecca (2021): Politische Partizipation auf Quartiersebene. Ein Praxisbericht am Heidelberger Beispiel Quartiersmanagement Rohrbach-Hasenleiser. In: Bädge, Frank/Effing, Klaus/Mötgen-Sicking, Katrin/Winter, Torben (Hg.): Politische Partizipation (= Kommunale Politik und Verwaltung). Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. S. 337–352.
- Rau, Anna/Kromberg, Christian (2021): Urbane Sicherheit – sichere öffentliche Räume für ALLE. In: Urbane Sicherheit: Migration und der Wandel kommunaler Sicherheitspolitik (= Forum für Verwaltungs- und Polizeiwissenschaft). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 35–58. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34398-9>.

- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2023): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena und KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/tm2021.pdf> (letzter Zugriff 30.06.2023).
- Reitz, Edgar (2016): Es hat alles einen bekannten Klang. Reihe „Heimat und Migration“ im Deutschlandfunk (30.07.2016). <https://www.deutschlandfunk.de/heimat-und-migration-es-hat-alles-einen-bekannten-klang-100.html> (letzter Zugriff 30.01.2022).
- Rensmann, Lars (2021a): Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/26790/israelbezogener-antisemitismus/> (letzter Zugriff 20.02.2024).
- Rensmann, Lars (2021b): Im Schatten des Trumpismus: Autoritärer Populismus in der Regierung und die Neuformierung der radikalen Rechten in den USA. In: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1 (1),.
- Rezo ja lol ey, (2019): Die Zerstörung der CDU. <https://www.youtube.com/watch?v=4Y1lZQsyuSQ> (letzter Zugriff 05.08.2022).
- Rhein-Neckar-Zeitung (2023): Mitglieder bestätigen Vereinsausschluss. Rechtspopulist wehrte sich gegen Vorstandsentscheidung im Stadtteilverein Neuenheim. In: Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, 06.12.2023, S. 3.
- Rhein-Neckar-Zeitung, 05.06.2023: Heidelberg bleibt jüngste Stadt. Durchschnitt von 39,8 Jahren. S. 3.
- Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, 13.01.2024 (2024): Heidelberg bleibt eine Gründer-Hochburg. Südwesten stemmt sich mit zahlreichen Start-ups gegen den Bundestrend. In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 13.01.2024, S. 20.
- Riddell, Rebecca/Ahmed, Nabil/Maitland, Alex/Lawson, Max/Taneja, Anjela (2024): Inequality Inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of public action. Briefing Paper. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/inequality-inc-how-corporate-power-divides-our-world-and-the-need-for-a-new-era-621583/> (letzter Zugriff 21.02.2024).
- Rink, Claudia (2003): Jüdisches Leben in Rohrbach. In: Heidelberger Geschichtsverein (Hg.): Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 2003/04. Heidelberg: Kurpfälzischer Verlag. S. 65–88.
- Rink, Claudia (2004): der punker. In: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 2004/05. Heidelberg: Kurpfälzischer Verlag. S. 221–224.
- Rinn, Moritz (2017): Etwas Besseres als Beteiligung? <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216888/etwas-besseres-als-beteiligung/> (letzter Zugriff 26.07.2022).
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57 (4), S. 644–666. <https://doi.org/10.1007/s11577-005-0219-0>.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2), S. 237–254. <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1>.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindvater, Angela (Hg.) (2000a): Autoritarismus: Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindvater, Angela (Hg.) (2000b): Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze. In: Rippl/Seipel/Kindvater 2000a. Opladen: Leske + Budrich. S. 13–32.

- Ritter, Franziska Paula (2021): Aktuelle Herausforderungen der kommunalen Bürgerbeteiligung am Beispiel der Stadt Heidelberg. In: Bädge, Frank/Effing, Klaus/Mötgen-Sicking, Katrin/Winter, Torben (Hg.): Politische Partizipation (= Kommunale Politik und Verwaltung). Wiesbaden: Springer VS, S. 235–274.
- Ritzi, Claudia/Wagner, Aiko (2018): Kritik auf neuen Wegen. Die politische Beteiligung junger und alter „critical citizens“ im Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift 59 (3), S. 549–576. <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0105-9>.
- Robertson, Roland (Hg.) (1998): Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Beck 1998. In: Perspektiven der Weltgesellschaft. (= Edition zweite Moderne). Erste Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 192–220.
- Rölle, Daniel (2020): Gewalt gegen Verwaltungsmitarbeiter und Politiker auf kommunaler Ebene in Deutschland. In: Verwaltung & Management 26 (6), S. 293–299. <https://doi.org/10.5771/0947-9856-2020-6-288>.
- Roose, Jochen (2021): Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin 2021. <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Studie+Politische+Polarisierung.pdf/a36c964d-1d6a-66d1-288b-b22629110fd7?version=1.0&t=1636716735758> (zuletzt aufgerufen 30.01.2022).
- Roth, Roland (2017): Bürgerpartizipation – Stärkung oder Aushöhlung kommunaler Demokratie? In: Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam. S. 57–79.
- Roth, Roland (2018): Engagement im Quartier – aktuelle Tendenzen und Herausforderungen. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2018/newsletter-07-roth.pdf (zuletzt aufgerufen am 04.08.2022).
- Roth, Roland (2022): Auf der deliberativen Welle reiten? Anmerkungen zur Karriere von Losverfahren in der Bürgerbeteiligung. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 02/2022. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_roth_220224.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.09.2022).
- Ruby, Sigrid (2014): „Die Dorfbewohner fanden wir gleich sehr zutraulich ...“: Kunst und ländlicher Raum. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (62. Jg. / Heft 1), S. 11–33.
- Ruhruniversität, Bochum (2018): Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. Projektleitung: Thomas Feltes. Projektdurchführung: Marvin Weigert. Bochum. https://repos.rms2cdn.de/files/fw/Abschlussbericht_Gewalt%20gegen%20Einsatzkräfte.pdf (letzter Zugriff 22.01.2024).
- Rupp, Hartmut (2014): Kirmes, Kerwe, Kerb – oder: Was macht einen so richtig fröhlich? Stuttgart. <https://docplayer.org/33224123-Kirmes-kerwe-kerb-oder-was-macht-einen-so-richtig-froehlich.html> (letzter Zugriff 23.05.2024).
- Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH (2021): Ungleiche Bildungschancen. Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Berlin.
- Sandaal, Mithu: Zuhause. In: Aydemir/Yaghoobifarah 2020. S. 101–121.
- Schäfer, Erich (2021): Das Konzept des lebenslangen Lernens. In: Weiterbildungsmanagement in der Praxis: Psychologie des Lernens. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg. S. 17–46. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-62631-3>.
- Schenkel, Martin (2007): Bildungspotentiale und Ausbildungsbedarfe. Engagement Macht Kompetent: Zivilgesellschaft und informelle Bildung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 20 (2), S. 111–125. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2007-0214>.

- Schläger, Catrina/Katsioulis, Christos Katsioulis/Engels, Jan Niklas (2024): Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland. Mehrheit für die stabile Mitte trotz starkem rechten Rand. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21277.pdf> (letzter Zugriff 21.06.2024).
- Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker/Brähler 2020, S. 283-310.
- Schlipphak, Bernd (2021): Der Identitätskonflikt und Demokratievorstellungen: Wer möchte welche Form der Demokratie? In: Back, Mitja/Echterhoff, Gerald/Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Pollack, Detlef (Hg.): Working Report „Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung“. S. 40–52.
- Schmieder, Arnold (1995): Nur neue Innerlichkeit - oder: Ein radikalisiertes Bedürfnis nach Heimat. In: Belschner, Wilfried (1995), S. 141-150. In: Belschner et al. 1995. S. 141–150.
- Schneider, Wolfgang (Hg.) (2014): Weißbuch Breitenkultur: kulturpolitische Kartografie eines gesellschaftlichen Phänomens am Beispiel des Landes Niedersachsen. (= Hildesheimer Universitätschriften 29). Hildesheimer: Universitätsverlag Hildesheim.
- Schneider, Ulrich/Schröder, Wiebke/Stilling, Gwendolyn (2022): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. Berlin.
- Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden.
- Schnur, Olaf (2014b): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 21–58.
- Schnur, Olaf (2014c): Quartier als Landschaft? Eine Exploration am Beispiel des Wandels in Berlin-Moabit. In: Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 91–112.
- Schnur, Olaf (2016): Quartiersentwicklung in Stadtlandschaften – eine Reflexion. In: Hofmeister, Sabine/Kühne, Olaf (Hg.): StadtLandschaften: die neue Hybridität von Stadt und Land (= Hybride Metropolen). Wiesbaden: Springer VS. S. 65–84.
- Schnur, Olaf (2021): Wohnen in (der) Nachbarschaft. In: Eckardt/Meier (2021). Wiesbaden: Springer VS. S. 233–254.
- Schnur, Olaf/Zakrzewski, Philipp/Drilling, Matthias (2013): Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur. In: Schnur/Zakrzewski/Drilling (2013). In: Migrationsort Quartier. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 9–26. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01048-5>.
- Schreiber, Daniel (2016): Der Wunsch, zu Hause zu sein. Reihe „Heimat und Migration“ im Deutschlandfunk (16.08.2016). https://www.deutschlandfunk.de/serie-zu-heimat-der-wunsch-zu-hause-zu-sein.691.de.html?dram:article_id=363268. (letzter Zugriff 02.10.2021). <https://www.deutschlandfunk.de/heimat-und-migration-es-hat-alles-einen-bekannten-klang-100.html> (letzter Zugriff 30.01.2022).
- Schreiber, Franziska/Göppert, Hannah (2018): Wandel von Nachbarschaft in Zeiten digitaler Vernetzung. Explorationsstudie zur Wirkung digitaler Medien mit lokalem Bezug auf sozialen Zusammenhalt und lokale Teilhabe in Quartieren. Berlin: adelphi.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts Interventionsversuche und Reaktionsmuster. (= Otto Brenner Stiftung).
- Schubert, Peter (2023): Informelles Engagement: Die neue Normalität? Eine Analyse des organisationalen Rahmens von freiwilligem Engagement. ZiviZ im Stifterverband. Essen.
- Schubert, Peter/Kuhn, David/Tahmaz, Birthe (2023): Der ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale. Essen. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf (letzter Zugriff 13.01.2024).

- Schubert, Peter/Tahmaz, Birthe/Krimmer, Holger (2023): Erste Befunde des ZiviZ-Survey 2023 Zivilgesellschaft in Krisenzeiten: Politisch aktiv mit geschwächten Fundamenten. Berlin: ZiviZ im Stifterverband. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_trendbericht.pdf (letzter Zugriff 12.04.2023).
- Schubert, Peter/Tahmaz, Birthe/Kuhn, David (2023): Zivilgesellschaftliche Organisationen in Baden-Württemberg: Ergebnisse aus dem ZiviZ-Survey. Berlin: ZiviZ im Stifterverband. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_laenderbericht_baden-wuerttemberg.pdf (letzter Zugriff 15.01.2024).
- Schüle, Ralf/Güles, Orhan/Pollok, Michael (2022): Sind Smart Cities gerecht? – Ein Zwischenstand. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 08/2022. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_gueles_pollok_schuele_220825_end.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.09.2022).
- Schulte, Julia (2024): So studiert Heidelberg. Die Studi-Stadt in Zahlen. In: Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, 05.01.2024, S. 20.
- Schultheis, Kathrin/Güleş, Orhan (2019): Förderkonzept von BIWAQ im Handlungsfeld lokale Ökonomie. In: Niermann/Schnur/Drilling 2019. Wiesbaden: Springer VS, Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 9–28.
- Seibt, Gustav (2018): Was ist Heimat? - Ein gutes Gefühl. In: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/sz-serie-was-ist-heimat-ein-gutes-gefuehl-1.3802786> (letzter Zugriff 30.01.2022).
- Seidelsohn, Kristina (2018): Prekäre Arbeitsräume: soziale Konflikte und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in aufgewerteten Stadtquartieren. Wiesbaden: Springer VS.
- Selle, Klaus (2018): Neue Heimat? Notizen zu einem missbrauchsgefährdeten Wort. In: Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Forschungsschwerpunkt urbanLab. urbanLabMAGAZIN 04-2018: HEIMAT PLANEN. IDENTIFIKATION. PARTIZIPATION. INTEGRATION, S. 10–15.
- Simonson, Julia/Karnick, Nora/Hagen, Christine (2021): Organisationsformen und Leitungsfunktionen im freiwilligen Engagement. In: Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens/Vogel, Claudia (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf (zuletzt aufgerufen 15.04.2022). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. S. 160–176.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2021a): Unterschiede und Ungleichheiten im freiwilligen Engagement. In: Simonson et al. 2021. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. S. 62–84.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens/Vogel, Claudia (Hg.) (2021b): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf (zuletzt aufgerufen 15.04.2022). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia (2017): Organisationale Struktur des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2014 (= Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement). Wiesbaden: Springer VS. S. 523–548.
- SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (2021): Deutschland im Umbruch. SINUS-Institut stellt aktuelles Gesellschaftsmodell vor: Die Sinus-Milieus® 2021. Pressemitteilung 01.10.2021. https://www.sinus-institut.de/media/pages/media-center/presse/sinus-milieus-2021/108afa2ba3-1633013339/hintergrund-information_sinus-milieus-2021.pdf. (letzter Zugriff 22.12.2021). Heidelberg und Berlin, 2021.
- SINUS STUDIE, 1981 (1982): 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben“: die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Orig.-Ausg., 20.-23. Tsd. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Sippel, Hanns-Jörg (2017): Auf dem Weg zu einer (neuen) politischen Kultur der Beteiligung¹. In: Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam. S. 81–101.
- Sixtus, Frederick/Beck, Lilian/Nice, Thomas/Hinz, Catherina (2022): Landlust neu vermessen: wie sich das Wandernsgeschehen in Deutschland gewandelt hat. Originalausgabe. Berlin: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Sommer, Jörg (2015): Die vier Dimensionen gelingender Bürgerbeteiligung. In: Sommer (2015). In: Kursbuch Bürgerbeteiligung. Deutsche Umweltstiftung. Berlin: Deutsche Umweltstiftung. S. 11–21.
- Sommer, Jörg (2021): Vereine verändern sich. Das Dreieck von Engagement, Ehrenamt und Beteiligung. In: <https://www.bipar.de/vereine-veraendern-sich/> (letzter Zugriff 23.08.2022).
- Spannagel, Dorothee/Zucco, Aline (2022): Armut grenzt aus. WSI Verteilungsbericht 2022, WSI Report Nr. 79, Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Spöri, Tobias/Eichhorn, Jan (2021): Wer glaubt (nicht mehr) an Corona-Verschwörungsmythen? Eine Analyse der Verbreitung derartiger Mythen in Deutschland 2020 – 2021. Gefördert durch die VolkswagenStiftung. <https://dpart.org/de/publications/wer-glaubt-nicht-mehr-an-corona-verschwoerungsmythen> (zuletzt aufgerufen 30.01.2022).
- Stadt Essen, der Oberbürgermeister, Städtenetz Soziale Stadt NRW (2017): Der Verfügungsfonds nach Ziffer 17 der Förderrichtlinien der Städtebauförderung NRW 2008 in der Sozialen Stadt NRW. Eine Handreichung zum Verfahren mit Praxisbeispielen. https://www.soziale-stadt-nrw.de/das-staedtenetz/vf_17_handreichungverfuegungsfonds-1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 16.07.2022.
- Stadt Heidelberg (1992): Geschäftsordnung für Bezirksbeiräte vom 20. Februar 1992 (Heidelberger Amtsanzeiger vom 9. April 1992). https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E380122649/heidelberg/Objektdatenbank/30/PDF/30_pdf_ortsr_1-2-2_Geschaeftsordnung_Bezirksbeiraete.pdf (letzter Zugriff 22.08.2023).
- Stadt Heidelberg, Die Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg (2002): Heidelberg-Studie 2002. Bürgerengagement in Heidelberg. Heidelberg. (= Schriften zur Stadtentwicklung). https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E868372822/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Heidelberg-Studie/12_pdf_Heidelberg-Studie_2002_-_Bürgerengagement_in_Heidelberg.pdf (letzter Zugriff 08.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg (2010): Heidelberg-Studie 2009. Leben und Politik in Heidelberg. Heidelberg. (= Schriften zur Stadtentwicklung). https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E1161256363/heidelberg/PB5Documents/pdf/12_pdf_Heidelberg-Studie2009.pdf (letzter Zugriff 09.01.2023).
- Stadt Heidelberg (2013): Verkehrskonzept Rohrbach-West. Empfehlung Runder Tisch. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1311716484/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/BüBe/pdf_12_Gesamtbericht_Evaluation_Bübe_18.pdf (letzter Zugriff 14.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg (2014a): Heidelberg-Studie 2013. Leben, Mobilität und Bürgerbeteiligung in Heidelberg. Heidelberg. (= Schriften zur Stadtentwicklung). https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-13469631/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Heidelberg-Studie/12_pdf_Heidelberg-Studie%202013.pdf (letzter Zugriff 09.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung. Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung. (2014b): Evaluation der Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung – Verwaltungsinterner Evaluationsbericht. Anlage 04 zur Drucksache: 0294/2014/BV. Heidelberg. <https://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/getfile.asp?id=246091&type=do> (letzter Zugriff 30.01.2023).

- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Kulturamt (2015a): Heidelberg-Studie 2014. Leben und Kultur in Heidelberg. Heidelberg. (= Schriften zur Stadtentwicklung). https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-228362932/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Heidelberg-Studie/12_pdf_Heidelberg-Studie%202014.pdf (letzter Zugriff 09.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2015b): Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-883021685/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12_pdf_Buergerbeteiligung_Leitlinien_Komplettfassung.pdf (letzter Zugriff 09.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2017): Integriertes Handlungskonzept Rohrbach-Hasenleiser, Teil 1. Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung. Heidelberg.
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2018a): Bericht zur Sozialen Lage in Heidelberg 2018. Anlage 01 zur Drucksache 0187/2018/IV. Heidelberg.
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2024): Kommunalwahl 9. Juni 2024 in Heidelberg, Kurzwahlbericht Amtliches Endergebnis. Heidelberg. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg2021/get/documents_E-661458486/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Wahlen,%20Buergerentscheide/Kommunalwahlen/2024/12_pdf_Kommunalwahl%202024_Kurzwahlbericht%202024_Amtliches%20Endergebnis.pdf (letzter Zugriff 21.06.2024).
- Stadt Heidelberg (2018b): Gesamtbericht der Evaluation der Bürgerbeteiligung in Heidelberg 2018. Zusammenfassung. Arbeitskreis Bürgerbeteiligung unter Leitung von Prof. Dr. Angelika Vetter. Anlage 01 zur Drucksache: 0151/2018/IV. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1311716484/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/BüBe/pdf_12_Gesamtbericht_Evaluation_Bübe_18.pdf (letzter Zugriff 14.01.2023).
- Stadt Heidelberg (2018c): Dialogische Bürgerbeteiligung: Kosten- und Nutzenwahrnehmungen in der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik. Erstellt durch die Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Prof. Dr. Angelika Vetter, Saskia Goldberg, M.A. Anlage 04 zur Drucksache: 0151/2018/IV. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1993975137/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/BüBe/pdf_12_%20Intensivinterviews_Fritz%20Thyssen%20Projekt.pdf (letzter Zugriff 14.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2019): Vorausberechnung der Heidelberger Bevölkerung. Entwicklung bis 2035. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1335886358/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Bevölkerung,%20Prognose,%20Wanderungen/12_pdf_Bevölkerungsprognose%202018.pdf (letzter Zugriff 06.01.2023).
- Stadt Heidelberg (2020a): Statistisches Jahrbuch 2020. https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/_Statistisches+Jahrbuch.html. Zuletzt aufgerufen am 03.11.2022. Heidelberg. https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/_Statistisches+Jahrbuch.html.
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2020b): Heidelberg-Studie 2019. Leben und Verkehr. Heidelberg. (= Schriften zur Stadtentwicklung). https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-147460532/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Heidelberg-Studie/12_pdf_Heidelberg-Studie%202019.pdf (letzter Zugriff 09.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2020c): Integriertes Handlungskonzept Rohrbach-Hasenleiser. Umsetzungsbericht 2018 – 2019. Heidelberg.
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2021a): Bevölkerung 2021. Entwicklung und räumliche Verteilung der Einwohner im Stadtgebiet. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E108706544/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Bevölkerung,%20Prognose,%20Wanderungen/12_pdf_Bevölkerungsbericht_2020.pdf (letzter Zugriff 06.01.2023).

- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2021b): Wissenschaft Bestandsaufnahme. Kurzanalyse und Entwicklung der Heidelberger Wissenschaftslandschaft. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-634375163/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12_pdf_Wissenschaft_Bestandsaufnahme.pdf (letzter Zugriff 06.01.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2021c): Rohrbach auf einen Blick 2021. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E82394561/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/12_pdf_Rohrbach%20auf%20einen%20Blick.pdf (letzter Zugriff 15.02.2023).
- Stadt Heidelberg, Amt für Schule und Bildung (2022): Bericht Schule und Bildung. Heidelberg 2020/21.
- Stadt Heidelberg, Amt für Schule und Bildung, Anlage 01 zur Drucksache 0053/2024/IV (2024): Bericht zur Amtlichen Schulstatistik 2023/2024. Heidelberg. <https://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/getfile.asp?id=361609&type=do&#page29> (letzter Zugriff 03.04.2024).
- Stadt Heidelberg/Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH in Mannheim (2023): Heidelberg-Studie 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage Januar 2023. Heidelberg und Mannheim. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E1647917572/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/Statistik/Heidelberg-Studie/12_pdf_Heidelberg-Studie%202022.pdf (letzter Zugriff 10.06.2023).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Kindertagesbetreuung regional 2018. Ein Vergleich aller Kreise in Deutschland.
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (2020): Tourismus in Zahlen – 2019. https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Gastgewerbe-Tourismus/Publikationen/Downloads-Tourismus/tourismus-in-zahlen-1021500197005.xlsx?__blob=publicationFile (letzter Zugriff 04.01.2023).
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (2021): KORREKTUR: Die jüngste Gemeinde in Deutschland hat einen Altersdurchschnitt von 27,7 Jahren. Pressemitteilung Nr. N035 vom 27. Mai 2021. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/05/PD21_N035_001.html (letzter Zugriff 01.03.2021).
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (2022): Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2021. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.html> (letzter Zugriff 04.01.2023).
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart (2023): Bevölkerung nach Nationalität. <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Bevoelkerung/01035010.tab?R=GS221000> (letzter Zugriff 04.01.2023).
- Stein, Ursula (2017): Bürgerpartizipation durch eine Änderung der Verwaltungskultur. In: Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hg.): Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam. S. 45–56.
- Stiftung für Zukunftsfragen (Hg.) (2014): Immer mehr Vereine – immer weniger Mitglieder. Das Vereinswesen in Deutschland verändert sich. In: Forschung aktuell, Newsletter 254, 35. Jg. <https://www.stiftung-fuerzukunftsfragen.de/newsletter-forschung-aktuell/254> (zuletzt aufgerufen am 23.08.2022).
- Strothmann, Linus (2022): Wenn die Demokratie an der Tür klingelt: Die Methode »Aufsuchende Losverfahren«. Vorstellung und Leitfaden zur Anwendung in Beteiligungsverfahren. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 02/2022. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_strothmann_220224.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.09.2022).
- Thierse, Wolfgang (2018): Heimat ist mehr als funktionierende Infrastruktur. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte. <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/heimat-ist-mehr-als-funktionierende-infrastruktur-2547/> (letzter Zugriff 30.01.2022).
- Thum, Marcel/Förtsch, Mona/Rösel, Felix (2019): Stärkung kommunaler Identität. Gutachten des ifo Instituts Dresden. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Potsdam-Babelsberg. <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/817> (letzter Zugriff 22.02.2024).

- TUI Stiftung (Hg.) (2023): Junges Europa 2023. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_06_02-YouGov_Ergebnisbericht_TUI-Stiftung_Junges-Europa.pdf (letzter Zugriff 21.08.2023).
- UNESCO (1982): Erklärung von Mexiko-City über Kulturpolitik. Weltkonferenz über Kulturpolitik. Mexiko, 26. Juli bis 6. August 1982. https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/1982_Erkl%C3%A4rung_von_Mexiko.pdf (letzter Zugriff 26.02.2024).
- Vadepohl, Anne (2014): Stadt der Quartiere? Das Place-Konzept und die Idee von urbanen Dörfern. In: Schnur, Olaf (Hg.) (2014a): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. S. 56–76.
- Vergne, Antoine (2017): Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis. Gütersloh (Bertelsmann Stiftung).
- Vetter, Angelika (2018): Bürgerbeteiligung aus Sicht der Beteiligten. Ergebnisbericht 2017. Anlage 03 zur Drucksache: 0151/2018/IV. Stuttgart. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E1954058429/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/BüBe/pdf_12_Auswertung%20der%20Teilnehmerbefragungen.pdf (letzter Zugriff 14.01.2013).
- Vetter, Angelika/Klages, Helmut/Ulmer, Frank (2013): Bürgerbeteiligung braucht Verstetigung und Verlässlichkeit: Gestaltungselemente einer dauerhaften und systematischen Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 6 (1),.
- Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie: eine Einführung (= Grundwissen Politik). Wiesbaden: Springer VS.
- Vogelpohl, Anne (2012): Urbanes Alltagsleben. Zum Paradox von Differenzierung und Homogenisierung in Stadtquartieren. Wiesbaden: Springer VS.
- Vorwerk, Volker (2018): Vom Bürgerhaushalt über das Bürgerbudget zum Finanzreferendum? In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 01/2019. https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_vorwerk_190125.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.07.2022).
- Vorwerk, Volker/Gonçalves, Maria (2016): Was heißt breite Beteiligung? Wie wird sie erreicht? Kernergebnisse der Synopse. Bielefeld (Bertelsmann Stiftung).
- Vowe, Klaus (2017): Partizipation über und durch das Netz. In: Partizipation in der Bürgerkommune (KWI Schriften ; 10). Potsdam. S. 159–174.
- Wagner, Thomas (2019): Öffentliche Bauvorhaben. Das Märchen von der Bürgerbeteiligung. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/oeffentliche-bauvorhaben-das-ma> (letzter Zugriff 26.07.2022).
- Weber, Florian (2016a): Urbane Mosaik, Fragmentierungen, stadtpolitische Interventionen. Die banlieues und die Stadtpolitik politique de la ville. In: Weber/Kühne (Hg.) 2016. S. 21–56.
- Weber, Florian (2016b): Extreme Stadtlandschaften: Die französischen ‚banlieues‘. In: Hofmeister, Sabine/Kühne, Olaf (Hg.): StadtLandschaften: die neue Hybridität von Stadt und Land (= Hybride Metropolen). Wiesbaden: Springer VS. S. 85–108.
- Weber, Florian/Kühne, Olaf (2016): Fraktale Metropolen: Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung. Eine Einführung und ein Ausblick. In: Weber/Kühne (Hg.) 2016. S. 3–20.
- Weeber + Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, im Auftrag der Stadt Heidelberg Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2014): Quartiersmanagement Hasenleiser. Gutachten zur Einrichtung eines Quartiersmanagements im Stadtviertel Rohrbach-Hasenleiser. Heidelberg.
- Wehler, Hans-Ulrich (1973): Das deutsche Kaiserreich: 1871 - 1918. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Weichbold, Martin (2014): Pretest. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 299–304. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.
- Wieland, Ulrike (2024): Willkommenskultur in Krisenzeiten. Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Integration in Deutschland. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.
- wikipedia, (Hg.) (2022): Die Zerstörung der CDU. In: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Die_Zerst%C3%B6rung_der_CDU&oldid=224779524 (letzter Zugriff 05.08.2022).
- wikipedia, (2023): Metropolregion Rhein-Neckar. https://de.wikipedia.org/wiki/Metropolregion_Rhein-Neckar (letzter Zugriff 14.01.2023).
- Willinger, Stephan/Schopp, Lisa/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2021): Stadt gemeinsam gestalten: neue Modelle der Koproduktion im Quartier (= Nationale Stadtentwicklungspolitik). Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research 1 (1), <https://doi.org/10.17169/fqs-1.1.1132>.
- Wunderlich, Leonie/Hölig, Sascha (2023): „Verständlicher, nicht so politisch“ - Einblicke in die Bedürfnisse und Nutzungspraktiken gering informationsorientierter junger Menschen. (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, 69). Hans-Bredow-Institut, Hamburg. <https://doi.org/10.21241/ssoar.90067> (letzter Zugriff 20.02.2024).
- Yaghoobifarah, Hengameh: Blicke. In: Aydemir/Yaghoobifarah 2020. S. 69–81.
- Zick, Andreas (2022): Die Protestkultur entwickelt sich weiter. In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 17.03.2022, S. 20.
- Zick, Andreas (2023): Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 19–33.
- Zick, Andreas/Krott, Rebecca (2021): Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung von 2014 bis 2020. Studienbericht der vierten Erhebung im Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Bielefeld.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.) (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn.
- Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 53–89.
- Zick, Andreas/Sandal-Önal, Elif (2023): Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. S. 219–241.
- Ziegler, Holger/Siggelkow, Bernd (2022): Vertrauensstudie 2022. Angst vor der Zukunft? Jugendliche zwischen gesunder Skepsis und gefährlicher Verschwörungsneigung. [https://media.bayer.de/baynews/baynews.nsf/id/2022-0132/\\$file/Bepanthen-Kinderfoerderung_Vertrauensstudie2022_Ergebnispraesentation.pdf](https://media.bayer.de/baynews/baynews.nsf/id/2022-0132/$file/Bepanthen-Kinderfoerderung_Vertrauensstudie2022_Ergebnispraesentation.pdf) (letzter Zugriff 31.08.2022).
- Zimmer, Annette/Backhaus-Maul, Holger/Reinhardt, Andreas (2012): Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger. Hrsg. v. Westfälische Wilhelms-Universität Münster. <https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/ifpol/mitarbeiter/zimmer/engagementfoerderungvorort.pdf> (zuletzt aufgerufen 08.07.2022).

Forschungsfrage und theoretische Vorüberlegungen

Dieser Arbeit liegt die These zugrunde, dass in Zeiten von Globalisierung und Verunsicherung die Strukturen im sozialen Nahbereich, d.h. in den Quartieren und Stadtteilen, eine wachsende Bedeutung erhalten. Diese stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, sie haben auch eine wichtige Funktion für das Wohlbefinden Einzelner und sind Motor für lebenslanges Lernen. Allerdings wird die Bedeutung der Stadtteilkulturen häufig unterschätzt, manchmal gar als Vereinsmeierei abgetan. In Politik und Gesellschaft werden meist nur Ausschnitte des Systems wahrgenommen, etwa der Wert ehrenamtlicher Arbeit für die Integration Geflüchteter. Das soziale System der Stadtteilkulturen ist aber viel umfassender. Die gesellschaftliche Bedeutung der Stadtteilkulturen eingehend in den Blick zu nehmen, war Aufgabe dieser Arbeit. Dazu wurde die Literatur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Rolle der Stadtteile und Quartiere beleuchtet. Im Rahmen von Experteninterviews wurde zum Anschluss die subjektive Seite der Stadtteilkulturen beleuchtet.

Die meisten Studien betrachten das System der Stadtteilkulturen von außen. Wenig untersucht ist bislang die Frage, wie freiwillig Engagierte selbst ihre Arbeit und deren Folgen wahrnehmen. Ziel der Interviews im Rahmen dieser Arbeit war die Beschreibung der Wahrnehmung der Aktiven in den Stadtteilkulturen:

- Wie beurteilen die Befragten die Bedeutung der Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?
- Welche Relevanz für sich selbst und die Gesellschaft messen Engagierte ihrer eigenen freiwilligen Arbeit bei?
- Wie beurteilen freiwillig Engagierte die Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Arbeit vonseiten der Politik und der Gesellschaft?
- Beteiligen freiwillig Engagierte sich an organisierten Formen der Partizipation?
Und welche Erfahrungen machen sie damit?

Aufgrund der eigenen Zugangsmöglichkeiten wurde hier als Untersuchungsgebiet der Heidelberger Stadtteil Rohrbach gewählt.

In das Design der Befragungen und den Leitfaden flossen Verständnisse und Überlegungen ein, die im sowohl im Rahmen des Literaturstudiums wie auch durch die ehrenamtliche Arbeit des Verfassers gewonnen wurden. Diese sollen im Folgenden dargelegt werden.

Vorwissen und Bezüge zum Untersuchungsfeld

Das Vorwissen eines Forschenden darf im Rahmen von Interviews, die auf soziale Zusammenhänge zielen, nicht negiert werden. Forschende sind keine tabula rasa. Dies zu bestreiten, wäre nach Witzel (2000, S. 2) eine „naiv-induktivistische Position“

Das Interview stellt eine soziale Kommunikationssituation dar und schon das allein schränkt die Möglichkeit dessen ein, was alles wie gesagt werden kann⁷¹. So wenig, wie man nicht nicht kommunizieren kann, kann man nicht nicht die Äußerungsmöglichkeiten von Interviewten beeinflussen. Die Interviewenden sind immer Mit-Erzeugende des Textes und können ihren Einfluss nicht ins Nichts auflösen. (Helfferich 2014, S. 562)

Vorwissen kann für den Forschungsprozess sogar von Vorteil sein, da es ein besseres Verständnis der Aussagen der Befragten ermöglicht und deren Einordnung in größere Zusammenhänge (Witzel 2000).

Die Tatsache, dass der Verfasser selbst über 20 Jahre ehrenamtlich im Stadtteil gearbeitet hatte, bildete die Basis, auf die ein umfangreiches Literaturstudium aufbaute. Beide Faktoren flossen in die vorliegende Studie ein. Dass dies auch zu Problemen führen konnte, ist an entsprechenden Stellen im Kapitel zur Auswertung beschrieben.⁷²

Allerdings ermöglichten die fundierten Kenntnisse über die Struktur des Untersuchungsfelds und die darin handelnden Personen eine gezielte Entwicklung der Fragen für den Leitfaden und die begründete Auswahl der Gesprächspartner:innen.

Vorannahmen

Subjektive Sicht auf den Stadtteil

Im wissenschaftlichen Diskurs bestehen keine einheitlichen Definitionen für Stadtteil und Quartier. In dieser Arbeit wurde unter Stadtteil die Verwaltungseinheit Rohrbach verstanden, die den Rahmen für unterschiedliche Quartiere bildet: u.a. Alt-Rohrbach, Hasenleiser, Gewinn-See. Quartiere, streng genommen auch der Stadtteil selbst, sind überschaubare Wohnumfelder, sozial konstruierte Orte mit unscharfen, sich verändernden Grenzen, Mittelpunkte individueller Lebenswelten.

Die vorliegende Arbeit ging davon aus,

- dass der geografische Bereich, den die Befragten mit Rohrbach identifizieren, unscharf ist und in der Regel nicht identisch mit den administrativen Stadtteilgrenzen,

⁷¹ Dieser Satz ist im Original kursiv gesetzt.

⁷² Z. B. > Qualitativer Teil > Fazit zur Befragung und Ausblick

- dass Rohrbach eine wichtige Rolle für das Wohlbefinden der Befragten spielt, unabhängig davon, ob sie dort geboren sind oder nicht,
- dass der Anteil der Zeit, die die Befragten im Stadtteil verbringen, relativ hoch ist und
- dass es in Rohrbach nur wenige Gebiete gibt, in denen sich Menschen unwohl fühlen und dass diese in engumgrenzten Bereichen liegen, zumeist im Quartier Hasenleiser.

Erfahrungen mit und Ansichten zum Ehrenamt

Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass

- die meisten Befragten über ihre Familie in das Ehrenamt hineingewachsen sind,
- die Befragten sehr viel Zeit ins Ehrenamt investieren,
- das Ehrenamt für die Befragten eine wichtige persönliche Funktion hat und Freude und Bestätigung bringt,
- die Befragten dem Ehrenamt eine wichtige Funktion für die Gesellschaft zumessen, aber glauben, dass diese von Verwaltung, Politik und Gesellschaft nicht angemessen gewürdigt und unterstützt wird,
- die Digitalisierung in den Vereinen nicht sehr fortgeschritten ist, auch wenn diese in der Pandemie digitale Medien für Vorstandstreffen etc. eingesetzt haben,
- in diesem Zusammenhang die Erfahrung/Befürchtung vorherrscht, Digitalisierung führe dazu, dass manche Menschen ausgeschlossen werden,
- Bürokratisierung/Reglementierungen und Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung als wichtigste Probleme im Ehrenamt wahrgenommen werden,
- es innerhalb der Rohrbacher Vereine bisher nur wenig Konflikte gab, die auf politischen Auseinandersetzungen außerhalb der Organisation basieren,
- bei aufgetretenen Konflikten zumeist der Umgang mit der Pandemie im Fokus stand.

Lernen im und Weiterbildung für das Ehrenamt

Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass

- Ehrenamtsorganisationen ein wichtiges Feld für informelles Lernen sind,
- die Ehrenamtspersonen diese Funktion selbst häufig unterschätzen,
- Lernen in Ehrenamtsorganisationen in der Regel nebenbei erfolgt, als learning by doing,
- im Verein Gelerntes auch Vorteile außerhalb des Ehrenamts bringt,
- das Fortbildungsangebot für Vereine von Stadt und Volkshochschule in Heidelberg den meisten Aktiven zwar bekannt ist, aber nur von wenigen tatsächlich genutzt wird,
- als Hauptgrund dafür Zeitmangel genannt wird.

Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass

- Ehrenamtlich Tätige bei Unterstützungsbedarf Hilfe bei Menschen aus ihrem Umfeld finden,
- das Ehrenamt Menschen zusammenbringt, die ansonsten wenig Kontakt zueinander hätten,
- das Ehrenamt die Integration von Menschen fördert, die neu in den Stadtteil kommen,
- es aber auch zu exkludierenden Momenten kommen kann und die integrative Kraft der Stadtteilkulturen immer neu erarbeitet werden muss.

Politisches Engagement der Befragten

Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass

- sich die meisten Befragten als politisch interessierte Menschen sehen und regelmäßig an Wahlen teilnehmen,
- aber nur wenige selbst politische Ämter anstreben.

Partizipation

Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass

- die Befragten in der Regel selbst schon an Partizipationsformaten in der Stadt teilgenommen haben,
- die Befragten den Eindruck haben, dass in den Veranstaltungen häufig „die üblichen Verdächtigen“ dominieren und breite Teile der Bevölkerung nicht vertreten sind oder zu wenig zu Wort kommen,
- die meisten Befragten meinen, die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren würden von der Politik nicht wirklich ernst genommen.

Kultur im Stadtteil

Die vorliegende Arbeit ging davon aus, dass

- sich die Befragten für Kultur interessieren und in der Regel die Einschätzung teilen, dass Heidelberg eine kulturelle Hochburg ist,
- die meisten Befragten einen breiten Kulturbegriff haben, der auch kulturelle Aktivitäten und Angebote im Stadtteil mit einbezieht,
- die Befragten insgesamt ein stärkeres Angebot in den Stadtteilen wünschen,
- die Befragten den Eindruck haben, dass Politik und Gesellschaft im Zusammenhang mit der Kultur einen zu starken Fokus auf das Stadtzentrum und die Hochkultur haben und
- die Stadtteilkulturen und das Brauchtum zu wenig Beachtung erfahren.

Wahl des Untersuchungsfelds

Der Heidelberger Stadtteil Rohrbach eignet sich für eine Vertiefung der Erkenntnisse, die durch die Sekundärliteratur gewonnen wurde, v. a. weil hier sehr unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen: in Alt-Rohrbach leben nicht nur alteingesessene Deutsche ohne Migrationshintergrund, sondern auch viele junge, eher gut situierte Zugewanderte, die ihre Kulturen mitbringen. Das Zentrum des Stadtteils, ein ehemaliges Dorf, und wurde umfangreiche saniert, was seine Attraktivität erheblich erhöhte, aber auch zu einem starken Anstieg der Immobilienpreise und Mieten führte. Im Hasenleiser, der in den 1970er Jahren bebaut wurde, leben ca. 4.000 Menschen in vier- bis neugeschossigen Wohnblocks, Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern. Die soziale Struktur des Hasenleiser unterscheidet sich deutlich von der des Gesamtstadtteils und der Stadt Heidelberg: Es gibt mehr Alleinerziehende, mehr kinderreiche Familien und Bewohner:innen mit Migrationshintergrund, die Arbeitslosenquote und die der Beziehenden von Grundsicherung liegen höher, die Mieten sind günstiger. Seit November 2019 arbeitet im Hasenleiser ein Quartiersmanagement.

Die Biografie des Verfassers und seine ehrenamtliche Arbeit im untersuchten Stadtteil ermöglichen Zugänge zum Untersuchungsfeld, die sich ansonsten nicht in dieser Breite bieten würden. Das kann aus wissenschaftlicher Sicht ein Vorteil sein: wenn Einzelfallanalysen in ihrer natürlichen Umgebung stattfinden, können die Rahmenbedingungen „im Erkenntnisinteresse des Vorhabens“ liegen (Hering/Schmidt 2014, S. 529). Auf die möglichen Nachteile wurde bereits eingegangen.

Interviews zur Forschungsfrage

Die Aufgabe der Interviews bestand darin, die Folgerungen aus dem Literaturstudium und den persönlichen Erfahrungen des Verfassers mit der Sicht der in unterschiedlichen Bereichen engagierten Ehrenamtlichen zu vergleichen. Finden sich in den Antworten der Befragungen Belege, die diese Überlegungen stützen? Gibt es Aussagen, die diesen zuwiderlaufen? In einem begrenzten räumlichen und sozialen Kontext lassen sich so die theoretisch und aus eigener Erfahrung gewonnenen Annahmen sinnvoll ergänzen.

Grundprinzipien qualitativer Interviews

Phillip Mayring benannte „13 Säulen qualitativen Denkens“. Diese bilden den theoretischen Hintergrund für die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Interviews (Mayring 2016b, S. 24–38):

- *Einzelfallbezogenheit*: Auch wenn es Ziel von Wissenschaft ist, allgemeingültige Thesen zu erarbeiten, ist ein Blick auf Einzelfälle wichtig. Er ermöglicht es, die eigene Vorgehensweise und getroffene Interpretationen immer neu zu überprüfen (Mayring 2016b, S. 25–27).
- *Offenheit*: Im Laufe der Untersuchung treten stets unerwartete, überraschende Fakten auf. Für diese offen zu sein und vorhandene Hypothesen anzupassen oder zu verwerfen, ist unabdingbar für einen qualitätsvollen Forschungsprozess (Mayring 2016b, S. 27 f.)

- *Methodenkontrolle*: Das eigene Vorgehen muss ständig methodisch kontrolliert werden. Dazu sind ein regelgeleitetes Vorgehen und eine detaillierte Dokumentation notwendig (Mayring 2016b, S. 29).
- *Vorverständnis*: keine Forschung findet ohne Vor-Urteile, ohne Vor-Verständnis statt. Viele Forschende sehen ihr Feld z. B. „... durch eine Mittelschichtsbrille“ (Mayring 2016b, S. 44). Das Vorverständnis muss offengelegt und bei der Analyse mitbedacht werden. Mayring vergleicht das Vorgehen mit einer (hermeneutischen) Spirale (Mayring 2016b, S. 29 f.).
- *Introspektion*: Weder die Offenlegung des Vor-Verständnisses, noch die Analyse der erhobenen Daten sind ohne Beachtung des eigenen Denkens, Fühlens und Handelns sinnvoll möglich (Mayring 2016b, S. 31).
- *Forscher-Gegenstands-Interaktion*: Die erhobenen Daten basieren immer auch auf subjektiven Deutungen, sowohl auf Seiten der Forschenden wie auf der der Befragten. Der Dialog ist die wesentliche Grundlage qualitativer Forschung (Mayring 2016b, S. 31 f.).
- *Ganzheit*: Auch wenn es in der Wissenschaft häufig notwendig ist, das Denken und Agieren von Menschen analytisch in Kategorien zu teilen, so ist es für die Auswertung unumgänglich, die getrennten Bereiche wieder zu einem Ganzen zusammenzuführen (Mayring 2016b, S. 33).
- *Historizität*: Menschliches Handeln findet immer in einem geschichtlichen Kontext statt, deshalb muss qualitative Forschung die historische Dimension ihres Gegenstands beachten (Mayring 2016b, S. 34).
- *Problemorientierung*: Qualitatives Denken sollte immer an praktischen Problemen ansetzen und Forschungsergebnisse sollten wieder an die Praxis rückgekoppelt werden (Mayring 2016b, S. 34 f.; Witzel 2000).
- *Argumentative Verallgemeinerung*: Forschung zielt auf verallgemeinerbare Thesen. Aber Verallgemeinerungen müssen stets auf Erkenntnissen aus der Analyse von Einzelfällen basieren (Mayring 2016b, S. 35 f.).
- *Induktion*: Induktive Verfahren nehmen in qualitativen Forschungsprojekten eine zentrale Funktion ein. Selbst Forschungsvorhaben mit eindeutig deduktivem Anspruch haben, so Mayring (2016b, S. 36f.), „insgeheim“ eine induktive Grundlage. Induktives Vorgehen muss aber kontrollier- und überprüfbar sein.
- *Regelbegriff*: In den Sozialwissenschaften geht es nicht um die Erkenntnis von Naturgesetzen, sondern um Regelmäßigkeiten, Strukturen, die zwar nicht beliebig sind, aber immer auch Abweichungen enthalten (Mayring 2016b, S. 37).
- *Quantifizierbarkeit*: Ob und inwiefern Quantifizierung möglich ist, zeigt sich im Rahmen einer regelgeleiteten qualitativen Analyse (Mayring 2016b, S. 37 f.).

Wahl des Interviewtyps Leitfadengestütztes Experteninterview

Ziel der Interviews war die Gewinnung von Informationen, die sich aus anderen Quellen nicht oder nicht in gleichem Maße erschließen lassen. Erhoben werden sollte ein spezifisches Wissen der Befragten im Rahmen der Analysedimensionen. Dafür erscheinen die Methoden des systematisierenden Experteninterviews (Bogner/Littig/Menz 2002) bzw. des Leitfadengestützten Experteninterviews (Kaiser 2021) oder Problemzentrierten Interviews (Mayring 2016b, S. 67–72) am besten geeignet. Diese Formen der Befragung kombiniert eine klare (Vor-)Strukturierung des Interviews mit einer unbedingten Offenheit für die Aussagen der Interviewten, auch dann, wenn deren Informationen und Bewertungen von den Einschätzungen der/des Forschenden abweichen. Die Befragten werden hier als „Experten für ihre eigenen Bedeutungsgehalte“ (Mayring 2016b, S. 66) gesehen, die über ein fachliches Wissen verfügen, das den Forschenden selbst nicht ohne weiteres zugänglich ist.

Der Vorteil des Leitfadengestützten Experteninterviews, seine Offenheit, ist allerdings zugleich ein Nachteil: die begrenzte Standardisierung der Fragen lässt im Gegensatz zu quantitativen Befragungen eine statistische Auswertung nicht zu. Zudem kann es im Verlauf des Interviews zu Interaktionseffekten kommen, die dieses im Extremfall sogar scheitern lassen können (Kaiser 2021, S. 95–101).

Dessen ungeachtet wurden im vorliegenden Falle qualitative Interviews als die geeignete Methode angesehen, da die Befragung nicht auf die Gewinnung repräsentativer Daten zielte, sondern auf das Herausarbeiten subjektiver Wahrnehmungen und Bewertungen. Die Biografie des Verfassers und der gewählte Forschungsrahmen erzeugen eine Vertrauenssituation, die für gelingende Problemzentrierte Interviews notwendig ist (Mayring 2016b, S. 69).

Die für die Befragung notwendige Offenheit bedeutete nicht, dass den Interviews keine Struktur mitgegeben sollte. Würde „über alles Mögliche“ gesprochen, erhielte man u. U. unbrauchbare Daten (Helfferich 2014, S. 563). Helfferich schlägt deshalb für Experteninterviews vor, Fragen enger zu fokussieren und den Schwerpunkt eine auf strukturierte Abfolge der Fragen zu legen und klarere Antworten zu fördern (Helfferich 2014, S. 571 f.). Damit würde auch die Professionalität der/des Interviewten gewürdigt und die Wahrnehmung der/des Fragenden als strukturiert, kompetent und professionell gestärkt.

Die Fokussierung des Interviews mittels eines strukturierten Fragenkatalogs half im vorliegende Fall auch, die anfängliche Unsicherheit in der Interviewsituation zu begrenzen. Im Laufe der Interviews war der Verfasser in der Lage, den Befragten breiteren Raum zu lassen und konnte feststellen, dass trotzdem nahezu alle Fragen beantwortet wurden, wenn auch nicht in der Reihenfolge der Fragenkomplexe des Leitfadens.

Da der Verfasser den Interviewten als Co-Experte bekannt ist, war davon auszugehen, dass die Interviews zu einer fachlichen Diskussion tendieren würden (Bogner/Littig/Menz 2002, S. 50). Die Gefahr eines Auftretens einiger negativer Interaktionseffekte sollte dadurch geringer sein. So ist weniger mit Eisberg-⁷³ oder Paternalismuseffekten⁷⁴ zu rechnen. Allerdings lassen sich Rückkopplungs-⁷⁵ oder Katharsiseffekte⁷⁶ nicht ausschließen (Kaiser 2021, S. 96 f.; Bogner/Littig/Menz 2002, S. 50–60). Da sich aber zumindest letztere nicht notwendigerweise negativ auf das Interviewergebnis auswirken, sondern unter Umständen sogar zu Informationen führen, die sonst nicht zu erhalten wären, ist es zwar wichtig, sich der Risiken bewusst zu sein, diese sind jedoch kein entscheidendes Argument gegen leitfadengestützte Experteninterviews.

Die Bekanntheit des Verfassers hätte dazu führen können, ihn als jemand wahrzunehmen, dessen Werte und politischen Einstellungen denen der/des Befragten widersprechen. Der Interviewer würde dann als potenzieller Kritiker verstanden, der, ideologisch vorgeprägt, die Arbeit des Gegenübers nicht für eine wissenschaftliche Auswertung nutzt, sondern für persönliche oder allgemein politische Zwecke. Die Folge wären Aussagen, die weniger der Beantwortung der Interviewfragen dienen als der Selbstdarstellung und -rechtfertigung und u. U. sogar der Verschleierung potenziell problematischer Sachverhalte (Bogner/Littig/Menz 2002, S. 58–63).

Nicht minder problematisch hätte die unhinterfragte Einschätzung sein können, die Werte und Orientierungen des Interviewers entsprächen denen der/des Befragten. Die Folge wäre die Wahrnehmung des Interviewers als Komplizen. Das hätte dazu geführt, dem Interviewer mehr Diskretion zu unterstellen, als für Auswertung der Daten förderlich war. Oder es hätte den Interviewer in die Rolle eines Mitstreiters gegen einen vermeintlich gemeinsamen Gegner gedrängt, was ebenfalls einer möglichst objektiven Analyse der Aussagen zuwiderliefe. Allerdings bietet diese Konstellation auch Vorteile, denn sie ist die Basis für eine weitgehende Offenheit und ermöglicht u. U. tiefere Einblicke in die Motive und Strategien der Engagierten (Bogner/Littig/Menz 2002, S. 59 f.).

73 *Eisbergeffekt: Misstrauen und fehlendes Interesse können dazu führen, das Befragte Informationen bewusst oder unbewusst zurückhalten.*

74 *Paternalismuseffekt: eine Gesprächssituation, in der die befragten Experten eine dominante Rolle einnehmen, kann dazu führen, dass sie entscheiden, welche Informationen sie mitteilen möchten.*

75 *Rückkopplungseffekt: die/der Befragte kehrt die Interviewsituation um und wird selbst zur/zum Fragenden.*

76 *Katharsiseffekt: Befragte nutzen die Interviewsituation zur Selbstinszenierung und/oder zum Klagen über frustrierende Erfahrungen im Engagement.*

Expert:innenwissen

Ziel der Befragungen im Rahmen dieser Arbeit war die Eruierung von Expert:innenwissen. Diese Form des Wissens kann analytisch in drei Kategorien geordnet werden (Kaiser 2021, S. 48–52; Bogner/Littig/Menz 2002, S. 50–60):

- Deutungswissen: Handlungsorientierungen/Entscheidungsmotivationen, die auch auf individuellen Faktoren (Sozialisationsbedingungen, politische Präferenzen, soziale Herkunft etc.) beruhen und nicht durch den institutionellen Rahmen festgelegt sind. Diese Form des Wissens ist relevant, weil es sich stark auf die Praxis auswirkt (Bogner/Littig/Menz 2002, S. 45).
- Betriebswissen/technisches Wissen: Spezielle Kenntnisse z. B. über Abläufe, Routinen, Netzwerke des Untersuchungsfelds.
- Kontext-/Prozesswissen: Kenntnisse über Zwänge, Interessenlagen etc. im Untersuchungsfeld.

Für die Ergänzung der durch das Literaturstudium gewonnenen Erkenntnisse können alle drei Wissenstypen einen Beitrag leisten. Da jedoch subjektive Erfahrungen und Sichtweisen der Befragten im Fokus stehen sollten, bildeten das Kontext-/Prozesswissen, vor allem aber das Deutungswissen der Expert:innen die Schwerpunkte. Daraus resultierte auch, dass individuelle und sozio-demographische Hintergründe der Interviewten eine Rolle spielen mussten. Und dass es wichtig war, die Tendenz zum Overreporting – zur Beantwortung der Fragen nach sozialer Erwünschtheit – beim Deutungswissen im Auge zu behalten (Kaiser 2021, S. 153).

Methodisches Vorgehen

Das in den Interviews betrachtete Feld ist ein komplexes soziales System. Das wurde bereits in den theoretischen Vorüberlegungen beleuchtet. Diese Vorüberlegungen dienten auch als Grundlage für die Erarbeitung der Analysedimensionen, die im Folgenden dargestellt werden.

Analysedimensionen

Persönlicher Hintergrund

- Beruf und Bildungshintergrund
- Sozialer Status
- Familie
- Zufriedenheit

Persönlicher Blick auf den Stadtteil

- Geografie
- Subjektive Wertschätzung
- Vernetzung

Ehrenamt

- Allgemeine Rahmenbedingungen des persönlichen Engagements
- Vernetzung
- Subjektive Bedeutung des Ehrenamts
- Öffentliche Anerkennung des Ehrenamts
- Digitalisierung im/des Ehrenamt/s
- Probleme im Ehrenamt

Zusammenhalt

- Nachbarschaftliches Vertrauen
- Segregation und Homophilie
- Heimat/Integration in Zeiten der Glokalisierung
(für Zuwanderende mit und ohne Migrationsgeschichte)

Lernen

- Ins Ehrenamt eingebrachte Kompetenzen
- Im Ehrenamt erworbene Kompetenzen
- Nutzen des Gelernten außerhalb des Ehrenamts
- Bildungsangebote des Vereins/Verbands
- Weiterbildungsangebote und Unterstützung seitens der Stadt/Volkshochschule

Partizipation und Politische Bildung

- Politisches Interesse/Engagement
- Politik im Verein
- Erfahrungen mit der Bürgerschaftsbeteiligung

Kultur im Stadtteil

- Kulturdefinition
- Kultur vor Ort
- Kultur im Verein
- Traditionelle Kultur

Die Interviewpartner:innen

Im Rahmen der qualitativen Studie wurden 15 Personen angefragt. Auf eine Anfrage erhielt der Verfasser keine Antwort. Ein weiteres Interview kam trotz einer grundsätzlichen Zusage und mehrere Nachfragen nicht zustande. Letztlich befragt wurden 13 Personen aus 13 Vereinen und Institutionen.

Auswahlkriterien für die Interviewteilnehmenden

Die Befragung zielte nicht auf einen repräsentativen Einblick, sondern auf die subjektive Wahrnehmung des Feldes durch die Engagierten selbst. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der Funktion der Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb sollten überwiegend Menschen interviewt werden, deren Engagement ehrenamtlich erfolgt. Zwei professionell in der Gemeinde oder in Wohlfahrtsverbänden Tätige wurden aber ebenfalls interviewt, da sie wichtige Funktionen auch für die Ehrenamtlichen und den lokalen Zusammenhalt hatten:

- eine ehemalige Leiterin einer Grundschule in Rohrbach,
- eine ehemalige Leiterin des Quartiersmanagements im Hasenleiser.

Die Auswahl der Befragten basierte auf den Erfahrungen des Verfassers im Feld der Untersuchung. Es sind Menschen, deren Engagement er über viele Jahre hinweg verfolgen konnte, sodass er den Ausgewählten die Expert:innen-Rolle weitgehend gesichert zuschreiben konnte (Bogner/Menz 2002, S. 40). Erfahrungen aus anderen Befragungen zeigen, dass es sinnvoll sein kann, nicht nur die Expert:innen aus der ersten Reihe, die Vorsitzenden/Leiter:innen von Vereinen und Institutionen zu befragen. Diese üben häufig repräsentative Funktionen aus und wägen u. U. stärker als andere ab, was sie preiszugeben bereit sind (Bogner/Littig/Menz 2002, S. 40; Kaiser 2021, S. 155 f.). Deshalb kamen in den Interviews auch Menschen aus der zweiten Führungsebene bzw. einfache Mitglieder oder ehemalige Aktive zu Wort.

Ehrenamtsorganisationen für die Befragung

Interviewt wurden Aktive aus den folgenden Vereinen und Organisationen:

Bezirksbeirat

Nach der Gemeindeordnung Baden-Württembergs (Landesrecht BW Bürgerservice 1999) können Städte und Gemeinden Teile ihres Gebietes zu Bezirken zusammenfassen und dort Bezirksbeiräte bilden ([> 6. Die Stadtteilkulturen und der gesellschaftliche Zusammenhalt > Die Stadt Heidelberg > Bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden in Heidelberg > Bezirksbeiräte](#)). Die Beiräte werden in Heidelberg nach jeder Gemeinderatswahl durch den Gemeinderat auf Empfehlung der Parteien benannt. Im Juni 2024 waren im Rohrbacher Bezirksbeirat 22 Personen vertreten, davon 18 mit Stimmrecht. Die größte Fraktion stellten Bündnis 90/Die Grünen, gefolgt von SPD und CDU. Jeweils ein Mitglied stellten Die Linke, Die Heidelberger, Heidelberg in

Bewegung, die Grün-Alternative Liste, die PARTEI, FDP, Bunte Linke und AfD. Die Kinderbeauftragte und ihre Stellvertreterin, der Stadtteilvereinsvorsitzende und ein Vertreter des Quartiersmanagements sind ohne Stimmrecht ebenfalls Mitglieder⁷⁷.

Collegium Academicum (CA)⁷⁸

Der Name des selbstverwalteten Wohnheim Collegium Academicum (CA) verweist auf ein Wohnheim, dass bis in den 1970er Jahren in der Heidelberger Altstadt existiert hatte und eine der Keimzellen für die Studentenbewegung in der Stadt war. Das aktuelle Projekt konzipierte eine Gruppe von Studierenden und realisierte es über Spenden, Direktkredite und öffentliche Fördermittel. Auf dem Gelände des ehemaligen Rohrbacher US-Hospitals entstand ein Gebäudekomplex, in dem inzwischen etwa 180 junge Menschen wohnen. Zurzeit entstehen in einem Bestandgebäude nebenan weitere Wohnungen, u. a. für ein Orientierungsjahr für junge Menschen »falt*r«⁷⁹.

Das CA ist ein Modellprojekt für selbstverwaltetes Wohnen „... durch konsensorientierte und transparente Strukturen in einer demokratisch organisierten Selbstverwaltung“⁸⁰. Das Gebäude und seine Ressourcen sollen auch eingebunden werden in das neu entstehende Quartier auf dem Gelände des ehemaligen Hospitals. Das Collegium Academicum verfügt über eine große Aula, die es auch an Vereine und Gruppen aus dem Stadtteil vermietet. Aktive des Wohnheims kooperieren u. a mit dem Quartiersmanagement Hasenleiser und mit dem Stadtteilverein.

Eichendorff-Grundschule⁸¹

Im Schuljahr 2022/23 besuchten 260 Kinder die Eichendorff-Grundschule in 11 Klassen. Das 110 Jahre alte Schulhaus wurde vor einigen Jahren renoviert und im Rahmen einer Ortskernsanierung wurde 2013 auch der Schulhof aufwändig neugestaltet. Die Schule verfügt über einen gemeinnützigen Förderverein⁸². Die Schule engagiert sich beim Sommertagszug und beim Seniorenherbst, sie kooperiert mit Sportvereinen, dem Stadtteilverein und einem Blasorchester.

Freiwillige Feuerwehr⁸³

Die Freiwillige Feuerwehr Rohrbach wurde in Ende des 19. Jahrhunderts gegründet. Anlass waren verheerende Großbrände, auf die Helfer aufgrund mangelnder Ausbildung und fehlender Ausrüstung nicht adäquat reagieren konnten. Das heutige Ausrückegebiet der Freiwilligen Feuerwehr umfasst die Stadtteile Rohrbach, Boxberg, Emmertsgrund, Südstadt sowie Teile der Weststadt.

77 https://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/kp0040.asp?_kgrnr=206 (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

78 <https://collegiumacademicum.de> (zuletzt aufgerufen am 15.12.2023)

79 <https://falt.r.de>. Zuletzt aufgerufen am 20.05.2024 (zuletzt aufgerufen am 15.12.2023)

80 https://collegiumacademicum.de/media/2018_Flyer.pdf (zuletzt aufgerufen am 15.12.2023)

81 <https://www.eichendorffschule-heidelberg.de/> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

82 <https://sslsites.de/foerdervereineichendorffschule.de/> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

83 <https://www.heidelberg.de/Feuerwehr,Lde/feuerwehr/Freiwillige+Feuerwehr/Rohrbach.html> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

Kinderbeauftragte⁸⁴

In jedem Heidelberger Stadtteil gibt es zwei Kinderbeauftragte, die die Interessen von Kindern vor Ort vertreten und Bindeglied zwischen dem Stadtteil und der Verwaltung sein sollen⁸⁵. Die Kinderbeauftragten sind als nicht-stimmberechtigte Mitglieder in ihren jeweiligen Bezirksbeiräten vertreten. Sie können außerdem im Gemeinderat oder dessen Ausschüssen beratend tätig werden. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Verkehrsfragen, Spiel und Freizeitangebote und eine familienfreundliche Stadtentwicklung.

Evangelische Melanchthongemeinde, Kirchengemeinderat/Ältestenkreis⁸⁶

Im Stadtteil vertreten sind u. a. die Katholische Gemeinde St. Johannes, die Evangelisch-Lutherische Gemeinde und die Evangelische Melanchthongemeinde. Letztere wird von einem Ältestenkreis geleitet, der aus zwei Pfarrerinnen besteht und aus Gemeindemitgliedern, die gewählt oder später vom Ältestenkreis nachbestimmt wurden.

Männergesangsverein Liederkranz⁸⁷

Der 1904 gegründete Liederkranz ist einer der drei großen Chöre im Stadtteil Rohrbach, der letzte, der nach wie vor als Männergesangsverein agiert. Er hat einen festen Platz im Leben des Stadtteils, richtet selbst Veranstaltungen wie das jährliche Mai-Ansingen aus und bereichert offizielle Feierlichkeiten mit dem Anspruch auf „... Offenheit für Neues, Toleranz und Respekt ...“.

Obst, Garten und Weinbauverein⁸⁸

Rohrbach lebte bis zur Industrialisierung fast ausschließlich von Acker- und Weinbau. Der Obst, Garten und Weinbauverein [sic!] (OGWV) war in seinen Anfangsjahren vor allem Interessenvertretung der Landwirte. Aktuell gibt es nur noch drei Weingüter im Haupterwerb und einige Feierabendwinzer. Heimatpflege, das Rohrbacher Landschaftsbild und die Tradition des Weinbaus stehen heute im Mittelpunkt der Vereinstätigkeit des OGWV. Er realisierte mit Partnern den Erlebniswanderweg Wein und Kultur⁸⁹ und stellt seit 1989 die Heidelberger Weinkönigin.

Quartiersmanagement

Seit November 2019 arbeitet im Hasenleiser ein Quartiersmanagement. Ziele sind u. a. die Wohn- und Lebensqualität vor Ort zu erhöhen und Gemeinwesen-orientierte, soziale Strukturen und Netzwerke zu stärken, das bürgerschaftliche Engagement zu steigern sowie Menschen mit Migrations-

84 <https://www.heidelberg.de/hd/HD/Leben/Kinderbeauftragte.html> (zuletzt aufgerufen am 15.12.2023)

85 <https://www.heidelberg.de/hd/HD/Leben/Kinderbeauftragte.html> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

86 <https://ekihd.de/gemeinden/melanchthongemeinde-rohrbach/kontakt/aeltestenkreis/> (zuletzt aufgerufen am 15.12.2023)

87 <https://www.liederkranz-hd-rohrbach.de/ueber-uns/> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

88 <http://ogwv-rohrbach.de/chronik/> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

89 <http://weinwanderweg-rohrbach.de/> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

hintergrund und solche mit Behinderungen besser zu integrieren ([> 6. Die Stadtteilkulturen und der gesellschaftliche Zusammenhalt > Quartier Hasenleiser > Das Quartiersmanagement](#)).

Schützengesellschaft⁹⁰

Die Schützen-Gesellschaft Rohrbach wurde 1924 gegründet. Sie errichtete 1926 im Gewann Hangäcker im Hasenleiser in einer ehemaligen Kiesgrube Schießstände und einen Aufenthaltsraum. 1945 wurde der Verein durch die Besatzungsmächte aufgelöst und die Gebäude zerstört. Nach Aufhebung des Verbots 1952 baute man die Anlage wieder auf. Die Schützengesellschaft beteiligt sich mit Veranstaltungen am Stadtteilleben und mit einem Salutschießen zur Eröffnung der Kerwe.

Soziokulturelle Initiative *der punker*

[Wie bereits im Kapitel „Vorwissen und Bezüge zum Untersuchungsfeld“ dieser Arbeit beschrieben](#), ist *der punker* eine soziokulturelle Initiative, die mit Aktionen zur Verkehrssicherheit startete. Heute organisiert sie hauptsächlich Kabarett- und Musikveranstaltungen. *Der punker* kooperiert häufig mit dem Stadtteilverein.

Stadtteilverein Heidelberg-Rohrbach⁹¹

In seinen Anfangsjahren kümmerte er sich der 1896 gegründete Rohrbacher Stadtteilverein vor allem um die Verbesserung der Infrastruktur des Dorfes und den Sommertagszug. Seit der Eingemeindung nach Heidelberg 1927 liegt der Schwerpunkt auf der Vertretung der Interessen Rohrbachs gegenüber der Stadtverwaltung und dem Erhalt der kulturellen und traditionellen Eigenheiten des Stadtteils. Heute ist der Stadtteilverein u. a. die Dachorganisation der Rohrbacher Vereine. Sein Ziel ist auch die Förderung der Stadtteilkulturen. Der Stadtteilverein führt die traditionellen Brauchtumsveranstaltungen wie Sommertagszug, Kerwe oder Martinszug fort, veranstaltet aber auch Gedenken an die Opfer der Kriege und der Pogromnacht von 1938. Zudem stellten sich in den letzten Jahrzehnten städtebauliche Herausforderungen: der Umbau des zentralen Rohrbach-Markt, Bebauungspläne für das Quartier am Turm, die Ortskernsanierung und die Konversion des ehemaligen US-Hospitals.

Seit 2013 verwaltet der Stadtteilverein das Alte Rathaus, das von Vereinen genutzt und in dem ein kleines Kulturprogramm angeboten wird. Er betreibt zusätzlich das Heimatmuseum und in Zukunft auch das Rohrbacher Kulturhaus, das im ehemaligen Kino der amerikanischen Streitkräfte im Hospital entsteht und die dortige Chapel, die ebenfalls über einen Veranstaltungsraum verfügt und in die das Quartiersmanagement Hasenleiser einziehen soll. Der Verein arbeitet ausschließlich ehrenamtlich und hat derzeit ca. 780 Einzelmitglieder und ca. 50 Mitgliedsvereine und -gruppierungen.

90 <https://www.sg-rohrbach.de/verein/chronik/> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

91 <https://www.stadtteilverein-rohrbach.de/stadtteilverein.html> (zuletzt aufgerufen am 22.08.2023)

Turnerbund Rohrbach⁹²

Der 1889 gegründete Turnerbund ist der zweitgrößte Sportverein Rohrbachs und wird nach wie vor nahezu ausschließlich ehrenamtlich getragen. Seit 1933 verfügt er über ein Sportgelände auf dem Boxberg. Außerdem ermöglicht der Verein Angebote in Sporthallen und Sportgeländen in den Stadtteilen Rohrbach, Boxberg, Emmertsgrund und Bahnstadt. Aktuell hat der Verein ca. 700 Mitglieder. Der Turnerbund engagiert sich auch für den Stadtteil insgesamt, z. B. beim 1250. Stadtteiljubiläum oder bei der jährlichen Kerwe.

Daten der Befragten

Das durchschnittliche Alter der Befragten lag bei ca. 54 Jahren. Der jüngste Befragte war 25 Jahre alt, die beiden ältesten 72 Jahre. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten waren Männer (ca. 54 %): Fast 62 % der Proband:innen sind im Stadtteil geboren oder überwiegend aufgewachsen. Nur eine Person hatte einen Migrationshintergrund. Leider beantwortete die Yavuz Sultan Selim Camii der Türkisch Islamischen DITIB Gemeinde die Anfrage nicht. Da auch in der Führungsebene der Vereine vor Ort derzeit keine Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sind, konnte der Blick dieser Bevölkerungsgruppe auf das Thema im Rahmen der Studie nicht beschrieben werden. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Führungsebene der traditionellen Vereine des Stadtteils scheint bisher nicht befriedigend gelungen zu sein. Eine Klärung der Ursachen war allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

Die Befragung

Pretest

Ziel des Pretests war es, bessere Formulierungen von Fragen und Fragekategorien zu finden und den Aufbau des Fragebogens zu optimieren. Für den Pretest wurde ein erster Entwurf des Fragebogens entwickelt und in einem Testinterview „unter Feldbedingungen“ (Weichbold 2014, S. 302) mit dem Vorsitzenden eines anderen Heidelberger Stadtteilvereins eingesetzt. Für die Wahl dieses Probanden gab es mehrere Gründe:

- Der Befragte hat breite Erfahrungen in der ehrenamtlichen Arbeit. Er leitet seinen Stadtteilverein seit vielen Jahren und ist auch in der Dachorganisation der Heidelberger Stadtteilvereine (ARGE) in leitenden Positionen aktiv. Zudem ist er in diesen Funktionen am Rande auch an der Weiterentwicklung der Bürgerschaftsbeteiligung beteiligt.
- Der Befragte ist dem Verfasser als ein kritischer und reflektierter Mensch bekannt, so dass davon auszugehen war, gemeinsam mit ihm die Fragen konzentriert und wissenschaftlich analytisch testen zu können.
- Der Befragte lebt und wirkt nicht in Rohrbach, sodass der Interviewer in Grenzen testen konnte, ob die Fragestellungen auch unabhängig vom konkreten Stadtteil funktionieren.

92 <https://www.tbrohrbach.de/geschichte/> (zuletzt aufgerufen am 10.06.2024)

Das Interview wurde vollständig durchgeführt und mit zwei Geräten aufgezeichnet. Die Aufmerksamkeit des Interviewers lag dabei auf folgenden Faktoren:

- Verständnisprobleme
- Umfang des Fragebogens und Dauer des Interviews
- Suggestiv- oder Fangfragen, die den Erfolg der Beantwortung gefährden
- Technikprobleme

Das Pretest-Interview dauerte insgesamt etwa 90 Minuten. Es gab eine Unterbrechung, aber die Wiederaufnahme des Gesprächs war unproblematisch. Die Atmosphäre war angenehm, das Gespräch offen und vertrauensvoll. Inhaltlich bestätigten die meisten Aussagen des Interviewten die grundlegenden Thesen. Grundsätzliche Widersprüche zu den Vorüberlegungen gab es nicht. Die Bekanntheit des Interviewers mit dem Interviewten hat die Tendenz befördert, den Interviewer als Mitstreiter und Komplizen zu sehen. Andererseits ermöglichte diese Konstellation auch eine weitgehende Offenheit. Die Audioaufnahme funktionierte gut, sowohl auf dem digitalen Aufnahmegerät als auch auf dem Smartphone.

Die Tatsache, dass der Fragenkatalog ausgedruckt vor dem Interviewer lag, erinnerte ihn und den Interviewten an die nicht alltägliche Interview-Situation.

Überarbeitung des Interview-Leitfadens

Aufgrund der Erfahrung mit dem Pretest wurde der Fragebogen überarbeitet:

- Einige Fragen wurden gekürzt und klarer formuliert.
- Einige Fragen wurden weggelassen.
- Einige Fragen wurden zusammengefasst, da sie sich inhaltlich überschneiden.
- Einzelne Fragen wurde umgruppiert.
- Wiederholungen wurden entfernt.
- Jedem Fragenkomplex wurde eine kurze einleitende Beschreibung vorangestellt, um eine stärkere Fokussierung auf den Themenbereich zu erreichen.

Außerdem lag bei den Interviews der Fokus darauf, flexibler mit dem Fragenkatalog umzugehen und sicherer auf Abschweifungen zu reagieren. Dazu wurde eine Checkliste erstellt, die vor jedem Interview nochmals daran erinnern sollte,

- ein Präskript zu erstellen,
- eine spezifische Einleitung für das Interview zu überlegen,
- eine spezifische Begründung für die Wahl der/des Interviewten festhalten,
- vor dem Interview die Aufnahmegeräte zu laden/zu testen,
- zum Interview einen Filzstift zum Einzeichnen der gefühlten Stadtteilgrenzen mitzunehmen,
- nach dem Interview sofort ein Postskript zu erstellen.

Interviewanfrage mit Informationen zum Forschungsvorhaben

Die Interviewanfrage⁹³ enthielt

- Angaben zum Rahmen der Dissertation,
- Angaben zur persönlichen Motivation des Interviewers,
- eine Begründung für die Wahl der/des Angesprochenen,
- eine Beschreibung des Ablaufs der Befragung und der eingesetzten technischen Hilfsmittel,
- eine Darstellung des Umgangs mit den Daten im Anschluss an das Interview (Transkription und Auswertung),
- Hinweise zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz,
- den angestrebten terminlichen Rahmen und
- Kontaktmöglichkeiten für eine Rückmeldung.

Die Anfragen wurden inhaltlich jeweils leicht an die Angefragten angepasst. So wurde z. B. in manchen Fällen der Schwerpunkt stärker auf das lebenslange Lernen gelegt, in anderen auf die antizipierte integrierende Funktion der Vereine. Nicht zuletzt beinhaltete die Interviewanfrage Hinweise zur Sicherung der Vertraulichkeit der erhobenen Daten, u. a. die Zusicherung, dass weder der Mitschnitt noch die Transkription an Dritte weitergegeben werden, und dass Aussagen, die in der Arbeit verwendet werden, grundsätzlich anonymisiert werden, sodass nicht auf die Person geschlossen werden kann, von der die Statements stammen.

Der Anfrage hing eine Einwilligungserklärung an, die nochmals auf Datenschutzaspekte hinwies. Beachtet wurden dabei vor allem Artikel 5, DSGVO (Rechtsgrundlage der Erhebung), Art. 13, DSGVO (Informationspflicht) und Artikel 21, DSGVO (Widerspruchsrecht).

Präskript

Vor jedem Interview wurde ein Präskript erstellt, das

- die spezifischen Erwartungen an das Interview festhielt,
- dessen Ziel präziserte und
- potenzielle Schwierigkeiten und mögliche Reaktionen darauf benannte.

93 Ein Muster einer Anfrage findet sich in den Materialien im >Anhang >Materialien dieser Arbeit.

Präskript Interviews

Datum:	25.10.2023
Zeit:	13:00 Uhr
Name:	XXXXXXXXXX

Expertise

XXXXXX ist seit vielen Jahren in den Schützenvereinen Heidelberg-Rohrbach und -Kirchheim aktiv. Er ist auch regional und überregional in diesem Bereich engagiert. Der Rohrbacher Schützenverein beteiligt sich an der lokalen Kultur mit eigenen Veranstaltungen und durch Unterstützung anderer Vereine.

Erwartungen an das Interview

Schwierig zu sagen. Einerseits hat XXXXXXXX ein breites Wissen über ehrenamtliche Strukturen, aber ich kann nicht einschätzen, wie dieses über den Bereich der Schützen hinaus aussieht.

Potenzielle Schwierigkeiten

Ich befürchte, dass XXXXXXXX vorsichtig antworten wird, weil er weiß, dass wir politisch nicht auf einer Linie liegen. Ich glaube auch, dass er davon ausgeht, dass von Menschen, die mir politisch nahestehen, ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Mitgliedern in Schützenvereinen besteht. Es kann auch sein, dass XXXXXXXX mich unbewusst mit haftbar macht für erfolgte und geplante Restriktionen für Sportschützen.

Ich selbst sollte weiterhin versuchen, möglichst klare und kurze Fragen zu stellen und möglichst wenig durch eigene Meinungsäußerungen den Redefluss des Befragten zu unterbrechen.

Einstiegsfrage zur Kontaktaufnahme

Zum Einstieg möchte ich Dich bitten, ein bisschen was über Dich persönlich zu erzählen, wie und wo Du aufgewachsen bist, wo Du zur Schule gegangen bist, vielleicht auch etwas über Deine Familie.

Interviewverlauf

- Vor dem Interview wurde eine Einstiegsformulierung zur Kontaktaufnahme formuliert, die sich auf das Umfeld/Vorwissen des jeweiligen Kontakts bezog.
- Es folgte der Hauptteil mit den Fragenkomplexen zu den Analysedimensionen
- In einem Rückblick erfolgte eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des Interviews, verbunden mit einem Dank für die Teilnahme und die Unterstützung der Arbeit.
- Als Ausblick diente eine kurze Beschreibung der Auswertung des Interviews: Transkription, Kategorisierung, Clustern.
- Am Ende wurde die/der Interviewte gefragt, ob bei Bedarf eine Rücksprache möglich ist.

Interviewleitfaden

Bei der Erstellung des Interviewleitfadens, wurde von folgenden Voraussetzungen ausgegangen:

- Die Dauer der Interviews sollte zwischen 60 und 90 Minuten liegen.
- Es sollte für alle ehrenamtlich Tätigen ein einheitlicher Fragebogen eingesetzt werden.

Für hauptamtlich Arbeitende wurden eigene Leitfaden erstellt mit den meisten allgemein verwendeten Fragen und zusätzlichen Fragen zum ehrenamtlichen Engagement. Zudem wurde die Einschätzung der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen erfragt.

Fragenkatalog

Der Fragenkatalog⁹⁴ enthielt Fragen aus folgenden Komplexen:

- Persönlicher Hintergrund: Beruf und Bildung, sozialer Status, Familie etc.
- Persönlicher Blick auf den Stadtteil: Geografie, subjektive Wertschätzung, persönliche Vernetzung. Einzeichnen des Gebiets: `Mein Rohrbach`
- Ehrenamt: Allgemeine Rahmenbedingungen, Vernetzung, subjektive Bedeutung und öffentliche Anerkennung, Digitalisierung und Probleme im Ehrenamt
- Zusammenhalt: nachbarschaftliches Vertrauen, Heimat/Integration, Segregation/Homophilie
- Lernen: eingebrachte und erworbene Kompetenzen, Transfer des Gelernten, Bildungsangebote des Vereins/Verbands und vonseiten der Stadt/Volkshochschule
- Partizipation und politische Bildung: Politisches Interesse und Engagement, Politik im Verein, Erfahrungen mit der Bürgerschaftsbeteiligung
- Kultur im Stadtteil: Kulturdefinition, Kultur vor Ort und im Verein, traditionelle Kultur

Postskript

Unmittelbar nach Abschluss jedes Interviews wurde in einem Postskript festgehalten:

- die Rahmenbedingungen des Interviews: Interviewte:r, Ort und Zeit,
- nonverbale, nicht zu hörende/transkribierende Besonderheiten des Gesprächs
- die Gesprächsatmosphäre: angenehm/angespannt,
- der Gesprächsverlauf: flüssig/schleppend, weil ...,
- interessante Aspekte, die neben der Forschungsfrage angesprochen wurden,
- äußere Einflüsse: Störungen, Unterbrechungen des Interviews,
- Fortsetzung der Befragung nach einer Störung: einfach/nur mit Mühe.

⁹⁴ Ein Muster dieses Fragenkatalogs findet sich im > Anhang > Materialien dieser Arbeit.

Postskript Interviews

Datum: 25.10.2023

Zeit: 13:00 Uhr

Dauer: 0:57

Name: XXXXXXX

Biografischer Hintergrund der befragten Person

Alter: 72 Jahre

Familienstand/Kinder: verheiratet, zwei Kinder

Interviewsituation

Atmosphäre: angenehm, freundschaftlich

Auffälligkeiten: langes Zögern bei vielen Fragen. Starker Bezug auf das Schützenwesen.

Beschreibung des Verlaufs: Frage-Antwort-Spiel

Besonderheiten bei der Behandlung der Themenkomplexe

Weiterführende Fragen: keine

Blockaden: allenfalls bei Fragen, die mit Bürgerbeteiligung und Politik zu tun hatten.

Themenkomplexe des Interviews, die besonders ertragreich oder unergiebig empfunden wurden:
Digitalisierung im Verein

Wichtige Dinge für Weiterarbeit/die Auswertung

keine

Datenschutz/Vertraulichkeit

Bestätigung, ob Vertraulichkeit zugesichert wurde: ja

Experte wurde auf seine Rechte in Bezug auf die für die Befragung geltenden ethischen Normen hingewiesen:
ja

Datenerfassung und Transkription

Rahmenbedingungen

- Vor Beginn eines Interviews wurden der mögliche Ablauf und potenzielle Störquellen antizipiert und im Präskript festgehalten. Außerdem wurde ein Einstiegsstatement/ eine Einstiegsfrage fixiert.
- Alle Interviews wurden mit einem digitalen Aufzeichnungsgerät festgehalten und zusätzlich über die Aufnahmefunktion eines Smartphones. Nach Überprüfung der Aufzeichnung des Digital Voice Recorders wurde die Smartphone-Aufnahme gelöscht.
- Unmittelbar nach Ende jedes Interviews wurden im Postskript Beobachtungen und Besonderheiten festgehalten und ebenso Hinweise für eine mögliche Anpassung des Fragenkatalogs und der Vorgehensweise für künftige Interviews.

- Alle Interviews wurden vom Interviewer mithilfe von MAXQDA vollständig transkribiert. Damit war einerseits die Basis für die spätere Analyse geschaffen, andererseits ermöglicht es MAXQDA, synchron mit Audio und Text zu arbeiten.
- Auf die Transkriptionen wurden Regeln angewendet, die im Vorfeld festgelegt worden waren (siehe unten).
- Alle Transkripte wurden vollständig anonymisiert. Die Namen der Interviewten wurden durch Pseudonyme ersetzt, die im Duktus das kulturelle Umfeld der Befragten noch erkennen lassen, jedoch keinen Rückschluss auf die konkrete Person zulassen.
- Die Einhaltung der Transkriptionsregeln und die Plausibilität der Transkriptionen wurden in einem zweiten Lesedurchgang systematisch überprüft.

Transkriptionsregeln ⁹⁵	
Transkription	erfolgte wörtlich, nicht lautsprachlich/zusammenfassend
Dialekt	wurde möglichst genau in Hochdeutsch übersetzt
Sprache und Interpunktion: Annähern an Schriftdeutsch.	Annähern an Schriftdeutsch. „Es ist ’n Spezialfall“ → „Es ist ein Spezialfall“
Satzform, bestimmte und unbestimmte Artikel	wurde beibehalten, auch wenn fehlerhaft
Deutliche, längere Pausen: markierten durch Auslassungspunkte in Klammer (...)	wurden durch Auslassungspunkte in Klammer markiert ((...))
Besonders betonte Begriffe	wurden unterstrichen
Sehr lautes Sprechen hervorheben	wurden durch GROSSSCHRIFT hervorgehoben
Zustimmende bzw. bestätigende Lautäußerungen des Interviewers (mhm, aha)	wurden nicht transkribiert, wenn sie den Redefluss der Befragten nicht unterbrochen hatten
Einwürfe in eckige Klammern	in eckige Klammern: [Einwurf]
Interviewer-Absätze	gekennzeichnet mit „I:“
Probanden-Absätze	gekennzeichnet mit „B“
Sprecherwechsel	Einfügen einer Leerzeile
Störungen und deren Ursache	((Störungsursache))
Nonverbale Aktivitäten/ Äußerungen	((lacht))
Unverständliche Wörter	((unv.))
Personenbezogene Angaben	Wurden auch im Transkript anonymisiert/pseudonymisiert
Absatzkennzeichen	Wurden in MAXQDA erzeugt

95 Basiert auf dem Vorschlag von Udo Kuckartz (2018, S. 167 f.)

Erfahrungen mit der Transkription

Automatisches Transkribieren mit f4x und MacWhisper

Eine automatische Transkription über die KI-Lösung von f4 erwies sich als nicht sinnvoll, da die Software dialektgefärbte Wörter nicht sicher erkannte. Ein automatisch erstelltes Transkript eines zehnminütigen Interviewabschnitts erforderte eine Nacharbeit von nahezu einer Stunde.

Die KI-gestützte App MacWhisper gelangte erst nach dem manuellen Transkribieren von 12 der 13 Interviews in den Fokus. Die Software erwies sich bereits in der kostenlosen Version als genauer als die Lösung von f4. Das ist allerdings u. U. darauf zurückzuführen, dass die letzte Befragte im wesentlichen Hochdeutsch sprach. Ein Test mit weiterem Audiomaterial wurde nicht vorgenommen.

Transkribieren mit MAXQDA

Die Transkription mithilfe von MAXQDA benötigte ca. eine Stunde je 10 Minuten Interview. Das Transkribieren half auch bei einer kritischen Einschätzung des eigenen Interviewverhaltens. So fiel z. B. beim Transkribieren des ersten Interviews auf, dass eine Komplizen-Haltung nicht nur von Interviewten ausgehen kann, sondern dass auch der Interviewende dazu tendierte, Aussagen, mit denen er übereinstimme, positiv zu kommentieren. In den folgenden Befragungen wurde deshalb stärker auf dieses Problem geachtet.

Datenschutz

Für die Wahrung der Vertraulichkeit und die Gewährleistung des Datenschutzes wurden Anregungen von Udo Kuckartz (2018, S. 171 f.) aufgegriffen. Namen wurden grundsätzlich durch Decknamen (Pseudonyme) oder Kürzel ersetzt. Dabei wurden wesentliche Merkmale erhalten: Geschlecht, Alter, kultureller Kontext. Falls dies für die Anonymität notwendig war, wurden Ortsnamen durch ähnliche Platzhalter ersetzt (Nachbarstadt) und kalendarische Daten verallgemeinert (Winter 2020) etc. Eine Überblickstabelle für die Entschlüsselung wurde getrennt von den Daten aufbewahrt.

Der Interviewanfrage hing eine Einwilligungserklärung an, die auf Datenschutzaspekte hinwies. Beachtet wurden dabei vor allem Artikel 5 und 6, DSGVO (Grundsätze und Rechtmäßigkeit der Erhebung), Art. 13, DSGVO (Informationspflicht) und Artikel 21, DSGVO (Widerspruchsrecht).

Einschränkend muss gesagt werden, dass die Pseudonymisierung nur in den öffentlich zugänglichen Teilen der Arbeit datenschutzkonform durchführbar ist. Die nicht veröffentlichten Transkripte enthalten so viele personenbezogene Angaben, dass lokale Expert:innen mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Lage wären, auf die Genannten zu schließen. Eine noch weitergehende Pseudonymisierung hätte jedoch eine wissenschaftliche Auswertung der Daten unmöglich gemacht. Deshalb sieht das Datenschutzrecht für Forschungszwecke in den Artikeln § 89, lit (1) und (2) der DSGVO auch eine begründete Ausnahme für die Rechte Betroffener vor⁹⁶. Für eine Veröffentlichung der Arbeit muss diese unter Datenschutzaspekten nochmals überprüft werden.

⁹⁶ Rechte Betroffener: Artikeln 15, 16, 18 und 21, DSGVO.

Auswertung der Interviews

Rahmenbedingungen

Zwischen Mai und Dezember 2023 wurden 13 Interviews durchgeführt. Im Vorfeld der Anfragen war angenommen worden, dass es keine großen Schwierigkeiten machen würde, Interviewpartner:innen zu finden. Das hat sich bewahrheitet – allerdings mit einer Einschränkung: Während die Ehrenamtlichen der traditionellen Rohrbacher Vereine und der soziokulturellen Initiative *der punker* unmittelbar reagierten und mit dem Interview einverstanden waren, war dies bei den Festangestellten nicht der Fall. Hier musste teilweise mehrfach nachgefragt werden. Die islamische Gemeinde in Rohrbach-Süd reagierte gar nicht. Das war allerdings die einzige Stelle, zu der es vorher keine persönlichen Kontakte gegeben hatte. Der Einbezug von nicht-ehrenamtlich arbeitenden Menschen erwies sich als richtig, denn die beiden Interviews ermöglichen Einblicke in die Arbeit des Quartiersmanagements und der Grundschule, die sonst nicht möglich gewesen wären.

Fallbezogene thematische Zusammenfassungen aller Interviews

Udo Kuckartz empfiehlt, nach dem Codieren eine erste systematische thematische Zusammenfassung aller Interviews zu erstellen, eine „resümierende Fallbeschreibung“ aus Sicht der Forschungsfrage. Dieses Case Summary ist eine „faktenorientierte, eng am Text arbeitende Komprimierung“, die darauf abzielt, wesentliche Charakteristika des beschriebenen Einzelfalls zu erfassen (Kuckartz 2018, S. 58). Zur Erstellung der Fallzusammenfassungen, wurden für jeden Fragenkomplex, die codierten Aussagen der Befragten überprüft und dabei die für die Fallzusammenfassung geeignet erscheinenden Aussagen mit einem neuen Code versehen (Case Summary).

Beispiel für die Case-Summary-Codes eines Interviews (Ausschnitt)

B: Also, mein Name ist XXXX. Ich bin ein Rohrbacher Urgestein. Ich bin hier in Rohrbach geboren, bin hier in Rohrbach in die Grundschule gegangen und dann in die Realschule. Nach der Realschule war mein Wunschberuf eigentlich Kindergärtnerin. Ich habe zwei Tanten, die Kindergärtnerinnen sind. Ich habe schon immer gerne mit Kindern gespielt und mich mit Kindern beschäftigt. Aber dann bin ich mit meiner Mutter auf das Arbeitsamt und dort sagte man mir: mit 16 geht da gar nichts. Ich muss 18 sein.

Code: CaseSummary

Zeitungsfang: 0:00:41.4 - 0:01:26.9 [0:00:45.5]

Weitere am Segment vergebene Codes:

Persönliche Daten > Kindheit und Jugend (Gewicht: 0)

Persönliche Daten > Ausbildung/Beruf (Gewicht: 0)

Rohrbach > Wohlbefinden im Stadtteil/Heimat (Gewicht: 0)

B: Ja, zu der damaligen Zeit. Also weder Praktikum noch sonst irgendetwas ... man muss 18 sein, volljährig. Dann habe ich gesagt: „Naja, dann überbrücken wir halt noch zwei Jahre mit Schule.“ Dann sagte die zu mir, ich solle dann auf die Marie-Baum-Schule gehen. Das hat mir aber nicht so behaart. Ich sagte: „Kochen und Nähen und Putzen und Waschen: das kann ich. Da brauche ich nicht in ... Dann habe ich ein kaufmännisches Berufskolleg gemacht und mein Fachabitur. Und war dann mit 18 fertig. Und dann stand wieder die Berufswahl an. Und da sagte ich mir, jetzt habe ich die kaufmännische Laufbahn eingeschlagen, dann bleibe ich dabei. Dann habe ich bei den Stadtwerken Industriekaufmann gelernt. Und war dann 34 1/2 Jahre im Kundenzentrum der Stadtwerke.

Code: CaseSummary

Zeitungsfang: 0:01:27.9 - 0:02:26.8 [0:00:58.9]

Weitere am Segment vergebene Codes:

Persönliche Daten > Ausbildung/Beruf (Gewicht: 0)

Im nächsten Schritt wurden die derart erhobenen Aussagen nochmals geprüft und in komprimierter Form in die Fallzusammenfassung übernommen. In einem letzten Schritt wurden die Überschriften/ Kurzbezeichnungen erarbeitet, die jeder Fallzusammenfassung vorangestellt sind (Kuckartz 2018, S. 59).

Beispiel für die Fallzusammenfassung eines Interviews (Ausschnitt)

Fallzusammenfassung > XXXXXXXX < Unermüdliche Schafferin und Rohrbacher Urgestein

Persönlicher Hintergrund

Alter, Geschlecht, familiäre Situation

- 64 Jahre alt, weiblich
- Verheiratet, 2 Kinder

Beruflicher Werdegang

- wollte schon immer mit Kindern arbeiten, deshalb war ihr Wunschberuf „Kindergärtnerin“. Zu dieser Zeit musste man aber volljährig sein, um diesen Beruf zu ergreifen. Auch ein Praktikum war nicht möglich.
- Zur Überbrückung sollte XXXXXXXX eine hauswirtschaftliche Berufsschule besuchen, was sie aber nicht wollte.
- besuchte stattdessen ein kaufmännisches Berufskolleg und legte dort das Fachabitur ab.
- lernte bei den Stadtwerken „Industriekaufmann.“
- arbeitete fast 35 Jahre im Kundenzentrum der Stadtwerke.

Hobbies

- Keine Hobbies außerhalb des Ehrenamtes.

Persönlicher Blick auf den Stadtteil

Heimatgefühle

- „Ich bin ein Rohrbacher Urgestein. Ich bin hier in Rohrbach geboren, bin hier in Rohrbach in die Grundschule gegangen und dann in die Realschule“.
- „Noch nicht einmal Heidelberger! Rohrbacher bin ich!“.
- Ein Wort: Heimat
- Verbringt mindestens 90 % ihrer Freizeit im Stadtteil.

Gemiedene Orte

Im eigentlichen Interview selbst verneint XXXXXXXX die Frage, ob es in Rohrbach Orte gäbe, in denen sie sich unwohl fühle. Nach dem Abschluss des Interviews und dem Ausschalten des Aufnahmegeräts sagte sie, ihr seien im Nachhinein doch zwei Orte aufgefallen, auf die das zutrifft: zum einen den Bereich im Umfeld der Freiburger Straße 1 und 3. Als sie auf dem Rückweg von der Wohnstätte der Lebenshilfe nach Hause dort vorbeigehen musste, habe sie immer ein ungutes Gefühl gehabt und die Straßenseite gewechselt habe, sogar im Hellen. Dort hätten häufig merkwürdige Gestalten herumgestanden. Der zweite Ort war das Gässchen parallel zur Leimer Straße, (das „Scheißgässchen“ für die Hunde). Ihr selbst sei dieser Weg gar nicht so unangenehm gewesen, aber ihr Mann habe gesagt, sie dürfte im Dunkeln da nicht durchgehen. Warum das so sei, könne sie selbst nicht nachvollziehen, denn sie habe noch nie gehört, dass es dort zu irgendwelchen Übergriffen gekommen sei.

Erste Gesamtübersicht über die Aussagen aller Befragten zu jedem Themenkomplex

Unabhängig davon, ob als relevant für die Fallzusammenfassung angesehen oder nicht, wurden nun für jeden Fragenkomplex die codierten Aussagen aus allen Interviews zusammengestellt, überprüft und schließlich eine erste Gesamtübersicht über die Aussagen aller Befragten zum jeweiligen Komplex erstellt. Im Anschluss wurde eine grobe Einschätzung vorgenommen, welche Aussagen in Bezug auf die Forschungsfrage relevant für die weitere Auswertung sind. Diese Aussagen wurden mit wichtig codiert und dienten als Grundlage für die qualitative Auswertung.

Beispiel für die Erfassung von als wichtig erachteten Aussagen zu einem Themenkomplex (Ausschnitt)

	1	C: Lernen lebenslang
	2	Also prinzipiell war mein Spruch schon immer: man lernt nie aus. Ob jung ob alt, man muss sich überall weiterbilden. Und wenn es geht auch - das hat wieder mit integrieren zu tun - (...) wenn man nicht mehr lernt, hat man einen Stillstand meiner Meinung nach. Dein Gehirn steht still, du denkst nicht mehr in die Zukunft weiter. Und wenn du die Zukunft nicht weiter denkst, dann denkst du auch nicht mit Strahlen nach außen, in deine Umgebung hinein, was machen die, was machen das. Vielleicht ist das jetzt ein bisschen kompliziert gesprochen ...
	3	Code: ● Lernen > Lebenslanges Lernen Gewicht: 0
	4	Fröhlich > Aufnahme Fröhlich, Pos. 163
..Wichtig	5	Was die lernen? Die lernen mehrere Dinge. Zunächst bekommen Sie es immer wieder gelehrt, Disziplin zu halten. und das ist in so einem Club schon einmal wichtig. zweitens werden immer wieder neue Lieder gelernt. und das fordert einen ja. Und drittens zieht man auch alte Lieder wieder hervor damit die neuen, die im Verein sind, diese Lieder auch mitsingen können. und nicht immer nur mit einem Blatt Papier, sondern dass man das auch im Kopf hat.
	6	Code: ● Lernen > Lebenslanges Lernen Gewicht: 0
	7	Fröhlich > Aufnahme Fröhlich, Pos. 165
..Wichtig	8	Ja, da gibt es einen wirtschaftlichen Bereich, da gibt es die Bedienungen, da gibt es die Leute, die das organisatorisch regeln. Im Vorfeld ist schon klar, wer wo was macht. Einer bestückt die Kühlschränke, die anderen stellen die Tische und messen sie aus, die Reihen, die Abstände etc. und die anderen richten im Vorraum den Ausschank. Dann wird festgelegt, wer das Essen macht. Der XXX zum Beispiel, der ist immer unser Wurstmeister. Er war dieses Jahr total stolz, dass keine einzige Wurst übrig geblieben ist, alles war weg. Das ist eigentlich eine organisatorische Aufgabe.
	9	Code: ● Lernen > Lebenslanges Lernen Gewicht: 0
	10	Fröhlich > Aufnahme Fröhlich, Pos. 169

Erarbeitung der Kernaussagen

Auf Grundlage der Zusammenstellung der relevanten Aussagen für die weitere Auswertung (codiert mit wichtig) wurden nun für jeden Unterthemenkomplex Kernaussagen in Bezug auf die Forschungsfrage identifiziert und mit Kernaussage codiert. Nun wurde in MAXQDA die Überschneidung von inhaltlichem Code (z. B. ... Ehrenamt ... Probleme ... Politische und Interessenskonflikte) mit dem Code Kernaussage aufgerufen, nach Word exportiert und dort inhaltlich geclustert. Das so entstandene Dokument diente als Grundlage für den letzten Schritt der Inhaltsanalyse.

Beispiel für die Überschneidung von Kernaussagen zu einem Themenkomplex (Ausschnitt, Markierung: signifikante Teile der Kernaussagen)

Ehrenamt Probleme Politische und Interessenskonflikte

17.01.24

Und ich glaube auch das, was in letzter Zeit in den Medien war, von wegen Angriffe auf Rettungskräfte ... ich glaube, dass das ein Stück weit ... das gab es schon immer, also ich bin 2000 auch schon einmal angeriffen worden in der Silvesternacht, aber das häuft sich jetzt ...

Code: • Gewicht: 0

Interviews > Reinhardt > Aufnahme Reinhardt, Pos. 42

Wir hatten Brandmeldealarm, auf dem Boxberg oben, auf dem Emmertsgrund. Dann sind wir mit dem Feuerwehrauto hoch gefahren und wollten diese Einrichtung kontrollieren, wo der Melder eingelaufen ist. Und ich steige aus dem Auto aus und dann hat einer von oben mit Leuchtraketen auf uns geschossen. Und dann bin ich zurück ins Auto und habe gesagt: „Wir stehen unter Beschuss, ich kann nicht anfahren! ... alles klar ...“. Und danach war es dann auch so, dass immer die Polizei mit angerückt ist. Wie gesagt: das gab es schon immer. Und ich bin mir nicht ganz sicher, ob es das nicht schon seit 2000 immer wieder gibt und man jetzt nur mehr darüber redet, weil die Medien viel schneller sind. Da bin ich mir nicht sicher. Wenn man Zahlen von der Polizei oder Feuerwehr hört, dann geht es schon nach oben. Auch die schwere Angriffe, glaube ich, hat sich verändert.

Code: • Gewicht: 0

Interviews > Reinhardt > Aufnahme Reinhardt, Pos. 44

Interessenskonflikte

Das war, als ich kam, der Hof, die Hofnutzung. Wie man den Hof nutzt, wer da rein darf und welche Gelder da reingeflossen sind von der Stadt. Und ob das dann nur schulisch genutzt wird, oder nicht. Das war am Anfang ein Thema. Aber das haben wir auch miteinander im Gespräch gut lösen können. Das war halt ... Ich habe immer den Eindruck gehabt: der Ort hat Verständnis für die Schule. Für die Belange der Schule. Und da sind solche Stadtteilvereinsvorsitzende ganz wichtig. Denn die sind ja die Ansprechpartner. Und in dem Moment, in dem der signalisiert: „Hey, das kriegen wir schon hin!“ war es dann auch gut.

Code: • Gewicht: 0

Interviews > Schmidt-Erhard > Aufnahme Schmidt-Erhard, Pos. 84

Theoriegeleitete Analyse und Interpretation

Im nächsten Schritt wurden die geclusterten Kernaussagen analysiert und interpretiert. Im Zentrum standen dabei nicht die Aussagen der Befragten an sich, sondern deren Relevanz in Bezug auf die aus dem theoretischen Teil der Arbeit abgeleiteten Grundüberlegungen.⁹⁷

Schließlich wurden die einzelnen Analysekomplexe noch einmal überprüft und inhaltlich gebündelt, um die Basis für eine abschließende konzentrierte Beurteilung der Ergebnisse der Studie im Hinblick auf die auf der Literaturanalyse wissenschaftlichen Vorkenntnisse zu bilden.

Das Ergebnis dieses Analyseschritts ist die themenbezogene Auswertung der Interviews.⁹⁸

⁹⁷ Siehe: > Anhang > Untersuchungskonzeption und Forschungsbericht > Forschungsfrage und theoretische Vorüberlegungen

⁹⁸ Siehe: > 7. Qualitativer Teil > Themenbezogene Auswertung der Interviews

Materialien

Übersicht über Akteure in den Stadtteilkulturen in Heidelberg-Rohrbach (Stand: 09-2023)

Name	Organisationsform	Arbeitsbereich	Kategorien ⁹⁹
Berufsbildungswerk Mosbach-Heidelberg	Eingetragener Verein	Bildung	Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene
Berufsbildungswerk Mosbach-Heidelberg (Diakonie)	Eingetragener Verein	Bildung	Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene
BiWAQ	Städtisches Amt	Bildung	Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene
Thoraxklinik-Heidelberg	Staatlich	Gesundheit	Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene
Kinder- und Jugendtreff Hasenleiser (Caritasverband)	Eingetragener Verein	Kinder- und Jugend	Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene
Heidelberger Carneval Club Blau-Weiß 1960 e. V.	Eingetragener Verein	Karneval	Freizeit und Geselligkeit
Bayern- & Gebirgstrachtenverein Heidelberg e.V.	Eingetragener Verein	Brauchtum	Heimatkunde
Heimatismuseum (Stadtteilverein)	Eingetragener Verein	Geschichte	Heimatkunde
Siedlungsgemeinschaft Höllenstein e.V.	Eingetragener Verein	Mieter	Heimatkunde
Stadtteilverein Heidelberg-Rohrbach e.V.	Eingetragener Verein	Stadtteilkulturen	Heimatkunde
Lebenshilfe Heidelberg	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Integrative Bildung
habito e.V.	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Integrative Bildung
Offene Hilfen der Lebenshilfe Heidelberg e. V.	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Integrative Bildung
Lebenshilfe Heidelberg e. V.	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Integrative Bildung

99 in Anlehnung an Freiwilligensurvey 2019 (Kausmann 2021, S. 88)

Heidelberger Werkstätten der Lebenshilfe Heidelberg e. V.	Eingetragener Verein	Integration	Integrative Bildung
IFA Heidelberg - Umzüge, Transporte, Entrümpelungen, Baudienstleistungen, Gartenpflege	Eingetragener Verein	Integration	Integrative Bildung
Wohnverbund der Lebenshilfe Heidelberg e. V.	Eingetragener Verein	Integration	Integrative Bildung
Habito e. V.	Eingetragener Verein	Integration	Integrative Bildung
Mehrgenerationenhaus Heidelberg Schweizer Hof	Eingetragener Verein	Integration	Integrative Bildung
NBHilfe Heidelberg-Süd (Nachbarschaftshilfe Heidelberg -Süd)	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Kirchlicher und religiöser Bereich
Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Heidel- berg	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Kirchlicher und religiöser Bereich
Adventgemeinde Heidelberg	Glaubensgemein- schaft	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Evangelische Melanchthongemeinde Heidelberg-Rohrbach	Glaubensgemein- schaft	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Katholische Kirchengemeinde St. Johannes	Glaubensgemein- schaft	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Freie Christliche Schule Heidelberg e. V.	Glaubensgemein- schaft	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Freie Christliche Gemeinde Heidelberg e. V.	Eingetragener Verein	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Thomas	Glaubensgemein- schaft	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Neuapostolische Kirche Heidelberg-Rohrbach	Eingetragener Verein	Religion	Kirchlicher und religiöser Bereich
Seniorenzentrum Rohrbach	Eingetragener Verein	Senioren	Kommunal: Sozialer Bereich
Seniorenzentrum Rohrbach des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Heidelberg	Glaubensgemein- schaft	Senioren	Kommunal: Sozialer Bereich
Quartiersmanagement Hasenleiser (Caritas)	Eingetragener Verein	Stadtteilkulturen	Kommunal: Sozialer Bereich

Bürgeramt Rohrbach	Städtisches Amt	Städtisches Amt	Kommunal: Verwaltung
Evangelischer Männerverein Rohrbach	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
MGV Liederkranz 1904 e.V.	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
MGV Sängerbund 1856 Heidelberg-Rohrbach	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
musikfürsorge rorbach	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
Rohrbacher Kantorei	Glaubensgemein- schaft	Musik, Gesang	Kultur und Musik
Sängereinheit 1910 Heidelberg-Rohrbach e.V.	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
Musikverein HD-Rohrbach 1956 e.V. (ehemals Spielmannsverein)	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
Popchor Modern United, gemischt	Eingetragener Verein	Musik, Gesang	Kultur und Musik
Briefmarken-Sammlerverein Heidelberg und Rohrbach 1891 e.V.	Eingetragener Verein	Philatelisten	Kultur und Musik
der punker e.V.	Eingetragener Verein	Stadtteilkulturen	Kulturelle Bildung
Verein Quartier am Turm	Eingetragener Verein	Stadtteilkulturen	Kulturelle Bildung
Treff am Turm	Eingetragener Verein	Stadtteilkulturen	Kulturelle Bildung
Dachsbuckel, Winzerhof	Gewerbe	Lokales Gewerbe	Lokales Gewerbe
Dormenacker Hof	Gewerbe	Lokales Gewerbe	Lokales Gewerbe
Buchhandlung am Eichendorffplatz	Gewerbe	Lokales Gewerbe	Lokales Gewerbe
Buchhandlung am Eichendorffplatz (Kartenverkauf)	Gewerbe	Stadtteilkulturen	Lokales Gewerbe
Schreibwarenhandlung Hofmann (Kartenverkauf)	Gewerbe	Stadtteilkulturen	Lokales Gewerbe
AGAPLESION BETHANIEN LINDENHOF Seniorenheim	gGmbH	Senioren	Lokales Gewerbe: Senioren
AGAPLESION MARIA VON GRAIMBERG gGmbH Seniorenheim	gGmbH	Senioren	Lokales Gewerbe: Senioren
advivo DER Pflegedienst Pflegedienste	Gewerbe	Senioren	Lokales Gewerbe: Senioren

Pflegeteam 365	Gewerbe	Senioren	Lokales Gewerbe: Senioren
Polizeirevier Heidelberg-Süd	Öffentliche Institution	Sicherheit	Lokales Gewerbe: Senioren
Jugendhof Heidelberg e.V.	Eingetragener Verein	Kinder- und Jugend	Naturkunde
Kleintierzuchtverein C33 Rohrbach	Eingetragener Verein	Natur, Umwelt, Klimaschutz	Naturkunde
Obst, Garten & Weinbauverein Rohrbach	Eingetragener Verein	Natur, Umwelt, Klimaschutz	Naturkunde
nach und nach e.V.	Eingetragener Verein	Politik und politische Interessenvertretung	Politik und politische Interessenvertretung
Schwetzingen Tibethilfe e.V.	Eingetragener Verein	Politik und politische Interessenvertretung	Politik und politische Interessenvertretung
CDU Ortsverband Rohrbach	Politische Partei	Politik	Politik und politische Interessenvertretung
SPD Ortsverein Rohrbach-Hasenleiser	Politische Partei	Politik	Politik und politische Interessenvertretung
Bezirksbeirat	Kommunales Gremium	Politik, Bürgerbeteiligung	Politik und politische Interessenvertretung
Kinderbeauftragte	Kommunales Gremium	Politik, Bürgerbeteiligung	Politik und politische Interessenvertretung
Förderverein der Eichendorffschule	Eingetragener Verein	Förderverein	Schule oder Kindergarten
Freunde der IGH	Eingetragener Verein	Förderverein	Schule oder Kindergarten
Kindergärten Pustblume der Lebenshilfe Heidelberg e. V.	Eingetragener Verein	Integration	Schule oder Kindergarten
Rohrbacher Kinderstube e.V.	Eingetragener Verein	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Evangelischer Kindergarten Paula Heck	Glaubensgemeinschaft	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Freier Christlicher Kindergarten Heidelberg e. V.	Glaubensgemeinschaft	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Heidelberger Bewegungskrippe	Eingetragener Verein	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Institut für Jugendmanagement	gGmbH	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten

Katholischer Kindergarten St. Benedikt	Glaubensgemeinschaft	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Kindergarten St. Theresia	Glaubensgemeinschaft	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Marie-Bertha-Coppius-Schulkindergarten für Sprachbehinderte	Formelle Bildungsinstitution	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Montessori Zentrum Heidelberg e. V. Grund- und Gemeinschaftsschule	Formelle Bildungsinstitution	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Montessori Zentrum Heidelberg e.V. – Kinderhäuser	Formelle Bildungsinstitution	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Rohrbacher Kinderstube e.V.	Eingetragener Verein	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Sport-Kindergarten Heidelberg	Eingetragener Verein	Kinder- und Jugend	Schule oder Kindergarten
Eichendorff-Grundschule	Formelle Bildungsinstitution	Schulwesen	Schule oder Kindergarten
IGH Internationale Gesamtschule Heidelberg	Formelle Bildungsinstitution	Schulwesen	Schule oder Kindergarten
Internationale Gesamtschule Heidelberg (IGH)	Formelle Bildungsinstitution	Schulwesen	Schule oder Kindergarten
Arbeiterwohlfahrt Rohrbach	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Sozialer Bereich
VDK Ortsgruppe Rohrbach	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Sozialer Bereich
Secondhand Kaufhaus „bric + brac“	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Sozialer Bereich
Arbeitsgruppe Asyl – Rohrbach sagt ja	Verein	Integration	Sozialer Bereich
AC Germania 1889 e.V.	Eingetragener Verein	Sport	Sport
FG Rohrbach	Eingetragener Verein	Sport	Sport
Judo-Club Jukadio GmbH	Eingetragener Verein	Sport	Sport
Reit- & Fahrverein Heidelberg-Rohrbach e.V.	Eingetragener Verein	Sport	Sport
Schachclub 1949 Rohrbach-Boxberg	Eingetragener Verein	Sport	Sport
Schützengesellschaft 1924 e.V.	Eingetragener Verein	Sport	Sport
Turnerbund 1889 Rohrbach e. V. (TBR)	Eingetragener Verein	Sport	Sport

TSG 1889 Rohrbach e.V.	Eingetragener Verein	Sport	Sport
Reitanlage Astor & Kindertagespflege „die Hofkinder“	Gewerbe	Sport	Sport
Collegium Academicum	Eingetragener Verein	Wohnprojekt	Studium: Wohnprojekt
Straßenkatzen e.V.	Eingetragener Verein	Natur, Umwelt, Klimaschutz	Umwelt, Natur- und Tier- schutz
Verein zur Förderung der Feuerwehr Heidel- berg, Abt. Rohrbach e.V.	Eingetragener Verein	Förderverein	Unfall- oder Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr
DRK Bereitschaft Süd	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Unfall- oder Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr
Freiwillige Feuerwehr Heidelberg Abteilung Rohrbach	Eingetragener Verein	Hilfsorganisation	Unfall- oder Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr

Interviewanfrage mit Informationen zum Forschungsvorhaben

Die Interviewanfrage wurde jeweils leicht an die angefragte Person angepasst. Z. B. wurde der Schwerpunkt stärker auf das lebenslange Lernen gelegt oder auf die integrative Kraft der Vereine, dies nach Einschätzung der ehrenamtlichen Schwerpunkte der angefragten Person. Die verwendeten Interviewanfragen sind in MAXQDA dokumentiert.

Beispiel für eine Interviewanfrage

Liebe Karin,

als ich im letzten Jahr auf meine Rente zugegangen bin, habe ich mir viele Gedanken gemacht, wie mein bisheriges Leben verlaufen ist. Dabei ist mir klar geworden, dass eine Sache liegengeblieben ist: ich hatte Erziehungswissenschaften studiert und wäre auch gerne am Institut geblieben. Aber als alleinerziehender Vater war das nicht möglich. So bin ich an einer Volkshochschule gelandet und dort auch, wenn auch zum Schluss nur einen Tag in der Woche, 40 Jahre geblieben. Wie gesagt: ich habe mir letztes Jahr überlegt, was in meinem Leben liegengeblieben ist. Und ich habe mich entschieden, noch einmal an die Uni zu gehen und meine Dissertation nachzuholen.

Um was geht es genau?

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts die Verhältnisse in Dörfern und Städten von entscheidender Bedeutung sind. Das ist auch kein Wunder, denn in den Stadtteilen und Quartieren werden die Stärken einer Gesellschaft, aber auch deren Defizite am deutlichsten spürbar. Deshalb verfügen die Kulturen in den Stadtteilen über ein enormes Potenzial für Integration und Kräftigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diese Stadtteilkulturen werden von einer Vielzahl von Aktiven getragen, von Vereinen und Initiativen, Bildungseinrichtungen, Firmen, Kirchen, Kunst- und Kulturschaffenden, Seniorenzentren, Bezirksbeiräten, von Bürgerinnen und Bürgern. Das Leben, das sie in die Stadtteile bringen, ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass sich Alteingesessene zuhause fühlen und Zugezogene ankommen können. Im Rahmen meiner Arbeit möchte ich in Interviews mit Expertinnen und Experten fragen, wie diese die Ergebnisse empirischer Untersuchungen beurteilen. Ist das freiwillige Engagement im Quartier wirklich wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wie schätzen Aktive selbst ihren Beitrag für die Gesellschaft ein? Welche Schwerpunkte setzen sie in diesem Zusammenhang in ihrer (ehrenamtlichen) Arbeit?

Warum möchte ich dich befragen?

Um meine Forschungsfrage zu verfolgen, habe ich bereits ein Dutzend Interviews geführt. Mit dir würde ich gerne sprechen, weil Du Dich als Ehrenamtliche nicht nur im Rahmen der Melanchthongemeinde immer aktiv in das Leben des Stadtteils eingebracht hast. Deine Erfahrungen und Einschätzungen wären für mich wichtig.

Wie läuft das Interview ab und was passiert mit den erhobenen Forschungsdaten?

Der Ort, an dem wir uns treffen würden, spielt keine Rolle, es könnte bei Dir zuhause sein, bei mir oder im Alten Rathaus. Ich würde mich freuen, wenn du Dir für das Interview etwa 60 Minuten Zeit nehmen würdest und würde das Gespräch gerne aufzeichnen. Die Aufzeichnung würde im Anschluss von mir transkribiert ausgewertet: inwiefern bestätigen die Aussagen der Interviewten das, was die wissenschaftliche Literatur zum Thema zu sagen hat, inwiefern widersprechen sie dem?

Wird das, was Du sagst, vertraulich behandelt?

Im Interview können auch Dinge zur Sprache kommen, bei denen es sich um sogenannte 'personenbezogene Daten' im Sinne des Datenschutzes handelt. Du kannst darauf vertrauen, dass ich die Regeln des Datenschutzes strikt einhalten werde. Weder der akustische Mitschnitt noch der übertragene Text werden an Dritte weitergegeben. Aussagen, die ich in meiner Arbeit verwende, werden grundsätzlich anonymisiert, d.h. die Wiedergabe erfolgt so, dass nicht auf die Person geschlossen werden kann, von der die Statements stammen. Beiliegend findest du eine Einwilligungserklärung, in der noch einmal genauer dargelegt ist, wie das Verfahren stattfinden soll. Wenn Du bereit bist, an einem Interview teilzunehmen, bring bitte diese Einwilligungserklärung mit.

Wie geht es weiter?

Ich würde mich sehr über eine Rückmeldung freuen. Vor allem natürlich, wenn Du bereit bist, an einem Interview teilzunehmen. Aber gib mir bitte auch eine Antwort, wenn Du das lieber nicht möchtest. So erreichst du mich

- SMS, Signal, WhatsApp: +49 151 17528498,
- Mail: hans-juergen@fuchs-sander.de.

Herzliche Grüße

Einwilligungserklärung

Titel und organisatorischer Rahmen der Forschungsarbeit

„Die Rolle von freiwilligem Engagement und Stadtteilkulturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, Forschungsarbeit im Rahmen einer Promotion am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Heidelberg.

Organisatorischer Rahmen des Interviews

Datum und Uhrzeit:

Ort des Interviews:

Name und Vorname der/des Interviewten:

E-Mailadresse der/des Interviewten:

Welche Daten werden erhoben

Persönliche Angaben des Interviewten: Name, E-Mailadresse (siehe oben)

Alter, Familienstand:, Anzahl der Kinder.....

Zweck der Erhebung

Die Daten werden erhoben im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit, die zur Klärung folgender Forschungsfrage beitragen soll:

„Findet sich der hohe Stellenwert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Bildung und lebenslanges Lernen, den empirische Untersuchungen dem freiwilligen Engagement im Quartier zumessen, in der subjektiven Wahrnehmung der Aktiven in den Stadtteilkulturen wieder? Wie schätzen Engagierte selbst ihren Beitrag für die Gesellschaft ein? Welche Schwerpunkte setzen sie in diesem Zusammenhang in ihrer Arbeit?“

Erhebung und Weiterverarbeitung der Daten

Die Interviews werden elektronisch aufgezeichnet und nach dem Interview transkribiert. Für die Auswertung werden Angaben im Text Kategorien zugeordnet und die Antworten unterschiedlicher Interviewter zueinander in Beziehung gesetzt. Dabei werden Aussagen, die zur Identifizierung der interviewten Person führen könnten, anonymisiert oder entfernt. In wissenschaftlichen Veröffentlichungen werden Interviewaussagen nur ausschnittsweise zitiert. Eine Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte erfolgt nicht.

Kontaktdaten werden getrennt von Interviewaussagen und für Dritte unzugänglich gespeichert. Nach Beendigung des Forschungsprojekts werden die Kontaktdaten nicht automatisch gelöscht, denn diese waren dem Interviewer bereits vor Beginn des Forschungsvorhabens bekannt. Selbstverständlich haben Sie jederzeit das Recht, eine Löschung der Kontaktdaten zu verlangen.

Freiwilligkeit der Teilnahme

Ihre Teilnahme am Interview erfolgt freiwillig. Sie können dieses jederzeit abbrechen, weitere Interviews ablehnen und Ihr Einverständnis in die Aufzeichnung und Niederschrift des Interviews widerrufen, ohne dass Ihnen dadurch Nachteile entstehen.

Ich bin einverstanden, im Rahmen des genannten Forschungsprojekts an einem Interview teilzunehmen.

Heidelberg, den

Unterschrift der Teilnehmerin

Interviewleitfaden

Der Interviewleitfaden wurde jeweils leicht an die angefragte Person angepasst. So wurden einige Fragen bei den beiden nicht-ehrenamtlich Tätigen gestrichen und Fragen zur Kooperation mit Ehrenamtler:innen hinzugefügt. Die jeweils verwendeten Leitfäden sind in der MAXQDA-Datei dokumentiert.

Beispiel für einen Interviewleitfaden

Persönlicher Hintergrund

Einleitende Beschreibung

Im 1. Fragenkomplex geht es um Ihren persönlichen Hintergrund also Ausbildung, Beruf, Ihre Familie Hobbys etc. fangen wir mal mit dem Beruf an.

Fragenkomplex

Interviewfrage

Beruf und Bildungshintergrund	Welchen Beruf üben/übten Sie aus?
	Welche Schulbildung/Berufsausbildung/Studium haben Sie?
Sozialer Status	Stellen Sie sich eine Leiter mit 11 Sprossen vor, die die soziale Verteilung in Heidelberg abbildet. Wo würden Sie sich und Ihre Familie auf dieser Leiter anordnen, wenn „Null“ ganz unten bedeutet und „elf“ ganz oben?
Familie	Leben Sie allein/in einer Partnerschaft/Ehe?
	Haben Sie Kinder?
Hobbys	Haben Sie Hobbys? Üben Sie diese aus?
Zufriedenheit	Würden Sie sich als zufriedenen Menschen sehen?

Persönlicher Blick auf den Stadtteil

Einleitende Beschreibung

Jetzt, im zweiten Fragenkomplex, werfen wir einen Blick auf den Stadtteil, auf Rohrbach. Es soll darum gehen, was Rohrbach für Sie bedeutet, was Ihnen hier guttut aber auch, was Ihnen weniger gefällt.

Fragenkomplex

Interviewfrage

Geografie	Manche Menschen fühlen sich in der ganzen Welt zuhause. Andere mögen ihr gewohntes Umfeld lieber. Wie geht es Ihnen?
	Wo ist Ihr Rohrbach? Wo beginnt es, wo endet es: Einzeichnen in Stadtplan.
	Seit wann leben Sie in Rohrbach?
Subjektive Wertschätzung	Wenn Sie mit nur einem Wort sagen müssten, was Rohrbach für Sie bedeutet, welches Wort wäre das?
	Würden Sie sagen, dass Rohrbach wichtig für Ihr eigenes Wohlbefinden ist?
	Gibt es im Stadtteil Bereiche, in denen Sie sich unwohl/unsicher fühlen?
Vernetzung	Wie groß ist der Anteil ihrer Freizeit, die sie im Stadtteil verbringen?

Ehrenamt

Einleitende Beschreibung

Der 3. Fragenkomplex beschäftigt sich mit dem Ehrenamt im Allgemeinen und mit Ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Besonderen. Wie würden Sie das, was Sie ehrenamtlich tun, für jemanden beschreiben, der Sie nicht kennt?

Fragenkomplex

Interviewfrage

Rahmenbedingungen des persönlichen Engagements	Wie würden Sie Ihre ehrenamtliche Tätigkeit beschreiben? Üben/übten Sie ehrenamtliche Leitungsfunktionen aus?
	Wie sind Sie zum Ehrenamt gekommen?
	Wie viele Stunden je Woche bringen Sie für das Ehrenamt auf?
	Sind Sie noch Mitglied in anderen Vereinen? - in welchen? - üben Sie dort ein Ehrenamt aus?
Vernetzung	Mit welchen anderen Institutionen im Stadtteil und darüber hinaus arbeitet ihre Organisation/ihr Verein regelmäßig zusammen?
Subjektive Bedeutung	Welche Bedeutung hat das Ehrenamt für Sie persönlich? Was macht Ihnen im Ehrenamt die meiste Freude?
Öffentliche Anerkennung	Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach das Ehrenamt für unsere Gesellschaft?
	Glauben Sie, dass das Ehrenamt angemessen unterstützt/gewürdigt wird? Verwaltung und der Politik
Digitalisierung im/ des Ehrenamt/s	(Wie) ist es Ihnen in der Pandemie gelungen, den Zusammenhalt in ihrem Verein/ihrer Organisation zu wahren?
	Haben Sie in der Pandemiezeit digitale Medien eingesetzt? Wofür?
	Unabhängig von den pandemiebedingten (Not-)lösungen: In welchen Bereichen im Alltag Ihres Ehrenamts setzen Sie digitale Medien ein? - Newsletter/Social Media - Mitgliedergewinnung - Erschließung neuer -finanzieller Ressourcen
	Durch die Digitalisierung werden manche Menschen, die technisch/finanziell nicht dazu in der Lage sind, ausgeschlossen. - Haben Sie so etwas schon einmal beobachten können? - Wenn ja: wie gehen Sie damit um?
Probleme im Ehrenamt	Was bereitet Ihnen im Ehrenamt die meisten Probleme?
	Haben Sie oder andere Engagierte in ihrer Organisation in den letzten 24 Monaten, Anfeindungen oder Übergriffe in ihrer Arbeit erlebt?

Zusammenhalt

Einleitende Beschreibung

Der 4. Fragenkomplex beschäftigt sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die meisten wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema sagen, dass Nachbarschaft und Ehrenamt von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Wie sehen Sie das? Wenn Sie zum Beispiel im Leben Unterstützung brauchen, können Sie sich im Stadtteil an andere Leute wenden? An Nachbarn, Handwerker ...

Fragenkomplex

Interviewfrage

Nachbarschaftliches Vertrauen	Wenn Sie im Leben Unterstützung brauchen, können Sie sich im Stadtteil an andere Menschen wenden? - Welche Menschen sind das? Vereinsmitglieder, Handwerker ...
Segregation und Homophilie	Welche Menschen treffen Sie im Ehrenamt? - überwiegend Leute aus Ihrem persönlichen Umfeld, - Menschen mit ähnlicher Biografie, Bildungsgeschichte - Menschen, aus gänzlich anderen Zusammenhängen
Heimat/Integration in Zeiten der Globalisierung (Zuwandernde mit und ohne Migrationsgeschichte)	Erreichen Sie <i>mit ihrem Verein</i> Menschen, die (noch) nicht in Rohrbach verwurzelt sind? Zugereiste, Migrationshintergrund, Geflüchtete?
	Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach das freiwillige Engagement <i>generell</i> für Menschen, die (noch) nicht in Rohrbach verwurzelt sind?

Lernen/Weiterbildung

Einleitende Beschreibung

Im 5. Fragekomplex geht es um Lernen und Weiterbildung. Menschen im Ehrenamt bringen einerseits ihre Kenntnis mit ein – als Handwerker, Techniker ... Andererseits hat sich in vielen Untersuchungen gezeigt, dass man im Ehrenamt sehr viel lernen kann. Welche Kompetenzen bringen Menschen mit, die sich ehrenamtlich in Ihrem Verein engagieren?

Fragenkomplex

Interviewfrage

Ins Ehrenamt eingebrachte Kompetenzen	Welche Kompetenzen bringen Menschen mit, die sich ehrenamtlich in Ihrem Verein engagieren? - Handwerkliche Kompetenzen, Leiten von Sitzungen, Veranstaltungsorganisation etc.
Im Ehrenamt erwerbbarer Kompetenzen	Welche Kompetenzen können Menschen in Ihrem Verein erwerben? - Wertschätzung, Verantwortungsbewusstsein, Bereitschaft zur politischen Beteiligung, Vertrauen, Selbstwirksamkeit, Konflikte Dialogfähigkeit ...
	Wie/wo erfolgt das Lernen in Ihrem Verein?
	- Bringt das Gelernte auch Vorteile in Bereichen außerhalb des -Ehrenamts?

Bildungsangebote des Vereins/Verbands	Hat Ihr Verein/dessen Dachverband eigene Bildungsangebote?
Weiterbildungsangebote und Unterstützung seitens der Stadt/Volkshochschule	Kennen Sie die Angebote der Stadt/der Volkshochschule für Vereine? - im Oberbürgermeisterreferat eine Ansprechpartnerin - das Vereinsforum, digitales Vereinsheim
	Haben Sie diese Weiterbildungsangebote schon einmal genutzt? - Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? - Wenn nein: warum haben Sie die Angebote nicht genutzt?
	Wo sehen Sie persönlich Defizite, wo Möglichkeiten, Ehrenamtlichen durch <u>Weiterbildungsangebote</u> die Arbeit zu erleichtern?

Partizipation/Politische Bildung

Einleitende Beschreibung

Die Bürgerschaftsbeteiligung steht im Mittelpunkt des 6. Themenkomplexes. Wer sich ehrenamtlich betätigt, beteiligt sich schon deshalb am Leben im Stadtteil, in der Gemeinde und oft auch darüber hinaus. Aber es gibt auch Beteiligungsformen, die vonseiten der Politik initiiert werden. Auch um die soll es in diesem Teil gehen.

Fragenkomplex

Interviewfrage

Persönliches politisches Inter-esse/Engagement	Würden Sie sich selbst als politisch engagierten Menschen sehen?
	Nehmen Sie regelmäßig an Wahlen teil? Falls Sie nicht wählen gehen: warum nicht?
	Würden Sie ein politisches Amt zu übernehmen? Z.B. Bezirksbeirat Wenn ja: Welches? Wenn nein: warum nicht?
Politik im Verein	Bringt sich ihr Verein/ihre Organisation in politische Prozesse ein? - Gespräche mit Politikerinnen - Bürgerbeteiligung - Unterschriftenaktionen, Proteste/Demonstrationen - Netzwerk und Verbandsarbeit
	Gab es in Ihrem Verein in den letzten 36 Monaten Konflikte aufgrund politischer Auseinandersetzungen von außerhalb der Organisation? Konnten diese Konflikte befriedigend gelöst werden?
Erfahrungen mit der Bürgerschaftsbeteiligung	Heidelberg gilt als Vorbild in Sachen Bürgerschaftsbeteiligung. Haben Sie schon einmal an Veranstaltungen teilgenommen? - Hatten Sie den Eindruck, dass sich jede:r einbringen konnte? - Waren die Gesprächsanteile gerecht verteilt? - Wenn es Dominierende gab, was für Menschen waren das?
	Haben Sie den Eindruck, dass die Ergebnisse von der Politik im Anschluss beachtet wurden?

Kultur im Stadtteil

Einleitende Beschreibung

Im Mittelpunkt des letzten Themenkomplexes steht die Kultur. Genauer gesagt: stehen die Kulturen im Stadtteil. Wie ist das: Interessieren Sie sich grundsätzlich für Kultur?

Fragenkomplex

Interviewfrage

Kulturdefinition	Interessieren Sie sich für Kultur?
	Was ist für Sie Kultur? Wo findet Kultur vor allem statt?
Kultur vor Ort	Heidelberg gilt als kulturelle Hochburg. - Teilen Sie diese Einschätzung? - Gibt es in Rohrbach/im Quartier genug kulturelle Angebote? - Gibt es kulturelle Bereiche, die zu wenig Beachtung finden?
Kultur im Verein	Welchen Stellenwert hat Kultur für Ihren Verein? Macht Ihr eigener Verein auch kulturelle Angebote?
Traditionelle Kultur	Wie beurteilen Sie den Stellenwert und die Wertschätzung für <u>traditionelle kulturelle Angebote</u> in Heidelberg? - Gesangvereine, Brauchtum, Laienkunst, Veranstaltungen wie die Kerwe, Weinfest

Liste der Codes für die Interviews

Liste der Codes	Memo	Häufigkeit
Codesystem		1258
Persönliche Daten		0
Kindheit und Jugend	Beschreibung der Kindheit: Räumliches und soziales Umfeld, Kindheit im Stadtteil Rohrbach etc.	21
Familiäre Situation	Beschreibung des familiären Umfelds: Familienstatus, Kinder etc.	30
Hobbies	Beschreibung von Hobbies und Freizeitbeschäftigungen jenseits des Ehrenamts.	10
Ausbildung/Beruf	Beschreibungen beruflicher Erfahrungen: Berufsausbildung, beruflicher Weg und aktueller Status, ggf. Ruhestand.	28
Schichtzugehörigkeit	Angaben über das eigene Einkommen, finanzielle Situation. Unklarheit: Ist das individuelle Einkommen gemeint oder das Familieneinkommen? Antworten ggf. nicht nutzbar.	7
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	0
Rohrbach		0
Fuzzy Concept	Subjektive Einschätzung der geografischen Ausdehnung des Stadtteils Rohrbach. Überlegungen, Erinnerungen und Rahmenbedingungen die das begründen.	27
Hasenleiser	Aussagen, die sich in irgendeiner Weise auf das Quartier Hasenleiser beziehen.	11
Collegium Academicum	Aussagen, die das Collegium Academicum erwähnen oder sich auf dieses beziehen.	7
Quartier am Turm	Aussagen, die das Quartier am Turm erwähnen oder sich auf dieses beziehen.	5
Wohlbefinden im Stadtteil/Heimat	Stellenwert des Stadtteils für das eigene Wohlbefinden. Ist dieses an Orte oder Menschen im Stadtteil gebunden? Heimatgefühle bei den Befragten. Wo fühlen sie sich zuhause?	41
gemiedene Orte	Beschreibung von Orten im Stadtteil, die Befragte als unangenehm empfinden oder gar meiden.	14
Freizeit im Stadtteil	Wichtigkeit des Stadtteils in der Freizeit. Anteil der Freizeit, die Befragte im Stadtteil verbringen.	11
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	2
Ehrenamt eigenes		0
Wege ins Ehrenamt	Wege, die Befragte ins Ehrenamt brachten, familiäre Bezüge etc.	38
Aufgaben und Funktionen im Ehrenamt	Funktionen, die Befragte im Ehrenamt ausüben, Leitungspositionen weitere Funktionen, ggf. auch in anderen Vereinen.	59
Weitere Vereinsmitgliedschaften	Mitgliedschaften und ggf. Funktionen von Befragten in anderen Organisationen als dem Verein, der zur Auswahl der Befragten für das Interview führte.	1

Zeitaufwand	Beschreibung des Zeitaufwands, den Befragte für das Ehrenamt aufbringen.	22
Bedeutung persönlich (+)	Beschreibung der Bedeutung(en), die das Ehrenamt für die Befragten persönlich hat: Soziales Umfeld, Selbstwirksamkeit etc.	49
Bedeutung gesellschaftlich	Beschreibung der Bedeutung, die das Ehrenamts nach Meinung der Befragten für die Gesellschaft/den Zusammenhalt in der Gesellschaft hat.	28
Würdigung des Ehrenamts	Einschätzung der Befragten zur Wahrnehmung und Würdigung des Ehrenamts durch Politik und Gesellschaft etc.	30
Digitalisierung und Social Media	Aussagen zum Stand und zum Stellenwert digitaler Werkzeuge im Ehrenamt. Digitalisierung im/des Ehrenamts, Verwendung von Social Media etc.	34
Kooperationen	Beschreibung der regelmäßigen Kooperationen mit anderen (Ehrenamts-) Organisationen, Behörden, Firmen etc.	18
Probleme		0
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	10
Vereinbarkeit mit Beruf und Familie	Beschreibung der Probleme, die sich z.B. aus der zeitlichen Belastung durch das Ehrenamt für die Familie/den Beruf ergeben.	11
Nachwuchs, Verlässlichkeit, Kontinuität (+)	Generelle Probleme bei der Gewinnung von neuen Vereinsmitgliedern. Angaben, ob die Veränderungen u.a. in der Arbeitswelt dazu führen, dass weniger Menschen bereit sind, sich verlässlich und kontinuierlich ehrenamtlich zu engagieren.	32
Politische Auseinandersetzungen	Beobachtungen, ob politische Auseinandersetzungen in den Verein gelangen und dort Probleme verursachen, z.B. in Zusammenhang mit der Pandemie.	14
Bürokratie, rechtliche Regelungen	Wachsende Anforderungen, z.B. durch rechtliche Vorgaben: Bestuhlung-Regelungen, Abspermaßnahmen im öffentlichen Raum, Hygienebestimmungen etc.	6
Pandemie	Umgang der Ehrenamtsorganisation der Befragten mit den Auswirkungen der Pandemie.	33
Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung	Probleme, die sich aus der Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung ergeben.	17
Interessenskonflikte und Anfeindungen	Beschreibung von Interessenskonflikten die in ehrenamtliche Arbeit hineinwirken, z.B. mit der Nachbarschaft bei Veranstaltungen oder unterschiedliche Interessen bei kommunalen Entscheidungen (z.B. Parkregelungen).	23
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	8
Lernen		0
Kompetenzen einbringen	Beschreibung von Kompetenzen, die Menschen ins Ehrenamt einbringen.	18
Lebenslanges Lernen	Beschreibung von Lernprozessen im Ehrenamt. Wo findet Lernen statt? Wer lehrt? Wie wird gelehrt und gelernt? Informelles Lernen, Lernen en passant etc.	70
Transfer	Beschreibung von Transfermöglichkeiten von im Ehrenamt Gelerntem in den Beruf oder in andere Felder des persönlichen Lebens.	13

Fortbildung im eigenen Verein	Beschreibung der Fortbildungsmöglichkeiten, die der eigene Verein/ die Dachorganisation des Vereins anbietet. und deren Nutzung.	24
Städtische Fortbildungsangebote	Beschreibung der Fortbildungsmöglichkeiten, die die Stadt Heidelberg (Referat des Oberbürgermeisters) anbietet, und deren Nutzung.	27
Fortbildung Hemmnisse	Beschreibung von Hemmnissen für die Teilnahme an Fortbildungsangeboten, die auf das Ehrenamt bezogen sind.	14
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	0
Zusammenhalt		0
Unterstützung, Netzwerk	Aussagen über das Netzwerk, das aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeiten entsteht: Nachbarschaftshilfe, soziales Kapital, ggf. auch mit Auswirkungen auf Berufliches.	
Integration, Segregation	Aussagen über integrative/segregative Wirkungen der Tätigkeit der eigenen Ehrenamtsorganisation.	65
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	0
Politisches Engagement		0
allgemein	Aussagen zum allgemeinen politischen Engagement der Befragten unabhängig vom ehrenamtlichen Engagement.	11
im Ehrenamt	Aussagen zum politischen Engagement im Rahmen der ehrenamtlichen Arbeit: Aufklärungsveranstaltungen, Lobbyarbeit, persönliche Kontakte zu Politiker:innen etc.	10
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	1
Bürgerbeteiligung		0
allgemein	Allgemeine Aussagen zu Inhalten und zur Bedeutung der Bürgerschaftsbeteiligung für die Gesellschaft.	13
Stellenwert in Heidelberg	Einschätzungen der Befragten zum Stellenwert der Bürgerschaftsbeteiligung in der Stadt Heidelberg. Wichtigkeit, die Befragte dieser beimessen. Funktion der Bürgerschaftsbeteiligung für die kommunale Demokratie in der Stadt. Ggf. Wahrnehmung von Beteiligungsverfahren als reine Infoveranstaltungen.	7
Dominierende-Stille	Beschreibung der Eindrücke der Befragten in Bürgerschaftsbeteiligungsverfahren. Welche Personengruppen sind vertreten? Welche Personen(gruppen) dominieren die Diskussionen? Welche Personen(gruppen) verhalten sich zurückhaltend oder schweigen?	19
Aufwand	Eindrücke der Befragten zum Aufwand, der für Beteiligungsverfahren notwendig ist/betrieben wird.	5
Ergebnisse Beachtung	Einschätzung der Befragten, wie seitens der Stadtverwaltung und der politischen Gremien mit den Ergebnissen der Bürgerschaftsbeteiligung umgegangen wird. Fließen die Ergebnisse in die Entscheidungen ein? Erhält die Bevölkerung genügend Informationen über umgesetzte oder nicht realisierte Beteiligungsergebnisse? Ist „Do or explain“ als Feedbackkultur etabliert?	20
Stadtteilbudgets	Aussagen von Befragten, die sich auf die neu konzipierten Stadtteilbudgets beziehen.	3
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	0

Quartiersmanagement		0
Aufgabe, Kooperationen	Beschreibung der Aufgaben des Quartiersmanagements und dessen Kooperationen mit Akteuren im Stadtteil, vor allem mit Vereinen.	21
Vergabebeirat	Angaben zur Arbeit des Vergabebeirats für den im Rahmen des Quartiersmanagements zu vergebenden Bewohner:innen-Fonds	2
Probleme im/mit dem QM	Probleme, die sich in der Arbeit des Quartiersmanagement ergaben. Und ebenso Probleme, die Vereine in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement wahrnahmen.	13
Zusammenarbeit QM: Stadt	Beschreibung der Zusammenarbeit des Quartiersmanagements mit städtischen Gremien.	3
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	0
Kultur		0
Kulturbegriff	Beschreibung des allgemeinen, nicht auf die Stadtteilebene bezogenen Kulturbegriffs der Befragten.	26
Hochkultur	Aussagen der Befragten zu Veranstaltungen und Akteuren der sogenannten 'Hochkultur'.	9
Jugendkultur	Aussagen der Befragten zu Veranstaltungen und Akteuren der Jugendkultur.	3
Kulturelle Hochburg Heidelberg	Aussagen der Befragten zur kommunalen Kultur in Heidelberg. Einschätzungen, ob es sich um eine kulturelle Hochburg handelt.	9
Stadtteilkulturen	Aussagen der Befragten zu Inhalten und zum Stellenwert der Kulturen im Stadtteil.	51
Brauchtum	Aussagen der Befragten zu Inhalten und zum Stellenwert des Brauchtums in der Stadtgesellschaft.	21
Soziokulturelle Initiativen	Aussagen im Zusammenhang mit der Arbeit und der Bedeutung sozio-kultureller Initiativen im Stadtteil.	2
Kulturelle Aktivitäten des Vereins	Angaben der Befragten zu kulturellen Aktivitäten und Veranstaltungen, die der eigene Verein selbst durchführt.	5
Sonstiges	Angaben, die durch die anderen Codes nicht erfasst werden.	5
Ergänzungen, Erweiterungen	Angaben der Befragten, welche weiteren Fragen möglich wären, wer noch befragt werden könnte etc.	5
GELB	Markierung von interessanten Stellen beim ersten Lesen des Transkripts. Noch ohne inhaltliche Verortung.	77

Liste der Codes für die Auswertung

Liste der Codes	Memo	Häufigkeit
Auswertungscodes	Detailcodes, die für die Endauswertung benötigt werden.	0
Kernaussage	Untercode, der Schlüssel-Aussagen zu einem Themenbereich auswählt.	449
Wichtig	Untercode, der besonders relevante Aussagen zu einem Themenbereich auswählt.	989
CaseSummary	Codes, die zur Erstellung einer Fallzusammenfassung bezogen auf jeden einzelnen Probanden genutzt werden.	844

Erklärung gemäß § 8 (1) c) und d) der Promotionsordnung der Fakultät

siehe folgende Seite!



Promotionsausschuss der Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg / Doctoral Committee of the Faculty of Behavioural and Cultural Studies of Heidelberg University

Erklärung gemäß § 8 (1) c) der Promotionsordnung der Universität Heidelberg für die Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften / Declaration in accordance to § 8 (1) c) of the doctoral degree regulation of Heidelberg University, Faculty of Behavioural and Cultural Studies

Ich erkläre, dass ich die vorgelegte Dissertation selbstständig angefertigt, nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt und die Zitate gekennzeichnet habe. / I declare that I have made the submitted dissertation independently, using only the specified tools and have correctly marked all quotations.

Erklärung gemäß § 8 (1) d) der Promotionsordnung der Universität Heidelberg für die Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften / Declaration in accordance to § 8 (1) d) of the doctoral degree regulation of Heidelberg University, Faculty of Behavioural and Cultural Studies

Ich erkläre, dass ich die vorgelegte Dissertation in dieser oder einer anderen Form nicht anderweitig als Prüfungsarbeit verwendet oder einer anderen Fakultät als Dissertation vorgelegt habe. / I declare that I did not use the submitted dissertation in this or any other form as an examination paper until now and that I did not submit it in another faculty.

Vorname Nachname / First name Family name	Hans-Jürgen Fuchs-Sander
Datum / Date	04.07.2024
Unterschrift / Signature	Dem Dekanat der Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften liegt eine unterschriebene Version dieser Erklärung vom 04.07.2024 vor.

